Europa Union Verlag GmbH Bonn Gesamtverzeichnis Herbst 1971



1	Handbücher, Standardwerke, Bildbände	1
2	Lehr- und Informationsmappen	10
3	Europäische Schriften (Schriftenreihe des Bildungswerkes Europäische Politik)	12
4	Sonstige lieferbare Titel	22
5	Zeitschriften und Lieferungswerke	27

Das neue Europa-Handbuch

von Claus Schöndube
mit einem Vorwort von Prof. Dr. Walter Hallstein

272 Seiten, davon 24 Seiten Bilder auf Kunstdruckpapier, 12 farbige Grafiken und Organogramme von Waldemar Lewandowski,

Format 19,5 x 24,5 cm,
sechsfarbiger Einband, DM 25,—

Die Neuausgabe des Europa-Handbuches bietet eine fundierte und umfassende Gesamtdarstellung aller Bemühungen um die Einigung Europas in Vergangenheit und Gegenwart. In einem einleitenden Kapitel werden die Notwendigkeiten, Ziele und Möglichkeiten der europäischen Integration behandelt. Daran anschließend folgt die historische Entwicklung von Dante bis zur Gegenwart. Der Hauptteil des Buches behandelt naturgemäß die bestehenden europäischen Institutionen und Organisationen vor allem im Westen, aber auch in Osteuropa, ihren Aufbau und ihre Funktion. Eine sachliche Erörterung der bestehenden Hemmnisse und Schwierigkeiten auf dem Wege zum vereinten Europa und der Entwurf eines Modells „Europa von morgen", der sorgfältig ausgewählte Bildteil, der auch wenig bekannte historische Bilder enthält, instruktive Grafiken und ein dokumentarischer Anhang machen dieses Handbuch zu einem Standardwerk über den Gesamtkomplex der europäischen Integration.

INHALTSÜBERSICHT

Warum vereintes Europa · Die europäische Integration · Vorläufer der europäischen Einigung von Dante bis zur Résistance (1300—1954) · Auf dem Wege zum vereinten Europa (1945 bis heute) · Die Europäischen Institutionen OEEC, OECD, NATO, Europarat, EGKS, EWG, EURATOM, EFTA · Europäische Einigung auch in Osteuropa? · Die Schwierigkeiten und Hemmnisse auf dem Wege zum vereinten Europa · Die europäische Einigungsbewegung · Europa von morgen · Anhang: Die europäische Einigung in Dokumenten · Zeittafel der europäischen Einigung

Wir leben in Europa

von M. A. Baudouy

256 Seiten, mit 120 Bildern und Karten zum Teil vierfarbig, Format 19,5 x 24,5 cm,

Balacroneinband, DM 38,—

Es gibt unendlich viele Bücher und Bildbände über Europa, aber nur wenige davon sind „europäisch". In den meisten Fällen wird Europa nach wie vor als Ansammlung von mittleren und kleinen Nationalstaaten gesehen. Baudouy's Buch geht von ganz anderen Voraussetzungen aus. Er spricht von Land (in der Einzahl!) und Leuten, von dem verbindenden Raum, dem einenden Geist, der einen Kunst, der gemeinsamen Literatur in verschiedenen Sprachen, der Wirtschaft, dem städtischen Leben oder der Landwirtschaft und immer wieder von der Jugend Europas. Er sieht in diesem vielfältigen Mosaik das Fundament, auf dem das vereinte Europa gebaut werden kann.

Dieser repräsentative Bildband eignet sich besonders als Auszeichnung oder Geschenk; auch Ausländer werden an dem modern gestalteten Bildteil viel Freude haben, selbst wenn sie die Sprache nicht beherrschen.

Die französische Originalausgabe erschien unter dem Titel „Europe mon pays" bei Éditions de l'Amitié, Paris

Technologischer Fortschritt für Europa

Ein Integrationsprogramm
von Christopher Layton
mit einem Vorwort von Jean Rey, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
448 Seiten, Format 14,5 x 21,5 cm, Ganzleinen mit mehrfarbigem Schutzumschlag, DM 25,—

Servan-Schreiber hat in seinem berühmten Buch den ungeheuren Mangel an Gleichgewicht in der regionalen Entwicklung der Welt und die beunruhigenden Konsequenzen, die sich daraus politisch und wirtschaftlich ergeben können, dargestellt. Christopher Layton gibt die Antwort auf diese amerikanische Herausforderung und stellt dar, wie Europa seine Möglichkeiten wirkungsvoll vereinigen kann, um ein echtes Gegengewicht zu den wirtschaftlichen und technologischen Weltmächten zu bilden. Mit echt angelsächsischem Realismus geht er dabei von den augenblicklichen Gegebenheiten aus. Inmitten des oft vagen Geredes über die Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie ist dies das Buch, das gefehlt hat. Der Autor legt genaue Informationen über das, was geschehen ist, und klare realisierbare Vorschläge für die Zukunft auf den Tisch.

INHALTSÜBERSICHT

EUROPA UND AMERIKA — Europäische Ängste · Das amerikanische Modell — GRENZEN DES NATIONALSTAATS — Großbritannien zahlt Lehrgeld · Frankreichs Streben nach technologischer Größe · Deutschlands Wiederauferstehung · Probleme der kleineren Mächte — DAS TASTEN NACH EINHEIT — Europa auf der Jagd nach „Quarks" · Nukleare Rivalitäten · Auf dem Wege zu einer europäischen Luftfahrtindustrie · Raumfahrt und Nachrichtentechnik · Teilhabe an der Computer-Revolution · Der Kanaltunnel und darüber hinaus · Erweiterte Perspektiven — EINE STRATEGIE FÜR EUROPA — Eine europäische Wissenschafts- und Technologie-Politik · Eine Industriepolitik · Europa und seine Partner · Schlußfolgerungen für Großbritannien

Das neue Osteuropa

von J. F. Brown

328 Seiten, Format 14,5 x 21,5 cm,

Ganzleinen mit zweifarbigem Schutzumschlag, DM 19,80

Im Jahre 1956 zeigte die kommunistische Welt ein neues Gesicht. Stalin, der vor drei Jahren gestorben war, wurde von seinem Nachfolger öffentlich angeklagt. Ungarn und Polen hatten eine Revolution versucht. Und überall in Osteuropa sahen sich die sowjetischen Satellitenstaaten den schwierigen Anforderungen des technologischen Zeitalters gegenüber.

1956 aber war erst der Anfang. In seinem Buch untersucht Brown das faszinierende darauffolgende Jahrzehnt. Ein Jahrzehnt, in dem die Satellitenstaaten sich wegbewegten von stalinistischer Einförmigkeit und absoluter Kontrolle des Kreml hin zu ständig wachsender Vielfalt und sogar Unabhängigkeit. Land für Land, von Albanien über Bulgarien, die Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Ungarn, Polen bis Rumänien, behandelt Brown die wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen, die diesen Wendepunkt in der Geschichte des Kommunismus anzeigen.

Wenn auch die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei belegen, daß Moskau zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit ist, die Staaten des Ostblocks einen eigenen Weg gehen zu lassen, sicher ist, daß die nachstalinistische Ära, die Brown in seinem Buch dargestellt hat, eine Entwicklung einleitete, die auch durch Panzer auf die Dauer nicht aufgehalten werden kann.

Wege nach Gesamteuropa

Dokumentation der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa 1943—1965

386 Seiten, Format 16 x 24 cm,
kartoniert celloph., DM 43,60

Die vorliegende Sammlung von 120 Dokumenten beschäftigt sich mit gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen und den Möglichkeiten sowie den schon praktizierten Formen west-östlicher Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Es folgen Entschließungen der UNESCO, Reden europäischer und amerikanischer Politiker, Stellungnahmen privater europäischer Verbände zum Thema Gesamteuropa und Denkschriften. Der Anhang bringt statistisches Material über den westeuropäischen Handel mit Osteuropa. Erstmalig wurde hier Material zusammengetragen und Perspektiven aufgezeigt, die in der west-östlichen Auseinandersetzung den gesamteuropäischen Zusammenhang erkennen lassen.

Die Dokumentation wendet sich an alle politisch Interessierten und Verantwortlichen und bietet Voraussetzungen für die Erkenntnis der Fakten und Zusammenhänge und für ein sachgerechtes Urteil bei der Diskussion über mögliche Wege nach Gesamteuropa.

Zusammengestellt und eingeleitet von Bernhard Bussmann. Unter Mitarbeit von Gerda Zellentin, Günter Hindrichs und Karlheinz Koppe und unter Verwendung einer Materialsammlung von Heinrich von Siegler. Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik.

Handbuch der internationalen Jugendarbeit

von Dr. Hanns Ott, Ministerialrat und Leiter des Referates Internationale Jugendpolitik im Bundesministerium für Familie und Jugend

272 Seiten, Format 14,8 x 21 cm,
Ganzleinen, DM 24,—

Das Werk bringt seit fast zehn Jahren die erste Gesamtdarstellung über den erstaunlich entwikkelten Bereich moderner Jugendarbeit.

Zunächst werden die Grundzüge heutiger internationaler Jugendarbeit (Struktur, Formen, Methoden, Programme, Bezüge, Förderung, Verwaltung u. a.) geschrieben. Der nächste Abschnitt enthält die Kennzeichnung aktueller, teils begonnener, teils geplanter Aufgaben (z. B. bilateraler Austausch, osteuropäische Kontakte, Europäisches Jugendwerk, Ausbildung, Forschung). Auf eine Übersicht über die verschiedenen Gebiete internationaler Zusammenarbeit folgen wertvolle statistische Angaben und Zusammenstellungen, ferner die Bestimmungen über Förderung. Breiten Raum nehmen eine interessante Dokumentation und ausführliche informatorische Angaben über Organisationen, Behörden und andere Institutionen sowie über Austauschstellen ein. Den Abschluß bilden ein Verzeichnis wichtiger Fachliteratur und Sachregister.

Das der Orientierung, der Sachinformation und zugleich der Praxis dienende ausführliche und verläßliche Handbuch hat großes Interesse im In- und Ausland gefunden, weil in ihm das gegenwärtige vielfältige Gesamtbild internationaler Jugendarbeit und die Linien der weiteren Entwicklung zu einer überschaubaren Ganzheit verbunden sind.

Bibliographie zur europäischen Integration

Herausgegeben vom Bildungwerk Europäische Politik, begründet von Dr. Gerda Zellentin, zusammengestellt von Petra Buchrucker unter Mitarbeit von Gunhild Holtmann

3. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, ca. 300 Seiten, Format 14,8 x 21 cm, Snolin-Einband, DM 12,50

Eine bloße Zusammenstellung der über 500 Titel wäre dieser Ausgabe nicht gerecht geworden. Erst der jedem Buch beigegebene Kommentar gibt dem Benutzer dieser Bibliographie die Möglichkeit zu entscheiden, von welchen Büchern er am ehesten Anregung und Hilfe bei der Beantwortung seiner individuellen Fragen zu erwarten hat.

Thematisch wurde die Auswahl unter dem Gesichtspunkt getroffen, einerseits den Gesamtbereich der Literatur zu berücksichtigen, in der sich die europäische Integration widerspiegelt, andererseits hauptsächlich solche Titel aufzuführen, die auf die politischen Voraussetzungen und Konsequenzen des Einigungsprozesses bezogen sind.

Die vorliegende Auflage ist, vielleicht noch stärker als frühere Auflagen, vor allem als handliches Nachschlagewerk gedacht, das sich in der praktischen Benutzung bewährt. Dieser Absicht entsprechen die einfachen übersichtlichen bibliographischen Angaben, der Verzicht auf vergriffene oder durch neuere Literatur überholte Titel, die dem Gegenstand gerecht werdende thematische Einstellung und schließlich das Autorenregister.

Einführung in die Rechtsfragen der europäischen Integration

Herausgegeben vom Gustav-Stresemann-Institut, Redaktion Arnulf Clauder

320 Seiten, Format 16,5 x 23,5 cm, kart., DM 24,—

Mit diesem Band wird erstmalig in deutscher Sprache ein umfassender Überblick über das Recht der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt.

In 30 Beiträgen bedeutender Sachkenner werden alle Bereiche des Gemeinschaftsrechtes behandelt. Nach einer Einführung von Prof. Dr. Ophüls bringt der allgemeine Teil die Rechtsgebiete, die institutionelle Grundlagen der europäischen Integration betreffen, der besondere Teil bringt unter dem Titel von der Zollunion zur Wirtschaftsunion die praktischen Rechtsprobleme der einzelnen wirtschaftlichen Bereiche.

Zu den Mitarbeitern zählen u. a.: Dr. jur. Erich Bülow, Min.-Rat. im BJM, Dr. jur. H. J. Glaesner, Direktor in der EG-Kommission, Dr. jur. B. Schloh, Verw.-Rat im EG-Ministerrat, Dr. jur. W. Heck, Min.-Rat im BFM, Dr. jur. G. Rambow, Reg.-Dir. im BWM, Dr. jur. U. Everling, Min.-Dir. im BWM, Dr. jur. P. Bähr, Stellv. Sprecher der EG-Kommission, Dr. jur. A. Frohnmeyer, Hauptverw.-Rat in der EG-Kommission, Dr. jur. W. Schlotfeldt, GF in der BDA, Dr. jur. D. Mitzka, Min.-Rat im BFM, Prof. Dr. jur. U. Schleuner, Ord. am Institut f. Völkerrecht der Univ. Bonn.

Handbuch der politischen Bildung

Redaktion Herbert Scheffler

ca. 400 Seiten, Format 14,8 x 21 cm, Ganzleinen, ca. DM 35.—

(in Vorbereitung)

Das Handbuch, an dem zahlreiche Fachleute und erste Sachkenner mitgearbeitet haben, vermittelt erstmalig einen Gesamtüberblick über Grundlagen, Entwicklung und politische und gesellschaftliche Position der politischen Bildung in Deutschland. Dabei werden auch das Verhältnis zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Aktivitäten, die Situation in anderen Ländern sowie das Verhältnis politischer Bildung zu politischer Praxis und politischen Wissenschaften berücksichtigt. In den Hauptabschnitten werden die Organisation der politischen Bildung und die Einrichtungen dargestellt. Dieser Abschnitt bietet alle notwendigen Informationen über Organisation und Gliederung, Entwicklung und Tätigkeit, Zielsetzung, Namen und Anschriften. Sehr eingehend wird dann die Finanzierung und Förderung von Maßnahmen der politischen Bildung behandelt, z. B. Förderungsvoraussetzung, Förderungsverfahren und Antrags- und Abrechnungsverfahren. Nach einem grundsätzlichen Abschnitt über Methodik und Didaktik der politischen Bildung bringt das Werk eine umfassende Übersicht über methodische und pädagogische Hilfsmittel und Lehrmittel. Eine Bibliographie und ein Dokumententeil, der alle wesentlichen Beschlüsse, Erklärungen und Verlautbarungen aus dem Bereich politische Bildung enthält, machen das Handbuch zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk, das es in dieser Vollständigkeit bisher nicht gab.

Lehr- und Informationsmappen für politische Bildung (LIM)

Herausgegeben von der Europäischen Aktionsgemeinschaft e.V. (EAG)

Redaktion: Claus Schöndube

Mit der Reihe der Lehr- und Informationsmappen ist in ganz neuer Form der Versuch unternommen, einen umfangreichen Stoff übersichtlich und instruktiv darzustellen. Der erste Teil enthält jeweils einklappbare Karten in einer sinnvollen stofflichen Gliederung, die eine zeitlich und sachlich folgerichtige Behandlung ermöglicht.

Die grafischen Darstellungen sind jeweils durch erläuternde Texte und Zahlenangaben ergänzt.

Auf der letzten Innenseite der Lehrmappen ist eine Einlegetasche angebracht, in der sich die Texte auf Kartoneinsteckblättern befinden. Diese Texte erläutern die grafischen Darstellungen auf den einklappbaren Karten. Die Leseblätter sind am Kopf mit Daumenregister versehen, so daß der gesuchte Themenkreis mit einem Blick auffindbar ist. Neben den Lehrtexten enthalten die Leseblätter Zeittafeln, Statistiken, sonstige Zahlenangaben sowie Aufgaben und Lösungen.

Die Lehr- und Informationsmappen entsprechen den Anforderungen moderner Didaktik und Methodik und ermöglichen dem Benutzer in kürzester Frist einen Gesamtüberblick über den jeweiligen Bereich. Besonders für Unterricht und politische Bildungsarbeit sind die Lehr- und Informationsmappen hervorragend geeignet.

Die europäische Integration (LIM I)

von Claus Schöndube

Grafische Gestaltung Waldemar Lewandowski

Format 21,5 x 30,5 cm, 7 ausklappbare vierfarbige Karten mit 17 Textblättern auf Karton, 2. Auflage, kart. DM 11,20

AUS DEM INHALT

Vorläufer der europäischen Einigung — Vom Marshall-Plan zur OECD — Das militärische Bündnis — Der Europarat — Die Europäischen Gemeinschaften und die EFTA — Ein Gemeinsamer Markt entsteht — Europa in der Welt von morgen — Begriffe und Schlagworte — Bibliographie — Anschriften — Fragen und Aufgaben — Lösungen und Aufsatzthemen.

Deutschland in Europa (LIM II)

von Rolf Breitenstein

Grafische Gestaltung Waldemar Lewandowski

Format 21,5 x 30,5 cm, 7 ausklappbare vierfarbige Karten mit 19 Textblättern auf Karton, kart. DM 13,50

AUS DEM INHALT

Die beiden deutschen Teilstaaten — Von den Duodezstaaten zur Weimarer Republik — Der nationalsozialistische Imperialismus — Die Bundesrepublik Deutschland — Die Deutsche Demokratische Republik und die Reichsgebiete unter fremder Verwaltung — Die wichtigsten Stationen der deutschen Spaltung und der Wiedervereinigungsversuche — Deutschlands Zukunft in Europa — Begriffe und Schlagworte — Bibliographie — Fragen und Aufgaben — Lösungen und Aufsatzthemen.

Israel - Geschichte und Gegenwart (LIM III)

von Claus Schöndube und Dr. Klaus Euler

Grafische Gestaltung Waldemar Lewandowski

Format 21,5 x 30,5 cm, 7 ausklappbare vierfarbige Karten mit 17 Textblättern auf Karton, kart. DM 13,50 (in Vorbereitung)

AUS DEM INHALT

Vom Auszug aus Ägypten bis zur Zerstörung des 2. Tempels (1300 vor Chr. — 70 n. Chr.) — Jüdisches Schicksal in Palästina (70—1948) — Juden in der Diaspora — Die Ausrottung der Juden durch den Nationalsozialismus — Die Gründung des Staates Israel und seine außenpolitische Situation (1948—1969) — Der Staat Israel — Die Wirtschaft Israels — Begriffe und Schlagworte — Bibliographie — Fragen und Aufgaben — Lösungen und Aufsatzthemen

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 1
Norbert Welter
Wachstumsprobleme der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (vergriffen)

Band 2
Heinrich Schneider
Europa in der Erwachsenenbildung (vergriffen)

Band 3
Ernst Friedlaender/Katharina Focke
Europa über den Nationen (vergriffen)

Band 4
Theo M. Loch
Die Neun von Brüssel (vergriffen)

Band 5
Norbert Welter
Atlantische Handelspartnerschaft im Werden (vergriffen)

Band 6
Gabriele Sandmann-Bremme u. a.
Die EWG als Sozialgemeinschaft (vergriffen)

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 7
Murray Forsyth
Das Parlament der Europäischen Gemeinschaften
(vergriffen)

Band 8
Gerda Zellentin
Budgetpolitik und Integration
114 Seiten, DM 5,80

Band 9
Ernst Friedlaender
Wie Europa begann
120 Seiten, DM 7,50

Die Erinnerung daran, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg begann, welche Erfahrungen, welche Motive, welche Vorstellungen die ersten Schritte auf die Einigung zu bewirkten, kann heute dazu verhelfen, das Ziel wieder deutlicher, die Idee wieder lebendiger werden zu lassen.

Band 10
Katharina Focke
Europäer in Frankreich
216 Seiten, DM 9,80

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 11
Walter R. Schloesser u. a.
Arbeitsplatz Europa
126 Seiten, DM 7,50

Sind die ausländischen Arbeitnehmer in unserer Mitte ein Provisorium oder ein Dauerzustand? Hört die europäische Solidarität in der nüchternen Welt der Arbeit, des Zusammenwohnens und des alltäglichen Umgangs auf? Die Beiträge dieses Bandes versuchen unter die Oberfläche zu den Grundproblemen vorzustoßen und eine Perspektive aufzuzeigen, unter der das Gastarbeiterproblem stärker als bisher gesehen werden muß: Die Perspektive einer europäischen Völkergemeinschaft, zu der die Freizügigkeit ihrer Menschen notwendig gehört.

Band 12
Lord Gladwyn
Plädoyer für Europa
148 Seiten, DM 7,50

Band 13
Karlheinz Koppe
Das grüne „E" setzt sich durch
233 Seiten, Ganzleinen, DM 16,80

Europa-Taschenbuch

von Claus Schöndube

2. Auflage 21.—40. Tausend

256 Seiten, 11 Organogramme,
Literaturverzeichnis und Zeittafel,
Format 11,5 x 18 cm,
Snolin-Einband DM 6,80

In einem kurzen einleitenden Kapitel wird die Geschichte der europäischen Einigung umrissen. Das Schwergewicht der Darstellung liegt dabei auf der Zeit nach 1945.

Den Hauptteil des Buches bildet das Europa-Lexikon, in dem man alle Begriffe, Stichworte und Institutionen findet, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Die Definitionen belegen die eminente Sachkenntnis des Autors und informieren trotz der zwangsläufig gebotenen Kürze über alles Wesentliche. Zu jedem Stichwort wird auf weiterführende Literatur verwiesen. 26 Tabellen und Schaubilder steigern den Informationswert und die Anschaulichkeit des Buches. Ergänzt wird dieser Lexikonteil durch eine Bibliographie, ein Abkürzungsverzeichnis und eine Zeittafel.

Der Schlußteil behandelt unter dem Titel „Europa heute" aktuelle Probleme und Fragen wie die Erweiterung der Gemeinschaften, die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die Agrarpolitik und den Mansholt-Plan oder eine europäische Verkehrspolitik.

Gefährdete Freundschaft

Ein Versuch über den Nationalismus
in Frankreich und Deutschland

von Klaus Otto Nass

Format 15 x 21 cm, 264 Seiten,
Paperback, Snolin-Einband DM 14,80

„Erbfeindschaft" scheint die deutsch-französischen Beziehungen jahrhundertelang bestimmt zu haben. Doch diese „Erbfeindschaft" war eine Legende. Ihren Platz sollte in der Gegenwart die deutsch-französische Freundschaft einnehmen. Aber diese Freundschaft ist gefährdet.

Auch heute — hundert Jahre nach Gründung des Bismarck-Reiches auf französischem Boden — sind die Gefahren des Nationalismus nicht gebannt. Nationalismus und nationalistische Vorurteile sind in Deutschland immer noch tief verwurzelt und weit verbreitet, wenn auch die Rolle und die Bedeutung der rechtsextremen Organisationen, die diese Tendenzen vertreten, überschätzt werden. Aber treibt nicht auch Frankreich eine nationalistische Außenpolitik?

Dieses Buch will die Ideologie des Nationalismus entschleiern, wo immer sie auftritt. Es will der Freundschaft zwischen den Nachbarn Frankreich und Deutschland dienen und damit auch der europäischen Einigung.

Wirtschafts- und Währungsunion für Europa

von Beate Kohler und Gert Schlaeger

2. überarbeitete Auflage

Bd. 27 der Reihe „Europäische Schriften" des Bildungswerks Europäische Politik

176 Seiten, Snolin-Einband DM 7,50

Der in dieser Studie entwickelte Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion fand bereits 1968, als das Ziel einer Europäischen Währung noch in ferner Zukunft zu liegen schien, starke Beachtung. Die vorliegende wesentlich erweiterte und völlig überarbeitete Neuauflage berücksichtigt die neueste Entwicklung.

Die Utopie von damals hat sich inzwischen zu Realpolitik von morgen entwickelt. Die jüngsten Krisen zeigen jedoch die bestehenden vielfältigen Probleme und Schwierigkeiten auf, die es noch zu überwinden gilt, wenngleich die wirtschaftlichen Hindernisse im Vergleich zu den politischen nicht mehr unüberwindlich scheinen.

Dieser Band vermittelt das Grundlagenmaterial, das für ein tieferes Verständnis der weiteren Diskussion erforderlich ist.

(Die 1. Auflage erschien unter dem Titel „Ein Markt und eine Währung")

Neuerscheinungen in Vorbereitung

Europa — auf dem Weg zur Nation?
von Prof. Dr. Carl J. Friedrich
ca. 270 Seiten, Leinen ca. DM 28,—

Europäische Integration im Wandel
von Leon N. Lindberg/Stuart A. Scheingold
aus dem Amerikanischen übertragen
von Dr. F. W. Baer-Kaupert
ca. 416 Seiten, Leinen ca. DM 38,—

*

Aus der Reihe „Europäische Schriften":

Kritik der Neuen Linken an Europa
von Wolfram Elsner
ca. 140 Seiten, Snolin DM 7,50

Sozialpolitik in Europa
von Rolf Walter Krumholz
ca. 120 Seiten, Snolin DM 7,50

Entwicklungspolitik der EWG
von Theo M. Loch
ca. 120 Seiten, Snolin DM 7,50

Grenzüberschreitende Regionen in Europa
von Victor von Malchus
ca. 120 Seiten, Snolin DM 7,50

Der Beitritt Großbritanniens
von Klaus Otto Nass
ca. 100 Seiten, Snolin DM 7,50

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 14

Bernhard von Loeffelholz u. a.

Sechs Vorurteile gegen die EWG

120 Seiten, DM 7,50

Sechs Autoren gehen sechs Vorurteilen sachkundig auf den Grund. Wer sich die Mühe macht, ihnen zu folgen, wird in Zukunft die Schlagworte von den deutschen Vorleistungen, vom EWG-Protektionismus, von den Brüsseler Technokraten, vom düpierten Verbraucher, vom verratenen Bauern und von der spalterischen EWG leichter entlarven können.

Band 15

Günter Hindrichs

Kulturgemeinschaft Europa

160 Seiten, DM 7,50

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch einer Bestandsaufnahme des gegenwärtig bestehenden Instrumentariums der kulturellen Zusammenarbeit in Europa unternommen. Dabei wurde davon ausgegangen, daß sich ein großer Teil des kulturellen Lebens in Europa dem staatlichen und internationalen Dirigismus entzieht.

Band 16

Von der Groeben u. a.

Trugbild Nationalstaat (2. Auflage 1970)

88 Seiten, DM 7,50

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 17

Beate Kohler/Gert Schlaeger

Ein Markt und eine Währung

138 Seiten, 1 Stufenplan als Anhang, DM 7,50

Diese Schrift bringt die wichtigsten Argumente, die für die Schaffung einer EWG-Währung sprechen. Sie prüft ihre möglichen Formen und wahrscheinlichen Auswirkungen. Sie unterschätzt aber auch nicht das Probleme ihrer politischen Durchsetzbarkeit.

Band 18

John F. Brown

Die Kommunisten und der Gemeinsame Markt

88 Seiten, DM 7,50

Die Schrift versucht zu zeigen, wie sich die Einstellung der Kommunisten zum Gemeinsamen Markt bei den kommunistischen Regierungen der osteuropäischen Länder, in der Sowjetunion selbst und bei den wichtigsten kommunistischen Parteien Westeuropas entwickelt hat.
Die Arbeit ist das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen vieler Abteilungen und Einzelpersonen beim Radio Freies Europa, im wesentlichen gestützt auf Stellungnahmen in osteuropäischen und sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften und westeuropäischen Parteiorganen.

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 19

Beate Kohler/Renate Nagel

Die Zukunft Europas

137 Seiten, DM 7,50

Die noch junge Literatur zur Zukunftsforschung schwillt nun auch in der Bundesrepublik immer mehr an. In diesem Buch ist vor allem diejenige erfaßt, die sich in irgendeiner Form mit der zukünftigen Entwicklung von und in Europa beschäftigt. Bereichert um einen Überblick über Organisationen und Institute, die sich der Erforschung der Zukunft widmen, bietet die vorliegende Bestandsaufnahme einen umfassenden Überblick.

Band 20

Dusan Sidjanski u. a.

Erfolge und Krisen der Integration

136 Seiten, DM 7,50

Mit diesem Band legt das Bildungswerk Europäische Politik zu einem kritischen Zeitpunkt der europäischen Einigung einige grundlegende Beiträge zur Theorie der Integration vor. Das Buch liefert wertvolle Erkenntnisse für jeden, der sich in grundlegender Weise mit den Problemen der Einigung Europas befassen will.

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 21

René Jotterand

Europa im Unterricht

96 Seiten, DM 7,50

Diese Schrift dient dazu, die Lehrer zu ermutigen, über die rein statische Beschreibung europäischer Institutionen hinaus vielmehr deren Funktion angesichts der gegenseitigen Abhängigkeit der europäischen Völker und der Stellung Europas in der Welt zu erklären und mit allem Nachdruck die dynamischen Elemente der europäischen Integration herauszustellen. Hierfür Material und Informationen, Anregungen und praktische Vorschläge zu bieten, ist der Zweck dieses Bandes.

Band 22

Jean Siotis

Die ECE und Gesamteuropa

96 Seiten, DM 7,50

Die UN-Wirtschaftskommission für Europa und ihre Bedeutung für die gesamteuropäische Zusammenarbeit. Diese Schrift stellt die wichtigsten Leistungen der ECE in der Vergangenheit dar und untersucht ihre Möglichkeiten und Aufgaben in dem sich wandelnden europäischen Staatensystem.

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 23

Hermann Bohle

Das Ende der Illusionen

Der Mansholt-Plan: Die Stunde der Wahrheit für Parlamentarier, Minister, Steuerzahler und Bauern

128 Seiten, DM 7,50

Eine Streitschrift über den Mansholt-Plan und die gegenwärtige Situation der europäischen Landwirtschaft, belegt mit umfangreichem statistischem Material. Der Autor, bekannnter Korrespondent der „Zeit" und anderer deutscher Tageszeitungen, setzt sich mit dem Für und Wider des Mansholt-Planes auseinander.

Band 24

Karl Otto Hondrich

Mitbestimmung in Europa

Zur Soziologie der Mitbestimmung

120 Seiten, DM 7,50

Der Beitrag zur Mitbestimmungsdiskussion bietet einen gedrängten Überblick über die Mitbestimmungsregelungen in verschiedenen europäischen Ländern und das politische Problem der Vereinheitlichung in einem Unternehmen europäischen Rechts. Ferner wird der Versuch gemacht, die Frage nach Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen der Mitbestimmung in einem empirisch orientierten sozialwissenschaftlichen Theorieentwurf zu beantworten.

Europäische Schriften

Herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik

Redaktion Dr. Beate Kohler

Format 13 x 20,5 cm, kart., laminierter zweifarbiger Umschlag

Band 25

Eberhard Grabitz

Europäisches Bürgerrecht

Europäisches Bürgerrecht zwischen Marktbürgerschaft und Staatsbürgerschaft

120 Seiten, DM 7,50

Die soziale Gleichstellung des Arbeitnehmers aus den anderen Mitgliedsstaaten der EWG sollte jetzt mit dem Ablauf der Übergangszeit gegeben sein. Dennoch kann in der Praxis von einer Gleichstellung kaum gesprochen werden. Einschränkungen verschiedener Art stehen dieser in beruflicher und gewerblicher Hinsicht garantierten Gleichberechtigung der Marktbürger entgegen. Der Autor untersucht diese Situation zwischen Marktbürgerschaft und Staatsbürgerschaft.

IN VORBEREITUNG:

Theo M. Loch

Die Assoziierung zwischen der EWG und den afrikanischen Ländern als Test für eine europäische Außenpolitik (Arbeitstitel)

Raymond Rifflet

Die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaften für eine über den Vertrag hinausgreifende Zielsetzung, insbesondere gesellschaftspolitischer Natur (Arbeitstitel)

Schritt um Schritt nach Europa

Idee und Gesamtentwurf Karl Heinz Kohl

32 Seiten, vierfarbig, DIN A 4,
broschiert, DM 3,80

Montanunion, EWG, Euratom — das sind die bisher sichtbarsten Schritte auf dem Wege nach Europa. Das sind europäische Organisationen, die den Alltag jedes einzelnen verändern, die schon ein Stück „europäischer Alltag" geschaffen haben. Und doch: nur jeder dritte erwachsene Bürger der Bundesrepublik weiß ungefähr über diese Gemeinschaften Bescheid. Noch allzu viele halten die EWG für ein Versicherungsunternehmen, ein Badesalz oder einen Fußballklub.
Wer tat den ersten Schritt auf dem Wege nach Europa? Und warum? Welche Stationen folgten? Wo stehen wir heute? Warum treten wir auf der Stelle? Wo soll die Reise überhaupt hingehen? All diese Fragen — und natürlich noch viele andere — beantwortet die vierfarbige, reich illustrierte Broschüre, mit der man wirklich etwas anfangen kann. Sie enthält z. B. einprägsame Schaubilder, übersichtliche Tabellen und ein ausführliches Adressenverzeichnis.
Das Heft (nach Aufmachung und Inhalt viel mehr als eine „Broschüre") hilft jedem, der zuverlässig wissen möchte, was um ihn herum vorgeht. Es eignet sich besonders für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit — sowohl in der Erwachsenenbildung als auch im Gemeinschafts- oder Sozialkundeunterricht der verschiedenen Schularten. Nach pädagogischen Gesichtspunkten führt es „Schritt um Schritt" durch das europäische Einigungswerk und ruft auf zum Engagement für ein vereintes Gesamteuropa.

Sonstige lieferbare Titel

Christen und der Gemeinsame Markt
Argumente für das größere Europa aus christlicher Sicht
128 Seiten, kart., DM 9,80

Landwirtschaft in Europa
Eine Bestandsaufnahme von der Vielgestalt der Europäischen Agrarwirtschaft
140 Seiten, kart., DM 11,80

Regionale Wirtschaftspolitik und Agrarstrukturpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
180 Seiten, kart., DM 9,80

Wohin steuert der Weinbau in der EWG?
Probleme des Weinbaues beiderseits von Rhein, Mosel und Saar
70 Seiten, kart., DM 6,80

Das nationale Kartellrecht im Blickpunkt der europäischen Integration
90 Seiten, kart., DM 6,80

Aufgaben der Wettbewerbspolitik im Gemeinsamen Markt
96 Seiten, kart., DM 6,80

Sonstige lieferbare Titel

Wettbewerb und Zusammenarbeit der Verkehrsträger in der EWG
140 Seiten, kart., DM 6,80

Unternehmerische und technische Koordination und Kooperation im Gemeinsamen Markt
100 Seiten, kart., DM 6,80

Europas technologische Lücken und die Möglichkeit ihrer Überwindung
142 Seiten, kart., DM 7,80

De Gaulle und Europa
von Roger Massip
151 Seiten, kart. lam., DM 9,80

Die strategischen Konzeptionen der westlichen Welt
88 Seiten, kart., DM 5,—

Mittelfristige Wirtschafts- und Finanzpolitik
52 Seiten, kart., DM 5,—

Die Harmonisierung der Umsatzsteuern in der EWG durch den Übergang zur Mehrwertsteuer
96 Seiten, kart., DM 6,80

Hefte des Europa-Hauses Berlin

Herausgegeben vom Europa-Haus Berlin
Europäisches Bildungs- und Informationszentrum

Format DIN A 4, Umfang ca. 40 Seiten (als Manuskript vervielfältigt), je DM 4,50, Abonnementspreis DM 3,—, jährlich erscheinen ca. 4 bis 6 Hefte

Die Hefte dieser Reihe behandeln Grundsatzfragen und aktuelle Probleme der europäischen Integration und des Verhältnisses zwischen West- und Osteuropa. Es handelt sich um für die Veröffentlichung überarbeitete Referate, die im Rahmen der Bildungs- und Informationsarbeit des Europa-Hauses Berlin gehalten wurden.

Bisher erschienen:

Heft 1

Prof. Dr. Heinrich Schneider

Europa in der politischen Bildungsarbeit

Heft 2

Dr. Rolf Berger, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Europas technologische Lücke — Mythos und Wirklichkeit

Heft 3

Dr. Gert Leptin

Die Wirtschaftsordnungen in Ost- und Westeuropa: Konvergierende Entwicklungstendenzen?

Heft 4

Dr. Hermann Krätschell
und Dr. habil. Helmut Wagner

Europa und die deutsche Frage

CEPES

Schriftenreihe des Europäischen Komitees für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt (Comité Européen pour le Progrès Economique et Social)

Lieferbar sind:

Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
36 Seiten, DM 3,—

Europäische Konjunkturpolitik
88 Seiten, DM 7,50

Nationale Konjunkturpolitik in Europa
398 Seiten, DM 15,—

Die Agrarpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
36 Seiten, DM 3,—

Für eine atlantische Gemeinschaft
134 Seiten, DM 7,50

Geld- und Kapitalverkehr in Europa
50 Seiten, DM 3,—

Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
24 Seiten, DM 2,40

Europa und das westliche Bündnis
36 Seiten, DM 3,—

Die freie Weltwirtschaft in der Bewährung — drei Studien zur Kennedy-Runde
144 Seiten, DM 9,—

Ost-West-Handel — eine gemeinsame Politik für den Westen
64 Seiten, DM 6,—

Die Befreiung des Welthandels von nichttarifären Handelshemmnissen
64 Seiten, DM 6,—

Nichttarifäre Handelsverzerrungen
DM 4,80

Die CEPES-Publikationen des Committee for Economic Development (CED), New York, in englischer Sprache werden ebenfalls durch uns ausgeliefert.

Länderbroschüren

Herausgegeben von der Europäischen Aktionsgemeinschaft e.V. (EAG)

Alle Bändchen dieser Reihe sind farbig illustriert, Format DIN A 6, Umfang ca. 30 bis 50 Seiten

Mit den Länderbroschüren soll insbesondere jungen Menschen, die Auslandsreisen unternehmen, ein Einblick in die Lebensgewohnheiten der Bewohner des Gastlandes vermittelt werden. Die Hefte sollen kleine Wegweiser dazu sein, Land und Leute näher kennenzulernen und die europäische Verbundenheit zu stärken.

In neuer Auflage liegen vor:

Harold Theile/Hermann Königsfeld
In Frankreich leben Franzosen DM 1,20

Herbert Frank
Hochachtbare Niederlande DM 1,20

Noch lieferbar sind ferner:

Klaus Rachwalsky
Auf Besuch in Großbritannien DM 1,80

Raymund Hörhager
CSSR — Herzstück Europas DM 0,80

Rüdiger von Wechmar
Rumänien — Land zwischen vorgestern und übermorgen DM 1,80

Walter Körner
Israel, Land der Kontraste DM 0,50

Harold Theile
Italien ist kein Museum DM 0,50

Gertrud Gungert
Liebenswürdiges Österreich DM 0,50

Klaus Bölling
Jugoslawien — mit vielen Temperamenten DM 0,50

J. Voelkner
Deutschland-Broschüre für türkische Gastarbeiter DM 1,80

Zeitschriften und Lieferungswerke

EUROPA UNION

Überparteiliche Zeitung für die Vereinigten Staaten von Europa

Offizielles Organ der Europa-Union Deutschland

Chefredakteur Karlheinz Koppe

Unabhängige Reportagen, Kommentare und Analysen über aktuelle und grundsätzliche Probleme Europas aus der Sicht der Europäischen Bewegung.

Die Zeitung erscheint monatlich. Bezugspreis jährlich DM 12,—, Einzelpreis DM 1,—.

*

europäische gemeinschaft

Herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel

Verantwortlich Joachim Willmann, Leiter des Verbindungsbüros der Europäischen Gemeinschaften Bonn

Redaktion Adolf-Peter Koof

Nachrichten und Berichte, Interviews und Kommentare zu Fragen europäischer Politik und Wirtschaft.

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Bezugspreis jährlich DM 9,—, Einzelpreis DM 1,—.

Zeitschriften und Lieferungswerke

EUROPA-INFORMATIONEN

Grundlagen · Tatsachen · Entwicklungen

Herausgegeben vom Gustav-Stresemann-Institut

Jährlich erscheinen 24 Folgen mit insgesamt 192 Seiten in vier Lieferungen

Grundlegende Berichte über alle Bereiche internationaler und insbesondere europäischer Zusammenarbeit

aktuell · informativ · prägnant

Jahresabonnement DM 14,50

*

ec Erziehung und Kultur

Revue du Conseil de la Coopération Culturelle du Conseil de l'Europe
et de la Fondation Européenne de la Culture

Deutschsprachige Ausgabe

Die renommierte und anspruchsvolle Kulturzeitschrift des Europarates erscheint seit 1970 in unserem Verlag auch in einer deutschsprachigen Ausgabe, und zwar unter Förderung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland. Die Lieferung der deutschsprachigen Ausgabe erfolgt kostenlos an Interessenten aufgrund von Anforderungen bei der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik. Erscheinungsweise dreimal jährlich.

Zeitschriften und Lieferungswerke

INTEGRATION

Vierteljahreshefte zur Europaforschung

Herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel

Verantwortlich Joachim Willmann,
Leiter des Verbindungsbüros der Europäischen Gemeinschaften, Bonn

Redaktion Hartmut Offele

Parallel zu dem offiziellen Organ der Europäischen Gemeinschaften „europäische gemeinschaft" wird diese wissenschaftliche Zeitschrift herausgegeben, die die Probleme der europäischen Integration in Grundsatzbeiträgen behandelt. Außerdem bringt die Zeitschrift Berichte von bedeutenden wissenschaftlichen Tagungen über europäische Themen sowie Rezensionen der deutschen und ausländischen Fachliteratur aus diesem Bereich.

Erscheinungsweise vierteljährlich.
Preis des Einzelheftes DM 5,—, Jahresabonnement DM 16,—, zuzüglich Zustellgebühren.

Unsere: **EUROPA UNION VERLAG GMBH**
Anschrift: **53 Bonn 1**
Stockenstraße 1—5 · Postfach 643

Zu beziehen durch die Buchhandlung:

PARLAMENT

1

AKTUELL





Computer im Dienste des Deutschen Bundestages

INHALT

Bei uns brauchen Sie keine Filzpantoffeln . . .	
. . . denn wir sind kein Museum	
Der Deutsche Bundestag macht Nägel mit Köpfen	3/4/5/6
Die Zeit wird durch den Wolf gedreht	7/8
Rund um die Uhr	9/10/11
Man sollte sechs Hände haben	12/13/14/15
Streß „schafft" Herz und Kreislauf	16/17/18
Reich kann man dabei nicht werden	20/21
Argumente statt „keep smiling"	22/23/24/25
Für Koordinierung verantwortlich: Der Ältestenrat	26/27
Die Spitzen der Fraktionen	28
Nachrichten – Informationen – Kommentare	29/30/31/32/33/34

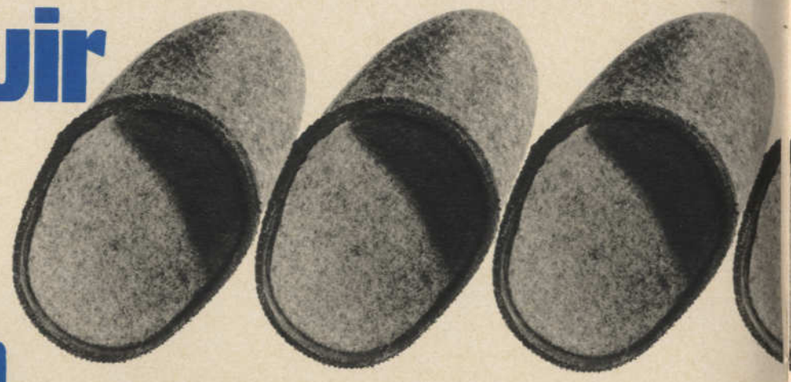
„PARLAMENT AKTUELL" wird herausgegeben vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages. Gesamtherstellung: Büro für Publizistik GmbH, 6951 Neckarzimmern, Telefon: 0 62 61/24 87 und 40 74, Telex: 04 66102. Redaktion: Günter Fraschka, Claus Beckenbach, Karlfried Theilig. Fotos: dpa, Colorpress Hennig, Aero-Lux, Studio Hennig, Heidelberg, J. H. Darchinger, Presse-Bild-Poss, Bernd Kollmann, Studio Lessmann, Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Slomifoto, Archiv Büro für Publizistik. Druck: BURDA GmbH, Offenburg.

Letzte Umschlagseite: Jährlich besuchen Tausende von Jugendlichen aus allen Teilen der Bundesrepublik den Deutschen Bundestag. Hier eine Schülergruppe — im Hintergrund das Abgeordneten-Hochhaus.



Bei uns brauchen Sie keine Filzpantoffeln...

...denn wir sind kein Museum



Der Deutsche Bundestag macht Nägel mit Köpfen

Im Bundestag geht es zuweilen recht laut zu. Manchen unserer Bürger ist das zu laut, sie meinen, „die da oben" könnten bei gutem Willen einiger sein. Journalisten fragen immer wieder, ob nicht die Demokratie durch den Parteienstreit gefährdet sei.
Hier zeigt sich gleich eine Vielzahl von Irrtümern. Die Demokratie kann nur leben, wenn die vielfältigen Anschauungen in unserem Volk durch die Parteien zusammengefaßt und ausgesprochen werden. Die Meinungsunterschiede über innere und äußere Sicherheit, Renten, Steuern bis hin zum Problem der Schwangerschaftsunterbrechung haben die Parteien ja nicht erfunden. Die Unterschiede sind da, und die Parteien sprechen sie aus – im Parlament, wo sonst? Der Bundestag ist dazu da, diese Verschiedenheiten kontrovers zu erörtern. Einigkeit in Parlamenten gibt es nur in Gegenden, wo vorher, hinter verschlossenen Türen, etwa im Politbüro, gerungen wird und die Mehrheitsmeinung als die allein richtige Meinung nachher dem Bürger verordnet wird. Es ist kein Zufall, daß dies immer in Staaten geschieht, in denen der Bürger keine Wahl zwischen verschiedenen Parteien hat. Die Freiheit des einzelnen ist untrennbar verbunden mit seinem Recht, spätestens bei den nächsten Wahlen zu bestimmen, welche Richtung demnächst regieren soll.
In der UdSSR wurde festgestellt, daß Stalin völlig falsch regiert hat – später, daß Chruschtschew eine falsche Politik betrieben hat – von Malenkow gar nicht zu reden. Nur, dem russischen Bürger wurde nie die Möglichkeit gegeben, zwischen diesen Positionen zu wählen, er konnte und kann immer nur eine Partei wählen, in der in kleinen Zirkeln dann die Richtungskämpfe stattfinden. Leider haben die Bürger auch in anderen Staaten dieser Erde auf diese Dinge keinen Einfluß.
Die amtliche Propaganda in totalitären Staaten überall in dieser Welt – und es gibt keine andere – versichert dem Bürger, daß all das, was oben geschieht, das Richtige ist – auch wenn es das Gegenteil von dem ist, was gestern geschah, was gestern amtlich richtig war.
Die Unfreiheit dieser Verhältnisse wollen unsere Bürger nicht. Die (scheinbare) Ruhe und Ordnung, die sich dort manifestiert, ist aber für manche von ihnen erstrebenswert. Sie wollen nicht einsehen, daß das eine das andere bedingt. Ruhe bringt Unfreiheit, und nur Streit sichert die Freiheit, weil nur das Recht, andere Meinungen zu haben und zu äußern, Freiheit ist.
Wenn wir also den Streit im Parlament bejahen, dann müssen wir auch die Parteien bejahen. Viele Bürger tun das nicht. Sie wählen zwar einen Kanzler oder einen Kanzlerkandidaten, schimpfen aber über die Parteien und die von diesen aufgestellten Abgeordneten, die sie nur deshalb wählen, weil ihnen der Kanzlerkandidat dieser Partei gefällt.
Sie übersehen, daß diese Parteien nichts anderes als Vereinigungen von Bürgern – wie sie – sind, die sich vereinigt haben, um unser Gemeinwesen in einer bestimmten Richtung zu gestalten (nichts anderes heißt Politik), und daß diese Richtung bestimmt wird von den einzelnen Parteimitgliedern – Bürgern wie sie.
Gerade diejenigen, die den Streit der Parteien verabscheuen, beklagen auch immer wieder, daß so wenige Abgeordnete an Plenarsitzungen teilnehmen. Die Vorstellung dieser Bürger ist absonderlich: Es sollen möglichst alle Abgeordnete im Plenarsaal sein, aber sie sollen auch einer Meinung sein.
Fragt man sich: Wenn sie schon einer Meinung sind, warum sollen sie dann überhaupt alle da sein? Diese Frage trifft den Kern des Problems „Leeres Plenum". Das Plenum des Bundestages ist sehr oft nicht gut besucht. Aber dies hat seine Gründe, und die vermutete Faulheit ist der geringste dieser Gründe.
Zum einen haben Abgeordnete in Bonn viele Aufgaben: Sie sind von der Fraktion beauftragt, einen Gesetzentwurf oder einen Antrag auszuarbeiten, sie müssen deshalb mit Fraktionskollegen – oder mit Kollegen anderer Fraktionen – oder mit zuständigen Ministerialbeamten sprechen. Sie haben Besuch aus dem Wahlkreis, oder sie müssen wegen einer Wahlkreisangelegenheit in einem Ministerium vorsprechen. Sie müssen eine Rede vorbereiten oder mit Freunden die Reden von gestern durchgehen – das alles heißt, sie müssen politisch aktiv werden, Konsequenzen ziehen. Dennoch werden sie kritisiert, daß sie nicht im Plenum sitzen, obwohl dort in diesem Augenblick Einigkeit herrscht, obwohl sie dort, weil ein ihnen fremdes Fach dran ist, nichts zu sagen hätten. Und sie werden kritisiert von Journalisten, die es eigentlich besser wissen sollten, die aber nur zu geneigt sind, diesem Vorurteil von „Anwesenheit ist Arbeit" nachzugeben. (Obwohl gerade die Pressetribüne in solchen Augenblicken genauso relativ leer ist wie das Plenum.)

Weil von Vorurteilen die Sprache ist:
In Deutschland gilt Reden nicht als Arbeit, Rhetoren sind verpönt, schon von daher haben viele Deutsche eine schlechte Einschätzung des Parlaments. Dazu kommt noch, daß im Parlament Minister kontrolliert, d. h. kritisiert, werden. Minister sind bekanntlich die obersten Staatsdiener (wobei für viele die Betonung mehr auf dem „obersten" als auf dem „Diener" liegt), und Kritik an ihnen muß schon sehr begründet sein, bevor der Deutsche sie akzeptiert. Aber diese Kritik, diese Kontrolle ist eine Grundbedingung unserer Freiheit, weil nur diese Kontrolle die Regierung hindert, selbstherrlich zu werden. Das sollte endlich einmal eingesehen werden.
Der Bundestag hat die Gesetze zu beschließen, die für alle Bürger verbindlich sind. Wen wundert es noch, daß bei der Abneigung gegen Streit, gegen Auseinandersetzung – auch gegen Kompromisse – bei uns der Glaube verbreitet ist, wenn nur die Fachleute ruhig miteinander sprechen, dann wird auch schon das richtige Gesetz beschlossen. In der Konsequenz: Daß man am besten die Politiker durch Experten ablösen sollte.
Experten sind hilfreich, aber die Verantwortung der politischen Entscheidung können sie nicht tragen. Der Politiker kommt nämlich erst dann zum Zuge, wenn die Experten sich nicht einig sind: Ob mit den begrenzten Finanzmitteln mehr Straßen, mehr Universitäten, Waffen für die Bundeswehr oder mehr Traktoren für die Landwirtschaft angeschafft werden – diese Entscheidung kann kein „Fachmann" treffen. Dies aber ist genau die Aufgabe des Politikers. Er muß die Auswahl treffen. Und eben diese Wahl macht ihn nicht gerade überall beliebt.
Wenn man einsieht, daß die Aufgabe der Politiker erst da beginnt, wo die Fachleute nicht mehr weiterkommen, weil sie sich nicht einig sind, dann muß man zugeben, daß der Mann mit dem besten Fachwissen noch lange kein Politiker ist, daß



Bonn aus bequemer Fernsehsicht . . .

. . . junge Zuhörer auf der Besuchertribüne im Bundestag, die viele Monate im voraus ausgebucht ist





Die „Lobby" vor dem Plenarsaal

eben zum Politiker andere Eigenschaften als nur Fachwissen gehören.
Zur Veranschaulichung ein ganz simples Beispiel:
Der Verkehrsausschuß einer Gemeinde soll über die Trasse einer Umgehungsstraße entscheiden. Die Experten schlagen die vernünftigste Lösung vor (sie ist auch die billigste, weil sie den kürzesten Weg hat). Sie hat nur den Nachteil, daß sie unmittelbar an einem Altersheim vorbeiführt und den Abbruch von 12 Häusern (als Variante: 12 kunsthistorisch wertvollen Häusern) erfordert. — Der Abbruch der 12 Häuser und die Enteignung der Eigentümer kostet Geld, das haben die Experten schon einkalkuliert, aber haben sie die Zeit bedacht, die die Enteignung kostet, wenn auch nur ein Eigentümer nicht will? Haben sie daran gedacht, daß der Lärm der neuen Straße für die alten Leute im Altersheim, die sowieso schlecht schlafen, unzumutbar ist? Man könnte das Altersheim verlegen, das kostet allerdings etwas. Man könnte die Straße anders führen, das kostet nicht ganz soviel Geld, es belästigt aber die künftigen Bewohner einer neugeplanten Siedlung, auf jeden Fall aber entsteht dadurch eine Kurve in der Straße, von der wiederum die Experten sagen, sie sei gefährlich ...
Man kann diesen Fall noch viel weiter ausspinnen, erst dann nähert er sich der Wirklichkeit. Aber schon jetzt ist klar, welche Aufgabe die Mitglieder des Ausschusses haben: Sie müssen an alle Betroffenen (auch weit in die Zukunft) denken. Sie müssen Interessen ausgleichen, sie müssen mit dem Finanzausschuß wegen der Mehrkosten ringen. Dabei müssen sie Überzeugungsgabe und Durchsetzungsvermögen zeigen. Sie müssen standhaft sein und dennoch in wechselnden Situationen geschmeidig sein und schnell reagieren. — Alles Fähigkeiten, deren Ausbildung nun sicherlich nicht auf dem Lehrplan unserer Schulen steht.
Politiker ist ein Beruf für sich, der anstrengend ist und den ganzen Mann verlangt. Und er wird in den entscheidenden Situationen durch Reden ausgeübt. Deshalb ist Reden-Können (= überzeugen) für einen Politiker so wichtig.
Bei vielen Regierungsbildungen erwartet die öffentliche Meinung sehr oft, daß der Fachmann Soundso Minister wird. (Manchem fällt regelmäßig nichts besseres ein, als einen Professor vorzuschlagen, ein Professor ist ja immer Fachmann.) Sie alle wundern sich, wenn der Bundeskanzler einen Politiker zum Minister macht, dessen Fachkenntnisse zwar schwach sind, der aber über die eben erwähnten Eigenschaften eines Politikers, vor allem über Debattierkunst, verfügt und der nach Möglichkeit das Vertrauen einer großen Gruppe von Abgeordneten hat. Man nennt das die Hausmacht eines Politikers. Die Hausmacht ist wichtig (denn in der Politik entscheidet die Abstimmung, und bei ihr zählt nur, wieviel Hände sich für einen bestimmten Vorschlag heben).
Noch wichtiger aber ist die Tatsache, daß es sich hier offenbar um einen Politiker handelt, der fähig ist, Vertrauen anderer zu erwerben.
Politiker zu sein, ist also ein besonderer Beruf, der ganz besondere Eigenschaften erfordert, und er ist ein Beruf mit einem großen Risiko. Am Ende einer Wahlperiode verschwinden viele Politiker von der Bildfläche, nicht einmal immer die schlechtesten. Aber wenn eine Partei die Wahlen verliert, dann heißt es für viele Politiker dieser Partei plötzlich, Abschied vom Abgeordneten-Dasein zu nehmen. Warum wollen denn Bürger Abgeordnete werden? Reizt sie etwa das viele Geld? Monatlich erhält ein Abgeordneter rund 6000 DM. Für die meisten von uns ist das sehr viel. Nur vergessen wir dabei, daß eine solche Summe und noch mehr auch in anderen Positionen verdient wird, eben in Spitzenpositionen, sei es in der Wirtschaft, der Technik oder der Verwaltung. In diesen Positionen wird zwar das hohe Gehalt nicht immer gegönnt, aber im Grunde erkennen wir an, daß Spitzenleistungen auch Spitzenhonorare verdienen. Nur in der Politik wird das nicht anerkannt, wahrscheinlich, weil jeder Biertischstratege meint, Politik könne er so gut wie jeder Abgeordnete. — Seltsam nur, daß er es nicht selbst versucht.
Das Leben eines Abgeordneten ist alles andere als einfach. Freie Wochenenden hat er nicht, da muß er sich in seinem Wahlkreis mit seinen Wählern auseinandersetzen. Feierabend in Bonn gibt es nicht, da muß er sich noch am Abend mit anderen Abgeordneten herumschlagen. Und die 6000 DM kann er nicht einmal nach Hause tragen:
700 DM werden ihm für seine Altersversorgung abgezogen. Für Fraktions-, Partei- und Wahlkreisbeiträge, Wohnkosten in Bonn und auf Reisen, Verpflegung in Bonn und auf Reisen, Bürokosten einschließlich Porto und Telefon, Sekretärin, Verkehrsmittel und Spenden muß er mindestens 3300 DM aufwenden. Ihm bleiben etwa 2000 DM. Das ist manchem noch zuviel. Mancher hält die Abgeordnetentätigkeit noch immer für eine eigentlich ehrenamtliche Sache. Wovon der Abgeordnete und seine Familie dann leben sollten, das sagen diese Leute nicht. Aber daß nur Begüterte unter diesem Aspekt Abgeordnete werden können, das paßt diesen Leuten auch nicht.
Wenn es also nicht das Geld ist, was veranlaßt dann einen Bürger, Abgeordneter zu werden? Es gibt eben Leute, die wollen über Sicherheit, Vermögensbildung, Wirtschaftspolitik, Strafrecht und vieles andere mehr nicht nur mit Freunden reden, sie wollen darüber entscheiden — deshalb werden sie Abgeordnete, weil sie Politiker sind. Bevor sie Abgeordnete werden, müssen sie aber als Kandidaten zur Wahl aufgestellt und gewählt werden. Viele fühlen sich berufen, aber wenige werden wirklich gewählt. Und in der Gefahr, nicht gewählt zu werden, ist die Mehrzahl von ihnen. Aber wer spricht schon über dieses Risiko, wer spricht schon über die, die Zeit und Kraft — und Geld — in einen Wahlkampf investiert haben und doch nicht Abgeordneter wurden?
Von etwa 2000 ernsthaften Bewerbern werden — durch die Wähler, und das sind wir — 518 zu Abgeordneten gewählt. Sie bilden den Bundestag, genannt werden sie die Legislative, die gesetzgebende Körperschaft, denn keine Vorschrift, die den Bürger binden soll, kann in der Bundesrepublik Gesetz werden, wenn nicht der Bundestag diese Vorschrift als Gesetz verabschiedet hat.
Es gibt Leute, die streiten ernsthaft darüber, ob nicht der Bundestag seine Aufgabe als Gesetzgebungsorgan verfehlt, weil die meisten Gesetze nicht aus der Mitte des Bundestages, sondern von der Regierung eingebracht werden. Das Zahlenverhältnis stimmt, die Konsequenz nicht. Es gibt unzählige Gesetze, die, von der Bundesregierung eingebracht, den Bundestag nahezu unverändert passieren. Sie haben alle eines gemeinsam: Sie sind politisch uninteressant, nicht Konsequenz politischer Ausführungen. Sobald ein Gesetz politisch interessant ist, kann man sicher sein, daß der Bundestag — vor allem die Ausschüsse, die das Gesetz sorgfältig beraten — den Text des Gesetzes so formuliert, wie die Mehrheit der Abgeordneten das für notwendig hält. Dies geschieht in einer komplizierten Prozedur, die ihren Sinn hat, die hier darzustellen allerdings der Raum fehlt.
Diese ins einzelne gehende Darstellung wäre auch deshalb verfehlt, weil das Beraten und Beschließen von Gesetzen sicher eine wichtige, sogar die zeitraubendste Aufgabe des Bundestages ist. Aber sie ist bei weitem nicht die wichtigste. Zuallererst — und dies nicht nur zeitlich — hat der Bundestag zu bestimmen, wer regieren, wer also Bundeskanzler (und von diesem zum Mitglied der Regierung ernannt) werden soll, er hat fortwährend diese Regierung zu kontrollieren (durch Debatten im Plenum, durch dauerndes Fragen, durch Zweifel der Opposition an der Klugheit der Regierungspolitik) und sie notfalls durch eine andere abzulösen. Dies hat bei uns seit 22 Jahren so reibungslos funktioniert, daß kaum jemand darüber redet, daß dieses Regieren durch Konsens des Bundestages schon für eine Selbstverständlichkeit gehalten wird. Aber wie viele Staaten in der Welt gibt es denn, in denen ein Regierungswechsel wie bei uns 1966 oder 1969 so reibungslos vor sich gegangen ist? Sicherlich nicht mehr als dreißig. Und allein diese Überlegung sollte all die, die unser Parlament kritisieren, zum Nachdenken zwingen.

Peter Scholz

DIE ZEIT wird durch den Wolf gedreht

Der Mann, der soeben das Telefon abnahm, hielt den Hörer entsetzt von sich weg. Die Stimme am Telefon überschlug sich vor Erregung: „Hören Sie mal, was da im Bundestag passiert, ist eine Schande. Da sind ja fast alle Bänke leer, und die paar, die da sind, hören gar nicht zu. Eine Schande ist das. Schlafen die anderen alle? Die machen sich wohl ein feines Leben, was? Ich muß arbeiten, zahle einen Haufen Steuern. Und wofür? Daß die es sich bequem machen?"

Der zornige Anrufer konnte nicht sehen, daß sein telefonisches Gegenüber bereits den Hörer auf die Tischplatte gelegt hatte. Er ist nicht die richtige Instanz. Der Mann hatte den Bundestagspräsidenten sprechen wollen, mitten während der Fernsehübertragung der wirtschaftspolitischen Debatte, und war bei einem der Mitarbeiter des Parlamentspräsidenten „gelandet".

Solche Anrufe sind selten. Häufiger aber kommen Briefe, gelegentlich Telegramme anteilnehmender Bürger, Postkarten sind darunter — und alle haben sie eines gemeinsam: Sie treffen unmittelbar nach umfangreichen, vom Fernsehen übertragenen Debatten im Büro des Präsidenten ein, und nahezu alle enthalten heftige und gelegentlich sogar deftige Beschwerden.
Das Plenum sei leer. So willkommen im Bundestag solches Interesse ist, so sehr beklagt man eine weitere Gemeinsamkeit aller dieser postalischen Eingaben: Bei keiner Reklamation wird auch nur der Versuch gemacht, die Leere des Parlamentes zu ergründen. Im Gegenteil. Mutmaßungen werden darüber angestellt, daß die Abgeordneten auf der faulen Haut lägen, die Cafeteria bevölkerten, Skat spielten, in feinem Anzug feine Cocktailpartys besuchten.
Wer glaubt, daß die Kritik am Bundestag das Parlament oder die Abgeordneten ungerührt lasse, der täuscht sich. Denn den Abgeordneten wird, wenn sie in ihre Wahlkreise zurückkommen — und das ist jedes Wochenende der Fall —, von Freunden, Bekannten, Verwandten die Parlamentsleere sozusagen um die Ohren geschlagen.

In Bonn hat es an Versuchen nicht gemangelt, dem Parlament zu einem besseren Eindruck zu verhelfen, für bessere Besetzung zu sorgen. Man hat den Tagungsrhythmus zu ändern versucht, hat an eine Verkleinerung des Parlamentssaales gedacht. Erst jetzt hat man wieder eine neue Regelung festgelegt, deren Lebensdauer ungewiß bleibt: Parlamentsdebatten finden nur noch vormittags statt, Fragestunden und Ausschußsitzungen am Nachmittag. In Ausnahmefällen nur noch soll das Plenum ganztägig zusammentreten.

Indessen, alle solche Änderungsversuche sind, was sie nur sein können: Versuche einer optischen Retusche. Es sollte der erfreulich kritischen Öffentlichkeit zu denken geben, daß 518 gewiß gescheiten, praktisch veranlagten, auf das Wohl des Parlaments bedachten Abgeordneten in 22jähriger parlamentarischer Praxis keine grundsätzliche Problemlösung gelang. Sie konnte nicht gelingen, weil sie nicht gelingen kann. Richtiger wäre folglich, wenn sich die Öffentlichkeit um neue Bewertungskriterien bemüht, daß sie sich Gedanken macht, warum das Plenum offensichtlich leer sein muß — warum es bemerkenswerterweise immer dann dicht besetzt ist, wenn es um keine Entscheidungen geht. Unter dieser Prämisse gibt es nur zwei Schlußfolgerungen: Entweder wollen die Parlamentarier nicht — oder aber sie können nicht.
Sehr häufig hört man auch noch die Meinung, Abgeordnete dächten nur an sich, und wenn sie im Bundestag säßen, dann nur, weil sie gesehen werden wollten.



Das Plenum während der Debatte

Wäre es so einfach — dann in der Tat wäre das Problem des leeren Plenums längst gelöst, denn dann würde jeder Abgeordnete sich nur im Plenarsaal aufhalten, denn gerade in seinem Wahlkreis könnte er mit seiner Präsenz renommieren.

Da sie auf dieses Werbeplus verzichten, muß es folglich tiefere Gründe dafür geben. Und sie gibt es. Auf eine kurze, provozierende Formel gebracht: Leeres Parlament heißt fleißiges Parlament. Volles Parlament heißt faules Parlament! Tatsächlich läßt es der Druck von Terminen, von wohlgemerkt: Arbeitsverpflichtungen, gar nicht zu, daß die Abgeordneten nur im Plenum sitzen, daß sie Debatten zuhören, von denen sie oft selbst einräumen, daß sie nichts verstünden, weil es häufig Expertendebatten sind. Neun Zehntel der Bundestagsdebatten sind solche Fachdebatten: Zollprobleme, Agrarfragen, Ausbildungsförderung, Mietpreisgesetz, Wohnungsbau, Strukturfragen. Und nur ein Zehntel ist der sogenannten großen politischen Debatte gewidmet. In den letzten zwei Jahren hat sich das Verhältnis leicht verändert, aber das Prinzip gilt nach wie vor. Bei diesen großen außenpolitischen, innen- und wirtschaftspolitischen Debatten sind in aller Regel auch rund zwei Drittel der 518 Abgeordneten anwesend. Über diese Zahlenverhältnisse nachdenken heißt, zu einem bestimmten Ergebnis kommen zu müssen: Die parlamentarische Entscheidungsebene ist verlagert. Nicht mehr wie im klassischen Parlamentarismus gibt es die strenge Gewaltenteilung — hier die Regierung, die initiativ wird, Vorschläge und Gesetze einbringt, dort das Parlament, das sich mit einer reinen Kontrollfunktion begnügte. Das Parlament entwickelt heute selbst viele Gesetzesinitiativen, macht vom Kontrollrecht in einer umfassenden Weise Gebrauch: Es verändert Regierungsvorlagen häufig so, daß sie den Strömungen im Parlament entsprechen und nicht mehr unbedingt dem Willen der Regierung.

Das setzt natürlich eine sehr intensive fachliche Beratung und Behandlung voraus, und es erscheint klar, daß man die hundert Fallen eines Gesetzes, die sowohl im Sprachgebrauch als auch in der Materie stecken, nicht von 518 Abgeordneten beraten läßt, sondern konsequenterweise von Fachleuten. Deren Entscheidung muß dann politisch, also der parteipolitischen Absicht entsprechend, in der Plenarsitzung gebilligt oder verworfen werden. Ein Parlament ist eine Summe von vielen kleinen Parlamenten, von Unterparlamenten, wenn man so will, denn sie haben in der Tat nur vorschlagenden, keinen beschließenden Charakter wie das Plenum.

In der parlamentarischen Praxis bedeutet das, daß die Sachverständigen die Kontrolle der politischen Entscheidung brauchen. Das heißt: Es wird durch den Austausch der Argumente von Experten und nicht fachlich voreingenommenen Politikern verhindert, daß die Fachausschüsse Gesetze formulieren, die einseitige Interessen-Gesetze wären. Der Rat der Experten bewahrt vor Undeutlichkeiten, vor begrifflichen Ungenauigkeiten.

Neben den Unterparlamenten, also neben den Ausschüssen, existieren innerhalb jeder Bundestagsfraktion noch einmal solche Kreise, Unter-Unter-Parlamente zu nennen, die nun ihrerseits ihre Empfehlungen an die Fraktion und an die Mitglieder der Ausschüsse richten. So wie die Einigung in den Ausschüssen die Parlamentsentscheidung vorbereitet, so bereitet die Arbeitsgruppe, der Arbeitskreis die Entscheidung der Fraktion vor — die politischen Fronten formieren sich, und zwar, wie man sieht, außerhalb des eigentlichen Parlamentes.

Da gewisse politische Strömungen auf diese Weise vorgeprägt werden, kann jede Fraktion sicher sein, daß sie wie vorausberechnet auch im Parlament zur Geltung kommt. In aller Regel ist die Frontenbildung, Regierungsparteien auf der einen, Opposition auf der anderen Seite, klar. So erklärt es sich, daß Fernsehzuschauer, die Augenzeuge einer Abstimmung werden, aus den seitlichen Türen und unter der Balustrade plötzlich ganze Abgeordnetengruppen heraneilen sehen, daß sich der vorher so leere Plenarsaal mit quirliger Fülle und Geschäftigkeit belebt — bis die Abstimmung vorbei ist.

„Ja, wissen die eigentlich, worüber abgestimmt wird und wie sie abstimmen wollen?" Der Nachvollzug der skizzierten Entscheidungsvorbereitung gibt die Antwort: Sie wissen es!

Diesem differenzierten und subtilen Vorbereitungsgeschäft können die Scheinwerfer der Öffentlichkeit nicht in ähnlicher Weise zugesteuert werden wie dem Gesamtparlament. Das scheint auch nicht nötig. Denn die Richtlinien der politischen Parteien werden im Parlament skizziert, es ist gar nicht möglich, eine Regierungserklärung irgendwo anders als vor dem gewählten und berufenen Gremium der Abgeordneten abzugeben. Die Bürger müssen wissen, daß sie von einem fleißigen Parlament vertreten werden, bei dem es nur so ausschaut, als wäre es untätig.

Eduard Neumaier

Rund um die Uhr



An jedem Freitagmittag ist es dasselbe Bild: Vor dem Bundeshaus und vor dem Bundestagshochhaus, dem „Langen Eugen", fahren mehr schwarze Limousinen als gewöhnlich vor. Es sind Bundestags-Taxis, die es nur in Bonn gibt, nicht als Taxis gekennzeichnet sind, BD-Nummern haben, von den Abgeordneten allein benutzt, aber ordnungsgemäß bezahlt werden müssen. Die Fahrer werden nicht extra gerufen. Sie wissen: Freitag, Wochenende in Bonn, Hetze, Jagd, Minutenschinden, Geschwindigkeitsüberschreitung — die Abgeordneten drängen zum Bonner Bahnhof.

Unter ihnen befindet sich auch der Abgeordnete Huber, wie wir ihn bezeichnen wollen, ein untersetzter Mann mittleren Alters. Er kommt aus Niederbayern. Über seinem nicht allzu modischen Anzug trägt er einen leichten Sommermantel, in der Hand hält er eine dicke Aktentasche, in deren Seitenteil zwei, drei Zeitungen eingeklemmt sind. Als Herr Huber die Bahnhofshalle betritt, ist er sichtlich ins Schwitzen geraten. Er eilt durch die Fahrkartenkontrolle, denn draußen, auf Bahnsteig 2, bremst gerade schrill der TEE ab, den Huber erreichen muß, will er nicht noch kurz vor seiner Endstation übernachten oder mit einem Taxi 70 Kilometer bis nach Hause fahren. Denn Huber muß von München aus noch dreimal umsteigen, ehe er zu Hause angekommen sein wird.

Jetzt jedenfalls erreicht Huber gerade noch den Zug und läßt sich erschöpft in den Sitz seines Abteils fallen. Eine halbe Stunde lang liest er sich durch die mitgebrachten Zeitungen, dann fällt er für eine halbe Stunde in einen tiefen Schlaf, kurz vor Mainz wird er wach. Er nimmt seine Aktentasche und geht zum Speisewagen.

Es ist das übliche Ritual, das Herr Huber an jedem Wochenende auf seiner Heimfahrt hinter sich bringt. Er ist die dritte Legislaturperiode im Bundestag, dreimal wurde er in direkter Wahl nach Bonn entsandt, dreimal war sein Vorsprung ungefährdet. Huber ist mit Freuden Abgeordneter, aber manchmal, wie an diesem Freitag, verwünscht er seine eigene Freude. Nicht nur, daß er seither in seinem eigenen dörflichen Haus nur noch zu Gast ist, nicht nur, daß er seine drei Kinder kaum aufwachsen sieht. Huber weiß, daß er zwar auf ein Wochenende heimfährt, daß er aber gleichwohl nicht daheim, nicht zu Hause sein wird. Er muß sich um seinen Wahlkreis kümmern, den er zwar sicher in seiner Hand wähnt, in dem aber ein junger Mann in der eigenen Partei und ein dreimal in der Direktwahl geschlagener, aber über die Landesliste ins Parlament eingezogener Abgeordneter der Gegenpartei für genügend Aufregung und Beschäftigung sorgen.

Hubers Wahlkreis ist großflächig, nicht leicht zu bereisen. Rund 250 000 Menschen wohnen da auf knapp 3000 Quadratkilometern. Die Verkehrs- und Wirtschaftsstrukturen sind unterentwickelt, es gibt einen breit vertretenen Mittelstand, sehr viel Landwirtschaft. Huber merkte in den letzten Jahren eine gewisse Unruhe in seinem Wahlkreis, ein gewisses

Der Plenarsaal aus der Sicht des Bundestagspräsidenten





Kurz-Konsultation der Opposition während der Debatte (v. l.: Richard Stücklen, Dr. h. c. Franz-Josef Strauß, Dr. Werner Marx)

Strukturerneuerungsbedürfnis, eine zunehmende Unzufriedenheit der Menschen, daß ihre herkömmlichen Beschäftigungen nicht mehr lohnend sind, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden müßten.

Vor einem Omelett mit Salat, daneben ein Kännchen Kaffee, sitzend, liest Huber soeben den Brief eines befreundeten Bürgermeisters, der ihm die Hiobsbotschaft überbringt, daß ein größeres Industrieprojekt, mit dem auf einen Schlag tausend Arbeitsplätze geschaffen und eine ganze Zahl von kleinen Zulieferbetrieben errichtet und gefördert werden können, zu scheitern drohe. Er soll das Projekt retten, indem er aus dem Strukturprogramm der Bundesregierung einige Millionen Mark lockermacht. Huber nimmt einen weiteren Brief aus seiner Tasche. Eine alte Frau beklagt ihre niedrige Witwenrente. Sie meint, man habe sie betrogen um ihren ehrlichen Anspruch. In einem dritten Brief beklagt sich eine Gemeinde, daß sie vom Landkreis aus kein Ferienzentrum bauen dürfe, weil an der vorgesehenen Stelle eine Kreuzung für mehrere projektierte Straßen verlaufen müsse. Es klagt ein Bauer, daß er von seinem schönen Ackerland für ein anderes Straßenbauprojekt Land abgeben müsse. In einem fünften Brief wird Beschwerde geführt, daß die Kanalisation in einem Ort seit einem Jahr nicht weitergeführt werde. Ein sechster schreibt, er werde den Staat verklagen, weil seine landwirtschaftliche Existenz bedroht sei. Und so weiter und so weiter.

So ernst bis kurios die Briefe sind: Huber muß alle ernst nehmen, denn alle Schreiber erwarten von ihm Hilfe und Antwort. Sie erwarten zuviel. Schon jetzt weiß er, daß das Industrieprojekt zwar gerettet werden kann, daß aber das Ferienzentrum „tot" ist. Die Rentnerin muß er über seinen eigenen Draht mit der Rentenversicherungsanstalt verbinden (wahrscheinlich ohne Hoffnung, daß sich ein Rechenfehler eingeschlichen hat), dem Bauern klarmachen, daß sein Grundstück nicht zu retten ist, die Kanalisationsklage in einem Brief so beantworten, daß die Finanzlage vieler Gemeinden prekär geworden sei und daß der Bund den Gemeinden nicht über seine eigenen angespannten Kräfte hinaus helfen könne. Und der mit Klage drohende Bauer, der seine Existenz bedroht sieht: Huber wird sich die Mühe machen, sich einmal selbst bei dem Bauern umzusehen, damit er ihm je nach Größe des Betriebes sagen kann, ob und welche Hilfe möglich sei.

In den Jahren seiner Bundestagszugehörigkeit hat Huber viele Illusionen verloren. 1961, da war er voller Elan nach Bonn gekommen, hatte sich ausgemalt, wieviel er für seinen Wahlkreis tun wolle, und hat dann festgestellt, daß außer ihm noch 247 direkt gewählte Abgeordnete da waren, die ebenfalls ihre Wünsche und ihre Ziele hatten, und es waren noch einmal 248 Abgeordnete da, die über die Landeslisten in den Bundestag eingezogen waren, die sich zum Teil ebenfalls ihren Wahlkreisen verpflichtet fühlten, obwohl sie in diesem Sinne gar keine Wahlkreisabgeordneten waren.

Um 11 Uhr abends kommt Huber, abgeschlagen, müde, auf dem Heimatbahnhof an. Seine Frau steht mit dem ältesten Sohn da, freut sich, gibt ihm einen Kuß auf die Wange. Der Sohn spöttelt: „Na, schaust du mal wieder schnell daheim vorbei?" Er besteigt das Auto, fährt nach Hause. Ein Bad, ein kleiner Schluck Wein.

Nach neun Stunden Schlaf, um 10 Uhr morgens, sitzt Huber am Frühstückstisch, einen Stapel Post vor sich. Seine Frau ist einkaufen gegangen. Er findet neun Briefe mit persönlichen Anliegen, eine Abrechnung der Bundestagskasse, aber er findet auch rund zwei Dutzend Einladungen in seiner Post, die alle in den nächsten 14 Tagen anfallen — jenen 14 Tagen, die das Parlament gerade als Pause eingelegt hat. Es ist eine Zeit der Feste: 3 Schützenfeste (zwei Zusagen); 4 kreisbekannte Kirchweihfeste (vier Zusagen für zwei Tage); 1 Feuerwehrstiftungsfest (Absage); 1 Städte-Partnerschaft mit einer französischen Stadt (Zusage); 1 Schwimmbad-Eröffnung (Zusage); 2 Musikfeste (eine Zusage, eine Absage); 2 Sängerfeste (eine Zusage, eine Absage); 1 Tagung der Kreishandwerker-Innung (Zusage); 1 Ehrung eines Hundertjährigen (Zusage); 1 Sportfest (Zusage, „Trimm dich!"); 2 Generalversammlungen, darunter der eigene Gesangverein (Zusage); 1 Podiumsdiskussion in der Pfarrgemeinde (Zusage); 1 Geburtstag des Landrats (Zusage); 1 Schulabend (Zusage); 1 Teilnahme an öffentlicher Ratssitzung, betreffs Feriendorfprojekt (Zusage); 1 Geburtstag der jüngsten Tochter (Zusage)

Huber weiß noch gar nicht genau, wie er im einzelnen die Termine wahrnehmen kann. Er weiß nur: er muß. Sicher ist jedenfalls, daß in den kommenden 14 Tagen jeder Abend belegt ist. Dazu kommen auf das reine Tagesprogramm: Besprechung mit dem Kreisgeschäftsführer der Partei, Besuche bei den paar Ortsvorsitzenden, bei einigen Bürgermeistern, in einigen Gaststätten, in denen er Bekannte trifft und ein bißchen Popularitätspflege betreibt.

Kurz nach seiner Wahl wollte er ein Beispiel seiner Kontakt- und Hilfsbereitschaft geben. Er richtete im Nebenzimmer eines Wirtshauses ein Sprechzimmer mit festen Sprechzeiten ein. Insgesamt kamen jedoch nur drei Personen. Man geht zum Doktor in die Sprechstunde, nicht zum Abgeordneten. Dafür muß der Abgeordnete Huber sich überall da sehen lassen, wo sich viele Menschen versammeln. Da er bekannt ist, wirbt seine Anwesenheit für ihn und für die Partei. Er könnte es sich gar nicht leisten, die großen Feste im Wahlkreis zu versäumen, denn sowohl sein Rivale in der eigenen Partei, ein angesehener Handwerksmeister, als auch der mehrfach geschlagene Abgeordnete der Konkurrenz-Partei „zerrissen" sich fast, um überall dabeizusein, Sympathiewerbung zu treiben. Huber braucht aber nicht nur die Zustimmung der vielen Bürger, die zu diesen Festen kommen, er braucht die Unterstützung der örtlichen Honoratioren, der Lokalgrößen und der Lokalzeitungen, die in diesen Vereinen mitreden. Beim Sinnieren darüber fällt ihm ein,



Der Haushaltsausschuß berät über den 100-Milliarden-Etat

daß er ja gar keinen Termin mit dem Chefredakteur seines Heimatblattes vorgesehen hat. Da muß etwas anderes unter den Tisch fallen: der versprochene Einkaufsbummel mit seiner Frau, den kann er auf ein andermal verschieben. Doch all diese Werbung nutzt nichts, wenn er nicht auch sachliche Erfolge vorweisen kann. Seine Konkurrenten verdächtigen ihn ohnedies bereits, er tue nicht genug für den Wahlkreis. Die Rettung des Industrieprojektes ist freilich ein ganz großer Coup, ein Glückstreffer. Aber er hat auch noch ein paar andere gute Nachrichten mitgebracht: Ein paar enge Straßen sind in die Dringlichkeitsliste des Verkehrsministeriums aufgenommen worden. Das speziell in seiner Heimatumgebung angesiedelte Handwerk (Glas) erhält für eine gewisse Zeit Schutz vor Auslandskonkurrenz. Zwei Bahnhöfe, die geschlossen werden sollten, können geöffnet bleiben. Der Aufenthalt diesmal könnte sehr erfolgreich werden.

Als Huber mit zwei Tagen Verspätung — er hätte sonst sein Gesprächsprogramm nicht einhalten können — frühmorgens zum Bahnhof kommt, begrüßt ihn der Stationsvorsteher mit jovialem Lächeln:

„Sie haben es gut. Sie machen alle vierzehn Tage acht oder 14 Tage Ferien, fahren dann nach Bonn zurück, lassen den Herrgott einen guten Mann sein und kassieren einen Haufen Geld. Ja, ja, leben können muß man." Herr Huber lacht. Er kennt dieses Abschiedslied. Er hat es längst aufgegeben, den guten Mann vom Gegenteil zu überzeugen. Als der Zug einfährt, Huber eingestiegen ist, der Zug anrollt, winkt er doch noch einmal zum Stationsvorsteher hinüber: „Kommen Sie doch mit und machen Sie sich auch ein paar schöne Tage in Bonn."

Sven Büche

Ein x-beliebiger Arbeitstag

Das Datum tut nichts zur Sache, nicht das Thema, das im Bundestag zur Beratung anstand. Der Sitzungstag jedenfalls, dessen Ablauf, dessen vielseitiges Programm hier dargestellt ist, lag nach der Sommerpause: Die Debatte im Parlament begann um 9 Uhr, zuvor gab es eine Morgenandacht, schlecht besucht wie immer, danach Debattenauftakt mit einer gewohnten Abgeordnetenbeteiligung: Der Beobachter auf der Pressetribüne zählt um diese Stunde etwa 120 Abgeordnete, aber durch die Eingänge kommen weitere herbei. Um 9.30 Uhr sind etwa 180 Abgeordnete versammelt. Von den 518 Abgeordneten sind also 180 im Plenarsaal. Wo sind die anderen?

77 Abgeordnete sind gar nicht anwesend: 26 nehmen an einer Europaratssitzung teil; 10 sind im Europäischen Parlament; 16 sind krank gemeldet; 3 auf Dienstreise (Sowjetunion); 6 auf innerdeutscher Dienstreise; 9 geben sonstige Entschuldigungen an; 7 fehlen unentschuldigt.

Nachdem der Verbleib von 257 Abgeordneten geklärt ist, kann den Spuren der anderen weitgehend gefolgt werden: 8 sitzen als Minister auf der Regierungsbank, bleiben 249, weitere 11 werden als Parlamentarische Staatssekretäre im Laufe des Vormittags wechselnd auf der Regierungsbank ausgemacht, bleiben 238.

An diesem Morgen haben nicht weniger als 39 Abgeordnete Besuchergruppen zu betreuen, die allesamt aus den Wahlkreisen angereist kamen. Rund 1200 Teilnehmer werden für eine Stunde auf die Zuhörertribüne geschleust, weitere vier Stunden im Bundestag herumgeführt, in Sitzungssälen versammelt, mit Kaffee und Kuchen, mit Bier, zwei Gruppen sogar mit Mittagessen, bewirtet. Bleiben 199 Abgeordnete. 92 haben, so geht aus den Portierskladden hervor, Einzelbesuche, 31 Abgeordnete haben für den Vormittag, teils in kleinen Gruppen, teils einzeln, Tagungsräume im Neuen Hochhaus sowie im Südflügel des alten Abgeordnetenhauses reservieren lassen, wo sie mit Fachgruppen, Kommunal- und Landespolitikern, mit Landräten, mit Lehrern, mit Wissenschaftlern tagen. Bleiben 76 Abgeordnete.

Der Haushaltsausschuß mit 29 Abgeordneten (zwei davon sind entschuldigt gemeldet), tagt parallel zum Parlament. Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen desgleichen. Bei ihm sind 19 Abgeordnete in die Listen eingetragen. Bleibt ein Rest von 28 Abgeordneten. Sie sind nirgendwo registriert, wohl aber in der Anwesenheitsliste eingetragen — ein sicheres Indiz, daß sie in Bonn sind. Mit zweien von ihnen telefonierten wir im Büro, zwei weitere trafen wir auf dem Flur, einen in einem Fraktionsbüro. Die übrigen 23 sind nicht aufzuspüren.

Von 518 Abgeordneten also ist nur der Aufenthalt von 23 nicht feststellbar. Die Fehlquote beträgt exakt 4,4401 Prozent. Mit den unentschuldigt fehlenden und den krank gemeldeten Abgeordneten beträgt die Fehlquote 8,861 Prozent. Gemessen am Durchschnitt der Berufstätigen ist das ausgesprochen gut, denn gezählt kann nur der Krankensatz werden. Das Tagewerk der Abgeordneten ist freilich mit der morgendlichen Sitzung erst begonnen. Nachmittags tagen: 13 Ausschüsse mit zusammen 302 gemeldeten Abgeordneten. Danach oder daneben 12 Arbeitskreise der Fraktionen. Die Sitzungen dauern bis gegen 20 Uhr. Danach ist der „Lange Eugen", das Bundestagshochhaus mit seinen 29 Stockwerken, hell erleuchtet, weil die meisten Abgeordneten in ihren Zimmern noch arbeiten. Das durchschnitliche Arbeitspensum dieses Tages beläuft sich auf 13 Stunden. Kann man da noch sagen, daß das Parlament in Bonn ein faules Parlament ist?

Eduard Mergenthin



Man sollte sechs Hände haben

Seit 1969 haben die Abgeordneten die Möglichkeit, persönliche Mitarbeiter auf Kosten des Bundestages (bis zum Betrag von z. Z. 1850 DM) anzustellen. Das ist für eine einfache Schreibkraft zuviel, für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter zuwenig. Es reicht wohl für eine qualifizierte Sekretärin von der Art einer Sachbearbeiterin — die man erst einmal finden muß —, die dem Abgeordneten nicht nur seine Briefe schreibt, sondern auch versiert genug ist, die eingehende Post zu sortieren, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden, den Terminkalender zu führen, Briefe selbständig nach Weisung zu beantworten und Material zu den vielen Fragen heranzuschaffen, mit denen sich ein Mitglied des Bundestages befassen muß, wenn er seine Aufgabe erfüllen und nicht hilflos der Vielfalt der Probleme gegenüberstehen will. Viele Abgeordnete haben sich dafür entschieden, Studenten oder Studentinnen zu engagieren oder Akademiker, die ihr Studium abgeschlossen haben und vor dem Eintritt in einen Beruf Erfahrungen in der Welt der Politik sammeln wollen. Andere Abgeordnete haben sich zusammengetan und — durch Zusammenlegung der vorgesehenen Beträge — zu zweit, dritt oder viert einen wissenschaftlichen Assistenten und eine oder zwei Sekretärinnen eingestellt. Es gibt annähernd 60 solcher Arbeitsgemeinschaften. Die Mehrzahl der Abgeordneten hat sich für Sachbearbeiter und Schreibkräfte entschieden und nicht für wissenschaftliche Mitarbeiter. Jedenfalls haben auf solche sehr verschiedene Weise die Mitglieder des Bundestages während der vergangenen Jahre zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Parlaments eigene Hilfskräfte erhalten, unabhängig von den Hilfskräften ihrer Fraktionen und vom Wissenschaftlichen Dienst, den die Verwaltung des Bundestages ihnen zur Verfügung stellt. Von diesen Hilfsdiensten für die Abgeordneten soll später die Rede sein.

Fast alle Abgeordneten haben inzwischen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Und insgesamt sind es heute etwa 730 Mitarbeiter, die bei Abgeordneten aufgrund dieser im Jahre 1969 eingeführten Regelung tätig sind.

Was hat nun zu dieser Neuerung geführt? War das notwendig? Hat sich diese neue Einrichtung bewährt? Ist sie ausreichend? Der Beruf des Abgeordneten war zwanzig Jahre lang, seit 1949, ein Ein-Mann-Job. Sofern er nicht eine besondere Stellung in der Fraktion oder im Bundestag innehatte oder auf eigene Kosten — oder auf Rechnung seiner Firma oder seines Verbandes — über Hilfskräfte verfügte, und das waren immer nur wenige Abgeordnete, mußte er seine Post selbst abholen, mußte alle Telefongespräche — zur Verabredung von Gesprächen, Besuchen, Besprechungen, Tagungen, Konferenzen und Interviews — allein führen, mußte seine Briefe, häufig nach Terminstreitigkeiten, einer Schreibkraft im Schreibzimmer für Abgeordnete diktieren, mußte sie selbst kuvertieren und mit Briefmarken versehen, oft Hunderte von Briefen im Monat. Und wenn er nicht auf seinem Zimmer war, weil er

ja an vielen Sitzungen und Besprechungen teilnehmen mußte, war er für niemanden erreichbar. Aber viele wollen mit ihm sprechen, wenigstens telefonisch, eine Mitteilung durchsagen, einen Termin vereinbaren, Fragen, Bitten oder Wünsche äußern.

Dabei sollte man sich vor Augen halten, daß der Abgeordnete im allgemeinen nur dreieinhalb Tage in Bonn ist, von Dienstagmorgen bis Freitagmittag. Die verbleibende Zeit der Woche ist er im Wahlkreis, auf Partei- oder Verbandsveranstaltungen, Wochenendtagungen usw. und schließlich auch zu Hause bei seiner Familie. In den dreieinhalb Tagen in Bonn aber sind die meisten voll „ausgebucht". Die Neuregelung seit 1969 hat einige Abhilfe geschaffen. Die Büros der Abgeordneten — die meisten von ihnen im neuen Bürohaus am Rhein mit 29 Stockwerken — sind nun in der Regel von einem Mitarbeiter besetzt, wenn der Abgeordnete anderweitig tätig ist, und der Abgeordnete muß nicht mehr alles selber machen. Viele Telefongespräche, viele Wege werden ihm vom Mitarbeiter abgenommen. Schon diese Hilfstätigkeiten setzen eine gewisse Kenntnis der Verhältnisse im Bundeshaus und in Bonn voraus. Es bedarf also einer Einarbeitungszeit. Ein kurzfristiger Wechsel der Mitarbeiter beeinträchtigt daher den Sinn der Einrichtung, dem Abgeordneten Entlastung zu verschaffen. Aber die Anforderungen der Abgeordneten gehen ja weiter.

Sie müssen sich auf Besprechungen, auf Ausschußsitzungen und auf Reden im Bundestag vorbereiten, im allgemeinen auf Gebieten, in denen sie „zu Hause" sind, die sie von ihrer beruflichen Tätigkeit her oder aus ihrer Arbeit im Bundestag kennen. Aber sie benötigen dazu aktuelles Material, Stellungnahmen der eigenen Parteifreunde, Äußerungen der anderen Seite, Statistiken usw.

Darüber hinaus aber muß der Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis und in den Verbänden häufig über Angelegenheiten sprechen, in denen er nicht Fachmann ist. Hier braucht er Hilfe. Noch wichtiger aber ist, daß er im Bundestag über Angelegenheiten mit entscheiden muß, in denen er nicht sachverständig ist. Wer könnte heutzutage auch nur annähernd auf allen Gebieten sachverständig sein? Mehr als tausend Referenten arbeiten in den Bundesministerien, und sie verfügen über eingehende Sachkenntnisse. Da ist es für einen einzelnen Abgeordneten schlicht unmöglich, auf allen Gebieten ausreichend unterrichtet zu sein.

Dabei wird er sich in Angelegenheiten von geringer politischer Bedeutung gewiß auf seine sachverständigen Kollegen in der eigenen Fraktion verlassen. Aber wenn er zu Haus, im Wahlkreis, darüber sprechen muß, braucht er auch auf solchen Gebieten, die ihm politisch vielleicht weniger wichtig erscheinen, die Unterstützung von Fachleuten. Das ist



Der Präsident des Deutschen Bundestages, Kai Uwe von Hassel, mit den Schriftführern



Bibliothek und Archive des Bundestages stehen allen Abgeordneten und deren Mitarbeitern zur Verfügung

aber um so mehr der Fall, wenn es sich um politisch bedeutsame Fragen handelt, die landauf, landab öffentlich diskutiert werden. Da muß er sich eingehend informieren, nicht nur, um zu einem eigenen Urteil zu gelangen, sondern auch, um das Problem zu erläutern und zu begründen.

Wie kann sich der Abgeordnete hierzu die nötigen Informationen beschaffen?

Zunächst wird man wohl an seinen Mitarbeiter denken. Aber der oder die ist nur in wenigen Fällen selbst sachverständig. Es gibt nur knapp 150 wissenschaftliche Mitarbeiter von Abgeordneten, und sie sind oft auf dem speziellen Interessengebiet ihrer Abgeordneten tätig und können ihnen dort mit ihren Fachkenntnissen volle Unterstützung geben. Andere aber können ihrem Abgeordneten häufig nur bei der Vermittlung von Material und Informationen helfen. Viele Abgeordnete haben Verbindungen zu Verbänden und Instituten, von denen sie nützliche Unterlagen erhalten. Ihre Fraktion versorgt sie mit Informationen zu zahlreichen Fragen, vor allem durch die Assistenten der Fraktionsarbeitskreise. Diese Arbeitskreise sind für bestimmte Gebiete zuständig, welche die Tätigkeitsbereiche mehrerer Bundestagsausschüsse umfassen.

Die Abgeordneten können sich aber auch an die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages wenden, die ihnen als Teil der Verwaltung des Bundestages zur Verfügung stehen. Sie können sich Pressemeldungen und Artikel zu bestimmten Fragen oder Personen von der Pressedokumentation kommen lassen. Alles, was im Bundestag zu einer Sache, die sie beschäftigt, beantragt, gesagt und gefragt worden ist, können sie vom Parlamentsarchiv bekommen. Die Bibliothek gibt ihnen Bücher und Zeitschriftenaufsätze zu jedem Thema, das sie interessiert. Und die wissenschaftlichen Mitarbeiter in den sechs Fachbereichen der Wissenschaftlichen Dienste helfen ihnen bei der Suche nach guten Informationen, machen ihnen Gutachten und sonstige schriftliche Ausarbeitungen. Alle diese Dienste und Hilfskräfte stehen ihnen zu Auskünften jeder Art zur Verfügung. Deren Tätigkeit ist aber neutral, d. h. in der Regel ohne Bezugnahme auf den Parteistandpunkt. Für parteipolitische Stellungnahmen und Ausarbeitungen sind die Abgeordneten auf ihre Mitarbeiter und die Fraktionsassistenten angewiesen.

Außerdem können sich die Abgeordneten auch unmittelbar an den zuständigen Minister oder seine Referenten wenden. Im allgemeinen werden sie dort prompt und sachkundig bedient. Aber für Mitglieder der Opposition mag es vielleicht manchmal problematisch sein, sich auf Auskünfte der Regierung zu verlassen. Sie tun es gewiß in vielen Fällen; aber manchmal ziehen sie es doch vor, ihre eigenen Mitarbeiter oder die der Fraktion zu Rate zu ziehen.

Man sollte sechs Hände haben, um von allen diesen Informationsmöglichkeiten Gebrauch machen zu können. Und natürlich möglichst auch die Zeit, um das alles zur Kenntnis zu nehmen und zu verarbeiten. Aber das ist vielleicht das schwierigste Problem.

Die neue Regelung für die Einstellung von Mitarbeitern der Abgeordneten kann





In der Presse- und Dokumentationsabteilung erhalten die Abgeordneten Unterlagen, die aus der Arbeit eines modernen Parlaments nicht mehr wegzudenken sind

sicherlich nicht verglichen werden mit der Ausstattung der Mitglieder des amerikanischen Kongresses. Während der einzige Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten mit diesem in aller Regel das Bürozimmer teilt, sitzen in Washington in riesigen Bürogebäuden zu beiden Seiten des Kapitols in den Büros der 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses jeweils 10 bis 12 Hilfskräfte und in den Büros der 100 Senatoren bis zu 70 Mitarbeiter. Aber dort besteht ein anderes Verfassungssystem und auch eine andere Parteienstruktur. Beides kann mit unseren Verhältnissen nicht ohne weiteres verglichen werden.

Wohl aber kann man aus den Verhältnissen beim amerikanischen Kongreß erkennen, daß die Wahlkreisarbeit, also die Verbindung zu den Wählern, eine immense Rolle spielt. Die Notwendigkeit, diese Verbindung zu den Wählern zu pflegen, sollte auch bei uns nicht unterschätzt werden. Dabei geht es ja nicht nur darum, die eigene Stellung zu bewahren, also demnächst wiedergewählt zu werden. Diese Verbindung zum Wahlkreis, zu den Wählern bedeutet doch auch, daß der Abgeordnete seine Tätigkeit in Bonn ständig vor der örtlichen Organisation seiner Partei, vor den regionalen Verbänden und damit schließlich vor seinen Wählern, seinen engeren Landsleuten, erläutern und rechtfertigen muß. Der Umfang dieser Tätigkeit wird hierzulande oft unterschätzt. Sie ist aber für das allgemeine Verständnis der Politik und der politischen Auseinandersetzung von großer Bedeutung. Das mag nicht in allen Wahlkreisen so empfunden werden, vor allem nicht in den Großstädten. Für den Abgeordneten aber ist diese Tätigkeit, auch wenn sie nicht überall wahrgenommen wird, von erheblicher Bedeutung und nimmt viel Zeit in Anspruch.

Viele Bundestagsabgeordnete halten in ihren Wahlkreisen Sprechstunden ab, manche sogar an mehreren Orten ihres Wahlkreises. Dort werden ihnen viele Wünsche, Fragen und Beschwerden vorgetragen, die dann in Bonn zu erledigen sind. Dabei kann der Mitarbeiter helfen. Oft aber müssen andere Hilfen in Anspruch genommen werden. Manchmal ist es die Fraktion, ein andermal der Wissenschaftliche Dienst. In einzelnen Fällen hilft eine Auskunft des zuständigen Ministeriums. Im übrigen steht für Beschwerden auch der Petitionsausschuß des Bundestages zur Verfügung.

Wie gesagt, man müßte sechs Hände haben. Hilfe ist an vielen Stellen vorhanden, man muß nur wissen, wie man von allen diesen Diensten Gebrauch machen kann. Auch dies ist eine Sache der Erfahrung.

Werner Blischke

Streß »schafft« Herz und Kreislauf

Die gesundheitliche Gefährdung der Abgeordneten nimmt ständig zu

Wer kennt ihn nicht, den Abgeordneten als Karikatur, wie er seit Jahren durch den Blätterwald geistert: mit Homburg und dicker Zigarre, dunkel und korrekt gekleidet, der immer eilig ist, seinen Einfluß zu seinen Gunsten geltend macht und wohlgenährt, mit rundem Bäuchlein, von Konferenz zu Konferenz jagt. Er läßt Züge anhalten und fährt in schwarzen dicken Limousinen. So wird er als „Volksvertreter in Bonn" augenzwinkernd vorgestellt. Nur so zum Spaß, versteht sich.

Wie schon gesagt, das ist das gängige Bild von einem deutschen Durchschnitts-Bundestagsabgeordneten. Die Männer und Frauen in Bonn, die heute vor dem Bundesadler des großen Plenarsaals in zahllosen Debatten die Vielschichtigkeit der gesamten Bevölkerung widerspiegeln und „für die da draußen" harte Arbeit leisten, sind aber aus ganz anderem Holz geschnitzt. Mit der gängigen Vorstellung über sich selbst haben diese Bundestagsabgeordneten nichts mehr zu tun. Der Alltag des Bonner Parlamentariers ist nicht vergleichbar mit dem eines Mannes, der nur von der eigenen Bedeutung, von Cocktails, von guten Beziehungen und den Steuergeldern der anderen lebt.

Da gibt es im Bundeshaus z. B. den Sanitätsgehilfen Weck, seit 20 Jahren „im Geschäft", der das Geschehen im Hause aus seiner Sicht so beschreibt: „Die Kurve der Herz- und Kreislaufkranken steigt beachtlich an. Der Betrieb hier wird immer hektischer." Eine Statistik gibt eine ebenso nüchterne Auskunft: Die gesundheitliche Gefährdung der Bonner Abgeordneten ist ganz besonders groß. Jeder 20. von ihnen ist während der letzten Jahre an Herzinfarkt oder akutem Kreislaufversagen gestorben.

Ein paar Worte und Zahlen, die deutlich machen, daß heute eine im letzten Jahr für runde 7000 Mark angeschaffte transportable Herz-Lungen-Maschine ebenso wichtig geworden ist wie etwa die Glocke des Parlamentspräsidenten von Hassel.

Wie kommt es zu dieser für Außenstehende unwahrscheinlichen Situation? Kenner und Beobachter der Bonner Szene kommen zu einem einfachen Schluß: Der Abgeordnete von heute ist überfordert. Die Gesetzgebungsarbeit hat sich in den vergangenen Jahren so ausgeweitet, die Kontrollfunktion des Parlaments ist so umfassend geworden, daß viele es körperlich nicht mehr schaffen. Hinzu kommt die Struktur der Bundestagsfraktionen von SPD, FDP und CDU/CSU, die es den einzelnen Abgeordneten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, nicht mehr möglich machen, sich „auf die faule Haut zu legen". So ist beispielsweise die FDP-Bundestagsfraktion mit nur 28 Abgeordneten so klein, daß niemand ausgespart werden kann. Alle müssen „ran", die meisten der Abgeordneten müssen gleich mehrere Spezialgebiete für die Partei „beackern" und im Plenum und den parlamentarischen Ausschüssen des Bundestages mit Erfolg vertreten. Bei der CDU/CSU und der SPD ist es so, daß arbeitsunwillige Abgeordnete schnell vergessen werden — beide Fraktionen sind mit 252 plus einem Gast (CDU/CSU) und 237 (SPD) zwar so groß, daß man sich das erlauben kann — und ihre Quittung für ruhige Tage in Bonn spätestens am Wahltag erhalten. Wenn man weiter die knappe Mehrheit der Koalitionsparteien SPD und FDP gegenüber der oppositionellen CDU/CSU bedenkt, besteht eigentlich für jeden Bonner Parlamentarier ein permanenter Zwang zur Arbeit.

Nicht selten wird der Abgeordnete, ob jung oder alt, von diesem Zwang überwältigt. So weiß man in Bonn seit langem, daß an großen Debattentagen zum Beispiel die Ruheräume des Bundestages fast immer gut bevölkert sind, daß der Bedarf an Beruhigungspillen, kreislaufstärkenden Mitteln und Kopfschmerztabletten sprunghaft ansteigt.

Auch Tage, an denen der Bundestag nicht zusammenkommt — das sind noch immer die meisten des Jahres — und die Zeitungen nicht über die Arbeit des Parlaments berichten, sind für den Abgeordneten zumeist mit Hektik und ungesunder „Terminhatz" vollgestopft.

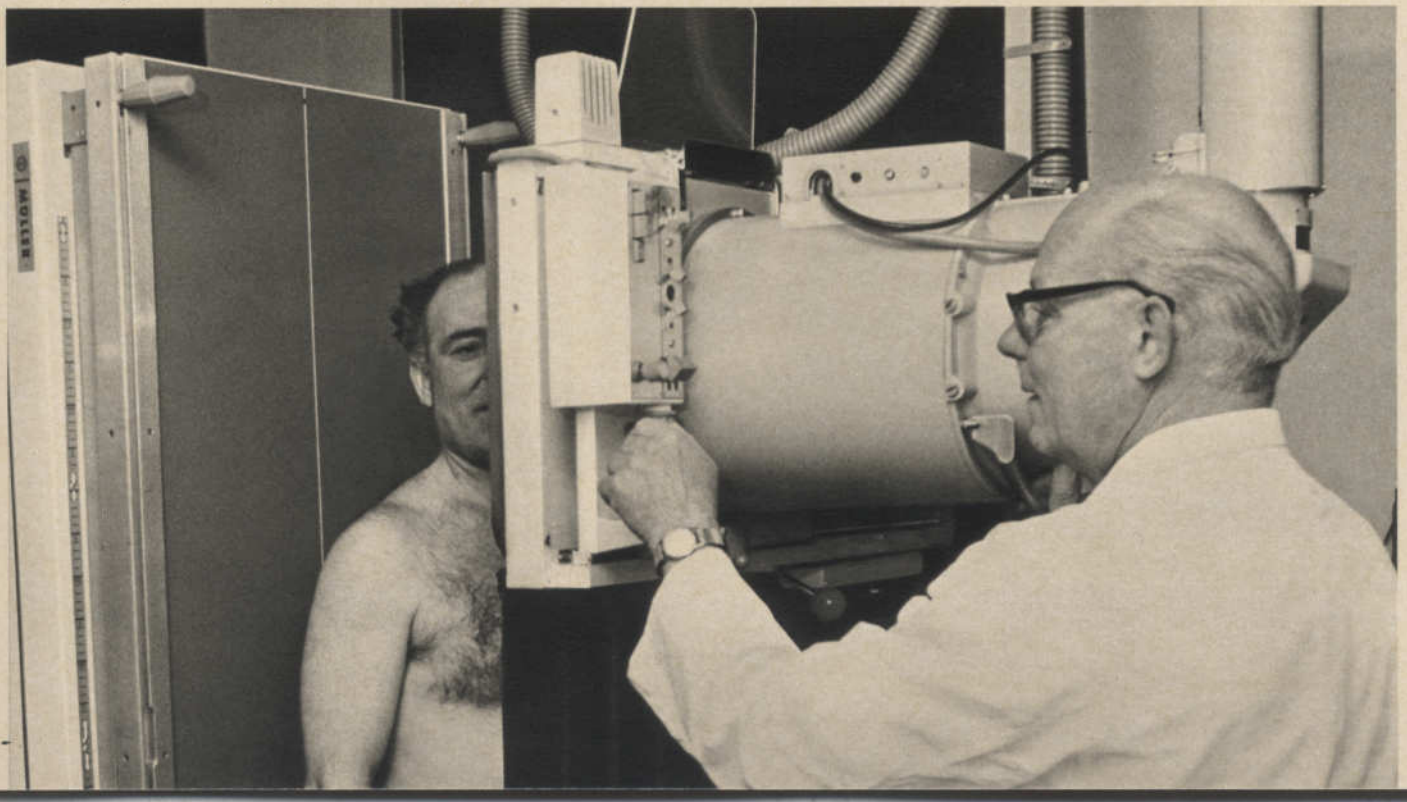
Der Parlamentarier-Alltag in Bonn beginnt zumeist gegen acht Uhr morgens in einem der nicht gerade weitläufigen Abgeordnetenbüros im neuen Hochhaus, direkt am Rhein: Da sitzt der geplagte Volksvertreter vor einem Berg von Post. Es gibt Berechnungen, nach denen jeder der 518 an jedem Morgen im Durchschnitt ein bis zwei Kilogramm Post durchschauen muß. Da gibt es Termine, Wählerpost, Pressedienste, Informations-



Berge von Akten, das „täglich' Brot" des Abgeordneten

briefe. Dann müssen die Gesetzestexte und Drucksachen von Bundestag und Bundesrat durchgearbeitet werden, die in der Regel ebenfalls kiloweise auf die Tische kommen.
Niemand kann sich bei der heutigen Gesetzgebung dabei zum Beispiel der Automatik des Lesezwangs von Gesetzestexten entziehen. Jeder muß für das, was in diesen Texten steht, im Bundestag bei Abstimmungen die Hand heben und das auch noch begründen können. Auch wenn für „große Sachen" in allen Fraktionen Spezialisten vorhanden sind, von der Abstimmung können diese den „einfachen" Abgeordneten doch nicht entbinden.
Ab neun Uhr beginnen dann die Sitzungen. Wenn nicht der Bundestag berät, dann muß man in die Ausschüsse, in Arbeitskreise und Fraktionssitzungen. Mittags vielleicht eine halbe Stunde Pause, die für Gespräche mit anderen genutzt werden muß. Es folgen Besuchergruppen, die alle „ihren Mann in Bonn" wenigstens sehen, wenn nicht gar reden hören wollen, Telefongespräche, politische Absprachen mit Kollegen, Diktate

Routinemäßige Untersuchungen können den Abgeordneten vor Frühschäden bewahren





Es bleibt dem Abgeordneten nichts anderes übrig, als auch auf der Heimfahrt im Zug zu arbeiten, wenn er seine Aufgaben erfüllen will

und Erklärungen für die jungen Assistenten, die sich die meisten Abgeordneten heute halten, weil's anders nicht mehr geht. Man muß sich halt tummeln.

Wer über den „Tageskram" hinaus noch Ehrgeiz entwickelt, sich selbst Profil geben will, muß zusätzliche Arbeit leisten. Reden für den Bundestag müssen ebenso vorbereitet und exakt erarbeitet werden wie beispielsweise Sach- und Fachargumentationen für kleinere, zumeist nicht öffentliche Ausschüsse und Arbeitskreise. Der Arbeitstag wird so auf 14 Stunden und mehr ausgedehnt.
Dann kommt das Wochenende. Bonn wirkt an solchen Tagen in der Regel fast wie ausgestorben. Das Parlamentsviertel wird nur von wenigen Besuchern bevölkert. Die Abgeordneten haben die Bundeshauptstadt am Rhein meist Freitagmittag verlassen. Die meisten fahren in die Wahlkreise, und dort werden sie auch schon erwartet: von Zuhörergemeinden, Parteifreunden, Einladungen zu wichtigen Ereignissen, von mehreren Kilo Post und Papieren, die aufgearbeitet werden müssen. *Diether Blauer*

Bundesgesundheitsminister Käte Strobel (SPD) geht mit gutem Beispiel voran: Vorbeugungsimpfung gegen Grippe




MONTAG 18.OKT.
DIENSTAG 19.OKT.
MITTWOCH 20.OKT.
DONNERSTAG 21.OKT.
FREITAG 22



Reich kann man dabei nicht werden

Wieviel verdient ein MdB?

Diäten in der Diskussion / Sollen Bundestagsabgeordnete Steuern zahlen?

Der Bund der Steuerzahler fand das System „anfechtbar". Herr P. H. aus dem Rheinland umschrieb seinen Eindruck in einem Brief an den Bundestagspräsidenten mit einem Volksspruch: „Wer das Kreuz hat, der segnet sich zuerst." Beiden ging es um dieselbe Sache: die Diäten der Bundestagsabgeordneten.

Artikel 48 des Grundgesetzes bestimmt: „Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung — das Nähere regelt ein Bundesgesetz." Das Nähere ist ziemlich kompliziert geregelt. Die Entschädigung beträgt laut Diätengesetz ein Drittel des Ministergehalts. Ein Ministergehalt macht nach dem Ministergesetz vier Drittel eines Staatssekretärsgehaltes aus. Ein Staatssekretär des Bundes schließlich bekommt nach der Besoldungsordnung derzeit 6667,82 DM im Monat als Grundgehalt.

Die Entschädigung der Abgeordneten beträgt demnach monatlich 2970 DM. Zusammen mit 1200 DM Unkostenpauschale, 900 DM Reisekostenpauschale und 1000 DM Tagegeldpauschale runden sich die Einnahmen der Parlamentarier in Bonn auf monatlich 6070 DM.

Die Summe erscheint stattlich; die Ausgaben sind es aber auch. Ein Viertel der Entschädigung von 2970 DM wird für die Altersversorgung abgezogen. Fraktionen, Kreis- und Landesverbände lassen ihre Abgeordneten mehr oder minder kräftig zur Ader. Die Kosten eines zweiten Wohnsitzes in Bonn, den die meisten brauchen, veranschlagt der Bundestag selbst auf 850 DM im Monat. Büro- und Nebenkosten gibt es sowohl in Bonn als auch im Wahlkreis. Schließlich erwarten Vereine, daß sich die Abgeordneten ihrer Wahlkreise bisweilen auch mit Spenden in Erinnerung bringen. Dr. Bernhard Bußmann (SPD) aus Hennef an der Sieg kostete die Teilnahme am diesjährigen rheinischen Karneval auf diese Weise sechs Zentner „Kamellen" zu je 70 DM, mit denen er sich für sechs Karnevalsorden revanchierte.

Bei Dr. Bernhard Bußmann addieren sich Partei- und Fraktionsbeiträge, Versicherungen, Kosten für das Büro, für Sprechstunden in Gaststätten des Wahlkreises, Reisekosten und Spenden zu monatlichen Ausgaben von rund 2800 DM. Damit ist der promovierte Historiker und Vater von fünf Kindern erheblich belastet, wenn man berücksichtigt, daß Bußmann ansonsten keinerlei Nebeneinkünfte hat. Er hat nur den einzigen Vorteil, in einem Wahlkreis vor den Toren Bonns zu leben. Sein Kollege Dieter Schulte (CDU) dagegen wohnt in Schwäbisch Gmünd und kalkuliert allein deshalb pro Sitzungswoche 120 DM Hotelkosten und etwa 100 DM an zusätzlichen Verpflegungskosten ein. Er veranschlagt



seine Unkosten auf rund 4100 DM im Monat.
Mit Recht kam der Bundestag denn auch in einer Broschüre zu dem Ergebnis, die Abgeordneten würden angesichts ihrer Arbeitslast „nicht einmal gut bezahlt". Sie werden es auch dann nicht, wenn man die in dieser Broschüre nicht berücksichtigten Posten einbezieht, die zwar keine „Einnahmen" der Abgeordneten, aber durchaus geldwerte Leistungen zu ihren Gunsten sind. So wird der Bundestag in diesem Jahr die Beiträge der MdBs zur Altersversicherung auf insgesamt 13,9 Millionen DM aufstocken. „Ich kann es nicht glauben", schrieb Herr H. M. aus Schwaben an den Bundestag, „daß die Abgeordneten keine Mark Steuern zahlen." Er berührte damit einen auch nach Ansicht vieler Parlamentarier besonders wunden Punkt: die Steuerfreiheit der Diäten.

Professor Theodor Eschenburg sagt ihr den „anstößigen Charakter eines Privilegs" nach. Der Steuerzahlerbund vermag nicht einzusehen, „weshalb für Abgeordnete anderes Recht gelten soll als für gewöhnliche Bürger". Zudem sorgt diese Regelung auch nicht gerade für Gleichheit unter den Abgeordneten. Wer noch Einnahmen als Beamter im Ruhestand, aus Vermögen oder beruflicher Tätigkeit hat, bekommt ebensoviel wie der Parlamentarier, der sich ganz seiner politischen Arbeit widmet. Wer in Bonn wohnt und schon deshalb geringere Unkosten hat, bezieht die gleiche Entschädigung wie der Abgeordnete, der für die Betreuung seines abgelegenen und weiträumigen Landwahlkreises ungleich höhere Unkosten aufzuwenden hat.
So hat sich auch die Steuerreformkommission der Bundesregierung für die von Abgeordneten selbst schon wiederholt geforderte Besteuerung der Diäten ausgesprochen, wobei die Abgeordneten ihre tatsächlichen Unkosten wie ein Geschäftsmann als abzugsfähig geltend machen sollen.
Bei alledem ist jedoch zu bedenken, daß die Abgeordneten mit dem Mandat nicht nur eine erhebliche Arbeitslast auf sich nehmen, sondern — vor allem, wenn sie Angehörige freier Berufe sind — oft auch ein berufliches Risiko. Vier Jahre lang müssen sie ihren Beruf mehr oder minder stark vernachlässigen, wollen sie ihre politische Arbeit ernst nehmen. Wenn sie am Ende der Legislaturperiode nicht wiedergewählt werden, stehen sie unter Umständen wieder dort, wo sie vier Jahre zuvor aufgehört haben, oder sie sind in ihren beruflichen Möglichkeiten sogar benachteiligt.
Haben die Kritiker an dem Finanzgebaren der öffentlichen Hand auch einiges am Bundestag zu bemängeln, zumindest in einer wichtigen Frage können sie sich auf ein Wort von kompetenter Stelle des Parlaments berufen. Sein Präsident Kai Uwe von Hassel sagte einmal zur Besteuerung der Diäten: „Ich bin dafür und weiß mich darin mit einer großen Mehrheit des Bundestages einig."

Volker Jacobs



Das Abgeordneten-Hochhaus, im Volksmund „der lange Eugen"

»Parlament Aktuell« fragt: Sind Diäten Gehälter?

PA: Was halten Sie von einer Besteuerung der Diäten?
Schmitt-Vockenhausen: „In der Öffentlichkeit ist bisher nicht ernsthaft behauptet worden, daß die Diäten der Abgeordneten zu hoch bemessen wären. Wenn nunmehr eine Besteuerung der Diäten erfolgen würde, müßte man realistischerweise auch mit einer starken Erhöhung der Diäten rechnen, damit die Abgeordneten den gleichen Betrag wie bisher erhalten. In anderen Staaten, in denen die Diäten besteuert werden, sind diese daher auch zum Teil erheblich höher. Auch wenn die Diäten in der Bundesrepublik versteuert würden, würde sich also für die Steuerzahler kaum etwas ändern."

PA: Aus welchem Grunde ist bisher eine Besteuerung unterblieben?
Schmitt-Vockenhausen: „In rechtlicher Hinsicht sind die Diäten weder als Gehalt noch als Lohn zu qualifizieren. Sie sind eine Entschädigung für den Verdienst- und Zeitausfall des Abgeordneten während seines politischen Engagements im Deutschen Bundestag. Ich räume ein, daß die Diäten in der Öffentlichkeit immer mehr als eine Art Gehalt verstanden werden. Die Frage der Besteuerung wird im Rahmen der Steuerreform entschieden werden müssen. Für die Besteuerung der Grunddiäten lassen sich sicher gute und wichtige Gesichtspunkte vorbringen."

Argumente statt »keep smiling«

Im Parlament sind die Frauen Außenseiter



Es gehören mehr Frauen ins Parlament, das ist eine alte Forderung und Wunsch zugleich. Die wenigen Damen haben außerordentlich viele Verpflichtungen; mit Charme versuchen sie die rauhe Männeratmosphäre aufzulockern. MdB Annemarie Renger (SPD) mit Sängerin Dunja Rajter bei deren Besuch im Bundeshaus



Drei MdB-Damen auf dem Präsidium: Dr. Helga Timm (SPD), Vizepräsident Liselotte Funcke (FDP), Maria Stommel(CDU/CSU)*

Ist das Vorurteil, Frauen gehörten nicht in die Politik, bei uns in der Bundesrepublik so festgefressen, daß es einfach nicht möglich ist, mehr Frauen in den Deutschen Bundestag zu wählen? Schließlich sollte ein Parlament das Volk, das es repräsentiert, in all seiner Vielschichtigkeit widerspiegeln. Doch dieser Grundsatz ist — wie übrigens auch schon in der Weimarer Republik — bei uns noch lange nicht verwirklicht. Die Frau führt im Deutschen Bundestag ein absolutes Außenseiterdasein.

Einfache Zahlen beweisen diese These: 1969 waren 21,1 Millionen wahlberechtigte Frauen an der Wahl des sechsten Bundestages beteiligt. Im Gegensatz dazu waren jedoch nur 17,5 Millionen Männer wahlberechtigt. Sie alle zusammen entschieden über die 518 Mandate im Bonner Parlament. Dabei entschloß sich die weibliche Mehrzahl jedoch nicht, Vertreterinnen ihres Geschlechts auch im Parlament die Übermacht zu geben. Nur 35 Damen kamen direkt oder über Landeslisten in den Bundestag (SPD 18, CDU/CSU 15 und FDP 2), eine wurde Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Käte Strobel, SPD), eine Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (Liselotte Funcke, FDP) und zwei Parlamentarische Staatssekretärinnen, eine bei Bundeskanzler Brandt (Katharina Focke, SPD), die andere bei Entwicklungshilfeminister Eppler (Brigitte Freyh, SPD).
Die Frauen der Opposition werden heute im Vorstand der CDU/CSU-Fraktion (13 Mitglieder) durch eine Dame (Annemarie Griesinger) vertreten, im SPD-Fraktionsvorstand kam ebenfalls eine Frau (Annemarie Renger) zum Zuge (als parlamentarische Geschäftsführerin).

Frauen entscheiden in der Bundesrepublik die Wahlen. Das wissen sogar die Frauen unterdessen selbst. Echte Konsequenzen aus dieser zunächst offenbar unabänderlichen Tatsache zu ziehen, scheint jedoch den Männern überlassen zu bleiben. Sie sind diejenigen, die immer noch an den entscheidenden Hebeln der Macht sitzen, die also vieles ändern könnten, was das weibliche Geschlecht auf dem Weg zur tatsächlichen Emanzipation — auch in der Politik — noch hemmt.

Heute gibt es noch eine Vielzahl grundsätzlicher Probleme, die einer politisch interessierten Frau den Weg zum Beispiel in den Bundestag erschweren. Das beginnt mit der gesellschaftlichen Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter. Selbst wenn sie bereit ist, sich politisch aktiv zu betätigen, wird ihr das in den meisten Fällen schwerfallen. Die Bonner Parlamentsdamen sind sich im wesentlichen einig darüber, daß speziell die politische Arbeit im Bundestag so lange unmöglich ist, wie die Frau beispielsweise durch kleine Kinder ans Haus gefesselt wird.

Frauen in der Politik 1919–1948

Parlament	*Abgeordnete insgesamt*	*davon Frauen*	*weibl. Abgeordnete vH der Gesamtzahl*
Nationalversammlung 1919	*423*	*41*	*9,6*
1. Reichstag 1920	*463*	*37*	*8,0*
2. Reichstag 1924	*472*	*27*	*5,7*
3. Reichstag 1924	*493*	*33*	*6,1*
4. Reichstag 1928	*490*	*33*	*6,7*
5. Reichstag 1930	*577*	*39*	*6,7*
6. Reichstag 1932	*608*	*34*	*5,6*
7. Reichstag 1932	*582*	*35*	*6,1*
8. Reichstag 1933	*558*	*21*	*3,5*
Parlamentarischer Rat 1948	*37*	*4*	*10,8*

Im Olympia-Werbe-Dreß zeigt sich MdB Annemarie Griesinger (CDU/CSU) zusammen mit MdB Dr. Erich Riedl (CDU/CSU) und Herbert Kunze (Mitte), Generalsekretär des Komitees für die Olympischen Spiele 1972 in München





Das Interesse der Frau am parlamentarischen Geschehen spiegelt sich auch auf den Besuchertribünen des Bundestages wider

Die Familie nimmt zuviel Zeit in Anspruch, und wenn man die Bonner „Damenriege" einmal näher betrachtet, findet man leicht die Bestätigung dieser These: Keine der Damen ist heute unter vierzig Jahre alt, die Mütter unter ihnen haben bereits erwachsene Kinder, die Mehrheit ist alleinstehend — ledig oder verwitwet. Der Weg ins Parlament wird den Frauen meistens nicht geebnet. Im Gegenteil. Sie müssen sich vielfach in den unteren Organisationen der Parteien zunächst gegen Vorurteile durchsetzen — das geht nicht nur mit weiblichem Charme —, um einen guten Listenplatz ringen, den sie selten erhalten, und schließlich im Wahlkampf mit „harten Bandagen" gegen die männliche Übermacht streiten. Auf der Suche nach potentiellen Wählern kämpft eine Frau hier natürlicherweise besonders um die Stimmen von Frauen. Doch wie diese Frauen die Vertreter ihres eigenen Geschlechts in der Politik dann behandeln, macht folgende Zahl aus der Statistik deutlich: Bei der letzten Bundestagswahl gab nur jede 34. Wählerin einer Kandidatin ihre Stimme. Das schwache weibliche Geschlecht tut also in der Politik ganz offensichtlich alles, um die „starken Männer" noch stärker werden zu lassen. Die Frauen, die trotzdem durchkommen, haben es oft nur mit ihren überdurchschnittlichen Fähigkeiten und einer guten Portion Glück geschafft.

In der Männergesellschaft der Bonner Politik nach einem solchen Sieg dann einen hervorragenden Platz zu finden, ist ähnlich schwer wie das vorher Geleistete. Die Situation, die sie dort antreffen, beschreiben die Damen etwa so: „Wir Frauen haben keine Hausmacht hinter uns, eine Gewerkschaft etwa oder einen wichtigen Verband." Oder: „Vieles, das man einem Mann nachsieht, ist für eine Frau unvorstellbar." Oder: „Wir Frauen werden immer ganz besonders scharf unter die Lupe genommen."

Die Bonner MdB-Damen sehen die Situation ganz ohne Illusion und Schönfärberei und ziehen daraus die Konsequenz: Nicht charmantes Lächeln, sondern Sachverstand, klare Argumentation und Fachkenntnisse sind heute das Motto für sie. Vizepräsidentin Funckes Kommentar dazu: „Als Frau muß man einfach ein bißchen mehr leisten als ein Mann." Die Abgeordnete Walz (CDU) meint, nicht mit den Eigenschaften einer Frau sei etwas zu gewinnen, sondern vielmehr mit dem guten Argument. Wie goldrichtig die weiblichen Abgeordneten ihre Situation sehen, beweist allein die Tatsache, daß sie heute in wechselnder Besetzung in allen wichtigen Ausschüssen des Parlaments zu finden sind. Ob Haushalt, Soziales, Wirtschaft, Gesundheit oder auch Verteidigung, sie sind überall dabei.

Charme im Deutschen Bundestag

Jahr		*gesamt*	*weibl.*	*%*
1949	*Beginn der Legislaturperiode*	*410*	*29*	*7,1*
	Ende		*38*	*9,3*
1953	*Beginn*	*509*	*45*	*8,8*
	Ende		*52*	*10,7*
1957	*Beginn*	*519*	*48*	*9,2*
	Ende		*49*	*9,4*
1961	*Beginn*	*521*	*43*	*8,3*
	Ende		*49*	*9,4*
1965	*Beginn*	*518*	*36*	*6,9*
	Ende		*42*	*8,1*
1969	*Beginn*	*518*	*34*	*6,6*
	Stand 1971		*35*	*6,8*

Zwar sind die Parlamentarierinnen heute noch in einer hoffnungslosen Minderheit, doch ist das für sie kein Grund zu resignieren. Ein Abgeordneter faßte die politischen Zukunftsaussichten der Frau in der Bundeshauptstadt so zusammen: „Heute leben wir in einer Männergesellschaft. Die jungen Frauen werden sich aber ganz sicher nicht mehr widerspruchslos mit der traditionellen Hausfrauenrolle zufriedengeben." *Florian Wilms*



Weiblicher Charme auf hoher politischer Ebene: Bundeskanzler Willy Brandt mit den Staatssekretärinnen, von links, Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) und Brigitte Freyh (SPD)



Liselotte Funcke (FDP), dritte v. l., empfängt im Bundeshaus eine Delegation von Frauen aus der UdSSR unter Führung der Generalsekretärin des Komitees der Sowjetfrauen, Xenia Kroskorwikowa

Kein Direktmandat für Frauen?

Das Vorurteil der schlechten Chancen oder Warten auf der Landesliste

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag ist nach den letzten Bundestagswahlen 1969 mit 6,8 Prozent (35 von 518 Parlamentariern) am geringsten seit Bestehen der Bundesrepublik.

Es hat sich seit 1949 bei uns so eingebürgert, daß die übergroße Mehrheit der Frauen, die für den Bundestag bei Wahlen nominiert wird, nicht direkt in den Wahlkreisen kandidiert, sondern auf den Landeslisten placiert wird. Die immer noch vorgebrachte Begründung für dieses Verfahren, nach der Frauen eben kaum Chancen hätten, direkt gewählt zu werden, ist jedoch ein fadenscheiniges Vorurteil. Beispiele der letzten Bundestagswahl beweisen das: Die CDU-Abgeordnete Annemarie Griesinger eroberte den Wahlkreis 152 in Baden-Württemberg, obwohl er als Stammwahlkreis der SPD galt. Die SPD-Kandidatin Katharina Focke jagte den Wahlkreis Köln-Marienburg der CDU ab, die hier das prominente Mitglied der Europäischen Kommission, Fritz Hellwig, gegen sie eingesetzt hatte. Von den 35 weiblichen Bundestagsabgeordneten dieses Bundestages haben bei der letzten Wahl sechs Frauen ihr Mandat direkt erobert, fünf von der SPD und eine von der CDU. Es gibt also hinreichend Beispiele dafür, daß Frauen sich auch in der harten Politik durchsetzen können. Trotzdem, direkt gewählte Frauen bleiben heute noch die Ausnahme. Die Landesliste ist und bleibt für sie die Hauptchance, den Sprung ins Bonner Abgeordnetenhaus zu schaffen. Hier aber sieht es seit sechs Wahlperioden so aus, daß auf den sicheren ersten Plätzen kaum Frauen aufgestellt werden. Im Grenzbereich der Liste — genau dort nämlich, wo die Chance, in den Bundestag zu kommen, etwa ebenso groß ist wie die, nicht hineinzukommen — werden die meisten Frauen „untergebracht". Diese Frauen kommen — wenn überhaupt — erst dann zum Zuge, wenn ein im Bundestag sitzender Abgeordneter stirbt oder aus anderen Gründen ausscheidet. Hinzu kommt für die Kandidatinnen von der mittleren Landeslistenebene die absolute Abhängigkeit vom Wahlerfolg ihrer gesamten Partei. Ein Beispiel hierfür ist die FDP im Jahre 1969 gewesen: Sie hatte 26 Frauen für den sechsten Bundestag nominiert. Nur zwei erreichten das Ziel. Liselotte Funcke schaffte es über einen „sicheren Platz" in der Landesliste von Nordrhein-Westfalen und Emmy Diemer-Nikolaus über einen ebensolchen Platz in Baden-Württemberg.

Ein allgemeiner Vergleich von Kandidatinnen und späteren Bundestagsabgeordneten macht noch eine andere alte Praxis deutlich: 1969 kandidierten für alle drei im Bundestag vertretenen Parteien 140 Frauen. Nur 35 schafften es. Die hohe Ausfallquote wird von fast allen Experten damit begründet, daß Frauen zumeist für solche Listenplätze nominiert werden, die kaum noch eine Chance bieten, über sie ins Parlament zu kommen. Man wird aus diesen Zahlen sicher nicht den Vorwurf ableiten können, daß die deutsche Frau in der Politik unterprivilegiert und unterdrückt ist. Nur scheinen sie doch zu beweisen, daß die Chancen für Männer und Frauen nicht gleichmäßig verteilt sind und die Frauen ihren langen Weg zur Anerkennung auch in der Politik in der Bundesrepublik noch nicht beendet haben.

Alter und Beruf

Nach Berufen

Hausfrauen	*12*
Lehrberufe	*6*
Öffentl. Verwaltungsdienst	*5*
Angestellte	*5*
Fürsorgeberufe	*3*
Redakteurin	*2*
Rechtsanwältin	*1*

Nach Altersgruppen

40 bis unter 45 Jahre	*1*
45 bis unter 50 Jahre	*12*
50 bis unter 55 Jahre	*6*
55 bis unter 60 Jahre	*8*
60 bis unter 65 Jahre	*7*

Insgesamt zu Beginn der Wahlperiode

Weibliche Abgeordnete	*34*

Für Koordinierung verantwortlich:

Der Ältestenrat

„Der Ältestenrat ist interfraktionelle Begegnungsstätte für alles, was den Bundestag in seiner Gesamtheit angeht", sagte einmal sehr treffend der verstorbene langjährige parlamentarische Geschäftsführer Will Rasner.

Wer sitzt in diesem wichtigen parlamentarischen Gremium? Der Bundestagspräsident, seine vier Stellvertreter und dreiundzwanzig Abgeordnete der drei Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD und FDP.

Die Funktion des Ältestenrates ist in der Geschäftsordnung des Bundestages festgelegt. Es heißt dort u. a.: „Der Ältestenrat unterstützt den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte. Er führt eine Verständigung zwischen den Fraktionen über die Besetzung der Stellen der Ausschußvorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie über den Arbeitsplan des Bundestages herbei. Bei der Wahrnehmung der in diesem Absatz genannten Aufgaben ist der Ältestenrat kein Beschlußorgan."

Gerade weil er kein Beschlußorgan ist, andererseits aber der Zwang zur Einigung im Ältestenrat die laufende parlamentarische Arbeit erst ermöglicht, steht dieses Gremium häufig vor sehr schwierigen Aufgaben.

In erster Linie geht es um die Aufstellung der Tagesordnung der laufenden und folgenden Plenarwoche. Wenn eine Fraktion es fordert, hat der Bundestagspräsident den Ältestenrat einzuberufen.

Der Präsident sieht den Ältestenrat aber auch als Beratungsorgan vornehmlich gerade in solchen Fragen, wo er seine Entscheidungen auf das Einvernehmen mit den Fraktionen stützen will. Hier nämlich sind die parlamentarischen Geschäftsführer als Sprecher ihrer Fraktion vertreten. Es kommt kaum vor, daß eine Fraktion die Vereinbarungen, die ihr Geschäftsführer im Ältestenrat mit seinen Partnern getroffen hat, nachträglich mißbilligt.

Dabei einigen sich die Fraktionen in 95 Prozent aller Verfahrensfragen im Ältestenrat, nur 5 Prozent bleiben dem Plenum zur Entscheidung vorbehalten. Ein Beweis für die hervorragende Bedeutung des Ältestenrates.

Natürlich ist das Plenum immer souverän. Niemand würde den Ältestenrat als Ersatz für das Parlament ansehen; aber hier werden Empfehlungen erarbeitet, hier wird vorberaten. Es wird erörtert, ob eine erste, zweite, dritte Lesung von Gesetzentwürfen oder Beratungen im Plenum mit oder ohne Aussprache behandelt werden sollen, ob diese oder jene Fraktion die Debatte eröffnen soll, an welche Fachausschüsse vorliegende Gesetzentwürfe und Anträge überwiesen werden sollen.

Obwohl in der Regel nur Verfahrensfragen im Ältestenrat geklärt werden, kommt es manchmal auch zu politischen Auseinandersetzungen. Weil man aber unter dem Zwang zur Einigung steht, findet man sehr schnell wieder zur Verfahrensentscheidung zurück.

Schwierig wird es, wenn im Ältestenrat keine Einigung zustande kommt oder



Der Ältestenrat tagt

wenn auch nur ein einziges Mitglied widerspricht; das bedeutet, daß der Punkt nicht auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt werden darf. Die Antragsteller, gleichgültig, ob es sich dabei um Fraktionen oder Gruppen in Stärke von mindestens 26 Abgeordneten handelt, können dann zu Beginn der Plenarsitzung beantragen, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

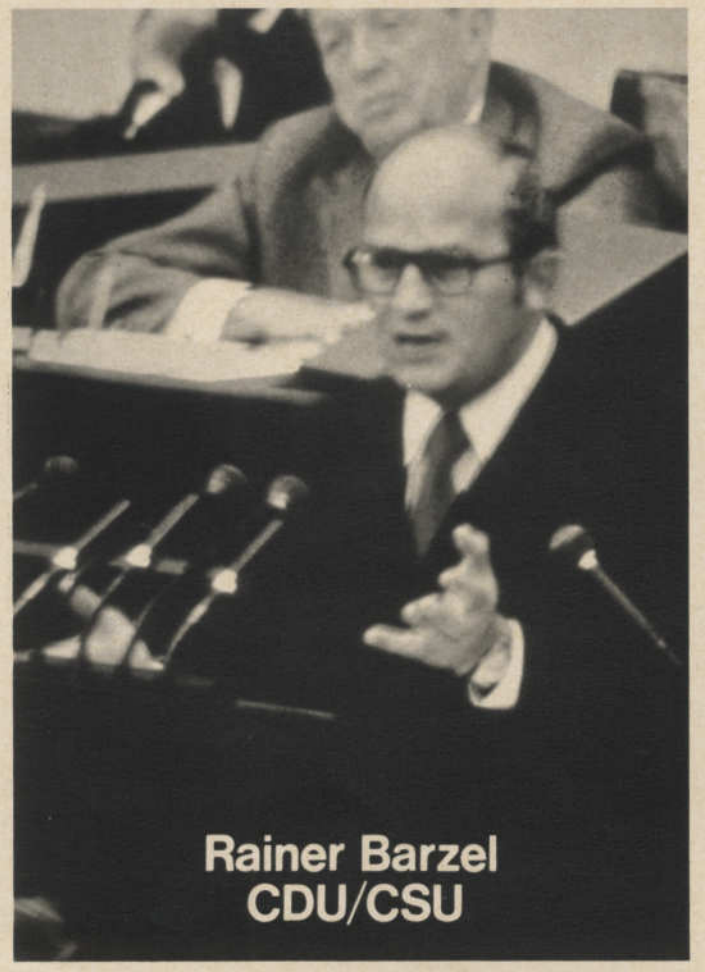
Eine interessante Situation schildert Will Rasner: „Es gab übrigens einen Streit zwischen Konrad Adenauer und meiner Fraktion. Konrad Adenauer stand auf dem Standpunkt, Regierungsvorlagen müßten wir in jedem Fall zur ersten Lesung auf die Tagesordnung setzen. Wir haben gesagt, das steht nicht im Grundgesetz, und wir haben eine Reihe von Regierungsvorlagen nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Selbst wenn der alte Herr dann jemand fand, der einen solchen Antrag stellte, hat die eigene Fraktion nein gesagt. Ich bin der Meinung, daß das Haus souverän selbst entscheiden muß über seine Tagesordnung. Der die Bundesregierung im Ältestenrat vertretende Minister kann, und das tut er gleich zu Beginn, die Wünsche der Bundesregierung vortragen, und dann antworten wir, die Fraktionen. Wenn auch nur eine Fraktion zu dem Wunsch der Regierung nein sagt, dann kann der Ältestenrat den Punkt nicht auf die Tagesordnung setzen. Mehr hat der Minister im Ältestenrat an Rechten nicht."

In dieser Legislaturperiode vertritt Kanzleramtsminister Prof. Dr. Horst Ehmke die Bundesregierung im Ältestenrat. Die Kontrollfunktion des Parlaments wird auch im Ältestenrat sichtbar.

Wissenschaftliche Dienste im Bundestag

Kaum eine Frage gibt es, die von den „Wissenschaftlichen Diensten" des Bundestages nicht beantwortet wird. Rund 110 Angehörige des höheren Dienstes sind unter Leitung von Professor Dr. Helmut Quaritsch darum bemüht, Abgeordneten, Fraktionen und Ausschüssen des Deutschen Bundestages Dokumentationen, Gutachten, Analysen, Statistiken und Auskünfte verschiedenster Art an die Hand zu geben, um die Arbeit im Parlament zu erleichtern. Nicht nur gesunder Menschenverstand und politisches Denken, sondern vor allem auch die wissenschaftlich fundierte Basis für Diskussionen und Gesetze ist im Bundestag gefragt. Im Jahre 1970 haben die Wissenschaftlichen Dienste mehr als das Doppelte leisten müssen als noch im Vorjahr. Mitarbeiter dieser Hauptabteilung der Bundestagsverwaltung sind vor allem Volkswirte, Juristen, Soziologen, Historiker und Naturwissenschaftler.

Die Spitzen der Fraktionen



Rainer Barzel
CDU/CSU



Herbert Wehner
SPD



Wolfgang Mischnick
FDP



Nachrichten Informationen Kommentare

„Eigentlich könnte man auf den Bundestag verzichten" — diese Meinung ist in der Bundesrepublik nur noch selten zu hören. Sie wird nur von 8 Prozent der Bundesbürger zwischen 14 und 70 Jahren geteilt. Und nur jeder fünfte hat überhaupt kein Interesse an der Arbeit des Parlaments. Doch andererseits weiß nur jeder dritte, wie der Abgeordnete seines Wahlkreises heißt, und fast die Hälfte hat keine Ahnung davon, daß der Bundestag, der oberste Souverän in unserer Demokratie, keine Befehle von der Regierung entgegennimmt, sondern seinerseits die Regierung kontrolliert. Nur jeder zwölfte weiß die Zahl der Bundestagsabgeordneten richtig anzugeben. Und es ist die allgemeine Meinung, daß Abgeordnete kaum mehr als 35 Stunden in der Woche arbeiten, obwohl das Minimum ihrer Arbeitszeit 70 Stunden beträgt, die nicht einmal besonders gut bezahlt werden.

Den Widerspruch zwischen Interesse und Informationsstand, der in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, klärt die Antwort auf folgende Frage: „Finden Sie, daß Sie genügend von der Arbeit der Abgeordneten erfahren, oder würden Sie gern besser unterrichtet werden?" Rund die Hälfte der knapp 80 Prozent am Bundestag interessierten Staatsbürger ist der Meinung, sie sei unzureichend informiert. Auf den ersten Blick ist diese Antwort überraschend, denn rund 350 deutsche Journalisten berichten Tag für Tag ausführlich in ihren Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen aus Bonn. Auch die Parlamentsberichterstattung der Bun-

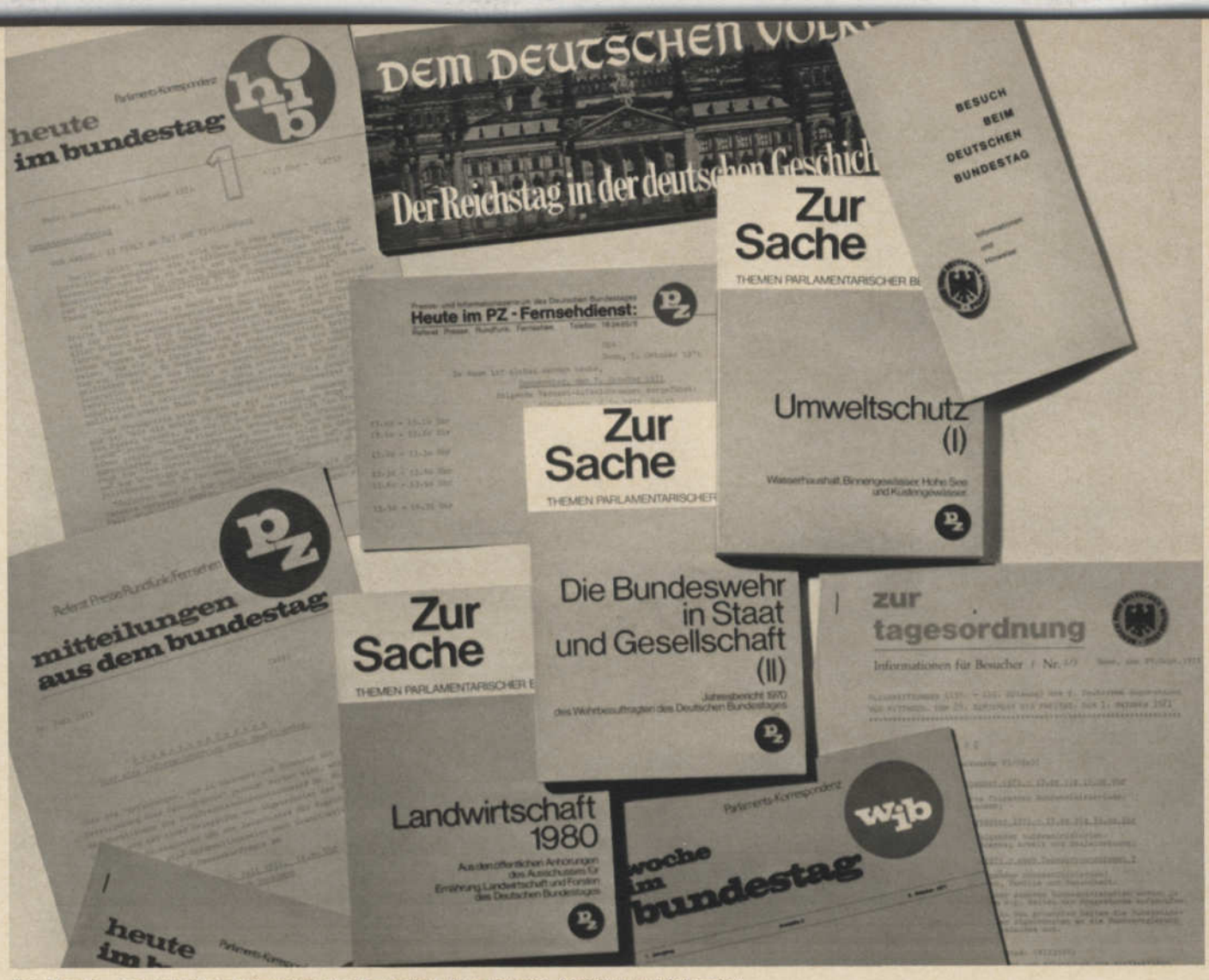
Bonn: im Hintergrund – am Rhein – Bundeshaus und Abgeordneten-Hochhaus

desrepublik ist vor einiger Zeit in einer internationalen Untersuchung neben der Hollands als die fortschrittlichste der Welt anerkannt worden. Nur die Ausschußsitzungen des Bundestags sind im allgemeinen nicht öffentlich. Doch selbst diese verständliche Einschränkung ist in der letzten Zeit, vor allem durch die Einführung öffentlicher „Hearings", erheblich gelockert worden. Dagegen sind bis heute Fernsehübertragungen aus dem britischen Unterhaus oder dem amerikanischen Kongreß völlig ausgeschlossen, obwohl diese überall in der freien Welt als leuchtende Vorbilder gelten.

Einmalig ist auch das System, das sich die Bonner Journalisten selbst für ihre Berichterstattung über Parlament und Regierung geschaffen haben. Als der Bundestag im Herbst 1949 zum erstenmal zusammentrat, gründeten die 150 damals in Bonn akkreditierten Journalisten die „Bundespressekonferenz e. V.". Ihr alleiniger Zweck ist es, Pressekonferenzen zu veranstalten, um den Mitgliedern eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Mehrmals in der Woche tritt die Pressekonferenz zusammen — seit 1967 sogar im eigenen, mit allen technischen Raffinessen ausgestatteten Sitzungssaal. Zu ihren 350 Mitgliedern kommen rund 250 Journalisten aus 44 Ländern, die sich im „Verein der ausländischen Presse" organisiert haben und bei ihren deutschen Kollegen Gastrecht genießen.

Den Vorsitz in der Bundespressekonferenz übt im wöchentlichen Wechsel ein Mitglied des siebenköpfigen Vorstands aus. Es ist ein Journalist wie alle anderen, der über die Einhaltung der Spielregeln des Frage-und-Antwort-Rituals wacht, der Fragestellern und Gästen das Wort erteilt. Die Gäste sind der Bundeskanzler, Minister und Staatssekretäre, Vorsitzende und Sprecher der Parteien, Spezialisten der Bundestagsfraktionen, Gewerkschaftsführer, Wirtschaftler und oft hohe ausländische Besucher.

Auch das gibt es in keiner Hauptstadt der Welt: daß die Journalisten aus eigener Initiative und in eigener Regie die Errichtung eines großen Pressezentrums bewirkt haben, in dem jeder seinen Arbeitsraum hat und das alle Einrichtungen birgt, um Nachrichten aus Bonn mit Windeseile in der Bundesrepublik und in der ganzen Welt zu verbreiten. Dieses Zentrum, ein fünfstöckiges Gebäude im sogenannten „Tulpenfeld", ganz in der



Das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages berichtet und informiert. Seine Informationsdienste, Filme und Broschüren stehen allen Bürgern zur Verfügung

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten täglich aus Bonn. Bekannte Gesichter vom Bildschirm: v. l. Friedrich Nowotny, Ernst Dieter Lueg und Gerd Ruge



Nähe des Bundeshauses, des Kanzleramts und des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung gelegen, erlaubt den Journalisten, ihre Aufgabe im ständigen engen Kontakt untereinander und mit den Organen des Bundes zu erfüllen.

Rund 1200 deutsche Tageszeitungen werden von den Mitgliedern der Bundespressekonferenz ständig mit den letzten Neuigkeiten aus Bonn versorgt. Manche Blätter begnügen sich mit einem Korrespondenten, der oft gleichzeitig mehrere andere Zeitungen vertritt. Solche „Bauchläden" unterhalten 37 Journalisten in Bonn. Größere Tageszeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Pressedienste und Agenturen beschäftigen meist mehrere Berichterstatter. Die größte Bonner Redaktion unterhält die deutsche Presseagentur (dpa) mit ihren 16 Mitarbeitern. Alle deutschen Zeitungen, auch die mit eigenen Bonner Redaktionen, sind an sie angeschlossen. Die 250 Auslandsjournalisten berichten für 156 Zeitungen und Zeitschriften, 28 Rundfunk- und Fernsehsender und 20 Nachrichtenagenturen. Allein die USA sind mit 56 Korrespondenten vertreten, die Sowjetunion hat 12 Berichterstatter nach Bonn geschickt.

Die Bundesregierung hat sich auf diese große Nachfrage an Informationen organisatorisch und technisch hervorragend eingestellt. Die beiden Regierungssprecher und ihre Kollegen aus den Ministerien erscheinen mehrmals in der Woche vor der Bundespressekonferenz, um über die Sitzungen des Kabinetts und die Arbeit der Regierung zu berichten. Immer wieder geraten sie anschließend in das gezielte Kreuzfeuer kritischer Fragen. Wichtige Entscheidungen werden nicht selten vom Kanzler oder den Ministern selbst begründet. Die Pressereferate der Ministerien arbeiten mit dem Presse- und Informationsamt der Regierung eng zusammen, um in kürzester Frist stets alle erforderlichen schriftlichen Unterlagen bereitzustellen. Sie haben übrigens eine Doppelfunktion, denn sie informieren nicht nur die Journalisten über die Tätigkeit der Regierung, sondern auch die Regierung über alles Lesenswerte, das die Journalisten geschrieben haben. Kürzlich hat im Bundespresseamt ein Computer seine Arbeit aufgenommen, der inzwischen mit 20 000 wichtigen Informationen gefüttert wurde. In Sekundenschnelle kann er alle Fragen der Regierung, der Bundestagsabgeordneten und der Presse beantworten — sobald der schwierige Prozeß der Datenspeicherung abgeschlossen ist.

Die Arbeitsbedingungen der Bonner Journalisten sind also fast ideal, und es überrascht um so mehr, daß so viele Bundesbürger sich dennoch ungenügend unterrichtet fühlen. Doch dafür gibt es eine Erklärung. Es liegt nicht so sehr an den Zeitungen, die täglich eine riesige Informationsmenge verarbeiten müssen und für die Berichte aus Bonn keinen unbegrenzten Raum zur Verfügung stellen können. Der ungestillte Wissensdurst der Staatsbürger bezieht sich vor allem auf den Bundestag — und inzwischen hat das Parlament selbst eingesehen, daß es in der Vergangenheit der Aufgabe nicht genug Beachtung geschenkt hat, sich selbst in der Öffentlichkeit richtig darzustellen. Am Bundestag selbst lag es vor allem, wenn es so oft zu jenen Mißverständnissen kam, die sich noch immer in einer Fülle von Briefen an den Bundestagspräsidenten niederschlagen.

Immer wieder beschweren sich viele Staatsbürger, wenn der Bildschirm Debatten aus dem nur lückenhaft besetzten Plenarsaal überträgt, wenn Abgeordneten im heftigen Meinungsstreit gelegentlich „die Sicherungen durchbrennen". Sie beklagen sich über das „Geschimpfe und Gekeife" im Parlament, über Volksvertreter, die während der Debatten Zeitung lesen oder die Redner durch Zwischenrufe stören. Sie kritisieren auch den Präsidenten, der vermeintlich nicht scharf genug durchgreift. Ihre Briefe beweisen, daß wichtige Bereiche der Parlamentsarbeit trotz der großen Informationsfülle in Bonn bisher im Schatten blieben.

Seit 1970 hat nun auch der Bundestag sein eigenes Pressezentrum. Es wurde im Zuge der Parlamentsreform ins Leben gerufen, um der Öffentlichkeitsarbeit der Legislative die gleichen Möglichkeiten zu geben, über die die Regierung seit langem verfügt. „Auch das fleißigste Parlament kann nicht erwarten, gebührend zur Kenntnis genommen zu werden, wenn es nicht von sich aus alles unternimmt, sich der Öffentlichkeit zu stellen", erklärte Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel bei der Eröffnung. Eine späte, aber richtige Einsicht.

Die Arbeit des Presse- und Informationszentrums spiegelt das ganze Geschehen

Pressekonferenz mit dem Bundeskanzler



im Parlament getreulich wider und trägt so dazu bei, es für jeden Staatsbürger transparent zu machen. In vielen Fällen wendet es sich mit persönlichen Briefen direkt an den einzelnen, um ihn davon zu überzeugen, daß der Bundestag ein Arbeitsparlament ist, daß der Schwerpunkt seiner Arbeit in den Ausschüssen liegt, daß diese auch während der Plenarsitzungen tagen und daß die manchmal sehr schwache Besetzung des Plenums vor allem darin seine Ursache hat. Und auch dieser Gedanke kehrt in den Briefen an kritische Bürger fast regelmäßig wieder: daß das Parlament keine Schulklasse sei, die vor dem Präsidenten strammzustehen habe, daß eine lebendige parlamentarische Auseinandersetzung das Wesen der Demokratie ausmache und daß der Präsident nur jene Parlamentarier zur Ordnung rufen darf, die sich grober Entgleisungen schuldig machen. Journalisten und Abgeordnete werden über alle wichtigen Initiativen der Bundestagsfraktionen, über die Gesetzesvorlagen der Regierung und über jede Ausschußsitzung durch die täglich mehrmals erscheinenden Mitteilungen der Referate „Presse, Rundfunk, Fernsehen" und „Parlamentskorrespondenz" informiert. Die beiden Korrespondenzen „heute im bundestag" (hib) und „Mitteilungen aus dem Bundestag" sind für sie inzwischen zum unentbehrlichen Arbeitsmaterial geworden. Eine Wochenübersicht bringt der Informationsdienst „woche im bundestag" (wib). Besucher der Plenarsitzungen erfahren unter dem Motto „Zur Tagesordnung" Wissenswertes über die Verhandlungsthemen. Dafür ist das Referat „Öffentlichkeitsarbeit" zuständig, das mit Broschüren, Faltblättern, Filmen, Diaserien, Wandzeitungen und Maternseiten auch die Bürger draußen im Lande und besonders die jüngeren unter ihnen mit der parlamentarischen Arbeit vertraut machen will. Es ist selbstverständlich, daß diese Informationsarbeit streng vom Gesichtspunkt der Überparteilichkeit bestimmt ist. Journalisten und Politiker werden täglich durch den „PZ-Fernsehdienst" informiert, wann welche politische Sendung des Fernsehens, die alle aufgezeichnet werden, über einen speziellen Bildwerfer vorgeführt werden. Seit auch der Bundestag mit der Regierung, dem Bundesrat, den Parteien und den großen Wirtschafts- und Interessenorganisationen darin wetteiferte, die Öffentlichkeit möglichst umfassend zu unterrichten, ist die tägliche Papierflut, mit der die Bonner Journalisten zu kämpfen haben, noch beträchtlich angestiegen. Niemand hat diese Flut je gemessen: keine wichtige Rede, kein Beschluß, keine Sitzung, die nicht in einem „Waschzettel" ihren Niederschlag findet. Keine Konferenzen, keine Verhandlungen und keine Gespräche mit ausländischen Besuchern, deren Ergebnisse nicht in einem Kommuniqué zusammengefaßt werden — auch dann, wenn es gar keine Ergebnisse gibt. Dazu kommen die Texte von Gesetzesentwürfen und Gesetzbeschlüssen des Bundestags, des Bundesrats und ihrer Ausschüsse, dazu kommen die umfangreichen Protokolle der Bundestagssitzungen und der zahlreichen Reden der Politiker in Versammlungen, Parteigremien, Rundfunk- und Fernsehsendungen. Dies alles zu verdauen, könnte einen Bonner Journalisten-Alltag reichlich ausfüllen. Doch die kritische Berichterstattung erschöpft sich nicht in der Wiedergabe mehr oder weniger amtlicher Texte: Sie sind meist nur der Rohstoff, dessen sich die Journalisten auf ihrer ständigen Jagd nach der neuesten und heißesten Information bedienen.

Der enge Kontakt zwischen Regierung, Parlament und Presse hat in Bonn ein Vertrauensklima geschaffen, das in anderen Hauptstädten schon wegen der ganz anderen räumlichen Arbeitsbedingungen nur schwer zu erreichen wäre. Und dieses besondere Klima ist auch der Grund dafür, daß in der Bundeshauptstadt so gut wie nichts geheim bleibt. Manchmal freilich hat es Versuche gegeben, diesen für Journalisten hocherfreulichen Zustand stärker zu reglementieren. Sie stießen stets auf den geschlossenen Widerstand der Bonner Korrespondenten, ob sie nun kritische Freunde oder kritische Gegner der jeweiligen Regierung waren. Auch in Zukunft wären solche Versuche zum Scheitern verurteilt — übrigens nicht zuletzt deshalb, weil auch die große Mehrzahl der Politiker und Beamten längst verstanden hat, daß sich in diesem Klima der lebendige Austausch zwischen dem Bürger und seinen Beauftragten in Parlament und Regierung zum Nutzen der Demokratie am besten entfalten kann. Die Presse spielt dabei nur die Mittlerrolle.

Jürgen Wulff

Das Präsidium: in der Mitte der Präsident des Deutschen Bundestages, Kai Uwe von Hassel (CDU/CSU), mit seinen Vizepräsidenten, v. l. Prof. Dr. Carlo Schmid (SPD), Liselotte Funcke (FDP), Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD), Dr. Richard Jäger (CDU/CSU)







Wir haben für heute und für die Zukunft bei allen Unterschieden im Standort, die für ein frei gewähltes Parlament selbstverständlich sind, die politische Verpflichtung und Aufgabe, für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes aller Deutschen, für die Einheit Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu arbeiten und die Einheit der Nation über die Zeiten zu bewahren.
Es mag sein, daß damit heute und aus der Wirklichkeit unserer Gegenwart nicht mehr als Hoffnungen ausgesprochen werden. Doch auch Hoffnungen können die Geschichte bewegen.

Kai Uwe von Hassel
Präsident des Deutschen Bundestages
am 17. Juni 1971 im Deutschen Bundestag



EUROPA ARCHIV

ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE POLITIK

Begründet von Wilhelm Cornides

DIE ZEITSCHRIFT DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

24 FOLGEN
UMFANG CA.
1800 SEITEN
DM 85,-

erscheint am 10. und 25. eines jeden Monats mit aktuellen Beiträgen und Berichten, Literaturhinweisen, einer vierzehntägigen Chronologie des Weltgeschehens und dem Wortlaut von Dokumenten zur internationalen Politik.

VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH
53 BONN · STOCKENSTRASSE 1-5

EUROPA ARCHIV

Zeitschrift für internationale Politik

Herausgeber: Dr. Wolfgang Wagner

Beirat: Dr. Walther Becker, Dr. Karl Cornides, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Prof. Dr. Richard Löwenthal, Prof. Dr. Boris Meissner, Dr. Dietrich Mende, Prof. Dr. Klaus Ritter, Prof. Dr. Ulrich Scheuner.

Redaktion: Hermann Volle (Chefredakteur), Walter Bödigheimer, Erika Feldmann, Dr. Curt Gasteyger, Dr. Helga Haftendorn, Prof. Dr. Wilhelm Kewenig, Dr. Norbert Kohlhase.

Das EUROPA-ARCHIV ist 1946 als erste deutschsprachige außenpolitische Zeitschrift der Nachkriegszeit gegründet worden. Nach der Eingliederung in die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. hat das EUROPA-ARCHIV die in den ersten zehn Jahrgängen entwickelte Linie von einer erweiterten Basis aus fortführen können: Es ist europäisch in seiner Betrachtungsweise, weltpolitisch dem Inhalt nach. Neben aktuellen Übersichten, Analysen und Dokumenten enthält das EUROPA-ARCHIV Hinweise auf Neuerscheinungen zu Fragen der internationalen Politik sowie eine Chronologie des Weltgeschehens.

Die Beiträge im EUROPA-ARCHIV sind ausgereifte Studien, die auch nach Jahren noch Informationswert besitzen. Wenn es gilt, Zusammenhänge der weltpolitischen Entwicklung zu erfassen oder ein internationales Problem an Hand sorgfältig übersetzter Dokumente zu studieren, ist das EUROPA-ARCHIV nach dem Urteil vieler Fachleute ein unersetzliches Hilfsmittel. Es wird heute in über 100 Ländern der Erde gelesen und in Rundfunk und Presse vielfach zitiert und besprochen. Vorankündigungen des Inhalts einer jeden Folge des EUROPA-ARCHIV erscheinen regelmäßig in der vom American Bibliographical Center herausgegebenen *Advance Bibliography of Contents: Political Science and Government.*

Einige Urteile aus Presse und Rundfunk

„Mit vorbildlicher Objektivität widmet sich das EUROPA-ARCHIV der wissenschaftlichen Durchleuchtung des Zeitgeschehens, um so dem Leser die Grundlagen für eine selbständige Beurteilung zu vermitteln."
Politische Literatur, Frankfurt

„Die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik veröffentlichte Halbmonatsschrift EUROPA-ARCHIV ist ohne Zweifel die am besten dokumentierte deutsche Zeitschrift für internationale Politik."
Politique Etrangère, Paris

„Eine derartige Kombination von aktuellen, durch erprobte Sachkenner erarbeiteten Orientierungen und Dokumentationen für Probleme der internationalen Politik und Wirtschaft findet sich in keiner anderen Zeitschrift und ist auch in der früheren deutschen Publizistik ohne Beispiel."
Bayerischer Rundfunk

„Durch seine ernsthafte dokumentarische Analyse der deutschen und internationalen Probleme zeichnet sich das EUROPA-ARCHIV unter den deutschen Nachkriegspublikationen besonders aus."
International Affairs, London

„Betrachtet man aus europäischer Warte die Hintergründe der politischen Entwicklung in Europa — und verfolgt man aus dieser Sicht die politische Entwicklung in der Welt, dann zählt das EUROPA-ARCHIV zweifelsohne zur besten politischen Aufklärung, die es in Europa gibt."
Nieuw Europa, Den Haag

Bezugsbedingungen

Das EUROPA-ARCHIV erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung und unmittelbar durch den Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn, Stockenstraße 1 - 5, zu beziehen. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Verlag eingegangen sein.

Bezugspreise

Laufender Jahrgang (1972):

Jahresabonnement (24 Folgen)	DM 85,—
Vierteljahresabonnement (6 Folgen)	DM 23,—
Vierteljahresabonnement für Schüler, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung	DM 18,—
Einzelpreis je Folge	DM 4,25

Alle genannten Preise verstehen sich zuzüglich Porto.

Abgeschlossene Jahrgänge

Mit dem photomechanischen Nachdruck der vergriffenen Jahrgänge 1946 und 1947 durch die *Johnson Reprint Corporation in New York* sind **alle bisher erschienenen Jahrgänge des EUROPA-ARCHIV wieder lieferbar:**

Jahrgang 1 (Juli 1946—Juni 1947) in 1 Band gebd. mit Register (Nachdruck der Johnson Reprint Corporation)	DM 140,—
Jahrgang 2 (Juli—Dezember 1947) in 1 Band gebd. mit Register (Nachdruck der Johnson Reprint Corporation)	DM 100,—
Jahrgang 3 (1948) in 1 Band gebd. mit Register	DM 75,—
Jahrgang 4 (1949) bis Jahrgang 13 (1958) in 2 Halbjahres-Bänden gebd. mit Register je Jg.	DM 60,—
Jahrgang 14 (1959) bis Jahrgang 15 (1960) in 2 Teilbänden gebd. mit Register je Jg.	DM 65,—
Jahrgang 16 (1961) bis Jahrgang 21 (1966) in 3 Teilbänden gebd. mit Register je Jg.	DM 90,—
Jahrgang 22 (1967) bis Jahrgang 26 (1971) in 3 Teilbänden gebd. mit Register je Jg.	DM 96,—

Einzelfolgen der Jahrgänge 1—3 DM 6,—, der Jahrgänge 4—23 DM 3,25, der Jahrgänge 24—26 DM 3,75

Alle Preise verstehen sich zuzüglich Porto

Probehefte auf Wunsch kostenlos

EUROPA-ARCHIV-SAMMELREGISTER

Zur Erschließung der ersten 25 Jahrgänge des EUROPA-ARCHIV mit rund 1600 Beiträgen und 4000 Dokumenten sind zwei Sammelregister erschienen, jedes mit alphabetischem Autorenverzeichnis, chronologischem Dokumentenverzeichnis und detailliertem Sachverzeichnis:

Sammelregister 1.—20. Jahrgang (1946—1955)
Ganzleinen, 323 Seiten . . . . . DM 45,—

Sammelregister 21.—25. Jahrgang (1966—1970)
Ganzleinen, 118 Seiten . . . . . DM 22,—

Wer beruflich mit Nachschlagewerken zu tun hat oder wer immer auch nach ihnen greift, stets ist Umfang und Anlage des Index entscheidend für die Schnelligkeit, mit der ein Faktum gefunden werden kann. So ist es sehr zu begrüßen, daß das EUROPA-ARCHIV, die bestrenommierte Zeitschrift für internationale Politik, unabhängig von ihren jährlichen Inhaltsverzeichnissen nunmehr einen Sammelband herausbrachte, der die Beiträge der Erscheinungsjahre 1946 bis 1965 geschlossen erfaßt. Die Einteilung in ein Autoren-, Dokumenten- und Sachverzeichnis gibt die Möglichkeit, mit Hilfe nur eines einzigen Bandes den Beiträgen und Dokumenten zu politischen Ereignissen der vergangenen zwanzig Jahre nachzugehen. So erreicht der Benutzer des EUROPA-ARCHIV auf jeden Fall sein Ziel, sei ihm Name, Ereignis, Ort oder Zeit bekannt . . . So darf man das Sammelregister einen Schlüssel nennen, mit dessen Hilfe die Jahresbände des EUROPA-ARCHIV sich auf denkbar einfache und sachlich gemäße Weise als zeitgeschichtliche Chronik erfassen lassen.

dpa-Buchbrief

Am Wert des EUROPA-ARCHIV als bedeutendes Nachschlagewerk gibt es nichts zu rütteln . . . Die Absicht des Gründers und Herausgebers, des im Juli 1966 verstorbenen Wilhelm Cornides, aus dem EUROPA-ARCHIV eine Miniatur-Enzyklopädie für die wesentlichen Tagesfragen in Politik, Wirtschaft und Kultur zu machen, ist erreicht worden.

Stuttgarter Zeitung

VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH

53 BONN · STOCKENSTRASSE 1-5 · POSTFACH 643

TELEFON (02221) 631293 · TELEX 8-86822

BANKKONTO: BANKHAUS SAL. OPPENHEIM JR. & CIE KTO. NR. 23305

BEIHEFTE DES EUROPA-ARCHIV

Seit dem 1960 im Verlag R. Oldenbourg, München, erschienenen Band 15: Boris Meissner: „Rußland unter Chruschtschow" werden die

DOKUMENTE UND BERICHTE DES EUROPA-ARCHIV

als eine Reihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik fortgeführt. Von den früher erschienenen Bänden 1—14 sind noch lieferbar:

Band 2:	Rassmann: Die europäische Steinkohlenwirtschaft, 1947, 60 S.	kart. DM 10,—	
Band 3:	Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen, 1948, 160 S.,	kart. DM 7,50	Halbl. DM 10,—
Band 4:	Die Wiedergesundung Europas, 1948, 63 S.	kart. DM 5,—	
Band 6:	Cornides/Volle: Um den Frieden mit Deutschland, 1948, 122 S.	kart. DM 4,80	
Band 8:	Schmoller: Die Befugnisse der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik Deutschland, 1950, 70 S.	kart. DM 5,—	
Band 10:	Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952, 356 S.	Halbl. DM 22,—	

Aus der Reihe

AKTUELLE BIBLIOGRAPHIEN DES EUROPA-ARCHIV

sind noch lieferbar:

Heft 8:	Bibliographie zum Schuman-Plan, 1953, 1303 Titel	kart. DM 9,—
Heft 11:	Die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft, 1957, 577 Titel	kart. DM 15,—
Heft 12:	Die amerikanische Deutschland-Politik 1945—1955, 1956, 800 Titel	kart. DM 6,50
Heft 13:	Deutsches und ausländisches Schrifttum zur Frage der Abrüstung 1945—1956, 1957, 803 Titel	kart. DM 7,50
Heft 14:	Deutsches und ausländisches Schrifttum zu den regionalen Sicherheitsvereinbarungen 1954—1956. 1957, 1363 Titel . . .	kart. DM 9,50

Aus der Reihe

QUELLEN FÜR POLITIK UND VÖLKERRECHT

ist noch lieferbar:

Band 1:	Die Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland. Mit einer Einführung von Eberhard Menzel, 1948, 212 Seiten	kart. DM 18,—	Halbl. DM 20,—

VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH · 53 BONN · STOCKENSTRASSE 1-5

Präsidium

DR. DR. H. C. GÜNTER HENLE,
Präsident
HELMUT SCHMIDT,
Stellvertretender Präsident
DR. DR. H. C. KURT BIRRENBACH
Stellvertretender Präsident
DR. GEBHARDT VON WALTHER,
Geschäftsführender stellv. Präsident
DR. GOTTHARD FREIHERR VON FALKENHAUSEN, *Schatzmeister*
PROF. DR. ULRICH SCHEUNER,
Vorsitzer des Wissenschaftlichen Direktoriums
DR. WOLFGANG WAGNER,
Herausgeber des Europa-Archiv

PROF. DR. KARL CARSTENS
DR. MARION GRÄFIN DÖNHOFF
DR. H. C. FRIEDRICH CARL FREIHERR VON OPPENHEIM
PROF. DR. CARLO SCHMID
DR. HANS SPEIDEL

DR. H. C. HERMANN J. ABS
DR. GEORG ANDERS
DR. RAINER BARZEL
DR. WALTHER BECKER
BERTHOLD BEITZ
WILLI EICHLER †
ULRICH GEMBARDT
PROF. DR. DR. H. C. WALTER HALLSTEIN
DR. H. C. KURT GEORG KIESINGER
DR. HERMANN KOPF
DR. DIETRICH WILHELM VON MENGES
PROF. DR. HANS-JOACHIM VON MERKATZ
WOLFGANG MISCHNICK
PHILIP ROSENTHAL
PROF DR. KARL SCHILLER
PROF. DR. MATTHIAS SCHMITT
DR. GERHARD SCHRÖDER
BERNHARD TACKE
HEINZ OSKAR VETTER
OTTO WOLFF VON AMERONGEN

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik wurde im März 1955 in Bonn als eine unabhängige und überparteiliche Vereinigung gegründet. Ihr wurde das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft eingegliedert, das seither den Namen Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik trägt. Veröffentlichungsorgan der Gesellschaft und ihres Forschungsinstituts ist die im Jahre 1945 von Wilhelm Cornides begründete Zeitschrift für internationale Politik EUROPA-ARCHIV, deren Verlagsrechte die Gesellschaft im Jahre 1955 übernommen hat.

Nach ihrer Satzung hat die Gesellschaft die Aufgabe, die Probleme der internationalen, besonders der europäischen Politik und Wirtschaft zu erörtern, ihre wissenschaftliche Untersuchung zu fördern, die Dokumentation zu diesen Forschungsfragen zu sammeln und das Verständnis für internationale Fragen durch Vorträge, Arbeitsgruppen und Veröffentlichungen anzuregen und zu vertiefen.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik bezieht als solche auf Grund ihrer Satzung keine eigene Stellung zu internationalen Problemen. Die im EUROPA-ARCHIV geäußerten Meinungen sind die der Autoren. Für die Aufnahme von Beiträgen und Dokumenten ist der Herausgeber verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

53 BONN, ADENAUERALLEE 133 TELEFON: 220091

BESTELLUNG

Hiermit bestelle (n) ich (wir) beim VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH, Bonn, Stockenstr. 1-5,

..... Jahresabonnement(s) EUROPA-ARCHIV (24 Hefte)

beginnend am .....

Jahresabonnementspreis DM 85.-- zuzüglich Zustellgebühr.

.....

(Ort, Datum) (Unterschrift)

.....

(genaue Anschrift: Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)

.....

VERLAG FÜR INTERNATIONALE

POLITIK GMBH

Saugpostkarte

5300 BONN 1

Stockenstr. 1-5, Postfach 643

europäische gemeinschaft

DM 1.–

5/1972

D 2655 E
Mai



RHEIN UND MAAS SCHMELZTIEGEL EUROPAS

5/1972

Umweltschutz – Die große Aufgabe

Altiero Spinelli: Alle müssen mitmachen 37
Das Programm der Kommission 38
John Lambert: Neue Prioritäten für die Gemeinschaft 39
Nicolas Skrotzky: Der Mensch muß sich ändern 40
G. Dijkman: Alle Wasser laufen ins Meer 41
Hans Christoph Binswanger: Die Zukunft der Wirtschaft 42
Erich Peter: Zum Beispiel der Bodensee 44

Aus der Arbeit der Europäischen Gemeinschaften 1

Otto Brenner † 3

Bericht aus Bonn 5

Berichte und Kommentare

Norbert Kohlhase: Herbst in Santiago — UNCTAD III begann 6
Henri Deheyn: Durchbruch bei der Agrarpolitik 6

Die Reform der Europäischen Institutionen

Christian Lutz: Die „moribunde" Kommission 8
Klaus Pöhle: Das wartende Parlament 9
Marcell von Donat: Der seßhafte Rat 11

„Prinzip Hoffnung gilt noch!"

Interview mit Walter Hallstein 13

Theodor Schieder: Europäische Integration – Relikt oder Entscheidungszwang? 16

Josef Ertl: Deutschland und Europa, Vaterland und Nation 18

Vilma Sturm: „Change and Challenge" in Liverpool 20

Rhein und Maas – Schmelztiegel Europas

Zur Kölner Ausstellung 24
Hermann Jakobs: Rhein und Maas — Region im Heiligen Reich 25
Zeittafel zur mittelalterlichen Geschichte 29

Titelblatt: Figur auf dem Anno-Schrein aus Siegburg (Foto: Odry)

Dänemark und die EWG
Klaus Lemke: . . . aus Kieler Sicht 30

Korrespondenten berichten aus den Mitgliedsländern

Jean Godefroid: Grand' Place ohne Wagen (Belgien) 31
Lutz Krusche: Kein schöner Friede (Frankreich) 32
Lothar K. Frost: Deutsch im Elsaß 32
Marianne Kotthaus: Europa in Nievenheim 34
Fritz Gordian: Wirrungen einer Wahl (Italien) 36

Europa in der Kritik (Rezensionen)

Günther Grüneberg: Volapük für Kenner 46
Rüdiger Thiele: Die Geschichte der Beitrittsverhandlungen 46
Peter Alter: Mirgelers Verklärung 47
Georg Streiter: Europa zwischen Ost und West 48

europäische gemeinschaft

Herausgeber: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
Verbindungsbüro: 53 Bonn, Zitelmannstraße 22
Telefon: 23 80 41 — FS 8-86 648. Außenstelle: 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 102, Telefon: 8 86 40 28 — FS 1-84 015
Chefredakteur: Adolf-Peter Koof
Redaktionsassistent: Gerhard Moritz
Titelblatt und graphische Beratung: Kurt Hinterberger
Umbruch und Typographie: Günter Schmoll
Verlag: Europa Union Verlag GmbH, 53 Bonn 1, Stockenstraße 1—5
Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Die Zeitschrift erscheint monatlich. Preis 1,— DM
Jahresbezug 9,— DM einschließlich Zustellgebühren u. MwSt

Die namentlich gezeichneten Aufsätze geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.



europäische gemeinschaft

PROBEABONNEMENT *)

Ich möchte die Monatszeitschrift „europäische gemeinschaft" näher kennenlernen und bestelle hiermit unverbindlich ein kostenloses Probeabonnement für drei Monate.

*) Nichtgewünschtes bitte streichen

BESTELLUNG *)

Ich bestelle zur laufenden Lieferung ____ Exemplar(e) „europäische gemeinschaft". Jahresabonnement DM 9,– (incl. Versandkosten und MWST). Abbestellungen sind mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich.

(Name, Vorname) (Beruf)

(Postleitzahl, Anschrift)

(Datum) (Unterschrift)

Absender:

_____

_____

_____

(Bitte in Druckbuchstaben)

An den

EUROPA UNION VERLAG
GMBH

5300 BONN 1

Postfach 643

AUS DER ARBEIT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Ministerrat

Agrar-Marathon endete mit Erfolg

Im ersten Teil ihrer Marathon-Beratungen erörterten die Agrarminister vom 13.–16. März 1972 Probleme der Agrarstruktur-Reform sowie die neuen Agrarpreise. Sie einigten sich generell darüber, daß die Grundsätze der allgemeinen Agrarfinanzierung auch auf die Strukturpolitik angewandt werden. In den nächsten vier Jahren sollen jährlich 285 Mio. Dollar für Strukturvorhaben bereitgestellt werden. Hinzukommen bereits zurückgelegte Mittel aus dem Agrarfonds, so daß insgesamt 1,4 Mrd. Dollar zur Verfügung stehen werden. In der Frage des Grenzausgleichs fanden die Minister den Kompromiß, daß der Ausgleich stufenweise abgebaut werden soll bei gleichzeitiger Kompensation durch Maßnahmen, die Einkommensverluste der Landwirte verhindern sollen. Ein Termin für den endgültigen Abbau des Grenzausgleichs wurde nicht fixiert.

Zu einer schweren Krise kam es dann bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 20. März. Frankreichs Agrarminister Michel Cointat forderte, abweichend vom Verhandlungsergebnis der Vorwoche, einen festen Termin für das Auslaufen des Grenzausgleichs. Dies lehnte Landwirtschaftsminister Josef Ertl strikt ab und bestand darauf, nur auf der Basis des Ergebnisses vom 16. März weiter zu verhandeln. Mit diesem Standpunkt setzte er sich schließlich durch.

Am frühen Morgen des 24. März, also nach neun Verhandlungstagen mit 99 Arbeitsstunden, einigte sich dann der Agrarrat auf neue Preise und verabschiedete drei Richtlinien zur Agrarstrukturreform. Die Agrarpreise für 1972/73 wurden auf dem pflanzlichen Sektor um 4–5 %, auf dem tierischen um 7–8 % erhöht. Nach Auskunft der deutschen Delegation bedeutet dies eine durchschnittliche Anhebung um 7,8 %.

Die drei Richtlinien zur Agrarstruktur-Reform, Kernstücke des seit 1968 heftig diskutierten „Mansholt-Plans", haben laut Kommuniqué folgende Ziele:
Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe;
Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und Verwendung der landwirtschaftlich genutzten Fläche für Zwecke der Agrarstruktur-Verbesserung;
sozio-ökonomische Information und berufliche Qualifikation der in der Landwirtschaft tätigen Personen.

Diskussion über Breschnew-Erklärung

Der Davignon-Ausschuß, der die politische Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten vorbereitet, erörtete am 12. April 1972 in Luxemburg die vor kurzem vom sowjetischen KP-Chef Leonid Breschnew abgegebene Erklärung, in der dieser die Europäische Gemeinschaft als eine „Realität" bezeichnet hatte. An der Sitzung nahmen auch Vertreter der vier Beitrittskandidaten teil.

Thorn: Sekretariat nicht nach Paris

Der amtierende Ratspräsident Gaston Thorn bezeichnete am 22. März 1972 die Schaffung eines Politischen Sekretariats als notwendig für die Zukunft der Gemeinschaft. Es solle bestimmte Entscheidungsbefugnisse für technische und weniger wichtige Probleme erhalten, von denen so der Ministerrat entlastet würde. Das Sekretariat muß nach Ansicht von Thorn an einem der bisherigen Sitze der Gemeinschaftsinstitutionen (Brüssel, Straßburg oder Luxemburg) eingerichtet werden: Paris sei eine schlechte Lösung.

UNCTAD-Vorbereitung

Die EG-Außen- und Wirtschaftsminister bereiteten am 21. März 1972 die Politik der Gemeinschaft auf der Dritten Welthandelskonferenz (UNCTAD) vor, die vom 13. April bis 19. Mai 1972 in Santiago de Chile stattfindet (s. Nr. 3/72, S. 23 ff. und Nr. 4/72, S. 14–15). Neben internationalen Rohstoffabkommen sollen auch Zollsenkungen als Hilfe für Entwicklungsländer vorgeschlagen werden. Der Rat erließ Richtlinien, die die Koordination innerhalb der EG, die Kontakte zu den Beitrittskandidaten sowie die Konsultationen mit den EG-Assoziierten gewährleisten sollen. Aus diesen Beschlüssen kann man den Willen der Gemeinschaft ablesen, auf der UNCTAD-Konferenz mit nur einer Stimme zu sprechen.

Der Rat einigte sich ferner darauf, vor Beginn der Welthandelskonferenz keine Beschlüsse mehr über eine Erweiterung der Zahl jener Länder zu fassen, die in das System der Allgemeinen Präferenzen der EG einbezogen werden.

Bandbreiten-Verengung wirksam

Die Gouverneure der EG-Zentralbanken einigten sich am 10. April 1972 in Basel auf die Modalitäten, die die Wechselkursschwankungen zwischen den EG-Währungen innerhalb einer Bandbreite von maximal 2,25 % halten sollen (s. Nr. 4/72, S. 6). An den Beratungen nahmen auch die Zentralbankgouverneure der vier Beitrittsanwärter teil, die sich dem Gemeinschaftsvorgehen anschlossen. Die Vereinbarung von Basel trat am 24. April 1972 in Kraft.

Rat für erweiterte Mittelmeer-Direktiven

Der EG-Ministerrat sprach sich am 20. März 1972 für eine Erweiterung der Direktiven an die Kommission für deren Verhandlungen mit den Mittelmeerländern aus. In diesen Verhandlungen sollen die Präferenzabkommen mit diesen Staaten unter Berücksichtigung der EG-Erweiterung revidiert werden. Die Ständigen Vertreter sollen bei der Vorbereitung der Ratsdirektiven nicht nur die technische Anpassung der Abkommen vorsehen, sondern auch die wirtschaftliche Tragweite der Handelsbeziehungen zwischen den Mittelmeerländern und den Beitrittskandidaten berücksichtigen.

Für Global-Abkommen mit den Maghreb-Ländern

Der Ministerrat beschloß am 21. März 1972, Algerien ein Globalabkommen vorzuschlagen, das außer Präferenzregelungen auf dem Handelssektor auch Maßnahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit umfaßt. Gleichzeitig will die Gemeinschaft mit Marokko und Tunesien, die bereits Assoziierungsabkommen mit der EG abschlossen, über zwei ähnliche Globalabkommen verhandeln. Diese drei Abkommen sollten möglichst gleichzeitig und noch vor Ablauf der Assoziierungsabkommen mit Marokko und Tunesien (31. August 1974) in Kraft treten.

Kommission

Agrar-Kompetenz an Scarascia Mugnozza

Die Zuständigkeit für die Agrarpolitik innerhalb der EG-Kommission wurde am 12. April 1972 dem am 22. März neu ernannten Vizepräsidenten Carlo Scarascia Mugnozza übertragen. Seit 1958, also seit Beginn der EWG, bis zu seiner Ernennung zum neuen Kommissionspräsidenten war Sicco L. Mansholt für die Agrarpolitik verantwortlich gewesen.

Mansholt gab Überblick über Gemeinschaftsfragen

Auf seiner ersten Pressekonferenz als Kommissionspräsident erklärte Sicco L. Mansholt am 27. März 1972 in Brüssel, eine entscheidende Schwäche der Gemeinschaft sei die mangelhafte Effizienz ihrer Organe. Er beklagte insbesondere den unzureichenden Weitblick des Rats bei großen politischen Entscheidungen. Die Gemeinschaft betrete jetzt neue Wege, für die die Europäischen Verträge (aus den Jahren 1952 und 1957) nicht mehr ausreichten.

Mansholt kritisierte die demokratische Entwicklung der Gemeinschaft, vor allem das Fehlen von Befugnissen beim Europäischen Parlament. Hier erhofft er sich richtungsweisende Beschlüsse von der Gipfelkonferenz im Herbst.

Einen Beweis dafür, daß die Römischen Verträge ergänzungsbedürftig sind, sieht Mansholt in der Absicht, ein Politisches Sekretariat zu schaffen. Er lehnte diesen Plan zwar nicht grundsätzlich ab, betonte aber, das Sekretariat müsse seinen Sitz in Brüssel haben und in enger Beziehung zur Kommission stehen.

Zum Verhältnis EG – USA meinte Mansholt, hier sei eine neue Lastenverteilung erforderlich. Die notwendige Partnerschaft mit den USA setze voraus, daß Europa Aufgaben der Vereinigten Staaten übernimmt. Er bezeichnete ferner die Förderung der Entspannung zwischen Ost und West als notwendig und begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die deutsche Ostpolitik.

Die gemeinsame Agrarpolitik muß seiner Ansicht nach neu gestaltet werden. Preiserhöhungen wie die im März beschlossenen

seien in den nächsten Jahren schon allein wegen des Widerstandes der beitretenden Länder illusorisch. Kurzfristig kämen hier nur direkte Einkommensbeihilfen für die Landwirte in Frage, meinte der neue Kommissionspräsident; langfristig werde die gerade anlaufende gemeinsame Strukturpolitik wirksame Hilfe bieten.

Haferkamp zur Breschnew-Erklärung

Vizepräsident Wilhelm Haferkamp erklärte am 14. April 1972 in Berlin zur Äußerung des sowjetischen KP-Chefs Breschnew, die Europäische Gemeinschaft sei eine Realität, man solle diese Äußerung nicht überbewerten. Ähnlich wie sein Kollege Ralf Dahrendorf, der kürzlich in einem Interview mit „europäische gemeinschaft" geäußert hatte, die EG habe keine Anerkennungsneurose (s. Nr. 4/72, S. 9) meinte auch Haferkamp, die Gemeinschaft habe eine Anerkennungsdiskussion à la Ulbricht nicht nötig. Den Ostblockstaaten bleibe keine andere Wahl, als eine realistische Einstellung zur EG zu finden, denn spätestens ab 1973 gebe es nur noch gemeinschaftliche Handelsabkommen mit Drittländern.

Borschette in Japan

Albert Borschette, in der Kommission u.a. für Informationsfragen zuständiges Mitglied, besuchte vom 29. März bis 3. April 1972 Japan, um die bevorstehende Einrichtung eines Presse- und Informationsbüros der Gemeinschaft in Tokio vorzubereiten. Er führte außerdem Gespräche mit dem japanischen Außenminister und anderen Mitgliedern der Regierung.

Erfolgreiche Schweiz-Verhandlungen

Die zweite Runde der Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den nicht beitrittswilligen EFTA-Staaten wurde am 16./17. März 1972 mit Beratungen EG–Schweiz begonnen. Hier wurden so große Fortschritte erzielt, daß mit dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über ein industrielles Freihandelsabkommen bis Ende Juni gerechnet wird. Bei zahlreichen Punkten, z. B. den Wettbewerbsregeln, wurde Übereinkunft erzielt, bei anderen, z. B. den Ursprungsregeln, waren sich die EG und die Schweiz in der Sache einig, es fehlt aber noch die formelle Zustimmung des Ministerrats. Auch in den noch offenen Fragen, z. B. der Liste der „sensiblen" Produkte, kam es zu einer Annäherung der Standpunkte.

Belgrads Begehren

Jugoslawien sprach sich im März 1972 in einer Démarche an die Gemeinschaft für den Abschluß eines nichtpräferentiellen Handelsabkommens mit der künftigen Zehnergemeinschaft aus. Das bereits existierende nichtpräferentielle Handelsabkommen, das Jugoslawien als erstes osteuropäisches Land mit der Gemeinschaft geschlossen hat, läuft am 30. April 1973 aus. Gespräche über die neuen jugoslawischen Wünsche werden voraussichtlich erst nach der Sommerpause stattfinden können.

Annäherung EG — Schweden

In der zweiten Verhandlungsrunde zwischen der Gemeinschaft und Schweden, die am 20./21. März 1972 in Brüssel stattfand, wurde Übereinstimmung erzielt hinsichtlich einer Freihandelszone für Industrieerzeugnisse mit fünfjährigem Zollabbau, über die Beseitigung zollähnlicher Maßnahmen und diskriminierender Fiskalzölle sowie über den Abschluß eines besonderen Abkommens auf dem Montan-Sektor. Eine erste Annäherung gab es bei folgenden Fragen: Übernahme von Wettbewerbs- und Beihilferegeln durch Schweden analog den EG-Bestimmungen, eventuelle Anwendung von Schutzklauseln, Ursprungsregeln analog der Jaunde-Formel. Ungelöst blieben vor allem die Behandlung der „sensiblen" Produkte sowie Agrarfragen.

Schweden ersuchte die Gemeinschaft um die Fixierung eines Konsultationsverfahrens für Wirtschafts- und Währungsfragen im Abkommen selbst. Die EG tendiert hingegen dazu, ein solches Verfahren durch den Einbau einer Evolutionsklausel in die Präambel oder in die Schlußbestimmungen abzudecken. Eine Entscheidung hierüber muß der Rat fällen.

Schwierigkeiten mit Portugal

Eine Einschränkung seiner ursprünglichen Angebote kündigte Portugal in den Verhandlungen mit der EG am 27./28. März 1972 für den Fall an, daß die Gemeinschaft ihre Zugeständnisse nicht erheblich ausweite. Nach Ansicht Lissabons ist die Gemeinschaft bei einem Freihandelsabkommen mit Portugal auf jeden Fall der Gewinner. Lissabon forderte die Beschränkung der Liste der „sensiblen" Produkte, EG-Konzessionen für portugiesische Agrarerzeugnisse, einen verzögerten portugiesischen Zollabbau bis 1988 sowie Schutzklauseln für jene Erzeugnisse, die erst seit kurzem in Portugal hergestellt werden.

Papierfrage in Finnland-Verhandlungen umstritten

In der zweiten Verhandlungsrunde EG-Finnland am 23./24. März 1972 in Brüssel konnte noch keine Einigung über die schwierige Frage des finnischen Papierexports in die Gemeinschaft erzielt werden. Das Gemeinschaftsangebot, den Zollabbau für Papier innerhalb von 12 Jahren durchzuführen, wurde von Helsinki als nicht akzeptabel bezeichnet. Auch der Zeitraum für den EG-Zollabbau bei bestimmten „sensiblen" Produkten erscheint den Finnen als zu lang bemessen. Inklusive Papier würden 73 % der finnischen Exporte in die Gemeinschaft von einem verzögerten Zollabbau betroffen. Sollte sich die Gemeinschaftshaltung, insbesondere bei Papier, nicht ändern, dann will auch Helsinki eine Liste „sensibler" Produkte vorlegen, für die es die Zölle nur verzögert abbauen würde. Wie die anderen nicht beitrittswilligen EFTA-Staaten äußerte auch Finnland den Wunsch nach einer Einbeziehung von Agrarvereinbarungen in das geplante Abkommen mit der Gemeinschaft.

Island-Verhandlungen: Fischereifrage weiter problematisch

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde EG — Island, in der am 28./29. März 1972 über die künftigen Handelsbeziehungen gesprochen wurde, konnte keine Lösung für die Fischereifrage gefunden werden. Das Verlangen der Gemeinschaft, auch über die geplante Ausdehnung der isländischen Fischereizone auf 50 Seemeilen zu diskutieren, lehnte Reykjavik ab. Der isländische Verhandlungsleiter Thorhallur Asgeirsson bezeichnete auch das Gemeinschaftsangebot, die EG-Zölle für isländische Fischereierzeugnisse auf der Basis einer 12-Meilen-Zone um 50 % zu senken, als völlig unannehmbar.

Auch bei Aluminium, welches das zweitwichtigste Exportprodukt der Insel ist, gab es keine Einigung. Die Gemeinschaft will hier ihren Zoll innerhalb der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens beibehalten und ihn erst innerhalb der fol-

worte zu europa

„Ein Marathon ersetzt nicht die Demokratie."
Marcell von Donat, Mitglied der EG-Sprechergruppe

„Ein Röntgenbild des heutigen Europas zeigt, es hat eine gesunde Konstitution, aber es gibt Fehlbildungen."
Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen

„Wer Europa will, muß großzügig sein."
Erwin Lange, SPD-MdB

„Es hat keinen Sinn, einem abstrakten politischen Europa die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegenüberzustellen und hartnäckig deren wirtschaftlichen Charakter zu betonen."
Wilhelm Haferkamp, Vizepräsident der EG-Kommission

„Die Supranationalität ist tot."
Michel Debré, französischer Verteidigungsminister

„Wir werden kein Europa haben, das die nationalen Identitäten aufhebt."
Willy Brandt, Bundeskanzler

„Es gibt einen Europäer, es gibt eine europäische Zivilisation, und es handelt sich darum, sie zu schützen und sie an die Entwicklung in der Welt und an das Streben der Jugend anzupassen."
Georges Pompidou, französischer Staatspräsident

„Es gibt eine bestimmte Schwelle, an der eine Ausweitung der Zuständigkeiten der EWG nur noch dann vertretbar ist, wenn sie von einer tatsächlichen parlamentarischen Kontrolle auf europäischer Ebene begleitet wird."
Brigitte Freyh, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

„Die Sozialistische Fraktion weiß sich frei von der Europa-Begeisterung, die so eine Art von Pflichtübung geworden ist."
Herbert Kriedemann, SPD-MdB und Mitglied des Europäischen Parlaments

„Ich möchte gerne die baldige Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EG und China sehen."
Jean Monnet, Präsident des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa

„Kommission und Rat haben in den letzten zwei Jahren in vollkommener Harmonie und in einem sehr guten Geist der Zusammenarbeit gewirkt."
Franco Maria Malfatti, ehem. Präsident der EG-Kommission

genden fünf Jahre abbauen. Island wandte sich vor allem gegen die vorgesehene dreijährige Stillhalteperiode.

Noch offene Fragen mit Österreich

Die Gemeinschaft und Österreich konnten sich am 21./22. März 1972 in der zweiten Runde ihrer Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen abermals nicht über die Einbeziehung der Landwirtschaft und über die Behandlung der „sensiblen" Produkte einigen. Übereinstimmung wurde dagegen über die Ausgangsbasis und den Terminkalender für den Abbau der Zölle und der mengenmäßigen Beschränkungen erzielt.

Rest-EFTA-Bericht

Die Kommission leitete am 12. April 1972 dem Ministerrat ihren Bericht über die Ende März abgeschlossene Verhandlungsrunde mit den sechs nicht beitrittswilligen EFTA-Staaten zu. Sie schlägt dem Rat eine Erweiterung der Verhandlungsdirektiven im Sinne eines stärkeren Entgegenkommens gegenüber den Wünschen der Rest-EFTA-Staaten vor. So will sie z. B. von der bisherigen EG-Forderung nach einer dreijährigen Stillhalteperiode für den Zollabbau bei bestimmten Produkten abgehen und für bestimmte „sensible" Produkte nicht mehr eine strenge Zollüberwachung, sondern nur noch eine einfache statistische Überwachung ohne Plafondregelung vorsehen.

Die vier neutralen EFTA-Staaten Finnland, Östereich, Schweden und die Schweiz gaben zu diesen Vorstellungen der Kommission unterschiedliche Stellungnahmen ab, begrüßten sie jedoch generell als einen Schritt nach vorn.

Neue EGKS-Anleihe

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl legte am 24. März 1972 eine Anleihe über 150 Mio. ffrs auf dem internationalen Kapitalmarkt auf. Diese wird mit 7,25 % verzinst und hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Ihr Ausgabekurs betrug 99 %. Die Anleihe dient der Finanzierung von Investitionen der EG-Kohle- und Stahlindustrie sowie von Umstellungsvorhaben.

Gespräche der EIB in Irland

Eine Delegation der Europäischen Investitionsbank (EIB) unter Leitung von Präsident Yves le Portz führte am 28./29. März 1972 in Dublin Gespräche mit dem irischen Finanzminister George Colley, dem Gouverneur der Irischen Zentralbank, T. K. Whitaker, und leitenden Beamten mehrerer Ministerien, mit der Industrial Development Authority und der Industrial Credit Company. Sie erörterten Möglichkeiten der EIB, nach dem irischen Beitritt zur EG und damit gleichzeitig zur EIB einen Beitrag zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in Irland zu leisten.

Umweltschutz-Vorschläge

Konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung legte die EG-Kommission Ende März 1972 dem Ministerrat vor. Sie ergänzte damit ihre „Erste Mitteilung über die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Umweltschutzes" vom Juli 1971. Ihre neuen Vorschläge sehen vor: eine vorherige Information der Kommission durch die Mitgliedstaaten über alle geplanten Umweltschutz-Vorhaben; einen festen Kalender für den Abbau von Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung; ein Dringlichkeitsprogramm zur Beseitigung der Rheinverschmutzung. Die Kommission vertritt den Grundsatz, daß die Umweltverschmutzer die Kosten für die Beseitigung der von ihnen verursachten Umweltschäden übernehmen müssen.

Weiterer Abbau technischer Handelshemmnisse

Die Kommission schlug dem Rat Anfang April 1972 vor, in Ergänzung des am 28. Mai 1969 vom Rat beschlossenen Programms zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse einige neue Bereiche in die vierte Phase des Programms (Beschlußfassung des Rats vor dem 1. Juli 1974) aufzunehmen. Dabei handelt es sich vor allem um Bereiche des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, die in dem Programm von 1969 noch nicht berücksichtigt worden waren.

Rechtstellung der EIB in der Schweiz

Die Schweiz und die Europäische Investitionsbank (EIB) schlossen am 24. März 1972 eine Vereinbarung über die rechtliche Stellung der EIB in der Schweiz. Darin werden der EIB die gleichen Rechte eingeräumt, wie sie die Weltbank seit 1951 und die Interamerikanische Entwicklungsbank seit 1970 genießen. Der EIB wird künftig bei Anleihen auf dem Schweizer Kapitalmarkt der Vorzugssatz von 0,6 % bei



Foto: Darchinger

OTTO BRENNER †

Die Europäische Kommission trauert um Otto Brenner. Die Nachricht von seinem Ableben hat uns tief bestürzt und betroffen.

Die Europäische Arbeitnehmerbewegung verliert in Otto Brenner eine überragende Führerpersönlichkeit. Er hatte als einer der ersten erkannt, daß die Realität der Gemeinschaft und die Integration der Wirtschaft von den Gewerkschaften nicht nur europäisches Bekenntnis, sondern vor allem konkretes und zielbewußtes Handeln fordern. Otto Brenner hat sich dieser Herausforderung in vielfacher Weise gestellt: als Initiator des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes, dessen Vizepräsident er war, als langjähriges Mitglied und Vizepräsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses, dessen Arbeitnehmergruppe er leitete, als Gründungsmitglied des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften und in zahlreichen anderen Funktionen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften verliert in Otto Brenner einen engagierten Gesprächspartner und geschätzten Ratgeber, der überzeugend und kompromißlos für ein Europa eingetreten ist, das durch Demokratie, soziale Gerechtigkeit und aktive Solidarität ein Ansporn für alle sein muß. Aus dieser Haltung heraus hat er unsere Tätigkeit beurteilt, kritisch, aber stets vom Willen zu konkreter Verbesserung getragen. Die Europäischen Gemeinschaften schulden Otto Brenner tiefen Dank.

Wir alle aber haben einen Menschen verloren, der sich höchster Wertschätzung und Achtung erfreute. Der Verlust dieses Mannes wiegt sehr schwer. Insbesondere diejenigen, die sich seiner persönlichen Freundschaft erfreuen durften, werden ihre Tätigkeit für Europa nicht fortsetzen können, ohne sich voll Trauer, Dankbarkeit und Stolz an Otto Brenner und seine Arbeit zu erinnern.

Wilhelm Haferkamp

der Stempelabgabe statt des Normalsatzes von 1,2 % eingeräumt werden.

Diese Vereinbarung soll zusammen mit dem geplanten Freihandelsabkommen EG – Schweiz, über das zur Zeit in Brüssel noch verhandelt wird, der Schweizer Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Vertragsverletzungen Bonns und Luxemburgs

Die Kommission leitete Ende März 1972 gegen die Bundesrepublik und Luxemburg ein Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 169 EWG-Vertrag ein. In beiden Ländern müssen Arbeitnehmer aus anderen EG-Mitgliedstaaten die Kosten der ärztlichen Pflichtuntersuchung selbst tragen. Die Kommission erklärte, zwar stünde es jedem Mitgliedstaat frei, Pflichtuntersuchungen vorzuschreiben, doch verstoße es gegen Art. 48 und 56 EWG-Vertrag und gegen drei Richtlinien über den freien Personenverkehr, wenn die Kosten dieser Untersuchung den Betroffenen auferlegt werden. Beide Länder wurden aufgefordert, die vertragsverletzenden Bestimmungen binnen eines Monats aufzuheben.

Zwei Kartellverträge freiwillig aufgehoben

Die Kommission teilte am 22. März 1972 mit, daß in zwei Fällen Kartellverträge, die mit den Wettbewerbsvorschriften von Art. 85 EWG-Vertrag nicht vereinbar waren, nach Interventionen der Kommission von den Vertragsparteien aufgehoben worden sind.

Parlament

Vedel-Studie fertig

Der von der Kommission im Juli 1971 eingesetzte Expertenausschuß unter Leitung des französischen Staatsrechtlers Prof. Vedel, der Vorschläge für den Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments ausarbeiten sollte (s. 8–9/71, S. 4), legte Ende März 1972 seine Studie vor. Sie ist gedacht als Arbeitsunterlage für die Kommission, die dem Ministerrat noch vor dem EG-Gipfeltreffen ihre Vorschläge über die Erweiterung der Parlamentsbefugnisse vorlegen will. Die Vedel-Studie enthält u. a. Vorschläge über die Mitwirkung des Parlaments bei der Bildung der EG-Kommission, über Mitentscheidungsrechte des Parlaments bei verfassungsrechtlichen und gesetzgeberischen Fragen sowie über die Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Sicherung des Agrarmarktes gefordert

Der Landwirtschaftsausschuß forderte am 22. März 1972, unverzüglich geeignete monetäre Maßnahmen zur Sicherung des gemeinsamen Agrarmarktes zu ergreifen. Der Ausschuß begrüßte ferner die von der Kommission bei der Ausarbeitung der neuen Preisvorschläge zugrunde gelegte neue Konzeption. Schließlich forderte er den Ministerrat auf, die gemeinschaftliche Regionalpolitik verstärkt voranzutreiben, da sie für eine ausgeglichene Neuordnung der Agrarstrukturpolitik notwendig sei.

Für umfassende Forschungs-Strategie

Der Ausschuß für Energie, Forschung und Atomfragen erörterte Ende März 1972 jene Kapitel des Fünften Gesamtberichts der Kommission, die in seine Zuständigkeit fallen. Er billigte einstimmig die politische Auffassung der Kommission, die EG müsse eine umfassende Strategie für die wissenschaftliche und technologische Forschung entwickeln, in der die Gemeinsame Forschungsstelle ihren Platz finden könne. Im Ausschuß wurden Sorgen laut, die bilaterale Forschungs-Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten könne Gemeinschaftsinitiativen aushöhlen und eine sinnvolle Koordinierung erschweren.

Verkehrs-Initiativen intensivieren

Der Verkehrsausschuß forderte Ende März die Kommission auf, ihre Initiativen auf dem Verkehrssektor aus der zweiten Jahreshälfte 1971 zu intensivieren. So solle sie den Rat drängen, den bisher vernachlässigten Verkehrsproblemen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Seit 1965 habe der Ministerrat nicht eine einzige wichtige Entscheidung auf dem Gebiet der gemeinsamen Verkehrspolitik getroffen. Der Ausschuß forderte außerdem die Kommission auf, sich einseitigen Maßnahmen der Mitgliedstaaten, die die Verwirklichung einer gemeinsamen Verkehrspolitik hemmen können, energisch zu widersetzen.

Behrendt in der Türkei

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Walter Behrendt, besuchte vom 20.–25. März 1972 auf offizielle Einladung hin die Türkei. In Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister und den Präsidenten der beiden Kammern erörterte er Probleme der Assoziierung EG–Türkei, insbesondere eine Vertiefung und Verbesserung der Kontakte im Rahmen des „Gemischten parlamentarischen Ausschusses EG – Türkei".

Gipfel-Thematik begrenzen

Der Wirtschaftsausschuß forderte Ende März 1972, die EG-Gipfelkonferenz solle nur wenige konkrete Punkte umfassend erörtern. Dazu gehöre die Schaffung des europäischen Fonds für Währungszusammenarbeit als wesentliches Element der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Ausarbeitung einer rechtlichen und wirtschaftlichen Basis für eine gemeinsame Umweltpolitik. Der Ausschuß ersuchte die EG-Kommission, konkrete Unterlagen über die volkswirtschaftlichen Kosten des Umweltschutzes vorzulegen. Der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitsfragen hatte bereits die Schaffung eines europäischen Instituts für Umweltfragen vorgeschlagen.

Personalien

Renato Ruggiero, bis zum 22. März 1972 Kabinettchef des zurückgetretenen Kommissionspräsidenten Franco Maria Malfatti, ist jetzt politischer Berater im Kabinett von Kommissionspräsident Sicco L. Mansholt.

Prof. Ulrich Meyer-Cording schied am 30. April 1972 aus seinem Amt als Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank aus. Er übernahm den Vorstandsvorsitz der Westdeutschen Bodenkreditanstalt in Köln.

Das Letzte

Kollege Lutz H. Kernberger ist uns und sich treu geblieben: in seinem Dienst „Agra Europe" vom 11. April 1972 nahm er wieder einmal die EG-Informationspolitik und indirekt auch „europäische gemeinschaft" auf die Hörner. Da seit seinem letzten massiven Angriff schon vier Monate verstrichen waren und er, wie er treuherzig gesteht, über Ostern in Ermangelung vernünftiger Themen sich zum Füllen seines Dienstes nach Material umsehen mußte, das er „in irgendeiner Weise verwerten" konnte, verfiel er – wohl schon zwangsläufig – darauf, der Kommission wieder einmal auf die Finger zu klopfen. Nichts ist ja verläßlicher als eine bewährte Gegnerschaft, besonders wenn sie in zyklischen Schüben von Sendungsbewußtsein gestützt wird.

Herrn Kernberger empört es, „daß sich Behörden mit der Herausgabe von periodischen Bilderblättern befassen". Fein, wie Herr Kernberger nun einmal ist, meint er damit wohl „europäische gemeinschaft", doch nennt er unser Blatt diesmal nicht beim Namen. Und fair, wie Herr Kernberger auch nun einmal ist, bezeichnet er unser schönes Blatt als „Bilderblatt". (Sollte man – analog zu solcher Etikettierung – Herrn Kernbergers Agrar-Dienst, der ja auf verschiedenfarbigem Papier gedruckt wird, deshalb „Regenbogen-Dienst" nennen?) Nach Herrn Kernbergers Urteil sind in den Blättern der Kommission „weniger Fakten als subjektive Meinungen zu finden", die er freien Journalisten „vielleicht noch abnimmt, nicht aber Leuten, die ihr Geld vom Steuerzahler bekommen". – Nun, zu diesen bekannten Kernberger'schen Kurzschlüssen in puncto freie Meinungsäußerung haben wir uns ja schon geäußert (Nr. 1/72, S. 19).

Schließlich krönt Herr Kernberger seine Attacke mit einem neuen Beweis seiner Kollegialität. Wohl wissend, daß die Brüssel-Korrespondenten fast aller führenden deutschen Tageszeitungen, auch der Brüssel-Korrespondent seines Dienstes, häufig für „europäische gemeinschaft" schreiben, haut er ihnen folgendes um die Ohren: der EG-Kommission stehe „eine Gruppe von Hofberichterstattern zur Verfügung, die so lange gegen bare Münze freundliche Texte liefern dürfen, wie sie die Kommission als die beste aller Behörden und deren Beamte als die weisesten aller Staatsmänner feiern". Und dann orakelt er düster: „Kritik wird mit Diskriminierung bestraft" – und bleibt den Beweis für diese Unterstellung schuldig.

Man sollte Herrn Kernbergers Osterspaziergang in die EG-Informationspolitik wie einen Western nehmen: Kernberger rides (and writes) again! Doch, wenn einer in der Rolle Djangos nicht ganz sattelfest ist, dann haben seine Schüsse zwar eine breite Streuung, treffen aber selten. In diesem Wissen erwarten wir die nächste seiner zyklischen Zertrümmerungs-Anstrengungen mit heiterer Gelassenheit – Herr Kernberger kann ja wohl nicht anders. gm

..... Bericht aus Bonn ....

Höcherl nach Brüssel?

Phantastische Spekulationen rankt der Pressedienst „Politik und Wirtschaft" um die Anfang nächsten Jahres neu zu bildende EG-Kommission. Unabhängig von der Tatsache, daß die Bonner Regierung z. Z. noch auf festen Füßen steht, heißt es da, der frühere fintenreiche Bonner Landwirtschaftsminister Hermann Höcherl, CSU-MdB, sei als Agrar-Kommissar für Brüssel vorgesehen. In der Umgebung von Höcherl, der trotz aller gegensätzlichen Standpunkte am Rhein als Brandt-Fan gilt, werden solche „News" freilich nur milde belächelt. Ein Höcherl-Intimus: „Höcherl nach Brüssel? Nur als Präsident!"

„Einerseits, andererseits"

Zu einem Prominenten-Treff wurde der von der Friedrich-Ebert-Stiftung einberufene internationale Kongreß „Für ein größeres Europa" Mitte April in Leverkusen. Europa-Engagierte wie Willy Brandt, Wilhelm Haferkamp, Jean Monnet und US-NATO-Botschafter David M. Kennedy machten ihre Aufwartung.



Hans Apel

Beobachter etikettierten allerdings die Leverkusener Monolog-Serie mit „einerseits, andererseits". In der Tat zeichneten sich die Reden dadurch aus, daß sie die jeweiligen Standorte zugleich lobten wie kritisierten. Typisch die Rede von SPD-Fraktions-Vize Hans Apel, der die Auswirkungen der EWG-Erweiterung auf die USA beleuchtete. Er bemängelte, daß die politischen Beziehungen zwischen EWG und Amerika von den Organen der Gemeinschaft nicht behandelt würden. Mit Frankreich ging Apel ins Gericht, weil es zu sehr fürchte, die USA könnten in die EWG hineinregieren. Washington mußte sich von Apel vorhalten lassen, daß „die amerikanischen Klagen über den wirtschaftlichen Protektionismus der Gemeinschaft stark übertrieben sind". Gleichzeitig bekannte der Abgeordnete, daß ohne Unterstützung der USA Westeuropa dem Druck anderer Weltmächte nicht begegnen könne. Apels unverbindliche Ausgleichsformel: „Keiner kann und darf versuchen, zu Lasten des anderen einseitige Vorteile zu erlangen."

Kurs Seehafenpolitik

Nach fünfjährigen Vorarbeiten des Verkehrsausschusses beim Europäischen Parlament scheint nun eine gemeinsame Seehafenpolitik der Gemeinschaft in Gang zu kommen. Horst Seefeld, SPD-MdB und Berichterstatter des Ausschusses, legte Mitte April seinen Rapport dem Parlament zur Entschließung vor. Das Parlament in Straßburg stimmte dem entsprechenden Antrag zu, der mit einer Reihe kritischer Anmerkungen zum Thema gemeinsame Verkehrspolitik bestückt ist. Die Tatsache, daß es bisher nicht gelungen ist, eine zusammenhängende Verkehrspolitik zu realisieren, werten die Parlamentarier „als eine schwerwiegende Niederlage der Gemeinschaft". Seefeld selbst kritisiert vor allem den Egoismus der einzelnen Mitgliedstaaten, die im Ministerrat viele Vorschläge der EG-Kommission ablehnten, „weil sie eine Beeinträchtigung der Wettbewerbslage ihrer Seehäfen befürchten". Vorschriften für die Seeschiffahrt fehlen noch, da die Gemeinschaft sich bisher überwiegend dem Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr widmete. Mit dem Beitritt von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen wird ein Großteil der bisherigen Seeschiffahrt aber Binnenverkehr. Nach Meinung von Seefeld kann Brüssel jetzt die gemeinsame Seehafenpolitik in Angriff nehmen, ohne, wie bisher, auf einen entsprechenden Beschluß des Rates warten zu müssen. Nach den EWG-Bestimmungen waren bisher für die Seeschiffahrt und den Luftverkehr einstimmige Entscheidungen des Rates notwendig. Dies wäre nicht unbedingt mehr erforderlich, wenn, so Seefeld, die Seeschiffahrt zwischen den alten und den neuen Mitgliedern der Gemeinschaft als Binnenverkehr deklariert wird, was ja den Tatsachen entsprechen würde.

Bonns Verkehrsminister Georg Leber sprach sich jüngst ebenfalls für eine zügige Integration



Horst Seefeld

des europäischen Verkehrs aus. Leber: „Verkehrswege und -mittel sind Vorformen, Geburtshelfer eines zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Verständnisses und damit Geburtshelfer einer politischen Integration." Während Straßburgs Parlamentarier sich unter anderem dafür aussprachen, Großinvestitionen in den Seehäfen stärker aufeinander abzustimmen, warnte Leber vor solchen Plänen. In Bonn befürchtet man offensichtlich, daß solch' übergeordnete Kooperation die Wettbewerbslage der deutschen Seehäfen beeinträchtigen könnte.

Schützenhilfe für Mansholt

Sicco L. Mansholt, für Europas grüne Front bislang das enfant terrible par excellence, hat mit seinem Umweltschutz-Testament (Nr. 4/72, S. 11) auch in Bonn Echo gefunden. In der Bundeshauptstadt fand Mansholt sogar einen Verteidiger: den mit so vielfältigen Attributen belegten Entwicklungsminister Erhard Eppler („Träumer", „Sozialrevolutionär", „pietistischer Seiltänzer", „machthungriger Linksdogmatiker"). Eppler griff Mansholts Vorstellungen auf und nahm den holländischen Genossen in Schutz: „Dieser Mann ist schon einmal zu früh verlacht worden." Weder die üblichen Mittel der Marktwirtschaft, so Eppler, noch die Methoden eines Staatskapitalismus würden die neue Aufgabe, nämlich mehr Qualität als Quantität des Lebens zu schaffen, meistern. Beachtung fand auch Epplers Bemerkung in diesem Zusammenhang über die Gewerkschaften, denen er sehr verschlüsselt zu verstehen gab, sie müßten ihre Rolle als Funktionäre im Verteilungskampf modifizieren und zwar bis hinein in die Tarifverhandlungen. Epplers indirektes Votum: Mäßigung bei Lohnforderungen, damit der private Konsum gedrosselt und der Verteilungskampf von öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen gewonnen werden kann.

Erhard Eppler



Fotos: Darchinger

Jugendträume

Käte Strobel, Bundesgesundheitsminister, zugleich Jugend- und Familienbehüterin, pflegt mehr und mehr „europäische Jugendträume". Seit sich die Europäer im Kreise der Sechs geeinigt haben, die Bildung eines „Europäischen Jugendwerks" zu forcieren, hat Käte Strobel beschlossen, tonangebend zu werden. Jüngst lud sie die deutschen Europa-Parlamentarier und die Mitglieder des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Bundestages zu einem Gespräch über die geplante Jugendfront ein, um die bundesdeutschen Jugend-Werker auf einheitliche Richtung einzuschwören. Der Frau Minister Ziel ist vor allem, die Rechte der bei der Kommission anzusiedelnden Gremien „Jugendausschuß" und „Jugendbeirat" zu stärken.

Europäischer Rechnungshof

Der SPD-Abgeordnete Horst Gerlach, auch Mitglied des Europäischen Parlaments, fürchtet, daß in die Verwaltungen der Europäischen Institutionen der Schlendrian in puncto Geldausgaben einzieht und wünscht deshalb eine stärkere Kontrolle von Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Gemeinschaft. Der Abgeordnete mobilisierte eine Reihe von Parlamentariern der Regierungskoalition und richtete eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung mit dem Ziel, den Gedanken eines Europäischen Rechnungshofes in die Tat umzusetzen.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn: „Der Kontrollausschuß, der die Einnahmen und Ausgaben des Gemeinschafts-Haushalts überprüft und ja bereits die Funktion eines Rechnungshofes erfüllt, arbeitet recht gut." Meldungen, die EG-Kommission gehe verschwenderisch mit den ihr anvertrauten Steuergeldern um, werden vom AA als stark „übertrieben" qualifiziert.

Wolf

BERICHTE UND KOMMENTARE

Norbert Kohlhase

Herbst in Santiago Unctad III begann

In Santiago fegt man die ausgedörrten Blätter zusammen. Nach einem regenlosen Sommer von sechs Monaten erwartet man jetzt den ersten Schnee auf der Anden-Kette. In den Parkanlagen gibt es noch einmal Tschechow-Szenen, wenn die überall postierten Standfotografen Kinder- und Familienfotos liebevoll arrangieren. Für die Stadt Gabriela Mistrals beginnt der Herbst — doch nicht in Rilke-Stimmung.

„Die chilenische Wette", dieser außerordentliche Versuch, den Sozialismus ohne Revolution zu verwirklichen und damit ein Modell für den ganzen lateinamerikanischen Kontinent zu erproben, scheint auf die Hauptstadt dieses Landes wie ein tonisches Element einzuwirken. Keine Handbreit einer Mauer oder Häuserfront, die nicht mit Kernsprüchen, Partei-Initialen oder Runen vielmals übertüncht wäre. Aus dem Gewühl von Menschen in den Hauptstraßen lösen sich hin und wieder Gruppen, die in Sprechchören skandierend eine aufgereizte Solidarität bekunden. Eine Ausstellung kubanischer Malerei im Zentrum der Stadt zieht viele und vornehmlich junge Leute an, die zwischen Genrebildern und Jugendstil die Zeichen einer neuen Zeit herauszufinden suchen. Die Schulkinder tragen uniforme Kleidung, mit der die Klassenunterschiede ihrer Eltern auch äußerlich aufgehoben werden soll.

Wie überall, wo das Glück eine Zukunftsverheißung ist, gibt es auch hier zunächst einmal lange Warteschlangen. Freitags für Rindfleisch, zwischendurch für ein Huhn pro Kopf. Man ißt also Fisch und, wer einen robusten Magen hat, Krustentiere. Der schwere Wein des Landes (12 %) ist teuer, aber vorzüglich. Eine Hochburg der guten Küche ist der konservative Altherrenclub, in dem die EWG-Kommission für die Dauer der UNCTAD-Konferenz residiert. Hier hat der Zufall einmal das Kulinarische mit der Dialektik zusammengespannt, was nur die Vertrauten des Weltgeistes beunruhigen mag; wir anderen haben uns einrichten müssen und mit der Arbeit begonnen.

Gleich zu Beginn hat sich auch hier gezeigt, daß die Gemeinschaft in der UNCTAD stärker als irgendwo sonst in ihrem Selbstverständnis herausgefordert wird. Schon in der ersten Sitzung wurde vom bulgarischen Vertreter die — offenbar ferngelenkte — Frage gestellt, warum eigentlich die EWG als Beobachter das Recht habe, zwei Grundsatzerklärungen abzugeben, während die nationalen Regierungen sich mit nur einer Intervention begnügen müßten. Tatsächlich haben sowohl der luxemburgische Außenminister Thorn als amtierender Präsident des Ministerrates wie Sicco Mansholt als Präsident der EG-Kommission die gemeinschaftliche Position vor dem Plenum vertreten. Es waren die französische Delegation und später Thorn selbst, die mit aller Bestimmtheit darlegten, daß es dem luxemburgischen Außenminister freistehe, für sein Land zu sprechen oder für die Europäische Gemeinschaft, und daß er das letztere zu tun gedenke. Der Zwischenfall ist nur harmloser Art; in Wahrheit sind solche wiederholten Versuche jedesmal darauf gerichtet, die Gemeinschaft mit den Mitteln des diplomatischen Protokolls anzufechten und aus ihrem heiklen Gleichgewicht zu bringen. Aber in den kritischen Augenblicken der Herausforderung sind ihre Mitglieder zu einer solidarischen Haltung fähig, die den Insider fast ebenso überrascht wie Außenstehende. Sie wird sich in den kommenden Wochen vielfach zu bewähren haben.

Jedenfalls beginnt nun ein Kapitel multilateraler Diplomatie, für das der Präsident des gastgebenden Landes, Salvador Allende, Rang und Bedeutung fixiert hat. Es geht in dieser Konferenz, so sagte er in seiner Eröffnungsrede, um das schwerste Problem, das unserer Welt heute gestellt ist: die unmenschlichen Bedingungen zu ändern, unter denen die Hälfte der Erdbevölkerung lebt: „Sie sind zusammengekommen, um die Ungerechtigkeiten einer internationalen Arbeitsteilung, die auf unwürdigen Vorstellungen vom Menschen beruht, zu lindern." Eine notwendige Konferenz also (wenn auch zu ungelegener Zeit), die um so erfolgreicher sein wird, je weniger sie durch Zynismus und Dogmatik belastet wird. Aber die Wege der Vernunft sind lang und unerforschlich: wer weiß, ob nicht manch einer der hier versammelten Vertreter von 141 Regierungen stärker als von Zahlen und Argumenten durch die herzlichen und hoffnungsvollen Gesichter der chilenischen Bevölkerung an das gemahnt wird, was man von ihm erwartet.



Foto: Rostan

. . . die Wege der Vernunft sind lang.

BERICHTE UND KOMMENTARE

Henri Deheyn

Durchbruch bei der Agrarpolitik

Nicht nur ein Kapitel, sondern eine vierzehnjährige Epoche der gemeinsamen Agrarpolitik war beendet, als sich sechs übermüdete Agrarminister in den frühen Morgenstunden des 24. März im 13. Stock des Brüsseler „Charlemagne" der Presse stellten. Als nahezu exklusives Politik-Instrument hatten die EWG-Agrarpreise ihre Rolle ausgespielt. Der Wille, eine koordinierte Reform der Landwirtschaft in die Wege zu leiten, hatte plötzlich an Glaubwürdigkeit gewonnen. Es gibt nunmehr einen ersten Rahmen, den die Mitgliedstaaten durch Anpassung der bereits laufenden Programme (BRD, Niederlande) oder durch neue Maßnahmen (Italien) ausfüllen müssen.

Mit großer Erleichterung, jedoch nicht ohne gemischte Gefühle, standen die Urheber dem erzielten Ergebnis gegenüber. Alle hatten in wesentlichen Punkten nachgeben müssen. Die einen hatten stärkere, die anderen überhaupt keine Preisanhebungen gewünscht. Der Grenzausgleich sollte für den einen möglichst lange beibehalten, für den anderen möglichst umgehend beseitigt werden. Angesichts der politischen Situation in einzelnen Ländern und der Leidenschaft, die das Thema „Agrarpreise" hervorruft, war das Zustandekommen einer Vereinbarung überhaupt das wohl größte Wunder. Bis zur letzten Minute wagte niemand eine Prognose. Das von der Kommission in der letzten Verhandlungsnacht traditionsgemäß geschnürte Kompromißpaket wurde wider Erwarten trotz wesentlicher Bedenken von den meisten Delegationen sofort in der Erkentnis akzeptiert, daß sonst — wie der Belgier Tindemans feststellte — alles umsonst gewesen wäre.

„Das gibt's nicht ... Ich gehe nicht auf die Knie ... Unerhört ... Wenn es so ist, verhandle ich nicht weiter mit Teppichhändlern ... Wortbruch ...“ waren die Sprüche, mit denen die scharfen Interessenkonflikte bis zum Vorabend der Vereinbarung belegt wurden. Flüge nach München und nach Paris waren die spektakulärsten Gesten.

Alles war unter einem guten Vorzeichen angelaufen! In friedlicher Stimmung waren die Minister nach einer Sonntagspause am 21. März nach Brüssel zurückgekehrt, um innerhalb von zwei Tagen zu vollenden, was in der Vorwoche in die Wege geleitet worden war. Fünf Delegationen waren davon ausgegangen, mit der lockeren Vereinbarung der Vorwoche über die Beseitigung des Grenzausgleichs die Klippe der Währungsfragen umschifft zu haben. Welch' kalte Dusche erwartete sie jedoch! Gleich zu Beginn forderte Kollege Cointat aus Frankreich – zu aller Überraschung – eine Interpretation dieses Beschlusses, die der Festsetzung eines festen Datums innerhalb von einem, höchstens von zwei Jahren, gleichgekommen wäre. „Das gegenwärtige System untergräbt die Realität des Gemeinsamen Marktes und ist deshalb,“ so Cointat, „inakzeptabel“. Die möglichst umgehende Beseitigung wurde zur absoluten Vorbedingung gemacht. Hier ging Ertl – der den Vorwochenbeschluß inzwischen dem Bundestag erläutert hatte – an die Decke und die Weichen für tagelanges Feilschen waren gestellt.

Cointat machte hier offensichtlich den Fehler, die Anweisungen seiner Regierung zu wörtlich zu nehmen. Als Paris dann die Dinge nicht auf die Spitze treiben wollte, waren manche informelle Gespräche unter vier Augen notwendig, damit Cointat seine undankbare Rolle aufgeben konnte.

Der schließlich vereinbarte Kompromiß hat drei Ebenen:

1. Zur Behebung der Unterschiede bei den in nationalen Währungen ausgezahlten Preisen, die durch die differenzierten Aufwertungen entstanden sind, wird das Grenzausgleichssystem bis auf weiteres beibehalten. Die Bundesrepublik kann diese Abgaben mit erhöhten Mehrwertsteuerrabatten kombinieren. Damit soll die Differenz zwischen Bundesrepublik und Benelux in Höhe von knapp 2 % ausgeglichen werden. Der noch verbleibende Unterschied von 2,7 % zwischen der BRD und Benelux einerseits und Frankreich/Italien andererseits wird durch den Grenzausgleich wettgemacht. Die Abgaben sollen nach Möglichkeit in gleichen Raten abgebaut werden: dafür werden offensichtlich etwa drei Jahre ins Auge gefaßt.

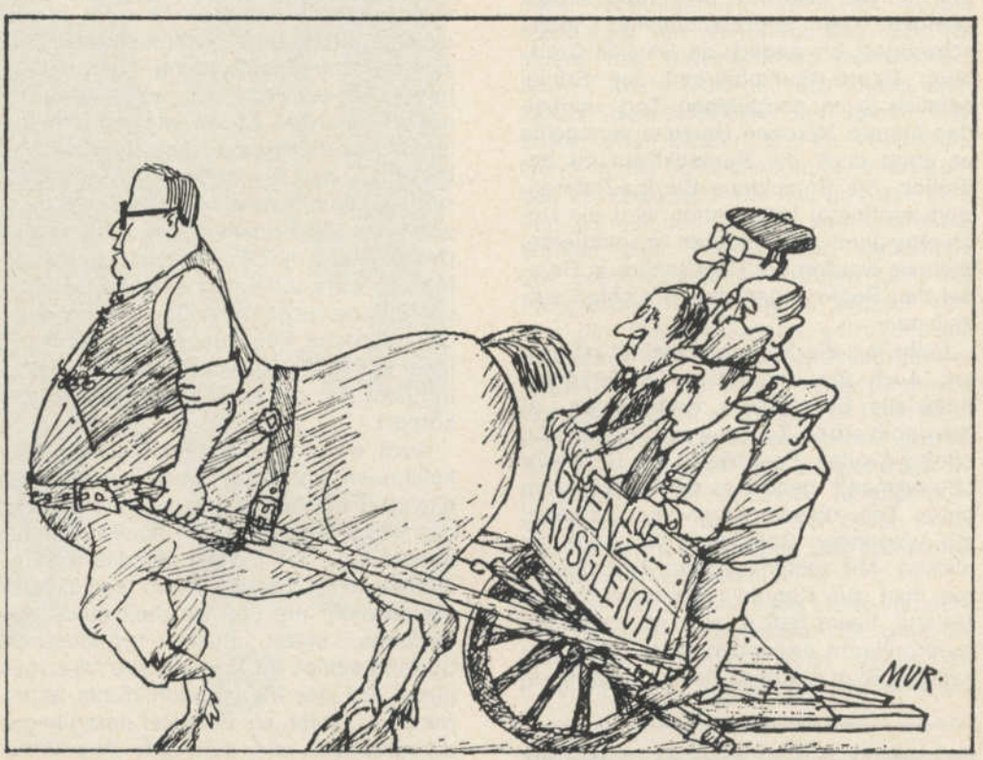
2. Bei den Preisen einigte sich der Rat auf Anhebungen etwa in Höhe der Kommissionsvorschläge, d. h. Erhöhung des Garantieniveaus um insgesamt gut 7 %, nach Berechnungen der Brüsseler Behörde um 6,5 %: 4 bis 5 % für den Ackerbau und rd. 8 % für den tierischen Sektor.

3. Die Beschlüsse über die Strukturreform, insbesondere über die selektive Förderung von Einzelbetrieben, sind die große Neuerung. Das Programm soll grundsätzlich zehn Jahre laufen, jedoch nach fünf Jahren im Lichte der finanziellen Möglichkeiten revidiert werden können. Für die ersten fünf Jahre wird es den gemeinsamen Agrarfonds – für die jetzige Sechsergemeinschaft – 808 Mio. Rechnungseinheiten (RE) kosten. Darauf werden sich die im Strukturbereich eingesetzten Mittel aber nicht beschränken, da die Mitgliedstaaten grundsätzlich 75 %, Italien nur 35 % der Strukturausgaben aus der eigenen, nationalen Kasse beisteuern müssen.

Hauptinstrument zur Förderung der Einzelbetriebe ist die Zinsverbilligung. Sie kann für einen Kreditplafond von 40 000 RE je Vollarbeitskraft höchstens 5 %, bei einer Eigenbelastung von wenigstens 3 %, betragen. Sie setzt voraus, daß ein Landwirt, der das sogenannte Vergleichseinkommen nicht erzielt, einen über sechs Jahre gehenden „Entwicklungsplan“ vorlegt, der dieses Einkommen sichert. Soweit bei der Antragstellung das Vergleichseinkommen zwar erzielt wird, jedoch abzusinken droht, kann ebenfalls diese Hilfe beansprucht werden, jedoch nur für 80 % der Höchstsumme, d. h. für 32 000 RE. Den Mitgliedstaaten bleibt überlassen, die Kriterien für das „vergleichbare Einkommen“ zu bestimmen. Bei den nationalen Unterstützungsmaßnahmen wird ein restriktiver Kurs eingeschlagen, der Hahn jedoch nicht ganz zugedreht. Aus eigenen Mitteln soll eine Zinsverbilligung für einen Kreditplafond von 40 000 RE, bei einer Eigenlast von mindestens 5 %, möglich sein.

Daneben ist zur Förderung der Einstellung landwirtschaftlicher Tätigkeit die Auszahlung von Renten in Höhe von 900 RE pro Jahr je Betriebsinhaber geplant. Sie sind grundsätzlich für Betriebsinhaber von 60 bis 65 Jahren bestimmt, können in Italien jedoch bereits vom 55. Lebensjahr an laufen. Ausgehend von dem Grundsatz, daß keine öffentlichen Mittel ohne konkrete Gegenleistung ausgezahlt werden können, hat der Rat dem Wunsch auf Gewährung von sozialen Zuschüssen für Landwirte zwischen 45 und 55 Jahren mit niedrigen Einkommen nicht entsprochen.

Ein Beratungs- und Informationsnetz sowie Umschulungsmaßnahmen sollen die Landwirte bei der Inanspruchnahme dieser für sie geschaffenen – jedoch nicht ganz einfachen – Regelungen unterstützen. Später will der Rat noch weitere Schritte auf dem Gebiet der Marktintegration, insbesondere der Bildung von Erzeugergruppen, unternehmen. Gleichzeitig mit der Niederlegung seines Amtes als EWG-Agrarkommissar ist es Mansholt damit nach vier Jahren doch noch gelungen, einen entscheidenden Durchbruch zur gemeinsamen Strukturreform zu erzielen. Die verabschiedeten Maßnahmen weichen zwar sehr stark von seinem Ende 1968 erstmals vorgelegten Mansholt-Plan ab, doch hat er seine Auffassung durchsetzen können, daß die Preise als Instrument der Agrarpolitik an Bedeutung verlieren.



Widerwillig mitgereist

SZ-Zeichnung: Murschetz

Die Reform der Europäischen Institutionen

Christian Lutz

1.) Die „moribunde" Kommission

Seit der Streit um die Supranationalität in Paris höchstenorts unter devotem Nicken aller, die den Geist des verstorbenen Generals aufzuschrecken fürchteten, als „fausse querelle" deklariert worden ist, hat man sich in Europa eifrigst bemüht, die Supranationalität totzuschweigen, bis endlich de Gaulles Gralshüter Debré triumphierend den Erfolg, nämlich ihren endgültigen Tod, vermelden konnte. Warmen Herzens vermochte er denn auch die Perspektiven zu begrüßen, die Pompidous Europa-Referendum eröffnete: jede Nation wird die Unabhängigkeit der anderen respektieren, niemals werden die Funktionäre in Brüssel den Regierungen ihre Ansichten aufzwingen.

Nicht nur die Supranationalität ist also tot. Auch ihre institutionelle Verkörperung, die Europäische Kommission, ist dem politischen Tod geweiht. Hinter den schwungvollen Fassaden des Brüsseler „Berlaymont" gehört es mittlerweile zum guten Ton, diesem tragischen Schicksal mit wissender Gefaßtheit ins Auge zu blicken. Mit resignierender Zustimmung hat man zur Kenntnis genommen, daß Malfatti, kaum daß er sich als Präsident zu profilieren begonnen hatte, zum vorzeitigen Rückzug nach Italien gezwungen war, um politisch am Leben zu bleiben. Selbst die Weigerung der Außenminister, die Kommission an der Vorbereitung der Gipfelkonferenz von Anfang an zu beteiligen, galt vielen lediglich als Bestätigung eines längst vertrauten, spätestens seit dem verlorenen Kampf des Kommissionspräsidenten um das Recht, die Beitrittsakte mitzuunterzeichnen, selbstverständlich gewordenen Zustands.

Daß die Konstellation so einfach nun auch wieder nicht ist, zeigte sich wenig später an der Entscheidung der Zehn, welche die volle Beteiligung der Kommission an der Vorbereitung der Gipfelkonferenz – auch der institutionellen Diskussion – sicherstellt; nur im Bereich der politischen Zusammenarbeit wird „Brüssel" lediglich von Fall zu Fall zugezogen. Hat Paris den Guerilla-Krieg gegen die Kommission etwa aufgegeben? Zu viele lebenswichtige Initiativen – man denke an die Regional-, Industrie- und Forschungspolitik – sind durch Frankreichs Bemühen, alle neue Macht dem Rat zuzuschanzen, blockiert, als daß man daran glauben könnte. Aber zumindest gibt es Anzeichen dafür, daß de Gaulles Nachfolger allmählich beginnen, mit offenem Visier zu fechten, obwohl sie wissen müssen, daß dann die Supranationalität springlebendig wie ein Phönix aus der Asche der „fausse querelle" aufsteigen kann. Während Debré sich der schwierigen Aufgabe annimmt, dem französischen Präsidenten das nötige Alibi bei den Erzgaullisten zu besorgen, hält Pompidou sich die Hände rein und vor allem frei.

Aus dieser synthetischen Sicht mag und darf de Gaulles Nachfolger sogar recht behalten: „Supranationalität oder Europa der Nationen?" ist tatsächlich eine falsche Alternative. Es geht ja nur um das altbewährte föderalistische Prinzip, daß die Entscheidung zwar auf so hoher Ebene wie nötig, aber weiterhin auf so niedriger Ebene wie möglich fallen. Sollte Pompidous „Sowohl-als-auch" bedeuten, daß das zentralistische Frankreich beginnt, etwas von diesem Prinzip zu ahnen, und anfängt, den Mythos der Unteilbarkeit der Souveränität anzuzweifeln, so wäre die entscheidende Schlacht um Europa gewonnen. Damit wäre auch die politische Rolle der Kommission als jener Institution gesichert, die im Dialog mit dem Rat die europäische Ebene verkörpert.

Auch wenn solche euphorischen Spekulationen der Gegenwart weit vorauseilen, so machen sie doch deutlich, daß die Resignation, die sich im Berlaymont ausgebreitet hat, mit der abgeklärten Gefaßtheit eines Todgeweihten wenig, aber um so mehr mit der Starrheit eines Kaninchens unter einem hypnotischen Schlangenblick zu tun hat: die Überzeugung, daß der Kommission nichts anderes übrig bleibt, als dem Rat untertänigst zuzuarbeiten, und daß sich ihre Wirksamkeit vor allem daran bemißt, ob es ihr dabei gelingt, von vornherein den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, welcher der ach so müden Ministerversammlung das Beschließen leichter macht, läßt genau den befürchteten Gewichtsverlust eintreten.

Vizepräsident Barre ist gewiß ein subtiler wirtschaftspolitischer Analytiker und begnadeter Architekt von Vorschlägen aufgrund gegebener Konstellationen und Ausrichtungen, aber wo stünde die Wirtschafts- und Währungsunion heute, wenn er weniger reagiert und öfters agiert hätte? Der vielgeschmähte Mansholt-Plan ist nach wie vor das Paradebeispiel für die Möglichkeit, auch in Jahren, die der Kommission nicht günstig sind, ein gemeinsames Problem sowie einen Lösungsweg deutlich zu machen und damit ausschließlich doch die gesamte Gemeinschaft in eine bestimmte Richtung zu führen – ein Beispiel auch dafür, daß das Gewicht der Kommission nicht nur vom institutionellen Gefüge, sondern auch von der politischen Potenz ihrer Persönlichkeiten abhängt.

Diese Potenz wiederum ist nicht unabhängig vom Wahlmodus und vor allem von der Funktion der Kommissionsmitglieder. Vielleicht muß man Mansholt, der über allen Stürmen nie das strategische Ziel aus den Augen verloren hat, als erratischen Block ansehen, der aus der Epoche, die der 1965 ausgebrochenen Eiszeit voranging, übriggeblieben ist. Je länger diese Eiszeit anhält, desto unpolitischer, desto „technokratischer" wird zweifellos die Kommission als Hüterin der Verträge und Motor der Integration werden, desto hoffnungsloser wird die Gemeinschaft in der Routine verrotten, desto ausschließlicher werden sich die Nationen auf das längst gescheiterte Europa „à la carte" beschränken müssen.

Allein – die Chancen für einen Tendenzwandel stehen zur Zeit nicht schlecht. Die Gipfelkonferenz wird sich im Oktober der institutionellen Reform annehmen. Die Kommission wird bis Ende Mai, ausgehend vom Vedel-Bericht, der gerade in seiner Nüchternheit zwingend wirkt, ihre Vorschläge präsentieren. Die Regierungen sind sich zumindest darüber im klaren, daß die Funktionsfähigkeit der Organe erhöht werden muß. Wird aber die Entscheidungskompetenz des Rates verstärkt, so wirkt sich das auf das Gewicht der Kommission, über deren Vorschläge schließlich entschieden wird, nicht negativ, sondern positiv aus – vor allem dann, wenn die nationalen Instanzen sich dazu entschließen könnten, im Rat häufiger abstimmen zu lassen.

Die Regierungen vertreten ferner einhellig die Meinung, daß die Vertiefung der Gemeinschaft, die mit einem entsprechenden Gewichtsverlust der nationalen Parlamente verbunden ist, mit einer Verstärkung der demokratischen Kontrolle auf europäischer Ebene einhergehen muß. Nun führt von solchen Meinungen

Dr. Christian Lutz ist Brüssel-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung.

erfahrungsgemäß kein rascher Weg zu konkreten Beschlüssen. Vor allem angesichts der Erweiterung darf man aber langfristig durchaus darauf vertrauen, daß dieser Weg eingeschlagen wird. Jede Verstärkung des Europäischen Parlaments erhöht automatisch das politische Gewicht der Kommission.

Man darf schließlich auch daran erinnern, daß die Gemeinschaft bisher fast immer dem Sachzwang gefolgt ist; dieser erfordert einerseits, daß einer weiteren institutionellen Zersplitterung Einhalt geboten wird, und andererseits und vor allem, daß das Interesse der Gesamtgemeinschaft in deren Entscheidungsgremien von einer starken Institution verfochten wird. Diese Institution kann – eine völlige Umkrempelung des organisatorischen Gefüges vorbehalten – nur die Kommission sein. Den Blick darauf darf man sich durch die „fausse querelle" darüber, wer nun der Kern einer europäischen Regierung ist, ob Kommission oder Rat, nicht vernebeln lassen; denn, wie im Vedel-Bericht nachzulesen ist, fußt die Struktur der Gemeinschaft nicht auf dem traditionellen Prinzip der Gewaltentrennung, sondern mehr auf einer Unterscheidung und Zusammenarbeit nationaler und gemeinschaftlicher Kräfte. In diesem Sinne bilden Kommission und Rat zusammen Legislative und Exekutive einer Gemeinschaft, die die übernationale Stimme in diesem Dialog je länger desto weniger wird entbehren können.



Foto: Darchinger

Die beiden Deutschen in der Kommission: Ralf Dahrendorf und Wilhelm Haferkamp

2.) Das wartende Parlament

Klaus Pöhle

Die europäische Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, von Sitzungen und Beschlüssen des Ministerrats in Brüssel gebührend Kenntnis zu nehmen. Auch einzelne Kommissare schafften es, einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzuwerden (Hallstein, Mansholt). Die Wahl eines Präsidenten des Europäischen Parlaments dagegen wird lediglich flüchtig bemerkt, was die einstimmige Wiederwahl des deutschen Sozialdemokraten Walter Behrendt am 14. März 1972 wieder einmal bewiesen hat.

Woran liegt das? Instinktiv fühlen die Menschen wohl, wer die wirkliche Macht für europäische Angelegenheiten hat. Sie liegt weder bei der EG-Kommission noch beim Europäischen Parlament, vielmehr beim Ministerrat, der dank seiner Zusammensetzung aus Mitgliedern nationaler Regierungen den politischen Weg zur Macht kurzschließt von der nationalen zur europäischen Ebene. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der zweite Nachfolger von Walter Hallstein als Präsident der Europäischen Kommission, Franco Maria Malfatti, nach knapp zwei Jahren demissionierte, um seinen Einstand, oder besser: seinen Wiedereinstand, in das politische Leben seines Landes zu versuchen. Die Verhältnisse sind nun einmal so: es gibt keine direkten Wahlen zum Europäischen Parlament, und seine Fraktionen berufen nicht die europäische Regierung. In Brüssel werden die Entscheidungen getroffen, die Interessen aller Gemeinschaftsbürger berühren, z. B. bei der Festsetzung von Agrarpreisen. Aber Brüssel ist noch nicht zum europäischen Machtzentrum geworden. Dieses verteilt sich vielmehr auf die Hauptstädte der einzelnen Mitgliedstaaten. Nach wie vor gilt: wer etwas erreichen will, muß es über die nationalen Parlamente versuchen.

Diese Feststellung mag vielen nationalen Politikern außerordentlich gefallen, ihnen die Richtigkeit ihres Weges bescheinigen und ihr Selbstbewußtsein gar

---

Klaus Pöhle ist Kabinettchef von Parlamentspräsident Walter Behrendt.



Nicht an Eloquenz . . .



. . . mangelt es den . . .



. . . Europa-Parlamentariern.



heben. Nur: ob dieses konkrete Machtverhältnis auch im wohlverstandenen Interesse der Bürger und Europas liegt, wird mit der Feststellung dieser Tatsache nicht beantwortet. Vielmehr wird von Tag zu Tag deutlicher, daß Europa an dem Egoismus krankt, nationale Entscheidungsstrukturen möglichst konservieren zu wollen. Die Finanzierung dagegen kann die Gemeinschaft übernehmen. Also schafft man eine Marktordnung für Seidenraupen, weil an dieser irgendwo in der Gemeinschaft ein leidenschaftliches Interesse besteht.

Auch bei der zu erwartenden und bisher schon eingetretenen Konzentration der gewerblichen Wirtschaft auf europäischer Ebene fehlt es an der notwendigen staatlichen oder quasi-staatlichen Infrastruktur. Die Wirtschaft wächst zusammen und gewinnt an Macht, die öffentliche Kontrolle dagegen bleibt zurück.

Diese Wirklichkeit ist komplex und verwirrend. Dennoch hat sich eine Unruhe der Bevölkerung bemächtigt, die sich ganz klar auf die besorgte Frage konzentriert, ob unsere gegenwärtige politische Europa-Struktur den Fragestellungen europäischer Größenordnung noch gewachsen ist. Die führenden Schichten scheinen sich dieser Unruhe noch nicht bewußt geworden zu sein oder nehmen sie noch nicht ernst. Revolutionen und Unruhen hat es in Europa bisher ja relativ selten gegeben. Der mündige Mensch der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts läßt sich jedoch leichter gegen etablierte Macht mobilisieren als der unterdrückte Mensch vergangener Zeiten. Diese Gefahr sollte gesehen werden und Ausgangspunkt sein für die Frage, ob die europäische Entscheidungsstruktur noch verändert werden kann, ehe Unruhen das gesamte politische Gefüge der Gemeinschaft in Frage stellen.

Was muß geändert werden? Der Rat tagt bis heute geheim und ist praktisch anonym. Seine dunklen Entscheidungen sind politisch nicht kontrollierbar. Das hat die Wirkung, daß die nationalen Parlamente nicht mehr in der Lage sind, Kritik und Zweifel der Bevölkerung in einer politischen Entscheidung aufzufangen. In diese Lücke könnte das Europäische Parlament als wertvolles Bindeglied und Kommunikationsmittel hineingesetzt werden. Es könnte die Unruhe der Bevölkerung artikulieren und somit entschärfen und gleichzeitig – und dies ist noch wichtiger – die europäischen Entscheidungen den Bürgern in ihren Konsequenzen und in ihrer Notwendigkeit vermitteln.

Hinzu kommt noch eines. An ihrer Leistungsfähigkeit werden nicht nur industrielle Unternehmen gemessen, sondern die menschliche und staatliche Gesellschaft überhaupt. Die Gretchenfrage seiner Leistungsfähigkeit konnte der Rat bisher nur unbefriedigend beantworten,



Kompetenzen fehlen.



Straffung der Routine-Arbeit . . .



. . . soll Abhilfe schaffen.



Fotos: Toussaint

denn jeder Einsichtige weiß, daß der Rat in der Vergangenheit, Gegenwart und sicherlich auch der Zukunft den an ihn gestellten pausenlosen Anforderungen auf schnelle, wirksame und vor allen Dingen europäische Rechtsetzung höchst unvollständig nachkommt. Der Rat sollte deshalb ein ureigenes Interesse daran haben – abseits doktrinärer Vorbehalte gegen supranationale Entscheidungsinstanzen – sich selbst soweit wie möglich zu entlasten und das Europäische Parlament – und mit ihm die EG-Kommission – stärker zur Verantwortung heranzuziehen.

Das Europäische Parlament ist auf diese Aufgaben vorbereitet. Es hat besonders unter der Präsidentschaft von Mario Scelba und Walter Behrendt vielerlei Anstrengungen unternommen, seine Struktur diesen neuen Aufgaben anzupassen. Durch die Abhaltung jährlicher europäisch-parlamentarischer Kolloquien will es z. B. die führenden nationalen Parlamentarier zu unmittelbarer Konfrontation ihrer europäischen Ideen im Europäischen Parlament bringen. Das erste Kolloquium am 15./16. März 1972 war zwar kein vollauf befriedigender, aber immerhin hoffnungsvoller Beginn. Die Einführung einer aktuellen Stunde und einer Fragestunde werden zur Politisierung des Parlaments beitragen und zugleich die Informationsmedien dazu bewegen, über die Politik des Parlaments häufiger und ausführlicher zu berichten. Der Rhythmus der Plenarsitzungen, insbesondere ihr Zeitablauf, ist aus diesem Grunde geändert worden. Eine mittelfristige Terminplanung ermöglicht allen an Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments Beteiligten, sich rechtzeitig auf diese Termine einzustellen und an ihnen mitzuwirken, insbesondere also Kommission und Rat, aber auch den in Brüssel akkreditierten Journalisten. Was bisher noch fehlt, ist eine Respektierung dieses langfristigen Terminplans durch den Ministerrat.

Eine weitere Akzentuierung des politischen Charakters des Europäischen Parlaments soll dadurch erreicht werden, daß es für die wirklich politischen Debatten Zeit gewinnt durch eine zeitliche Beschränkung der Durchgangskonsultationen.

Wenn beim Europäischen Parlament die Effizienz dermaßen im Vordergrund steht, so kann man das leider nicht in gleichem Maße von Rat und Kommission behaupten. Nach seiner Wiederwahl sprach der Parlamentspräsident, Walter Behrendt, von kosmetischen Operationen, die am Rat vorgenommen werden sollen, über den Prozeß des Alterns jedoch nicht hinwegtäuschen können. Die von mehreren Außenministern zum Ausgangspunkt institutioneller Betrachtungen gemachte Bestandsaufnahme ist nach Auffassung des Europäischen Parlaments nicht realistisch genug. Auch der Rat sollte zur Selbstkritik fähig sein und dazu, Rechte zu delegieren. Sie später abgenommen zu bekommen, ist sicherlich wesentlich schmerzhafter. Vieles könnte die Europäische Kommission allein und besser machen. Auch in den modernen Staatswesen nimmt ja die Befugnis, vieles auf dem Verordnungswege zu regeln, ständig zu. Dies sollte auch für die Gemeinschaft Gültigkeit haben. Die wesentlichen Entscheidungen sollten in der vollen Verantwortung des Europäischen Parlaments liegen. Niemand denkt dabei daran, den Rat völlig zu entmachten oder gar zu verdrängen.

Zur Gipfelkonferenz will das Europäische Parlament sich in einer spektakulären Sondersitzung klar und vernehmlich äußern. Die öffentliche Meinung muß stärker mobilisiert werden. Die Frage darf nicht verstummen, warum der Rat manche Bestimmungen der Römischen Verträge exzessiv nutzt, andere dagegen zu Lasten des Europäischen Parlaments oder der Kommission schlechtweg liegen läßt. Hierzu gehört die direkte Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Hierher gehört jedoch auch die Delegation administrativer Exekutivbefugnisse an die Kommission. Wer auf der Gipfelkonferenz über die Effizienz der gegenwärtigen Institutionen sprechen will, darf nicht außer acht lassen, daß politisches Nichtwollen notwendige und vom Vertrag vorgesehene Veränderungen bisher verhindert hat.

3.) Der seßhafte Rat

M. v. Donat

Der Geist Montaignes wehte. Mit ihm schwebten im Lift ein Präsident und mehrere Minister zur 14. Konferenzetage der EG-Zentrale hoch. Der Rat versammelte sich nach der Mittagspause. In der Intimität des Lift-Gedränges entdeckte man gemeinsame Absichten und gegenseitiges Verständnis: „Bitte, keine Nachtsitzung, wir wollen früh nach Hause." Die Kommission solle sich mit ihrem Kompromißvorschlag beeilen. Nicht länger als zwei Seiten, sonst plage man sich wieder mit Kommata ab. „On ne peut gouverner que dans la détente." Montaigne war von Giscard d'Estaing herbeizitiert worden. Sein Geist strich über eine Saite, alle fühlten sich angerührt, vernahmen wohl noch den inneren Gleichklang. Da öffnete sich schon die Lifttür, und alle liefen einer Nachtsitzung in die offene Unbarmherzigkeit.

Ratssitzungen folgen eigenen Ablaufgesetzen. Thomas Löffelholz *hat eine brillante Methodologie der Marathonsitzungen verfaßt (Stuttgarter Zeitung, 12. 5. 1971 und 10. 3. 1972). Nun fehlt noch die Klärung ihrer Kausalität. Vielleicht sollte sich die Friedensforschung einmal dieser Aufgabe annehmen. Schließlich werden im Rat Krisen angezettelt, Aggressionen sublimiert, Idiosynkrasien verdrängt und – es wird gekämpft. Selbst die Berichterstattung unterliegt dem Zwang, sich eines Vokabulars aus der militärischen Fachsprache zu bedienen: „In der Sprache der Generalstäbler gesprochen, befindet sich die weltweit in Gang gekommene währungs- und handelspolitische Schlacht noch in der Phase des Aufmarsches. In Brüssel hat nun die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihre Stellungen bezogen . . ."* (Hans Herbert Götz *in der FAZ, 15. September 1971).*

Gerade diese Art von Publizität gibt den nächtlichen Dauertreffen Sinn. Jetzt erfährt es jedermann: eine Marathonsitzung entläßt keine Schwächlinge. Unser Mann hat sich geschlagen. Mit Opfermut hat er sich der unheldischen Schmach einer Verzichtpolitik erwehrt. Solches wird ihm jedenfalls in „terms of war" bescheinigt, und er kann sich zu Hause sehen lassen.

Statt Spott macht sich oft so etwas wie Dankbarkeit bemerkbar. Von Angst befreit wird einem bewußt, daß heute in Europa Interessenkonflikte auf diese Weise ausgetragen werden. Ratssitzungen sind vielleicht die segensreichste Erfindung unserer Generation. Kommen wir nicht mit dieser Form zwischenstaatlicher Auseinandersetzung Utopia nahe? Erinnern wir uns doch unseres Kinderwunsches, die Mächtigen dieser Welt mögen gefälligst ihren Streit nicht auf dem Rükken ihrer Völker, sondern im Zweikampf austragen! Im Rat bewältigen die Minister die nationalen Aggressionen allein. Wenn aus dieser Form dann sogar noch etwas mehr herauskommt als Friede – erscheint uns das nicht schon fast wie ein Geschenk? „Ce ne sont pas les idées, c'est la forme qui compte." Hier stimmt Paul Valérys „Banalität" letztlich. Darum verleihe man der Institution des EG-Ministerrats den nächsten Friedenspreis!

Von Zeit zu Zeit muß sich der Staatsbürger über die Wichtigkeit der Institution des Rates und sein Funktionieren Gedanken machen, über die menschlichen Belastungen, aber auch über sein beinahe absolutistisches Statut. Das wachsame Auge des Bürgers möchte wenigstens entdecken können, was menschlicher Fehlleistung und was institutionellem Versagen zuzuschreiben bleibt. Mit größerer Anteilnahme würde er das Werk des Rates würdigen. Er

würde mehr Verständnis aufbringen, wenn in langen Nächten die Angst vor der eigenen Vollmacht, Europas Zukunft zu entscheiden, zaudernde Minister quält.

„In zwei Stunden wird der Außenminister des Königreichs der Niederlande seine zweite Schlaftablette schlucken, sich in seinem Bett umdrehen und Sie alle in freundschaftlicher Verbundenheit in sein Gebet einschließen!" So gelassen konnte nur eine Persönlichkeit wie der ehemalige Außenminister Luns das Ansinnen seiner Kollegen abwehren, weiter mit ihnen die Nacht durchzudiskutieren. Auch dieser Verzicht verlangt Mut. Aber das würde niemand zugeben wollen; denn erstaunlicherweise erfreut sich das nächtliche Kräftemessen allgemei-



Foto: Pandis

Scherz, Satire, Ironie und sehr viel tiefere Bedeutung: Ex-Außenminister Luns bei der Vorbereitung einer EWG-Nachtsitzung

ner Hochschätzung. Durch einen Marathon wird schließlich ein Problem erst seriös, werden die Teilnehmer geadelt. Dies blieb auch dem feinen Gespür der Briten nicht verborgen. Erst nachdem sie sich am 21. Juni 1971 ihren Marathon ertrotzt hatten – „Feuertaufe", „Ritterschlag", „Weihe", was auch immer – hatten sie sich glaubwürdig um Mitgliedschaft beworben. Wer vermag demgegenüber die Verzweiflung eines afrikanischen Botschafters nachzuempfinden, dem seine EWG-Kollegen den Plan durchkreuzten, den jährlichen Assoziationsrat mit lauter nebensächlichen Fragen vollzupacken. Er ließ seiner Enttäuschung freien Lauf: sein Minister habe sich doch so auf einen der berühmten Brüsseler Marathons gefreut.

Nachtsitzungen sind keine „essentials" der Gemeinschaftspolitik. Aber sie sind offenbar unverzichtbare Merkmale von Weihnachten und Ostern. Da die Absichten von Ministerresolutionen juristisch am wirksamsten in einer Terminklausel eingefangen werden, setzen die Experten der Einfachheit halber in diese Texte den „1. Januar ..." oder „1. April ..." ein. Dann gilt es, meist in letzter Minute, diese Verpflichtungen einzulösen. Vizepräsident Haferkamp hat in letzter Zeit wiederholt vorgeschlagen, der Rat solle sich bei jeder Vorlage der EG-Kommission eine Beratungsfrist setzen und sich so zwingen, spätestens zu diesem Termin abzustimmen. Der Rat könnte auf diese Weise die mörderische Hetzarbeit vermeiden.

Nachtsitzungen bieten keineswegs die Gewähr für Erfolge. Um diese Erfahrung wurde der britische Unterhändler Rippon am letzten Novembermorgen 1971 reicher. Mit einem stoischen sit-in im Konferenzsaal hatte er versucht, die zwischen den EG-Mitgliedern schon arg strapazierte Taktik des nächtlichen Kräfteverschleißes gegen die Sechs selbst anzuwenden. Doch bewiesen wurde nur die gefährlich ambivalente Wirkung jeder Nachtsitzung: wie bei gewissen Arzneimitteln richtet auch hier eine Überdosis Schaden an. Das Konferenzergebnis bestätigte nur die Studien von Verhaltensforschern. Menschen, so glaubt der Schlaf-Forscher Dr. Stöcker von der Würzburger Universitäts-Nervenklinik bewiesen zu haben, reagieren auf Schlafentzug mit verändertem Verhalten: sie werden mißtrauisch und streitsüchtig. So jedenfalls seine Versuchspersonen.

Nachtsitzungen finden nicht im Dunkeln statt. Vielmehr sind sie ins grelle Licht der Massenmedien getaucht. Dreizehn leere Stockwerke liegen zwischen dem Konferenzraum und der Bar im Parterre, wo die Berichterstatter zur Geduld verurteilt sind. Die vielen Wände können den Informationsfluß aus dem Ratssaal hemmen, jedoch nicht eine Stimmungsosmose verhindern. So wittern routinierte Journalisten den Ausgang der Verhandlungen schon Stunden früher als die Teilnehmer selbst. Wird es eine öde Sitzung, die sich ohne Dramatik und ohne vertraute Rituale (Minister X telefoniert jetzt – um fünf Uhr morgens – mit seinem Regierungschef) hinschleppt, dann wird sie in den Biertischgesprächen der Presse verrissen wie eine miese Corrida. Spüren die Journalisten aber eine dynamische Spannung, dann blüht das Geschäft der Wahrsager. Voll professioneller Sorgfalt beginnen sie mit Recherchen zur Stützung ihrer Prognosen. Als authentische Quellen bevorzugen sie die Delegationsmitglieder aus den „Kleinstaaten". Anscheinend sind die Angehörigen dieser Völker durch die leidvolle Erfahrung ihrer Geschichte darauf trainiert, schon die leisesten Anzeichen als Vorboten von Wetterumschlägen zu deuten.

Eigentlich schade, denn es steht schlecht um die Brüsseler Marathon-Gewohnheit. Im März haben die Landwirtschaftsminister mit 100 Stunden das Konto überzogen. Der Bürger vernahm's mit Staunen: solange brauchten sie, um sich über Preise – eine jährliche Routine – zu einigen und zwischen Anfang und Ende lag eine Durchschnittsdifferenz von 1,5 %. Nach diesem Meisterstück dürfte die politische Sitzfleischtechnik überholt sein. Warum? Einfach deswegen, weil zu jeder Frage des Ratspräsidenten jeder Minister durchschnittlich 5 Minuten redet. Macht 30 Minuten pro Tischrunde. Bald sind es ihrer 10 Minister. Macht 60 % Mehraufwand oder bei gleicher Diskussion 160 Stunden ... Irgendwo davor muß aber die Erträglichkeits-Schallmauer liegen. Da auch Minister nur 4 Dimensionen zur Verfügung haben, können sie in gleicher Zeit entweder weniger Probleme erledigen oder sich gleich auf bestimmte Probleme beschränken. Der Rat wird also Entscheidungsarbeit delegieren müssen. Davon könnte die Demokratie in Europa bescheiden profitieren. Vielleicht auf diese Weise: der Rat trifft über jeden Kommissionsvorschlag eine Vorentscheidung. Rahmenbeschlüsse oder Vorschläge, zu denen eine Regierung ihr vitales Interesse anmeldet, gehen den gewohnten Gang. Bei allen anderen Vorschlägen ermächtigt der Rat die Kommission, sie dem Parlament zum gesetzgeberischen Votum vorzulegen. Natürlich müßte die Idee erst noch durch einen Marathon geläutert werden. Den Marathon durch einen Marathon austreiben? Aber vielleicht kann die Demokratie ein zweites Mal bei Marathon gerettet werden. Die Griechen erfochten ihren Sieg mit Hilfe Pans, dem bocksbeinigen Urheber des Schreckens. Und am Ziel des Marathonlaufs wartete der Tod. Unsereins beschleicht ein Unbehagen, damals wie heute.

„Marathon-Sitzungen" fordern ihren Tribut selbst vom Brüssel-Korrespondenten der Zeitung mit den klugen Köpfen



„PRINZIP HOFFNUNG GILT NOCH!"



Die Europäische Bewegung veranstaltet in Bonn am 12. und 13. Mai 1972 in den Sitzungssälen des Deutschen Bundestages einen großen internationalen Kongreß. Aus Anlaß des Bonner Treffens befragte „europäische gemeinschaft" den Präsidenten der Internationalen Europäischen Bewegung, Prof. Dr. Walter Hallstein MdB, zu aktuellen Themen der Integrationspolitik.

europäische gemeinschaft: Herr Präsident, die Integration Europas ist zum Tagesgeschäft der europäischen Politiker geworden. Brauchen wir da überhaupt noch eine Europa-Propaganda-Organisation wie die von Ihnen präsidierte Europäische Bewegung?

Walter Hallstein: Ich möchte im Zusammenhang mit unserer Bonner Konferenz nicht gern von Propaganda sprechen. Wir legen Wert darauf, daß es sich diesmal zwar auch, aber nicht nur um Werbung handelt. Wir wollen mit dem Kongreß einen Beitrag zu der Aufgabe leisten, den europäischen Bürger stärker an die Mitverantwortung für das europäische Geschehen heranzuführen. Das setzt voraus, daß er an dem, was Sie Tagesarbeit nannten, stärker beteiligt wird. Er muß also informiert werden, um über diese Dinge diskutieren zu können: nicht nur am Stammtisch, sondern, wie wir hoffen, bald auch in politischen Versammlungen mit den Kandidaten für das Europäische Parlament. Wir betreiben die Direktwahl seiner Mitglieder ja nicht nur, um die Legitimation des Europäischen Parlaments zu erhöhen, sondern wir betreiben sie auch, weil wir von einem europäischen Wahlkampf die Dramatisierung und Popularisierung der europäischen Arbeit erwarten, die für eine echte demokratische Basis der Gemeinschaft nötig sind. Unser Kongreß ist also nicht nur ein Werbe- oder Propaganda-Unternehmen, sondern er ist ein Sachkongreß.

europäische gemeinschaft: Eine der zur Diskussion stehenden Sachen ist das institutionelle Europa. Heißt es heute Abschied nehmen von dem institutionellen Europa der Ära Hallstein?

Hallstein: Es heißt vielleicht Abschied nehmen in dem Sinne wie der älter werdende Mensch von der Kindheit, von der Jugend, vom frühen Mannesalter Abschied nimmt. Die Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 hat von den Gemeinschaften gesprochen als dem Urkern der Entwicklung des organisierten Europa, das sich selbst in den Institutionen darstellt. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Institutionen, die wir hier als Instrumente benutzt haben, für unsere Arbeit nicht etwa über Bord geworfen werden sollen, sondern so entwickelt werden müssen, daß aus ihnen heraus die notwendigen weiterreichenden Formen – in der Hauptsache die noch stärker demokratisch legitimierten – kommen.

europäische gemeinschaft: Im Mittelpunkt dieser Reformen müßte also das Parlament stehen.

Hallstein: Das will ich sagen. Man muß darauf aufbauen. Die größte Schwäche der bisherigen Organisation ist, daß in ihr der Wert des parlamentarischen Systems in einer arg unterentwickelten Form zum Ausdruck kommt.

europäische gemeinschaft: Ihr Stichwort unterentwickelt möchte ich aufnehmen. Die Grundlage des Gemeinschaftslebens ist der Dialog zwischen Kommission und Rat. Ist die entscheidende Schwäche dieses Dialogs nicht die Schwäche der Kommission, die ja Repräsentant für nichts ist, weder für politische noch für gesellschaftliche Kräfte der Gemeinschaft?

Hallstein: Die Kommission ist jedenfalls nach der Absicht des Vertrages das im Sinne eines europäischen Gemeinwillens am stärksten legitimierte Organ. Die Kommission ist das einzige Organ, das – und in diesem Punkte ist die parlamentarische Organisation der Gemeinschaft nicht unterentwickelt – abhängig ist von einem Parlament, nämlich dem Europäischen. Nur die Kommission kann durch sein Mißtrauensvotum zum Rücktritt gezwungen werden. Daß die praktische Entwicklung dieses Leitbild nur unscharf widerspiegelt, hat natürlich andere Gründe . . .

europäische gemeinschaft: . . . Gründe des Faktischen . . .

Hallstein: . . . ja, und die liegen darin, daß dieses Parlament zu schwach ist, um der Kommission als dem Repräsentanten ihres Vertrauens etwas mitzugeben, was diese in den Stand setzt, die Kräfte des nationalen Beharrens zu überwinden.

europäische gemeinschaft: Ist das Parlament zu schwach von seiner Konstruktion her oder von der Praxis seiner Besetzung?

Hallstein: Beides, weil das eine am anderen hängt.

Europaminister sind kein Fortschritt.

europäische gemeinschaft: Sie wollen sagen, in solch ein Parlament wie das Straßburger kann man einfach nicht die erste Garnitur Parlamentarier schicken.

Hallstein: Das will ich nicht sagen. In der gegenwärtigen Form kann die Attraktivität des Parlaments aber gar nicht sehr groß sein. Ich sage das, ohne zu moralisieren, und erst recht, ohne ein Qualitätsurteil über die Europa-Parlamentarier abgeben zu wollen. Tatsache ist, daß wir in diesem Parlament z. B. nicht die Fraktionsvorsitzenden der nationalen Parlamente finden (um den Typ des Ministeriablen einmal zu personalisieren). Man darf also nicht jedes Organ isoliert sehen, sondern im Gesamtzusammenhang der Organisation. Infolgedessen muß eine Reform zwar nicht unbedingt gleichzeitig alles heilen, aber sie muß doch auf eine globale Verbesserung hinzielen.

europäische gemeinschaft: Zwei Stichworte zur Reform. Erstens: Europaminister. Würden Sie sagen, daß die Berufung von Europaministern ein Weg in der richtigen Reformrichtung ist?

Hallstein: Es ist gut, daß Sie das Wort „Weg" gebrauchen. Als Weg zum Fortschritt halte ich die Europaminister für völlig uninteressant. Ob man nun an die Stelle, wo jetzt die Minister sitzen – Außenminister, Landwirtschaftsminister,

Verkehrsminister, Sozialminister oder wer sonst – jeweils einen und denselben Herrn als Wortführer setzt oder ob man an die Stelle der Ständigen Vertreter Herren setzt, die den Titel Minister haben, das ändert in der Sache überhaupt nichts. Etwas anderes ist die Frage, ob man in der Endform der politischen Einheit die Figur nationaler Minister in der europäischen Regierung mit verwendet, um die europäische mit der partikularen (nationalen) Ebene zu verknüpfen.

europäische gemeinschaft: Mit anderen Worten: der Europaminister kann nicht nationaler Minister bleiben.

Hallstein: So ist es. Ich halte es für unvereinbar, daß er zugleich nationaler und europäischer Minister ist.

europäische gemeinschaft: Aber der Zusammenhang zwischen dem, was in Brüssel und dem, was in den nationalen Hauptstädten passiert, würde doch noch mehr zerrissen werden, wenn wir in Brüssel Europaminister haben und die wirkliche Politik in den nationalen Kabinetten gemacht wird.

Hallstein: Dann nicht, wenn wir eine Endform der Institutionalisierung Europas haben, in der der Minister im echten Sinne des Wortes einem Europäischen Parlament verantwortlich ist. Die Nabelschnur muß zerschnitten werden. Der Minister ist dann nur seiner Herkunft nach noch national.

Das Politische Sekretariat darf nicht nur Rationalisierung der technischen Dienste sein.

europäische gemeinschaft: Der zweite Reformansatz ist das Politische Sekretariat. Nun sind die Meinungen über das Politische Sekretariat ja sehr geteilt . . .

Hallstein: . . . das ist kein Wunder, weil ja kein Mensch weiß, was das ist. Wenn das Politische Sekretariat etwas ist, was Eigengewicht hat und insofern – gleichviel in welcher Form man das organisiert – das europäische Interesse repräsentiert, dann sieht die Sache völlig anders aus, als wenn, wie wir gelegentlich gehört haben, dieses Sekretariat nichts anderes ist als eine Art von Rationalisierung der technischen Dienste der politischen Zusammenarbeit, also etwa nur eine Vergemeinschaftung der Schreibkräfte, Archive usw.

europäische gemeinschaft: Zeigt nicht selbst das wenige, was man vom Sekretariat weiß, daß man sich von dem alten institutionellen Gefüge abwendet?

Hallstein: Es handelt sich beim Politischen Sekretariat um die Außenpolitik, also um ein neues Gebiet, für das es noch kein institutionelles Gefüge gibt. Gemessen an der jetzigen nur qualifizierten diplomatischen Zusammenarbeit ohne eigene Institutionen ist es natürlich ein Fortschritt, daß man überhaupt von einem Sekretariat spricht. Nur muß es, um europapolitisch interessant zu sein, vergleichbar sein mit dem, was wir in anderen „internationalen" Organisationen schon finden. Der Generalsekretär der NATO z. B. ist eine große Figur, ob er nun gleichzeitig der Ratsvorsitzende ist oder nicht. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist eine große Figur, einfach deshalb, weil er das gemeinsame Interesse repräsentiert.

europäische gemeinschaft: Wenn Sie heute noch Präsident der EWG-Kommission wären, reagierten Sie dann nicht entsetzt darauf, daß man das Politische Sekretariat nicht aus der Kommission entwickeln will?

Hallstein: Nein. Für mich ist es eine reine Frage der Opportunität und Praktikabilität, ob man diese Verkörperung des gemeinsamen Interesses in einer Institution ansiedelt, die für andere Materien schon da ist. Die vorhandene Institution EWG-Kommission ist auf Wirtschafts- und Sozialpolitik spezialisiert. Es kann aber sein, daß man für das neue Gebiet Außenpolitik auch eine neue Auswahl der Personen vornehmen muß, die die Institution darstellen. Außerdem ist es bei der neuen Aufgabenstellung auch nicht selbstverständlich, daß die Verkörperung des gemeinschaftlichen Willens ein Kollegium sein muß. Gut denkbar wäre, daß man in diesem Falle eine Einzelpersönlichkeit einsetzt . . .

europäische gemeinschaft: . . . mit Sitz in Brüssel . . .

Hallstein: . . . natürlich, mit Sitz in Brüssel.

europäische gemeinschaft: Sie plädieren also für eine sehr enge Verbindung des geplanten Politischen Sekretariats mit den bestehenden Europäischen Institutionen.

Hallstein: Ja, sie sollten sogar im selben Hause sitzen. Denn es handelt sich hier ja um die Vorform der späteren Ressortverteilung. Die alten und die neuen Organe müssen Tuchfühlung miteinander haben und dürfen auf keinen Fall in die Gefahr geraten, daß sie, ohne es zu wollen, durch Disharmonie oder sachlich begründete unterschiedliche Orientierungen einander schwächen.

europäische gemeinschaft: . . . oder durch Unkenntnis dessen, was die anderen tun . . .

Hallstein: . . . ganz richtig.

Der wirtschaftliche Integrationsansatz war richtig.

europäische gemeinschaft: Sie haben in vielen Reden als EWG-Präsident gesagt, daß das, was in Brüssel passiert, Politik ist, nämlich der Beginn der Politik auf wirtschaftlichem Gebiet. Ihr Kongreß im Mai wird sich auch mit dem wirtschaftlichen Europa beschäftigen. War der auch vom EWG-Präsidenten Hallstein immer wieder vertretene wirtschaftspolitische Integrationsansatz falsch?

Hallstein: Er war nicht falsch, er war einfach deshalb richtig, weil er der einzige realistische Ansatz war. Ich persönlich fand diesen Einstieg als Aufgabe bereits vor, als mich Bundeskanzler Adenauer 1950 rief.

europäische gemeinschaft: Sie meinen Ihre Verhandlungen über den Schuman-Plan?

Hallstein: Ganz recht. Der Plan war schon ein Faktum – übrigens nicht Ergebnis eines blitzartigen spontanen Einfalls bloß in Paris. Adenauer hatte um dieselbe Zeit, da Robert Schuman seinen Plan propagierte, von einer gemeinschaftlichen Administration des europäischen schwerindustriellen Potentials gesprochen. Die Sache lag also in der Luft. Nachdem es gelungen war, das unter Dach und Fach zu bringen, . . .

europäische gemeinschaft: . . . in Form der Montan-Union . . .

Hallstein: . . . erhob sich die Frage: wie gehen wir weiter vor? Daß wir weitergehen wollten, war inzwischen klargeworden. Wir unternahmen daher den Versuch, über das bloß Wirtschaftliche hinauszugehen und in die sehr politische Sphäre der Verteidigung einzudringen. Der Versuch scheiterte. Unsere Schlußfolgerung war: offensichtlich ist der politische Ansatz in der Wirtschaft doch richtiger. Wenn man schon ein solch revolutionäres Unternehmen wie die Europäische Integration in Angriff nimmt, dann muß man dafür starke öffentliche Mächte zu Bundesgenossen haben. Man muß die psychologischen Faktoren nutzen, die in die richtige Richtung tendieren, sie muß man so zu kanalisieren suchen, daß ein Gefälle auf das Ziel hergestellt wird. Ein solcher Faktor ist im Falle der Verteidigung eine gemeinsame Furcht vor einem Angriff und einem Angreifer. Offenbar war diese Furcht aber nicht stark genug; oder die Gegenkräfte, der Mythos der nationalen Verteidigungssouveränität, waren noch zu ungebrochen. Dagegen schien es politisch aussichtsreich zu sein, das Bündnis mit dem ökonomischen Interesse und dem damit zusammenhängenden sozialen Fortschritt herzustellen. Hier war auch die Verknüpfung mit dem Souveränitätsdenken weniger eng.

europäische gemeinschaft: Wenn der wirtschaftspolitische Integrationsansatz richtig war, so war doch in diesem Ansatz die ganz unproportionale Betonung der Landwirtschaft falsch.

Hallstein: Wir haben keineswegs von Anfang an die verschiedenen Sparten der gemeinsam zu betreibenden Wirtschaftspolitik sortiert und ihnen gewissermaßen Benotungen gegeben . . .

europäische gemeinschaft: . . . in der Priorität . . .

Hallstein: . . . in der Priorität, und zwar nach ihrem dynamischen Gehalt und ihrem dynamischen Nutzen. Es hätte genau so gut sein können, daß die Verkehrspolitik eine Art Speerspitze für die Gesamtaktion geliefert hätte; was liegt eigentlich näher, als die Überwindung

des Raumes, also den Verkehr, bei einem solchen übernationalen Unternehmen in den Vordergrund zu stellen?

europäische gemeinschaft: Oder z. B. die Sozialpolitik, da Sie doch Bundesgenossen suchten . . .

Hallstein: Sehr richtig. Daß die Landwirtschaft in den Vordergrund trat, hatte verschiedene Gründe. Zunächst einen historischen Zufall. Wir hatten in der Person des Mitglieds der Kommission, das mit der Landwirtschaft befaßt wurde, in Herrn Mansholt, einen besonderen Griff getan. Er ist ein Mann, der nicht nur sein Geschäft hervorragend versteht, sondern der auch mit der Fähigkeit, zu Schlußfolgerungen aus neuen und schwierigen Zusammenhängen zu kommen, die Kraft eines starken Willens verbindet.

Nationale Vorteile gehören zur „Geschäftsgrundlage" des Vertrags.

europäische gemeinschaft: Es ist also falsch zu sagen, die Agrarpolitik wäre deshalb von der EWG-Kommission so forciert worden, um einen Ausgleich für die zu erwartenden deutschen Vorteile auf dem Industriesektor zu finden?

Hallstein: Das ist eine andere Frage. Richtig ist, daß bei den Motiven der Mitgliedsländer ein Zusammenklang dadurch entstand, daß auf gewissen Seiten das Interesse an landwirtschaftlichen Ausfuhren, auf anderen das Interesse an industriellen Ausfuhren im Vordergrund stand und eine besondere Antriebskraft bildete . . .

europäische gemeinschaft: . . . Vorteile für Frankreich und Italien, Nachteile für Deutschland . . .

Hallstein: Ich würde es so formulieren: Vorteile für Frankreich und Italien auf einem Gebiet, Vorteile für Deutschland auf einem anderen. Das gehörte — rein wirtschaftlich gesehen — zur „Geschäftsgrundlage" des Vertrages.

Die USA wenden sich wieder stärker Europa zu.

europäische gemeinschaft: Herr Präsident, die europäische Integration der fünfziger und der frühen sechziger Jahre war nur möglich durch die Unterstützung der Vereinigten Staaten. „Europa in der Welt" ist ein weiteres Thema Ihres Bonner Kongresses. Wird er sich auch mit der Tatsache beschäftigen, daß die Europäer nicht mehr das Lieblingskind der Amerikaner sind?

Hallstein: Der Kongreß wird sich in freier Entscheidung mit allem beschäftigen, woran er Interesse nimmt. Ich glaube, er kann gar nicht an Ihrer Frage vorbeigehen. Meine persönliche Meinung dazu ist, daß nach wie vor auf die Unterstützung der amerikanischen Außenpolitik für unsere europäische Einigung Verlaß ist. Besonders nach der sogenannten Nixon-Doktrin gibt es veränderte Formulierungen und Präzisierungen dieses Interesses. Aber es kann kein Zweifel darüber sein, daß das, was Nixon als Orientierung für sich selbst und für andere verbindlich gemacht hat, eher als verstärkte Hinwendung der Vereinigten Staaten zu Europa denn als eine Abschwächung gesehen werden muß — wenn man diese Orientierung mit der Lage unmittelbar vor der Verkündung der Nixon-Doktrin vergleicht. Wir haben es heute sozusagen mit einer dritten Phase des amerikanischen Verhältnisses zu Europa nach dem Kriege zu tun. Die erste war die der Anteilnahme, ja Begeisterung für unsere Unternehmung, in der man wichtige Elemente der eigenen historischen Entwicklung wiedererkannte. Die zweite war eine Phase der stärkeren Orientierung der amerikanischen Außenpolitik auf den Pazifik und den asiatischen Raum. Die dritte ist diese Rückwendung . . .

europäische gemeinschaft: . . . zum Isolationismus . . .

Hallstein: . . . nein, Rückwendung nach Europa. „Europa — Eckpfeiler unserer Außenpolitik" heißt es in der Nixon-Botschaft an den Kongreß vom Frühjahr 1971. Wir können also nicht nur auf der Hypothese, sondern auf dem Faktum eines starken Interesses aufbauen. Nun liegt dazwischen praktische wirtschaftliche Erfahrung der Amerikaner mit dem, was die europäische Einheit für sie bedeutet, und diese Erfahrung ist für sie nicht ohne Schmerzen und Nachteile. Aber ich glaube nicht, daß sich daraus unlösbare Belastungen und Spannungen des Verhältnisses ergeben. Man muß allerdings dafür etwas tun. Z. B. sollte man den älteren Gedanken aufgreifen, der zur Zeit de Gaulles noch unrealisierbar war, nämlich das Gespräch über kritische und empfindliche Gegenstände zu institutionalisieren.

europäische gemeinschaft: Nun zu Osteuropa. Sieht man die Gemeinschaft dort weiterhin mit scheelen Augen oder ist die Breschnew-Erklärung Vorzeichen eines Tauwetters?

Hallstein: Man sollte die Breschnew-Erklärung wörtlich nehmen und in sie nicht mehr hineinlegen als die Worte selbst sagen. Breschnew hat nur erklärt, die Sowjetunion ignoriere durchaus nicht die real entstandene Situation in Westeuropa, auch nicht die Existenz des Gemeinsamen Marktes; die Beziehungen der Sowjetunion zu den „Mitgliedern dieser Gruppierung" würden aber davon abhängen, in welchem Maße sie ihrerseits die Realitäten im sozialistischen Teil Europas und vor allem die Interessen der COMECON-Länder anerkennten; die Sowjetunion sei für die Gleichberechtigung in den Wirtschaftsbeziehungen und gegen Diskriminierung. — Das alles ist natürlich keine Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft, sondern es ist die Wiederholung des alten sowjetischen Standpunktes, daß man es nur mit den einzelnen EWG-Mitgliedstaaten zu tun haben will.

Formale Anerkennung der EWG durch Moskau ist nicht nötig.

europäische gemeinschaft: Warum ist eine Anerkennung der Gemeinschaft durch Moskau eigentlich nötig?

Hallstein: Die Anerkennung im formalen Sinne ist überhaupt nicht nötig. Wenn wir von Anerkennung oder Akzeptierung sprechen, meinen wir den Hinweis darauf, daß bestimmte Absprachen, die das Verhältnis zwischen der Gemeinschaftswirtschaft und der Wirtschaft des Ostblocks zum Gegenstand haben, nur noch getroffen werden können durch ein Gespräch und ein Abkommen mit der Gemeinschaft selbst.

europäische gemeinschaft: Die Sicherheitskonferenz wird also eine Probe aufs Exempel sein.

Hallstein: So ist es.

europäische gemeinschaft: Eine letzte Frage: Sie haben vor fünf Jahren die Brüsseler Szene verlassen, die Sie fast allein beherrschten. Ihr Urteil nun: sind die Stagnationen der EWG normale Wachstumsschwierigkeiten?

Hallstein: Ich würde sagen: weder das eine noch das andere. Es sind nicht normale Wachstumsschwierigkeiten, aber auch nicht Zeichen der Zerstörung. Es sind, um im menschlichen Bilde zu bleiben, ernstere Gefährdungen, Krankheiten, Verletzungen, Unfälle. Sie sind nicht tödlich. Es ist schon eine rhetorische Übertreibung — der ich mich freilich teilweise auch selbst bezichtigen muß — überhaupt von „Stagnation" zu sprechen. Eine wirkliche Bewegungslosigkeit hat zu keinem Augenblick bestanden. Das gilt selbst für die Instanz, die die Hauptverantwortung für die Verlangsamung trägt, nämlich den Ministerrat, der durch die Anwendung eines ganz undifferenzierten Einstimmigkeitsprinzips allerdings seine eigene Entscheidungsfähigkeit stark beeinträchtigt hat. Ein vitaler Trend ist also ungebrochen. Nehmen Sie die Gipfelkonferenz von 1969. Sie hat zwar nicht alles gehalten, was sie versprach . . .

europäische gemeinschaft: . . . woran denken Sie da besonders?

Hallstein: Ich denke da besonders an die Wirtschafts- und Währungsunion. Sicher haben die Staats- und Regierungschefs das gewollt, was sie in Den Haag erklärt haben. Aber die Erfahrung der Monate danach hat doch gezeigt, daß offenbar ihre Autorität nicht ausreicht, das Gewollte durchzusetzen. Es hat Alleingänge gegeben und unerträgliche Verzögerungen, ja Unterbrechungen. Aber man hat doch den Faden wiederaufgenommen.

europäische gemeinschaft: Prinzip Hoffnung gilt also noch?

Hallstein: Ja.

(Gesprächspartner: Adolf-Peter Koof)

EUROPÄISCHE INTEGRATION – RELIKT ODER ENTSCHEIDUNGSZWANG?

Theodor Schieder



Prof. Dr. Theodor Schieder lehrt Neuere Geschichte an der Universität Köln. Er ist Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands und u. a. Autor des Werkes „Die Probleme des Rapallo-Vertrages" (1956).

Es bildet wohl die größte Paradoxie der gegenwärtigen Situation in unserem Lande, daß für die Europäische Gemeinschaft durch den Beschluß über den Beitritt von vier Ländern, darunter Großbritannien, zum „Europa der Sechs" ein großer Durchbruch erzielt wurde, wie man ihn noch vor zwei Jahren kaum erwarten konnte, daß aber die Glaubwürdigkeit der europäischen Integration eher einem wachsenden Schwund ausgesetzt ist. Dies gilt nicht für jedes Land in gleichem Maße: am stärksten wohl für die Bundesrepublik, wo die gesamte Öffentlichkeit, Regierungsparteien und Opposition auf die Ratifizierung der Ostverträge fixiert sind, d. h. aber letzten Endes auf die weitere Entwicklung der deutschen Frage, so verändert sie seit 20 Jahren ihr Gesicht hat. In Frankreich scheint es etwas anders auszusehen, seitdem der Staatschef über den Beitritt der neuen Staaten ein Plebiszit abgehalten hat; aber war darin nicht mehr eine Absicht der „nationalen" Politik versteckt, nämlich die, die Vertrauensbasis des Regimes im Lande zu erkunden? Natürlicherweise ist das Interesse am Schicksal der vergrößerten Europäischen Gemeinschaft und ihrer neuen Mitglieder am brennendsten in den vier beitrittswilligen Ländern selbst, in denen allen noch die mühsamen Auseinandersetzungen um das „Detail", in einigen sogar noch plebiszitäre Bestätigungen der Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten bevorstehen.

Ganz allgemein gilt aber, daß trotz des Hochspielens nationaler, vor allem wirtschaftlicher Existenzprobleme, aber auch traditionaler Vorstellungen von nationaler Souveränität und Vermeidung politischer Engagements, das Klima der Verhandlungen von 1971/72 ein anderes geworden ist als noch zur Zeit des Abschlusses der Verträge über den Europarat (1949), die Montanunion (1952) bis zur Unterzeichnung der Römischen Verträge über die Begründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957. Der große Elan ist im Dickicht unendlicher Auseinandersetzungen über oft sehr untergeordnet wirkende Einzelprobleme erlahmt. Die Hoffnungen in einer breiten Öffentlichkeit auf ein gemeinsames europäisches Handeln scheinen weithin Verzagtheit und Resignation gewichen zu sein. Die stereotypen Verhandlungen über vertrackte Agrarfragen, die Folge von Währungskrisen, in denen die Gemeinschaft und ihre Organe fast nie zu einer einheitlichen Entscheidung nach innen und außen kamen, das Schalten und Walten einer von der Öffentlichkeit wenig beachteten und kontrollierten internationalen Bürokratie ließen die Aufmerksamkeit der Bürger in den Mitgliedstaaten immer nur dann aufhorchen, wenn sich Rückwirkungen auf Preise und Kosten zeigten. Dazu kamen die Kassandra-Rufe der kommunistischen Parteien, aber auch der „Neuen Linken" in den Mitgliedsländern, die die Europäische Gemeinschaft als das Bündnis des monopolistischen Spätkapitalismus verteufelten und dafür manches Echo fanden, sobald sich im sozialen Sektor, in der mangelnden Fähigkeit und Bereitschaft z. B., aus dem vertraglich verbrieften Prinzip der Freizügigkeit die ebenfalls verbrieften sozialrechtlichen Konsequenzen zu ziehen, erhebliche Mängel zeigten.

Politisch und psychologisch hat man fast regelmäßig die Gründung eines wirtschaftlich geeinten Europas, das das Fernziel einer politischen Einigung ansteuert, als eine der Folgen des Kalten Krieges, der stalinistischen Drohung eines unter sowjetischer Ägide geeinten Europa verstanden. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Die europäische Integrationsbewegung hatte auch ihre autonomen Antriebskräfte: sie war und ist eine Bewegung der Vernunft und der Einsicht, daß dem Verlust der Weltmachtstellung Europas und seinem politischen Rückzug aus der übrigen Welt seine innere Konsolidierung und Konzentration logisch entsprechen muß. Sie war aber auch ein Ausdruck eines wider alles Erwarten ungebrochenen europäischen Lebenswillens, einer fortdauernden gewaltigen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und auch kulturellen Vitalität, die auf die amerikanische und die sowjetische Herausforderung nicht nur einfach reaktiv antwortete, sondern auf manchen Gebieten sogar wieder Führungsfunktionen erfüllte. Freilich blieb eine enorme politische Schwäche auf der Verlustseite stehen: aus dem Kriegsschauplatz des heißen Kriegs gegen den anachronistischen Hegemonialversuch Hitler-Deutschlands war Europa der Schauplatz der Schützengräben im mühsam gewahrten Waffenstillstand, im „Kalten Krieg" der außereuropäischen Supermächte geworden und schien damit jeder selbständigen Rolle im Kräftespiel der Mächte der Welt verlustig gegangen zu sein. Die europäische Integration mußte am „Eisernen Vorhang" haltmachen. Das bedeutete, daß sie nicht einmal das aus der Katastrophe des II. Weltkriegs hervorgegangene Rest-Deutschland umfaßte, sondern nur seine in der Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossenen Teile.

Deren Eingliederung in den Westen und in sein politisches und soziales System war eine aus dem Zwang der Not entstandene, aber eben deshalb unumgängliche Wahl. Daß sie getroffen wurde, ohne daß der Anspruch auf Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland preisgegeben wurde, daß also Westintegration und Wiedervereinigung nicht als Alternative, sondern als komplementärer Prozeß verstanden wurden, wird heute gern als reiner Illusionismus, ja geradezu als die „Lebenslüge" des westdeutschen Staates verketzert. Aber ganz abgesehen davon, daß der Verbindung der beiden Ziele die historische Funktion nicht abgesprochen werden kann, als Eindämmung eines neuen deutschen Nationalismus zu wirken, ohne die gesunde Idee einer deutschen Nation aufgeben zu müssen, darf nicht übersehen werden, daß es der

Dieser Beitrag erscheint gleichzeitig in EURO '72, den die Europa-Union Deutschland zur diesjährigen Europa-Aktion (5.–22. Mai) herausgibt. Die Forderung der Aktion: Keine Sicherheit ohne Europäische Einheit!

von den Weltmächten geführte militante Kalte Krieg gewesen ist, der die *deutsche* Wiedervereinigung um ihren wesentlichen Sinn gebracht hat, als ein Motor für den langsamen und mit friedlichen Mitteln vor sich gehenden Prozeß einer *europäischen* Wiedervereinigung zu wirken. Dies ist in den vergangenen Jahrzehnten zu unserem Schaden auch auf deutscher Seite sehr oft übersehen oder beiseite geschoben worden.

Wenn heute an die Stelle des Kalten Krieges unter dem Stichwort Entspannung eine andere Form der Auseinandersetzung getreten ist, so scheint sicher zu sein, daß sich dahinter nur teilweise eine größere Öffnung der Grenzen zwischen West und Ost verbirgt, in höherem Grade wahrscheinlich eine stärkere Abgrenzung, worunter man vielleicht umgekehrt auch den Versuch der ideologischen Einwirkung von Osten nach Westen verstehen kann, wenn nicht einige Zeichen trügen. Die Konservierung des Status quo, die das Ziel der Sowjetunion ist – so sehr sie Gewalt und militärische Intervention ausschließt und damit ein begrüßenswertes Ergebnis darstellt – hat dafür günstige Voraussetzungen geschaffen, worüber man sich nicht täuschen sollte.

Gerade dies versetzt die Politik der Bundesrepublik, wenn sie die neue Lage richtig versteht, in den Zwang, den Weg der Integration nicht zu verlassen, ja sich an die Spitze der Integrationsbewegung zu stellen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten eine Entlastung der bundesrepublikanischen Außenpolitik mit sich bringt. Im Gegenteil: die Möglichkeiten der Konfrontation mit der Deutschen Demokratischen Republik werden wachsen: in den internationalen Gremien, im Kampf um die öffentliche Meinung der Welt, auf allen Gebieten, auf denen die Bundesrepublik bisher unangefochten Deutschland vertreten hat. Dieser „Wettbewerb" mag Gutes haben und Kräfte entbinden, die bisher den Schlaf des Gerechten zu halten sich berechtigt glaubten, eine Entlastung der westdeutschen Politik wird in der neuen Phase mit Sicherheit nicht eintreten ähnlich der, wie sie de Gaulle mit der Beendigung der Auseinandersetzung um Algier oder vorher schon die britische Labour-Regierung mit der India Act von 1947 erreicht hatte.

Die Bundesrepublik Deutschland wird politisch, wirtschaftlich, aber auch geistig mehr denn je ihren festen Halt in einer verstärkten europäischen Integration suchen müssen. Sie wird sich nicht der Illusion hingeben können, daß ihr Handlungsspielraum größer werden wird, wenn sie gewissermaßen eine freie Option zwischen West und Ost treffen kann. Für solche Möglichkeiten, wie sie noch unter Bismarck und in verringertem Grade unter Stresemann bestanden, sind heute bei der völligen Verschiebung der Machtgewichte alle Voraussetzungen entfallen. Eine nationaldeutsche Politik des Nebeneinander zweier deutscher Staaten mit einseitiger Billigung der Sowjetunion ist ebensowenig ohne stärkste westliche Rückendeckung durchführbar wie es die nationaldeutsche Politik des Gegeneinander gewesen ist. Die Bundesrepublik wird sich daran gewöhnen müssen, weiterhin auf einem schmalen Grat operieren zu müssen: sie kann damit rechnen, die westlichen Mächte solange nicht gegen sich zu haben, als diese sich aus dem für sie vielleicht lästig gewordenen Obligo für eine gesamtdeutsche Politik (Art. 7 des Generalvertrags von 1952/54) entlassen fühlen können, da dieses Obligo ohne deutsche Mitwirkung seinen Verpflichtungscharakter verliert. Aber sie muß mit Sicherheit davon ausgehen, ihre westlichen Verbündeten aufs höchste mißtrauisch zu machen und ihr Veto herauszufordern, wenn sie einen Schritt darüber hinaus tut. Rapallo war einst ein solcher Schritt gewesen. Die Kurskorrektur, die dann Stresemann durch den Berliner Vertrag von 1926 gegenüber der Sowjetunion vornahm, wurde noch hingenommen, weil Locarno unbestrittene Priorität für Stresemann besaß. Was für Stresemann einst der Locarno-Pakt war, muß für die Bundesrepublik heute die Politik der westlichen Integration sein. Die Einschränkung der deutschen Frage auf die beiden Staaten deutscher Nation wäre ein gefährliches Unternehmen, wenn diese Beziehungen nicht in einem unauflöslichen Zusammenhang mit der europäischen Integration stehen würden. Eine um vier Staaten erweiterte EWG ist noch nicht der politisch zusammengefaßte Kontinent, aber sicher eine Realität, die die östliche Vormacht, die Sowjetunion, nicht ignorieren kann, ohne ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu gefährden. Diese Chance kann und darf die Bundesrepublik nicht verspielen.

Deutsche Ostpolitiker: Bismarck . . .



Photo: Historia-Photo

Stresemann . . .



Photo: Historia-Photo

Brandt . . .



Foto: Darchinger



Foto: Darchinger

JOSEF ERTL MdB, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

DEUTSCHLAND UND EUROPA, VATERLAND UND NATION

Was bedeuten uns heute Deutschland und Europa? Welchen Wert messen wir in der Politik Vaterland und Nation noch bei? Es ist nützlich, über der aktuellen Tagespolitik mit ihren Wirren und Wandlungen einige Prinzipien nicht aus den Augen zu verlieren, an denen man sich immer wieder orientieren kann.

Gefährliche Euphorie

Europa hat einen schweren Leidensweg hinter sich; die meisten von uns sind ihn ein Stück mitgegangen. In zwei Weltkriegen haben viele Menschen Leben, Heimat und Besitz verloren. Wir waren Zeugen der Gefahr des totalen Untergangs ganzer Völker und Kulturen. Dieses Europa — das ist die Lehre aus der Tragödie der Vergangenheit — kann in Zukunft nur bestehen, wenn es zusammenfindet und es gelingt, nationale Egoismen zu überwinden. Niemand sollte sich dabei aber einer supranationalen Euphorie hingeben und glauben, Europa könne ein Schmelztiegel der Sprachen und Kulturen werden wie z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Leitmotiv jener Politik, die ein größeres gemeinsames Europa schaffen will, muß vielmehr sein, die kulturellen Eigenarten der Völker entsprechend ihrer Herkunft, Geschichte und Tradition zu sichern.

Dieser Grundgedanke steht für mich sozusagen als Überschrift für die Politik, die ich in Bonn und Brüssel zu vertreten habe. Ein Zweites kommt hinzu: die Bedeutung von „Vaterland" und „Nation" in unserer Zeit. Ich sehe in diesen Begriffen Werte, die sowohl für die Politik als auch für die Erziehung grundlegende Bedeutung haben. Kein Mensch kann ein isoliertes Dasein führen. Er braucht die Gemeinschaft, die Gemeinschaft braucht ihn. Diese Gemeinschaft baut auf dem Fundament der Familie auf und findet ihre Vollendung in der Nation. Wir sind Glieder einer langen Kette — hinter uns die Väter, vor uns die Kinder, umschlossen vom Band der gemeinsamen Sprache und Kultur. Entstehung einer Nation und Menschwerdung der Masse sind nach dem großen Liberalen Friedrich Naumann die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Nation hat Anspruch darauf, daß ihr jedes Mitglied an seinem Platz, nach seinen Fähigkeiten und unter Achtung der Menschenrechte dient. Die Bereitschaft hierzu ist für mich wohlverstandene nationale Haltung. Ohne dieses Selbstverständnis kann, nach meinem Dafürhalten, kein Volk auf Dauer bestehen und keine Regierung eine erfolgreiche Politik treiben. Mit Geld allein geht das schon gar nicht. Auch der moderne Industriestaat braucht reellen Idealismus, Menschheitsideale und Hoffnungen. Ihre Verneinung führt zur Auflösung, zur Anarchie.

In unserer Zeit kommt allerdings noch ein übergeordnetes Element hinzu. Nation und Vaterland können heute nicht mehr ausschließlicher Selbstzweck nach den nationalstaatlichen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts sein. Die Entwicklung von Technik und Verkehr, die Verflechtung und Abhängigkeit der Volkswirtschaften und die gewaltigen gemeinsamen Probleme unserer Zeit zwingen zu übernationaler Zusammenarbeit, besonders in Europa. Die Staatsgrenzen werden allmählich zu bloßen Verwaltungsgrenzen. Bausteine des Vereinten Europa bleiben aber die einzelnen Völker mit ihrer sprachlichen und kulturellen Eigenart.

Gelingt das Werk der europäischen Einigung nicht in diesem Sinne, wird also die geistige Haltung der Verantwortlichen und ihrer Völker nicht von diesen Idealen und Grundsätzen geprägt, so sind neue Katastrophen unausbleiblich.

Schmerzlicher Abschied

Wenn man als Deutscher über Europa und seine Zukunft nachdenkt, kann man das Schicksal des eigenen Vaterlandes nicht außer acht lassen. Hierbei ist zuerst die Frage nach der staatlichen Einheit der Deutschen zu stellen.

Ich bekenne es offen: es schmerzt empfindlich, von vielen Vorstellungen der Vergangenheit Abschied nehmen zu müssen. Jahrzehntelang habe ich gehofft, daß es doch noch in absehbarer Zeit zu Verhandlungen über ein „ganzes Deutschland" kommen werde. Wir wurden aber immer wieder enttäuscht. Mögen sich die Schwierigkeiten auch zu Bergen türmen, ich bin dennoch der Auffassung, daß sich



Foto: Historia-Photo

Nation und Vaterland können heute nicht mehr Selbstzweck sein. Einer seiner Vertreter: Johann Gottlieb Fichte (hier 1813 als Freiwilliger).

bei allen Verantwortlichen letzten Endes die Erkenntnis durchsetzen wird, daß der Friede in Europa auf die Dauer nur gesichert werden kann, wenn die deutsche Frage zufriedenstellend gelöst wird.

Das Streben nach nationaler Einheit halte ich nicht nur für unser legitimes Recht, sondern für unsere Pflicht. Ich könnte mir dabei durchaus vorstellen, daß im Rahmen der allgemeinen europäischen Entwicklung eine deutsche Föderation mit freier politischer Willensbildung und freiem Entscheidungsrecht für alle Deutschen möglich wird. Sicher wird sich eine solche Entwicklung aber nur in Etappen vollziehen.

Die Lösung der deutschen Frage ist für mich primär eine *deutsche* Aufgabe. Natürlich können wir in unserer Situation, nach den Ergebnissen von 1945, keine isolierte Politik und keinen deutschen Alleingang unternehmen. Wir müssen aber unsere Verbündeten und unsere östlichen Nachbarn unentwegt von unserem leidenschaftlichen Willen zu Zusammengehörigkeit und Einheit überzeugen. In diesem Punkt bin ich etwas hoffnungsvoller, nachdem es uns gelungen ist, Ansätze für vertragliche Regelungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu finden. Es sind erste Ansätze, und es bedarf insbesondere der Bereitschaft der Machthaber im anderen Teil Deutschlands, sie zu entwickeln. Unsere Landsleute jenseits von Mauer und Stacheldraht haben, entgegen landläufiger Befürchtung, ihre Hoffnungen nicht aufgegeben. Sie haben ihren Willen zu Zusammengehörigkeit und Einheit insbesondere bei dem Treffen zwischen Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph in Erfurt eindrucksvoll manifestiert. Um so größer ist unsere Verpflichtung im freien Teil Deutschlands.

Die vorrangige Aufgabe

Wir haben im Augenblick auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten. Deshalb muß die vorrangige Aufgabe praktischer deutscher Politik sein, für die Menschen in diesem geteilten Land über die noch bestehenden Bindungen hinaus ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit zu erreichen.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Jahre seit 1945 dem deutschen Volke bis heute keinen Friedensvertrag gebracht haben und daß somit die Viermächte-Verantwortung für ganz Deutschland unverändert und unbestritten fortbesteht. Die beiden Teile Deutschlands können deshalb in ihrem Verhältnis zueinander nicht „Ausland" im herkömmlichen Sinne sein.

Wir können aber von einem neuen Anfang sprechen, wenn die Sowjetunion und vor allem die DDR bereit sind einzuhalten, was sie verkünden und wozu sie sich vertraglich verpflichteten.

Im übrigen meine ich, daß die weitere Entwicklung von der Gegenleistung der anderen Seite abhängt. Diese Gegenleistung sehe ich heute primär in der Öffnung des Verkehrs, in der Herstellung der Freizügigkeit für Personen und Güter zwischen beiden Teilen Deutschlands, in der Sicherung der Lebensfähigkeit West-Berlins und der Anerkennung seiner gewachsenen Bindungen zum Bund — in all dem also, was man heute unter Erleichterung der zwischenmenschlichen Beziehungen versteht. Das entscheidende Kriterium wird sein, ob sich die Barrieren für die Menschen im geteilten Deutschland abbauen lassen. Dazu wird es sicherlich noch langer Verhandlungen bedürfen. Am Ende müssen die besonderen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands einer gründlichen Durchleuchtung unterzogen und bei positivem Ergebnis besonders geregelt werden. Dabei wäre die Einbettung dieser Beziehungen in eine gesamteuropäische Lösung eine überlegenswerte Komponente.

Die augenblickliche Diskussion über die Wertung der Verträge von Moskau und Warschau wie vor allem des Viermächte-Abkommens über eine Berlin-Regelung — nicht „Berlin-Lösung" — darf nicht unerwähnt bleiben. Sie ist, soweit sie ehrlich geführt wird und nicht aus vordergründiger Parteitaktik die reine Emotion anspricht, ein Beweis für meine Behauptung, daß Vaterland und Nation für uns Deutsche auch heute noch Inhalt, Wert und Bedeutung haben.

Sollte das einmal nicht mehr der Fall sein, sollte uns dies alles also einmal nichts mehr bedeuten, dann verliert vieles seinen Sinn und seinen Wert. Ohne Werte aber, nur von Wohlstandsdenken und Konsumsucht bestimmt, begeben wir uns auf die Suche nach Pseudoidealen, die dem einzelnen und der Gemeinschaft das Leben unerträglich machen.

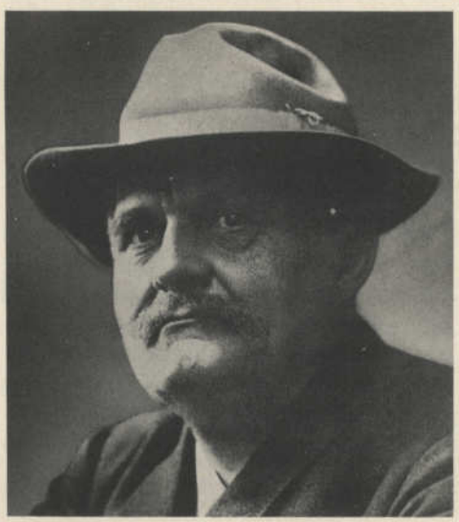


Foto: Historia-Photo



Foto: dpa

Oben: Entstehung einer Nation und Menschwerdung der Massen sind nach dem Liberalen Friedrich Naumann zwei Seiten derselben Medaille. Unten: Trotz der Treffen Brandt–Stoph können die beiden Teile Deutschlands in ihrem Verhältnis zueinander nie „Ausland" im herkömmlichen Sinne werden.

Vilma Sturm

„CHANGE AND CHALLENGE" IN LIVERPOOL

Gehen und gehen und gehen ... Die Bilder prallen auf die Netzhaut wie Geschosse, sie stoßen, sie schlagen, sie schlagen nieder; oft amüsieren sie auch, noch öfter erschrecken und verletzen sie. Man kann nicht genug davon bekommen, gehen und gehen und gehen ...

Drei Schritte hinter dem blendend weißen Hotel, das im Schnittpunkt mehrerer Straßen sein Rad schlägt wie ein Pfau, beginnen die Elendsviertel, unvorstellbar und unbeschreiblich. Eingestürzte Wände, zerbrochene Fensterscheiben, verrottetes Zeug, verfallene Kirche, verlassene Schule, Türen, mit Wellblech zugenagelt, schief in den Angeln hängende Tore, schimmelndes Mauerwerk, abblätternder Putz. Wo man auch hintritt: Scherben, Unrat, Abfälle und Papier, vom Wind in den Ecken zusammengefegt, Unkraut aus allen Mauerritzen. Der nächste Schritt führt auf die A 57 nach London, eine der Hauptverkehrsadern der Stadt, mit brüllendem Leben erfüllt, Läden, Gaststätten, Kaufhäuser, ein Kino, Marktstände, Trubel derber Art. Spelunken-Ödnis, London-Road — und dann Klassizismus, ein Hauch von Schinkel, nein, nichts von Preußen, auch nicht von München, sondern die gewaltige Halle des jungen Engländers Harvey Lonsdale Elmes, St. George's Hall — Konzerthaus und Gerichtshof in einem, römischen Thermen ebenso wie griechischen Tempeln nachempfunden; quer dazu ein säulengetragener Rundbau und abermals ein Portikus, dazu Denkmale, Brunnen und Kandelaber, eine himmelhohe Säule, obenauf Wellington, der Napoleon besiegte. Das Reitermonument, Victoria mit Jägerhütchen, als sie noch jung und schlank war, erhebt sich auf dem Hintergrund eines Hochhauses aus Glas und Stahl, das da irgendwo mitten im Wege steht. Hinter den Kolumnen zur Rechten schwingt sich ein Fly-over ins Weite, zweistöckige Omnibusse streichen hoch an korinthischen Kapitellen vorbei. Der antiken Halle wurde das Vis-à-vis von schwarzer Bahnhofs-Renaissance zugemutet, ebenso die Nachbarschaft einer gewaltigen Betonschachtel, des neuen Marktgebäudes — atemberaubend.

Dann ein Blick hügelaufwärts: eine lustige Straße, lauter schmalbrüstige Hotels mit buntbemalten Erkern und Eingängen, dazwischen wulstig und geschwollen eine Architektur wie aus geknetetem Brotteig — steingewordenes Porridge. Bergabwärts himmelhohe finstere Lagerhäuser neben zartem georgianischen Pilasterwerk. Old Sailor's Home,

Ein Hauch von Schinkel



Foto: Mills

ein Hof mit vier Reihen gußeiserner Galerien übereinander, dahinter ein nüchterner Block aus Glas- und Betonbändern. Eine elegante Fassade, Hufeisenform, das Mauerwerk aus dunklen Ziegeln mit hellen Blenden — und wenige Schritte weiter ein gewaltiges strenges rauchgeschwärztes Portal aus sechs ionischen Säulen. Gußeiserne Gitter, wie Spitzen über Mauerfronten geworfen, und düstere, zinnen- und türmchengekrönte Wände, hochgotische Erker, Renaissance-Rustika, normannische Burgen-Reminiszenzen und Riverside-Architekturen aus St. Louis, noble Fensteranordnungen von klassischer Würde und skurrile diagonale Treppenhäuser; der Spätgotik entlehnte Blattornamente über romanischen Rundbogenfenstern, gipserne Erker mit Jugendstil-Ornamenten, eine dicke Queen Victoria unter einem grünspanbezogenen Baldachin und unter ihren Röcken public lavatories für Ladies and Gentlemen ... Straßen voll viktorianischer Würde, gekreuzt von engen Gassen, in die kaum Tageslicht dringt, in denen mehr Ratten als Menschen sich bewegen, Glanz und Reichtum neben Spelunken-Armseligkeit ... Und Trümmer und abgeräumte Flächen, verlassene Areale und halbabgerissene Mauern. Darüber schweben goldene Kuppeln, Arkaden, Balustraden, Rotunden und Balkone — Dachlandschaften von zügelloser, scheußlicher und herrlicher Phantasie. Der nächste Schritt trägt zum Hafen, in das Geviert eines frühen Docks, wo gußeiserne schwarze Säulen, dorisch, ein Mauerwerk von dumpfem Rot tragen, in penibler Ordnung das Becken einschließend, aus dem gewaltig ein Schiffskiel ragt.

Hier hat alles seinen Anfang genommen mit diesem kleinen Fischerdorf Liverpool am River Mersey, der sich breit und flach in den Atlantik schleppt — die drittgrößte Stadt Englands wurde daraus, eine Stadt von mehr als 700 000 Einwohnern; zählt man dazu die umliegenden Orte, mit Liverpool unter den Namen Merseyside zusammengefaßt, sind es anderthalb Millionen, eine Stadt mit einem gewaltigen Industriepotential, worin die Auto-Industrie, die Zuckerraffinerien und Mühlen die ersten Plätze einnehmen. Obwohl der Ort schon 1173 urkundlich erwähnt wurde als Stadt und Burg, lebten hier noch zu Beginn des 17. Jahrhunderts nicht mehr als zweitausend Menschen in sieben Straßen. Aber wenig später kamen sie darauf, Docks zu bauen. Achtzig bis hundert Schiffe faßte das erste von 1715 — das Taufbecken, aus welchem dem Säugling die Kraft zufloß, eine Weltstadt zu werden, der größte Exporthafen Großbritanniens und der größte Europas an der atlantischen Küste; über 34 000 Schiffe mit 60 Millionen Netto-Registertonnen Ladung verkehren jährlich in diesem Hafen.

Nicht nur getauft wurde Liverpool — auch mit allen Wassern gewaschen, späterhin, als der Sklavenhandel zu blühen begann. Zwar ist es wohl böses Gerede, das von den eisernen Ringen an den ehemaligen Goree Piazzas wis-

sen will, an sie hätte man die Sklaven angebunden. Die Liverpudlians machten es hinten herum. Sie verluden die Stoffballen aus Lancashires Textilbetrieben nach Guinea und tauschten sie dort gegen menschliche Ware, schwarze. Und mit dieser Fracht unsäglichen Elends — nur ein Drittel, heißt es, erreichte lebend den Bestimmungsort — segelten sie nach Amerika und handelten gegen das schwarze Elend Zucker aus Virginia, Rum aus Jamaica und Baumwolle vom Mississippi ein — ein Handel, der der Stadt Wohlstand und Reichtum bescherte. Unten am Fluß wuchsen die Lagerhäuser, Banken, Versicherungs- und Verwaltungsgebäude immer enger zusammen, es blieb kein Platz für einen Baum, für Rasen und ein Blumenbeet. Oben auf dem Plateau der Uferhügel bauten sich die erfolgreichen Kaufleute schöne Straßen, eine davon, Rodney-Street, voll strenger Harmonie, ist nahezu unversehrt erhalten. Dergleichen gibt es in Deutschland nicht mehr; Premier Gladstone wurde hier 1809 geboren.

Auf dem Plateau erheben sich auch die großen Bautaten Liverpools aus dem 20. Jahrhundert: die Universität und die beiden Kathedralen, die anglikanische und die katholische. Das Universitätsgelände, Arbeitsstätte für 6400 Studenten, erscheint als ein wildes Experimentierfeld verschiedenster architektonischer Ideen; als habe keiner eine rechte Vorstellung davon gehabt, wo was zu plazieren sei. Die High-Church-Cathedral sinnt in abendlichen Farben spätgotischen Träumen nach, und die Christ-Königs-Kirche hebt auf gedrungenem Rundbau einen langgezackten Reif in die Luft, halb Diadem, halb Dornenkrone. Zwischen diesen drei Zentren liegen wüste Flächen, auf denen ab und zu ein kahler Baum sich krümmt, und Straßen, die ehemals kaum weniger schön waren als Rodney-Street — aber heute sind sie so verwahrlost, daß nur noch lower classes hier wohnen: Neger, Chinesen, Inder, Pakistanis. Nur wenige Weiße mit unempfindlichen Ohren und dumpfen Nasen können das Zusammenleben mit ihnen ertragen. Und so sind auch in diesen noblen viktorianischen Straßen an zahlreichen Häusern Türen und Fenster verbarrikadiert, die spärlichen Grünanlagen abgeschlossen, die Schaufenster vergittert, die Kellerfenster mit Maschendraht geschützt, Mauerwerke dem Verfall preisgegeben.



Foto: City of Liverpool

Voll strenger Harmonie ist Rodney-Street.

Je weiter man nach Norden kommt, desto schlimmer wird es. Hier ist das Gebiet, das die Iren besiedelten, als sie vor mehr als hundert Jahren anläßlich der großen Hungersnot in ihrem Land nach Liverpool kamen. Sie infiltrierten die anglikanische Stadt mit ihrem Katholizismus, was ein Jahrhundert lang zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Noch vor wenigen Jahren konnte es geschehen, daß Teilnehmer an einer Fronleichnamsprozession Suppe auf den Kopf geschüttet bekamen und daß sich gegen einen ökumenischen Gottesdienst zweihundert Demonstranten fanden, die „Down with the Church of Rome" schrien und deren geistlicher Anführer vom „Verrat an der Reformation, am Neuen Testament und an den Opfern der Märtyrer" predigte! In dieser Gegend haben die schwarzen scheußlichen Kirchen, deren Liverpool dem Anschein nach kaum weniger zählt als Wirtshäu-

Kaum irgendwo sonst in England ist das Slum-Problem so unermeßlich wie hier.



Foto: City of Liverpool

ser, vier bis fünf Gottesdienste an Wochentagen, sonntags noch mehr. Sie sind bestückt mit Devotionalien, reichlich fließen hier die Pennies zur Rettung der armen Seelen im Fegefeuer, und die Alten streicheln mit zärtlicher Rührung den Arm des dicken Gips-Jesusknaben an der Eingangstür. In Pantoffeln kommen sie herangeschlurft, diese Alten, die einem hier noch ärmer erscheinen als anderswo, mit soviel Unverständnis im erloschenen Blick für alles, was vor sich geht.

Zu ergründen, was vor sich geht, was zu halten ist von den widersprüchlichen Bildern, von diesem unermeßlichen Bauplatz Liverpool, der sich selbst immerfort zu „Change and Challenge" aufruft, ist nicht einfach. Kaum irgendwo in England ist das Slum-Problem so unermeßlich wie hier. Mit Renovieren und Modernisieren ist es da nicht getan; allein der Grundriß der Wohnungen ist schon unmöglich, für heutige Verhältnisse unzumutbar. Die meisten dieser dem Augenschein so angenehm sich darbietenden Straßenzüge bestehen aus Häusern, die man „one-up-and-one-down" nennt: ein Raum oben, ein Raum unten, und oft nicht einmal ein winziger Windfang, so daß der Eintretende sofort in die Wohnstube fällt. Das Klosett befindet sich in einem Anbau auf dem Hof. Ratten, heißt es, seien hier nicht zu vertreiben, auch der Feuchtigkeit in den Mauern ist nicht abzuhelfen; so bleibt nichts als der Abbruch. Es ist im vorigen Jahrhundert eben alles sehr hastig und mit schlechtem Material gebaut worden. Ihre industrielle Entwicklung betrieb die Stadt in unvorhergesehene Ausmaße hinein, gesundheitliche Rücksichten gab es da kaum — 1840 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung der Einwohner 32 Jahre! Die Kindersterblichkeit war enorm hoch. In der Einsicht, daß nur bessere Wohnverhältnisse die Gesundheit der Bevölkerung verbessern können, baute man um 1860 die ersten Sozialwohnungen, für 124 Familien. Bis zum Ersten Weltkrieg waren es 2900, 40 000 in der Zeit zwischen den Kriegen. Seit 1945 fanden über 57 000 Familien in städtischen Wohnungen Unterkunft — aber auch von diesen Wohnungen sind inzwischen schon viele in einem erbärmlichen Zustand. So vergaß man beispielsweise nicht selten, Steckdosen anzulegen; Fernsehapparat, Waschmaschine, Rasierer — alles muß direkt an die Lichtleitung angeschlossen werden.

Nur im Bereich des öffentlichen Grüns ließ man sich die Wohlfahrt der Bürger etwas kosten: 1843 wurde der erste Park eröffnet. Heute zeigt der Stadtplan zwanzig größere Anlagen, vorwiegend in den mittleren und äußeren Randgebieten; im Süden und Südosten der Stadt bilden sie so etwas wie einen grünen Fleckerlteppich. Hier gibt es auch ein Stück grüner Uferpromenade am Fluß entlang. An die hundert Grünräume sollen es im Ganzen sein, wie das „Liverpool Echo" mitteilt. Aber es fehlt an Anlagen im Zentrum, also dort, wo sie am nötigsten sind. Die Sanierung der Stadt zielt auch auf diese Bereiche. Diese Sanierung, hauptsächlich Verkehrsprobleme betreffend — nach dem City-Centre-Plan eines Architektenteams von 1964 — soll mit einem Aufwand von etwa siebzig Millionen Pfund betrieben werden. Sie schließt ein: den Bau einer sechsspurigen Auto-Ringstraße, von der Anfänge schon vorhanden sind; einen zweiten Tunnel unterm Fluß (der erste von 1934 reicht nicht mehr aus); ein großes Verwaltungszentrum mitten in der Stadt (bisher haust die Stadtverwaltung in schwarzer Gotik über zahllose Häuser verstreut); einen Fußgänger-Einkaufsbereich, der der größte Europas, nach Venedig, werden soll. Dieser Plan ist eine jener überdimensionalen Gesten, denen die Stadt von Zeit zu Zeit so gigantische Ergebnisse wie die St. George's Hall und die beiden Kathedralen verdankt.

Kommt man auf die Wohnungsmisere zu sprechen, so verweist die zuständige Behörde auf die Bemühungen, die schon seit hundert Jahren im Gange sind; weist hin auf neuere Trabantenstädte wie Kirkby und Aintree und Speke. Jedoch ist mit denen nicht viel Staat zu machen, sie sind von suburbischer Trostlosigkeit, die nicht weniger beklommen macht als die der Slums. Gewiß, man hat alles richtig gemacht nach den neuen Rezepten: man ist mit dem verfügbaren Platz großzügig umgegangen, hat breite Straßenzeilen angelegt, Einkaufszentren, Büchereien, Schulen, Kirchen gebaut — aber es sieht nicht so aus, als ob die freien Flächen das Wohnen fröhlicher machten. Die Wochenzeitung weiß denn auch von großer Unzufriedenheit unter den Leuten zu berichten. Die da oben mit ihrem Civic-Centre und ihren Bürohäusern! Sie tun zu wenig, und sie tun das Falsche, und sie tun alles viel zu lang-



Foto: Historia-Photo

Premier Gladstone wurde hier 1809 geboren.



Foto: Camera-Press

In ihren Gesängen lebt das Geschrei des Hafens, das Gegröhle der Betrunkenen in den Kneipen, die Klage der Armen, der Kinder im Elend, lebt die Sehnsucht nach der heilen Stadt, daß sie nicht ist und nicht sein wird.

sam, weil der bürokratische Apparat in London, durch dessen Walzen alles gedreht wird, so schleppend arbeitet. Sie haben die Leute aus der Stadtmitte herausgeholt, haben die zeitlebens an ein Einfamilienhaus gewöhnten Bewohner in Hochhäusern untergebracht, haben die Quartiere aufgelöst, die Nachbarschaften zerrissen. Umfragen unter den Leuten in Garston hatten zum Ergebnis, daß nur eine von acht befragten Frauen wünschte, aus dem zum Abbruch bestimmten Viertel auszuziehen; sie wollte einen Garten für ihre Kinder. Die anderen wollten bleiben — im Schatten der Gaskessel, in verlotterten Gassen. Sie hängen dran, über die Straße zu gehen und jeden zu kennen. Die Alten schätzen es, daß jemand nach ihnen sehen kommt, wenn sie morgens zu bestimmter Stunde den Vorhang nicht wegziehen. Man solle Garston-people in Garston wieder ansiedeln. Das ist es, was sie wollen.

Der Wunsch soll nicht unerhört bleiben. Man wird in Zukunft das Wohnungsproblem mit dem sogenannten „overspill" zu lösen trachten — mit dem „Umschütte"-System. Auf einem freien Gelände errichtet man einen neuen Wohnblock. Die in der Nachbarschaft gelegenen Slums werden geräumt. Wer will, kann in den neuen Block ziehen oder weiter nach draußen. Dann wird der freigewordene Block geräumt — und so fort. Auf diese Weise bleiben die Nachbarschaften einigermaßen erhalten.

Über den ungeheuren Problemen, welche die äußere Gestalt Liverpools bietet, versäumt man es leicht, sich für sein kulturelles Leben zu interessieren. Allerdings bietet es auch nichts Sensationelles, nichts, was über das übliche Programm einer Stadt dieser Größe hinausginge. Ein philharmonisches Orchester konzertiert, einige Theater spielen, die „Walker Art Gallery" zeigt eine bemerkenswerte Gemäldesammlung, und in dem schönen, aus dem 18. Jahrhundert stammenden Bluecoat-Gebäude hat sich ein lebhaftes Künstler-Zentrum etabliert. Einzig die Beatles, hervorgegangen aus dem Cavern Club der Matthew Street mitten in der Altstadt, haben der abgegriffenen Melodie solchen Kulturbetriebs einen unverwechselbaren Klang hinzufügt. In ihren Gesängen lebt das Geschrei des Hafens, das Gegröhle der Betrunkenen in den Kneipen an jeder Straßenecke, die Klage der Armen und Ausgestoßenen, der Kinder im Elend; lebt, in vielfältigen Schattierungen, die Sehnsucht nach der heilen Stadt, die Trauer, daß sie nicht war und nicht sein wird.



Foto: Britische Botschaft Bonn



Foto: Mills

Oben: St. George's Hall, Konzerthaus und Gerichtshof in einem — römischen Thermen ebenso nachempfunden wie griechischen Tempeln. Mitte: die Christ-König-Kirche hebt auf gedrungenem Rundbau einen langgezackten Reif in die Luft. Unten: die neue Universität.



Foto: City of Liverpool

RHEIN UND MAAS

ZUR KÖLNER AUSSTELLUNG

Zum ersten Mal wird vom 14. Mai bis 23. Juli 1972 in Köln mittelalterliche Kunst und Kultur an Rhein und Maas in ihrer Gemeinsamkeit und Verflochtenheit ausgestellt. Die Absicht ist nicht neu, der Plan fast zwei Jahrzehnte alt. Köln, die große Stadt, voll ältester Überlieferungen aus der Welt der späten Antike, angefüllt mit Heiligen und Heiligtümern wie kein anderer cisalpiner Ort, stand seit ottonischer Zeit im Brennpunkt großer Bauaufgaben und als Pflegestätte von Kunsthandwerk in edelstem Material und ausgesuchten Techniken in ständigem Kontakt mit der Kunst im Maasgebiet. Dieses Gebiet der Maas hat mit seinen Erzeugnissen in Metall und Email hauptsächlich in der romanischen Epoche weithin Berühmtheit und europäische Geltung erlangt. Die Kontinuität der Gemeinschaftlichkeit der Stilerscheinungen zwischen Köln und Lüttich, zwischen Rhein und Maas dauerte das ganze Mittelalter an — in der Architektur wie in der Musik, in der Elfenbeinschnitzerei wie in der Goldschmiedekunst, in der Buchmalerei wie in der Monumentalskulptur, nicht minder in der gotischen Plastik aus Holz und Marmor.

Die um Ausleihe der Kunstwerke Angesprochenen antworteten mit größter Generosität — mit Ausnahme der Bayerischen Staatsbibliothek und der Staatsbibliothek Bamberg. Wer begriffe nicht die Großmut, wenn Nürnberg sich vom karolingischen Ardennenkreuz und vom Echternacher Codex Aureus trennt, die Dom- und Münsterschatzkammern von Aachen, Köln, Trier, Essen und Maastricht für Monate auf ihre ersten Kostbarkeiten verzichten, Werden den Bronzekruzifix gibt und Lüttich gar alle seine hervorragendsten Preziosen, zu allererst Belgiens berühmtestes Kunstwerk aus dem hohen Mittelalter, das bronzene Taufbecken des Reiner von Huy. Paris hat das sogenannte Koblenzer Retabel zugesagt, St. Matthias in Trier sein großes Kreuzreliquiar; die Schwestern von Notre-Dame in Namur überlassen die schönsten Werke aus dem Schatz von Oignies, das Hessische Landesmuseum zu Darmstadt Hauptwerke der Sammlung Hüpsch, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz gewichtigste Objekte, das Wallraf-Richartz-Museum den Kalvarienberg der Familie Wasservass. An die vierhundert Meisterwerke mittelalterlicher Kunst werden sich aus Frankreich, Holland, Großbritannien, Italien, Österreich, der Tschechoslowakei und Polen, Belgien und Deutschland zusammenfinden, aufs reichste ergänzt durch die Bestände zweier Museen, die als die eigentlichen Sammelstätten rheinischer und mosaner Kunst gelten: das Schnütgen-Museum und die Musées royaux d'art et d'histoire im Parc du Cinquantenaire in Brüssel, wo die Ausstellung vom 15. 9.—31. 10. 1972 im Anschluß an die Kölner gezeigt wird.



Foto: Odry

In Köln zu sehen: die Siegburger Madonna, entstanden um 1160.

RHEIN UND MAAS

REGION IM HEILIGEN REICH

Hermann Jakobs

Der vorliegende Essay will keine kunsthistorische Anleitung zur Interpretation und Betrachtung der Kunst an „Rhein und Maas" sein; vielmehr soll er den Blick auf lokale und allgemeinhistorische Kräfte lenken, die das Selbstverständnis der Menschen der Rhein-Maas-Lande als Glieder einer umfassenderen politischen und sozialen Ordnung im Früh- und Hochmittelalter geprägt haben. Der Raum wird zu Recht als einer der bedeutenderen Schmelztiegel der frühen europäischen Geschichte betrachtet. Römisch vorgeprägt, war er ein Vorposten der fränkisch-frühmittelalterlichen Christenheit und Teil der germanisch-romanischen Kontaktzone; er war ein Kernraum der Karolingerherrschaft und ein Eckpfeiler der deutschen Reichskirche in ottonisch-salischer und frühstaufischer Zeit. Wirtschaftsgeschichtlich zeichnet ihn das frühe Nebeneinander von Grundherrschaft und Stadtwirtschaft aus.

Die Kölner Ausstellung „Rhein und Maas" soll Kunst und Kultur des Mittelalters vor uns erstehen lassen. Der Titel ist durchaus nicht als bloßer Sammelname aufgefaßt, sondern Thema. Die Ausstellung, zu der eine spektakuläre Fülle von Pretiosen zusammengetragen wurde, will diese Schätze einordnen in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhang des Raumes, der von Rhein und Maas durchzogen und beherrscht wird.

Historischer Raum und Kulturlandschaft

Historische Räume sind nur selten mit geographischen Räumen identisch. Es ist auch eine alte Streitfrage unter Kunsthistorikern, ob ein Kunstwerk sich nach seiner Entstehung notwendig als ortsgebunden erweisen läßt. Die Kunstgeographie wahrt heute kritischen Abstand zu Stilkonstanten, die unmittelbar und vielleicht sogar ausschließlich auf Landschaft, Klima, Ethnos, Stamm und Volk zurückgeführt werden. Wohl spielen solche Determinanten (etwa im Hausbau) mit, und es gibt selbstverständlich künstlerische Kontinuität an Orten und in Provinzen. Aber ebenso selbstverständlich ist es seit eh und je, daß Künstler wandern und Kunst exportiert wird. Wo sich bestimmte Eigenheiten über lange Zeiten tradieren, spielt manchmal das Material und, wo sie sich über begrenzte Räume ausdehnen, die Bindung an politische Gebilde und soziale Strukturen mit; aber es handelt sich nicht „um eine Wirkung von Blut oder Boden, sondern um das, was lehr- und lernbar ist" (Reiner Haussherr).

Verteilen wir in diesem Sinne die Gewichte von Tradition und Offenheit für den Import künstlerischer Techniken, Formen und Inhalte, dann darf man bestimmt von einer rheinmaasländischen Kunst sprechen. Es wird damit freilich von vornherein auch angedeutet, daß hier mehr möglich war als an diesem oder jenem anderen Ort. Spätestens seit Henri Pirenne (1862 bis 1935) ist es Allgemeingut aller historischen Disziplinen, im Raum an Rhein und Maas auf Jahrhunderte einen der bedeutenderen Schmelztiegel Europas zu sehen. Natur und Geschichte haben ihn prädestiniert, aus eigenen Traditionen sich fortzubilden und zugleich für den Austausch in europäischen, ja — nach den Maßen des Mittelalters — in weltweiten Dimensionen offen zu sein.

Historiker gehen zwar immer einen Schritt zurück, doch müssen wir in der Tat die Substanz, von der die Menschen an Rhein und Maas zehrten, als römisch bezeichnen. Den Rhein hinab über Köln, Neuß, Xanten bis Nymwegen und die Maas entlang über Heerlen, Maastricht, Roermond, Blerik wieder bis Nymwegen hat die römische Kultur auf dem Festland ihre äußerste Ausdehnung nach Norden genommen. Und von den Römern wurde auch schon die Querverbindung geschaffen, die ihre Hauptachse in der Straße von Köln über Maastricht, hier dann nach Südwesten abbiegend über Bevai nach Boulogne hatte.

Fortleben der Antike

In römischer Zeit sind ebenfalls ökonomische und geistige Strukturen von langer Dauer begründet worden. Zu den ökonomischen Grundlagen gehört die Domanialverfassung, die in der Großgrundherrschaft der fränkischen Zeit eine modifizierte Fortsetzung finden und das ganze Land erfassen (und es deutlich von den kulturell auf lange Zeit nachstehenden Räumen nördlich des Rheins abheben) wird. Nicht minder bedeutsam ist die städtische Entwicklung, die zwar in der Frankenzeit hier wie überall eine Schrumpfung durchmacht, die aber doch in mehr als einer bloß topographischen Kontinuität zu den *civitates* und *vici* des Frühmittelalters an Rhein und Maas überleitet. Ein wesentlicher ökonomischer Faktor sind schließlich Handel und Gewerbe. Dabei kommt der Glasindustrie in Köln und den Metallgießereien und -werkstätten im Maastal, deren Schmuck und Gebrauchsgut bereits im 3. Jh. über weite Teile des römischen Reiches verbreitet sind, eine besondere Bedeutung zu. Maas- und Rheinland sind schließlich durch die Relikte des Handelsverkehrs vom Rückfall in die Naturalwirtschaft bestimmt weniger getroffen worden als die weiten Binnenräume des unter den Franken entstandenen Festlandreiches. Teilweise schon seit dem

frühen 7. Jh. treten Dinant, Namur, Huy und Maastricht als Münzplätze in Erscheinung; ihr überregionaler Handel mit Waffen, Gebrauchsgütern und Schmuck ist als spätantike Tradition zu beurteilen. Sogar der Zellenschmelz — eine aus Südosteuropa importierte Technik — ist schon jetzt an der Maas bekannt.

Mission und Landesausbau

Die wichtigste Klammer zwischen Antike und Mittelalter war das Christentum. Von den Hauptorten abgesehen, wurde die Missionierung des breiten Landes, Rhein- und Maaslinie abwärts, erst von den Franken unter starker Anteilnahme von Galloromanen, Iren und Angelsachsen geleistet. Gelehrt wurde ein Christentum aktiv-naiver Gläubigkeit mit stark monastisch-asketischen Zügen; die materielle Grundlage seiner Ausbreitung wurde von den Großgrundherrschaften und vornehmlich von Königsgut gestellt. Von den mittelmeerischen und südatlantischen Zonen selbstverständlich abgesehen, gibt es in Europa kaum eine zweite Region, in der seit frühkarolingischer Zeit ein vergleichbar intensives Wechselspiel zwischen agrarisch-grundherrlicher und gewerblich-städtischer Wirtschaft auf engem Raum, jedoch unter der belebenden Einwirkung eines weltweiten Fernhandels, stattfand.

Gewiß, auch hier waren zunächst die Großgrundherrschaften die historisch bedeutenderen Zentren, aus denen die Königshöfe und Pfalzen (wie Nymwegen, Herstal, Düren und Aachen) hervorragten; und die größte zivilisatorische Leistung, die auf der Grundherrschaft ruhte, verdankt Europa den Mönchen, vornehmlich des hl. Benedikt. Nivelles im südlichen Brabant ist um 640 als Doppelkloster für Männer und Frauen gestiftet worden; die ersten Mönche kamen aus Irland. Stablo und Malmedy sind Gründungen des Aquitaniers Remaclus auf Stiftungsgut des Merowingerkönigs Sigebert III. (um 650). St. Trond (662) und St. Hubert in den Ardennen (687) wurden anfangs von Klerikergemeinschaften eingerichtet und erst später Benediktinern übergeben. Echternach, um 700 vom hl. Willibrord auf Stiftungsgut der Pippiniden begründet, wurde zu einem wichtigen Einfallstor irisch-angelsächsischer Geisteskultur. Prüm stand schon bald nach seiner Gründung (721) den Karolingern besonders nahe. Nicht übergehen dürfen wir die Stiftung des hl.



Foto: Rhein. Bildarchiv

Lütticher Mutter Gottes, entstanden um 1230.

Liudger rechts des Rheins zu Werden (vor 800) sowie die Klöster Brogne und Gembloux, die allerdings erst im 10. Jh. gegründet wurden und — mit vielen anderen — bereits einer neuen, nämlich der ottonischen, Reichskultur angehören. In unmittelbarer Zuordnung zu Städten trifft man nur selten Benediktiner an: St. Pantaleon in Köln (Stiftung des Erzbischofs Bruno um die Mitte des 10. Jh.) und St. Jakob in Lüttich (1015). Nichtsdestoweniger ist auch der kirchliche Ausbau der Städte — mit Dom-, Stifts- und spätestens seit dem 10. Jh. auch mit Pfarrkirchen — seit karolingischer Zeit in vollem Gange. Hätten wir keine anderen Zeugnisse als die Spuren von kirchlichen Baustellen: sie allein schon würden den wirtschaftlichen Aufstieg der Städte hinreichend belegen. Die Maasmetropole Lüttich ist über dem Grab des hl. Lambertus und um den dorthin von Maastricht verlegten Bischofsitz entstanden.

Die Interdependenz von Kirchen- und Stadtgeschichte, über die später noch mehr gesagt wird, ist indessen nur Teil des viel umfassenderen weltlich-geistlichen Synergismus der mittelalterlichen politischen Ordnung. Wir kommen damit zwar sehr ins Allgemeine, berühren aber zugleich wesentliche soziale und politische Faktoren, die über die ökonomische Interessenverknüpfung hinaus an Maas und Rhein ein Einheitsbewußtsein begründet haben: die kirchliche Einteilung, die Funktion als Kernraum fränkisch-karolingischer Herrschaft und die — wenngleich sehr lose — Zusammenfassung der Region im Herzogtum Niederlothringen während der deutschen Kaiserzeit des 10. und 11. Jh., die sich im Herzogtum Brabant rudimentär fortsetzte.

Die Grenze zwischen dem (Erz-) Bistum Köln und dem Bistum Lüttich, wie sie sich vornehmlich aus der Missionszeit ergeben hatte, verdeutlicht auf ihre Weise die enge Verbindung zwischen Niederrhein und Maasland. Köln umfaßte einen Teil des Maaslandes, sogar die Stadt Nymwegen und das Land an Maas en Waal. Lüttich hinwiederum war bei Venlo um einiges in östlicher Richtung vorgedrungen und betreute einen Teil der niederrheinischen Gegenden. Vor allem aber lag der Karlsthron zu Aachen im Bistum Lüttich, wo seinerseits der Kölner Metropolit sein Krönungsrecht behauptete. Zur Kölner Kirchenprovinz, wie sie unter dem Erzbischof Hildebold von Karl d. Gr. umrissen wurde, gehörte mit den Bistümern Lüttich, Utrecht, Osnabrück, Minden und Münster (im 9. Jh. sogar zeitweise Hamburg-Bremen) das Niederland insgesamt (die Einengung des Niederland-Begriffs im heutigen Sinne geht auf die Burgunderherrschaft zurück); ebenso weist die Bedeutung des Rhein-Maas-Gebietes um Aachen in karolingischer und als Herzogtum Niederlothringen in ottonisch-salischer Zeit weit über die regionalen Klammern hinaus in universale Zusammenhänge.

Diutisk und Walhisk

In den Grenzen des ottonischen Reiches konnte man sich überall als Stammesgenosse bezeichnen: als Bayer, Schwabe, Franke oder Sachse. Nur an Rhein und Mosel und nördlich der Sprachgrenze an der Maas war man schlechthin Deutscher. Unserem Volksnamen liegt ein Adjektiv zugrunde, das mittelhochdeutsch *diutisk* lautete, dessen Vorformen seit dem 8. Jh. bezeugt sind, das aber auf Jahrhunderte nur zur Kennzeichnung der Sprache verwandt worden ist. Es ist abgeleitet von einem germanischen Volksbegriff *thioda. Theodisca lingua* (althochdeutsch-mittellateinischer Lautstand) heißt also Volkssprache, jedoch nicht im romantischen

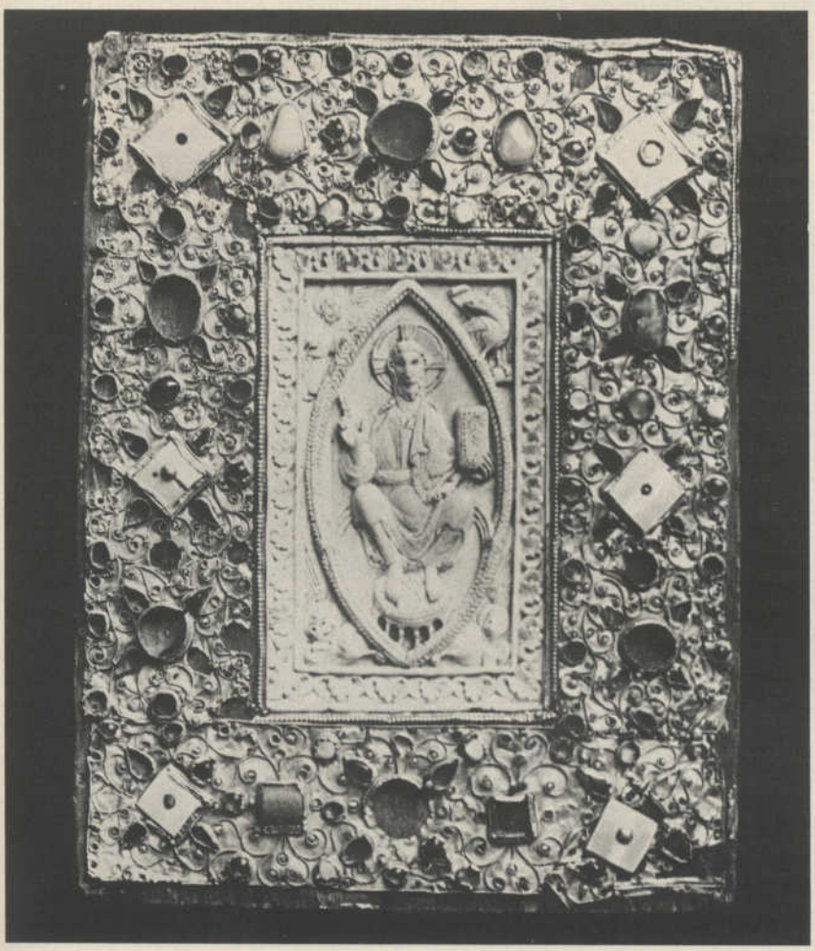
und völkischen Sinne einer Muttersprache, sondern als Hohe Sprache, wie sie in der *thioda*, in der Heeres- und Volksversammlung, im *thiodmallus* (vgl. engl. *diet*), im Gericht gesprochen wurde. Das machte sie zu einer Vätersprache (*patrius sermo*, sagt Einhard, der Biograph Karls d. Gr.), die der anderen Amtssprache, dem Latein der Kirche, gegenüberstand und das Selbstbewußtsein des fränkischen Adels mittrug und die sich zugleich abhob vom Welschen. In der germanisch-romanischen Kontaktzone der vorkarolingischen Zeit, zu der das Maasgebiet zählt, dürfen wir durchaus mit einem Herrengefühl der *dietsch* Sprechenden (*the Dutch*) rechnen. Es hat aber kaum vor dem 14. Jh. — *enfants de France* nannten sich 1302 die opponierenden Patriziersöhne in Lüttich — eine nationalistische und wohl überhaupt erst im 19. Jh. eine völkische Prägung gewonnen: *De taal is gansch het volk.*

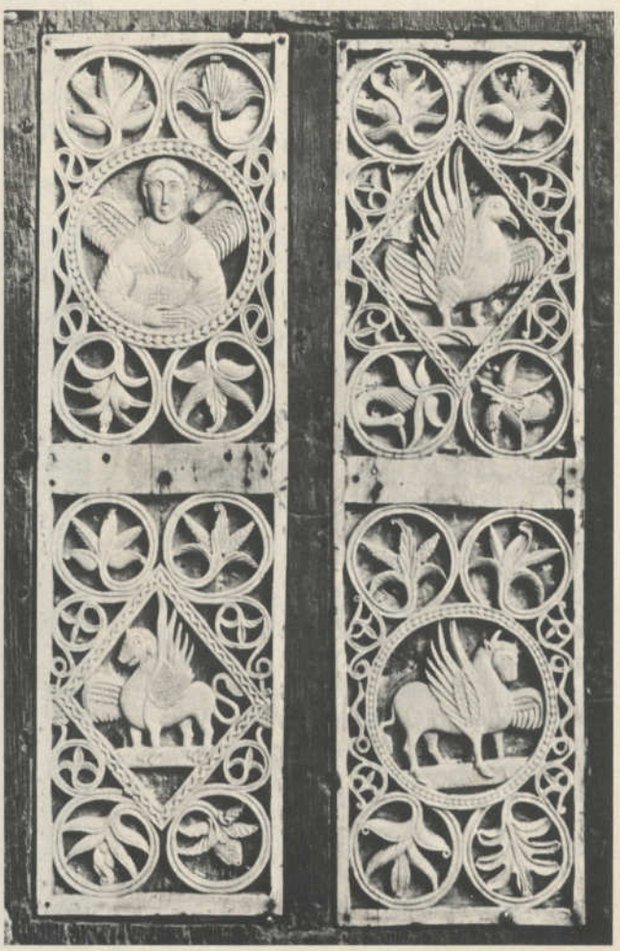
Das Heilige Reich

Von den nationalen und völkischen Spätformen abzuheben ist das Pathos der Kaiser- und Reichsidee, das im Mittelalter politisches Bewußtsein überhöhte. Das mittelalterliche Reich war die begrenzte Verwirklichung eines antiken, hauptsächlich von der Kirche tradierten Völkergedankens; er erfuhr durch die Kirche und ihre Organisation auch eine grundlegende politische Stärkung. In ihm war die Kirche nicht allein der führende Träger eines hochentwickelten und differenzierten künstlerisch- und allgemeingewerblichen Sachbedarfs, sie stellte auch ihre Bischöfe und Äbte für den Staatsdienst zur Verfügung, sorgte für den Nachwuchs durch Schulen, trug die gesamte Sozialfürsorge und unterstrich durch liturgische Akte die Stellung des Herrschers in Kirche und Welt als die eines *Christus Domini*, als eines Gesalbten des Herrn. Natürlich haben sich im Laufe der Jahrhunderte die politischen Schwerpunkte des ecclesiastischen Imperiums verlagert — mit der Auflösung des Karolingerreiches, mit der Abfolge der Herrscherhäuser, mit der Entstehung neuer ökonomischer Schwerpunkte. In der Kölner und Lütticher Reichskirche hatte es im 10. und 11. Jh. buchstäblich seine Hohe Schule und in Aachen dauernd den Gegenpol zu Rom — sichtbar im Karlsthron, geistig fundiert in der Theologie der karolingischen Hofschule. Die Heiligtumsfahrt zu den Aachener Reliquien, die Gewähr für Legitimität und Bestand der Herrschaft leisteten, oder das Zollprivileg, das die Aachener Kaufleute vom 14. bis zum 18. Jh. in Frankreich genossen, sind blasse Spuren von den ideellen, materiellen und sozialen Auswirkungen des Reiches. Sein wahrer geschichtlicher Ort erschließt sich erst aus seinem heilsgeschichtlichen Auftrag: als *imperium Romanum* und (nach patristischer Exegese) als letztes Weltreich auf das Jüngste Gericht vorzubereiten.

Bevor Dante dem weltenrichtenden Weihekaisertum um die Wende zum 14. Jh. das größte dichterische Monument errichtete, vollendete sich an Rhein und Maas im 12. und frühen 13. Jh. in Guß, Gold und Grubenschmelz die abendländische Kunsttradition des Heiligen Reiches auf Erden. Diese Kunst ist nicht anders zu verstehen denn als Teil einer Spätkultur. Sie als Absplitterung „deutscher Kunst" darzustellen, zählt zu den Abwegen nationalistischer Geschichtsschreibung; sie einseitig lokalistisch oder gar als ein erstes goldenes Zeitalter der niederländischen Kultur zu interpretieren (J. J. M. Timmers), ist nicht minder proble-

Codex Aureus von Freckenhorst, um 1100; Buchdeckel mit Evangelien-Symbolen, 1. Hälfte 10. Jahrhundert





Fotos: Odry

matisch. Dies trifft sich mit Versuchen, sie neuen sozialen Gruppen, vornehmlich dem aufsteigenden Bürgertum, zuzuweisen. Auch diese Deutung geht kaum an, es sei denn, daß wir bislang zu wenig beachtete Momente in unsere Vorstellungen vom Bürgertum des 10. bis 13. Jh. aufnehmen.

Libertas ecclesiae – Stadtfreiheit – Fürstenlibertät

Es wurde hier schon die Interdependenz von Kirchen- und Stadtgeschichte berührt. In das Gesagte fügt es sich, wenn wir — am Beispiel Kölns — verfolgen, wie aus der römischen *civitas* die Bischofstadt des Mittelalters wurde, also ein Verwaltungszentrum für Erzbistum und Stadt, in der dem geistlichen Herrn auch das Hochgericht und die Verwaltung der Regalien (Münze, Markt, Zoll) zufiel. Memorienstätten machten sie zur Pilgerstadt, ihre vielen Heiligen und Kirchen zum Kult- und Kulturzentrum, zum Anziehungspunkt vieler Menschen unterschiedlichen Standes. Die Überführung der Hl. Drei Könige aus Mailand nach Köln durch den Erzbischof Rainald von Dassel (1164) war ein Höhepunkt in dieser Entwicklung. Sie gehört in denselben Zusammenhang wie die Heiligsprechung Karls d. Gr. und geschah zu einer Zeit polemischer und erstmals ausgeprägt antikurialer Anspannung der Idee vom *sacrum imperium*. Zu dieser Zeit ist gewiß längst auch das Verhältnis der Bürgerschaft zur bischöflichen Stadtherrschaft in die Diskussion gekommen; aber es gilt zu beachten, daß das Freiheitspathos der kommunalen Bewegung, das fraglos auf einem gediegenen wirtschaftlichen Fundament ruhte, seine ideelle Legitimation aus der viel umfassenderen Freiheitsbewegung zog, die wir Investiturstreit oder Zeitalter der Kirchenreform nennen. Die Geschichte der Bruderschaften, Gilden, Zünfte und nicht zuletzt die Pfarrgeschichte bezeugen, in welchem Maße neue soziale Schichten an der *libertas ecclesiae* partizipierten. Die Sorge um das Seelenheil war zu einer sozialen Triebkraft geworden, gelegentlich bis zu gewaltsamem Umsturz. Aber die Symbole der Stadtfreiheit — der Stadtpatron, der Perron mit Kreuz im Schnittpunkt der Straßen, Roland als Paladin Karls d. Gr. auf dem Markt — deuten an, aus welchen Quellen die Idee der Stadtfreiheit gespeist wurde. Wenngleich die *villa* des Bischofs von Lüttich zu Huy nördlich der Alpen die älteste „Freiheitsurkunde" vorweisen kann, die ein Stadtherr einer „Gemeinde" bewilligte (1066), so darf deshalb doch nicht das Maastal zum Einfallstor der nordeuropäischen Stadtrechtsbewegung gemacht werden. In Köln sind die Grundlagen des Bürgerrechts schon im 10. Jh. viel breiter: der *civis* ist vertreten im Schöffenkolleg des stadtherrlichen Hochgerichts, das damals noch überall verwaltete, was öffentlich verwaltet werden mußte und somit Keimzelle aller Selbstverwaltung war; der *civis* wirtschaftete auf städtischem Boden gegen Zahlung eines Zinses, der ihn persönlich nicht band, und dies hinwiederum eröffnete ihm den Zugang zur „Gemeinde" (zur Parochie) als einer Lebens- und Rechtsgemeinschaft mit Nachbarschafts- und Zeugenhilfe. Das sind aber die wesentlichen Elemente des europäischen mittelalterlichen Bürgerrechts. Sie wurden keineswegs erst im 11. Jh. grundgelegt, vielmehr im späten 11. und im 12. Jh. kräftig aktiviert.

Ganz ähnlich verhielt es sich mit der „Fürstenfreiheit", die ebenfalls aus dem großen Disput des 11. Jh. ihre ideelle Überhöhung und Legitimation zog und den Prozeß der Territorialisierung beschleunigte. Mit der Entstehung von Territorialstaaten bahnt sich nun auch eine eigenständige niederländische Geschichte an. Der Rahmen des Reiches wurde dabei aber längst noch nicht gesprengt. Das 12. Jh. war Aufbruch nach einer großen Krise, in der in Wahrheit nur eine naiv in sich ruhende Kultur aufgeschreckt und auf den Weg gewiesen wurde, über sich selbst, über die Grundlagen ihrer Theologie, ihres Rechts wie ihrer Herrschaftsstrukturen ins reine zu kommen. Der essentielle Dualismus der europäischen Kultur wurde freigelegt und fruchtbar gemacht.

Wir haben in Gedanken einen Bogen von der Maas ins *imperium* und nach Rom gespannt und mit ihm eine Kraft nachzuzeichnen versucht, die das Selbstgefühl des Rhein-Maas-Landes bis zum Hochmittelalter in der hier wirkenden Reichskirche, im Fürstentum und in der Stadt wesentlich mitgeprägt hat. Dies Selbstgefühl muß demnach auch wesentlich funktional verstanden werden. Reiner von Huy, Godefroid von Claires, Nikolaus von Verdun, Hugo d'Oignies und die vielen für uns namenlos gebliebenen Meister übten ihre Kunst in einer langen gewerblichen Tradition des Maastales, aber sie standen im Form- und Ideenstrom der früh- und hochmittelalterlichen Christenheit. Ihre Kunst markiert einen Höhepunkt der mittelalterlichen Kunst überhaupt. Mit den Strahlen des Goldes, den Licht- und Schattenfurchen der Gravur, der dekorativen Verkleidung ihrer Bauelemente und dem geheimnisvollen Schimmer der Schmelzplatten repräsentiert sie den mittelalterlichen Kunstverstand schlechthin: *lux ex oriente*.

Prof. Dr. Hermann Jakobs lehrt Mittelalterliche Geschichte an der Universität Köln.

Marien-Schrein des Nikolaus von Verdun. Oben rechts: Kopf eines Bischofs (Holz).

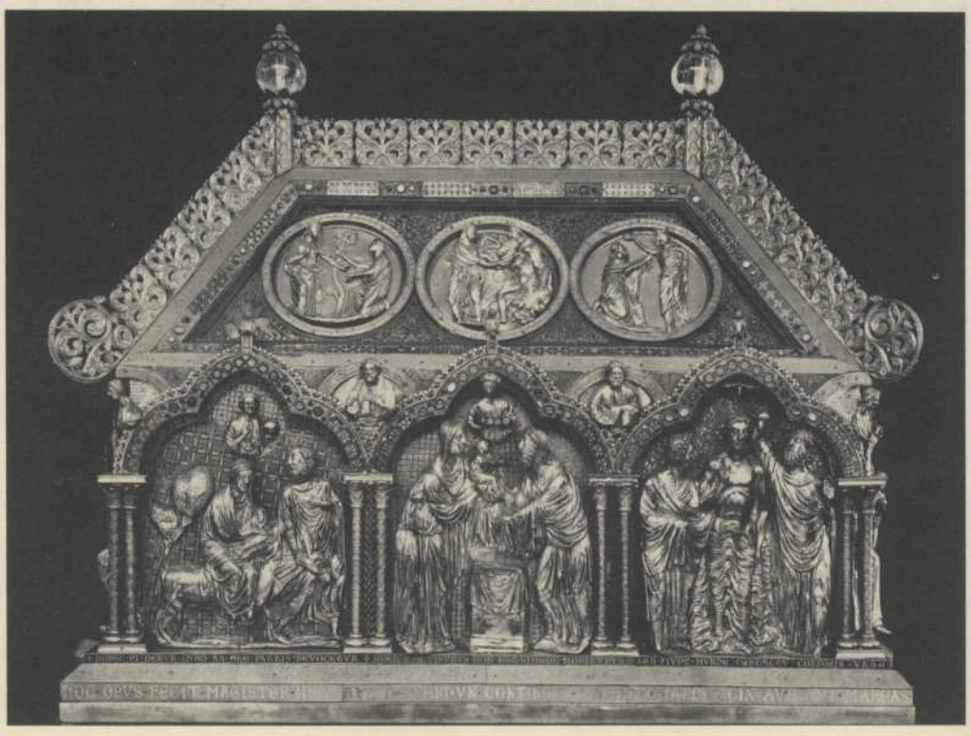


Foto: Rhein. Bildarchiv



Foto: Odry

RHEIN UND MAAS

Zeittafel zur mittelalterlichen Geschichte

Mitte 4. Jh. Servatius, Bischof von Tongern

355 Erwähnung eines *conventiculum ritus Christiani* in Köln

Anf. 5. Jh. Endgültige Ablösung der Römerherrschaft durch die Franken in Köln — die Stadt wird Sitz eines Königs der ripuarischen Franken

vor 535 Verlegung des Bischofssitzes von Tongern nach Maastricht

687—887 **Das Zeitalter der Karolinger**

717/18 Verlegung des Bischofsitzes von Maastricht nach Lüttich

768—814 Karl der Große — Ausbau der Aachener Pfalz und Stiftskirche

786/88 Erste Belege für die *lingua theodisca*

um 850 Sedulius Scottus, irischer Gelehrter und Dichter, legt den Grund für die geistige Bedeutung der Lütticher Schule

870 Weihe des karolingischen Domes in Köln

843, 870
879/80 Teilungen des Karolingerreiches

919—1024 **Das Zeitalter der Ottonen**

925 Eingliederung Lotharingiens in das ottonische Ostfrankenreich

953—65 Bruno I., Bruder Ottos d. Gr., Erzbischof von Köln und Herzog von Lothringen

953—56 Rather, führender Theologe seiner Zeit, Mönch von Lobbes, Bischof von Verona, Bischof von Lüttich; er stirbt 974 in Namur

959 Lothringen wird in die Herzogtümer Ober- und Niederlothringen aufgeteilt

972—1008 Bischof Notker von Lüttich — Bauherr und Kunstmäzen

um 1020 Der Mathematiker Ragimbold lehrt in Köln

1024—1125 **Das Zeitalter der Salier**

1042—48 Bischof Wazo von Lüttich

1047/64 Stadtgrafenrecht von Dinant mit Festlegung des Rechtes für Zuwanderer („Stadtluft macht frei")

1066 Privileg des Bischofs von Lüttich für seine villa Huy

1074 Ein Aufstand der Kölner Bürger wird von ihrem Stadtherrn, dem Erzbischof Anno II. von Köln, niedergeschlagen

1082 Die um die Jahrtausendwende in Südfrankreich einsetzende Gottesfriedensbewegung erreicht über Lüttich das Deutsche Reich — das Friedensgericht des Bischofs von Lüttich behauptet sich auf Jahrhunderte als Landfriedensgericht

1103 Der Kölner Erzbischof Friedrich I. bestätigt den Kaufleuten von Lüttich und Huy ihr altes Handelsrecht in Köln

1105 Umwallung der Kölner Vorstädte mit Erlaubnis des Kaisers Heinrich IV.

1106 Heinrich IV. stirbt in Lüttich bei der Vorbereitung eines Heerzuges gegen seinen aufständischen Sohn (Heinrich V.)

1107 Heinrich V. verleiht dem Grafen von Löwen in Nachfolge des Herzogtums (Nieder-) Lothringen den Dukat — für den Dukat setzt sich im Laufe des 12. Jh. der Name Brabant durch

1112 Tod Sigiberts von Gembloux, Historiograph und kaiserlicher Publizist im Investiturstreit

um 1115 Taufbecken des Reiner von Huy

1121 Der Perron von Lüttich ist seit dieser Zeit auf bischöflichen Münzen als Symbol der Stadtfreiheit bezeugt

1122 Wormser Konkordat zwischen Calixt II. und Heinrich V. betr. Einsetzung der Bischöfe und Reichsäbte in Deutschland, Burgund und Italien

1129 Rupert von Deutz stirbt — Oblate von St. Laurentius in Lüttich, um 1116 Mönch in Siegburg, 1120 Abt von St. Heribert in Deutz; führender Sprecher der konservativen monastischen Theologie, die den Einzug der Frühscholastik an Rhein und Maas verhindert

1132/44 Wiederaufbau der Basilika von Saint-Denis unter Abt Suger: Beginn der Gotik

1150/1250 Blütezeit der Rhein-maasländischen Romanik

um 1150 Heinrich von Veldeke (aus einem ritterlichen Geschlecht bei Maastricht) eröffnet mit seiner „Eneide" die Ritterdichtung in Deutschland

1138—1250 **Das Zeitalter der Staufer**

1145—1164 Bischof Heinrich II. von Lüttich, Machtträger Barbarossas im eroberten Mailand

1158 Tod Wibalds von Stablo, des einflußreichen, auf Verständigung mit Rom drängenden Ratgebers Kaiser Konrads III.

1164 Überführung der Hl. Drei Könige durch den Erzbischof Rainald von Dassel von Mailand nach Köln

1192 Ermordung des Bischofs Albert von Lüttich — das Domkapitel löst sich von der kaiserlichen Partei und besetzt hinfort den Bischofstuhl überwiegend mit Franzosen

1193—1205 Erzbischof Adolf I. von Köln verfolgt ausgesprochen „niederländische" Interessen im welfisch-staufischen Thronstreit

1235 Engelbert von Berg, Erzbischof von Köln, holt Isabella, die Schwester des englischen Königs, als Braut Kaiser Friedrichs II. von Hohenstaufen ein

1246 Die Visionen der Juliana von Lüttich veranlassen den Bischof Robert, ein Fest zu Ehren der Eucharistie (Fronleichnam) einzuführen

1248 Grundsteinlegung für den gotischen Dom in Köln durch den Erzbischof Konrad von Hochstaden

Einrichtung eines Generalstudiums der Dominikaner unter Leitung des Albertus Magnus

1288 Schlacht bei Worringen: im Bunde mit Jülich, Berg, Holland und den Städten in Brabant und am Niederrhein unter Führung der Stadt Köln Sieg des Herzogs von Brabant über die von Geldern, das Erzstift Köln, Luxemburg, das Hochstift Lüttich und Flandern: grundlegende Änderung der Kräfteverhältnisse im Niederland; Anfall des Limburger Erbes an Brabant. Der Kölner Erzbischof vermag nicht mehr dauernd in seiner Stadt zu residieren *H. J.*

DÄNEMARK UND DIE EWG

Klaus Lemke

...AUS KIELER SICHT

Intensiver als andere EWG-Länder und -Regionen beobachten wir in Schleswig-Holstein die Ereignisse in unserem Nachbarland Dänemark. Dies hat seinen Grund nicht nur in dessen geographischer Nähe, sondern auch in den engen historischen Beziehungen zu diesem skandinavischen Land, mit dem wir über mehrere Jahrhunderte in einem Staatsverband zusammenlebten. So gilt auch der Frage des dänischen EWG-Beitritts unser besonderes Interesse. Dabei verstehen wir die für viele EWG-Länder nicht immer verständlichen Argumente der gegenwärtigen heftigen EWG-Debatte in Dänemark sehr gut – vielleicht wegen einer gewissen „geistigen Nähe" – wenngleich wir die Sorgen der dänischen EWG-Gegner im Endergebnis nicht teilen.

Wir wissen, daß die Gegner eines dänischen Beitritts u. a. versuchen, antideutsche Gefühle zu wecken. Bei aller Anerkennung des Unrechts, das Dänen in der Vergangenheit von Deutschen zugefügt wurde, wären jedoch gerade auch die Angehörigen der jungen deutschen Generation betroffen, wenn dieses Argument bei der bevorstehenden dänischen Volksabstimmung ausschlaggebend würde. Wir glauben vielmehr, daß die heutige deutsche Demokratie das Vertrauen aller Dänen verdient.

Soweit in Dänemark generell eine gewisse Überfremdungsangst und ein verständliches Mißtrauen gegenüber den sogenannten „großen" Ländern und den „Eurokraten" in Brüssel bestehen, wird letztlich nur eine längere Praxis des Mitwirkens am europäischen Integrationsprozeß diese Bedenken beseitigen können. Vielleicht kann auch die Entwicklung in den drei „kleineren" Mitgliedstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg beweisen, daß die dänischen Befürchtungen einer Bevormundung durch die großen Staaten nicht gerechtfertigt sind.

Die dänischen Sorgen betreffen offenbar vor allem zwei Bereiche: einmal die Furcht einer kulturellen Überfremdung von Süden her, zum anderen den Aufkauf dänischen Bodens durch kapitalkräftige Bundesbürger. In beiderlei Hinsicht können wir die Bedenken unserer dänischen Nachbarn zwar verstehen, sind jedoch der Ansicht, daß dabei die Gefahren größer gesehen werden als sie tatsächlich sind. Ich möchte auch hier auf die Benelux-Länder hinweisen, in denen es in den vergangenen Jahren keine derartigen Entwicklungen gegeben hat. Auf kulturellem Gebiet hat die Öffnung der Grenzen vielmehr zu einer gegenseitigen Befruchtung geführt, nicht aber zu einem einseitigen Kulturimperialismus. Wenn wir zum anderen an die Zeit des dänischen Gesamtstaates zurückdenken, so sind auch damals die kulturellen Impulse sowohl von Dänemark nach Schleswig-Holstein als umgekehrt gegangen. Warum sollte es in der erweiterten EWG nicht auch so sein?

Was nun den Aufkauf von Land, insbesondere in den Erholungsgebieten an der See, betrifft, so haben wir uns in Schleswig-Holstein immer schon gegenüber den „reichen Leuten" aus Hamburg und dem Ruhrgebiet in derselben Situation befunden, in die Dänemark durch seinen Beitritt zu kommen fürchtet. Man kann jedoch keinesfalls davon sprechen, daß unsere schöne Landschaft von unseren Landsleuten im Süden in großem Umfange aufgekauft worden wäre. Im übrigen wurde die Entwicklung der Fremdenverkehrsgebiete allein vom Land Schleswig-Holstein und seinen Kommunen aus gesteuert.

Wenn man die Argumente der dänischen Beitrittsgegner verfolgt, so hat man mitunter den Eindruck, als ob nur Dänemark und der Norden Nachteile und Schwierigkeiten von einer EWG-Erweiterung zu erwarten hätten. Aus schleswig-holsteinischer Sicht sieht dies etwas anders aus. Die Vorteile eines dänischen EWG-Beitritts für die dänische Wirtschaft und Landwirtschaft liegen für uns ziemlich klar auf der Hand.

Nun möchte ich allerdings auch mit aller Deutlichkeit feststellen, daß wir in Schleswig-Holstein von der Erweiterung nach Norden vor allem zwei entscheidende Vorteile erhoffen. Wir erwarten auf der einen Seite eine erhebliche Steigerung unseres Außenhandels mit den nordischen Staaten. Unsere traditionellen Handelsbeziehungen zum Norden sind in der Vergangenheit durch den Zollgraben zwischen EWG und EFTA erheblich beeinträchtigt worden. Zweitens gehen wir davon aus, daß sich nach einer EWG-Erweiterung der Standort Schleswig-Holstein erheblich verbessern wird. Das Land Schleswig-Holstein kommt dann aus seiner extremen Randlage innerhalb der EWG heraus und wird – so hoffen wir – durch seine Nähe zum kaufkräftigen skandinavischen Markt attraktiver werden, insbesondere für Unternehmen aus dem Zentralraum der EWG. In einer erweiterten EWG wird Schleswig-Holstein seine Brückenfunktion, die ihm von der Geographie her vorgegeben ist, besser erfüllen können. Aus diesen Gründen und natürlich auch aus übergeordneten politischen Gesichtspunkten wird die bevorstehende Erweiterung der EWG von unserer Bevölkerung, der Wirtschaft und den politisch relevanten Kräften fast einhellig begrüßt.

Neben den erwähnten positiven Aspekten bringt die Erweiterung der EWG nach Norden unserem Land jedoch auch einige – zumindest vorübergehende – Schwierigkeiten. Die Ansiedlung dänischer und skandinavischer Betriebe in Schleswig-Holstein wird nachlassen, wenn wir auch nicht erwarten, daß die Unternehmen, die sich bisher hier niedergelassen haben, unser Land wieder verlassen werden. Der Beitritt Dänemarks wird auch sicherlich gewissen Branchen unserer Wirtschaft eine verstärkte Konkurrenz bringen, z. B. der Nahrungsmittel-, der Baustoff- und der Holzindustrie. Auch für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft wird der Wettbewerb durch den dänischen Beitritt noch schärfer werden, nicht zuletzt wegen der leistungsfähigen Exportorganisationen Dänemarks und seines hohen Qualitätsniveaus.

Es kann allerdings keine Rede davon sein, daß man in Schleswig-Holstein die Konkurrenz aus dem Norden fürchtet und gar unterbinden will. Uns kommt es darauf an, möglichst bald nach Inkrafttreten der Beitrittsverträge alle noch bestehenden Wettbewerbsverzerrungen nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze – z. B. auf dem Energiesektor – zu beseitigen. Dabei ist zu bedenken, daß unsere Grenze mit Dänemark die einzige EWG-Landgrenze ist, die von den Beitrittsverträgen unmittelbar berührt wird.

Dem Verkehrssektor wird der zusätzliche Güterverkehr, der von der EWG-Erweiterung auf den durch Schleswig-Holstein führenden internationalen Routen zu erwarten ist, neue Probleme bringen. Schon heute sind diese Verkehrswege stark belastet. Wir werden in Zukunft erhebliche zusätzliche Investitionen leisten müssen. Hier seien die großen Brückenprojekte im Bereich der westlichen Ostsee erwähnt, die für die Entwicklung der Verkehrsströme sowohl in Dänemark als auch in Schleswig-Holstein von großer Bedeutung sein werden und deren Verwirklichung Dänemark und Deutschland mit Hilfe der EWG gemeinsam anstreben sollten. Hier bietet der Beitritt Dänemarks zur EWG einen guten Ansatz zu einer verstärkten deutsch-dänischen Zusammenarbeit, die vielleicht sogar zu einer gemeinsamen Regionalpolitik führen könnte.

Dr. Klaus Lemke ist EWG-Referent im Wirtschafts- und Verkehrsministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Korrespondenten berichten aus den Mitgliedsländern

Belgien

Grand' Place ohne Wagen

Die Stadt Brüssel hat ihr schönstes Schmuckstück poliert. Oder besser: Brüssel hat seine gute Stube gründlich gekehrt. Durch Anordnung der Gemeindeverwaltung ist auf dem großen, von mittelalterlichen Bauten umgebenen Karree der Grand' Place das Parken von Autos und Bussen verboten, zunächst den Sommer über, versuchsweise. Wer jetzt auf die Fassade des gotischen Rathauses blickt, auf die alten Zunfthäuser mit ihren vergoldeten Renaissance-Ornamenten, dessen Auge streift nicht mehr über die Felder hunderter gerundeter Blechdächer, sondern er sieht das Kopfsteinpflaster, das die Grand' Place, den Groote Markt, stilgerecht bedeckt. Der Verkehr ist allerdings nicht ganz verbannt: vorbeirollende Vehikel des 20. Jahrhunderts bewahren den Betrachter davor, sich vollends ins Mittelalter zurückzuträumen.

Ob man diesen Parkplatz aus der guten Stube verbannen kann, war schon früher manchmal ausprobiert worden: wenn z. B. der Platz geräumt wurde für die Vorfahrt eines hohen Staatsgastes zum obligaten Besuch beim Bürgermeister, oder wenn die Blumenzüchter der Umgebung ihre bunten Blütenteppiche legten. Auch dann wird die Grand' Place autofrei, wenn Sonntagmorgens der Vogelmarkt hier Hausrecht hat oder der große „Ommegang" stattfindet, ein Umzug, der mit kostbaren historischen Kostümen Szenen der „belgischen" Geschichte wiedererwecken und in warmer Sommernacht Touristen und Einheimische bezaubern soll. Jedes Mal pflegten bei solchen Anlässen Brüsseler, die ihre Stadt lieben und besonders an dem hängen, was trotz rasantem Baueifer ihr noch an historischer Patina blieb, zu denken, zu sagen und zu schreiben: warum kann es nicht immer so sein? Einen Parkplatz zu finden, ist in der engen Brüsseler Innenstadt zweifellos schwer, und zum Kummer von Polizei und Feuerwehr wird ständig unerlaubt an Bordsteinen, selbst unter Verbotsschildern, geparkt, was sich häufig als sehr hinderlich bei Brandbekämpfungen in der feuergefährdeten Altstadt erwies. Solange man auch die parkenden Autos geduldet hat – immer schon sorgte sich Brüssel um stilistische Architektur-Sauberkeit: die Bauordnung verbietet jeden Hochbau, der vom Marktplatz aus hinter den alten Fassaden sichtbar werden kann. Einmal gab es da eine Panne: vom Bürgersteig vor dem Rathaus aus erspähten erschreckte Bürger den 'gen Himmel strebenden Turm eines neuen Hotelbaus. Die tapfere Konsequenz: einige Stockwerke des ursprünglichen Bauplans wurden gekappt.

Vor ein paar Jahren tagte in Brüssel eine Ministerkonferenz des Europarats, die sich mit dem Schutz alter Bauwerke befaßte. Der belgische Fürst Albert, Bruder des Königs, hatte das Präsidium übernommen. Alle Gäste und einheimischen Teilnehmer waren sich einig darüber, daß die gastgebende Landeshauptstadt mit ihrem wildwuchernden Urbanismus und ihrer unbändigen Abbruchfreudigkeit für das Thema der Konferenz kein gutes Beispiel gab. Einig war man sich auch, daß es nicht genügt, einzelne historische und wertvolle Bauten unter Denkmalschutz zu stellen und zu pflegen, sondern daß auch auf die Umgebung geachtet werden muß. Eine Photoausstellung zeigte häßliche Nachbarschaften von Alt und uneingefühltem Neu – auch von Parkplätzen, die die Atmosphäre zerstören. Der Bruder eines Königs kann in manchen Dingen aktiver sein als der Besitzer des Throns. Er ist sogar laut Verfassung Mitglied des belgischen Senats; der Umweltschutz ist eines seiner Lieblingsthemen, und er hat sich an die Spitze von Brüsseler Bürgerinitiativen zur pfleglichen Behandlung des Stadtbildes gestellt. Die Stadtverwaltung hat sich nun solchem immer drängenderen Begehren ihrer Bürgerschaft nicht verschlossen und mit dem Auskehren der parkenden Autos von der Grand' Place ein Beispiel gegeben, wie es sonstigen Orts leider sehr selten ist. Der Vorrang von Ästhetik vor dem rein Nützlichen findet hoffentlich noch Nacheiferer, nicht nur in Belgien.

„Meine Freunde, wir müssen dieses Land schöner machen." Diesen Aufruf erließ vor langer Zeit der flämisch-belgische Dichter und spätere Genter Universitätsprofessor, August Vermeylen (1872 bis 1945). Er hat der Nachwelt manches hinterlassen; so ist er einer der geistigen Begründer der Volksbewegung zur Festigung des flämischen Selbstbewußtseins, die heute erst an ihr Ziel gekommen ist. Die Erfüllung seines Traums von einem schöneren Belgien läßt jedoch im ganzen gesehen auf sich warten. Vermeylens Lebenszeit waren gerade die Jahrzehnte des unbedachten Aufschießens der Industrien mit ihren düsteren engen Wohnstätten für die Arbeiterschaft; es war die Zeit, wo der kühl konstruierende und kalt kalkulierende Rationalismus das begründete, was die Menschheit heute als Umweltproblem belastet. Die Grand' Place, Sommer 1972, ist in dieser Welt eine Schwalbe . . . *Jean Godefroid, Brüssel*





Fotos: Haine

Frankreich

Kein schöner Friede

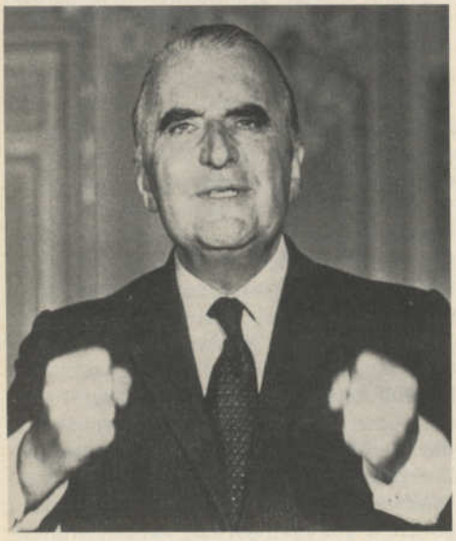
Das Referendum am 23. April 1972 über die EWG-Erweiterung um Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen hat in Frankreich nicht etwa einen Schlußpunkt unter lange Europa-Debatten gesetzt, sondern eher die Dringlichkeit der Frage erhöht, wie es mit Europa nach den Vorstellungen von Staatspräsident Pompidou denn nun weitergehen soll. Am Europa-Enthusiasmus der Mehrheit der Franzosen hat ohnehin nie ein Zweifel bestanden; insofern war dieser Volksentscheid mit seinem dramatischen „Wahlkampf" eine optische Täuschung. Eine wirkliche Alternative, also eine Kehrtwendung der französischen Außenpolitik und ein Rücktritt des Staatspräsidenten wie nach dem negativen Volksentscheid von 1969 mit General de Gaulles Abschied von der Politik – eine solche Möglichkeit hatte diesmal in keinem Augenblick zur Diskussion gestanden. Die regelmäßig in den Zeitungen „Figaro" und „France-soir" veröffentlichten Resultate von Meinungsumfragen zeigten, daß es beim Referendum eher um Prozente von Ja-, Nein- und Enthaltemich-Sagern ging. Man darf beim Referendum über Europa nicht übersehen, daß in Frankreich spätestens im Frühjahr 1973, möglicherweise schon früher, Parlamentswahlen stattfinden werden, und daß dieses Referendum, abseits aller Europa-Überlegungen, ein lebhaftes und an Überraschungen reiches Mit- und Gegeneinander der zahlreichen politischen Parteien und ihrer Führer ausgelöst hat. Dieses zu erreichen war mit Sicherheit ein wesentlicher Grund dafür, daß der Staatspräsident, der noch bis 1976 im Amt ist und sich auf veränderte Mehrheiten im Parlament einrichten muß, dieses Referendum zu diesem Zeitpunkt ansetzte.

Daß die Kommunistische Partei Nein zum größeren Europa sagen würde, war zu erwarten gewesen, obwohl man nach der Anerkennung der „Realität EWG" durch den sowjetischen Parteichef Breschnew zeitweise Anlaß zu der Vermutung hatte, die KPF würde sich zu einer Kompromißlösung (Stimmenthaltung) entschließen. Zu diesem Schritt konnten sich Frankreichs Kommunisten aber schon deswegen nicht durchringen, weil sie in einem Europäischen Parlament zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, vielleicht nicht einmal vertreten wären. Jetzt sind sie ein erheblicher innenpolitischer Machtfaktor, welcher z. B. die größte Gewerkschaft des Landes beherrscht. Ähnlich wie in Italien gilt für Frankreichs Kommunisten die Parole, daß im Fall Europas die Vereinigung nicht stark, sondern schwach macht.

Frankreichs Sozialisten, die zur Stimmenthaltung aufgerufen hatten, folgten dem schon beinahe tragischen Vorbild der britischen Sozialisten. Aus innen- und parteipolitischen Erwägungen stellen sie ihren Idealismus zurück, leugnen ihr Credo und werden wahrscheinlich eines Tages für ihre Taktik zahlen müssen. Die Mehrheit der britischen und französischen Sozialisten hat aus nicht gerade weitsichtigen Überlegungen dafür gesorgt, daß heute die Europa-Initiative weitgehend in die Hände bürgerlicher Parteien geraten ist.

In Frankreichs Mehrheits-Partei, der gaullistischen UDR, herrscht allerdings auch nach dem Referendum alles andere als schöner Friede. Dabei geht es nicht so sehr um das „ob", sondern um das „wie". Der Schatten des toten Generals, der noch heute über jeder größeren politischen Entscheidung der französischen Regierung liegt, war in diesem Fall dunkler denn je. „Wie würde Charles de Gaulle handeln?" war die permanente Frage der gaullistischen Vermächtnis-Verwalter. Die orthodoxen Gaullisten lehnen jeden Hauch von Supranationalität im Europa der Zukunft ab; sie interpretierten auch in die Europa-Äußerungen des Staatspräsidenten Pompidou mehr Feindseligkeit gegen Supranationalität hinein als von ihm je ausgesprochen wurde. In der gaullistischen Mitte ist man sich endlich einig, daß des Generals Veto nie grundsätzlich der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG gegolten hat, sondern nur durch die Zeit und die inzwischen veränderte politische Konstellation bedingt war. Eine in Prozenten nicht zu erfassende, aber sicher große Schar von Gaullisten sieht in Georges Pompidou den Mann, der, durchaus im Sinne der Visionen des Generals, Europas Zukunft in die Form eines taktischen Konzepts gießen will und kann.

Der Kampf um die Stimmen des Referendums ist beinahe ohne Argumente darüber geführt worden, wie Europa eines Tages aussehen soll: soll es nun eine Föderation, Konföderation oder was immer werden? Mit der Blanco-Vollmacht, die eine generelle Zustimmung der Mehrheit des französischen Volkes bedeutet, kann Georges Pompidou konkreter werden als bisher. Seine Reden während einer dreitägigen Wahlreise durch Lothringen Mitte April bestärken Vermutungen, daß er sich vorsichtig aber entschlossen von den Gralshütern des orthodoxen Gaullismus und dessen Europa-Bild abwendet. *Lutz Krusche, Paris*





Fotos: Pandis

Geht Pompidou tatsächlich in die Richtung, die Debré mit viel schönen Reden preist?

Frankreich/Deutschland

Deutsch im Elsaß

Der Generalrat des französischen Départements Bas-Rhin hat das Erziehungsministerium in Paris einstimmig aufgefordert, an den elsässischen Volksschulen für alle Kinder vom 9. Lebensjahr an Deutsch als Pflichtfach einzuführen. Das unterelsässische Regionalparlament hofft, mit diesem Vorstoß endlich jenen „Sprachenstreit" beilegen zu können, der Lothringen und das Elsaß seit mehr als zwanzig Jahren bewegt. Der Zeitpunkt scheint günstig gewählt zu sein. In beiden Grenzregionen werden die trüben Erinnerungen, die sich an die zweimalige Zugehörigkeit zum „Deutschen Reich" knüpfen, immer mehr von ausgleichenden Argumenten verdrängt. Wie stark der Stimmungswandel ist, zeigte eine kürzlich im Elsaß durchgeführte Umfrage zum Thema Zweisprachigkeit: knapp 85 % aller Eltern plädierten da für einen „intensiven Deutschunterricht vom ersten Grundschuljahr an".

Gestützt auf diese überwältigende Meinungsmehrheit treten jetzt auch prominente ostfranzösische Politiker immer



Foto: Häusser

„Deutsch" im Schatten des Straßburger Münsters: immer noch eine heikle Sache.

nachdrücklicher für Zweisprachigkeit in den Grenzprovinzen ein. Pierre Pflimlin, der ehemalige französische Ministerpräsident und jetzige Oberbürgermeister von Straßburg, gibt sich allerdings zurückhaltend: „Meiner Ansicht nach sollte man den Eltern die Entscheidung über die Teilnahme ihrer Kinder am Deutschunterricht überlassen. Nichtdestoweniger erscheint es mir außerordentlich wünschenswert, daß unsere Kinder deutsch lernen."

Pierre Messmer, französischer Staatsminister und Bürgermeister von Sarrebourg, geht da schon weiter: „Fast alle Elsässer und die meisten Lothringer fordern die Chance einer zweisprachigen Ausbildung, ohne daß ihr Patriotismus darunter leidet. Wir sollten diese Forderung unserer Wähler nicht länger ignorieren." Noch deutlicher wird Joseph Rey, Oberbürgermeister von Colmar und nach eigenem Bekenntnis „überzeugter Europäer": „Schon unsere geographische Lage verpflichtet uns, das Deutsche hier besonders gründlich zu lehren. Ohne die Zweisprachigkeit können wir Elsässer unsere wichtigste Aufgabe nicht erfüllen, Vermittlungs- und Bindeglied zwischen den Nachbarvölkern zu sein."

Solche Abkehr von der unbewältigten Sprachvergangenheit sollte freilich deutsche Besucher nicht dazu verleiten, sich unaufgefordert zu diesem immer noch heißen Thema zu äußern. Alte Emotionen würden so nur wieder geweckt. Ein Straßburger Gesprächspartner etwa, mit dem ich als Gast „von drüben" zuweilen in einer Brasserie am Münster sitze, hält das „Französisch im Kindergarten"-Programm des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums für einen ausgezeichneten Vorschulversuch. In Grenzgebieten, meint er, sollten alle Kinder zweisprachig erzogen werden. Trotz dieses Lobs reagiert er jedoch auf meine beiläufige Frage, wie weit denn die Zweisprachigkeit an den elsässischen Schulen gediehen sei, ziemlich grob: „Da solltet Ihr Deutschen uns besser keine Vorwürfe machen. Schließlich seid Ihr ja daran schuld, daß wir überhaupt so etwas wie einen Sprachenstreit haben."

Der Vorwurf mag hart klingen, von der Hand zu weisen ist er nicht. Zweimal, von 1871 bis 1918 und von 1940 bis 1945, „gehörte" „Elsaß-Lothringen" zu Deutschland. Vor allem die zweite Periode ist für viele Elsässer immer noch mit schmerzlichen Erinnerungen verbunden. Schüler, die damals französisch sprachen, wurden bestraft, Gymnasiasten häufig von der Schule gewiesen. Und Erwachsene, die „bonjour" statt „Heil Hitler" sagten, landeten oft genug im KZ Schirmeck, um dort „grüßen zu lernen". Überdies hatte das Elsaß im Zweiten Weltkrieg mehr Tote und größere Zerstörungen zu beklagen als alle übrigen französischen Provinzen.

Die Folge: Deutsch blieb bei der Mehrheit der Bevölkerung bis weit in die 60er Jahre hinein verhaßt. Die Behörden wollten „die Sprache der Nazi-Barbaren ausrotten", und viele Elsässer sprachen zu Hause lieber holpriges Französisch als flüssiges Deutsch, damit ihre Kinder nur ja nicht die Sprache des „Erbfeindes" lernten. Lehrer, die zuvor nur in Deutsch unterrichtet hatten, paukten nun nachts die französischen Vokabeln, die sie tags drauf ihren Schülern beibringen wollten. Und Schulkinder wurden fortan gerügt, wenn sie deutsch redeten. Unberührt von allen diesen Anstrengungen, im Grenzland so etwas wie eine sprachliche Maginot-Linie zu errichten, blieb nur das „Elsässerditsch". Wie eh und je sprechen auch heute über 80 % aller Elsässer diese alemannische Mundart. ▶

Erst seit wenigen Jahren lassen die fortschreitende deutsch-französische Verständigung, familiäre Bindungen über die Grenze hinweg und vor allem sachliche Überlegungen das „Feindbild" der deutschen Sprache verblassen. Nicht, daß Elsässer und Lothringer plötzlich alle Ressentiments gegen die Deutschen über Bord geworfen hätten. Doch auf die Dauer wiegt die berufliche Zukunft schwerer als 25 Jahre alte Erinnerungen. Das Elsaß bietet nämlich ebenso wie die „lothringische Wüste" – so „Le Monde" – keine große Auswahl an gutbezahlten Arbeitsplätzen mit Aufstiegschancen. Um so verlockender wirken da die Stellenanzeigen in Elsässer und Lothringer Regionalzeitungen, in denen innerfranzösische und deutsche Firmen zweisprachige Mitarbeiter suchen. Die Hoffnungen fast aller dieser Inserenten, in den Grenzgebieten zweisprachige Arbeitskräfte zu finden, werden freilich enttäuscht. „Die heutigen stellensuchenden jungen Leute aus dem Elsaß und aus Lothringen", klagt der „René-Schickele-Kreis", „können an solchen Bewerbungen nicht mehr teilnehmen."

Die Bemühungen dieses – nach dem bekannten elsässischen Romancier („Das Erbe am Rhein") benannten – Kreises um einen ausreichenden Deutschunterricht finden denn auch gerade bei der jüngeren Generation immer mehr Anklang. So gesteht ein junges Mitglied des unterelsässischen Generalrats unumwunden: „Gefühle können wir uns in dieser Frage nicht leisten. Wer auch nur halbwegs pragmatisch denkt, muß die Zweisprachigkeit fördern." Selbst die französische KP und die stark linksorientierte Lehrergewerkschaft fühlten sich durch diese Entwicklung zu einer Kehrtwendung bemüßigt. Während sie früher jede Ausweitung des Deutschunterrichts entschieden ablehnten, propagieren sie seit Sommer 1971 die drei Départements Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle als „französische Regionen deutscher Muttersprache".

Ein Teil dieses durch vielerlei Faktoren beeinflußten Stimmungsumschwungs wird indessen durch die aggressiven Töne der „Elsaß-Lothringischen Föderalistischen Bewegung" des Straßburger Arztes Dr. Marcel Iffrig wieder zunichte gemacht. Iffrigs Hausblatt, die deutschsprachige „Europäische Stimme Elsaß-Lothringens", wirbt für die Abschaffung der „Kolonialherrschaft des Pariser Zentralismus" und die „Gleichberechtigung der deutschen Sprache in unseren Volksschulen". Gleichzeitig sagt es der Zentralregierung an der Seine schlicht „Nazi-Methoden" nach. Möglicherweise durch solche Anwürfe verprellt, hieb André Bord, Staatssekretär im französischen Innenministerium, in die gleiche Kerbe und nannte die wachsende Salonfähigkeit der deutschen Sprache in den Ostprovinzen ebenso schlicht eine „Beleidigung der Frontkämpfer und Kriegsgefallenen".

Wieweit diese Äußerung des Staatssekretärs persönliche Gefühle widerspiegelt, ist schwer zu sagen. Tatsache bleibt, daß ein verstärkter Deutschunterricht inzwischen kaum noch am Widerstand der Elsässer und Lothringer, sondern vielmehr am Fehlen geeigneter Lehrkräfte scheitert. Das französische Erziehungsministerium entsendet immer noch, in eingefahrener Nachkriegsroutine, größtenteils Lehrer aus dem Landesinnern in die Grenzprovinzen. Von diesen Lehrern hat kaum einer Deutschkenntnisse. Der unterelsässische Generalrat hofft nun mit seiner offenen Forderung, die Zentralregierung in Paris zu einer Änderung dieses starren Schemas bewegen zu können. Und der René-Schickele-Kreis leistet den Regionalpolitikern Schützenhilfe: „Es liegt an uns, ob die Schule unseren Kindern die grundlegenden Kenntnisse für ein Leben in Europa vermittelt oder nicht." *Lothar K. Frost, Saarbrücken*

Elsässer – weiter zwischen den Fronten, den sprachlichen wie denen der Wirtschaft



Foto: Häusser

Deutschland

Europa in Nievenheim

Das Amt Nievenheim liegt am linken Niederrhein, im Hinterland der Autobahn Köln–Neuß–Düsseldorf. Seiner Verwaltung unterstehen drei selbständige Gemeinden mit insgesamt 11 000 Einwohnern. Wer die Autobahn bei dem als Bayer-Sitz bekannten Dormagen verläßt, erkennt auch heute noch die bäuerliche Struktur dieses Landesteils. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Besiedlung hier dichter, die vormals niederrheinisch-katholisch-landwirtschaftliche Sozialeinheit durchbrochen. Zuerst kamen ostdeutsche Flüchtlinge, später ließen sich Industrien nieder: ein Aluminiumwerk, eine Betonfabrik, ein Schwimmbeckenfertigbau – meist mittlere Betriebe. Zu ihrer Arbeiter- und Angestelltenschaft gesellten sich Nachbarn aus Dormagen, die in Nievenheim ein „billiges" Grundstück für ihr bescheidenes Giebelhaus gefunden hatten. So entstand ein Konzentrat unterer und mittlerer Sozialschichten wie überall, wo Landwirtschaft und Industrie einen räumlichen Verbund eingehen.

Im Amtsbereich Nievenheim leben heute 420 Ausländer aus sechs Nationen, vorwiegend Arbeiter. Jede nationale Gruppe stellt eigene Probleme. Alle zusammen belasten die drei kleinen Gemeinden des Amtes mit ihrer relativ großen Zahl und Vielschichtigkeit, sind doch einem derart kleinen Amtsbezirk weder technisch-administrative noch finanzielle Leistungen möglich, die man von einer Stadt erwarten kann.

Indessen: „Man soll die Schwierigkeiten einer Ausländer-Integration nicht immer aus dem Blickwinkel der Städte und Ballungsräume sehen", sagte mir Amtsdirektor Johannes Sticker, „gewiß ist uns vieles verwehrt, was anderswo möglich ist. Dafür können wir aber leichter das realisieren, was in der Ausländer-Betreuung am wichtigsten ist." Wie schon bei meinen Recherchen zur Schulsituation der Gastarbeiterkinder (Nr. 11/1971) stieß ich auch in Nievenheim auf die Tatsache, daß auf der untersten Verwaltungsebene und im überschaubaren Bereich die Eingliederung von Fremden ins deutsche Alltagsleben am leichtesten ist. Erste Voraussetzung dafür sind das Kennen und Bekanntsein der Menschen, ihre namentliche und nicht anonyme Existenz, ihr Leben in einer Art dauernder persönlicher Begegnung.

Dem Ziel des gegenseitigen Kennenlernens dienen in Nievenheim Gespräche, zu denen jeder einzelne Ausländer per Brief in seiner Muttersprache eingeladen wird. Die Ausspracheabende im jeweils „nationalen Rahmen", zu denen Vertreter der Konsulate und andere Betreuer hinzugezogen werden, erfüllen in oft bis



Foto: Darchinger

. . . fühlt sich wohl am Rhein.

sein, und die Unsicherheit des Arbeitsplatzes hindern andererseits die langfristige Investition in ein Wohnungseigentum, zu der trotz allem viele bereit wären. Sticker plädiert für neue Bau- und Finanzierungsformen, für den Einsatz der sogenannten Wegwerf- oder Kunststoffarchitektur für diejenigen, die oft Jahre hindurch nicht wissen, ob sie dauernd oder befristet, lange oder kurze Zeit in der Bundesrepublik bleiben werden.

Ein weiterer Problemkomplex heißt „Kindergarten – Schule – Weiterbildung – Deutschlernen" mit seinen räumlichen, personellen und finanziellen Schwierigkeiten. An letzter Stelle in der Liste der Dringlichkeiten kommen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Familienzusammenführung, arbeitsrechtliche Fragen, gesellige Kontakte, Umgangsformen.

Etwas scheinbar Nebensächliches ist in der Nievenheimer Praxis psychologisch von großer Bedeutung: noch während der Veranstaltung diktiert der Amtsdirektor seinen Bericht über den Verlauf der Diskussion und ihre Ergebnisse auf Tonband. Er wird in die Landessprache den Teilnehmern rückübersetzt, die ihn ergänzen und präzisieren können. Sie beteiligen sich also am ersten Schritt des Umsetzens menschlicher Wünsche in Verwaltungsakte. Am nächsten Tag liegt der Bericht dann in Maschinenschrift vor. Jetzt ist entscheidend, daß die Konsequenzen aus der Aussprache für die ausländischen Mitbürger möglichst bald sichtbar werden. Man darf nicht auf politische Entscheidungen warten oder gar auf Opferbereitschaft und Idealismus hoffen.

In Nievenheim hat solche Entschlossenheit vor allem zwei günstige Ergebnisse gebracht. Erstens konnten für 120 türkische Arbeiter und viele südländische Familien in Zusammenarbeit von Industrie, Gemeinde und Baugesellschaften Wohnungen gebaut werden und nicht bloß Unterkünfte; denn es geht ja u. a. darum, den Antrieb zu sozialem Aufstieg, der in die Bundesrepublik geführt hat, nicht wieder zu lähmen. „Einige der Probleme, die andernorts entstehen, kennen wir hier nicht", sagt Sticker und meint die Einfügung ausländischer Arbeiter zur Miete oder Untermiete in deutsche Wohnungen – sofern sie überhaupt möglich ist. Bei allzu großem Zivilisationsabstand ist nämlich eine Trennung besser, freilich auch nur dann, wenn es begleitende Informationen über den Umgang mit Elektroanlagen und technischem Gerät gibt (die Zahl der Unfälle im Haushalt ist bei Ausländern viel höher als bei Deutschen). Zweitens wurden für ausländische Kinder deutsche Patenfamilien gefunden, bei denen sie den Nachmittag verbringen. Die familiäre Geborgenheit und eine Bezugsperson in dem Kulturbereich, in dem die Ausländerkinder sich zurechtfinden sollen und müssen, ist natürlich eine nicht überall mögliche, wohl aber optimale Hilfe für Kinder, besonders dann, wenn in der Patenfamilie Gleichaltrige leben und die Betreuerin bei den Schularbeiten helfen kann.

Mißverständnis, Ärger und Verdrossenheit erwachsen bei den Gastarbeitern vor allem aus der meist totalen Unkenntnis deutschen Rechts und aus der durchweg als unpersönlich und herablassend empfundenen Behandlung durch deutsche Behörden, wobei allerdings die Regel gilt, daß mit zunehmenden Sprachkenntnissen die Empfindlichkeit nachläßt.

Die Nievenheimer Aktivitäten haben Zusammenhang mit entsprechenden Anregungen aus der Landeshauptstadt Düsseldorf und Vorbildern aus dem benachbarten Neuß, wie denn überhaupt zu betonen ist, daß mit Negativlisten, klagenden und selbstanklagenden Publikatio-

Im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen leben 600 000 ausländische Arbeitnehmer.

325 ausländische Lehrer sind NRW-Landesbedienstete. 160 Sozialbetreuer für Ausländer kosten ca. 2,9 Mio. DM Gehalt. Davon zahlt das Land NRW ein Drittel. Nötig wären mindestens 4000 Betreuer. Ein Förderungsprogramm hat die Ausbildung von 3000 sozialen Beratern zum Ziel, jedoch fehlt es allen Organisationen und Verbänden an Menschen.

Das Zentralinstitut für deutsches Auslandsschulwesen entwickelt einen Deutschkurs für Kinder ausländischer Arbeitnehmer.

Das Bundesarbeits- und -sozialministerium hat einen Sprachfilm für Erwachsene vorgelegt, der auf Erfahrungen mit dem vom Goethe-Institut entwickelten Film „Guten Tag" beruht, dabei aber stärker auf die Mentalität ausländischer Arbeitnehmer eingeht.

Seit zehn Jahren existieren in NRW Arbeitsgemeinschaften, denen Vertreter aller in die Gastarbeiterfragen einbezogenen Ministerien, Verbände, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen angehören.

Ein weiterer Arbeitskreis wurde kürzlich vom Bundespresseamt eingerichtet.

Die Arbeitsämter der Bundesrepublik sollen auch auf lokaler Ebene solche Koordinierungskreise anregen.

nen, mit denen sich in letzter Zeit viele Medien geradezu wollüstig überboten, nichts zu erreichen ist, hingegen positive Bürger- oder Ämterinitiativen meist zur Nachahmung anspornen.

Die Niederschrift über ein Nievenheimer Koordinierungsgespräch der amtlich Zuständigen mit Gastarbeitern schließt wie folgt: „Auf deutscher Seite – insbesondere auch am Arbeitsplatz – wird die Empfindsamkeit des Ausländers anscheinend weit unterschätzt. Plumpe Vertraulichkeit, gedankenlose Schnodderigkeit, demonstrative Gleichgültigkeit, Hänselei, Spottlust, kurz, der ganze Komplex des Nicht-so-Gemeinten verletzt den anderen oft bis auf den Grund seiner Seele. Er wird traumatisiert und nimmt aus solcher Verwundung alle Farben seines Deutschlandbildes, das er meist eifrig herumzeigt. – – – Die Xenophobie, die Ängstlichkeit gegenüber allem Fremden, sollte man zu überwinden trachten, indem man das Fremde dem Fremden entreißt." Die nötigen Impulse reichen von der Aufnahme des „Gastes" in den deutschen Fußballverein bis hin zum internationalen Fest mit Knoblauch und Folklore. Die Xenophilie, also übertriebene Fremdenfreundlichkeit und Betreuung anstelle von Beratung und Selbstverständlichkeit, so heißt es im Erfahrungsbericht, ist allerdings für die Betroffenen auch von Übel.

Marianne Kotthaus, Köln

Italien

Wirrungen einer Wahl

Nach einer Meinungsumfrage von Mitte April werden 25 von 100 Italienern bis ins Wahllokal hinein nicht wissen, wem sie am 7. Mai ihre Stimme geben sollen. Dieses gefährliche Inkognitum bezeugt erstens, daß alle oratorische Akrobatik den Wählern wenig Klarheit gebracht hat, bedeutet zweitens, daß es diesmal zu Kräfteverschiebungen kommen kann. Am klarsten waren im Wahlkampf die Kommunisten und die Neofaschisten: die einen sagten „Gerechtigkeit", die anderen „Ordnung". Beide meinten die Diktatur, und jedermann wußte, woran er war. Dazwischen vollführte die Democrazia Cristiana einen Eiertanz um die Sozialisten und Liberalen, bei dem jeder sich glücklich schätzen konnte, der klug daraus wurde. Im Namen der demokratischen Solidarität, die nach den Wahlen von neuem triumphieren soll, verteilte man die Rollen geschickt an Fanfani und Moro: der eine wärmte die Möglichkeit eines halbrechten Paktes mit den Liberalen auf, der andere hütete die Glut des halblinken Bundes mit den Sozialisten. Aus dem Schattenspiel beider Seiten zeichnete sich eine herrschende Partei ab, die ihre Herrschaft mit aller Macht



Fotos: Pandis

Nenni: „Zynisches Unterfangen".

verteidigen will und Vasallen dabei ohne Rücksicht auf deren politische Farben wählt. Wenn die Sozialisten klein beigeben und nicht länger auf gewisse Reformen pochen, an denen die Konservateure des guten, alten Italiens Anstoß nehmen, kann die Halblinke wiedererrichtet werden; wenn die Sozialisten aber nicht nach Canossa gehen, wird man die viel willfährigeren Liberalen rufen, denen die Fanfani-Gruppe nach fast zehn Jahren Quarantäne wieder einen Platz im demokratischen Tempel zuerkannt hat, und mit ihnen die Halbrechte aus der Taufe heben. Grundsätzlich aber sind den „Christlichen" die einen so gut wie die anderen, wenn sie nur parieren.

Das Machtspiel der Democrazia Cristiana gründet sich auf äußerstes Risiko: es kann gelingen, wenn das Hirtenamt des Klerus auch durch die Wirren der letzten Jahre den Einfluß auf die katholische Wählerschaft bewahrt hat. Es kann aber auch zu fühlbaren Verlusten führen, wenn das durchbricht, was man in wachsendem Maße das „autonome Sozialgewissen des katholischen Menschen" nennt. Nenni, der 1963 zusammen mit Fanfani die Halblinke als verheißendes Bündnis der modernen mit den historischen Werten Italiens unterschrieb, nannte den Versuch, mit dem die Democrazia Cristiana jetzt die politische Philosophie über Bord werfen will, ein „zynisches Unterfangen". Millionen Italiener, die das gegenwärtige Kapitel ihrer nationalen Geschichte nicht ohne Auseinandersetzung zwischen Christus und Marx sehen wollen, sind sich mit Nenni in der Verurteilung des opportunistischen Machtnutzens einig. Neben der Democrazia Cristiana wird in den bevorstehenden Wahlen eine zweite katholische Partei erscheinen, die MPL (Politische Bewegung der Arbeiter), die sich auf die Sozialenzykliken Johannes XXIII. und Pauls VI. beruft und den katholischen Sozialprotest auf die Straßen und Plätze getragen hat. Mitte April hielt in der sardinischen Hauptstadt Cagliari die ACLI (Christliche Vereinigung der italienischen Arbeiter) ihren XII. Kongreß ab und wetterte dabei gegen die Democrazia Cristiana, die nichts anderes getan habe, als „aus den Trümmern des Faschismus die Fragmente für die Restauration des liberal-bürgerlichen Staates herauszuklauben". In etlichen Arbeitervierteln Norditaliens existieren Pfarrgemeinden, die die Motive des Urchristentums wiederaufgenommen haben und die Brüderlichkeit über die Organisation stellen. All das sind Bewegungen, die sich im politischen Katholizismus der Democrazia Cristiana nicht wiedererkennen können.

Es ist nicht sicher, daß die Democrazia Cristiana jene großen Stimmenverluste erleidet, die die Neofaschisten zum eigenen Vorteil buchen möchten. Aber es ist sicher, daß sie Stimmen katholischer Arbeiter, Bauern und Kleinbürger an Links verliert. Allzu viele werden es den „Christlichen" nicht verzeihen, daß sie im Dezember die neofaschistische Hilfe nicht ausschlugen, um Leone in den Quirinal zu bringen; allzu viele tragen es der DC bitter nach, daß sie im Februar vor den Reformen des Gesundheitswesens und der Schule, nach denen die Sozialisten drängten, die Flucht in vorzeitige Neuwahlen antrat. Das macht sie, auch wenn Moro und seine Freunde in der Wahlkampagne diese Falten auszubügeln suchten, bei den Sozialkatholiken suspekt, die am 7. Mai verärgert den Weg zur MPL oder zu den Sozialisten finden werden. Dann kann es geschehen, daß die Democrazia Cristiana so geschwächt wird, daß sie mit den Liberalen, Sozialdemokraten und Republikanern, die als Vasallen für die Halbrechtslösung ausersehen sind, unter der Fünfzig-Prozent-Grenze bleibt. Dann aber wäre sie zur Rückkehr zur Halblinken gezwungen, wo die Sozialisten allerdings nicht als Vasallen an der Wegkreuzung stünden, sondern als Partner, mit denen der Pakt diesmal ernsthaft ausgehandelt werden muß. Die Sozialisten werden Bedingungen stellen: Reformen, Machtbeteiligung der Gewerkschaften, die Demokratie „von unten herauf".

In der Halbzeit der Wahlkampagne erklärte der christlich-demokratische Sekretär Forlani, daß seine Partei auch vor einem negativen Urteilsspruch der Wählerschaft nicht kapitulieren werde. Sollte die gewünschte Regierungskoalition nach dem 7. Mai nicht möglich sein, werde die Democrazia Cristiana auf abermalige vorzeitige Neuwahlen hinarbeiten. Wörtlich sagte er: „Wenn die Wählerschaft uns und den anderen Demokraten eine Backpfeife gibt, dann soll sie zu spüren bekommen, wohin das führen kann."

Fritz Gordian, Rom

UMWELTSCHUTZ – DIE GROSSE AUFGABE



Foto: Darchinger

Altiero Spinelli
Mitglied der EG-Kommission

ALLE MÜSSEN MIT-MACHEN

Die EG-Kommission hat ein europäisches Programm für den Umweltschutz vorgelegt. Niemand kann bestreiten, daß die Gemeinschaft dank der Errichtung des Gemeinsamen Marktes seit mehr als zehn Jahren eine Expansion ohne Beispiel erlebt, an der die Gesamtheit ihrer Bevölkerung teilhat. Aber schon der Rhythmus dieses Wachstums verlangt Aufmerksamkeit für Nebenwirkungen, die für die Menschheit weniger günstig sind: ich meine die unbekümmerte Nutzung der natürlichen Hilfsquellen, die zunehmende Verunreinigung der Umwelt, die Stagnation, ja Entwertung der Arbeitsbedingungen und des Lebensmilieus.

Über die Anforderungen der Wirtschaft mit ihrer Arbeitsteilung weit hinaus – Anforderungen, die sicher nur die Mindestvoraussetzungen einer befriedigenden Arbeitsleistung erfüllen – sieht sich die Kommission einer kulturellen Verpflichtung gegenüber, die sie sicherlich in erster Linie gegenüber der Bevölkerung der Gemeinschaft hat. Die Kommission trägt aber auch besondere Verantwortung gegenüber der Dritten Welt, nicht nur wegen der schwerwiegenden Probleme der Entwicklungspolitik, sondern in einigen Fällen auch unmittelbar durch das rein demographische Problem des Bevölkerungswachstums.

So muß, woran Präsident Mansholt erinnert hat, die Suche nach Lösungen für die Probleme der physischen und sozialen Umweltgefährdung – die Krankheit der modernen Industriegesellschaft – die Gemeinschaft dahin führen, daß sie sich die Frage nach der richtigen Organisation dieser Gesellschaft selbst stellt. Welche Form diese Gesellschaft auch annehmen wird – und ich bin davon überzeugt, daß sie, um wirksam werden zu können, auf die Schaffung einer gesetzgeberischen Rahmenkompetenz für die Gemeinschaft hinauslaufen muß – erforderlich sind konkrete Sofortmaßnahmen, um Verunreinigung und Schädigung der Umwelt abzuwenden, das natürliche Milieu zu schützen, und die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Mit einem Wort: der Stimme Europas muß auch hier im internationalen Konzert Gehör verschafft werden.

Dies ist der Sinn der Vorschläge für den Umweltschutz, die die Kommission dem Rat übermittelt hat. Die neue erweiterte EG-Kommission ist also zur Lösung einer erregenden Aufgabe aufgerufen, einer Aufgabe, die den Lebensraum der Bewohner der Gemeinschaft beeinflußt.

Die Kommission weiß, daß sie die Verantwortlichkeiten dieser neuen Aufgabe nicht wahrnehmen kann ohne die kräftige und dauerhafte Mitwirkung aller lebendigen Kräfte der ganzen Gemeinschaft.

UMWELTSCHUTZ

DAS PROGRAMM DER KOMMISSION

Umwelt – das ist die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, das Brot, das wir essen – alles, was uns umgibt und mit anderen Menschen verbindet – die kleine wie die große Welt, Mikrokosmos und Makrokosmos.

Zerstörung – das ist die Waffe der gequälten Natur, der mißbrauchten Kräfte – ist die Antwort auf die Zivilisation, die Werte der Kultur opfert zugunsten eines nicht mehr wünschbaren technischen Fortschritts, die eine ständig steigende Produktion als Selbstzweck betreibt.

Umweltschutz wird notwendig, wenn die Zerstörung der Umwelt die Existenz des Menschen in der Industriegesellschaft bedroht. Der Umweltschutz hat eine neue „Qualität des Lebens" zum Ziel, die – so Professor Robert Jungk zur 4. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen – „als Folge einer überstürzten, zukunftsblinden Steigerung der jährlichen Quantitäten von Gütern mehr und mehr zurückgeht". Zur Eröffnung dieser Tagung am 11. April warnte Bundespräsident Heinemann: „Lebensführung und Lebensstandard der Industrievölker im ganzen können fragwürdig werden."

Alle Industrieländer der Erde haben in den letzten Jahren, jedes für sich, das Problem der Umweltzerstörung plötzlich entdeckt und in den verschiedenen internationalen Organisationen, von der UNO zur OECD, vom Europarat bis hin zur NATO mehr oder weniger überzeugende Resolutionen gefaßt – bis im Juli 1971 auch die Europäischen Gemeinschaften sich auf ihre Weise der Sache annahmen: sie sammelten alle erreichbaren Informationen mit dem Ziel, konkrete Maßnahmen einzuleiten. Auf der Grundlage der damals veröffentlichten „Ersten Mitteilung" legten sie dem Rat am 22. März 1972 ein 70 Seiten umfassendes „Programm der Europäischen Gemeinschaften in Sachen Umwelt" vor, ergänzt durch drei Entwürfe verabschiedungsreifer Beschlüsse bzw. Vereinbarungen. Die Aktion zielt auf die in den nächsten Monaten zu bildenden Institutionen der erweiterten Gemeinschaft, die ihre ersten Richtlinien von der im Oktober anberaumten Gipfelkonferenz der Zehn erhalten wird.

Der inzwischen zum Präsidenten der Kommission ernannte Niederländer Mansholt hat bereits im Februar, vor seiner Wahl, in einem Schreiben an den damaligen EG-Präsidenten Malfatti ein Programm für die Politik der Kommission entworfen, das er selbst als „Testament" bezeichnet, „um die Öffentlichkeit zu alarmieren und den neuen Organen der Zehner-Gemeinschaft Richtlinien zu hinterlassen". Dieses eher langfristig-philosophische als tagespolitische Mansholt-Programm geht von der Feststellung aus, daß die Probleme der Wirtschafts- und Währungsunion nur auf dem Hintergrund der großen Fragen zu lösen sind, die sich nicht nur Europa, sondern der ganzen Menschheit stellen. Im Mittelpunkt dieses Mansholt-Fragenkatalogs steht, begründet durch die demographische Entwicklung der Welt und das Ungleichgewicht zwischen Nahrungsmittelproduktion und Industrialisierung, der Umweltschutz. Die Europäische Gemeinschaft – schreibt Mansholt der Kommission, die er inzwischen selbst verantwortlich führt, ins Stammbuch – „ist auf dem Wege, ein wirklicher Einflußfaktor in der Welt zu werden".

Als ersten Schritt fordert Mansholt, unser Wirtschaftssystem nicht mehr auf ein Trachten nach einem maximalen Wachstum, nach einer Steigerung des Bruttosozialprodukts (BSP) auszurichten. Dieses sollte vielmehr durch den neuen Begriff „Bruttosozialnutzen" (BSN) ersetzt werden. Ein von der Gemeinschaft aufzustellender „Europäischer Wirtschaftsplan" würde das BSP durch das neue BSN ersetzen. Ein neues umweltschützendes Produktionssystem würde es erlauben, etwa einen Fünfjahresplan auf der Grundlage eines geschlossenen Kreislaufs erlauben: CR-Produktion = Clean and Recycling (etwa: Sauberkeit und Wiederverwendung).

Venedig-Komplex?

Aus der Sorge um den Umweltschutz im weitesten Sinne ist in den Industrieländern ein Angstkomplex entstanden, der an die Sorge um Venedig erinnert. Ist Europa den mittelalterlichen Angrif-



Foto: Häusser

fen der Nomadenvölker entronnen, hat es seine Abwehrkraft weit in die Umwelt ausstrahlen lassen, um schließlich an der Fäulnis seiner Fundamente einzugehen? Wird es, wie vielfach in Venedig, bei edelmütigen aber nichtssagenden Erklärungen bleiben? Werden die hier und dort gesammelten Fonds nur Rinnsale frommer Stiftungen bleiben, die eine spätere Zeit kopfschüttelnd als unzulänglich registrieren wird? Nicht überall gibt es schützende Lagunen, und die Hoffnung auf Selbsthilfe der Natur ist meist trügerisch.

Die Gründer der Gemeinschaft sind von der Überlegung ausgegangen, daß Europa sich der Größenordnung der Industrienationen der Welt anpassen müsse, wenn es nicht der Provinzialisierung anheimfallen wolle. Aber jetzt, je mehr der Kreis der Mitglieder sich rundet, je selbstverständlicher die Gemeinschaft für ganz Europa sprechen kann, werden desto mehr die Sorgen der Welt, in der sie steht, auch ihre Sorgen, trägt sie Mitverantwortung für das Ganze. Die „Umwelt" ist, so gesehen, nicht eine Gruppe von Konkurrenten Westeuropas, es ist ein Problem, das uns allen, das der Welt zur Lösung aufgegeben ist.

Die Rettung der Umwelt ist in besonderer Weise ein Auftrag an das neue Staatengebilde, die Europäische Gemeinschaft:

■ Umweltgefahr kennt keine Grenzen; sie kann nicht mit nationalen Mitteln bewältigt werden, denn sie ist kein nationales Problem.

■ Die Gemeinschaft hat hier eine spezifische Aufgabe; nur mit den von ihr entwickelten, ihr eigenen Methoden „übernationaler" Zusammenarbeit kann dieses „internationale" Problem gelöst werden.

Ein französischer Minister hat vor kurzem die „Supranationalität" für tot erklärt. Die französische Zeitung „Le Monde" hat dazu angemerkt: „Von persönlichen Ansichten einmal ganz abgesehen, ist es schließlich durchaus logisch, daß ein Minister, der für die nationale Verteidigung zuständig ist, gegenüber der Supranationalität gewisse Vorbehalte hat. Aber von daher bis zur Todeserklärung ist doch noch ein gewisser Abstand. Es ist schwierig, einen Totenschein auszustellen, wenn noch nicht einmal die Geburt bescheinigt ist. Im übrigen beweist das Fehlen der Eintragung im Personenstandregister noch nicht, daß einer tot ist. Vielleicht entdecken wir eines Tages, daß das supranationale Europa seit langem unter uns ist und daß uns nur noch übrigbleibt, es legitim zu machen."

Unsere Umwelt kann nur von der Gemeinschaft gerettet werden, denn diese ist ihrem Wesen nach, ohne Rücksicht auf juristische Definitionen, wirklich supranational, auch wenn das Fehlen der amtlichen Namensgebung nicht nur ihre Gegner irritiert.

g. s.

UMWELTSCHUTZ

NEUE PRIORITÄTEN FÜR DIE GEMEINSCHAFT

Noch ist kaum ein Jahr vergangen, seit das zuständige Mitglied, der Italiener Altiero Spinelli, eine besondere Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission für die Umweltprobleme eingesetzt hat, da sind schon die ersten praktischen Vorschläge dem Rat zugeleitet worden. Neue Prioritäten werden damit gesetzt, die nicht nur ein Spezialgebiet der Kommissionsarbeit aus dem Brüsseler Alltag herausheben, sondern geeignet sind, ihren Mittelpunkt neu zu bestimmen. Das neue Thema gibt als archimedischen Punkt den Ansatz zu neuer Initiative. Man brauchte sich z. B. nur darauf zu besinnen, daß vier der bisherigen sechs Gemeinschaftsländer zusammen mit der Schweiz als Anlieger die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung ins Leben gerufen haben, die jetzt von der Brüsseler Kommission offiziell eingeschaltet werden soll. Als erster Schritt ist eine Konferenz auf Ministerebene einberufen worden, um über die Gründung einer Europäischen Rheinbehörde mit besonderen Vollmachten zu beschließen.

Aber die Bedeutung der neuen Vorschläge der Kommission geht weit über derlei Einzelheiten hinaus. Gewiß, die Europäische Gemeinschaft geht als letzte der internationalen Organisationen an den Umweltschutz heran. Der Straßburger Europarat, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Genf, OECD und GATT, ja selbst die NATO, sind vorausgegangen. Aber sie alle sind nicht für dieses Werk so ausgerüstet; sie müssen sich auf die Ausarbeitung von Studien beschränken, die sie den Regierungen empfehlend weiterreichen. Die Gemeinschaft kann, wenn die Regierungen damit einverstanden sind, Anordnungen erlassen, die für die Industrie in ihrem Gebiet verbindlich sind, oder Richtlinien herausgeben, an die die Mitgliedstaaten gebunden sind.

Das ist besonders wichtig, weil die Verschmutzung vor den Grenzen nicht haltmacht. Der Rhein, dem die Niederländer ihr Trinkwasser entnehmen, dient der Schweiz, Frankreich und Millionen Deutschen als Abwasserkanal. Die Schwefeldämpfe der britischen Midlands und der Ruhr werden vom Wind nach Skandinavien geweht und fallen dort mit dem Regen so reichlich nieder, daß sie ernsthaft gesundheitsschädlich sind. Es ist auch deshalb wichtig, weil Fragen des internationalen Wettebewerbs aufgeworfen werden. Die Staaten, die es mit den Vorschriften des Umweltschutzes genauer nehmen, legen ihren neuen Industrien größere Kosten auf. Nur eine einheitliche Handhabung kann den Vorwurf der Wettbewerbsverzerrung entkräften.

Über die Vorschläge der Kommission



Foto: Darchinger

wird erst der Rat der Zehn im nächsten Jahr entscheiden, dabei hofft man natürlich, daß andere europäische Länder sich den Regeln der Gemeinschaft anschließen werden. Bis dahin öffnet sich ein weites Feld für Verhandlungen und Beratungen hinter den Kulissen. Gewiß, die öffentliche Meinung ist im Prinzip für energische Maßnahmen; die große Umwelt-Konferenz der UNO, die im Juni in Stockholm beginnt, wird das zeigen. Aber es wird auch innerhalb der Gemeinschaft die üblichen Auseinandersetzungen darüber geben, ob die Gemeinschaft als solche handeln soll oder „die im Rat vertretenen Regierungen", wobei dann die Brüsseler Kommission eine zweitrangige Rolle spielen würde. Es besteht allerdings in diesem Falle die begründete Erwartung, daß dies eine Vollblut-Gemeinschaftssache wird! Die Chance, daß etwas Greifbares herauskommt, wäre dann erheblich größer.

Was bisher in der Umweltpolitik geleistet worden ist, in unseren EWG-Ländern und um uns herum, sind vor allem schöne Reden. Die Gemeinschaft wird sich daran bewähren müssen, ob sie wirklich Dinge auf die Beine stellt, über die andere nur geredet haben. Bisher hat Brüssel sich immer an Wachstumsraten orientiert. Prozentsätze steigender Produktion spielten eine Hauptrolle in ihren Veröffentlichungen. Jetzt geht es um die Qualität des Lebens. Werden die neuen Vorschläge der Kommission den Ausgangspunkt für eine neue Gemeinschaft bilden – die Gemeinschaft der Zehn, und mit neuen Prioritäten?

John Lambert

UMWELTSCHUTZ

DER MENSCH MUSS SICH ÄNDERN

Die Menschen haben das Schicksal ihres Planeten selbst in die Hand genommen. Sie müssen jetzt den Weg zu Ende gehen. Die Ausrede „soll die Natur sich selber helfen" gilt nicht mehr. Ende 1970 haben sie entdeckt, daß die Erde dreieinhalb Milliarden Bewohner hat, daß die großen Städte in ihrem eigenen Müll ersticken, daß die Flüsse und Seen absterben. Der Ozean, den man unerschöpflich glaubte, hat sich in eine Kloake verwandelt. Zum erstenmal in ihrer Geschichte – gerade in dem Augenblick der Eroberung des Mondes – mußte die Menschheit sich darüber klarwerden, daß sie in Wirklichkeit für lange Zeit, wenn nicht für immer, Gefangene in einem geschlossenen, abgemessenen, eng begrenzten Raume ist. Während sie sich der ungemessenen Weite des Weltraums zuwendet, erweist sich die Erde als ein schaler Aufguß von Kultur, aus dem heute noch Leben sprießt – aber wie lange noch?

Eine radikale Änderung des menschlichen Verhaltens ist fällig, das eine Art Raubwirtschaft mit der Vorstellung unbegrenzter Hilfsquellen dieses Planeten ist. Alle wirtschaftlichen, politischen und philosophischen Argumente bleiben wirkungslos gegen die klare Sprache der Zahlen. Alles auf der Erde ist meßbar: die Menge der Sonnenwärme je Quadratmeter, die Ausdehnung der bewohnbaren Flächen, die Regenerationsfähigkeit des Lebenskreislaufes, die Produktionsmöglichkeit pflanzlicher und tierischer Nahrung. Bisher hat die Menschheit so gehandelt, als wenn die Güter, die ihr – sei es durch Zufall, sei es durch göttliche Macht – zur Verfügung stehen, unbeschränkt wären. Jeder Leiter eines Industrieunternehmens, ja selbst jeder Familienvater würde im Gefängnis landen oder Hungers sterben, wenn er seine Geschäfte so führte, wie es die Menschheit tut, die ihre irdischen Schätze vergeudet.

Der bedrohlichen Situation, die sich unerbittlich auf der Erde zusammenbraut, liegen zwei Tatsachen zugrunde:

1. Im Jahre 2000 wird die Erdbevölkerung 7 bis 8 Milliarden erreichen. Das bedeutet, daß zu diesem Zeitpunkt doppelt soviel Wohnraum, Nahrung und Trinkwasser benötigt werden wie jetzt, daß es zugleich aber mindestens doppelt soviel Abfall geben wird – in 30 Jahren!

2. Die Zunahme der technischen Mittel, die dem einzelnen Menschen zur Verfügung stehen, vervielfacht in ungewöhnlichem Maße seine Aktionsmöglichkeiten, die bisher niemals in dem Ausmaß ihrer Wirkung auf die Umwelt so langfristig gesehen worden sind.

Nur ein Beispiel: es ist unerläßlich, in 30 Jahren mindestens 12 000 Atomkraftwerke in Betrieb zu haben. Um den Rhythmus der Weltentwicklung aufrechtzuerhalten, müssen dann wöchentlich zwei neue Reaktoren gebaut werden. Tempo und Ausmaß der Veränderungen, die sich gleichzeitig in unserem Wohn- und Siedlungswesen abspielen werden, kann sich jeder vorstellen. Alles Wissen und Können der Menschheit muß darauf verwendet werden, zu ganz neuen Vorstellungen darüber zu kommen, wie wir leben und denken müssen.

Die Verschmutzung der Umwelt ist nur eine sekundäre Erscheinung, eine Wirkung, die nur aufgehalten werden kann, wenn die Ursachen beseitigt werden: Übervölkerung, anarchische Produktion, Vergeudung der Rohstoffe.

Es besteht kein Zweifel, daß weder die Zahl der Erdbewohner noch ihre Tätigkeit unbegrenzt weiter wachsen können. Man wird eines Tages der uferlosen Ausdehnung Halt gebieten müssen. Da das Problem die ganze Erde erfaßt, kann es nur international gelöst werden.

Nicolas Skrotzky



Foto: Häusser

ALLE WASSER LAUFEN INS MEER



Foto: Pandis

Wer bei Ebbe von Norden her in den Neuen Wasserweg einfährt, der seit hundert Jahren Rotterdam mit der Nordsee verbindet, erkennt in der Rheinmündung eine scharfe Grenzlinie zwischen dem türkisfarbenen Meerwasser und dem dunklen, öligen Strom, der die Abwässer der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und der Niederlande heranführt, vermehrt durch die aus Belgien kommenden Schmutzwasser der Maas. Es ist noch nicht lange her, da war es umgekehrt: noch in den dreißiger Jahren stieg der Lachs, dieser überempfindliche Fisch, auf der Spur des klaren Wassers den Rhein aufwärts bis in die Schweiz; selbst ein Staatsvertrag über seinen Schutz hat den Rheinlachs nicht retten können. Auch früher gab es eine Verschmutzung des Meeres, aber die ungeheuren Wassermassen wurden leicht damit fertig.

Die Tragik der großen Ströme steht am Beginn der Wüsten und Einöden aller Erdteile. Die ursprünglichste Art des Rodens ist das Abbrennen der Wälder; so sind die Sahara und die Wüste Gobi entstanden. Im 19. Jahrhundert wiederholten die Amerikaner diesen Fehler, als sie die Kessel der Flußdampfer mit dem Holz der bewaldeten Ufer heizten. Die Kahlschläge haben dazu geführt, daß heute noch z. B. im Golf von Mexiko, viel fruchtbarer Boden ins Meer gespült wird. Die Regierung in Washington wendet große Mittel auf, um diesen Landverlust aufzuhalten; ein großes Aufforstungsprogramm ist im Gange.

Unterdessen sind wir weiterhin emsig damit beschäftigt, die ganze Erde in eine Wüste zu verwandeln – eine Wüste, die immer weniger Nahrung für die schnell wachsende Erdbevölkerung bietet. Diese beginnende Knappheit der Nahrung zeigt sich allerdings noch nicht in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, sondern weckt zunächst nur indirekt unseren Unmut, wenn wir im Fernsehen die Hungersnöte der Entwicklungsländer erleben. Die Voraussagen der Zukunftsforscher, wie sie jetzt in dem neuen Bericht des Massachusetts Institute of Technology (MIT) vorliegen, lassen aber erkennen, daß der vielberedete Abgrund zwischen den reichen und armen Ländern dieser Welt sich zu schließen beginnt – leider nicht durch eine Besserung der Lage in den armen Ländern, sondern durch die zunehmende Verschlechterung der Lage der reichen.

Einen Ansatzpunkt möglicher Abhilfe bildet die Tatsache, daß gewisse chemische Stoffe, die für die Erhaltung der Gesundheit wie für die Steigerung der Lebensmittelproduktion eine Rolle spielen, leicht festzustellen sind, zumal da es sie früher in der Natur nicht gegeben hat. So haben die Verbindungen organischer Stoffe mit Schwermetallen, die als Pestizide, vor allem Pflanzenschutzmittel, verwendet werden, eine große Zunahme des Quecksilbergehalts im Meerwasser bewirkt. Darauf geht u. a. das Robbensterben zurück: Quecksilberrückstände aus der chemischen Industrie der Schweiz, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und der Niederlande fließen durch den Rhein an die niederländische, deutsche und dänische Küste. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Vereinigten Staaten bereits drakonische Maßnahmen gegen die Einfuhr japanischer Thunfischkonserven getroffen haben, die wegen ähnlicher Vorgänge ein Übermaß an Quecksilber enthalten. Zu den giftigen Abwässern, die durch die großen Ströme – wie den Rhein – ins Meer abfließen, kommen die giftigen Stoffe, die durch besondere Transporter dorthin befördert werden. Tag für Tag werden die Schiffe, die ihre böse Fracht aus Deutschland über Rotterdam heranbringen, im „offenen Meer" entladen.

Das Meer aber stirbt langsam ab. Immer mehr Lebensmittel werden von der verunreinigten Luft vergiftet, nicht zuletzt – Ironie des Schicksals – durch Fluor, das gleichzeitig zur Herstellung von Kunstdünger dient. Immer mehr Menschen aber müssen Hungers sterben. Wie sagt der Prediger Salomo: Alle Wasser laufen ins Meer, doch wird das Meer nicht voller; an den Ort, da sie herfließen, fließen sie wieder hin.

G. Dijkman

Letzte Meldung: holländische Experten schlagen vor, eine künstliche Abfallinsel im Kanal zu errichten. Bauzeit fünf Jahre, Kosten 400 Mio. DM, „Verarbeitung" von jährlich 150 000 Schrottautos, 1 Mio. t Hausmüll, 500 000 t chemische und petrochemische Reste. Die Energie soll aus Erdgasblasen in diesem Bereich des Festlandsockels kommen. England und die Bundesrepublik wurden in die Planungen als „Lieferanten" einbezogen.

Hans Christoph Binswanger

DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFT

Nichts veraltet so schnell wie die Futurologie! Sie sieht die Zukunft als Trendextrapolation der heutigen Wachstumstendenzen und die einzige Aufgabe der Menschheit darin, die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir ungestört und in Freuden die Früchte dieses Wachstums genießen und gerecht auf alle Länder der Welt verteilen können. So stellte noch vor wenigen Jahren die Bibel der Futurologie, das Buch „Ihr werdet es erleben, Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahre 2000" von Kahn/Wiener unsere Zukunftsprobleme dar. Die beiden Autoren beschäftigten sich neben der Schilderung des möglichen technischen Fortschritts nur mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts und dem Entwicklungsproblem. Allfällige negative Folgen des wirtschaftlichen Wachstums wurden auf nur einer Seite als bloße Begleiterscheinungen behandelt, die im Zuge des weiteren technischen Fortschritts auch noch überwunden werten könnten. Heute wissen wir, daß dieses Zukunftsbild eine groteske Verkennung der wirklichen Verhältnisse darstellt! Die zunehmende Umweltschädigung, welche mit der Erhöhung des Sozialprodukts einhergeht, hat seit Ende der 60er Jahre ein Ausmaß erreicht, das jeder unmittelbar sehen, schmecken, hören, riechen, fühlen kann – die zerstörte Landschaft, die verschmutzten Seen und Flüsse, den Lärm, die abgasgeschwängerte Luft, die Hetze, die Unzufriedenheit bei der Arbeit. Und allmählich beginnen wir zu realisieren, daß damit die Wachstumsideologie in Frage gestellt ist.

Um was geht es? Um die einfache Erkenntnis, daß ein unendliches Wachstum der Wirtschaft in einer endlichen Welt unmöglich ist. Die Dichter waren den Ökonomen in der Erfassung der dem Wachstum zugrunde liegenden Problematik voraus. So stellte z. B. der deutsche Schriftsteller Friedrich Georg Jünger bereits vor 25 Jahren in seinem Buch „Die Perfektion der Technik" (Frankfurt a./Main, 1946) fest, daß unsere heutige Wirtschaft von einer forcierten Ausnützung der Rohstoffe lebte, ohne diese zu ersetzen oder neue Energiequellen hinzuzufügen. Sie beute das Vorhandene mit unersättlicher Gier aus, vergeude es, um nur einen Bruchteil davon in andere Formen umzuwandeln. Es ist – so fügte Jünger hinzu – „ein Raubbau, wie ihn die Erde noch nicht gesehen hat. Was hier Produktion genannt wird, ist in Wirklichkeit Konsum." Damit ist das Problem exakt umrissen: der Mensch produziert nichts aus dem Nichts, sondern aus Etwas – und dieses Etwas liefert die Natur: die Erde, die Rohstoffe, die Energiequellen, die Luft, das Wasser, die Pflanzen und die Tiere – also das, was wir als die natürlichen Ressourcen, als unsere Umweltgüter bezeichnen. Indem wir produzieren, konsumieren wir. Unsere sogenannte Produktion ist also nicht Erzeugung, sondern Umwandlung – Umwandlung von dem, was wir in der Welt vorfinden, in produzierte Waren. Und der „Konsum" ist – mit Ausnahme der Abwärme, die in den Weltraum geht – nicht ein Verzehr, sondern wiederum eine Umwandlung von Waren in Un-Waren, eine Produktion von Abfällen. Zu einem Teil bewegen wir uns wohl in einem natürlichen Kreislauf, soweit es sich nämlich um Produktion und Konsum von Nahrungsmitteln handelt, und Quantität und Methoden der Nahrungsmittel- bzw. der Abfallproduktion nicht zu einer Überbeanspruchung des Bodens bzw. des Wassers und der Luft führen. Der natürliche Kreislauf wird auch durch einen künstlichen ergänzt, indem ein Teil der Industrie- und Konsumabfälle – man denke etwa an den Schrott – wieder in den Produktionsprozeß zurückgeführt wird. Je mehr aber die Weltbevölkerung und damit der Nahrungsmittelbedarf wachsen und je mehr neben den Nahrungsmitteln die Industriewaren zum Hauptbestandteil des Konsums werden, je teurer die Arbeitskraft und je billiger die Rohstoffgewinnung werden, um so stärker werden der natürliche und künstliche Kreislauf durchbrochen. Unsere Wirtschaft ist – wie Jünger richtig feststellte – nichts anderes als ein gigantischer Raubbau, d. h. ein endgültiger Verbrauch an „Welt".



Foto: Darchinger

Dabei kommt es selbstverständlich auf Ausmaß und Geschwindigkeit dieser Welt-Vernichtung an. Wenn die Welt einen Vorrat für weitere 1000 Jahre hätte, könnten wir sagen: was kümmert uns die Zukunft, wir können sie ohnehin nicht genau vorausschauen! Dem ist jedoch nicht so: wir können heute sehr wohl erkennen, daß wir uns unwahrscheinlich rasch dem Endverbrauch nähern – in 100 Jahren, in 50 Jahren; bei gewissen Rohstoffen, Pflanzen und Tieren schon heute! Die Ursache dieses unheimlichen Tempos ist die Tatsache, daß das wirtschaftliche Wachstum, d. h. die Erhöhung von Produktion und Konsum, exponential verläuft. Dies bedeutet, daß der Verbrauch an Welt-Vorräten jährlich nicht nur um einen bestimmten absoluten Betrag, d. h. linear, sondern um einen bestimmten Prozentsatz, d. h. exponential, anwächst. Wie schnell auf diese Weise eine Verdoppelung des Verbrauchs an natürlichen Vorräten in der Welt erreicht wird, gibt eine Näherungs-Formel an. Wir bezeichnen die Zeit, in der sich eine Größe bei einer Wachstumsrate von p% verdoppelt, mit t_2. Die Formel für die Berechnung von t_2 lautet:

$$t_2 = \frac{69 \text{ Jahre}}{p}$$

Daß heißt: wenn eine Größe z. B. um 7 % wächst – was im Durchschnitt dem jährlichen Mehrverbrauch an natürlichen Ressourcen entspricht – wird sie sich bereits in knapp 10 Jahren verdoppelt haben. Wir brauchen also in ca. 10 Jahren doppelt so viel wie heute, in 20 Jahren doppelt soviel wie in 10 Jahren. Es liegt auf der Hand, daß man sehr schnell zum vollständigen Verzehr eines Rohstoffes bzw. Umweltgutes kommt, sobald man einmal ein paar Prozent des Gesamtvorrates verbraucht hat. Dies ist heute weitgehend der Fall, sowohl bei den Rohstoffen und Energiequellen als auch bei den kollektiven Umweltgütern Luft, Wasser und Boden. So dürften wir heute z. B. 5 % der vermuteten – aber noch lange nicht entdeckten – Erdölvorräte in der Welt verbraucht haben. Dies scheint nicht viel zu sein, aber es bedeutet, daß wir bei einem Verbrauchsanstieg von ca. 7 %, den wir in den letzten Jahren feststellen konnten, in 10 Jahren 10 %, in 20 Jahren 20 %, in 30 Jahren 40 % und in 40 Jahren 80 % der Weltvorräte verbraucht haben werden! Am schnellsten

wird sich eine Knappheit bei Quecksilber, Zinn und Helium bemerkbar machen, während die Vorräte für andere Rohstoffe (Eisen und Kohle) auch bei der heutigen Verbrauchsrate noch für 100 Jahre ausreichen werden. Viel problematischer sind jedoch der „Verbrauch" an Land durch Bebauung und Asphaltierung der Landschaft und die Belastung der Luft und des Wassers durch Abfälle. Im übrigen wird aber die Produktion weitergehen, auch wenn ein Rohstoff nach dem andern verbraucht ist, weil mit steigendem Energieaufwand immer neue Ersatzstoffe gefunden werden können. Sollte einmal die Kernfusion möglich sein, so ist von der Energieseite her keine Grenze mehr gesetzt; die ganze Welt ist dann Energie-Rohstoff. Dabei ist aber der zweite Hauptsatz der Wärmelehre zu berücksichtigen, welcher besagt, daß bei jeder Energiegewinnung ein großer Teil der umgesetzten Energie unbrauchbar wird, d. h. in Form von Wärmeenergie entweicht. Letztendlich handelt es sich also bei unserem Wirtschaften um einen Gegenprozeß zur Schöpfung: bei dieser wurde Energie in Materie verwandelt; wir sind im Begriff, die Materie wieder in Energie zurückzuverwandeln und damit die Erde im wahrsten Sinne des Wortes aufzulösen.

Während 1970 und Anfang 1971, als plötzlich die Umweltschutz-Diskussion überall aktuell wurde, noch die Frage der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung die Szene beherrschte, wird uns heute immer mehr bewußt, daß es um eine viel grundsätzlichere Frage geht. Es genügt nicht, Kläranlagen zu errichten, Luftfilter einzubauen und Landschaftssäuberungen zu organisieren, weil es nicht nur um das Abfallproblem geht, sondern um den Verzehr unserer natürlichen Ressourcen. Aus der Erkenntnis der drohenden Gefahren heraus sind in den letzten Monaten globale Programme veröffentlicht worden, welche an die Stelle des wirtschaftlichen Wachstums neue Leitbilder setzen. Am meisten Staub aufgewirbelt hat ein „Weltmodell" [1]), welches die Gruppe Forrester/Meadows vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), USA, im Auftrag des unter der Leitung des italienischen Industriemanagers Aurelio Peccei stehenden „Club of Rome" ausgearbeitet hat. Dieses Modell sieht eine radikales „Langstreckenprogramm" vor, wonach in der gesamten Welt die „normale" Kapitalinvestition um 40 %, die „normale" Geburtenrate um 50 %, die „normale" Umweltverschmutzung um 50 % und die „normale" Nahrungsmittelproduktion um 20 % reduziert werden müßten, um ein Überleben zu ermöglichen. Indem sich dieses Programm zum ersten Mal klar für eine Investitionsbeschränkung ausspricht, stellt es sich frontal gegen die Tendenz unserer Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik, welche eindeutig auf weitere Investitionssteigerung ausgerichtet sind. Es kann daher nicht verwundern, daß dieses Programm heftiger Kritik begegnet, die die negativen Seiten einer Expansionsbremsung hervorhebt [2]). Andererseits hat sich auf der politischen Ebene der neue Präsident der EG-Kommission, Sicco L. Mansholt, zu den Zielen des MIT-Berichtes bekannt. Er hat konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die zu einer Einschränkung der Investitionen bzw. der Produktion insbesondere im Industriesektor führen könnten (vor allem steuerliche Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensdauer von Industrieprodukten). Um das „Langstreckenprogramm" durchzuführen, das von Forrester/Meadows propagiert wird, schlägt Mansholt unter Ablehnung sowohl der Marktwirtschaft als auch des Staatssozialismus eine Kombination von stark zentralisierter Planung mit stark dezentralisierter Produktion vor [3]).

Die Idee der Dezentralisierung beherrscht auch den von der englischen Zeitschrift „Ecologist" veröffentlichten „Blueprint for survival" [4]). Hier wird als letztes Ziel eine „stabile Gesellschaft" („stable society") anvisiert, die in mehr oder weniger autarken Gemeinschaften lebt, die sich selbst verwalten und in Produktion und Konsum eine Einheit bilden. Der Übergang von unserer Wachstumsgesellschaft zu einer „stabilen Gesellschaft" soll in zwei Etappen vollzogen werden. Zuerst geht es darum, die Zielrichtung des wirtschaftlichen Wachstums zu ändern, indem vor allem die Recycling-Industrie mit Hilfe von Steuern und Qualitätsvorschriften gefördert wird. In einem zweiten Stadium soll an die Stelle einer kapitalintensiven Produktion mit ihrer Neigung zu immer größerem Umweltverzehr eine Industrie treten, in welcher eine material- und energiesparende Erzeugung vorherrscht. Diese soll arbeitsintensiv und mehr auf Qualität als auf Quantität ausgerichtet sein. Dieses Programm beinhaltet somit, ähnlich wie dasjenige von Forrester/Meadows, eine starke Herabsetzung der Investitionen.

Anderer Art ist das Projekt des Franzosen Philippe Saint Marc, das sich zwar ebenso in Gegensatz zur Wachstumsideologie setzt, aber das Augenmerk auf ein ganz spezielles Umweltgut richtet, nämlich auf dasjenige, das im wahrsten Sinne des Wortes unsere Lebens-Grundlage ist und noch schneller als andere Umweltgüter „verbraucht" wird: den Boden. Es geht darum, den Boden nicht vollständig mit Straßen, Häusern, Fabriken und touristischen Grünanlagen zu verbauen, sondern die Natur in genügendem Ausmaß zu erhalten: Saint Marc



Frühling läßt sein blaues Band wieder flattern durch die Lüfte

Süße wohlbekannte Düfte streifen ahnungsvoll das Land ...

SZ-Zeichnung: Marie Marcks

---

[1]) J. W. Forrester, „World Dynamics", Cambridge/Mass. 1971 und D. H. Meadows u. a., „The Limits of Growth", Potomac Associates Book 1972.

[2]) vgl. Leonard Silk, „On the Imminence of Disaster", International Herald Tribune, 16./17. März 1972.

[3]) „Le Rôle de l'Europe dans un monde en danger – Un plan global d'action suggéré par M. Mansholt", Europe-Documents, 28. Februar 1972.

[4]) „A Blueprint for survival", The Ecologist, Vol. 2, No. 1, Januar 1972, hrsg. von Edward Goldsmith, Robert Allen, Michael Allaly, John Davolli, Sam Lawrence.

fordert eine „Weltregierung für die Natur", d. h. internationale Aktionen auf europäischer Ebene, auf der Ebene der Industrienationen und schließlich auf der Ebene der Welt, um mit Hilfe gezielter Maßnahmen (Neuorientierung der Raumplanung, Schutzzonen, Bodenpolitik usw.) große Teile des Bodens vor der industriellen, verkehrstechnischen und touristischen „Erschließung" zu retten. Hier geht es also nicht um das wirtschaftliche Wachstum in seiner Gesamtheit, sondern darum, ein bestimmtes Umweltgut – den Boden bzw. die Natur – vor dem vollständigen Einbezug in den Wachstumsprozeß zu bewahren.

Anläßlich des ersten Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes der Hochschule St. Gallen im Oktober 1971 habe ich einen Entwurf für eine umweltkonforme Wirtschaftsordnung vorgelegt [5]). Der Ausgangspunkt dieses Vorschlags ist der Nachweis, daß sowohl die Marktwirtschaft wie die sozialistische Planwirtschaft einen Mechanismus zur immer weiteren Ausbeutung der Umwelt enthalten und daß daher ein „neues ökonomisches System" gesucht werden muß, in dem an die Stelle des unbegrenzten Nachfragesogs eine Beschränkung der Angebotserhöhung auf den ökologisch zulässigen Umfang tritt. Die Schlüsselgröße des wirtschaftlichen Expansionsstrebens ist die Energie. Durch Bremsung der Energieexpansion kann man das gesamte wirtschaftliche Wachstum in den Griff bekommen. Eine überdimensionierte Planung in allen Bereichen ist dann nicht notwendig.

Alle Programme für den Umweltschutz haben das eine gemeinsam: sie sehen die Notwendigkeit einer Einschränkung des Investitionsvolumens vor, sei es global durch Schonung eines bestimmten Umweltgutes, sei es partiell durch Einschaltung eines Bremsvorganges für die zentrale Schlüsselgröße, die Energie. Hier stellt sich zweifellos ein politisches Problem. Nicht geringer ist jedoch die Aufgabe der Wissenschaft: es gilt, einen Übergang vom wirtschaftlichen Wachstum zum ökonomisch-ökologischen Gleichgewicht zu finden, der möglichst wenige negative Nebenerscheinungen zeitigt. Eine Reduktion der Investitionen kann zu Arbeitslosigkeit und strukturellen Krisen in einzelnen Industriesektoren führen. Sie kann aber auch bewirken, daß mehr Arbeitskräfte im Dienstleistungssektor verwendet werden und so die Qualität unseres Lebens gesteigert wird. Soviel ist sicher: der materielle Wohlstand kann nicht mehr im Mittelpunkt unseres Strebens stehen.

---

s) Hans Christoph Binswanger, „Eine umweltkonforme Wirtschaftsordnung", abgedruckt in: „Umweltschutz und Wirtschaftswachstum", hrsg. von M. P. von Walterkirchen, Frauenfeld/Stuttgart 1972, S. 127 ff.

UMWELTSCHUTZ

Erich Peter

ZUM BEISPIEL DER BODENSEE

Noch lebt er, der See, der als bedeutendster Trinkwasserspeicher Mitteleuropas für mehr als zwei Millionen Menschen lebenswichtig ist. Doch zahlreiche Wissenschaftler haben ihm schon den Totenschein ausgestellt. Die Krankheitssymptome zeigen in der Tat ein langsames, aber sicheres Sterben an. Die Diagnose der Fachleute gründet sich auf verläßliche Unterlagen, ist doch der Bodensee das wohl am besten erforschte Binnengewässer der Welt. Das Fazit der Kenner läßt sich in dem Notruf des Direktors des alteingesessenen Instituts für Seeforschung und Seenbewirtschaftung in Langenargen, des Professors Dr. Nümann, zusammenfassen: der Bodensee ist in den letzten 20 Jahren um 10 000 Jahre gealtert. Er wird in fünf oder zehn Jahren ein totes Gewässer sein, wenn es nicht gelingt, die immer stärker werdende Verschmutzung durch industrielle und häusliche Abwässer aufzuhalten. Zu einem ähnlichen Urteil kommt der kanadische Gewässerschutzexperte Milway, der in einer OECD-Studie den See in die Liste der verfaulenden Weltgewässer einreiht.

Was an Dreck und Schmutz, vor allem durch Zuflüsse wie Rhein und Schussen, aber auch von den Ufergemeinden direkt in den See fließt, ist in der Tat beängstigend. Derzeit sind es jährlich 18 000 t Stickstoff, 1800 t Phosphor und 41 000 t Kochsalz. Beim Abbau der organischen Verbindungen werden dem Wasser jährlich 36 000 Tonnen Sauerstoff entzogen, was zur Folge hat, daß der Sauerstoffgehalt der tiefen Wasserschichten in den vergangenen fünf Jahren um 60 % zurückging. Der See beginnt jedes Jahr mit einem fünf- bis zehnprozentigen Defizit an Sauerstoff, weite Teile des Unteren Sees sind deshalb schon abgestorben. Dort lagert über dem Wasser statt Sauerstoff giftiger Schwefelwasserstoff: die Fischerei macht keine Fänge mehr.

Die Hauptgefahr droht dem See von der übermäßigen Zufuhr von Phosphaten und Nitraten, die mit ungeklärten Abwässern eingeschwemmt werden. Diese Stoffe sind für die pflanzlichen und tierischen Organismen zusätzliche Düngung und Nahrung. Die Fachleute sprechen da von einer Eutrophierung, die ein hektisches Wachstum der Pflanzen und eine Veränderung der Tierwelt zur Folge hat. Das Seegras wächst schneller als es die schwimmenden Mähmaschinen niedermachen können; es bilden sich stinkende Schlammkrawatten und Krautbänke; treibende Algen und Tanginseln werden sichtbar. Schon kam es hier und dort zu Badeverboten; doch glauben die Kenner, daß diese Beschränkungen erst die Spitze des Eisbergs sind. In der Tierwelt z. B. treten neue Arten auf, so bei den Fischen das Braunfelchen. 1968 ist eine fremde

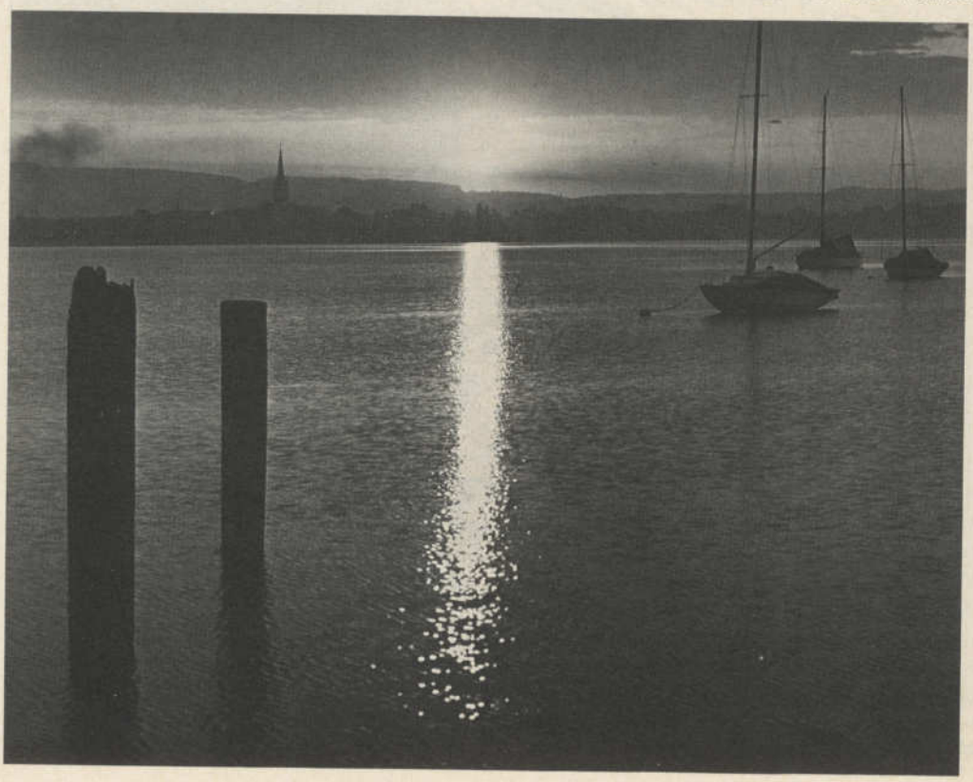


Foto: Häusser



Foto: Häusser

Muschelart eingeschleppt worden, die sich im See mit unglaublicher Geschwindigkeit verbreitet.

Und selbstverständlich fehlt es auch nicht an direkten Vergiftungen: jüngst krepierten vor dem Überlinger Ufer 100 Wasservögel, darunter allein 45 Schwäne in etwas mehr als einem Monat. Vermutlich rührte die Vergiftung von einer Rattenbekämpfung der Stadt Überlingen her, die, wie auch das idyllische Meersburg, ihre Abwässer immer noch ungeklärt in den See schüttet – ein Vorgehen, das der Leiter des Limnologischen Instituts der Universität Freiburg in Konstanz, Prof. Elster, mit Recht als Schande bezeichnet. Nicht minder skandalös ist, daß die meisten großen Bodenseeschiffe mit ihren Abwässern nicht anders verfahren. Der richtige Einwand, im Bodensee gebe es durchaus auch noch sauberes Wasser, verfängt wenig, wenn ufernahe Partien unter Umständen anfällig für Cholera und Kinderlähmung sind, wie Professor Nümann vermutet.

Etwa die Hälfte dieser Verschmutzungs- und Vergiftungsursachen verdanken wir Industrie und Gewerbe, die noch vor wenigen Jahren nur ein Sechstel des Schmutzes geliefert hatten. Zurückgegangen ist demgegenüber die Verschmutzung durch Ortskanalisationen, und zwar von etwa Dreiviertel auf ein Drittel; der Rest stammt aus Haushaltsanschlüssen und Regenwasserzuflüssen. In diesen Zahlen spiegelt sich das Dilemma der gesamten Bodenseelandschaft. Einerseits glaubt die Regierung des Landes Baden-Württemberg, daß die industrielle Entwicklung am Bodensee-Gebiet nicht vorbeigehen darf, weil die relativ kurze Touristen-Saison den Bewohnern kein ausreichendes Einkommen bietet. (Das Bevölkerungswachstum im Bodenseegebiet ist zu allem Unglück auch noch überdurchschnittlich groß.) Andererseits verliert die reizvolle Landschaft an Erholungswert, je mehr Industrie und Menschen sich hier ansiedeln. Es spielen in das Bodensee-Problem auch österreichische und schweizerische Interessen hinein. Die Nachbarstaaten erhoffen sich immer noch wirtschaftlichen Aufschwung von einer Schiffbarmachung des Hochrheins bis zum Bodensee. Käme es dazu, wozu zumindest auf baden-württembergischer Seite keine Neigung besteht, so wäre es um den Bodensee als Erholungsgebiet mit Sicherheit geschehen. Doch liegt den interessierten Wirtschaftskreisen weder das Erholungsgebiet noch die Wasserqualität sonderlich am Herzen.

Die starke Zunahme der Bevölkerung wie die steigende Attraktivität des Bodensees haben auch dazu geführt, daß die Privatschiffahrt und damit die Ölgefahr beträchtlich zugenommen haben. Öl wie auch der Straßenabrieb von Autos sind wahrscheinlich keine unwesentlichen Quellen für krebserregende Stoffe. Außer einer wachsenden Anzahl größerer Luxusjachten gibt es allein auf baden-württembergischem Bodenseegebiet 16 000 kleinere Boote. Weder beschränken die Zulassungsbestimmungen die Bootsgröße, noch taugen die Paragraphen dazu, die Zahl der Boote in Grenzen zu halten. So hat 1971 bei der Verabschiedung des sogenannten „Bodenseemanifestes", eines Aufrufs zahlreicher Fachleute zum Schutz des Sees, der Konstanzer Oberforstrat Leutenegger mitgeteilt, daß an schönen Sommertagen auf dem See etwa 20 000 bis 30 000 Boote herumfahren, und daß dadurch bei ruhiger Luft an manchen Stellen über dem Wasserspiegel eine so starke Konzentration von Abgasen entsteht wie in einer dicht befahrenen Straße.

Trotz dieser beunruhigenden Bilanz haben die zuständigen Behörden – der Bund, die Länder, die Kreise und die Kommunen – keineswegs seit Jahren die Hände in den Schoß gelegt und dem Schicksal seinen Lauf gelassen. Gemeinden und das Land Baden-Württemberg haben bisher 250 Mio. DM für den Bau von Kläranlagen am Bodensee aufgewendet. Auch das Land Bayern, die Schweiz und Österreich haben sich bemüht, das Verhängnis aufzuhalten. Und doch haben, worauf der Direktor des Instituts für Landschaftspflege und Naturschutz der TH Hannover, früher Landesbeauftragter für Naturschutz in Baden-Württemberg, Prof. Buchwald, hingewiesen hat, alle Bemühungen nicht vermocht, den Zustand des Sees zu verbessern; ja, es ist seiner Ansicht nach noch nicht einmal zu einer Verlangsamung des Eutrophierungsprozesses gekommen.

Es ist offensichtlich, daß es sich hier um die Frage handelt, wie und wo die Prioritäten zu setzen sind. Lastenschiffahrt und Erholungslandschaft passen einfach nicht zusammen. Ebenso klar ist, daß eine rücksichtslose Industrialisierung dem Gebiet irreparablen Schaden zufügen würde. „Man braucht eine einheitliche Planungskonzeption für jeden See", meint Professor Elster. Dieser einheitliche Plan existiert bisher – trotz guter internationaler Zusammenarbeit – für den Bodensee nicht. Immer noch lebt man von der Hand in den Mund. Und nur allzu bald wird der Bodensee bei dieser Ernährungsweise sterben.

EUROPA IN DER KRITIK

Volapük für Kenner

Zwischen 1962 und 1970 haben die Brüsseler „Eurokraten" ganze sechs Verordnungen für den Wein erlassen; im ersten Halbjahr 1971 waren es dagegen über 90! Bis vor kurzem gab es also den „lächerlichen" Durchschnitt von noch nicht einmal einer Verordnung pro Jahr, heute dafür jeden zweiten Tag eine. — Sicher sind solche Vergleiche irreführend. Sie werden auch der wirklichen Arbeit der Brüsseler EG-Kommission und ihres Beamtenheeres nicht gerecht. Doch verdeutlichen sie die oft lawinenhaften Konsequenzen der Marktordnungen, Harmonisierungen und ähnlicher Bemühungen, national Gewachsenes europäisch zu ordnen. Seit Gründung der EWG sind wohl mehr als 4000 EG-Verordnungen und -Rechtsakte erlassen worden.

Kein Wunder, daß bei solcher Fruchtbarkeit sich eine eigene Fach-, Verkehrs- und Abkürzungssprache bildete, die sich in unserem Zeitalter der Integrationen und internationalen Organisationen zu zyklopischen Buchstabengebilden und Wortungetümen potenziert. Jeder Zeitungsleser wird täglich von Ungeheuern wie „deficiency-payment-system" oder gar „DPS", von „GATT-konform", „Preisbruch" und „homologen Produkten" angesprungen. Und spätestens bei der „task-force", jener neuesten Brüsseler Kreation eines Beratungsausschusses, wird auch der größte „Europa"-Freund resignieren. Wer weiß schon, daß sich hinter ALALC die Lateinamerikanische Freihandelszone, hinter ASSOPOMAC die Vereinigung der Kartoffelzüchter im Gemeinsamen Markt und hinter WPSA der Weltverband der Geflügelwissenschaft verbirgt? Und hinter so zärtlich klingenden Namen wie IDA, FEFANA oder gar EUCARPIA kann nur der irregeleitete Laie holde Weiblichkeit vermuten. Ja, das Europa-Kauderwelsch — es ist schlicht COCCEE.

Es ist das Verdienst des Agrarschriftstellers Heinz Krohn *), versucht zu haben, derartige Hieroglyphen zu übersetzen und sie zu deuten. Er bietet uns einen kleinen Leitfaden durch die internationalen Organisationen, die wichtigsten Zusammenschlüsse im Agrar- und Ernährungssektor und sogar durch die in der Bundesrepublik gebräuchlichsten Abkürzungen. Das Buch erläutert das Kauderwelsch von A bis Z und bringt eine Chronologie des langen Weges nach Europa. Für Politiker, Pädagogen, Landwirte und andere Interessierte ist es eine handliche Hilfe. Der Autor hat seine Erfahrungen aus Vorträgen und aus seiner journalistischen Tätigkeit nutzbar gemacht, um die Europasprache im Wortsinn „greifbar" zu machen. Das Buch ist ein Ariadnefaden für die große Zahl der „Betroffenen", also für jedermann.

Günther Grüneberg

***) Heinz Krohn: Europa-Kauderwelsch — Kürzel, Begriffe und ihre Übersetzung. Landbuch-Verlag GmbH, Hannover, 1971.**

Die Geschichte der Beitrittsverhandlungen

Rechtzeitig zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages lag diese erste Beschreibung und Bewertung des Ablaufs der Erweiterungsverhandlungen vor *). Die geschickte Darstellung informiert über Hintergründe und Verfahren, die zum Erfolg des Beitritts beigetragen haben. Das Beispiel dieser Verhandlungen verdeutlicht dem Leser gleichzeitig, wie die Europäische Gemeinschaft mit Drittstaaten verhandelt, wie ihre Äußerungen und schließlich die Ergebnisse zustandekommen.

***) Klaus Otto Nass: Englands Aufbruch nach Europa. Europa Union Verlag, Bonn, 1971.**

Der Verfasser veranschaulicht die Unterschiede zwischen den Verhandlungen von 1961/62 und denen von 1970/71. Die Probleme von damals, als die Gemeinschaft noch um eine Definition ihrer Ziele rang, waren zwangsläufig andere als 1970. Inzwischen, und gerade nach der Gipfelkonferenz von Den Haag im Dezember 1969, war der Gemeinsame Markt vollendet und durch eine endgültige Finanzierungsregelung abgesichert worden. Jetzt konnte es nur noch um den Beitritt im wahrsten Sinne des Wortes gehen, also um Anpassung. Nass macht deutlich, daß die Sechs folgerichtig auf der Übernahme von vier Grundprinzipien durch die Beitretenden bestanden, die diese auch in klarer Erkenntnis des verfestigten Charakters der Gemeinschaft akzeptierten. So stand bereits bei Beginn der eigentlichen Verhandlungen fest:

1. die Annahme des geltenden Gemeinschaftsrechts durch die Beitretenden;
2. die Anpassung an diese Regelungen durch befristete Übergangsbestimmungen;
3. die ungestörte Weiterentwicklung der EWG während der Verhandlungen;
4. die Regelung aller Beitrittsprobleme durch Verhandlungen vor Unterzeichnung des Beitrittsvertrages.

Gerade für den Außenstehenden ist die Schilderung interessant, wie die Gemeinschaft mit den Beitretenden verhandelt hat. Wie die Sechs unter sich um eine einheitliche Meinung rangen, die, wenn sie zustandekam — und wie oft war dies nicht der Fall — vom jeweiligen Ratspräsidenten, als dem Sprecher, den Beitretenden mitgeteilt wurde. Nach der Antwort der Beitretenden mußten die Sechs sich untereinander erneut einigen, während die Briten, mit denen die Verhandlungen am kritischsten waren, stundenlang auf die Fortsetzung der Konferenz warteten. Man erfährt, wie die britische Interessenlage gelegentlich von den ur-

Nach nur 1½ Jahren Verhandlung der große Augenblick: Heath zur Unterzeichnung in Brüssel



Foto: Darchinger

sprünglichen Mitgliedstaaten antizipiert oder die bereits fertigen Gemeinschaftsstandpunkte erneut zur Diskussion gestellt wurden. Taktik und Hintergründe einer solchen Verhandlung werden an einem zentralen Beitrittsthema, dem britischen Beitrag zur Finanzierung der Gemeinschaft, illustriert. Bei diesen Schwierigkeiten im Detail und der Verhandlungsart wird erkennbar, welche Leistung die Beteiligten vollbracht haben. 13 000 Schreibmaschinenseiten Gemeinschaftsrecht mußten durchgearbeitet werden, und dennoch waren nach nur 1½ Jahren Verhandlungsdauer die Probleme geklärt und das Vertragswerk unterzeichnet.

Zu Recht weist der Verfasser darauf hin, daß sich hier in technischem Gewande politische Verhandlungen abspielten. Er ist jedoch verwundert, daß die Frage über das, was nach dem Beitritt kommt, in den Verhandlungen nicht gestellt wurde: „Was wirklich auf dem Spiele stand, kam nicht zu Wort. Was aus Europa werden wird, blieb ungeplant." Hier möchte man ein Fragezeichen anbringen. Denn um was ging es beim Beitritt? Das politische Ziel der Beitretenden war eindeutig. Sie wollten an der von ihnen unterstellten Dynamik des Gemeinsamen Marktes teilhaben. Und allen war auch klar, daß sie die Aufgabe Europas nach innen und außen nur dann erfüllen können, wenn sie Europas Kräfte konzertieren. Dieser Wille ist nicht bis ins Letzte transparent zu machen, er ist aber am zielstrebigen Verfolgen des Beitritts und am Ergebnis selbst abzulesen. Seine Umsetzung in Aktionen war nicht Aufgabe der Beitrittskonferenz. Die Umsetzung schließt sich an; die dafür richtungweisende Gipfelkonferenz ist bereits für Oktober in Paris terminiert. Dies sowie das Wissen, daß ein Unternehmen wie der Beitritt nur im Hinblick auf den Erfolg gewagt wird, hinterlassen eine beruhigende Gewißheit.

Rüdiger Thiele



Foto: Historia-Photo

Abschluß einer Epoche: der Friede von Münster (1648)

Mirgelers Verklärung

Wenn die europäische Szenerie zeitweilig von nicht enden wollenden Auseinandersetzungen über Agrarpreise, Fischereiprobleme oder Ausgleichsabgaben verstellt wird, dann glauben Skeptiker schon an das Scheitern einer großen Idee: Europa – reduziert auf ein monströses Bündel ökonomischer Probleme. Doch der Aufbau eines geeinten Europas vollzieht sich nicht nur auf der Ebene der Wirtschaft, wie entscheidend diese auch ist. Ein Denken in europäischen Dimensionen muß die wirtschaftliche Integration ergänzen. Nicht zuletzt die deutsche Geschichtswissenschaft hat dazu in den beiden vergangenen Jahrzehnten einen beachtlichen Beitrag geleistet.

Albert Mirgelers großangelegter Versuch einer „Revision der europäischen Geschichte" *) steht in diesem Bemühen um ein europäisches Geschichtsbild, das sich von den Interpretationen streng nationalgeschichtlicher Observanz abwendet und eine Geschichtsbetrachtung anstrebt, die Europa als Einheit versteht. Unterstützt wurde dieses Postulat eines ‚europäischen Geschichtsbuchs' durch die weltpolitische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, die ja in drastischer Weise vor Augen führte, daß Europa seine Funktion als ‚Regulator der Weltpolitik' endgültig verloren hat.

Die Abwendung vom rein nationalstaatlichen Denken und der Versuch eines neuen Anfangs machen es notwendig, vor allem das 19. Jahrhundert im Gesamtprozeß der europäischen Geschichte neu zu sehen. War das, was sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts in einem sich beschleunigenden Prozeß vollzog, nämlich die Europäisierung der Welt, eine Abirrung der europäischen Geschichte? Und stellt sich heute nicht die Aufgabe, an eine ältere Tradition anzuknüpfen, die im 18. Jahrhundert unterbrochen wurde?

Hier setzt Mirgeler an. Für ihn, den Autor einer 1953 erschienenen „Geschichte Europas", stehen die Ansätze zu einer europäischen Einigung infolge „ungenügender Aufarbeitung der geschichtlichen Problematik in der Gefahr, sich mit einer auf die Ökonomie begrenzten Zielsetzung zu begnügen". Was not tut, ist eine Durchleuchtung der „Kurzschlüssigkeiten der europäischen Hinterlassenschaft". Nur im Nachdenken über die Geschichte könne sich dieser Dialog mit der Vergangenheit vollziehen.

Nun ist es nicht so, daß sich die Geschichtsschreibung dieser Aufgabe des Nachdenkens bisher entzogen hätte, wie es bei Mirgeler scheinen will. Es ist beinahe schon ein Gemeinplatz, wenn man den „Nutzen der Historie", um Nietzsche zu zitieren, gerade in dieser Reflexion sieht, nämlich in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwecks Erhellung des eigenen Standorts in dem größeren Zusammenhang universalgeschichtlicher Entwicklungen. Diese kritische Standortbestimmung kann aber für Mirgeler nicht primär vom chronologischen Ablauf der Geschichte bestimmt werden, denn nicht alle aufeinander folgenden Epochen sind in gleicher Weise aufschlußreich. Eine Revision der europäischen Geschichte (und das heißt bei Mirgeler: Revision der Geschichte Alteuropas) muß sich vor allem den großen „Anfängen" zuwenden, auf deren Interpretation folglich der Schwerpunkt des Buches liegt. Solche grundlegenden Anfänge sind für Mirgeler die karolingische Begründung Europas, seine zweite Begründung durch die cluniazensischen und päpstlichen Reformen im 11. Jahrhundert, das Spätmittelalter und schließlich das Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges.

Am Ende dieses europäischen Krieges zeichnen sich Umrisse einer neuen Welt mit einer völlig veränderten globalen und mentalen Situation der Menschheit ab. Vollends durch den „geschichtlichen

***) Albert Mirgeler: Revision der europäischen Geschichte. Verlag Karl Alber, Freiburg/München, 1971.**

Grabenbruch des 19. Jahrhunderts" ist für Mirgeler die Geschichte Alteuropas abgeschlossen, jedoch mitnichten dazu verurteilt, einem bequemen Vergessen anheimzufallen. Es wäre aber falsch, die europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert unkritisch im Sinne eines traditionellen Fortlebens verstehen zu wollen. Dadurch würde sie sich nur als Feind aller Einigungsbestrebungen in Europa erweisen. Mirgelers Forderung: deutliche Distanzierung von Traditionen und Geschichtsbildern, die heute nicht mehr verbindlich sein können, jedoch nicht deren gedankenloses Vergessen, denn das würde den Weg in die Zukunft verstellen.

Dem ist nur zuzustimmen. Mirgelers unzulässiger Verklärung der Geschichte Alteuropas, die er als „Ausdruck der letzten Hochkultur" begreift, kann man jedoch nur bedingt folgen. Geradezu befremdlich ist es, wenn er von einer „nachgeschichtlichen Welt" spricht, die mit dem Ende Alteuropas, spätestens jedoch mit der Französischen Revolution und der fast gleichzeitig einsetzenden Industriellen Revolution begann. Was nach diesem Einschnitt folgte, ist für Mirgeler „geistige und soziale Anarchie", überschattet und durchdrungen von einer sich machtvoll entwickelnden Technik, die von ihm primär als zersetzende, ja dämonische Macht gesehen wird. Die konservative Geschichtsphilosophie, die hier zum Ausdruck kommt, provoziert Widerspruch. Es ist Mirgelers Verdienst, ein Buch geschrieben zu haben, das Ausgangspunkt einer notwendigen Kontroverse werden könnte. *Peter Alter*

Zwischen Ost und West

Die Richtung auf ein „europäisches Europa" möglichst großer Selbständigkeit zwischen den außereuropäischen Weltmächten ist unverkennbar. Die in den USA längst vollzogene Eingrenzung des Begriffs „Osteuropa" auf den geographischen Bereich westlich der Sowjetunion, aber einschließlich der mit der Gemeinschaft assoziierten Türkei, setzt sich durch, nachdem auch de Gaulle sich davon überzeugen mußte, daß der Ural keine Grenze mehr ist. Die seit vier Jahren entwickelte Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gibt, endlich, der Feststellung Raum, daß „die Einigung des Kontinents nie als Instrument des Kalten Krieges begriffen wurde". So Curt Gasteyger in der Einführung zur deutschen Ausgabe der vom Atlantic Institute, Paris, zusammengestellten Veröffentlichung von neun z. T. neu geschriebenen Beiträgen eines Symposions von 1968*). Die Schrift muß als politische Ergänzung zu dem im gleichen Verlag erschienenen Dokumentationsband „Der Ostmarkt im Comecon" gesehen werden, der alle zugänglichen Quellen bis hin zu den

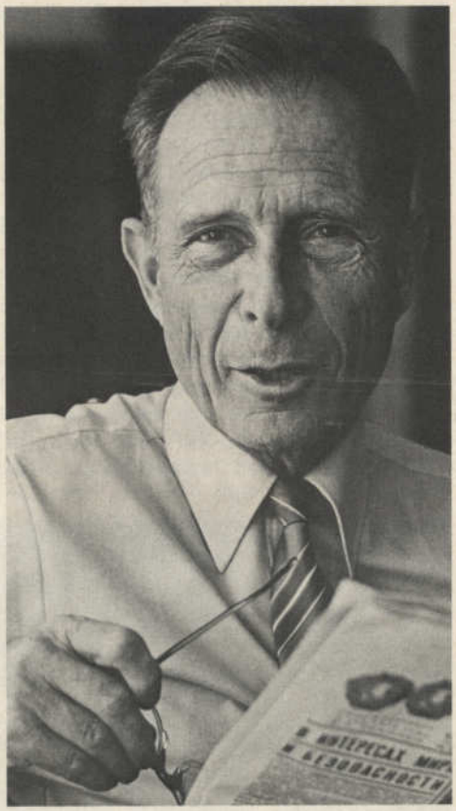


Foto: Darchinger

Ost-West-Autor Klaus Mehnert

Lieferbedingungen und Montagebestimmungen erstmals in dieser Vollständigkeit auf deutsch zusammenfaßt. Damit ist die unerläßliche Zusammenschau des immer noch unterbelichteten Gesamtproblems der Ost-West-Beziehungen gesichert. Und es ist richtig, daß die Grundsatzdebatte zuerst erfolgt.

Die vielen tausend Bediensteten in den Organen der Europäischen Gemeinschaft selbst und in den zuständigen Heimatbehörden der Mitgliedstaaten wie auch, im weiteren Kreise, deren zum Nachdenken entschlossene Bürger werden durch dieses Modell einer geistvollen, die internationale Terminologie benutzenden Grundsatzdiskussion zu eigenen Urteilen und Überlegungen angeregt. Dies um so eher, als auf jede Simplifizierung und voreilige Festlegung verzichtet wird. Ein Schuß freimütiger Skepsis, wie ihn der erste Beitrag, von Altiero Spinelli sichtlich vor seinem Eintritt in die EG-Kommission verfaßt, mit kühnen Prognosen verbindet, ist genau so wertvoll wie der Ausblick auf die Veränderungen der Präsenz der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in den kommenden zehn Jahren, den William E. Griffith, Professor in Cambridge (Mass.), aus amerikanischer Sicht bietet. Neidvoll läßt der deutsche Leser die Fülle des wissenschaftlichen Ertrages, ja schon die weitläufige Systematik der Beschäftigung mit den internationalen Beziehungen auf sich wirken. Trotzdem praxisnahe ist die Behandlung des Kontaktproblems in und zwischen EWG, EFTA und Comecon in dem Beitrag von John Pinder, der, etwas zurückhaltender als Spinelli, die theoretische Möglichkeit einer Assoziierung der osteuropäischen Länder mit der Gemeinschaft erörtert. Vorbedingung sei eine einheitliche, wirkungsvolle Außenpolitik; denn einzeln seien die westeuropäischen Staaten sowohl strategisch als auch wirtschaftlich ohnmächtig. Von allen Autoren wird die Bedeutung, aber auch das Risiko der deutschen Frage sorgenvoll angesprochen, deren Lösung – in welchem Sinne auch immer – sowohl im Osten wie aber auch im Westen neue Probleme aufwirft. Ein „pessimistischer Pragmatismus", resümiert der Herausgeber, läßt in diesem Bändchen doch „Richtungsweiser setzen und Möglichkeiten abstecken, die für den künftigen Weg Europas wichtig sind". Das ist nicht zuviel versprochen.

***) Europas Zukunft zwischen Ost und West. Mit einer Einführung von Curt Gasteyger und Beiträgen von James F. Brown, Miriam Camps, William E. Griffith, Pierre Hassner, Michael Kaser, Klaus Mehnert, John Pinder, Altiero Spinelli, Michel Tatu. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1971.**

*

Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang auf das Jubiläum der Zeitschrift OSTEUROPA hinzuweisen, die in der Oktober-Ausgabe ihres 21. Jahrgangs an das im Oktober 1951 begonnene Wiedererscheinen nach dem Kriege erinnert. Das Gedenkblatt der Redaktion (S. 749 f.) greift zurück auf das „alte" OSTEUROPA, von Professor Otto Hoetzsch im Oktober 1925 begründet, damals mit der Zielsetzung, „auf der Grundlage wissenschaftlich-exakter Arbeit ein Bild des *gegenwärtigen* Standes im europäischen Osten zu geben, unabhängig von jedem politischen oder gar parteipolitischen Standpunkt". Seitdem habe sich die Aufgabe wesentlich erweitert: „Heute sind alle kommunistisch regierten Staaten, dazu auch die bedeutenderen kommunistischen Parteien nichtkommunistischer Länder sowie die gesamte kommunistische Weltbewegung mit in das Blickfeld von OSTEUROPA gerückt." Auch in Zukunft solle „die Synthese von wissenschaftlicher Objektivität und deutlich kenntlich gemachtem eigenen Standpunkt" das Leitmotiv der Zeitschrift sein. Die Abgrenzung erscheint damit im wesentlichen ideologisch bestimmt, die Einbeziehung kommunistischer Parteiprobleme über den geographischen Bereich Osteuropa hinaus bemerkenswert. Ein entsprechend weitgefaßter Begriff Westeuropa wird angesichts der monolithischen Struktur der „sozialistischen Welt" nicht leicht zu formulieren sein, zumal, wenn eine Koexistenz im Sinne der oben besprochenen Veröffentlichung angestrebt werden sollte. *Georg Streiter*

Absender:

(Bitte in Druckbuchstaben)

An den

EUROPA UNION VERLAG
GMBH

5300 BONN 1
Postfach 643



europäische gemeinschaft

PROBEABONNEMENT *)

Ich möchte die Monatszeitschrift „europäische gemeinschaft" näher kennenlernen und bestelle hiermit unverbindlich ein kostenloses Probeabonnement für drei Monate.

*) Nichtgewünschtes bitte streichen

BESTELLUNG *)

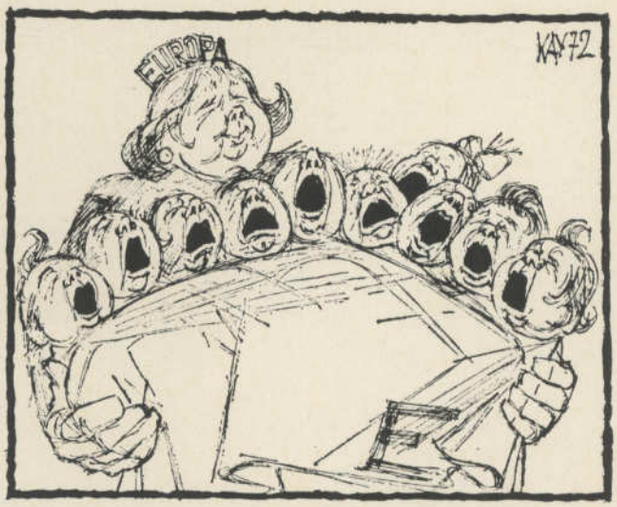
Ich bestelle zur laufenden Lieferung ____ Exemplar(e) „europäische gemeinschaft". Jahresabonnement DM 9,– (incl. Versandkosten und MWST). Abbestellungen sind mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich.

(Name, Vorname) (Beruf)

(Postleitzahl, Anschrift)

(Datum) (Unterschrift)

Mutter Courage
BZ-Zeichnung: Kay



MOUVEMENT EUROPÉEN

ASSOCIATION INTERNATIONALE

PRÉSIDENTS D'HONNEUR :

† Léon BLUM, † Alcide DE GASPERI, † Robert SCHUMAN, † Sir Winston CHURCHILL, † Konrad ADENAUER,
Harold MACMILLAN, Jean MONNET, Paul-Henri SPAAK

SECRÉTARIAT INTERNATIONAL
14, RUE DUQUESNOY, BRUXELLES 1
TÉLÉGRAMMES: UNIEUROPA
TÉLÉPHONE : 13.36.20

Bruxelles, le 15 mai 1972

Cher Monsieur,

Veuillez trouver ci-joint la DECLARATION et les RESOLUTIONS annexes qui ont été adoptées au CONGRES DE L'EUROPE, qui vient de se tenir au Bundeshaus à Bonn, les 12 et 13 mai 1972.

Je vous prie de bien vouloir agréer, cher Monsieur, l'expression de mes sentiments distingués.

R. v. Schendel

Robert van Schendel
Secrétaire général

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

C O N G R E S D E L' E U R O P E

BONN - BUNDESHAUS, les 12 - 13 mai 1972

D E C L A R A T I O N

Depuis le dernier Congrès du Mouvement Européen, des faits nouveaux importants se sont produits. C'est notamment sur ces faits nouveaux et sur leurs conséquences pour l'avenir de l'Europe que le Congrès de 1972 s'est prononcé.

Ces faits nouveaux sont, en particulier :

1° l'élargissement de la Communauté par l'adhésion du Danemark, de l'Irlande, de la Norvège et du Royaume-Uni .

2° la crise monétaire qui a révélé la fragilité de la construction économique européenne.

Au point de vue politique

Les européens doivent se réjouir de l'adhésion des quatre nouveaux pays, mais il faut qu'ils soient conscients des conséquences que peut avoir l'élargissement si la politique à suivre n'est pas clairement définie dès maintenant.

L'élargissement de la Communauté peut permettre à certains de prétendre que les liens organiques doivent être plus détendus encore qu'ils ne le sont et que la construction d'une véritable Europe politique doit être renvoyée à plus tard.

Le fait qu'il soit plus difficile de faire fonctionner les institutions européennes à dix est une raison de plus pour renforcer et développer ces institutions et pour les démocratiser.

Une politique étrangère et une politique de défense communes devront être définies et mises en oeuvre dans le cadre de l'Europe des Dix.

L'objectif est une politique intégrée avec un gouvernement des Etats-Unis d'Europe contrôlé par un Parlement élu au suffrage universel direct. Les solutions de transition mises en oeuvre en attendant que cet objectif soit

./..

atteint doivent être inspirées d'un esprit communautaire. Tout Etat pourra notamment désigner ses délégués au Parlement Européen par élection directe au niveau national. Le vote à la majorité doit être appliqué sans délai. La création d'un "secrétariat politique" pour la politique étrangère et de sécurité ne serait concevable que dans le cadre de la Commission des Communautés ou en liaison étroite avec elle.

Au point de vue économique

- La crise monétaire n'a pas été résolue par l'accord de Washington. La solution retenue est précaire. Il faut, pour établir des rapports d'indépendance réciproque et de coopération avec les autres Etats, réaliser l'union économique et monétaire. Le rapport Werner devra être appliqué pour permettre la création d'une véritable monnaie européenne.

- Les étapes fixées par le rapport Werner devront être respectées : la Commission doit être transformée le plus rapidement possible en"Centre de décision pour la politique économique".La Communauté doit prendre ses responsabilités dans la réforme du système monétaire mondial nécessaire au commerce international.

- Il ne suffira pas de développer l'économie, d'accroître le rythme de la croissance, il faudra tenir compte des problèmes de qualité de vie .

La croissance économique n'est pas une fin en soi. Elle est nécessaire mais elle perd son sens si elle ne s'accompagne pas d'une amélioration des conditions de vie, de la situation sociale et de l'environnement.

- Une politique de développement équilibré des régions dans le cadre de l'Europe permettra d'obtenir des résultats qu'il n'est pas possible d'obtenir dans le cadre national.

L'Europe scientifique et technique est malade. Il faut définir les objectifs à atteindre, la stratégie à suivre. Il n'est plus possible d'attendre.

L'Europe a des responsabilités particulières à l'égard des pays en voie de développement. Elle doit accroître son aide, lui donner progressivement une coloration exclusivement communautaire, la rendre plus efficace, notamment en mettant sur pied un système de soutien des cours des matières premières et des principaux produits agricoles de ces pays et en favorisant leur industrialisation.

L'Europe a, enfin, le devoir de défendre le respect dans le monde des droits de l'homme, fondement de sa civilisarion.

Conférence au Sommet et Conférence sur la Sécurité

Avant la Conférence au Sommet, le Mouvement Européen rendra publiques et diffusera aussi largement que possible les recommandations qu'il entend soumettre aux chefs d'Etat et de Gouvernements. Le Mouvement Européen demande qie la Commission soit, plutôt que des conférences diplomatiques, chargée de traduire dans les textes légaux les idées générales adoptées à cette prochaine Conférence au Sommet.

Si la Conférence sur la Sécurité a lieu, le Mouvement Européen demande que les dix pays d'Europe définissent une politique commune et la défendent d'une seule voix lors des débats de la conférence. Le Mouvement Européen insiste pour que la Commission de la CEE assiste à la Conférence sur la Sécurité et participe à ses travaux. Aucune des questions concernant la Communauté Européenne ne devra être traitée en l'absence de la Commission.

Le Mouvement Européen souhaite que cette conférence favorise les échanges et la coopération entre la Communauté ou l'ensemble des pays démocratiques et les pays de l'Europe de l'Est sans que cette conférence puisse être considérée comme une discussion de bloc à bloc.

R E S O L U T I O N

annexe I à la Déclaration

Le Congrès a appris avec une profonde émotion les nouvelles mesures prises par le Gouvernement d'Athènes contre la liberté de jeunes européens et de dirigeants parmi les plus respectés en Europe. Il proteste avec indignation contre une telle politique qui ne peut que nuire gravement aux relations existant entre les peuples libres d'Europe et le peuple hellénique.

A cette occasion, le Mouvement Européen rappelle que la Communauté européenne ne peut être qu'une Communauté de peuples libres. En ce qui concerne l'association ou l'adhésion d'autres pays d'Europe, le Mouvement Européen réaffirme sa

./..

politique traditionnelle et fait sienne la position officielle prise par la Commission dans son avis au Conseil du 1er octobre 1969, selon lequel les relations de la Communauté avec d'autres pays d'Europe ne sauraient prendre la forme d'une association proprement dite qu'en ce qui concerne ceux de ces pays qui jouissent d'institutions et de régimes comparables à ceux des Etats fondateurs.

R E S O L U T I O N I.

"L'Europe Institutionnelle"

I. La Communauté doit faire face, dans un très proche avenir, à des évolutions fort importantes

- adhésion de quatre nouveaux membres
- mise en place de l'Union économique et monétaire
- conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe
- coopération politique entre les pays membres.

II. Dans cette optique, le Mouvement Européen demande les aménagements suivants :

- Les Etats membres sont invités à désigner comme membres de la Commission des hommes politiques ayant un prestige propre dans l'opinion publique de leurs pays respectifs.
- La Commission nommée par les gouvernements devra être confirmée par le Parlement Européen.
- Le Conseil doit se fixer des délais impératifs pour chaque proposition de la Commission.
- Le Congrès presse les gouvernements réunis à la Conférence au Sommet d'établir un agenda pour la mise en application de l'art. 138 portant sur les élections directes.
- Au cas où une telle décision ne serait pas prise lors du prochain Sommet, tout Etat peut désigner ses délégués par élection directe au niveau national.
- Au delà des pouvoirs budgétaires limités résultant du Traité du 22 avril 1970, le Parlement européen devra être doté progressivement d'un pouvoir de décision dans certains domaines importants, à savoir les règlements de base en matière de politiques communes, de rapprochement de législations, les amendements et compléments aux Traités.
- La coopération en matière de politique étrangère entre les Etats membres doit s'exercer en liaison avec la Communauté : le Président de la Commission

doit participer aux réunions des ministres des Affaires Etrangères, le Secrétaire Général de la Commission doit prendre part aux sessions du Comité politique, et le Secrétaire Général du Conseil assurant la présidence du Secrétariat politique dont le siège ne peut être qu'à Bruxelles.

R E S O L U T I O N II

"L'Europe Economique et Monétaire"

Le Congrès international du Mouvement Européen, réuni à Bonn les 12 et 13 mai 1972

RAPPELLE que la libéralisation commerciale réalisée à l'intérieur de la Communauté européenne postule une harmonisation satisfaisante des politiques des Etats membres. L'expérience des dernières années a mis en relief l'insuffisance d'une telle harmonisation en aggravant les déséquilibres régionaux et sectoriaux. Un progrès décisif dans ce domaine apparaît de plus en plus comme condition irremplaçable pour atteindre les objectifs de progrès social et de développement économique que le Traité de Rome impose à la Communauté et qu'elle est en mesure d'atteindre avec plus d'efficacité que les Etats membres séparément, à condition toutefois que l'intégration du marché ne soit pas abandonnée à un mécanisme purement spontané.

MET EN EVIDENCE la disproportion entre ces objectifs assignés à l'Union économique et monétaire par le Conseil des Ministres en février 1971, et la solution constamment ajournée des problèmes institutionnels dont dépend leur réalisation, disproportion qui s'est incontestablement manifestée lorsque, face à l'aggravation de la conjoncture monétaire internationale, l'Union elle-même n'a pu empêcher les Etats membres d'adopter des lignes de conduite fort divergentes, au par détriment des résultats obtenus jusqu'ici au niveau de l'intégration de marché.

ATTIRE L'ATTENTION sur le caractère temporaire de la solution découlant de l'accord de Washington en décembre dernier. L'inconvertibilité de la monnaie de réserve et la subordination de fait de la création de liquidités internationales aux exigences de la politique économique et monétaire interne américaine est une source évidente d'instabilité du système monétaire international. Pour cette raison, elle est un obstacle sérieux sur la voie de l'Union économique et monétaire et elle rend nécessaire que la Communauté contribue

à stabiliser le système monétaire international.

SOULIGNE que les réalisations d'un degré satisfaisant d'harmonisation économique à l'intérieur de la Communauté européenne élargie est de toute façon la condition d'une réelle autonomie monétaire à l'égard des facteurs extérieurs. Cette dernière prendrait une place égale à celle des autres monnaies convertibles, dans le cadre d'un système monétaire international réformé, au sein duquel les droits spéciaux de tirage devraient devenir la forme principale de liquidité internationale.

SE FELICITE que les décisions prises au cours du mois de mars dernier par le Conseil des Ministres des Finances soient un pas concret vers la création de l'Union économique et monétaire, qui souligne une fois de plus la nécessité de progrès parallèles dans les deux domaines et exprime la volonté commune non seulement des pays membres mais aussi des quatre pays candidats, sans préjudice de la coopération avec les pays démocratiques européens qui ne sont pas encore des membres de plein droit. Il craint toutefois que des mesures inadéquates aient été prises pour la coordination des politiques économiques, ce qui pourrait mettre en danger la réalisation effective de l'Union.

RECOMMANDE EN PARTICULIER que le Fonds européen de coopération monétaire dont on a prévu la création, soit doté de moyens et de pouvoirs suffisants pour accomplir ses tâches de façon à pouvoir contribuer activement à une coordination efficace des politiques économiques des Etats membres. Un tel Fonds, qui devrait oeuvrer dans le cadre des directives communautaires, doit être en fait considéré comme l'embryon d'une future banque centrale fédérale. Il importe également d'adopter en temps utile des mesures aptes à surmonter les obstacles fiscaux et légaux qui s'opposent à la création d'un marché européen des capitaux, à régler les mouvements de capitaux de stabilisateurs, à assurer une coordination des politiques de bilan des Etats membres et à doter la Communauté de plus grandes ressources pouvant être destinées à des interventions de caractère régional et anti-conjoncturel ainsi que l'amélioration des infrastructures.

EXPRIME par contre la vive préoccupation que la coordination politique entamée par les décisions récentes du Conseil soit réalisée selon des critères caractérisés par une conscience insuffisante des exigences de transformation structurelle et d'un développement équilibré de l'économie intégrée, tout en rappelant que toute l'expérience communautaire justifie de réelles préoccupations à ce sujet.

./..

EST D'AVIS qu'un développement territorial équilibré, une politique industrielle active, une amélioration du système des transports, une restructuration de l'agriculture poursuivie à travers une application sans réserve du programme communautaire de réforme structurelle et la réduction des déséquilibres entre les prix communautaires et mondiaux des produits alimentaires sont des éléments essentiels de l'Union économique et monétaire et que les progrès dans ce domaine doivent être obtenus par un parallélisme raisonnable vis-à-vis des progrès réalisés dans le secteur monétaire.

EST CONSCIENT de ce que le développement de la Communauté peut imposer un coût social surtout pour la restructuration nécessaire de l'agriculture et celle non moins urgente de la distribution, ainsi que de la gravité des problèmes régionaux qui se posent comme conséquence de la croissance économique elle-même. Certains de ceux-ci sont à maints égards complémentaires entre eux notamment dans les régions à concentration excessive ou dans celles qui sont intéressées par des mouvements migratoires. D'autres méritent aussi attention dans les régions en déclin ou dans les régions frontalières. Pour ces raisons et pour d'autres, il semble désormais indispensable de situer la coordination à promouvoir dans la Communauté dans le cadre d'une planification des politiques d'intervention économiques st sociales, puisqu'on ne peut raisonnablement s'attendre à ce qu'une solution satisfaisante puisse jaillir uniquement du fonctionnement incontrôlé des mécanismes de marchés. Afin d'éviter les risques économiques d'un dirigisme rigide, il convient cependant que la centralisation nécessaire des décisions de politique économique soit assortie d'une juste mise en valeur des autonomies locales par rapport à tous les problèmes qu'elles peuvent valablement contribuer à résoudre tant au point de vue de la recherche qu'au point de vue opérationnel.

Dans ce contexte, ATTACHE une importance particulière à l'adoption de mesures capables d'améliorer la qualité de la vie sociale eu égard notamment aux besoins des classes défavorisées. A cette fin, il prône tout spécialement le développement et l'harmonisation des politiques tendant à rendre plus aisée la participation de tous les citoyens aux fruits de la croissance et du bien-être économique.

SE PRONONCE en faveur d'une conception rigoureusement unitaire des problèmes du développement économique et social de la Communauté en tant que condition essentielle de son renforcement politique. Dans cette optique, il repousse la création de nouvelles structures de caractère inter-gouvernemental qui a été envisagée même dans des domaines qui sont déjà couverts par les dispositions

./..

institutionnelles du Traité de Rome. Il réaffirme par contre sa propre conviction que le succès de l'Union économique et monétaire demande un renforcement énergique des institutions communes, notamment quant au contrôle qui doit être confié à un Parlement européen élu au suffrage universel direct.

R E S O L U T I O N III

"Technologie - Recherche - Université"

Le Congrès du Mouvement Européen réuni à Bonn les 12 et 13 mai 1972 constate qu'il n'a pas été donné suite à la résolution des Chefs d'Etat et de gouvernements du 2 décembre 1969 à La Haye concernant la politique de la Recherche et de la Technologie.

Il est d'avis qu'une politique générale dans le domaine de la Recherche et de la Technologie doit être menée de concert avec une politique d'union économique et monétaire.

Il attend des Chefs d'Etat et de gouvernements qu'ils fixent avec clarté les buts de la politique scientifique et technologique et définissent la stratégie pour les atteindre.

Les Chefs d'Etat et de gouvernements devront tenir compte des critères suivants :

1) la politique de la Recherche et de la Technologie a pour but de diriger les efforts des pouvoirs publics, de la science et de l'économie afin d'humaniser le processus industriel et d'améliorer les conditions de vie de l'homme;

2) l'action des pouvoirs publics dans le domaine de la préservation et de l'amélioration des conditions de vie exige un engagement efficace des capacités de recherche existantes en Europe et une concertation croissante dans le sens d'une coordination des programmes et des projets nationaux de Recherche;

3) une politique efficace de la Recherche et de la Technologie doit s'imbriquer dans une politique européenne industrielle et contribuer de cette façon à l'amélioration des structures de l'industrie et des marchés en Europe en vue d'une répartition régionale plus équilibrée et face à la concurrence internationale;

4) cette politique de la Recherche et de la Technologie suppose une coopération renforcée et systématique des Universités et autres Centres de Recherche dans

le domaine de la Recherche fondamentale. Cela implique une participation des hommes de science et de leurs organisations à la préparation des décisions politiques au niveau européen.

Il propose :

a) la création, auprès de la Commission de la Communauté Européenne, d'un Office européen d'Information Universitaire;

b) la création, sous les auspices de la Communauté Européenne, d'une Association européenne pour la Recherche fondamentale appelée à gérer le Fonds européen de la Recherche;

c) la création d'un Conseil européen de la Science (Wissenschaftsrat) appelé à préparer des projets de développement en matière universitaire et de recherche fondamentale dans une perspective européenne.

Le Congrès estime nécessaire que soit assurée une collaboration étroite avec les Etats européens démocratiques non-membres de la Communauté.

Note explicative

Considérant l'importance d'une intégration croissante de l'Europe dans le domaine universitaire (enseignement supérieur et recherche), appelée à contribuer de manière décisive à la création, voire à la reconstitution, d'une véritable communauté culturelle, intellectuelle et morale sur notre vieux Continent,

il est indispensable, dans le cadre d'un développement échelonné et systématique,

I.a) de créer, auprès de la Commission de la Communauté européenne, un Office d'information universitaire, largement ouvert à la coopération d'universités appartenant à des pays non-membres de la Communauté, Office qui réunirait toute information susceptible d'intéresser notamment les instances universitaires et gouvernementales, dans la perspective d'une connaissance mutuelle approfondie des problèmes et des données dans ce secteur, et cela plus particulièrement en vue d'une mobilité des enseignants et des étudiants, voire de l'établissement d'un "marché unique" dans ce même secteur. A cet effet, et à titre d'exemple, l'intérêt qu'aurait,pour les pays européens,un banc d'information concernant les postes vacants est souligné, de même que l'urgence d'abolir toute réglementation qui pourrait encore subsister dans des Etats européens et qui serait de nature à former un empêchement pour les nationaux d'autres Etats d'y être des enseignants et des chercheurs à part entière. Les bourses nationales devraient être payables également en cas de séjour du titulaire à l'étranger.

./..

b) de poursuivre, sous les auspices par exemple de l'Office précité, et avec l'aide d'experts universitaires, des travaux ayant pour but le rapprochement (l'homogénéisation et l'équivalence de fait progressive) des programmes d'étude (curricula studies), ainsi que l'établissement de catalogues (schedules) de critères qualitatifs à remplir par les institutions universitaires se voulant de niveau européen.

2. de créer, sous les auspices de la Communauté européenne, une Association européenne de la Recherche fondamentale (Forschungsgemeinschaft) largement ouverte aux autres pays d'Europe, Association disposant d'un budget géré essentiellement par les représentants du monde scientifique sous le contrôle des instances démocratiquement légitimées et désignées à cet effet. Les moyens financiers mis à sa disposition et portant le nom de "Fonds Européen de la Recherche" devraient permettre :

Dans une première phase :

l'établissement d'inventaires des centres de recherche, dans toutes les différentes spécialités, existant dans les pays concernés, inventaires dont la mise à jour se ferait à intervalles réguliers. Ces inventaires seraient établis par des Commissions spécialisées permanentes à instituer dans les différents domaines de spécialisation.

Dans une deuxième phase,

le financement d'échanges de courte ou moyenne durée d'étudiants au niveau du troisième cycle et de chercheurs, leur permettant des séjours dans des institutions (centres) de recherche de leur spécialité -séjours susceptibles de faire progresser de manière décisive le niveau de connaissance des personnes concernées et le niveau de recherche en Europe - ainsi que le financement de colloques de recherche et de conférences. Les commissions spécialisées citées ci-dessus seraient responsables de la gestion de ces moyens dans un esprit de réduction au minimum des formalités administratives.

Dans une troisième phase,

la mise à la disposition de certains instituts de très haute qualité ("points de croissance", centres de confrontation et de recherche, centres d'excellence) d'appuis financiers leur permettant de donner leur pleine mesure et les mettant en état de remplir une fonction d'accueil apportant un bénéfice à la communauté scientifique européenne. Les commissions spécialisées citées ci-dessus et dont les titulaires n'auraient qu'un mandat de durée limitée, seraient ici encore responsables des décisions qui s'imposent.

./..

3. de mettre sur pied, sous les auspices de la Communauté européenne, un Conseil européen de la Science (ouvert aux pays d'Europe non-membres de la Communauté mais animés des mêmes idéaux que les pays membres). Ce Conseil, s'inspirant du modèle du Wissenschaftsrat en République Fédérale d'Allemagne, réunirait les représentants de la Recherche, des Universités et de la Haute Administration des pays participants et aurait pour mission de procéder à des confrontations et des échanges d'expérience en matière de politiques et de structures universitaires et de recherche . Il serait, en outre, appelé à préparer des études et à élaborer des projets de développement dans la perspective des ressources et des besoins européens.

4. le développement systématique de Centres de formation européenne au niveau du troisième cycle.

R E S O L U T I O N IV

"L'Europe dans le Monde"

Le Congrès du Mouvement Européen, réuni à Bonn, les 12 et 13 mai 1972,

CONSTATE que l'élargissement de la Communauté européenne donne à celle -ci, par ses dimensions mêmes, une responsabilité accrue dans le monde.

APPELLE les peuples, les instances parlementaires et gouvernementaeles et, particulièrement les dirigeants de la Conférence au Sommet de la Communauté européenne à définir sans délai une politique extérieure contribuant à l'organisation progressive d'un monde prospère, libre, pacifique et respectueux des droits de l'homme.

CONSIDERE comme prioritaire l'adoption d'une politique plus efficace et plus généreuse à l'égard des pays en voie de développement.

DEMANDE à cette fin que le Communauté européenne :

I. - procède, en ce qui concerne les pays en voie de développement, à :

a) une augmentation substancielle de l'aide actuellement accordée par elle et à la prise en charge progressive par la Communauté de l'ensemble des ressources et de l'ensemble des missions concernant l'aide au développement,

b) l'élargissement graduel des "préférences généralisées",

c) l'élimination des préférences qui lui sont accordées par les Etats

./..

africains et malgache et du Commonwealth associés,

d) l'élaboration d'accords mondiaux, afin de stabiliser les marchés des produits de base;

- remplace, par étapes et dans la mesure du possible, le réseau existant d'accords partiels ou préférentiels, avec les pays tiers, par une politique cohérente à l'égard du reste du monde, fondée sur le principe de la non-discrimination;

II. - aboutisse, en ce qui concerne les pays industrialisés, lors des prochaines négociations multilatérales, à :

a) la réduction progressive et réciproque des droits de douane sur les principaux produits industriels,

b) la suppression des pratiques tendant à fausser la concurrence et l'abolition progressive des barrières non-tarifaires au commerce;

III. - s'efforce de construire au niveau de la Communauté élargie une politique d'ensemble, notamment économique et monétaire, à l'égard des Etats-Unis, inspirée d'un souci d'indépendance réciproque et de confiance mutuelle;

IV. - établisse, à l'occasion de la prochaine conférence sur la sécurité et la coopération européennes, une politique commune de la Communauté élargie s'exprimant d'une seule voix et tendant notamment à l'amélioration des échanges tant économiques qu'humains avec les pays de l'Est;

V. - entame avec les Etats-Unis et les autres pays industrialisés, y compris éventuellement l'URSS, et, dans un avenir plus lointain, avec la Chine, une collaboration dans la lutte contre la pollution et dans la conservation des ressources et de l'environnement naturels, comprenant l'adoption d'un code de bonne conduite et de protection contre tout pays qui ne le respecterait pas;

VI. - affirme son intention d'assurer la paix en Europe et de contribuer à la détente et à l'évolution pacifique du monde par la mise en commun progressive, dans le cadre de l'Alliance Atlantique, des moyens de défense européens;

Le congrès ESTIME qu'il faut éviter de créer dans la Communauté des institutions nouvelles et, au cas où de nouveaux organes administratifs apparaîtraient nécessaires pour définir la politique extérieure de la Communauté élargie, qu'il est essentiel que ceux-ci soient créés à l'intérieur de la Communauté et travaillent en étroite harmonie avec les organismes communautaires existants en attendant d'aboutir à une autorité politique européenne sous le contrôle du Parlement européen.

Werbe- und Verkehrsamt der Stadt Bonn

53 Bonn - Bad Godesberg 1
Kurfürstenstraße 2-3
Rathaus
Postfach 864

Telefon: (0 22 29) 600-489/540
Telex: 88 6861 skbnd

Herrn
Irujo
48 rue Singer
P a r i s 16
FRANKREICH

2 16

Tagung EB

Wir vermittelten für Sie verbindlich auf Grund Ihrer Anmeldung vom 14.3.72

im Schloßpark-Hotel Bonn
Venusbergweg 27-31 Telefon o2221-631505

1 **Einbettzimmer** 4o.-DM inkl.

Zweibettzimmer

zusammen mit

Anreisetag 11.5. Abreisetag 14.5. Nächte 3

Das Hotel ist zu erreichen ab Bundesbahnhof mit Straßenbahn/Bus

Richtung bis

Bonn - Bad Godesberg, den 21.4.72

Bei Um- und Abbestellungen bitten wir, das Hotel direkt zu verständigen. Für Zimmer, die nicht bezogen werden, muß eine Ausfallentschädigung nach den gesetzl. Bestimmungen geleistet werden. Das Werbe- und Verkehrsamt ist nur als Vermittler tätig.

PROJET DE DECLARATION GENERALE DE BONN

1. Depuis le dernier Congrès du Mouvement Européen, des faits nouveaux importants se sont produits. C'est notamment sur ces faits nouveaux et sur leurs conséquences pour l'avenir de l'Europe que le Congrès de 1972 s'est prononcé.

2. Ces faits nouveaux sont en particulier :

1° l'élargissement de la Communauté par l'adhésion de la Grande Bretagne, de l'Irlande, de la NOrvège et du Danemark.
2° la crise monétaire qui a révélé la fragilité de la construction économique européenne.

Au point de vue politique

3. Les Européens doivent se réjouir de l'adhésion des quatre nouveaux pays, mais il faut qu'ils soient conscients des conséquences que peut avoir l'élargissement si la politique à suivre n'est pas clairement définie dès maintenant.

4. L'élargissement de la Communauté peut permettre à certains de prétendre que les liens organiques doivent être plus détendus encore qu'ils ne le sont et que la construction d'une véritable Europe politique doit être renvoyée à plus tard.

5. Le fait qu'il soit plus difficile de faire fonctionner les institutions européennes à Dix est une raison de plus pour renforcer et développer ces institutions et pous les démocratiser.

6. Une politique étrangère et une politique de défense communes devront être définies et mises en oeuvre dans le cadre de l'Europe des Dix.

7. L'objectif est une politique intégrée avec un gouvernement des Etats-Unis d'Europe contrôlé par un parlement élu au suffrage universel direct. Les solutions de transition mises en oeuvre en attendant que cet objectif soit atteint doivent être inspirées d'un esprit communautaire. Le vote à la majorité doit être appliqué sans délai. Il est dangereux de créer à l'extérieur des Communautés de nouvelles institutions du type "secrétariat politique".

Au point de vue économique

8. La crise monétaire n'a pas été résolue par l'accord de Washington.

./..

La solution retenue est précaire et, de plus, révèle la volonté du gouvernement américain de subordonner la solution de la crise mondiale à des exigences de politique intérieure.

9. Il faut, pour établir des rapports d'indépendance réciproque et de coopération avec les Etats Unis, réaliser l'union économique et monétaire. Le rapport Werner devra être appliqué pour permettre la création d'une véritable monnaie européenne.

10. Les étapes fixées par le rapport Werner devront être respectées : le "centre de décision pour la politique économique" devra être créé le plus rapidement possible. L'Europe doit prendre ses responsabilités dans la réforme du système monétaire mondial nécessaire au commerce international.

11. Il ne suffira pas de développer l'économie, d'accroître le rythme de la croissance, il faudra tenir compte des problèmes de qualité de vie.

12. La croissance économique n'est pas une fin en soi. Elle est nécessaire mais perd son sens si elle ne s'accompagne pas d'une amélioration des conditions de vie, de la situation sociale et de l'environnement.

13. Une politique de développement équilibré des régions dans le cadre de l'Europe permettra d'obtenir des résultats qu'il nest pas possible d'obtenir dans le cadre national.

14. L'Europe scientifique et technologique est malade. Il faut définir les objectifs à atteindre, la stratégie à suivre. Il n'est plus possible d'attendre.

15. L'Europe a des devoirs à l'égard des pays en voie de développement. Elle doit accroître son aide et mettre sur pied un système de soutien des cours des principaux produits agricoles en favorisant l'industrialisation de ces pays.

Conférence au Sommet et Conférence sur la Sécurité

16. Avant la Conférence au Sommet, le Mouvement Européen rendra publiques et diffusera aussi largement que possible les recommandations qu'il entend soumettre aux Chefs d'Etat et de Gouvernements.

./..

17. En ce qui concerne la Conférence sur la Sécurité, le Mouvement Européen demande que les Dix pays d'Europe définissent une politique commune et la défendent lors des débats de la Conférence. Le Mouvement Européen insiste pour que la Commission du Marché Commun assiste à la Conférence sur la Sécurité et participe à ses travaux. Aucune des questions concernant la Communauté Economique Européenne ne devra être traitée en l'absence de la Commission.

18. Le Mouvement Européen souhaite que cette Conférence favorise les échanges et la coopération entre la Communauté et les pays de l'Est.

* *
*

PROJET DE RESOLUTION ANNEXE A LA DECLARATION GENERALE DE BONN

Le Congrès a appris avec une profonde émotion les nouvelles mesures prises par le Gouvernement d'Athènes contre la liberté de jeunes européens et de dirigeants parmi les plus respectés en Europe. Il proteste avec indignation contre une telle politique qui ne peut que nuire gravement aux relations existant entre les peuples libres d'Europe et le peuple hellénique.

A cette occasion, le Mouvement Européen rappelle que la Communauté européenne ne peut être qu'une Communauté de peuples libres. En ce qui concerne l'association ou l'adhésion éventuelles d'autres pays d'Europe, le Mouvement Européen réaffirme sa politique traditionnelle et fait sienne la position officielle prise par la Commission dans son avis au Conseil du 1er octobre 1969, selon lequel les relations de la Communauté avec d'autres pays d'Europe ne sauraient prendre la forme d'une association proprement dite qu'en ce qui concerne ceux de ces pays qui jouissent d'institutions et de régimes comparables à ceux des Etats fondateurs.

Espagne

« L'entrée de notre pays dans le Marché commun se fera sans concessions politiques »

a déclaré M. Lopez Rodo

De notre correspondant

Madrid. — Le projet de loi sur le troisième plan de développement économique et social a été approuvé, le mardi 9 mai, par les Cortès (Parlement) réunies en séance plénière. Onze députés se sont prononcés contre la loi et trois se sont abstenus. Dans son discours de présentation, M. Laureano Lopez Rodo, ministre commissaire au plan, a déclaré que le gouvernement du général Franco avait toujours la ferme intention d'intégrer l'Espagne à la Communauté économique européenne, mais sans faire de concessions politiques, c'est-à-dire sans renoncer aux structures du régime. Il a affirmé : « *Le développement politique et social est la meilleure voie vers l'intégration.* » Selon lui, c'est ce développement qui pourrait déterminer, au cours de la prochaine décennie, l'attitude du Marché commun à l'égard des pays candidats.

M. Lopez Rodo a signalé que les exportations du pays s'étaient élevées, en 1971, à 3 milliards de dollars ; les importations à 5 milliards de dollars ; et qu'il y avait eu 27 millions de touristes. Plus de la moitié du commerce a été fait avec la Communauté européenne, a-t-il dit. L'Espagne est donc loin, selon lui, d'être un pays isolé.

Après avoir apostrophé « *ceux qui, du dedans ou du dehors, veulent fixer des conditions politiques à l'entrée de l'Espagne dans le Marché commun comme membre de plein droit* », le ministre commissaire s'est adressé aux députés dans les termes suivants : « *Certains voudraient-ils que nous renoncions aux principes du Mouvement, que nous abandonnions notre essence nationale ? S'ils y pensent, ils se trompent grossièrement. Ils montrent leur méconnaissance totale du caractère et de la dignité de notre peuple. Mais ils se trompent aussi quant à l'intérêt même de la Communauté économique européenne. En effet, si nous renoncions à notre personnalité, notre intégration correspondrait à celle d'un cadavre. Que vaut un peuple qui a perdu son âme ? Un pays en cours de désintégration ne serait d'aucune utilité pour la construction d'une nouvelle Europe.* »

M. Lopez Rodo a ajouté : « *L'Europe sans l'Espagne manquerait de profondeur et de plénitude, pas seulement pour des raisons géographiques, mais surtout pour des raisons culturelles.* »

JOSÉ-ANTONIO NOVAIS.

est fixé comme suit jusqu'au vendredi 19 mai inclus :

— Mercredi 10 mai après-midi : réponses des ministres à des questions d'actualité, notamment à une question de Mme Vaillant-Couturier (P.C.) sur la décision du président Nixon concernant le minage des ports du Nord-Vietnam ; puis réponse, suivie d'un débat, de M. Chaban-Delmas aux questions de MM. Gosnat (P.C.), de Préaumont (U.D.R.), Achille-Fould (P.D.M.), Delorme (P.S.) et Griotteray (rép. ind.) sur l'O.R.T.F. ;

— Mardi 16 après-midi et soir, mercredi 17 après-midi et soir, jeudi 18 après-midi et soir, vendredi 19 matin et, éventuellement, après-midi et soir, discussion des trois projets de loi concernant les commerçants et les artisans (assurance vieillesse, mesures en faveur de travailleurs âgés, travail noir artisanal), le début de la séance de l'après-midi du vendredi 19 étant toutefois réservé aux réponses des ministres à des questions d'actualité.

dispositions relatives aux assurances sur la vie, l'assuré a le droit de se retirer tous les trois ans en prévenant l'assureur au cours de la période d'engagement, au moins trois mois à l'avance. (...) Ce droit appartient dans les mêmes conditions à l'assureur.

» Après la seconde période de trois ans, la résiliation pourra être demandée annuellement par l'une ou l'autre des parties dans les délais fixés ci-dessus. »

Les dispositions de cet article ne sont pas applicables aux assurances contre la grêle, contre les risques d'accidents du travail, contre les risques d'accidents corporels et contre les risques d'invalidité ou de maladie.

En cas de changement de domicile, de changement de situation matrimoniale ou de régime matrimonial, de changement de profession, de retraite professionnelle ou de cessation définitive d'activité professionnelle, « *le contrat d'assurance peut être résilié par chacune des parties lorsqu'il a pour objet la garantie de risques en relation directe avec la situation antérieure et qui ne se retrouvent pas dans la situation nouvelle* ».



Partiendo de estos antecedentes las organizaciones democráticas creadas al nivel de la Comunidad Europea -políticas, sindicales y federalistas- y los representantes de las organizaciones democráticas del Estado español -políticas, sindicales y de los países autónomos- establecen el siguiente

P A C T O

1º.- Para que los hombres y los pueblos del Estado español, primeros en la lucha armada contra el nazismo y el fascismo, y únicos pueblosdel Occidente de Europa que al final de la segunda guerra mundial no han podido recobrar el régimen de derecho, de libertad democrática, de paz social y las Autonomías de Cataluña y Euzkadi por los que asumieron tantos riesgos;

- a la vista de la crisis latente del Poder actualmente existente en el Estado español y que viene conduciendo en los últimos meses a violencias denunciadas por los medios políticos, eclesiásticos, sindicales, universitarios, etc. es decir, por los demócratas de todas las tendencias;

Para facilitar una solución pacífica y constructiva, y evitar la vuelta a situaciones de violencia y de guerra civil, proponen:

a)- Que la Comunidad Europea se declare favorable a una asociación del Estado español a la Comunidad cuando el Estado se pronuncie solemnemente en favor de la apertura de un proceso irreversible de democratización de las estructuras políticas y sociales del país y previas las garantías formales de semejante decisión. Esta asociación se haría sobre un pie de igualdad absoluta;

b)-Que la Comunidad Europea ponga a la disposición de España los medios técnicos y financieros suficientes para asegurar la realización total de un plan de saneamiento, de modernización y de adaptación de las estructuras agrícolas e industriales españolas a las realidades europeas, evitando choques demasiado violentos que pondrían en peligro los resultados esperados.

Esta proposición sería válida para cualquier Gobierno español, que cumpla la condición precedente, aunque las organizaciones políticas y sindicales firmantes del presente P A C T O no formasen parte de él.

2º.- Las organizaciones firmantes se asocian desde este momento para apoyarse mutuamente en la consecución de los fines señalados en el texto del presente documento y contribuir de este modo a la construcción de una Europa pacífica y progresiva que lleve a su desarrollo natural las características de la actualmente en expansión que en el presente documento han sido descritas.

BONN a de Mayo de 1972

MOUVEMENT EUROPÉEN

ASSOCIATION INTERNATIONALE

PRÉSIDENTS D'HONNEUR :

† Léon BLUM, † Alcide DE GASPERI, † Robert SCHUMAN, † Sir Winston CHURCHILL, † Konrad ADENAUER,
Harold MACMILLAN, Jean MONNET, Paul-Henri SPAAK

LE PRÉSIDENT

SECRÉTARIAT INTERNATIONAL
14, RUE DUQUESNOY, BRUXELLES 1
TÉLÉGRAMMES: UNIEUROPA
TÉLÉPHONE : 13.36.20

19/~~2 22~~/
19/2 133520

le 9 mars 1972

Jean Sio Pere

Cher Monsieur,

Le Mouvement Européen réunira les vendredi 12 et samedi 13 mai prochains un important Congrès international qui se tiendra à Bonn dans les salles de Séances du Bundestag.

Les discussions, qui auront lieu en quatre Sections, porteront sur les principaux thèmes qui caractérisent la situation actuelle et plus encore le devenir de la Communauté Européenne : L'Europe institutionnelle. L'Europe économique et monétaire. Technologie-Recherche-Université. L'Europe dans le Monde. Elles marquent l'aboutissement de discussions et confrontations d'opinions qui ont eu lieu durant de nombreux mois au sein de nos organisations adhérentes.

A partir des revendications des citoyens d'Europe, dont il a l'ambition d'être le porte-parole, le Mouvement Européen espère ainsi contribuer à un effort de clarification et de remise à jour des buts que la Communauté Européenne doit se donner ainsi que des moyens, notamment d'ordre institutionnel, dont elle devra disposer pour y parvenir.

Les participants au Congrès seront, au nombre de plusieurs centaines, délégués par nos organisations adhérentes. En vous confirmant l'invitation qui vous a été faite de vous joindre à eux, je vous prie de trouver ci-joint le programme provisoire, un bulletin de réservation d'hôtel à renvoyer avant le 4 avril, ainsi qu'un bulletin d'inscription par lequel vous voudrez bien nous confirmer votre présence au Congrès.

Les rapports introductifs aux discussions en Sections et les projets de résolutions ou motions vous seront adressés ultérieurement.

Dans l'attente de votre prochaine réponse que j'espère affirmative, je vous prie de croire, cher Monsieur, à l'assurance de mes meilleurs sentiments.

Walter Hallstein

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

C O N G R E S

BONN - les 12 et 13 mai 1972

PROGRAMME PROVISOIRE

VENDREDI 12 mai :

10h30 : dans la Salle des Séances plénières du Bundestag.
Séance plénière du Congrès - Ouverture du Congrès par le Prof. Walter Hallstein, Président du Mouvement Européen

Discours et allocutions de :

Dr. Kaie-Uwe von Hassel, Président du Bundestag

M. Walter Behrendt, Président du Parlement Européen

Dr. Walter Scheel, Ministre fédéral des Affaires Etrangères

Le Président de la Commission des Communautés Européennes

M. Gaston Thorn, Président en exercice du Conseil des Communautés Européennes

Dr. Ernst Majonica, Président du Conseil allemand du Mouvement Européen.

13h : Réception

15h à 19h: dans les Salles de Commissions du Bundestag
Travaux des 4 Sections :

Section I : l'Europe Institutionnelle
Président : M. Etienne Hirsch
Rapporteur : Prof. Dr. Christoph Sasse

Section II : l'Europe Economique et Monétaire
Président : M. le Président Pierre Werner
Rapporteur : Prof. Giuseppe Petrilli

Section III : Technologie - Recherche - Université
Président : M. le Ministre Dr. Karl-Heinz Narjes
Rapporteur : M. A.Dele

Section IV : l'Europe dans le Monde
Président : M. Jean Rey, Ministre d'Etat
Rapporteur : M. Richard Mayne

20h : Réception (Buffet froid)

SAMEDI 13 mai :

9h30 : suite des travaux des Sections et approbation des résolutions.

Fin de matinée et début de l'après-midi : réunion de la Commission de rédaction de la Déclaration générale, sous la présidence de M. Gaston Defferre, Vice-Président du M.E.

15h : dans la Salle des Séances plénières du Bundestag.
Séance plénière du Congrès, sous la présidence de M. Gaston Defferre.
Présentation, discussion et approbation de la Déclaration générale du Congrès (reprenant sous leurs aspects politiques, les principaux points retenus dans les résolutions particulières). La Déclaration générale constituera le résultat du Congrès. Les résolutions particulières lui seront annexées.
Clôture du Congrès par le Prof. Walter Hallstein.

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
14, rue Duquesnoy,
1000 BRUXELLES.

C O N G R E S D E L ' E U R O P E

les 12 - 13 mai 1972

BONN - BUNDESHAUS

I N F O R M A T I O N S

1. BUS-SERVICE

Pour le trajet Hôtel-Bundeshaus, les 12 et 13 mai, le matin, plusieurs bus sont commandés qui iront chercher les participants logeant dans les hôtels de Bonn et de Bad Godesberg, à savoir :

- le 12 mai, entre 9.15 h et 9.45 h
- le 13 mai, entre 8.30 h et 9.00 h.

Les participants sont priés d'attendre les bus dans les horaires indiqués ci-dessus.

2. PARKING

Gronau (voir plan), à côté du "Abgeordnetenhochhaus".

3. BUNDESHAUS - ENTREE

L'Entrée VII, côté Rhin (voir plan) sera ouverte.
Les autres entrées du Bundeshaus seront closes.

4. CARTES DE PARTICIPANTS (= d'entrée)

qui donnent droit à entrer dans le Bundeshaus, doivent être présentées.

5. STAND INFORMATIONS

près de l'entrée VII (voir plan)

6. SALLE DE REUNION (Salle plénière)

(voir plan)
Il n'est pas permis de fumer dans la salle plénière du Bundeshaus.

7. TRADUCTION SIMULTANEE

Séances plénières :

de et vers : français, anglais, allemand, italien et néerlandais.

La distribution des appareils se fera devant l'entrée de la salle plénière. En quittant la salle, les appareils devront être remis au personnel en question.

./..

Séances de sections :

des langues citées ci-dessus et vers : français, anglais et allemand.

8. SECTIONS

Les salles de travail pour les sections seront indiquées.

9. BUREAU DE POSTE

Près du Bundeshaus, Hermann-Ehlers-Strasse, 2, (voir plan)

Heures d'ouverture : vendredi 12 mai de 8 à 18 h.
samedi 13 mai de 8 à 12 h.
dimanche 14 mai de 11 à 12 h.

10. BANQUE

avac possibilité de change d'argent - près du Bundeshaus (voir plan)

Heures d'ouverture : vendredi 12 mai, de 8.30 h à 15.30 h.

11. RESTAURANT AU BUNDESHAUS

Etant donné qu'aucun repas commun n'est prévu pour les délégués, il est possible de manger dans le restaurant du Bundeshaus.

12. DOCUMENTS

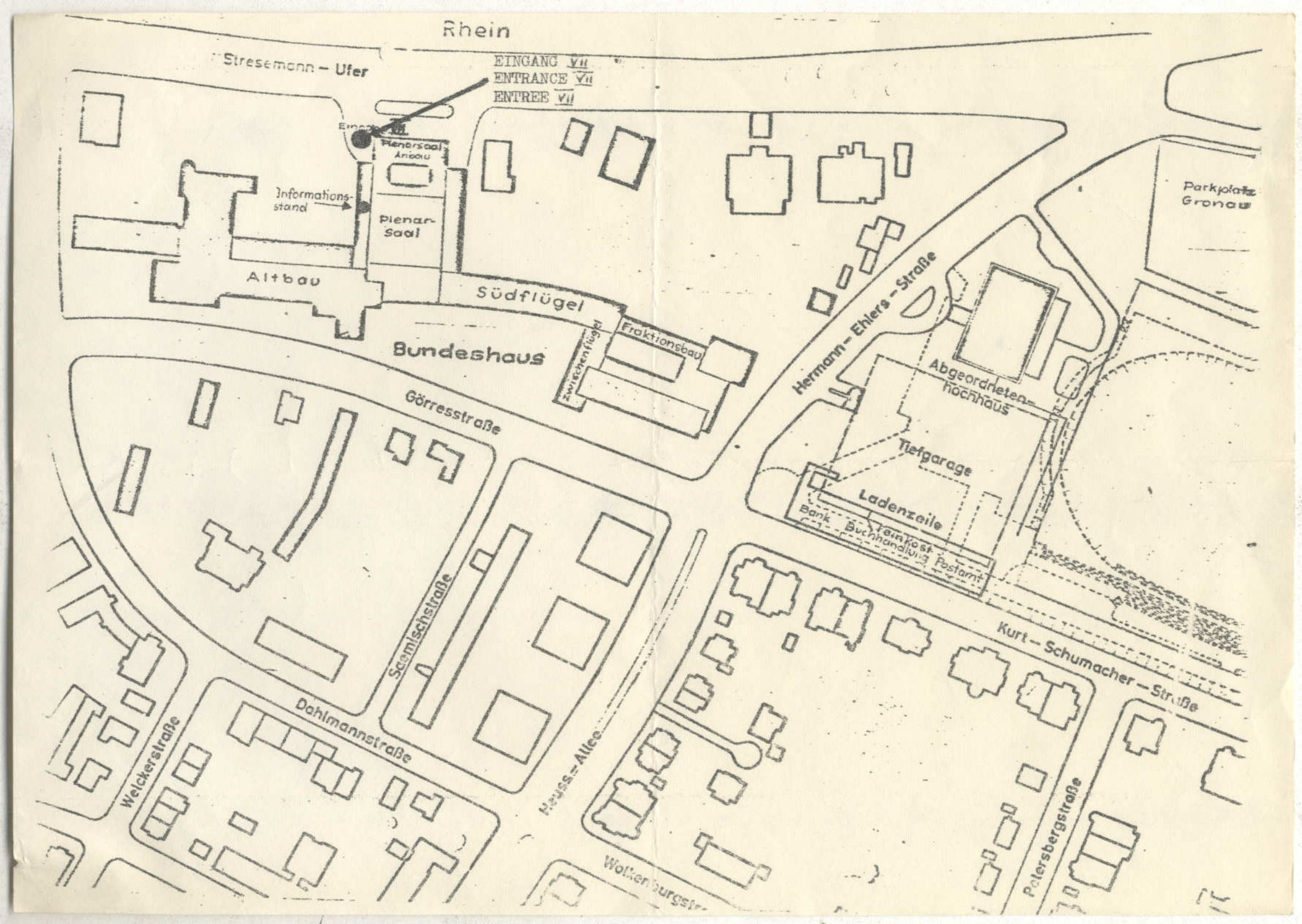
- les documents français sont de couleur bleue
- les documents anglais sont de couleur blanche
- les documents allemands sont de couleur jaune
- les documents italeins sont de couleur verte
- les documents néerlandais sont de couleur rose

13. SECRETARIAT DU CONGRES

jusqu'au 10 mai, 17 heures, Mouvement Européen,
14, rue Duquesnoy, 1000 BRUXELLES
tél.: 13 36 20/ 13 36 96

jusqu'au 11 mai, 20 heures, Conseil allemand du Mouvement Européen,
D-53 BONN,
Markt, 24,
tél.: 863.85 93

à partir du 12 mai, 8.30 heures, Deutscher Bundestag,
Kongressburö Europäische Bewegung,
tél.: 16 21 46.


Rhein
Stresemann – Ufer
EINGANG VII
ENTRANCE VII
ENTREE VII
Plenarsaal Anbau
Informations-stand
Plenar-saal
Altbau
Südflügel
Bundeshaus
Zwischenflügel
Fraktionsbau
Hermann – Ehlers – Straße
Abgeordneten-hochhaus
Tiefgarage
Ladenzeile
Bank
Buchhandlung
Tankstelle
Postamt
Parkplatz Gronau
Görresstraße
Schaumburgstraße
Dahlmannstraße
Welckerstraße
Heuss – Allee
Kurt – Schumacher – Straße
Petersbergstraße
Wolkenburgstr.

Gouvernement d'Euzkadi
Délégation de Bayonne
10. Boul.d d'Alsace Lorraine
Tél. 523-94

Bayona, 21 de abril de 1.972

Sr. D. Manuel de Irujo
PARIS

Querido Manuel ,

Tu carta del 18 del actual responde a una pregunta que formulé en la que escribí hace unos días al Lendakari respecto al rollo que nos prometió Gironella y que, no habiéndolo recibido yo, pensé pudiera habértelo enviado.

Ahora veo que tampoco tú lo recibiste y me apresuro a facilitarte copia del que me facilió Iglesias; el cual no lo he leído aún, pero que por lo hablado deduzco debe ser el de Gironella.

Según me dijo el amigo Iglesias este documento lo recibió a mediados de febrero de un compañero de Madrid con quien por tales fechas se había reunido en Bayona, agregando que este documento había cobrado bastante difusión en Madrid.

Los de Beyris, a quienes enviaste una carta informativa, me han pedido concurra a una reunión que en Izarra tendrá lugar esta misma tarde. Allí estaré pues de aquí a una hora y les facilitaré una copia como la que a tí te envío.

Por otra parte en relación a este mismo asunto me entretuve ayer por la tarde con Teodoro, quien me visitó en compañía de Isasi. Le facilité la información al respecto en términos más o menos parecidos a los que ahí pudiste oir.

Yo creo que Teodoro se inclina favorablemente a la idea de Gironella pues reiteradamente insistió sobre la coyuntura europeísta y su trascendencia en los sectores políticos, eclesiásticos, etc., etc. en España. En cambio Isasi más bien reacciona en contra o se pronuncia por la inhibición, pensando en el aspecto político interno del país y si prefieres del nacionalismo.

Veremos lo que pasa de aquí a unas horas. Pero mi presunción es que Isasi expresó la opinión de sus compañeros, que creo será la que prevalezca en la reunión.

Y nada más. Un abrazo

PACTO EUROPEO DE SOLIDARIDAD CON ESPAÑA
O
PACTO DE UNIDAD Y DE SOLIDARIDAD DEMOCRATICA

El objetivo del presente trabajo es el establecimiento, público y si posible espectacular, de un PACTO entre los representantes de las organizaciones democráticas españolas - políticas, sindicales y regionales - y los representantes de las organizaciones y sectores políticos, sindicales y federalistas, organizados al nivel de la Comunidad Europea.

Este P A C T O está precedido de una EXPLICACION DE MOTIVOS y debe ir acompañado de un plan de trabajo y de acción, destinado a divulgar y popularizar el contenido del P A C T O y a transformarlo en piedra de toque de las relaciones y negociaciones futuras entre España y la Comunidad Europea.

El presente documento no es más que un proyecto. Es el resumen de una serie de puntos y de ideas que deben ser objeto de reflexión y de discusión. Un nuevo texto, recogiendo las observaciones y las críticas de las organizaciones interesadas deberá ser la obra de un comité de redacción.

- - - - - - - - - - - - - - - -

P R I M E R A P A R T E

PUNTOS FUNDAMENTALES DE IA DECIARACION DE PRINCIPIOS

1.- El espíritu y las consecuencias de la guerra civil siguen presidiendo las relaciones políticas, económicas, sociales y morales entre los hombres, las fuerzas sociales y los pueblos que componen el conjunto español. Esta situación continúa vigente después de treinta años de sedicente paz. Los vencedores de ayer monopolizan todas las palancas del poder; los cambios aparentes de hombres o de políticas en las poltronas ministeriales son modificaciones superficiales destinadas a una mejor adaptación del régimen a la evolución espontánea del país o del mundo. La esencia y la orientación del poder sigue invariable. La opinión pública permanece excluída de toda participación y de todo control. El orden público está garantizado por el recuerdo trágico de la guerra civil, el monopolio de la propaganda, la policía, el ejército; la censura y la represión.

2.- En el terreno económico el régimen ha conocido una doble experiencia. Primero, la autarquía de la inflación y de la miseria, que acompañó la victoria militar y se prolongó hasta 1958. Después, la apertura hacia Europa y hacia el mundo occidental, caracterizada por un cierto liberalismo económico, el Plan de estabilización y los Planes de desarrollo. Esta liberalización ha permitido el Tratado comercial entre España y la Comunidad Europea, que se ha convertido en una especia de callejón sin salida. El país no puede regresar a la autarquía de los primeros tiempos ni ir más allá del Tratado comercial. La asociación o la integración económica a Europa, con las ventajas innegables que la acompañan, es un problema fundamentalmente político, imposible de resolver sin desmantelar las estructuras totalitarias y abrir un verdadero proceso democrático en el país.

3.- En el terreno político, el régimen vive en crisis latente desde hace años. El Jefe del Estado, cuya senilidad es conocida, es la piedra angular de todo el sistema y el árbitro de unas estructuras políticas en equilibrio inestable. A pesar de los decretos y guardafrenos imaginados para asegurar la sucesión, ésta está lejos de ser garantizada. El resto del régimen aparece dividido entre un falangismo intransigente y anacrónico, trinchera de los ex-combatientes y de los beneficiarios de la "victoria", y una tecnocracia recién llegada, arrivista, insatisfecha y políticamente irresponsable que espera comprar la tolerancia del pueblo español con un bienestar precario de supermercado. El día probablemente no lejano que, por razones difíciles de prever, desaparezca la autoridad del Jefe del Estado, o sea puesta en entredicho, una de las crisis políticas más graves de la post-guerra se abrirá en el flanco sud-occidental del continente europeo.

4.- Entre las soluciones posibles, cuatro merecen una atención especial :

a) La prueba de fuerza entre las tendencias que se disputan la herencia del franquismo es evitada y un nuevo equilibrio inestable es mantenido en torno a un nuevo general o a un joven monarca instalado precipitadamente en el poder. Es el franquismo sin Franco, solución que implica la indiferencia o la neutralidad total de la opinión pública. En este caso, la crisis sigue latente y la solución es reportada a más tarde.

b) El enfrentamiento entre los sectores fundamentales del régimen no puede ser evitado. Es la ruptura del equilibrio actual. En este caso la victoria de uno u otro sector depende de la actitud del ejército, si éste logra mantener una relativa cohesión. Dada la actual relación de fuerzas en el poder y la hostilidad del país por la autarquía o el retorno a la exaltación de la guerra civil, la balanza de posibilidades se inclina más bien del lado de los sectores tecnócratas, favorables al liberalismo económico y a la apertura hacia el exterior. La victoria de este sector debería ir acompañada, por simple instinto de conservación, de la liquidación de los restos demodados de las estructuras políticas y sindicales del falangismo y, posiblemente, de declaraciones más o menos demagógicas destinadas a neutralizar la opinión pública española y europea.

c) La ruptura del equilibrio tradicional, la liquidación de los resabios falangistas y las promesas hechas a la opinión pública, llevarán como consecuencia inevitable, de un lado, una radicalización de los sectores duros e intransigentes del régimen, momentáneamente excluídos del poder, del otro, una acción reivindicativa de las masas populares, especialmente de los sectores sindicales y obreros. Los núcleos tecnócratas, sin base popular efectiva, favorables a un liberalismo económico pero opuestos a toda transformación verdaderamente democrática, tendrán que hacer frente a la doble hostilidad de un falangismo agresivo y de una creciente insatisfacción popular, democrática y social. Semejante situación no podrá prolongarse indefinidamente. O las fuerzas populares logren imponer un cierto desbordamiento social y político, seguido de un proceso democrático irreversible, o la tecnocracia en el poder, asustada ante el despertar social, hace marcha atrás y pone un término a los balbuceos democráticos, mediante la censura, la represión y el terror. Si el gobierno tecnocrático gana esta segunda mancha contra la opinión pública, su victoria será de corta duración y no habrá servido en definitiva que a preparar el retorno de los militares, esta vez probablemente de militares jóvenes, coroneles y capitanes, sostenidos por todas las fuerzas conservadoras del país . Las consecuencias podrían ser mucho más graves que la experiencia franquista actual. La nueva dictadura militar, más violenta y más explosiva, inspirada de demagogia izquierdista y social, anti-capitalista y anti-europea, podría aliarse con el militarismo griego y con otras posibles dictaduras mediterráneas, obtener el apoyo de los Estados Unidos de Norteamérica y representar para la evolución futura de la Comunidad Europea un peligro grave de subversión permanente.

d) La cuarta posibilidad es, naturalmente, la solución popular y democrática. Esta posibilidad, la más aleatoria en las circunstancias actuales, está subordinada a dos condiciones fundamentales: el enfrentamiento de los hermanos enemigos en el seno del régimen, de un lado, y la convergencia creciente entre unas masas populares, progresivamente activas y politizadas, y una alternancia política posible, sostenida en común por las fuerzas democráticas españolas - políticas y sindicales - y por el conjunto de las organizaciones democráticas - políticas y sindicales - existentes en el seno de la Comunidad Europea.

5.- Los puntos débiles de esta última solución son, de un lado, la indife

rencia amorfa, aparente o real, de la mayoría de la opinión pública española, del otro, la debilidad política y orgánica de las formaciones políticas y democráticas de los pueblos de España. La primera de estas debilidades puede ser aparente. La sensibilización y la politización de la opinión pública depende de la importancia y de la gravedad de la crisis franquista. El proceso de Burgos de fines de 1970 fue una demostración inequívoca de las reservas emotivas y explosivas del pueblo español. Más grave es la debilidad política y orgánica de las formaciones que deberían constituir la alternativa democrática. En realidad estas formaciones políticas y sindicales viven en retraso de una generación. Digamos que siguen buscando y proponiebdo soluciones estrechamente nacionales a problemas cuya solución desborda ampliamente el marco nacional. El país desea salir del clima de guerra civil, vigente después de treinta años, vivir en paz. Aspira, en el orden económico, al progreso y al bienestar; en el orden individual a un régimen de derecho y de libertad; en el orden de la administración pública y de la organización social, a la participación y al control democrático. Frente a estas aspiraciones primarias del país, las organizaciones de la oposición democrática pueden presentar un programa: libertad de expresión y de reunión, derecho de organización social y política, libertad religiosa, elecciones libres y representación democrática, derecho de los pueblos a la libre disposición, etc., etc. Pero no es el programa electoral el que permite juzgar la personalidad y la eficacia de un partido o de una organización, sino su programa de gobierno. En el terreno de la política gubernamental las declaraciones de los representantes de las fuerzas de la oposición democrática inquietan en vez de tranquilizar. En caso de una victoria de estas fuerzas, en el terreno institucional, el país sería invitado a pronunciarse en favor de una monarquía o de una república. En el terreno gubernamental se crearía un gabinete de coalición, estilo italiano actual o cuarta república francesa, que el juego tradicional de las minorías o de los partidos convertiría en vulnerable e ineficaz. En el terreno parlamentario, los proyectos de reforma agraria, militar, religiosa, de la estructura federal o unitaria del país, volverían a convertirse en posibles banderas de violencia y de guerra civil. En el terreno social, las injusticias y los abusos acumulados a lo largo de los últimos treinta años, provocarían un movimiento irresistible de reivindicaciones sociales sin posibilidad de establecer organismos de conciliación capaces de garantizar y de canalizar un diálogo y un arbitraje constructivo entre las organizaciones profesionales interesadas. Es evidente que si estas organizaciones de la oposición democrática tienen que llegar al poder por el juego democrático normal y no al socaire de situaciones de violencia o de desbordamiento popular, este programa de realizaciones gubernamentales, llevadas a cabo en el marco nacional, desembocarían - como en 1931-36 - en situaciones de nueva guerra civil. El país intuye este peligro y por esto no se moviliza en torno de las fuerzas democráticas. Y estas fuerzas intuyen también las dificultades de esta política. Ello explica que no sean candidatos intransigentes a la sucesión del franquismo, su tendencia a jugar, por lo menos en una primera etapa, como fuerzas de apoyo de una u otra de las facciones en pugna en el interior del sistema.

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

S E G U N D A P A R T E

PUNTOS ESENCIALES DEL PACTO EUROPEO DE SOLIDARIDAD CON ESPAÑA

Las organizaciones democráticas creadas al nivel de la Comunidad Europea - políticas, sindicales y federalistas - firmantes del presente PACTO

1- Reafirman solemnemente su solidaridad activa con los hombres y pueblos del conjunto español. Denuncian el hecho monstruoso que, habiendo sido España el primer país europeo levantado en armas contra la ofensiva del nacismo y del fascismo por la dominación del continente, haya sido el único pueblo que al final de la segunda guerra mundial no haya podido recobrar el régimen de derecho, de libertad democrática y de paz social a las que su sacrificio le hacían acreedor.

2- Lamentan que los pueblos de España, según declaraciones propias y re-

petidas del Jefe del Estado y de sus próximos colaboradores sigan, después de treinta años, en estado permanente de guerra civil, divididos en vencedores y vencidos, los primeros ~~movilizadores~~ monopolizadores exclusivos del poder y el resto del país excluído de toda intervención y de todo control de la vida y de la administración pública. Una tal situación, en las propias fronteras de la Comunidad Europea, constituye un motivo permanente de desacuerdo y de fricción complicando las relaciones necesarias entre la Península y el resto de la Comunidad Europea.

3- Consideran que existe actualmente en España una crisis latente de poder, crisis que puede precipitarse de un momento a otro y cuya solución no puede dejar indiferentes las fuerzas políticas y sindicales organizadas en el seno de la Comunidad Europea. Respetuosos del derecho de todo pueblo a decidir libre y soberanamente de su propio destino, las formaciones democráticas europeas declaran que respetarán las decisiones del pueblo español, sean las que sean, si este pueblo es invitado a pronunciarse libremente sobre el futuro del país, pero que difícilmente podrían aceptar soluciones tomadas al margen del pueblo español o de las que el pueblo español sería arbitrariamente excluído. La neutralidad europea en este último caso no sería una manifestación de respeto a la voluntad de un pueblo, sino una prueba de complicidad manifiesta con grupos o sectores que, aprovechándose del monopolio del poder, atropellan impunemente la voluntad popular.

4- La crisis latente actual puede encontrar difícilmente una solución aceptable en el marco de las estructuras totalitarias del franquismo. Ni el continuísmo bajo sus diferentes formas - es decir, un franquismo sin Franco -, ni la ruptura de la coalición franquista, seguida de la victoria de los tecnócratas sobre los extremistas de falange o de estos últimos sobre los tecnócratas, pueden desembocar en una situación aceptable por el país. La crisis no es entre sectores rivales del régimen; es la crisis del régimen mismo y su solución será difícil sin la intervención directa de la opinión pública y del país.

5- La experiencia está demostrando que las dificultades y las crisis que atraviesan alternativamente los diferentes países europeos se manifiestan en la realidad nacional, pero las soluciones desbordan generalmente el marco nacional. El caso español no es diferente. En 1939, la solución franquista constituía una respuesta europea - especialmente alemana e italiana - a un conflicto nacional. Actualmente es posible que todas las soluciones puramente españolas a la crisis del franquismo no sean más que soluciones de violencia y de guerra civil. Que la única solución pacífica y constructiva sea una solución de carácter europeo.

6- Para facilitar una solución pacífica y constructiva, para evitar la vuelta a situaciones de violencia y de guerra civil, las organizaciones democráticas europeas proponen :

a) Que la Comunidad Europea se declare favorable a una asociación de España a la Comunidad si aquélla se pronuncia solemnemente en favor de la apertura de un proceso irreversible de democratización de las estructuras políticas y sociales del país y si presenta las garantías formales de semejante decisión. Esta asociación se haría sobre un pie de igualdad absoluta y sería precedida de un periodo de adaptación de la economía española a las estructuras de la Comunidad.

b) Que la Comunidad Europea ponga a la disposición de España los medios técnicos y financieros suficientes para asegurar la realización total de un plan de saneamiento, de modernización y de adaptación de las estructuras agrícolas e industriales españolas a las realidades europeas, evitando choques demasiado violentos que pondrían en peligro los resultados esperados.

7- Esta proposición sería válida para cualquier Gobierno español que se declarase dispuesto a la apertura democrática, aunque las organizaciones políticas y sindicales firmantes del presente PACTO no formasen parte de él. Sobre el proceso democrático en sí no puede caber ningún equívoco. El

objetivo es que, partiendo del reconocimiento y de la práctica de las libertades fundamentales, España pueda darse un régimen de derecho y crear las estructuras democráticas necesarias que le permitan administrarse libremente y forjar su propio destino. Sobre estos objetivos no caben ni condiciones ni limitaciones. Sólo las etapas y el ritmo del proceso de democratización pueden ser previstas y en cierta manera organizadas.

Por su parte, los representantes de las organizaciones democráticas españolas - políticas, sindicales y regionales - firmantes del presente PACTO

1.- Reconocen que la crisis latente que atraviesa la Península es una verdadera crisis de régimen cuya solución desborda el marco puramente español. Si naciones de la importancia y del abolengo de Francia, Alemania, Italia, Inglaterra, Bélgica y Holanda conocen dificultades cuya solución exige la integración de sus mercados, de sus riquezas, de su poderío y de su voluntad, cómo podría España sola resolver sus enormes contradicciones y decidir libremente de su futuro. La época de las naciones soberanas toca a su fin. Para garantizar a la mano de obra un mejor empleo y un nivel de vida en progresión rápida; para una utilización optimal del progreso científico, de las técnicas modernas y de los capitales necesarios; para reconquistar la independencia perdida frente a los grandes bloques mundiales; para salvaguardar las libertades individuales y las estructuras democráticas de representación y de gobierno; para mejor afirmar la presencia europea en la política mundial, las naciones del viejo continente, hasta hace poco soberanas y rivales, han decidido la puesta en común de todos sus recursos, organizando una comunidad de 200 o 250 millones de habitantes, a la medida de un continente y del mundo de mañana.

2.- Consideran que los problemas fundamentales españoles no pueden encontrar solución pacífica, democrática y constructiva al margen de la integración de España a Europa. La proposición de las organizaciones políticas y sindicales europeas de invitar la Península a asociarse a la Comunidad en un pie de absoluta igualdad con los demás países adherentes y previo un periodo de adaptación, es una proposición histórica de una importancia considerable. La contrapartida exigida a España de abrir un proceso irreversible de democratización, que ponga la Península en condiciones de igualdad con los otros países de la Comunidad, además de lógica, no representa ningún sacrificio, dado que responde a los deseos profundos de la mayoría del país.

3.- Digamos que la netrada de España en la Comunidad Europea no es la panacea, ni representa una solución de facilidad. El precio que deberán pagar los españoles para tener derecho a las ventajas y beneficios inherentes a la calidad de miembro será elevado. Pero más que las ventajas económicas más o menos inmediatas, lo que cuenta es que el marco europeo debe permitir y facilitar la solución negociada de problemas fundamentales, cuyas contradicciones no sólo provocaron la guerra civil de los años treinta, sino, precedentemente, un siglo interminable de revoluciones, golpes de estado y guerras civiles:

a) La reforma agraria es el problema por antonomasia. La Comunidad Europea está procediendo en el sector de la agricultura a una experiencia considerable. Los elementos fundamentales de esta experiencia son: Organización de mercados, producto por producto. Reforma de las estructuras agrícolas, alentando la creación de unidades de producción racionales y rentables. Mejoramiento permanente del nivel de vida de los campesinos, con formación profesional y seguros sociales. Canalización y regadío, abonos y selección de especies, consejeros técnicos y maquinaria suficiente. Industrialización de la producción y comercialización de los productos. Es muy posible que en el marco de la política agraria europea la reforma agraria española encuentre sus alicientes, sus medios y sus soluciones.

b) El segundo problema de solución difícil es el problema militar. Teóricamente el ejército es el brazo armado de la nación, la garantía de la libertad de los ciudadanos y de la independencia de la colectividad. En España, debido a las dificultades que atravesaba el país, el

ejército se consideró obligado de convertirse en instrumento de orden público y engranaje de la administración del Estado. Pero ni ésta es su misión ni la situación actual exige del ejército español que siga de guardián del orden o de salvaguarda de intereses particulares. Una vez en Europa, el mantenimiento del orden y de la legalidad democrática corresponderá a la propia Comunidad Europea. El ejército español, incorporado al futuro ejército europeo y a la OTAN, recobrará su misión castrense y podrá dar pruebas de su valor y de su capacidad.

c) El tercer problema es el de las relaciones entre la Iglesia y el Estado, problema prácticamente en vías de solución.

d) Otro problema delicado es el de las estructuras administrativas y políticas del país. Comunidades tradicionales bien definidas, como Cataluña, Euzkadi, Galicia, u otras que pueden afirmarse más tarde, desean un reconocimiento inequívoco de su personalidad y de sus características propias. También en este terreno la Comunidad Europea está procediendo a una experiencia original. En el marco de la Unión o de la Federación, las nacionalidades y las regiones deben encontrar todas las facilidades para afirmarse y realizarse. Reconocimiento de las grandes regiones económicas, dobladas cada vez que sea posible de comunidades históricas, con parlamentos y ejecutivos propios, planes de desarrollo económico, cultural y lingüístico, ejecutados y administrados democráticamente por los interesados. Es evidente que las regiones o nacionalidades ibéricas podrán encontrar en la política regional de la Comunidad el marco adecuado para el desarrollo de su personalidad, reforzada por la solidaridad activa de la Comunidad en su conjunto.

e) Los otros problemas, condición de un saneamiento general de la sociedad española (reformas sociales, reforma fiscal, reforma financiera y reforma educativa) tienen solución más fácil. El objetivo es la introducción progresiva de reformas inspiradas en las mejores experiencias europeas.

4.- Las organizaciones democráticas españolas propondrán al país en un próximo futuro un programa detallado y articulado de reformas basadas en los principios que venimos de anunciar. En nombre de estas soluciones, pacíficas y democráticas, estas organizaciones invitarán a reclamar la herencia, no del franquismo, de los mejores siglos de historia y de civilización de la Península.

= = = = = = = = = = = = = = = = =

Avec les compliments de

Cordialmente

HENRI GIRONELLA

SECRÉTAIRE GÉNÉRAL

CENTRE EUROPÉEN DE L'ENTREPRISE PUBLIQUE

RUE DE LA LOI 64

1040 BRUXELLES

LA COMMISSION EUROPEENNE REPOND ...

BRUXELLES (EU), mercredi 12 avril 1972 - En réponse à des questions parlementaires, la Commission Européenne a été amenée à préciser ce qui suit:

- Pas de prise de position sur les opinions de M. Rey (question No 526/71 de M. Vredeling). En utilisant toujours la même formule ("la Commission n'a pas coutume de prendre position sur des articles de presse"), la Commission a évité de se prononcer sur les opinions exprimées par son ancien président, M. Rey, dans un article publié dans une revue sous le titre: "La Communauté n'est pas gouvernée".
- Rien de nouveau à l'égard de l'Espagne (question No 567/71 de M. Glinne). La Commission a confirmé la position adoptée depuis octobre 1969, d'après laquelle les relations de la CEE avec les pays d'Europe méridionale "ne sauraient prendre la forme d'une association proprement dite qu'en ce qui concerne ceux de ces pays qui jouissent d'institutions et régimes comparables à ceux des Etats fondateurs".

LES NOUVELLES NEGOCIATIONS AVEC L'ESPAGNE PORTERONT EXCLUSIVEMENT SUR L'ADAPTATION DE L'ACCORD ACTUEL A L'ELARGISSEMENT DE LA COMMUNAUTE

BRUXELLES (EU), mercredi 5 avril 1972 - Le fait que la Communauté doive entrer en négociation avec l'Espagne - ainsi que d'ailleurs avec tous les autres pays de la Méditerranée auxquels elle est liée par des accords préférentiels - en vue d'adapter l'accord actuel à l'élargissement de la Communauté, semble avoir donné naissance à certaines équivoques. La question écrite No 490/71 de M. Vredeling en est la preuve. Le parlementaire néerlandais avait demandé à la Commission: s'il est exact que la France est favorable à une modification de l'accord CEE/Espagne en vue de tenir compte des desiderata espagnols; si la Commission a pris connaissance des déclarations du Chef de l'Etat espagnol excluant la possibilité que soient créées en Espagne des partis politiques ou des "associations idéologiques", et si la Commission ne considère pas que la situation politique en Espagne ne justifie aucunement un "traitement de faveur" pour ce pays.

La Commission a répondu que la prise de position de la France concerne exclusivement la nécessité d'adapter l'accord actuel aux circonstances nouvelles résultant de l'élargissement de la CEE; ces adaptations seraient en partie techniques et en partie économiques. Mais la position de base selon laquelle l'association à la CEE est réservée aux pays qui jouissent d'institutions et de régimes démocratiques, demeure valable. EUROPE rappelle que le passage à une phase ultérieure de l'accord CEE/Espagne ne sera jamais automatique, mais il reste subordonné à une décision unanime du Conseil communautaire. En ce qui concerne l'adaptation des accords méditerranéens à l'élargissement, le Conseil en a délibéré le mois dernier (voir le bull. du 23 mars, page 4).

Voici la réponse à la question No 490/71:

"La Commission a pris connaissance du communiqué commun des Ministres des Affaires étrangères français et espagnol du mois de décembre dernier.

Selon ce communiqué, les deux Ministres ont notamment porté leur attention sur les implications que l'élargissement de la Communauté Economique Européenne aurait sur les liens entre l'Espagne et la Communauté. Ils se sont mis d'accord sur la nécessité d'adapter l'Accord en vigueur aux circonstances nouvelles.

La Commission a pris connaissance de la déclaration du Chef de l'Etat espagnol.

La Commission est d'avis que la Communauté, en concluant l'accord avec l'Espagne, a tenu compte de tous les éléments d'une situation fort complexe. Elle estime que l'accord est conforme à la position prise dans son avis au Conseil du 1er octobre 1969 selon lequel les relations de la Communauté avec les pays d'Europe méridionale "ne sauraient prendre la forme d'une association proprement dite qu'en ce qui concerne ceux de ces pays qui jouissent d'institutions et de régimes comparables à ceux des Etats fondateurs. Les autres pourraient se voir offrir des accords tels qu'ils permettent à la Communauté de tenir compte de leur évolution ultérieure". La Commission constate que des aménagements, dont certains ont un caractère technique et d'autres une portée économique, sont nécessaires pour adapter cet accord à une Communauté élargie". JE

PACTO EUROPEO DE SOLIDARIDAD CON ESPAÑA

O

PACTO DE UNIDAD Y DE SOLIDARIDAD DEMOCRATICA

El objetivo del presente trabajo es el establecimiento, público y si posible espectacular, de un PACTO entre los representantes de las organizaciones democráticas españolas --politicas, sindicales y regionales-- y los representantes de las organizaciones y sectores politicos, sindicales y federalistas, organizados al nivel de la Comunidad Europea.

Este P A C T O está precedido de una EXPLICACION DE MOTIVOSy debe ir acompañado de un plan de trabajo y de acción, destinado a divulgar y popularizar el contenido del P A C T O y a transformarlo en piedra de toque de las relaciones y negociaciones futuras entre España y la Comunidad Europea.

El presente documento no es más que un proyecto. Es el resumen de una serie de puntos y de ideas que deben ser objeto de reflexión y de discusión. Un nuevo texto, recogiendo las observaciones y las criticas de las organizaciones interesadas deberá ser la obra de un comité de redacción

P R I M E R A P A R T E

PUNTOS FUNDAMENTALES DE LA DECLARACION DE PRINCIPIOS

1.- El espiritu y las consecuencias de la guerra civil siguen presidiendo las relaciones politicas, económicas, sociales y morales entre los hombres, las fuerzas sociales y los pueblos que componen el conjunto español. Esta situación continua vigente después de treinta años de sedicente paz.Los vencedores de ayer monopolizan todas las palancas del poder; los cambios aparentes de hombres o de politicas en las poltronas ministeriales son modificaciones superficiales destinadas a una mejor adaptación del régimen a la evolución espóntanea del pais o del mundo. La esencia y la orientación del poder sigue invariable. La opinión pública permanece excluida de toda participación y de todo control. El orden público está garantizado por el recuerdo trágico de la guerra civil, el monopolio de la propaganda, la policia, el ejército; la censura y la represión.

2.- En el terreno económico el régimen ha conocido una doble experiencia. Primero,la autarquia de la inflación y de la miseria, que acompañó la victoria militar y se prolongó hasta 1958. Después, la apertura hacia Europa y hacia el mundo occidental, caracterizada por un cierto liberalismo económico, el Plan de estabilización y los Planes de desarrollo. Esta liberalización ha permitido el Tratado comercial entre España y la Comunidad Europea, que se ha convertido en una especie de callejón sinsalida. El pais no puede regresar a la autarquia de los primeros tiempos ni ir más allá del Tratado comercial. La asociación o la integración económica a Europa, con las ventajas innegables que la acompañan, es un problema fundamentalmente politico, imposible de resolver sin desmantelar las estructuras totalitarias y abrir un verdadero proceso democrático en el pais.

1953

3.- En el terreno politico, el régimen vive en crisis latente desde hace años. El Jefe del Estado, cuya senilidad es conocida, es la piedra angular de todo el sistema y el árbitro de unas estructuras politicas en equilibrio inestable. A pesar de los decretos y guardafrenos imaginados para asegurar la sucesión, ésta está lejos de ser garantizada. El resto del régimen aparece dividido entre un falangismo intransigente y anacrónico, trinchera de los ex-combatientes y de los beneficiarios de la "victoeia", y una tecnocrácia recien llegada, arrivista, insatisfecha y politica-

mente irresponsable, que espera comprar la tolerancia del pueblo español con un bienestar precário de supermercado. El dia probablemente no lejano, que por razones dificiles de prever, desaparezca la autoridad del Jefe del Estado, o sea puesta en entredicho, una de las crisis politicas más graves de la postguerra se abrirá en el flanco sud-occidental del continente europeo.

4.- Entre las soluciones posibles, cuatro merecen una atención especial:

a) La prueba de fuerza entre las tendencia que se disputan la herencia del franquismo es evitada y un nuevo equilibrio inestable es mantenido en torno a un nuevo general o a un joven monarca instalado precipitadamente en el poder. Es el franquismo sin Franco, solución que implica la indiferencia o la neutralidad total de la opinión pública. En este caso, la crisis sigue latente y la solución es reportada a más tarde.

b) El enfrentamiento entre los sectores fundamentales del régimen no puede ser evitado. Es la ruptura del equilibrio actual. En este caso la victoria de uno u otro sector depende de la actitud del ejército, si éste logra mantener una relativa cohesión. Dada la actual relación de fuerzas en el poder y la hostilidad del pais por la autarquia o el retorno a la exaltación de la guerra civil, la balanza de posibilidades se inclina más bien del lado de los sectores tecnócratas, favorables al liberalismo económico y a la apertura hacia el exterior. La victoria de este sector deberia ir acompañada, por simple instinto de conservación, de la liquidación de los restos demodados de las estructuras politicas y sindicales del falangismo y, posiblemente, de declaraciones más o menos demagógicas destinadas a neutralizar la opinión pública española y europea.

c) La ruptura del equilibrio tradicional, la liquidación de los resabios falangistas y las promesas hechas a la opinión pública, llevarán como consecuencia inevitable, de un lado, una radicalización de los sectores duro e intransigentes del régimen, momentaneamente excluidos del poder, del otro, una acción reivindicativa de las masas populares, especialmente de los sectores sindicales y obreros. Los núcleos tecnócratas, sin base popular efectiva, favorables a un liberalismo económico pero opuestos a toda transformación verdaderamente democrática, tendrán que hacer frente a la doble hostilidad de un falangismo agresivo y de una creciente insatisfacción popular, democrática y social. Semejante situación no podrá prolongarse indefinidamente. O las fuerzas populares logran imponer un cierto desbordamiento

social y politico, seguido de un proceso democrático irreversible, o la tecnocracia en el poder, asustada ante el despertar social,hace marcha atrás y pone un término a los balbuceos democráticos, mediante la censura, la represión y el terror. Si el gobierno tecnocrático gana esta segunda mancha contra la opinión pública, su victoria será de corta duración y no habrá servido en definitiva que a preparar el retorno de los militares, esta vez probablemente de militares jóvenes, coroneles y capitanes, sostenidos por todas las fuerzas conservadoras del pais. Las consecuencias podrian ser mucho más graves que la experiencia franquista actual. La nueva dictadura militar, más violenta y más explosiva, inspirada de demagogia izquierdista y social, anti-capitalista y anti-europea, podria aliarse con el militarismo griego y con otras posibles dictaduras mediterráneas, obtener el apoyo de los Estados Unidos de Norteamérica y representar para la evolución futura de la Comunidad Europea un peligro grave de subversión permanente.

d) La cuarte posibilidad es, naturalmente, la solución popular y democrática. Esta posibilidad, la más aleatória en las circunstancias actuales, está subordinada a dos condiciones fundamentales: el enfrentamiento de los hermanos enemigos en el seno del régimen, de un lado, y la convergencia creciente entre unas masas populares, progresivamente activas y politizadas, y una alternativa politica posible, sostenida en común por las fuerzas democráticas españolas --politicas y sindicales-- y por el conjunto de las organizaciones democráticas --politicas y sindicales-- existentes en el seno de la Comunidad Europea.

5.- Los puntos débiles de esta última solución son, de un lado, la indiferencia amorfa , aparente o real, de la mayoria de la opinión pública española, del otro, la debilidad politica y orgánica de las formaciones politicas y democráticas de los pueblos de España. La primera de estas debilidades puede ser aparente. La sensibilización y la politización de la opinión pública depende de la importancia y de la gravedad de la crisis franquista. El proceso de Burgos de fines de 1970 fué una demostración inequivoca de las reservas emotivas y explosivas del pueblo español. Más grave es la debilidad politica y orgánica de las formaciones que deberian constituir la alternativa democrática. En realidad estas formaciines politicas y sindicales viven en retraso de una generación. Digamos que siguen buscando y proponiendo soluciones estrechamente nacionales a problemas cuya solución desborda ampliamente el marco nacional. El pais desea salir del clima de guerra civil, vigente después de treinta años, vivir en paz. Aspira, en el orden económico, al progreso y al bienestar: en el

orden individual, a un régimen de derecho y de libertad; en el orden de la administración pública y de la organización social, a la participación y al control democrático. Frente a estas aspiraciones primarias del pais, las organizaciones de la oposición democrática pueden presentar un programa: libertad de expresión y de reunión, derecho de organización social y politica, libertad religiosa, elecciones libres y representación democrática, derecho de los pueblos a la libre disposición, etc., etc.Pero no es el programa electoral el que permite juzgar la personalidad y la eficacia de un partido o de una organización, sino su programa de gobierno. En el terreno de la politica gubernamental las declaraciones de los representantes de las fuerzas de la oposición democrática inquietan en vez de tranquilizar. En caso de una victoria de estas fuerzas, en el terreno institucional, el pais seria invitado a pronunciarse en favor de una monarquia o de una república. En el terreno gubernamental se crearia un cabinete de coalición, estilo italiano actual o cuarta república francesa, que el juego tradicional de las minorias o de los partidos convertiria en vulnerable e ineficaz. En el terreno parlamentario, los proyectos de reforma agraria, militar, religiosa, de la estructura federal o unitaria del pais, volverian a convertirse en posibles banderas de violencia y de guerra civil. En el terreno social, las injusticias y los abusos acumulados a la largo de los últimos treinta años, provocarian un movimiento irresistible de reivindicaciones sociales sin posibilidad de establecer organismos de conciliación capaces de garantizar y de canalizar un diálogo y un arbitraje constructivo entre las organizaciones profesionales interesadas. Es evidente que si estas organizaciones de la oposición democrática tienen que llegar al poder por el juego democrático normal y no al socaire de situaciones de violencia o de desbordamiento popular, este programa de realizaciones gubernamentales, llevadas a cabo en el marco nacional, desembocarian --como en 1931-36-- en situaciones de nueva guerra civil. El pais intuye este peligro y por esto no se mobiliza en torno de las fuerzas democráticas. Y estas fuerzas intuyen tambien las dificultades de esta politica.Ello explica que no sean candidatos intransigentes a la sucesión del franquismo, su tendencia a jugar, por lo menos en una primera etapa, como fuerzas de apoyo de una u otra de las facciones en pugna en el interior del sistema.

S E G U N D A P A R T E

PUNTOS ESENCIALES DEL PACTO EUROPEO DE SOLIDARIDAD CON ESPAÑA

Las organizaciones democráticas creadas al nivel de la Comunidad Europea --politicas, sindicales y federalistas-- firmantes del presente P A C T O

1.- Reafirman solemnemente su solidaridad activa con los hombres y pueblos del conjunto español. Denuncian el hecho monstruoso que, habiendo sido España el primer pais europeo levantado en armas contra la ofensiva del nazismo y del fascismo por la dominación del continente, haya sido el único pueblo que al final de la segunda guerra mundial no haya podido recobrar el régimen de derecho, de libertad democrática y de paz social a las que su sacrificio le hacian acreedor.

2.- Lamentan que los pueblos de España, según declaraciones propias y repetidas del Jefe del Estado y de sus próximos colaboradores sigan, después de treinta años, en estado permanente de guerra civil, divididos en vencedores y vencidos, los primeros monopolizadores exclusivos del poder y el resto del pais excluido de toda intervención y de todo control de la vida y de la administración pública. Una tal situación, en las propias fronteras de la Comunidad Europea, constituye un motivo permanente de desacuerdo y de fricción complicando las relaciones necesarias entre la Peninsula y el resto de la Comunidad Europea.

3.- Consideran que existe actualmente en España una crisis latente de poder, crisis que puede precipitarse de un momento a otro y cuya solución no puede dejar indiferentes las fuerzas politicas y sindicales organizadas en el seno de la Comunidad Europea. Respetuosas del derecho de todo pueblo a decidir libre y soberanamente de su propio destino, las formaciones democráticas europeas declaran que respetarán las decisiones del pueblo español, sean las que sean, si este pueblo es invitado a pronunciarse libremente sobre el futuro del pais, pero que dificilmente podrian aceptar soluciones tomadas al margen del pueblo español o de las que el pueblo español seria arbitrariamente excluido. La neutralidad europea en este último caso no seria una manifestación de respeto a la voluntad de un pueblo, sino una prueba de complicidad manifiesta con grupos o sectores que, aprovechándose del monopolio del poder, atropellan impunemente la voluntad popular.

4.- La crisis latente actual puede encontrar dificilmente una solución acceptable en el marco de las estructuras totalitarias del franquismo. Ni el continuimo bajo sus diferentes formas --es decir un franquismo sin Franco--, ni la ruptura de la coalición franquista seguida de la victoria de los tecnócratas sobre los extremistas de falange o de estos últimos sobre los tecnócratas, pueden desembocar en una situación aceptable por el pais. La crisis no es entre sectores rivales del régimen; es la crisis del régimen mismo y su solución será dificil sin la intervención directa de la opinión pública y del pais

5.- La experiencia está demostrando que las dificultades y las crisis que atraviesan alternativamente los diferentes paises europeos se manifiestan en la realidad nacional, pero las soluciones desbordan generalmente el marco nacional. El caso español no es diferente. En 1939, la solución franquista constituia una respuesta europea --especialmente alemana e italiana-- a un conflicto nacional. Actualmente es posible que todas las soluciones puramente españolas a la crisis del franquismo no sean más que soluciones de violencia y de guerra civil. Que la única solución pacifica y constructiva sea una solución de carácter europeo.

6.- Para facilitar una solución pacifica y constructiva, para evitar la vuelta a situaciones de violencia y de guerra civil, las organizaciones democráticas europeas proponen:

a) Que la Comunidad Europea se declare favorable a una asociación de España a la Comunidad si aquella se pronuncia solemnemente en favor de la apertura de un proceso irreversible de democratización de las estructuras politicas y sociales del pais y si presenta las garantias formales de semejante decisión. Esta asociación se haria sobre un pié de igualdad absoluta y seria precedida de un periodo de adaptación de la economia española a las estructuras de la Comunidad

b) Que la Comunidad Europea ponga a la disposición de España los medios técnicos y financieros suficientes para asegurar la realización total de un plan de saneamiento, de modernización y de adaptación de las estructuras agricolas e industriales españolas a las realidades europeas, evitando choques demasiado violentos que pondrian en peligro los resultados esperados.

7.- Esta proposición seria válida para cualquier Gobierno español que se declarase dispuesto a la apertura democrática, aunque las organizaciones politicas y sindicales firmantes del presente PACTO no formasen parte de él. Sobre el proceso democrático en si no puede caber ningún equivoco. El objetivo es que, partiendo del reconocimiento y de la práctica de las libertades fundamentales, España pueda darse un régimen de derecho y crear las estructuras democráticas necesarias que le permitan adminis-

trarse libremente y forjar su propio destino. Sobre estos objetivos no caben ni condiciones ni limitaciones. Sólo las etapas y el ritmo del proceso de democratización pueden ser previstas y en cierta manera organizadas.

Por su parte, los representantes de las organizaciones democráticas españolas --politicas, sindicales y regionales-- firmantes del presente P A C T O

1.- Reconocen que la crisis latente que atraviesa la Peninsula es una verdadera crisis de régimen cuya solución desborda el marco puramente español.Si naciones de la importancia y del abolengo de Francia, Alemania, Italia, Inglaterra, Bélgica y Holanda conocen dificultades cuya solución exige la integración de sus mercados, de sus riquezas, de su poderio y de su voluntad, como podria España sola resolver sus enormes contradicciones y decidir libremente de su futuro. La época de las naciones soberanas toca a su fin. Para garantizar a la mano de obra un mejor empleo y un nivel de vida en progresión ràpida; para una utilización óptimal del progreso cientifico, de las te cnicas modernas y de los capitales necesarios; para reconquistar la independencia perdida frente a los grandes bloques mundiales; para salvaguardar las libertades individuales y lass estructuras democráticas de representación y de gobierno; para mejor afirmar la presencia europea en la politica mundial, las naciones del viejo continente, hasta hace poco soberanas y rivales, han decidido la puesta en común de todos sus recursos, organizando una comunidad de 200 ó 250 millones de habitantes, a la medida de un continente y del mundo de mañana.

2.- Consideran que los problemas fundamentales españoles no pueden encontrar solución pacifica, democrática y constructiva al margen de la integración de España a Europa. La proposición de las organizaciones politicas y sindicales europeas de invitar la Peninsula a asociarse a la Comunidad en un pié de absoluta igualdad con los demàs paises adherentesy prévio un periodo de adaptación, es una proposición histórica de una importancia considerable. La contrapartida exigida a España de abrir un proceso irreversible de democratización, que ponga la Peninsula en condiciones de igauldad con los otros paises de la Comunidad, además de lógica, no representa ningún sacrificio, dado que responde a los deseos produndos de la mayoria del pais.

3.- Digamos que la entrada de España en la Comunidad Europea no es la panacea, ni reÞresenta una solución de facilidad. El precio que deberan pagar los españoles para tener derecho a las ventajas y beneficios inherentes a la caldad de miem bro

será elevado. Pero más que las ventajas económicas más o menos inmediatas, lo que cuenta es que el marco europeo debe permitir y facilitar la solución negociada de problemas fundamentales, cuyas contradicciones no sólo provocaron la guerra civil de los años treinta, sino, precedentemente, un siglo interminable de revoluciones, golpes de estado y guerras civiles:

a) La reforma agraria es el problema por antonomasia. La Comunidad Europea está procediendo en el sector de la agricultura a una experiencia considerable.Los elementos fundamentales de esta experiencia son: Organización de mercados, producto por producto. Reforma de las estructuras agricolas, alentando la creación de unidades de producción racionales y rentables.Mejoramiento permanente del nivel de vida de los campesinos, con formación profesional y seguros sociales. Canalización y regadio, abonos y selección de especies, consejeros técnicos y maquinaria suficiente. Industrialización de la producción y comercialización de los productos. Es m muy posible que en el marco de la politica agricola europea la r la reforma agraria española encuentre sus alicientes, sus medios y sus soluciones.

b) El segundo problema de solución dificil es el problema militar. Teoricamente el ejército es el brazo armado de la nación, la garantia de la libertad de los ciudadanos y de la independencia de la colectividad. En España, debido a las dificultades que atravesaba el pais, el ejército se consideró obligado de convertirse en instrumento de orden público y engranagedde la administración del Estado. Pero ni esta es su misión ni la situación actual exige del ejército español que siga de guardián del orden o de salvaguada de intereses particulares. Una vez en Europa, el mantenimiento del orden y de la legalidad democrática correspoderá a la propia Comunidad Europea. El ejército español, incorporado al futuro ejército europeo y a la OTAN, recobrará su misión castrense y podrá dar pruebas de su valor y de su capacidad.

c) El tercer problema es el de las relaciones entre la Iglesia y el Estado, problema practicamente en vias de solución.

d) Otro problema delicado es el de las estructuras administrativas y politicas del pais.Comunidades tradicionales bien definidas, como Cataluña, Euzkadi, Galicia, u otras que pueden afirmarse más tarde, desean un reconocimiento inequivoco de su personalidad y de sus caracteristicas propias. Tambien en este terreno la Comunidad Europea esta procediendo a una experiencia original. En el marco de la Unión o de la Federación, las nacionalidades y las regiones deben encontrar todas las facilidades para afirmarse y realizarse. Reconoci-

miento de las grandes regiones económicas, dobladas cada vez que que sea posible de comunidades históricas , con parlamentos y ejecutivos propios, planes de desarrollo económico, cultural y ling"uistico, ejecutados y administrados democraticamente por los interesados. Es evidente que las regiones o nacionalidades ibéricas podrán encontrar en la politica regional de la Comunidad el marco adecuado para el desarrollo de su personalidad, reforzada por la solidaridad activa de la Comunidad en su conjunto.

e) Los otros problemas, condición de un saneamiento general de la sociedad española (reformas sociales, reforma fiscal, reforma financiera y reforma educativa) tienen solución más fácil. El objetivo es la introducción progresiva de reformas inspiradas en las mejores experiencias europeas.

4.- Las organizaciones democráticas españolas propondrán al pais en un próximo futuro un programa detallado y articulado de reformas basadas en los principios que venimos de anunciar. En nombre de estas soluciones, pacificas y democráticas, estas organizaciones invitarán a reclamar la herencia, no del franquismo, de los mejores siglos de historia y de civilización de la Peninsula.

Paris 1° de Mayo de 1972

Don Manuel :

Le adjunto copia de la nota que le he dejado a Ibarra como reseña de lo habido ayer; se me olvidó indicar que cuando Iglesias habló de oponerse a la entrada del régimen franquista en las instituciones europeas dió la voz de alerta sobre una reunión europeista a celebrar en Pau.

Sobre todo en su segunda parte Juan Iglesias estuvo acertado, y creo que sería indicado el que su texto se publicara en "Euzko Deya".

(Cuando termine con esta reseña se la pasa a Alberdi, pues es para Biarritz).

Otra cosa :Ruiz de Ercilla me escribe informándome que en una reunión conjunta con el PNV y ANV me han escogido para acompañarles a una reunión Europeista en Bonn este mes. Quedo muy honrado por tal nombramiento, mas no quisiera Don Manuel ir a Bonn para que resulte lo de Munich,que siempre he criticado.

Ya sé que los resultados no se pueden garantizar de antemano,pero sí el que haya un acuerdo concreto del Consejo Federal Español para conseguir que en la resolución que se haga sobre España,al mentarse la restauración de las instituciones democráticas,se diga, también, el restablecimiento de los Estatutos de Autonomía según la voluntad libremente expresada por sus poblaciones/.De no estar ésto de antemano aprobado por la delegación española, creo que los delegados del Grupo Vasco no deberiamos ir a Bonn,pues de nuevo nos exponemos a quedar desilusionados ,y esta vez a pesar del escarmiento de lo de Munich, lo que sería el colmo.

Quedo, en todo caso, a su disposición para esa previa reunión en Paris que me anuncia Ercilla en su carta.

Un abrazo

Ramón Agesta

JOSEP SANS

1040 - BRUXELLES
AVENUE DES NERVIENS 109

20/4/72

Amigo Irujo,

Recibo en este momento su carta y no quiero perder tiempo. puesto que a usted lo que le interesa es saber cosas...

Y de estas cosas yo sé poco, o nada. En efecto, vi a Gironella el dia 12 de abril. Charlamos largamente. Me dijo que Parera había convocado una reunión del Consejo Federal. Me extrañé que nadie me hubiera dicho nada... pero como eso es ya costumbre desde hace bastante tiempo, para mí no es problema puesto que las cosas que me interesan las sé sin necesidad de ir a esas reuniones.

Gironella no me soltó pelo de lo dicho en la reunión ni de lo que usted me indica. Acabo de telefonearle para reirme un poco con lo de Ullastres. Pero está en Venecia en una reunión industrial. Estarà aquí la semana próxima y me permitiré preguntarle que hay de todo este tinglado, sin decir, naturalmente, que lo sé por usted.

Yo nunca pondré en entredicho lo que diga un amigo. Pero francamente, dudo que Ullastres le hubiera dicho, o mejor, propuesto que la oposición hiciera esto o lo otro. Creo conocerle un poco y antes de que suelte nada tiene que tener algo de seguro en manos. (me refiero a Ullastres).

Lo que pasa es que Gironella va diciendo por aquí y por allà que los sindicatos y los responsables de las Comunidades están dispuestos a hacer un pacto con los españoles que quieran decir que España tiene que ingresar en Europa y que al mismo tiempo tiene que cambiar de régimen. Esa es una opinión de mi amigo Gironella, pero que yo no comparto. El tiene sus contactos. Yo tengo los míos. No son quizás al mismo nivel. Pero yo conozco demasiado todo lo que pasa por ahí para creerme eso. Se lo dije el dia 12 hablando con él. Pero él lo cree y contra eso, contra la fe, no se puede nada.

Los informes que yo tengo de allà son muy contradictorios y nada optimistas para nosotros y lo que queremos representar. Todo puede cambiar de la noche a la mañana, pero tal como van las cosas, a mi entender, los únicos que pueden influenciar el cambio son los de la situación. Y ya sabe usted cuan difícil es llegar a convencerles de la más pequeña cosa. Es verdad que una gran mayoría quiere el cambio, pero nadie quiere poner el cascabel al gato, porque nadie està seguro que después... no le pase nada a él.

Si sé algo más ya se lo escribiré. O, en caso contrario nos encontraremos en Bonn. Mientras, un fuerte abrazo,

J. Sans

Section I

Resolution

I. La Communauté doit faire face, dans un très proche avenir, à des évolutions fort imposantes
- adhésion de quatre nouveaux membres
- mise en place de l'union économique et monétaire
- conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe
- coopération politique entre les pays membres

II. Dans cette optique, le Mouvement Européen demande les aménagements suivants:

1- Les Etats membres sont invités à désigner comme membres de la Commission des hommes politiques ayant un prestige propre dans l'opinion publique de leurs pays respectifs.
2- La Commission nommée par les gouvernements devra être confirmée par le Parlement Européen.
3- Le Conseil doit se fixer des délais impératifs pour chaque proposition de la Commission
4- Le Congrès presse les gouvernements réunis à la Conférence au Sommet d'établir un agenda pour la mise en application de l'art. 138 portant sur les élections directes.
5- Au cas où une telle décision ne serait pas prise lors du prochain Sommet, tout Etat peut désigner ses délégués par élection directe au niveau national.
6- Au-delà des pouvoirs budgétaires limités résultant du Traité du 22 avril 1970, le Parlement européen devra être doté progressivement d'un pouvoir de co-décision dans certains domaines importants, à savoir les règlements de base en matière de politiques communes, de rapprochement de législations, les amendements et compléments aux Traités.
7- La coopération en matière de politique étrangère entre les Etats membres doit s'exercer en liaison avec la Communauté: le Président de la Commission doit participer aux réunions des ministres des Affaires Etrangères, le Secrétaire Général de la Commission doit prendre part aux sessions du comité politique, et le Secrétaire Général du Conseil assurant la présidence du Secrétariat politique dont le siège ne peut être qu'à Bruxelles.

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14;
1000 BRUXELLES.

CF/P/47

C O N S E I L F E D E R A L

BONN - le 14 mai 1972

LISTE DES MEMBRES DU CONSEIL FEDERAL

(x) = présence confirmée
(E) = excusé

I. DELEGUES ~~AVEC VOIX CONSULTATIVE~~

	Délégués	Suppléants
1) Conseils nationaux		
Allemagne : 9 délégués	Ernst MAJONICA(x)	Joachim WILLMANN(x)
	Erik BLUMENFELD(E)	Bernd GEIGER (x)
	Dr. K. FOCKE(E)	Prof.Dr.C. SCHMID(E)
	Prof. Dr.H. FURLER (E)	Gerhard EICKHORN (x)
	Dr. Elinor HUBERT (x)	
	Charlotte von der HERBERG(x)	
	Prof. Dr.H.J. von MERKATZ(x)	
	Dr. Karl MOMMER(x)	
	Dr. Dieter ROSER(x)	
Autriche a)2 délégués	Dr. Bruno PITTERMANN(x)	
	Dr. Alwin WESTERHOF (x)	
b)1 délégué	Dr. Otto STEIDLER (x)	Max WRATSCHGO (x)
Belgique : 5 délégués	Théo BOGAERTS (x)	Jos CHABERT(E)
	Pierre CABUY (E)	I. BAEYENS(x) SG ajte
	Georges HOUSIAUX (E)	
	Lucien RADOUX(x)	
	Raymond RIFFLET (x)	
Danemark : 1 délégué	Anne-Mette HOLMBLAD (x)	
Espagne : 3 délégués	José Maria GIL ROBLES(x)	M. SUAREZ (E)
	Rodolfo LLOPIS (x)	M. IRUJO (E)
	Henri GIRONELLA (x)SG	
France: 9 délégués	Jacques BASSOT(x)	
	Philippe BERTRAND(x) SG	
	Pierre BORDEAUX-GROULT (x)	
	Germain DESBOEUF(x)	
	Gérard JAQUET(x)	
	Victor REOYO (x)	
	Lucien de SAINTE LORETTE(x)	
	Pierre SUDREAU (E)	
	André VOISIN (x)	

/...

	Délégués	Suppléants
Grande-Bretagne: 9 délégués	Lord HARLECH(E) Norman HART(x) Ota ADLER(x) Lord GLADWIJN(x) Duncan SANDYS(x) E.G. THOMPSON(x) Ernest WISTRICH(x)SG	- -
Grèce : (Comité ad hoc) 1 délégué	S.CALOGEROPOULOS-STRATIS(x)	Sfysos HARITOS(x)
Italie : 9 délégués	Prof. G. PETRILLI(x) Sen. CIFARELLI(E) Prof. ORSELLO(E) Dott. BARNABEI(E) Dott. DALLA CHIESA(x) Dott. F. NOBILI (x) On. BADINI CONFONIERI(E) On. SCALIA (x)	Carlo MERIANO(x) On. BANDIERA(x) F. BADUEL (x) Angelo LOTTI(x)SG F. TANINI (x)
Irlande : 2 délégués	T.F. O'HIGGINS (E) Garrett FITZGERALD (x)	Denis CORBOY(x)
Luxembourg : 1 délégué	Arthur CALTEUX(x)	Armand FABER(x)
Malte : 1 délégué		
Norvège : 1 délégué	Svenn STRAY(x)	Haakon Lie(x)SG
Pays-Bas : 5 délégués	H.J.M. ABEN(x)SG J.W. van der DUSSEN(x) P.H.KAARS SYPESTEEN(x) J.H.C.MOLENAAR(x) Dr.WEISGLAS(x)	
Suède : 1 délégué	Hans SWEDBERG(x)	
Suisse : 1 délégué	Max AMBUHL(x)	
Turquie : 1 délégué		

2. Organisations internationales membres

A.	A.E.D.E.: 3 délégués	Roger LHOMBREAUD(E) André ALERS(x) Georges LEBEAU(E)	
	A.E.F.: 3 délégués	Walter KUNNEN(x) Arno KRAUSE(x) Jerzy JANKOWSKI(x)	
	C.C.E.: 3 délégués	Thomas PHILIPPOVICH(x)SG Umberto SERAFINI(x) J.H.M. REIYNEN(E)	M.STUIFBERGEN(x)

	Délégués	Suppléants
L.E.C.E. : 3 délégués	Dr. Bruno BAUR(x) Y.de WERGIFOSSE(x)SG	
M.F.E.: 3 délégués	Etienne HIRSCH(x) Mario ALBERTINI(x) Ludo DIERICKX(x)	C.CHIZZOLA(x)SG adj.
M.G.E.: 3 délégués	Geoffroy de FREITAS(x) Gerhard FLÄMIG(x) Jacques ENOCK(x)	
M.L.E.U.: 3 délégués	Jean REY(E) Dr. Friedhelm FABERS(E) André MORICE(x)	Joseph SANS(x)SG Michel JUNOT(E) Christian LOYAUTE(E)
U.E.D.C. : 3 délégués	Angelo BERNASSOLA(x)	Karl HEMN(E)
U.R.P.E.: 3 délégués	Frédéric BAUTHIER(x)	

B. Groupe démocrate-chrétien du Parlement Européen:3 dél. H.A. LUCKER(x)

Groupe libéral du P.E.:3 dél.Dr. C. BERKHOUWER(x)
Louis MAURY(x)SG

Groupe socialiste du P.E.:3dél. Achille CORONA(x)
Francis VALS(x) H.KRIEDEMANN(x)

C.M.T. : 3 délégués — Auguste COOL(E)SG
Jan KULAKOWSKI(E)SG

C.I.S.L.:3 délégués

C.O.P.A.:3 délégués

3. Président — Prof. Walter HALLSTEIN(x)
Vice-Président — Gaston DEFFERRE(x)
Secrétaire général — Robert van SCHENDEL(x)
Trésorier — Théo LEFEVRE(x)
Président sortant — Maurice FAURE(x)

4. Président du Conseil parlementaire — Duncan SANDYS(x)
Vice-Président du Conseil parlementaire

Présidente de la Commission féminine — Yvonne de WERGIFOSSE(x)

Président de la Commission de l'Europe Centrale et Orientale — Etienne de LA VALLEE POUSSIN(x)

5. Membres cooptés.

./..

	Délégués	Suppléants
II. DELEGUES AVEC VOIX CONSULTATIVE		
6. Comités nationaux (chacun 1 délégué)		
Comité bulgare	Tshenko BAREV(x)	
estonien	William MULD(x)	
hongrois		
letton	Paul REINHARDS (x)	
lithuanien	Petras KARVELIS(x)	
polonais	Count E. RACZYNSKI(E)	Stanislav KUDLICKI(x
roumain	Prof. V.VENIAMIN(x)	
yougoslave	Vane IVANOVIC(E)	Desimir TOCHITCH(x)
7. Organisation internationales associées (chacune 1 délégué)		
Association Européenne des Cheminots	Willy LEMPEREZ(x)	
Fédération Internationale des Maisons de l'Europe	E. BURMEISTER(x)SG	
Association des Journalistes Européens	Prof. Enrico SERRA(E)	André PATER(E)SG

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

CF/A/5

C O N S E I L F E D E R A L

Session du 14 mai 1972

B O N N

O R D R E D U J O U R

1. Approbation du Procès-verbal de la dernière réunion (Doc. CF/M/4 et CF/M/4 Corrigendum et addendum)
2. Comptes (Doc. FIN/P/142, 137, 138, 139 et 140)
3. Budget (Doc. FIN/P/142 et 141)
4. Rapport d'activités (Doc. CF/P/45)
5. Proposition de modification du Règlement intérieur (Doc. CF/P/43)
6. Elections statutaires :
   A. Président
   B. Vice-Président
   C. Trésorier
   D. 4 membres
   E. Membres du Comité directeur sur propositions des organisations adhérentes.
7. Reconnaissance de l'Association des Journalistes européens comme organisation adhérente au Mouvement Européen
8. Questions diverses.

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 1
1000 BRUXELLES.

CF/M/4

C O N S E I L F E D E R A L

Session du 2 juillet 1971

à B R U X E L L E S

P R O C E S - V E R B A L

Présents

A. DELEGUES AVEC VOIX DELIBERATIVE

MM. Prof. Walter HALLSTEIN, Président
Gaston DEFFERRE, Vice-Président
Robert van SCHENDEL, Secrétaire général
Théo LEFEVRE, Trésorier.

MM. Ernst MAJONICA, Gerhard EICKHORN, Berthold FINKELSTEIN, Mme Charlotte von der HERBERG, Dr. Thomas JANSEN, Hans KOCH, Dr. Beate KOHLER, Joachim WILLMANN, délégués par le Conseil allemand du M.E.;

M. Dr. Alwin WESTERHOF, délégué par le Conseil autrichien du M.E.;

MM. Théo BOGAERTS, Lucien RADOUX et Raymond RIFFLET, délégués par le Conseil belge du M.E.;

M. Henri GIRONELLA, délégué par le Conseil espagnol du M.E.;

MM. Raymond ANDRIEU, Philippe BERTRAND, Pierre BORDEAUX GROULT, Jean DESLANDES, André MORICE et André ZENTZ, délégués par le Conseil français du M.E.;

MM. Ota ADLER, Lord GLADWIJN, Norman HART, Peter SMITH, E.G. THOMPSON, et Ernest WISTRICH, délégués par le Conseil britannique du M.E.;

M. Georges SARIDAKIS, délégué par le Comité hellénique provisoire de membres du M.E.;

MM. Dr. Franco COMPASSO, Dr. Enzo DALLA CHIESA, Gianni FINOCCHIARO, Dr. Angelo LOTTI, Dott. C. MERIANO et Aw. Gian Piero ORSELLO, délégués par le Conseil italien du M.E.;

MM. J. OZLISLOK et Michael SWEETMAN, délégués par le Conseil irlandais du M.E.;

./..

M. Arthur CALTEUX, délégué par le Conseil luxembourgeois du M.E.;

M. Svenn STRAY, délégué par le Conseil norvégien du M.E.;

MM. H.J.M. ABEN, J.W.van der DUSSEN, J.H.C.MOLENAAR et Dr.WEISGLAS, délégués par le Conseil néerlandais du M.E.;

MM. André ALERS et Geroges LEBEAU, délégués par l'A.E.D.E.;

MM. Arno KRAUSE, Walter KUNNEN et Max RICHARD, délégués par l'A.E.F.;

MM. Walter MÜNCH et Thomas PHILIPPOVICH, délégués par le C.C.E.;

MM. Conrad REUSS, Lucien de SAINTE LORETTE et Mme Y. de WERGIFOSSE, délégués par la L.E.C.E.;

Melle Caterina CHIZZOLA, MM. Ludo DIERICKX et Jean-Pierre GOUZY, délégués par le M.F.E.;

M. Geoffroy de FREITAS, délégué par le M.G.E.;

MM. Jean REY et Joseph SANS, délégués par le M.L.E.U.;

Dr. Angelo BERNASSOLA, délégué par l'U.E.D.C.;

M. Jean OUDINOT, délégué par l'U.R.P.E.;

MM. Alfred CALIFICE, H.A. LÜCKER et Léon SERVAIS, délégués par le Groupe démocrate-chrétien du Parlement Européen;

Mme Yvonne de WERGIFOSSE, Présidente de la Commission Féminine du M.E.;

M. Etienne de la VALLEE POUSSIN, Président de la Commission de l'Europe Centrale et Orientale du M.E.;

B. DELEGUES AVEC VOIX CONSULTATIVE

MM. Tsenko BAREV (Comité bulgare du M.E.),
Paul REINHARDS (Comité du M.E.),
Count E. RACZYNSKI (Comité polonais du M.E.),
Prof. V.VENIAMIN (Comité roumain du M.E.),

M. Willy LEMPEREZ (Association Européenne des Cheminots),

M. E.BURMEISTER (Fédération Internationale des Maisons de l'Europe).

./..

./..

1. APPROBATION DU PROCES-VERBAL

Le procès-verbal de la réunion de la session de Berlin des 23 et 24 avril 1971 (doc. CF/M/3) est approuvé après que M. DALLA CHIESA, qui en approuve le texte, ait précisé que son intervention, relative à la procédure de désignation d'un Italien dans le groupe de personnes chargées de rencontrer le Comité exécutif, ne témoignait d'aucune opposition à la candidature de M. MERIANO, proposée par le Comité exécutif.

M. WESTERHOF exprime le voeu que les procès-verbaux soient à l'avenir plus détaillés.

2. SITUATION POLITIQUE EUROPEENNE

Le Président rappelle que la présente session du Conseil fédéral a été convoquée en particulier pour poursuivre la discussion politique commencée à la session de Berlin sur le rapport introductif qu'il avait présenté, puis interrompu.

M. Raymond RIFFLET introduit la discussion en développant les divers points dans le schema de son rapport (CF/P/36 en annexe).

La discussion générale à laquelle participent MM. BORDEAUX-GROULT, DEFFERRE, DALLA CHIESA, de FREITAS, Lord GLADWYN, HALLSTEIN, LUCKER, MOLENAAR, ORSELLO, OZLISLOK, PHILIPPOVICH, Comte RACZYNSKI, REY, RIFFLET, SMITH, STRAY, THOMPSON, de LA VALLEE POUSSIN et WISTRICH se concentre principalement sur la conséquence de l'élargissement des Communautés européennes et le rôle de la Commission.

Outre les propositions concrètes faites par M. RIFFLET dans son rapport introductif, sont notamment soulignés les points suivants :

- la nécessité d'ouvrir un débat public sur la composition de la future Commission élargie (M. MOLENAAR).
- la nécessité de lier la préparation du Congrès et son déroulement avec la campagne en faveur de l'élection au suffrage universel direct du Parlement Européen (M. MOLENAAR).

M. DEFFERRE, remerciant le Président d'avoir préparé un projet de déclaration (doc. CF/P/39 en annexe) recommande au Conseil fédéral d'adopter une procédure qu'il a déjà eu l'occasion de proposer en d'autres circonstances : la désignation d'un petit Comité comprenant 3 ou 4 personnes, chargées d'amender le projet de déclaration en fonction des diverses interventions dans le débat et de soumettre le projet ainsi amendé au vote sans amendement du Conseil fédéral.

La proposition de M. DEFFERRE est adoptée.

Sont désignés pour constituer le Comité de rédaction, MM. DALLA CHIESA, OZLISLOK, RICHARD et THOMPSON.

Le Comité fera rapport à la suite de l'ordre du jour.

./..

3. RAPPORT DU PRESIDENT sur la rencontre des 3 et 4 juin à LA HAYE entre le Comité exécutif et les personnes désignées par le Conseil fédéral à BERLIN

Le Président donne lecture de son rapport (doc. CF/P/37 en annexe) sur les conclusions de la rencontre des 3 et 4 juin à LA HAYE entre le Comité exécutif et les personnes désignées par le Conseil fédéral à Berlin, le 24 avril.

Le rapport est approuvé sans discussion.

4. ADOPTION DU BUDGET POUR L'EXERCICE 1971

A la demande du Trésorier, qui n'avait pu être présent à la session de Berlin, le Secrétaire général rappelle que le budget pour l'exercice 1971 n'avait pu, pour diverses raisons, être adopté par le Conseil fédéral à la session de Berlin et qu'il avait été prié d'interroger les diverses organisations adhérentes pour connaître le montant de la cotisation qui leur serait possible d'acquitter en 1971, puis en 1972 et donne le détail des réponses qui lui sont parvenues.

D'après cette enquête, il apparaît que certaines organisations sont prêtes et ont la possibilité d'acquitter les montants proposés dans le projet de budget (doc. FIN/P/136 en annexe), que d'autres sont en mesure d'acquitter une partie de l'augmentation demandée, que d'autres enfin ne seront pas en mesure d'acquitter en 1971 une cotisation supérieure à celle qui avait été demandée en 1970.

Il propose en conséquence que le budget de recettes ordinaires soit adopté sur la base du document FIN/P/136, les montants de cotisation se trouvant ramenés au niveau de 1970 ou à un niveau intermédiaire entre 1970 et ce qui était demandé pour 1971, pour les organisations qui en ont fait la demande.

Après les interventions faites en séance des représentants des Conseils français, italien, luxembourgeois et néerlandais, ainsi que de l'A.E.D.E. et du M.L.E.U., les cotisations acceptées pour 1971 par les Organisations qui ont répondu, s'établissent comme suit :

- Conseil allemand : 250.000
- Conseil autrichien : 120.000
- ensemble des sections autrichiennes des organisations membres du Mouvement Européen : 25.000
- Conseil belge : 100.000
- Conseil britannique : 265.000
- Conseil français : 1000000
- Conseil italien : 275.000
- Conseil luxembourgeois : 25.000
- Conseil néerlandais : 100.000
- A.E.D.E. : 25.000
- A.E.F. : 25.000
- L.E.C.E. : 30.000
- M.F.E. : 30.000
- M.L.E.U. : 30.000

M. WESTERHOF, comme d'autres délégués, s'inquiète de la situation créée par plusieurs organisations adhérentes qui n'acquittent pas ou pas totalement leurs cotisations. Il souligne que le Conseil autrichien s'acquite régulièrement de la sienne malgré la disproportion relative de celle-ci et malgré le fait que ni les débats, ni les activités

./..

du Mouvement Européen ne font une place suffisante aux problèmes des pays neutres, en particulier l'Autriche.

M. ALERS, au nom de l'Association Européenne des Enseignants, déclare qu'il ne lui a pas été possible d'obtenir de l'organisation qu'il préside le supplément de cotisation demandé, les débats et les activités du Mouvement Européen n'offrant pas un intérêt suffisamment substantiel aux organisations culturelles ou à vocation particulière, comme celle qu'il représente.

M. van der DUSSEN au nom du Conseil néerlandais, critique la présentation générale du budget ainsi que les comptes (absence d'un véritable rapport de gestion financière, absence d'estimation de recettes extraordinaires, identification insuffisante des organisations adhérentes, etc...) et pose diverses questions notamment sur la comptabilité et le contrôle.

Le Secrétaire général rappelle au Conseil fédéral que depuis de nombreuses années, tant la comptabilité que le contrôle des comptes s'opère par des professionnels à l'intérieur du secrétariat général du Mouvement Européen, hors de son contrôle, et sous la responsabilité du Trésorier.

M. DALLA CHIESA, au nom du Conseil italien, exprime quelques inquiétudes quant au projet de constitution d'un fonds de financement européen qui a été rappelé par le Président dans son rapport sous le point précédent de l'ordre du jour.

M. WEISGLAS indique dans ses grandes lignes la portée du projet, l'état actuel de sa proposition et les lignes souhaitables de son développement, en consultation avec les principales organisations adhérentes.

En conclusion, le budget pour l'exercice 1971 est approuvé par le Conseil fédéral par l'ensemble des délégués moins 3 votes contre et 7 abstensions.

4. ADOPTION D'UNE DECLARATION

M. DALLA CHIESA, au nom du Comité de rédaction, désigné par le Conseil au cours du débat de politique générale, fait rapport sur le texte qu'il a retenu (doc. CF/P/41 en annexe) et le soumet au Conseil fédéral.

Le Vice-président rappelle qu'aux termes de la proposition qu'il avait présentée et qui a été adoptée, le Conseil fédéral est invité à voter sans amendement.

Sur proportion du Président, une correction linguistique et de terminologie est néanmoins apportée au projet.

Le projet de déclaration (doc. CF/P/41) est adopté à l'unanimité moins une voix contre (doc. CF/P/42 en annexe).

./..

5. AMENDEMENT AU REGLEMENT INTERIEUR

Le Secrétaire général, au nom du comité exécutif, commente succintement les raisons pour lesquelles le Comité exécutif a été amené à faire au Conseil fédéral deux propositions d'amendements au Règlement intérieur (doc. CF/P/40) pour permettre la présence au Conseil fédéral et au Comité directeur d'un délégué représentant l'ensemble des sections autrichiennes des organisations adhérentes.

Les propositions d'amendement au Règlement intérieur (doc. CF/P/40) sont adoptées, sans discussion à l'unanimité, moins une abstension.

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy,14
1000 BRUXELLES

CF/M/4
corrigendum et
addendum

C O N S E I L F E D E R A L

Session du 2 juillet 1972

à B R U X E L L E S

P R O C E S - V E R B A L

1. Corrigenda au document CF/M/4 :

   A la page 5, au 4e §, à la 3me ligne, lire :
   " à l'extérieur", au lieu de : "à l'intérieur"

   A la page 5, lire 5. Adoption d'une Déclaration
   au lieu de 4. Adoption d'une Déclaration

   A la page 6, lire 6. Amendement au Règlement intérieur
   au lieu de 5. Amendement au Règlement intérieur

2. Addendum au document CF/M/4 :

   " 7. Reconnaissance de la Fédération Internationale des Maisons de l'Europe (FIME) en qualité d'organisation au Mouvement Européen

   Le Conseil fédéral approuve sans débat la demande présentée par la Fédération Internationale des Maisons de l'Europe (FIME) actuellement organisation associée au Mouvement Européen, d'être reconnue comme organisation adhérente conformément à l'art. 4 in fine du Règlement intérieur. "

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

CF/A/5

C O N S E I L F E D E R A L

Session du 14 mai 1972

B O N N

O R D R E D U J O U R

1. Approbation du Procès-verbal de la dernière réunion (Doc. CF/M/4 et CF/M/4 Corrigendum et addendum)

2. Comptes (Doc. FIN/P/142, 137, 138, 139 et 140)

3. Budget (Doc. FIN/P/142 et 141)

4. Rapport d'activités (Doc. CF/P/45)

5. Proposition de modification du Règlement intérieur (Doc. CF/P/43)

6. Elections statutaires :
   A. Président
   B. Vice-Président
   C. Trésorier
   D. 4 membres
   E. Membres du Comité directeur sur propositions des organisations adhérentes.

7. Reconnaissance de l'Association des Journalistes européens comme organisation adhérente au Mouvement Européen

8. Questions diverses.

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

FIN/P/142

C O N S E I L F E D E R A L

Session du 14 mai 1972

à B O N N

Bundeshaus

R A P P O R T D U T R E S O R I E R

I. RESULTATS DE L'EXERCICE 1971

1. La situation au 31 décembre 1971 (Doc. FIN/P/137) fait apparaître que malgré l'excédent des charges sur les recettes qui caractérise l'exercice 1971, le Mouvement Européen conserve des réserves et provisions pour un total de 931.281 francs. Ce montant de réserves et provisions est néanmoins par rapport à celles qui figuraient au bilan de fin 1970 en réduction de 344.386 francs. Ce mouvement devrait normalement s'aggraver au cours des prochains exercices si le déséquilibre entre les recettes et les dépenses continuerait lui-même à s'aggraver.

2. le poste Débiteur : cotisations des organisations adhérentes à recevoir est particulièrement élevé cette année puisqu'il se monte à près de 450.000 francs. Ce niveau élevé s'explique sans doute cette année par l'approbation tardive du budget 1971. Il n'en indique pas moins que trop d'organisations adhérentes continuent à s'acquitter de leurs obligations avec retard.

3. le compte des recettes et dépenses (Doc. FIN/P/138) fait apparaître un excédent des charges sur les recettes qui a été ramené à 131.093 francs par prélèvement de 300.000 francs sur la provision pour activités réparties sur plusieurs exercices. Cet excédent des charges sur les recettes est dû, pour ce qui est comparable d'un exercice à l'autre, c'est-à-dire, les frais généraux et recettes ordinaires, d'une part à un accroissement des frais généraux par rapport à l'exercice précédent, pour un montant de 585.592 francs, d'autre part à une diminution des cotisations d'organisations adhérentes, pour un montant de 300.000 francs.

4. Quant à l'augmentation des charges, elle est certes due en général à l'augmentation du coût de la vie et des services en Belgique ainsi qu'à l'augmentation des charges sociales. Elle est notamment due à l'accroissement sensible du poste Réunions et Voyages, par rapport à l'exercice précédent, pour un montant de 200.000 francs, du à l'augmentation du nombre de réunions d'organes du Mouvement Européen et en particulier à la charge qu'ont représenté 2 réunions du Conseil fédéral dont une à Berlin. Ce chiffre doit d'ailleurs être mis en relation avec des recettes exceptionnelles pour un montant de 172.456 francs.

./..

5. Quant à la réduction des recettes ordinaires, elle peut être considérée comme réellement préoccupante. Si elle devait se poursuivre année après année malgré toutes les recommandations adressées depuis des années aux organisations adhérentes, la poursuite et, comme on l'a souvent demandée, l'extension des activités du Secrétariat international et par conséquent des moyens mis à sa disposition, dépendrait dans une mesure croissante de sources de financement extérieures au Mouvement Européen lui-même sur le plan international.

6. A cet égard, il faut souhaiter que le Fonds international de Financement, qui est mis sur pied par suite de l'initiative de M. M.WEISGLAS et du Conseil néerlandais et en conséquence des recommandations du groupe de travail présidé par M. Karl MOMMER, réussisse rapidement dans sa tâche, de meme que des activités particulières préparées dans certains pays à l'initiative du Conseil britannique.

7. La situation des cotisations des organisations adhérentes au 31 décembre 1971 (Doc. FIN/P/139) fait apparaître que trop d'organisations adhérentes demeurent encore redevables de sommes importantes, dont il est réaliste de penser que la plus grande partie ne pourra être que très difficilement acquittée malgré le caractère statutairement impérieux du paiement ponctuel par toutes les organisations adhérentes des cotisations régulièrement fixées par le Conseil fédéral et dont le montant, dans de nombreux cas, apparaît comme symbolique. Toutes les organisations retardataires devraient être fermement invitées par le Conseil fédéral à se mettre sans retard en contact avec le Trésorier et le Secrétaire général à l'effet de proposer les modalités d'un apurement de leur dette par un accord régulier.

8. La comparaison des dépenses avec le budget 1971 (Doc. FIN/P/140) donne pour le surplus le détail des dépassements de crédits d'une part, des quelques surévaluations de budget d'autre part, dont l'essentiel a été commenté ci-dessus.

9. Quant aux dépenses et recettes extraordinaires, elles ne permettent pas de réelle comparaison d'un exercice à l'autre, les principales activités étant d'ampleur différente et ne pouvant non plus en général faire l'objet de prévisions sérieuses à plus de quelques mois. Tout au plus, peut-on remarquer que la principale recette extraordinaire a été en diminution, en 1971, de 145.000 francs par rapprt à 1970. A cela s'ajoute d'ailleurs que le poste de subvention à activités d'organisations adhérentes a été supprimée en 1971, ces subventions ayant été acheminées aux organisations intéressées, directement, c'est-à-dire, sans passer par le fonds international. De cette regrettable novation a très certainement découlé la diminution des cotisations ordinaires en provenance de plusieurs de ces organisations adhérentes, comme il a été souligné plus haut.

II. PROJET DE BUDGET POUR L'EXERCICE 1972

10. Le projet de budget pour 1972 (Doc.FIN/P/141) se présente en déséquilibre comme il est malheureusement inévitable et habituel, puisque les prévisions de recettes extraordinaires ne peuvent encore y figurer, au moins avec une précision suffisante. Comme les dernières années, l'exécution du budget ne pourra se terminer en équilibre approximatif entre l'ensemble des dépenses et l'ensemble des recettes, que si d'une part les recettes extraordinaires pour 1972 peuvent croître au moins dans une modeste proportion et que si d'autre part, le même effort est fait, avec le même succès, en vue d'obtenir pour certaines activités des financements concurrents de sources différentes.

./..

Pour ces raisons, tout projet de budget est difficile à établir et le projet pour 1972 est loin d'être parfait.

11. Quant aux dépenses de frais généraux, il se caractérise par une évalutation plus optimiste que réaliste puisque, indépendamment du poste Réunions et Voyages dont l'évolution a été commentée ci-dessus, il prévoit une augmentation de 13,5%.

12. Quant aux recettes ordinaires, le projet de budget n'est hélas que le refflet d'unn très petit nombre d'augmentations, d'ailleurs souvent minimes, sur lesquelles on a pu obtenir l'accord des organisations adhérentes intéressées, malgré les propositions d'augmentation générale qui sont très habituellement proposées au Conseil fédéral.

    Dans l'immédiat, un appel devrait être adressé à celles des organisations adhérentes tant nationales qu'internationales, qui le peuvent, de consentir unilatéralement à des augmentations de cotisations, sous une forme ou sous une autre , sans souci excessif de parité avec le niveau de cotisation effectivement payée par dss organisations comparables.

Avril 1972

Théo LEFEVRE
Trésorier du Mouvement Européen

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

FIN/P/137

SITUATION FINANCIERE au 31 décembre 1971

(en francs belges)

ACTIF		PASSIF	
Caisse	5.870	Créditeurs :	
Banque	308.026	- O.N.S.S. et précompte	48.952
Cautionnement	33.938	- Divers	66.679
Débiteurs :		- Compte de tiers : JEF	1.578
- Cotisations à recevoir des organisations adhérentes (en cours de versement)	448.888	Provisions pour activités :	
		- Conseil Parlementaire	121.281
- Divers	120.675	- Commission féminine	35.000
		- Activités réparties sur plusieurs exercices	200.000
Excédent des charges sur recettes au 31/12/71	131.093	Provision pour pertes et charges	575.000
	1.048.490		1.048.490

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

FIN/P/138

COMPTES DES RECETTES ET CHARGES au 31 décembre 1971

(en francs belges)

CHARGES

A. Frais généraux	
Réunions d'organes etvoyages	1.152.361
Traitements et charges sociales	1.682.022
Loyer, entretien, chauffage, éclairage	57.752
P.T.T.	137.781
Frais de bureau, assurances, banque et divers	342.521
	3.372.437
B. Activités et dépenses extraordinaires	
Colloque de La Haye	195.808
Colloque des JEF	38.422
Journal Europa-Union	34.585
Compte de tiers : JEF	1.578
	270.393

RECETTES

A. Ordinaires	
I. Cotisations des organisations adhérentes	
1. Exercices antérieurs :	
Conseils nationaux :	
Belgique*	143.414
Grande Bretagne	17.000
2. Exercice 1971	
a. Conseils nationaux :	
Allemagne	250.000
Autriche	120.000
Belgique*	100.000
France*	35.955
Grande Bretagne ;	265.000
Italie*	275.000
Luxembourg	25.000
Norvège	25.000
Pays-Bas	99.882
Suède	5.000
b. Organisations internationales	
A.E.F.*	25.000
C.C.E.*	30.000
L.E.C.E.	30.000
M.F.E.*	30.000
U.E.D.C.	30.000
c. A valoir sur l'exercice 1972	
Norvège	10.264
U.E.D.C.	5.000
	1.521.515

./..

* y compris les cotisations en cours de versement

II.	Participation d'organisations adhérentes à réunions d'organes	
	Conseil allemand	162.302
	Conseil italien	6.154
		1.689.971
B.	Extraordinaires	
	Recette extraordinaire	1.000.000
	Colloque des JEF	40.000
	Colloque de La Haye	78.687
	Conseil allemand	32.819
	Recettes et récupérations diverses	295.733
	Prélèvement sur provision pour activités réparties sur plusieurs exercices	300.000
	Excédant des recettes sur charges pour exercices antérieurs	74.527
		1.821.766
C.	Excédent des charges sur recettes, au 31/12/71	131.093
		3.642.830

3.642.830

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

FIN/P/139

COTISATIONS DES ORGANISATIONS ADHERENTES

Situation au 31 décembre 1971 (en francs belges)

	Arriérés 31-12-70	Arriérés payés	Cotisation 1971	Cotisation 1971 payée	Reste dû
A. Conseils nationaux					
Allemagne	-	-	250.000	250.000	-
Autriche	-	-	120.000	120.000	-
Belgique	143.414	143.414*	100.000	100.000*	-
Danémark	140.000	25.000	-	-	165.000
France	400.877	-	100.000	35.955*	464.922
Grande Bretagne	17.000	17.000	265.000	265.000	-
Grèce	-	-	-	-	-
Irlande	23.125	-	25.000	-	48.125
Italie	-	-	275.000	275.000*	-
Luxembourg	-	-	25.000	25.000*	-
Malte	18.815	-	25.000	-	43.815
Norvège	-	-	25.000	25.000	- (1)
Pays-Bas	40.000	-	100.000	99.882	-
Suède	-	-	25.000	5.000	- (2)
Suisse	40.000	-	25.000	-	65.000(3)
Turquie	120.000	-	-	-	120.000
Ensemble des sections autrichiennes des Mouvements adhérents	-	-	25.000	-	25.000
B. Organisations internationales					
A.E.D.E.	20.000	-	25.000	-	45.000
A.E.F.	60.000	-	25.000	25.000*	60.000
C.C.E.	205.000	-	30.000	30.000*	205.000
L.E.C.E.	-	-	30.000	30.000	-
M.F.E.	95.000	-	30.000	30.000*	95.000
M.G.E.	175.000	-	30.000	-	205.000
M.L.E.U.	30.000	-	30.000	-	60.000
U.E.D.C.	-	-	30.000	30.000	- (4)
U.R.P.E.	77.500	-	30.000	-	107.500

(*) y compris les montants considérés au 31/12/71 comme en cours de versement;
(1) dispose en outre à son crédit d'un montant de 10.264 FB à valoir sur l'exercice 1972;
(2) considéré comme en règle de cotisations par suite de cotisation réduite accordée par le Trésorier;
(3) montant auquel s'ajoutent FB 24.519 considérés comme en cours de versement au 31/12/68 et qui n'ont pas été effectivement versés;
(4) dispose en outre à son crédit d'un montant de 5.000 FB à valoir sur l'exercice 1972.

MOUVEMENT EUROP2EN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

FIN/P/140

DEPENSES DE FRAIS GENERAUX

COMPARAISON ENTRE BUDGET 1971 , DEPENSES 1971 et BUDGET 1972

	Budget 1971	Dépenses 1971	Différence	Budget 1972
Réunions et voyages	750.000	1.152.361	+ 402.361	900.000
Traitements et charges sociales	1.500.000	1.682.022	+ 182.022	1.850.000
Loyers, entretien, chauffage et éclairage	120.000	57.752	- 62.248	120.000
P.T.T.	175.000	137.781	- 37.219	175.000
Frais de bureau, assurances banque et divers	325.000	342.521	+ 17.521	375.000
Totaux	2.870.000	3.372.437	+ 502.437	3.420.000

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

FIN/P/141

PROJET DE BUDGET ORDINAIRE POUR 1972

I. RECETTES ORDINAIRES : Cotisations

			(1971)	
A. Conseils nationaux				
Allemagne	275.000		(250.000)	
Autriche	120.000		(120.000)	
Belgique	100.000		(100.000)	
Danemark	25.000		(25.000)	
France	100.000		(100.000)	
Grande Bretagne	275.000		(265.000)	
Irlande	25.000		(25.000)	
Italie	275.000		(275.000)	
Luxembourg	25.000		(25.000)	
Malte	5.000		(25.000)	
Norvège	25.000		(25.000)	
Pays-Bas	150.000		(100.000)	
Suède	10.000		(5.000)	
Suisse	25.000		(25.000)	
Sections autrichiennes des Mouvements adhérents	25.000		(25.000)	
	1.460.000		(1.290.000)	
B. Organisations adhérentes				
A.E.D.E.	30.000		(25.000)	
A.E.F.	30.000		(25.000)	
A.J.E.	30.000		-	
C.C.E.	30.000		(30.000)	
F.I.M.E.	30.000		-	
L.E.C.E.	30.000		(30.000)	
M.F.E.	30.000		(30.000)	
M.G.E.	30.000		(30.000)	
M.L.E.U.	30.000		(30.000)	
U.E.D.C.	30.000		(30.000)	
U.R.P.E.	30.000		(30.000)	
	330.000		(260.000)	
Total		1.790.000		(1.550.000)

II. FRAIS GENERAUX

Réunions et voyages	900.000		(750.000)
Traitements et charges sociales	185.000		(1.500.000)
Loyer, entretien, chauffage et éclairage	120.000		(120.000)
P.T.T.	175.000		(175.000)
Frais de bureau, assurances banque et divers	375.000		(325.000)
	3.420.000		(2.870.000)

Prévision de déficit à combler par recettes extraordinaires et diverses

3.420.000 - 1.790.000 = 1.630.000

MOUVEMENT EUROPEEN,
Association internationale,
14, rue Duquesnoy,
1000 BRUXELLES.

CF/P/45

C O N S E I L F E D E R A L

Session du 14 mai 1972

B O N N

RAPPORT D'ACTIVITES DU MOUVEMENT EUROPEEN DEPUIS LA SESSION DU CONSEIL FEDERAL (23 et 24 avril 1971 à BERLIN)

I. Réunions d'organes du Mouvement Européen

A. CONSEIL FEDERAL

Depuis la dernière session ordinaire du Conseil Fédéral à Berlin, ce dernier s'est réuni en session extraordinaire, sous la présidence du Prof. Walter HALLSTEIN, pour terminer l'ordre du jour de la session de BERLIN :

le 2 juillet 1971 à BRUXELLES

- adoption d'une déclaration (doc. CF/P/42);
- confirmation de la décision de la création du Comité des Délégués des membres du Comité Exécutif, chargé de la préparation des réunions de ce dernier;
- modification au Réglement intérieur.

B. COMITE DIRECTEUR

Depuis la session du Conseil Fédéral à Berlin, le Comité directeur s'est réuni une fois, sous la présidence du Prof. Walter HALLSTEIN :

./..

les 10 et 11 décembre 1971 à BRUXELLES

- publication d'un Communiqué du Secrétaire général sur les travaux du Comité directeur;
- adoption d'une motion sur le fondement démocratique de la Communauté et les conditions qui en découlent pour une adhésion éventuelle de l'Espagne (doc.CD/P/30 révisé);
- mandat donné au Comité Exécutif pour proposer au Conseil Fédéral d'éventuelles modifications au Réglement intérieur.

C. COMITE EXECUTIF

Depuis la session du Conseil Fédéral à Berlin, le Comité exécutif s'est réuni six fois :

1. le 4 juin 1971 à LA HAYE, sous la présidence du Prof. Walter HALLSTEIN;
   - rencontre avec les personnes déléguées par le Conseil Fédéral pour rencontrer le Comité exécutif.
2. le 1er juillet 1971 à BRUXELLES, sous la présidence du Prof. Walter HALLSTEIN.
3. le 25 septembre 1971 à PEROUSE, sous la présidence du Prof. Walter HALLSTEIN, avec la participation de M. le Président MALFATTI;
   - lettre du Président du Mouvement Européen au Président de la Commission politique du Parlement Européen et création du Fonds international de financement du Mouvement Européen;
   - entretien avec M. Franco Maria MALFATTI, Président de la Commission des Communautés européennes;
   - préparation du Congrès.
4. le 1er décembre 1971 à BRUXELLES, sous la présidence du Prof. Walter HALLSTEIN;
   - lettre du Président à M. le Ministre Edward HEATH, sur la composition satisfaisante de la future Commission de la Communauté élargie;
   - préparation du Congrès;

./..

- entretien avec M. Franco Maria MALFATTI, Président de la Commission des Communautés européennes.

5. le 25 février 1972 à ROME, sous la présidence de M. Gaston DEFFERRE;
   - préparation du Congrès;
   - adoption d'une déclaration (doc. CE/P/59);
   - préparation du Conseil Fédéral.

6. le 11 mai 1972 à BONN, sous la présidence du Prof. Walter HALLSTEIN.

D. CONSEIL PARLEMENTAIRE

Depuis la session du Conseil Fédéral à Berlin, le Comité exécutif du Conseil Parlementaire s'est réuni quatre fois, sous la présidence de M. Duncan SANDYS;

1. le 10 mai 1971 à STRASBOURG
2. le 13 juin 1971 à PARIS
3. le 3 octobre 1971 à STRASBOURG
4. le 26 novembre 1971 à BRUXELLES.

E. COMMISSION DE L'EUROPE CENTRALE ET ORIENTALE

La Commission de l'Europe Centrale et Orientale s'est réunie le 15 mai 1971 à PARIS, sous la présidence de M. de la VALLEE POUSSIN.
A cette occasion, a eu lieu un Colloque (voir ci-dessous).

II. Délégués des membres du Comité exécutif

A l'issue de la session extraordinaire du Conseil Fédéral de Bruxelles, chacun des membres du Comité exécutif a désigné comme son délégué, pour se réunir sous la présidence du Secrétaire général du Mouvement Européen, en vue de préparer les réunions du Comité exécutif :

- le Prof. Walter HALLSTEIN, Président : M. Gerhard EICKHORN
- M. Gaston DEFFERRE, Vice-président : M. Thomas PHILIPPOVICH
- M. Robert van SCHENDEL, Secrétaire général : ...

./..

- M. Theo LEFEVRE, Trésorier : le Secrétaire général
- Lord HARLECH : M. Ernest WISTRICH
- M. H.H.C.MOLENAAR : M. Henk ABEN
- Prof. Giuseppe PETRILLI : M. Angelo LOTTI (suppléant: Dr. Carlo MERIANO).

Les délégués des membres du Comité exécutif se sont réunis sept fois, sous la présidence du Secrétaire général:

1. le 2 juillet 1971 à BRUXELLES
2. le 8 septembre 1971 à BRUXELLES
3. le 19 octobre 1971 à PARIS
4. les 26 et 27 novembre 1971 à TAORMINA
5. le 21 janvier 1972 à BRUXELLES
6. le 29 février 1972 à BRUXELLES
7. le 8 avril 1972 à NANCY
8. le 11 mai 1972 à BONN.

III. Conférences et Colloques

A. COLLOQUE sur la "politique de la Communauté européenne envers les pays de l'Europe Centrale et Orientale", organisé par la Commission de l'Europe Centrale et Orientale du Mouvement Européen, sous la présidence de M. de la VALLEE POUSSIN, le 25 mai 1971, à PARIS, au Sénat.

B. COLLOQUE préparatoire au Congrès sur les "problèmes institutionnels de l'Europe", les 4 et 5 juin 1971 à LA HAYE, organisé avec la collaboration de l'A.E.F. (Centre d'Action Européenne Fédéraliste).

C. COLLOQUE préparatoire au Congrès sur "Technologie et Université", le 19 juin 1971, organisé avec la collaboration du Conseil belge du Mouvement Européen.

D. COLLOQUE préparatoire au Congrès sur "l'Europe dans le Monde", les 13 et 14 juillet à LONDRES, organisé à l'initiative du Federal Trust et du Wyndham Place Trust.

./..

E. Réunion des Signataires et des Rapporteurs des projets de loi du suffrage universel direct des délégations nationales au Parlement Européen, convoquée à ROME, le 20 novembre 1971, à l'initiative du Conseil italien du Mouvement Européen.

F. Table-Ronde sur le thème "Vers une Communauté européenne démocratique", les 22 et 23 janvier 1972 à ANVERS, organisée à l'initiative du M.F.E. (Mouvement Fédéraliste Européen).

G. Colloque sur "la politique régionale de la Communauté européenne" les 25 et 26 février 1972, à ROME, organisée à l'initiative du Conseil italien du Mouvement Européen.

IV. Conférences de Secrétaires généraux

Depuis la session du Conseil Fédéral à Berlin, les Secrétaires généraux des Organisations adhérentes du Mouvement Européen se sont réunis deux fois :

1. le 25 avril 1971 à BERLIN
2. le 1er juillet 1971 à BRUXELLES (doc. SG/P/12).

En outre, les Secrétaires généraux des Conseils nationaux du Mouvement Européen se sont réunis, le 25 avril 1971, à BERLIN.

V. Publication des Informations européennes

Depuis la session du Conseil Fédéral à Berlin, le Secrétariat général du Mouvement Européen a publié une vingtaine de numéros des Informations européennes, par feuillets, selon une périodicité en moyenne bi-mensuelle.

VI. Préparation du Congrès de BONN

En plus des réunions d'organes et des divers Colloques et Conférences, qui avaient pour objet de préparer le Congrès de Bonn, on peut noter à cette intention toute une série de démarches et de réunions diverses.

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy,14
1000 BRUXELLES

CF/P/43

C O N S E I L F E D E R A L

Réunion du 14 mai 1972 à BONN

PROPOSITION DE MODIFICATIONS DU REGLEMENT INTERIEUR

Au nom du Comité Directeur, le Comité exécutif propose au Conseil Fédéral d'adopter quelques modifications mineures au Règlement intérieur concernant la composition du Conseil Fédéral, du Comité Directeur et du Comité Exécutif en égard à l'importance relative de la représentation de certains Conseils nationaux dans ces organes. Le Comité exécutif propose ainsi que, pour tenir compte de l'évolution politique que doit normalement entraîner l'élargissement des Communautés, la représentation des Conseils du Mouvement Européen dans les pays moyens futurs membres de la Communauté soit augmentée et que la représentation d'autres Conseils soit en conséquence adoptée.

I. A. Composition du Conseil fédéral

Lire au § 1. intitulé : "Conseils nationaux" de l'article 8 intitulé : "Composition du Conseil fédéral",
en face de "Danemark", lire 2 délégués (au lieu de 1)
en face de "Norvège", lire 2 délégués (au lieu de 1)

B. Composition du Comité directeur

A l'article 12 intitulé "Composition du Comité directeur", lire la rubrique "Conseils nationaux" de la manière suivante :

Allemagne	3 membres
Autriche	1 membre
Ensemble des sections autrichiennes des Mouvements adhérents au M.E.	1 membre
Belgique	2 membres
Danemark	2 membres
Espagne	2 membres
France	3 membres
Grande Bretagne	3 membres

./..

Irlande	2 membres
Italie	3 membres
Luxembourg	1 membre
Norvège	2 membres
Pays-Bas	2 membres
Suède	1 membre
Suisse	1 membre

C. Composition du Comité exécutif

A l'article 14 du Règlement : "Par application de l'article 25 des statuts, le Conseil fédéral élit trois personnes comme membres du Comité exécutif"
Remplacer : "trois"par "quatre"

En outre, sans qu'il soit nécessaire d'apporter aucune modification au Règlement intérieur, le Comité exécutif demande au Conseil fédéral qu'il lui soit explicitement donné le droit d'inviter à certaines de ses séances toutes les personnes qu'il jugerait utile en fonction des événements ainsi que de son ordre du jour.

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale
rue Duquesnoy, 14
1000 BRUXELLES

CF/P/44

C O N S E I L F E D E R A L

Session du 14 mai 1972

B O N N

PROPOSITION DE RECONNAISSANCE DE L'ASSOCIATION DES JOURNALISTES EUROPEENS COMME ORGANISATION ADHERENTE DU MOUVEMENT EUROPEEN

Au nom du Comité directeur, le Comité exécutif propose au Conseil Fédéral de reconnaître comme organisation adhérente au Mouvement Européen, conformément à l'art. 4 in fine du Règlement intérieur, l'Association des Journalistes européens, actuellement organisation associée.

LA JEUNESSE EUROPEENNE FEDERALISTE

Le Bureau Exécutif

Président : Peter OSTEN
Vice-Présidents : Erwan FOUERE
Rob VAN DER TOORN

Le Comité Fédéral

Hugh BAKER : Max Rayne House, Rochester Road, London N.W.1.

Carl BILDT : Karlavägen 68, 114 59 Stockholm, tél. 08/61 11 79

Johan BENGT-PAHLSSON (P) : Södra Promenaden, S-211 38 Malmo, tél. 040/11 3375

Giuseppe CANALE : Vico di S. Pasquale, 3-5, 16124 Genova

Knud ERDMANN : Ringstrasse, 47a, Berlin 45, tél. 811 92 17

Erwan FOUERE : 62, rue Charles Quint, 1040 Bruxelles, tél. 33 98 78 (bureau)

Gilbert GROSBUCH (P) : 62, boul. Napoléon, Luxembourg, tél. 416 12

Michael HOLZHAUSER : 15 Johannisstrasse, D-66 Saarbrücken 3, tél. 0681/35 301

Søren HØGENHAVEN (P) : Carl Plougs Vej, 10,2,1913 Copenhagen V, tél. EV-4360

Jos LINKENS : Hooverplein 22, 3000 Leuven, tél. 016/318 60

Paul MACDONALD (P) : 13 Cherrymount Park, N. Circular Rd., Dublin, tél. 302685

Guido MONTANI : Vicolo San Marcello, 1, 27100 Pavia, tél. 28 498

Peter OSTEN : St. Ingberterst. 3, D-68 Manheim 41, tél. 73 42 73

Julian PRIESTLEY (P) : (siège après juin 1972) : Ballic 1 College, Oxford, tél. 413 54

Hartmut RABICH (P) : Hubertushöhe, 4, D-6232 Neuenhain, tél. 0611/71101

Jean-François RICHARD (P*) : Bât. 6, Ent. C, App. 51, Les Hauts-Champs,
rue A. Motte, 59-Roubaix

Roel ROTHUIZEN (P) : Wagnerlaan 91, Arnhem

Stefan SCHEPERS (P) : Naamsevest 64, 3000 Leuven, tél. 016/37 414
Stationstraat, 1, 3530 Houthalen, tél. 011/37 966

Jean-Claude SINNER : c/o 23, rue A. France, Luxembourg (étudiant à Bonn)

Antony SPEAIGHT : 6, Maze Road, Kew Gardens, Richmond, Surrey

Tom SPENCER : Ramley House, Lymington, Hants, tél. 30 24

Björn TALEN (P) : c/o Ja tru EF-aktion, Cort Adelersgt, 16, Oslo 1, tél. 56 51 85

Michael ULRICH : Lühmannstr. 12b, 2100 Hamburg 90, tél. 790 60 98

Rob VAN DER TOORN : Mendelssohnlaan, 9, Arnhem, tél. 085/450 264

Carl WILMS-WRIGHT (P) : (siège jusqu'à juin 1972) : 23, The Oaks, Bracknell, Berks

Max WRATSCHGO (P**) : Jahnweg 5, A-8330 Feldbach/Stmk, tél. 03152.2497

Richard WYATT : 78, Chandos House, Buckingham Gate, London SW1, tél. 799 2922 (bureau)

(le président de la section italienne à désigner)

(P) = président section nationale et membre ex officio
(P*) = président ad interim
(P**) = président jusqu'à la désignation d'un président-suppléant pour les affaires de la JEF

SECRETARIAT INTERNATIONAL PROVISOIRE 14, rue Duquesnoy, 1000 Bruxelles
tel. 133620.

JEUNESSE EUROPEENNE FEDERALISTE

Sections nationales

BELGIQUE - BELGIE

Jonge Europese Federalisten - Jeunesse Européenne Fédéraliste
Voorzitter : Stefan SCHEPERS
Secretariat : Europahuis, Hooverplein, 22Bn 3000 Leuven, tél. 016/318 60

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Junge Europäische Föderalisten
Vorsitzender : Hartmut RABICH
Secretariat : Markt, 4, 53 Bonn, tél. 655 589

DANMARK

Danske Studerende for et Føderalt Europa
Chairman : Søren HØGENHAVEN
Secretariat : H.C. Andersens Boulevard, 6, DK-1553 Copenhagen V

FRANCE

Jeunes Fédéralistes Européens (ad interim)
Président provisoire : Jean-François RICHARD
Secretariat : 26, rue Sala, F-69 Lyon 2, tél. 37 14 75

IRLANDE

Irish Students European Association
Chairman : James Paul McDONNELL
Secretariat : ISEA, University College, Belfield, Dublin 4

ITALIA

Gioventù Federalista Europea
Président : à élire
Secretariat : Vicolo Tre Re, 1, Pavia 27100

LUXEMBOURG

Jeunesses Européennes Fédéralistes
Président : Gilbert GROSBUCH
Secrétariat : 20 bis, rue Louvigny, Luxembourg, tél. 414 39

NEDERLAND

Jongerengroep Europese Beweging
Voorzitter : Roel ROTHUIZEN
Secretariat : Alexanderstraat, 2, Den Haag, tél. 64 21 46

NORGE

Ungdomkampanjen for Norsk EF - Filslutning
Studentaktion för Europeisk Faelledswap
Chairman : Björn TALEN
Secretariat : Cort Adelersgt.,16-Oslo 1, tél. 56 51 85

ÖSTERREICH

Bund Europäische Jugend
Vorsitzender : Max WRATSCHGO
Secretariat : Liebstr. 3, Innsbruck

SVERIGE

Förbundet Unga Europeer
Chairman : Johan BENGT-PAHLSSON
Secretariat : Södra Promenaden, 21138 Malmo, tél. 040.11 33 75

UNITED KINGDOM

Students for a United Europe - Young European Federalists
Chairmen : Carl WILMS-WRIGHT & Julian PRIESTLEY
Secretariat : 78, Chandos House, Buckingham Gate, London SW1 H OPJ, tél. 01-79

LA JEUNESSE EUROPEENNE FEDERALISTE

STATUTS PROVISOIRES

approuvés à l'occasion du Congrès Constitutif, le 25-26 mars 1972

Art. I - L'Association prend le nom de "Jeunesse Fédéraliste Européenne", en allemand "Junge Europäische Föderalisten", en anglais "Young European Federalists", en gaélique "Oglach na' Eorpach, en italien "Gioventù Federalista Europea", en néerlandais "Jonge Europse Federalisten, en suédois "Unga Europaiska Federalister", etc.

Le siège de l'association est fixé par son Comité Fédéral.

Art. 2 - L'Association se considère comme la section jeune d'un Mouvement réunifié de fédéralistes européens. Jusqu'à cette réunification elle respectera les liens statutaires avec les organisations adultes respectives.

Art. 3 - Jusqu'à l'âge de 18 ans, les jeunes fédéralistes appartiennent uniquement à la JEF. Entre 18 et 28 ans, il peut y avoir double appartenance à la JEF et aux organisations adultes respectives. Exceptionnellement les dirigeants pourront garder leurs responsabilités au sein de la JEF jusqu'à l'âge de 30 ans sous décision de l'organe qui les élit.

Art. 4 - La JEF s'organise sur les plans :

- local,
- régional,
- national,
- européen.

Les statuts des gouvernements des jeunes fédéralistes à ces niveaux restent provisoirement en vigueur.

Art. 5 - Les organes des JEF au niveau européen sont :

- le Congrès
- le Comité Fédéral,
- le Bureau Exécutif.

Art. 6 - Le Congrès est l'organe suprême des JEF. Ses attributions sont notamment :

- la définition de la ligne politique,
- l'élection du Comité Fédéral,
- la décision sur les statuts définitifs et sur des changements de statuts,
- l'élection de deux commissaires aux comptes.

./...

Le quorum est atteint si un tiers du nombre total fixé des délégués est présent, s'il est régulièrement convoqué avec des préavis de 6 semaines au minimum.

Les décisions portant sur des changements de statuts doivent être prises à la majorité des deux tiers des délégués présents.

Les délégués au Congrès sont élus par les Assemblées générales, régionales et à la proportionnelle. Chaque groupement régional constitué doit avoir au moins un délégué. Le Comité Fédéral décide sur la proportion d'adhérents par délégués à élire et sur la délimitation des groupements régionaux.

Un délégué élu mais empêché d'assister au Congrès peut charger, par écrit, un autre délégué de son groupe régional ou d'un groupe voisin, d'exercer son droit de vote. Un délégué présent au Congrès peut bénéficier d'un vote par procuration au maximum.

Art. 7 - Le Comité Fédéral se compose :

- des présidents des groupements nationaux,
- de membres élus par le Congrès. Le Congrès élit trois membres de plus que le nombre des présidents nationaux.

Le Comité Fédéral assure la continuité entre les Congrès. Il élit et contrôle le président et les deux vice-présidents du Bureau Exécutif. Il peut coopter des membres ayant une voix consultative.

Art. 8 - Le Bureau Exécutif se compose d'un président et de deux vice-présidents. Il assure les fonctions exécutives. Le Bureau Exécutif peut faire des cooptations pour remplir ses fonctions. Ces cooptations doivent être sanctionnées par le Comité fédéral.

Art. 9 - Aussitôt après leur élection, le Comité Fédéral et le Bureau Exécutif se donnent un règlement intérieur.

Art.10 - Pour assurer le travail jusqu'au prochain Congrès, les groupements régionaux versent au Bureau Exécutif une cotisation minimale par adhérant et par année de FB 10.

Le Bureau Exécutif est autorisé à chercher des subventions.

Art.11 - Le prochain Congrès, qui devra décider sur les statuts définitifs aura lieu au plus tard en automne 1973.

Jusqu'à ce Congrès, le Comité Fédéral pourra décider provisoirement sur l'adhésion d'autres groupes nationaux ou régionaux.
L'adhésion doit être confirmée par le Congrès.

- - - - -

MOUVEMENT EUROPEEN
Association internationale

I4, rue Duquesnoy
I000 Bruxelles

CF/P/47

C O N S E I L F E D E R A L

Session du I4 mai I972

B O N N

PROPOSITION DE RECONNAISSANCE DE LA JEUNESSE EUROPEENNE FEDERALISTE COMME ORGANISATION ADHERENTE DU MOUVEMENT EUROPEEN

Au nom du Comité directeur, le Comité exécutif propose au Conseil Fédéral de reconnaître la Jeunesse Européenne Fédéraliste (J.E.F.) comme organisation adhérente au Mouvement Européen, conformément à l'article 7 des Statuts.

Sicco L. Mansholt

Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

bittet Sie zu einem Empfang

anläßlich des Bonner Kongresses der Europäischen Bewegung

am Freitag, dem 12. Mai 1972, von 19.30 bis 21.00 Uhr,

in das Hotel Am Tulpenfeld (Bankettsaal), Heussallee 2.

Der Bundesminister des Auswärtigen

gibt sich die Ehre

die Teilnehmer des internationalen Kongresses

der Europäischen Bewegung

zu einem Mittagessen (Buffet)

am Freitag, dem 12. Mai 1972, um 13 Uhr,

im Restaurant des Bundeshauses, einzuladen.

RHEIN

BONN-OBERKASSEL

Oberdollendorf

Nieder dollendorf

Plittersdorf

Kessenich

Dottendorf

Friesdorf

Schweinheim

Koblenz Südfriedhof

Zentralfriedhof

Königswinter

Rüngsdorf

Muffendorf

KLINIKEN

Motorboote

Auto-Schnellfähre

Koln-Dusseldorfer Anlegestelle

Auto-Schnellfähre

BONN-BAD GODESBERG

Bundeshaus

Bundeskanzleramt

Sportpark Gronau

Tulpenfeld

Stresemannufer

Wilhelm-Spiritus-Ufer

HAUPTSTRASSE

KÖNIGSWINTERER STR DOLLENDORFER STR

FRIEDRICH-EBERT-ALLEE B9

KÖLNER STRASSE B9

MITTELSTRASSE

KOBLENZER STRASSE

MAINZER STRASSE

HEERSTRASSE

Martin-Luther-King-Straße

Johannniterstraße

Straßchensweg

Stresemannstraße

Ollenhauerstr

Baunscheidtstr

Lahnweg

Ahrweg

Markusstraße

Rheinweg

Burgstraße

Sandstraße

Talweg

Rosenburgweg

Putzstr

Burbacher Str

Germanenstraße

Mechenstraße

Holzgasse

Lindweg

Dottendorfer Straße

Grüner Weg

Sudstraße

Hochkreuz

Friesdorfer

Truchseßstr

Promenadenweg

Haager Weg

Waldrauweg

Annaberger Weg

Klufter

Eulenweg

Rottgener Weg

Marienforster Straße

Venner

Alleechen

Kirchweg

Elisabethstraße

Drachenfelsweg

Rheinallee

Brandstrom-Straße

Kreuzherrenstr

Bonner

Hardtstr

Heisterbacher Straße

Europastraße

Kennedyallee

Mittelstraße

Ahrstraße

Lahnstraße

Webersstraße

Hohe Straße

Ubierstraße

Viktoriastraße

Körnerstraße

Plittersstraße

Beethovenstraße

Uhlandstraße

Goethestr

Kronprinzenstraße

Rheinallee

Luisenstr

Rheinstraße

Bachstr

Roonstraße

Bonner Straße

Augustastraße

Hohenzollernstraße

Germanenstr

Hindenburgallee

Goetestraße

Siebengebirgsstraße

Kurfürstenstraße

Zeppelinstraße

Zanderstraße

H-Böckler-Allee

Rontgenstr

Deutschherrenstraße

Behringstr

Max-Planck-Straße

Pennefeldsweg

Hauptstraße

Klosterbergstr

Schenkpfadchen

Antoniterstraße

Domhof

Winterer Str

Konigswinterer Str

Ausstraße

Im Meisenbiotop

Deichmannsgarten

Gallei

Robert-Koch-Straße

Th-Heuss-Straße

Im Krechel

Ackerstr

Siegfriedstraße

F-Mühlens-Straße

Rheinstr

Andreasstr

Rolandstr

Rheinallee

Rheinstraße

Kaiserstraße

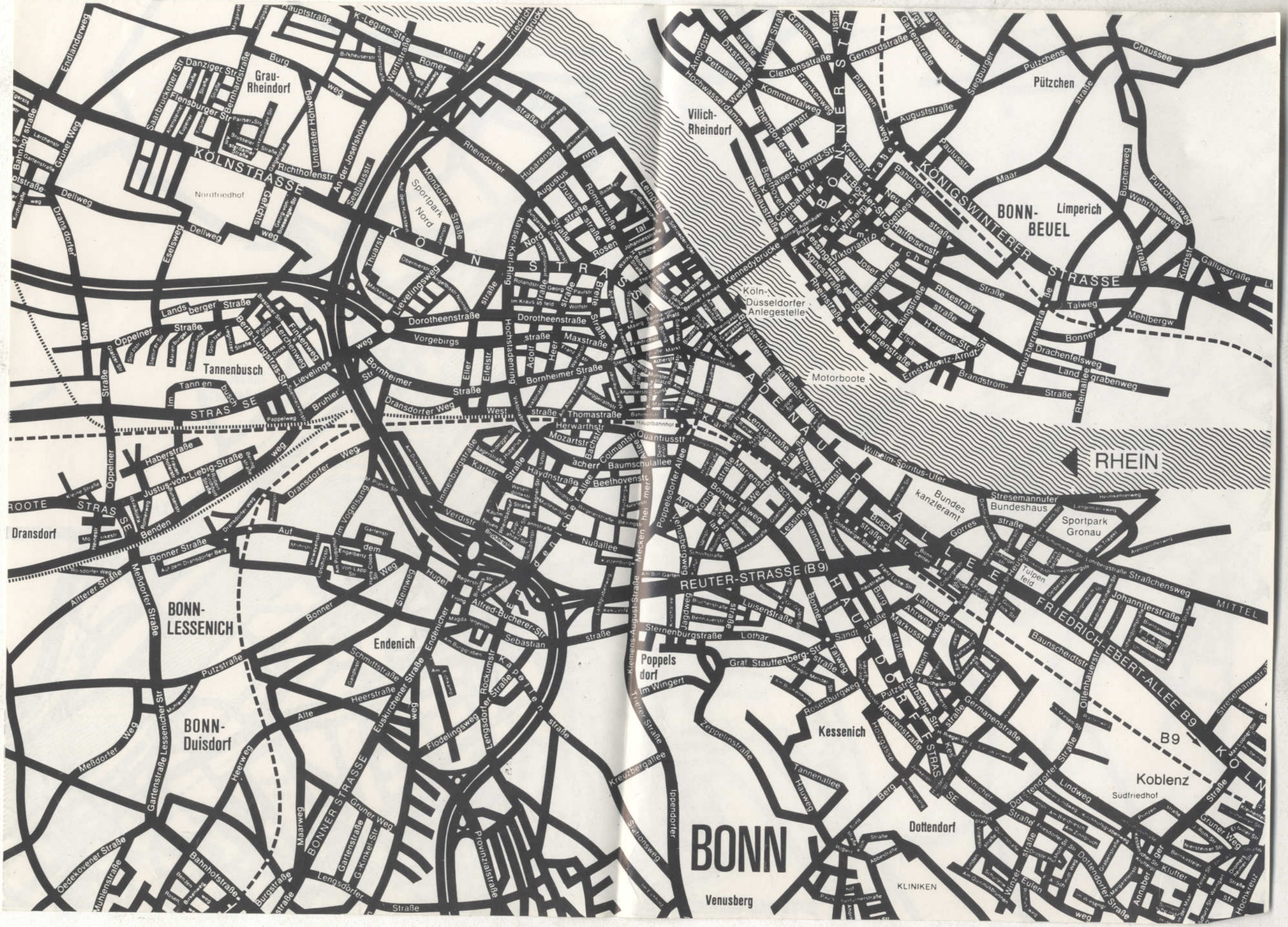
Rheinstraße

Rheinallee

Rheinstraße

Rheinstraße

Rheinstraße


Grau-Rheindorf
Danziger Str
Saarbrückener Str
Flensburger Str
Bernhardstraße
Burgweg
Hauptstraße
K.-Legien-Straße
Mittelweg
Römerstraße
Wertstraße
Unterster Hohlweg
An der Josefshöhe
Endländerweg
Bahnhofstraße
Grüner Weg
Larchenstr
Gartenstraße
Dellweg
Dransdorfer Weg
Eselsweg
Richthofenstr
Gartenstraße
KÖLNSTRASSE
Nordfriedhof
Sportpark Nord
Mondorfer Straße
Thuarstr
Levelingsweg
Maxstraße
Rheindorfer Straße
Husarenstraße
Augustusstraße
Drususstraße
Romerstraße
Rosenthal
Leinpfad
Kaiser-Karl-Ring
KÖLN
STRASSE
Dorotheenstraße
Landsberger Straße
Oppelner Straße
Berta-Lungstras-Str
Lerchenweg
Eichenweg
Tannenbusch
Lievelingsweg
Bornheimer Straße
Vorgebirgsstraße
Hochstadenring
Adolf Heer Straße
Elfelstr
Eller Straße
Bruhler Straße
Pappelweg
Tannenbuschstraße
Haberstraße
Justus-von-Liebig-Straße
Oppelner Straße
Dransdorf
Bonner Straße
Auf dem Dransdorfer Berg
Dransdorfer Weg
Oransdorfer Weg
Benden
Meßdorfer Straße
Alterer Straße
BONN-LESSENICH
BONN-Duisdorf
Endenich
Endenicher Straße
Euskirchener Straße
Heerstraße
Putzstraße
Schmittstraße
Sebastianstraße
Alfred-Bucherer-Str
Rockumstr
Kapellenstraße
Flodellingsweg
Fuggsdorfer Straße
Heerweg
Meßdorfer Weg
Gartenstraße Lessenicher Str
Maarweg
BONNER STRASSE
Gruner Weg
Gartenstraße
G.-Kinkel-Str
Lengsdorfer Straße
Oedekovener Straße
Mühlenstraße
Bahnhofstraße
Burgstraße
Provinzialstraße
Immenburgstraße
Karlstraße
Haydnstraße
Beethovenallee
Mozartstraße
Bachstraße
Colmantstr
Thomastraße
Herwarthstr
Quantiusstr
Baumschulallee
Hauptbahnhof
Verdistr
Nußallee
Im Vogelsang
Auf dem Hügel
Steinweg
Kreuzbergallee
Ippendorfer Straße
Stationsweg
Trierer Straße
Zeppelinstraße
Tannenallee
Huweg
Rheindorfer Straße
Poppelsdorfer Allee
Clemensstraße
Kommentalweg
Frankenweg
Platanenweg
Jahnstr
Rheindorfer Str
Vilich-Rheindorf
Arnoldstr
Dixstraße
Petrusstr
Hochwasserdamm
Weyerstr
Vilicher Straße
Grabensr
Gerhardstraße
Gartenstraße
Siegburger Straße
Pützchens Chaussee
Pützchen
Augustastraße
Paulusstr
Maar
Buchenweg
Wehrhausweg
Pützchensweg
Kirchstr
Gallusstraße
BONN-BEUEL
Limperich
KÖNIGSWINTERER STRASSE
Bahnhofstr
Neu
Goethestr
Raiffeisenstr
Wilhelm-Leuschner-Str
Friedrich-Ebert-Str
H.-Böckler-Str
Kreuzstraße
Kaiser-Konrad-Str
Beethovenstraße
Rheinaustraße
Combahnstr
Konrad-Adenauer-Platz
Kennedybrücke
Lessingstraße
Agnesstraße
Viktoriastraße
Josefstraße
Rheinstraße
Hermannstr
Johannesstraße
Helenenstraße
Ringstraße
Rilkestraße
H.-Heine-Str
Elisabethstr
Ernst-Moritz-Arndt-Str
Talweg
Mehlbergweg
Bonner Straße
Drachenfelsweg
Land grabenweg
Rheinallee
Brandstrom-Straße
Kreuzherrenstraße
Köln-Düsseldorfer Anlegestelle
Motorboote
RHEIN
Wilhelm-Spiritus-Ufer
Stresemannufer
Bundeshaus
Bundeskanzleramt
Sportpark Gronau
Gorresstraße
Busch
Tulpenfeld
Am Kraxer
Lohrbergstraße
Straßchensweg
Johanniterstraße
MITTEL
FRIEDRICH-EBERT-ALLEE B9
Baunscheidtstr
Ollenhauerstr
Stresemannstr
B9
Koblenz
Südfriedhof
Lindweg
Dottendorfer Straße
Dottendorf
KLINIKEN
Venusberg
BONN
Kessenich
Poppelsdorf
Im Wingert
Graf Stauffenberg-Str
Rosenburgweg
Mechenheimerstraße
Kleinenaugust-Straße
REUTER-STRASSE (B9)
HAUSDORFF-STRASSE
ADENAUER-ALLEE
Sternenburgstraße
Lothar
Sandstraße
Talweg
Luisenstraße
Bonnerstraße
Jagdweg
Lahnweg
Ahrweg
Markusstr
Rheinstraße
Putzstr
Bunbacher Str
Germanenstraße
Holzgasse
Mechenstraße
Rieger Str
Kes
Berg
Am Burgfeld
Wilhelm-Spiritus-Ufer
Arndtstr
Nebuhrstr
Lennéstraße
Kaiserstraße
Marienstraße
Weberstraße
Schumannstraße
Bonner Talweg
Königstraße
Poppelsdorfer Allee
Lessingstr
Am Hofgarten
Regina-Pacis-Weg
Am Bonner Bogen
Bonn Center
Am Frankenbad
Arnsbergstraße
Arnsberger Straße
Schumannstraße
Heussallee
Tulpenfeld
Lohrbergstraße
Straßchensweg
Johanniterstraße
Baunscheidtstr
Ollenhauerstr
Stresemannstr
Rheinallee
Brandstrom-Straße
Kreuzherrenstraße
Talweg
Mehlbergweg
Bonner
Drachenfelsweg
Land grabenweg
Rheinallee
Motorboote
RHEIN
Wilhelm-Spiritus-Ufer
Stresemannufer
Bundeshaus
Bundeskanzleramt
Sportpark Gronau
Gorresstraße
Busch
Tulpenfeld
Am Kraxer
Lohrbergstraße
Straßchensweg
Johanniterstraße
MITTEL
FRIEDRICH-EBERT-ALLEE B9
Baunscheidtstr
Ollenhauerstr
Stresemannstr
B9
Koblenz
Südfriedhof
Lindweg
Dottendorfer Straße
Dottendorf
KLINIKEN
Venusberg
BONN
Kessenich
Poppelsdorf
Im Wingert
Graf Stauffenberg-Str
Rosenburgweg
Mechenheimerstraße
Kleinenaugust-Straße
REUTER-STRASSE (B9)
HAUSDORFF-STRASSE
ADENAUER-ALLEE
Sternenburgstraße
Lothar
Sandstraße
Talweg
Luisenstraße
Bonnerstraße
Jagdweg
Lahnweg
Ahrweg
Markusstr
Rheinstraße
Putzstr
Bunbacher Str
Germanenstraße
Holzgasse
Mechenstraße
Rieger Str
Kes
Berg
Am Burgfeld
Wilhelm-Spiritus-Ufer
Arndtstr
Nebuhrstr
Lennéstraße
Kaiserstraße
Marienstraße
Weberstraße
Schumannstraße
Bonner Talweg
Königstraße
Poppelsdorfer Allee
Lessingstr
Am Hofgarten
Regina-Pacis-Weg
Am Bonner Bogen
Bonn Center
Am Frankenbad
Arnsbergstraße
Arnsberger Straße
Schumannstraße
Heussallee
Tulpenfeld
Lohrbergstraße
Straßchensweg
Johanniterstraße
Baunscheidtstr
Ollenhauerstr
Stresemannstr
Rheinallee
Brandstrom-Straße
Kreuzherrenstraße
Talweg
Mehlbergweg
Bonner
Drachenfelsweg
Land grabenweg
Rheinallee

EUROPÄISCHE BEWEGUNG
EUROPEAN MOVEMENT
MOUVEMENT EUROPEEN
MOVIMENTO EUROPEO
EUROPESE BEWEGING

EUROPA KONGRESS

BONN-BUNDESHAUS
12. und 13. MAI 1972

PROGRAMM

EUROPA KONGRESS

FREITAG, den 12. MAI

☐ **10.30 Uhr :**

Im Plenarsaal des Deutschen Bundestages.

Vollsitzung des Kongresses.
Eröffnung des Kongresses durch Herrn Professor Walter HALLSTEIN, Präsident der Europäischen Bewegung.

Ansprachen und Begrüssungen durch :
Herrn Kai-Uwe von HASSEL, Präsident des Deutschen Bundestages.
Herrn Walter BEHRENDT, Präsident des Europäischen Parlaments.
Herrn Walter SCHEEL, Bundesminister des Auswärtigen.
Herrn Dr. Sicco MANSHOLT, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.
Herrn Pierre WERNER, Ministerpräsident des Grossherzutums Luxemburg, im Namen des Vorsitzenden des Rats der Europäischen Gemeinschaften.
Herrn Dr. Ernst MAJONICA, Präsident des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung.

☐ **13.00 Uhr :**

Empfang (Kaltes Buffet) des Bundesministers des Auswärtigen im Bundeshaus Restaurant.

☐ **15.00 bis 19.00 Uhr :**

Vier Arbeitsgruppen :

— **Arbeitsgruppe I : Das institutionnelle Europa** - Plenarsaal.
Präsident : Etienne HIRSCH.
Berichterstatter : Professor Christoph SASSE.

— **Arbeitsgruppe II : Das wirtschaftliche Europa** - Saal F 12 (SPD Fraktion).
Präsident : Ministerpräsident Pierre WERNER.
Berichterstatter : Professor Giuseppe PETRILLI.

— **Arbeitsgruppe III : Technologie - Forschung - Universität** - Saal 216 A (FDP Fraktion).
Präsident : Minister Dr. Karl-Heinz NARJES.
Berichterstatter : Adriaan OELE.

— **Arbeitsgruppe IV : Europa in der Welt** - Saal 214 F (CDU-CSU Fraktion).
Präsident : Staatsminister Jean REY.
Berichterstatter : Richard MAYNE.

☐ **19.30 Uhr :**

Empfang des Präsidents der Kommission der Europäischen Gemeischaften im Hotel Am Tulpenfeld (Bankettsaal).

SAMSTAG, den 13. MAI

☐ **9.30 bis 11.45 Uhr :**

Fortsetzung der Arbeiten in den Arbeitsgruppen und Billigung der Entschliessungsanträge.

☐ **Mittagspause :**

zur freien Verfügung.
Redaktionsausschuss für die Gesamtentschliessung des Kongresses unter Leitung von Gaston DEFFERRE, Vizepräsident der Europäischen Bewegung.

☐ **15.30 Uhr :**

Im Plenarsaal des Deutschen Bundestages.

Vollsitzung des Kongresses unter Leitung von Gaston DEFFERRE. Vorlage, Erörterung und Billigung der Gesamtentschliessung des Kongresses.

Schliessung des Kongresses durch den Herrn Professor Walter HALLSTEIN.

CONGRESS OF EUROPE

FRIDAY MAY 12th

☐ **10.30 am. :**

Bundestag Assembly Chamber.

Congress Plenary Session.

Opening of the Congress by Prof. Walter HALLSTEIN, President of the European Movement.

Introductory speakers :

Dr. Kaie-Uwe von HASSEL, Chairman of the Bundestag.
Walter BEHRENDT, Chairman of the European Parliament.
Dr. Walter SCHEEL, Federal Minister of Foreign Affairs.
Dr. Sicco MANSHOLT, President of the Commission of the European Communities.
Pierre WERNER, President of the Government of the Grand Duchy of Luxemburg, in the name of the Chairman of the Council of the European Communities.
Dr. Ernst MAJONICA, President of the German Council of the European Movement.

☐ **1.00 pm. :**

Reception (cold buffet) given by the Federal Minister for Foreign Affairs in the Bundeshaus Restaurant.

☐ **3.00 - 7.00 pm. :**

Discussion in 4 Sections :

— **Section I : Institutional Structure of Europe** - Assembly Chamber.
Chairman : Etienne HIRSCH.
Rapporteur : Prof. Dr. Christoph SASSE.

— **Section II : Economic and Monetary Europe** - Room F 12 (SPD Fraktion).
Chairman : President Pierre WERNER.
Rapporteur : Prof. Giuseppe PETRILLI.

— **Section III : Technology - Research University** - Room 216 A (FDP Fraktion).
Chairman : The Minister Dr. Karl-Heinz NARJES.
Rapporteur : Adriaan OELE.

— **Section IV : Europe in the World** - Room 214 F (CDU-CSU Fraktion).
Chairman : Jean REY, Minister of State.
Rapporteur : Richard MAYNE.

☐ **7.30 pm. :**

Reception given by the President of the Commission of the European Communities in the Hotel Am Tulpenfeld (Bankettsaal).

SATURDAY MAY 13th

☐ **9.30 - 11.45 am. :**

Continuation of discussion in Sections, including vote on resolutions.

☐ **Midday :**

Free for Congress participants.
Meeting of the drafting committee for the general declaration, chaired by Gaston DEFFERRE, vice-President of the European Movement.

☐ **3.30 pm. :**

Bundestag Assembly Chamber.

Congress Plenary Session chaired by Gaston DEFFERRE. Presentation, debate and vote on the general declaration of the Congress.

Closing speech by Prof. Walter HALLSTEIN.

CONGRES DE L'EUROPE

VENDREDI 12 MAI

☐ **10 h 30 :**

dans la Salle des Séances plénières du Bundestag.

Séance plénière du Congrès — Ouverture du Congrès par le Prof. Walter HALLSTEIN, Président du Mouvement Européen.

Discours et allocutions de :

Dr. Kaie-Uwe von HASSEL, Président du Bundestag.
M. Walter BEHRENDT, Président du Parlement Européen.
Dr. Walter SCHEEL, Ministre Fédéral des Affaires Etrangères.
Dr. Sicco MANSHOLT, Président de la Commission des Communautés Européennes.
M. Pierre WERNER, Président du Gouvernement du Grand Duché de Luxembourg, au nom du Président en exercice du Conseil des Communautés Européennes.
Dr. Ernst MAJONICA, Président du Conseil allemand du Mouvement Européen.

☐ **13 h :**

Réception (buffet froid) offerte par le Ministre Fédéral des Affaires Etrangères, au Restaurant du Bundeshaus.

☐ **15 h à 19 h :**

Travaux des 4 Sections :

— **Section I : l'Europe Institutionnelle** - Salle des Séances Plénières.
Président : M. Etienne HIRSCH.
Rapporteur : Prof. Dr. Christoph SASSE.

— **Section II : l'Europe Economique et Monétaire** - Salle F 12 (SPD Fraktion).
Président : M. le Président Pierre WERNER.
Rapporteur : Prof. Giuseppe PETRILLI.

— **Section III : Technologie - Recherche - Université** - Salle 216 A (FDP Fraktion).
Président : M. le Ministre Dr. Karl-Heinz NARJES.
Rapporteur : M. A. OELE.

— **Section IV : l'Europe dans le Monde** - Salle 214 F (CDU-CSU Fraktion).
Président : M. Jean REY, Ministre d'Etat.
Rapporteur : M. Richard MAYNE.

☐ **19 h 30 :**

Réception offerte par le Président de la Commission des Communautés Européennes, à l'Hotel Am Tulpenfeld (Bankettsaal).

SAMEDI 13 MAI

☐ **9 h 30 - 11 h 45 :**

Suite des travaux des Sections et approbation des résolutions.

☐ **Midi :**

Déjeuner libre pour les congressistes.
Réunion de la Commission de rédaction de la Déclaration générale, sous la présidence de M. Gaston DEFFERRE, Vice-président du Mouvement Européen.

☐ **15 h 30 :**

dans la Salle des Séances plénières du Bundestag.

Séance plénière du Congrès, sous la présidence de M. Gaston DEFFERRE. Présentation, discussion et approbation de la Déclaration générale du Congrès.

Clôture du Congrès par le Prof. Walter HALLSTEIN.

l'imprimerie PUVREZ
58, av. Fonsny - Bruxelles
Tel. 37.12.00

96078-572

MOUVEMENT EUROPEEN

RAPPORT INTRODUCTIF
A LA SECTION I

L'Europe Institutionnelle

par

Prof. CHRISTOPH SASSE

CONGRES DE L'EUROPE

BONN - BUNDESHAUS
12 - 13 mai 1972

I

MOUVEMENT EUROPEEN

Présidents d'honneur :

† Léon BLUM, † Alcide de GASPERI,
† Robert SCHUMAN, † Sir Winston CHURCHILL, † Konrad ADENAUER,
Harold MACMILLAN, Jean MONNET, Paul-Henri SPAAK.

COMITE EXECUTIF.

Président : Prof. Dr. Walter HALLSTEIN.

Vice-Président : M. Gaston DEFFERRE.

Trésorier : M. Theo LEFEVRE.

Secrétaire général : M. Robert van SCHENDEL.

Membres : MM. The Rt. Hon. Lord HARLECH,
J. H. C. MOLENAAR,
Prof. Giuseppe PETRILLI,
M. Maurice FAURE.

COMITE DIRECTEUR.

MM. André ALERS,
Dr. C. BERKHOUWER,
Dr. Angelo BERNASSOLA,
Mathias BERNS,
P. J. BLAISSE,
Comte BOËL,
Dr. Léon BOUTBIEN,
Pierre CABUY,
Arthur CALTEUX,
Auguste COOL,
Dr. Enzo DALLA CHIESA,
Fernand DEHOUSSE,
Gerhard EICKHORN,
Jacques ENOCK,
Emilio GABAGLIO,
Lord GLADWYN,
Etienne HIRSCH,

MM. Gérard JAQUET,
Otto KRANZLMAYR,
Rodolfo LLOPIS,
Dr. Ernst MAJONICA,
Dr. Karl MOMMER,
Franco NOBILI,
Dr. F. C. von OPPENHEIM,
Alain POHER,
Théo RASSCHAERT,
Jean REY,
Raymond RIFFLET,
The Rt. Hon. Duncan SANDYS,
Prof. Umberto SERAFINI,
Pierre SUDREAU,
Prof. Virgil VENIAMIN,
André VOISIN,
Dr. Max WEISGLAS.

SECRETARIAT GENERAL :
1000 BRUXELLES, rue Duquesnoy, 14.

LES INSTITUTIONS EUROPEENNES

Prof. Christoph SASSE

I. REMARQUES PRELIMINAIRES

La Communauté européenne arrive à un tournant de son histoire. Divers facteurs y concourent. Ils ont tous une importance considérable pour le rôle futur des institutions.

Certaines modifications qui se manifestent extérieurement occupent le devant de la scène :

1. Quatre Etats adhéreront sous peu à la Communauté. Leur coopération commande une conversion durable des habitudes nationales. Les institutions de la Communauté sont-elles préparées à ce processus d'adaptation ?

2. La coopération politique entre les Etats membres de la Communauté semble entrer dans une phase plus active après plusieurs années de stagnation. Certains indices montrent qu'elle sera conforme aux principes de la coopération internationale et qu'elle sera sans rapport direct avec la Communauté. Les institutions communautaires parviendront-elles à affirmer leur autonomie en ce qui concerne les objectifs et la méthode de cette coopération politique ?

3. Les préparatifs d'une conférence sur la sécurité et la coopération européennes se sont concrétisés entre-temps. Même si elle n'a aucun caractère durable, cette conférence modifiera les données de la politique extérieure des pays d'Europe. Plus l'organisation de la Communauté européenne est fragile plus vite elle risque de tomber dans le courant neutralisant que cette nouvelle forme de coopération européenne ne manquera pas d'exercer sur elle.

D'autres modifications du contexte politique sont moins évidentes, mais n'en joueront pas moins un rôle déterminant dans la future physionomie de la Communauté :

4. La réalité du Marché commun ne peut être sauvegardée, sa transformation en un grand ensemble européen ne peut être

./...

garantie, et ses perspectives politiques préservées que si l'on étend de plus en plus la politique commune entre les Etats membres aux secteurs qui ne sont abordés que d'une manière vague et de façon marginale par les traités. La définition d'une politique commune dans ces secteurs est précisément l'objet de tentatives de mise sur pied d'une union économique et monétaire.

L'imprécision laissée par les traités soulève la question de savoir comment la Communauté doit concevoir et orienter des politiques communes dans les domaines conjoncturel, monétaire, des structures régionales, de la technologie, et peut-être aussi bientôt de la protection de l'environnement et de l'aide au développement, pour ne citer que les plus importants. Les conceptions de plus d'un gouvernement à ce sujet sont bien éloignées du rôle dévolu habituellement aux institutions de la Communauté et favorisent l'exercice de ces nouveaux pouvoirs par un organe intergouvernemental. Indépendamment des dangereuses frictions qui pourraient en résulter au sein de la Communauté, la question se pose de savoir si l'union économique et monétaire envisagée peut être réalisée par la voie de la coopération.

5. Le danger qui menace de ce côté les institutions européennes est renforcé par une autre circonstance : tous les Etats membres sont en proie, ces dernières années, à des tensions de plus en plus marquées sur le plan de la politique intérieure. Les espérances de larges couches de la population concernent moins le seul accroissement du bient-être individuel qu'une réforme de l'ensemble de la société : l'exigence d'une répartition plus équitable des revenus, d'une amélioration des services publics, de la garantie d'un meilleur environnement, de l'humanisation des conditions de travail dans l'industrie, de la participation, dominent de plus en plus la scène politique intérieure des Etats membres. Ces revendications ne s'adressent pas à la Communauté européenne qui n'a pas de place assurée dans l'optique des réformateurs sociaux - mais ce sont les Etats qui, en tant qu'uniques structures politiques pouvant agir, en sont les destinataires. Il en ait résulté pour les Etats un regain, manifeste et imprévu pour beaucoup, de puissance et de légitimité. Il se reflète dans les relations des gouvernements avec la Communauté. Les institutions communautaires n'ont pour le moment rien pour lui faire pièce.

./...

L'étude des institutions européennes doit tenir compte de cette situation. Force est de constater qu'à aucun moment le sort des institutions communautaires n'a été aussi incertain, que jamais non plus elles n'ont revêtu autant d'importance pour l'avenir d'une Europe capable d'agir en tant que telle.

II. L'OBJECTIF : UN SYSTEME POLITIQUE AUTONOME EN EUROPE

1. Les organisations affiliées au Mouvement Européen interrogées à ce sujet ont répondu que l'Etat fédéral européen restait, comme par le passé, l'objectif final de tous leurs efforts.

Le Conseil britannique a - fort justement - attiré l'attention sur le fait que l'efficacité du nouveau système politique importe plus que son appellation.

L'unanimité existe sur le fait qu'il faut créer au plus vite en Europe occidentale une entité politique capable de fonctionner. Cette union d'Etats - que l'on appelle confédération (comme la Suisse par exemple) ou fédération - doit présenter un certain nombre de caractéristiques pour pouvoir s'acquitter des tâches qui lui seront assignées, ne fût-ce que dans le domaine de la politique économique. Il doit tout d'abord être capable de susciter par ses propres institutions un consensus général. A cet égard, son efficacité et sa légitimité ne doivent le céder en rien à celles des systèmes nationaux. Cela suppose une capacité de prévision, un maximum d'innovations et, au besoin, la possibilité de prendre des décisions rapidement, même si elles sont douloureuses. Pour être aussi efficaces, les décisions de la Communauté doivent avoir les mêmes chances d'être respectées dans les Etats membres que celles qui sont prises par les gouvernements, et doivent primer sur celles-ci en cas de conflit. Leur légitimation doit par conséquent être conforme aux conceptions politiques dominantes, étant entendu qu'il doit être tenu compte dans une égale mesure des considérations d'ordre démocratique et des facteurs propres à l'Etat membre intéressé. Certes, aucun ordre constitutionnel n'exclut les crises. Cependant, si l'on veut éviter que la future Communauté européenne soit menacée de désintégration, ce qui aurait pour effet de paralyser son efficacité et de miner la loyauté de ses citoyens, il importe de tenir compte de ce qui

./...

suit : les conflits entre les Etats membres cessent de menacer l'existence de l'union, lorsque des tensions entre les différentes catégories de la population s'y superposent. La représentation de l'ensemble de cette population au niveau communautaire et la possibilité de régler ces conflits politiques entre les catégories de façon démocratique sont par conséquent les conditions de la stabilité de l'Union des Etats européens.

2. Cette fédération ne pourra au demeurant être construite que selon des principes conformes à la tradition fédéraliste européenne, dont la valeur est attestée par l'existence d'unions d'Etats durables : seules incombent à la Communauté les tâches que les Etats membres ne sont plus en mesure d'assumer efficacement ou sans préjudice pour la Communauté. Ainsi, au-delà des politiques déjà unifiées à l'heure actuelle, c'est le principe de la subsidiarité qui présidera à la définition des compétences fédérales. En plus de la responsabilité dans des domaines traditionnels tels que la politique extérieure et de la sécurité, qui relèvent nécessairement de la compétence d'une fédération européenne en voie de désengagement vis-à-vis des superpuissances, il faudra surtout attribuer à la fédération une large compétence en matière d'orientation de la politique économique, ainsi que certains pouvoirs en matière de politique sectorielle et structurelle (notamment politique énergétique, technologie, politique des structures industrielles et politique régionale).

Le deuxième trait principal de l'Etat fédéral européen résidera dans le fait que l'on s'en remettra dans une large mesure aux Etats membres et à leurs institutions pour la mise en oeuvre des mesures fédérales. C'est également dans cette voie que la Communauté actuelle s'est résolument engagée jusqu'à présent. Elle s'est révélée, malgré certaines difficultés d'adaptation, appropriée à la situation existant en Europe.

3. Ces quelques remarques montrent de façon suffisamment claire que la Fédération européenne ne sera pas une machine qui engloutira les Etats membres, les dominera politiquement et leur enlèvera toute originalité. Elle donnera au contraite à chacun de ses Etats membres la possibilité d'épanouïr, dans l'intérêt général, sa personnalité nationale qui n'aurait d'autres chances de survivre à moyen terme que sous des formes folkloriques. Il

./...

ne faudrait pas surestimer, par ailleurs, le désir des peuples européens de se différencier les uns des autres. Il est beaucoup plus faible que certaines élites intéressées au maintien des structures existantes aimeraient nous le faire accroire. Le rapprochement relatif des conditions de vie dans les sociétés industrielles occidentales fait prendre conscience aux populations qu'elles n'avaient pas lieu d'être fières de tous les particularismes nationaux ou que ceux-ci ne sont pas la condition du progrès social. Ce processus naturel d'uniformisation s'accomplit indépendamment de l'apparition d'une communauté politique en Europe et il ne fournit par conséquent aucun argument sérieux pour ou contre.

4. La fédération des Etats européens n'est pas une fin en soi. Certaines associations du Mouvement Européen ont exposé ce que devaient être à leurs yeux les objectifs d'une telle fédération. La discussion des différentes réponses données à cette question n'entre pas dans le cadre du présent rapport. Il ne fait cependant aucun doute qu'à l'avenir le Mouvement Européen portera une attention accrue à ce thème. L'Europe a besoin d'un programme au contenu précis. Elle ne doit pas plus se limiter à des objectifs matériels (accroissement du bien-être) qu'à la seule sauvegarde des valeurs traditionnelles de ses Etats membres (protection des libertés civiles) ou visées de grandeur en matière de politique extérieure (l'Europe en tant que force politique mondiale).

5. Il suffit de rappeler ici ce qui suit : les 20 dernières années de politique d'unification européenne ont mis en évidence la forme volonté des Européens de conserver leur mode d'existence. Il se distingue de deux façon des autres modes de vie que l'on rencontre dans le monde : par sa richesse culturelle puisée tant en Orient qu'en Occident et les grandes espérances qu'on est en droit de placer dans la capacité d'évolution des régimes politiques dans cette partie du monde, compte tenu du niveau d'éducation des Européens. Ces qualités, il importe de les conserver à l'avenir. Elles ne peuvent être sauvegardées que par la création d'une communauté politique durable où la riche diversité des particularismes nationaux et régionaux aurait sa place et dont serait exclue toute velléité nationaliste de destruction.

./...

6. Si le resserrement des liens entre les peuples européens n'était justifié que par ces raisons d'ordre historique et ces considération d'ordre général, il n'en serait pas moins nécessaire mais peut-être moins urgent dans l'optique des hommes politiques pragmatiques. Aussi n'est-il pas sans importance que de nombreuses raisons de caractère fonctionnel commandent la création rapide d'une unité politique capable de fonctionner :

La panoplie d'instruments dont dispose les gouvernements se révèle de plus en plus inefficace pour résoudre les principaux problèmes de politique économique. Les nations ne sont plus maîtres de leur conjoncture. La situation monétaire mondiale contraint à une action régionale. La grande industrie, notamment les entreprises multinationales, se soustraient sans difficultés aux impératifs de la planification isolée. L'ambition de posséder une technologie nationale conduit à l'arriération. La destruction de la biosphère ne s'arrête pas aux frontières. Dans le domaine de la politique extérieure, des possibilités d'action accrues appellent un solide support. Les relations avec le tiers monde nécessitent une action commune. Une structure sociale durable exige elle-aussi une dimension qui la rende moins fragile que les petites sociétés des Etats qui constituent l'Europe d'aujourd'hui.

Il s'y ajoute, en tout cas encore durant une période de transition, certaines complémentarités entre les Etats membres qui créent sur certains points une étroite communauté d'intérêts. Cependant, même s'il est important que chacun y trouve son compte, il ne faudrait pas exagérer le pouvoir unificateur de l'échange de marchandises. En effet, le seul compte des profits et pertes, même s'il est possitif pour toutes les parties, ne peut donner naissance à l'Europe politique.

7. Peut-être est-il prématuré d'envisager, ne fût-ce qu'en les esquissant, les institutions de cette Europe fédérée. Si nous nous sommes livrés à une brève analyse sous forme d'annexe, c'est parce que les points d'arrivée devraient être définis clairement dans leurs grandes lignes afin de faciliter l'action future. Celui qui par pragmatisme refuse d'orienter son action politique en fonction de ces objectifs, risque d'être soupçonné de rejeter tout changement.

./...

III. CONDITIONS FONDAMENTALES DU PROGRES

C'est un grand fossé qui sépare l'objectif de la fédération européenne de la situation institutionnelle de départ telle qu'elle existe à l'heure actuelle dans la Communauté. Ce fossé ne peut être franchi que graduellement. Cela ne veut pas dire que la Communauté européenne peut être transformée progressivement et insensiblement en un Etat fédéral, qui se présenterait un jour dans son état définitif aux yeux étonnés de ses citoyens. Les espérances romantiques nourries par les fonctionnalistes et les technocrates sont gravement déçues par l'expérience. L'Etat n'est pas une quantité négligeable. Ses troubles fonctionnels patents n'entraînent pas automatiquement l'amenuisement de son potentiel d'action politique. C'est ce qui s'est vérifié mille fois dans la vie quotidienne des Communautés, où les limites politiques du processus d'intégration économique - si rationnel que celui-ci puisse paraître - sont devenues de plus en plus tangibles. En dehors des causes d'ordre socio-psychologique, deux raisons ont été surtout déterminantes qu'il importe de mettre en lumière :

1. Les régimes politiques actuels fondent de moins en moins leur légitimité sur la tradition et la satisfaction d'espérances irrationnelles, telles que par exemple l'idée que le peuple est investi d'une mission, ou la grandeur nationale. A la légitimation traditionnelle ou irrationnelle de l'hégémonie politique s'est substitué dans nos Etats industrialisés le critère de l'efficacité au service de la collectivité. Les espérances en ce qui concerne les prestations attendues de la collectivité ne doivent pas être exclusivement d'ordre matériel ou utilitaire. On voit précisément se dessiner dans les sociétés industrialisées hautement développées, donc en Europe et aux Etats-Unis, le début d'un processus de réflexion qui pourrait déboucher sur un net déplacement d'accent, l'objectif de l'accroissement du bien-être individuel étant abandonné pour de nouveaux objectifs collectifs tels que la création de meilleures conditions de vie, l'élimination des déséquilibres en matière d'enseignement, l'émancipation sociale, etc.

./...

La réalisation de ces nouveaux objectifs sociaux suppose toutefois, de même que la réalisation des espérances traditionnelles en matière de bien-être, qu'outre une part élastique du produit national, les collectivités disposent de pouvoirs importants. Il en est ainsi en tout cas depuis qu'il est apparu que le progrès social au sens le plus large ne peut résulter que d'un renforcement constant de la politique d'organisation et non pas des forces autonomes de vie sociale. Des limites étroites sont ainsi fixées au détachement progressif des compétences de la souveraineté nationale et à leur transfert aux Communautés européennes. Le rattachement de preque tous les secteurs d'activité importants de la politique intérieure des Etats (réforme sociale, politique des structures rurales et industrielles, aménagement régional, protection de l'environnement, industries de pointe, enseignement) à la politique économique générale - de même que la politique extérieure se rattache à la politique du commerce extérieur et du développement - a pour effet de faire surgir d'énormes difficultés chaque fois que la Communauté tente de maîtriser l'un ou l'autre secteur. La même constatation ressort du fait que la Communauté a obtenu de grands succès en matière de libéralisation, alors qu'elle a échoué dans presque tous les secteurs où il s'agissait de mener une politique constructive. Les difficultés énormes rencontrées chaque fois qu'il s'agit de fixer de nouveaux prix montrent que même la politique agricole commune n'y fait qu'apparemment exception.

2. L'impossibilité de transformer graduellement la Communauté actuelle en un Etat fédéral en accroissant progressivement ses pouvoirs tient à une deuxième raison. La Communauté n'est pas conçue à l'image des Etats membres. L'originalité souvent remarquée de ses structures, notamment la position relativement forte de la Commission, la différencie des formes traditionnelles de coopération internationale que nous connaissions jusqu'à présent et lui permet d'exercer une action dont aucune organisation internationale n'a été capable jusqu'à ce jour. Néanmoins, les institutions de la Communauté ne peuvent pas entrer en concurrence avec les Etats membres pour l'exercice du pouvoir politique de création parce qu'elles sont entachées de vices déterminants qui sont étroitement liés :

./...

- La Communauté n'a pas d'organe politique de direction
- Ses décisions sont dépourvues de légitimation démocratique.

3. En ce qui concerne le premier point, la Commission a perdu de plus en plus - sans qu'elle en soit responsable - le rôle principal dans la Communauté. Il faut dire qu'elle était insuffisamment dotée à cet effet. Le prestige personnel de certains présidents et commissaires, la tâche de sauvegarder les intérêts communautaires indépendamment des considérations d'ordre national et le droit d'initiative ne suffisent pas pour forcer les décisions en cas de divergences entre les Etats membres. Si le Conseil dispose en revanche de pouvoirs de décision suffisants, il n'est pas en mesure, compte tenu du fait qu'il est composé de membres des gouvernements liés par des instructions et nommés expressément par les Etats, de formuler une politique communautaire. C'est pourquoi il va de marathon en marathon, de compromis en compromis et les rares décisions qu'il prend se caractérisent par une forte dose de hasard et un faible degré d'innovation.

4. L'insuffisante légitimation démocratique est étroitement liée à cette situation. Direction politique et légitimation se conditionnent mutuellement. Dans un ensemble d'Etats dotés - en dépit de toutes les critiques - d'institutions démocratiques vivantes, la Communauté ne peut que paraître comme un corps étranger lorsqu'elle tente de pénétrer plus profondément dans des secteurs de la politique nationale. Même si les Etats membres étaient d'accord, ils ne pourraient pas confier à une Communauté ainsi structurée des tâches politiques importantes afin qu'elle les assume elle-même, parce que ces tâches ne peuvent être détachées du contexte de la légitimation nationale qui garantit la publicité et le contrôle. Compte tenu du fait que les institutions communautaires ne sont pas en mesure de créer un consensus conforme au système, leurs décisions doivent s'appuyer sur des structures de légitimation nationale. D'où leur dépendance de plus en plus marquée à l'égard des centres de décision nationaux dont elles semblent être le prolongement bureaucratique.

5. Il s'y ajoute qu'il n'est pas possible non plus de suppléer à l'absence de légitimation démocratique en invoquant le caractère rationnel du processus décisionnel, la nécessité

./...

absolue d'adopter les solutions requises ou leur adéquation fonctionnelle. L'utopie technocratique d'un monde géré selon des critères de rendement optimal et dominé par la raison technique et non pas par la décision politique, ne s'est pas non plus réalisée en Europe. Lorsqu'un type d'exploitation agricole plutôt qu'un autre est considéré comme étant susceptible de se développer, lorsque les pertes résultant pour les paysans de la réévaluation sont compensées par des subventions gouvernementales, par des taxes compensatoires aux frontières, ou ne le sont pas du tout, lorsqu'un Etat membre est autorisé en cas de crise intérieure à appliquer des mesures de sauvegarde en faveur de certaines industries en difficulté, lorsque la Communauté approuve un accord commercial bilatéral, lorsqu'elle décide de construire ses propres usines d'enrichissement d'uranium, ou d'instaurer ou non une subvention pour le charbon à coke, et dans des milliers de cas analogues, il s'agit de décisions politiques qui ne font guère de place à la rationalité. Elles ne sont pas le résultat d'une réflexion scientifique mais le fruit de compromis entre les intérêts en présence et d'espérances pragmatiques de caractère souvent très passager. Une tendance rationnelle n'apparaît que dans des secteurs très restreints, et même dans ces secteurs - que l'on songe seulement à la réglementation des quotas dans l'organisation du marché du sucre - on finit par opter, sous des pressions politiques, pour des solutions non conformes aux objectifs visés.

6. Le mythe d'une direction des affaires publiques orientée uniquement en fonction de règles pragmatiques, hautement technicisée et rationalisée, n'autorisant aucune solution politique de rechange, ne saurait donc suppléer l'absence de légitimation démocratique. Cette idéologie de façade risque même - malgré les efforts indéniables déployés par la Commission pour assurer une application rationnelle des traités - de ne susciter qu'un très faible degré de crédibilité. En effet, la combinaison de six (et bientôt de dix) positions politiques de départ, la confrontation de différentes priorités nationales avec des intérêts communautaires souvent contradictoires, la nécessité de parvenir - même au prix de l'épuisement physique des participants aux réunions - à une quelconque décision "positive", ont créé dans le processus décisionnel de la Communauté un espace

./...

politique que les hommes politiques nationaux ne peuvent que convoiter. Cette marge de liberté politique est exploitée de façon si peu rationnelle par les gouvernements réunis au sein du Conseil avec la participation à titre consultatif de la Commission dans une procédure normative non publique, que tous les participants sont gagnés par un sentiment de frustration : chaque gouvernement voit sa marge d'action se restreindre sans qu'une nouvelle force politique n'assume ses responsabilités ; la Commission, en tant que défenseur d'un intérêt commun extrapolé , n'est pas en mesure d'imposer cet intérêt, mais doit tenter de donner tout au moins au flot de décisions une orientation qui réserve l'avenir.

7. C'est pourquoi la stricte objectivité, c'est-à-dire le fonctionnalisme hautement développé, ne sont guère apparents dans les secteurs où ils devraient régner. Cela n'a pas échappé non plus, à la longue, à l'opinion publique européenne qui considère de moins en moins comme un succès le fait d'aboutir quand même en fin de compte à une quelconque décision après trois, quatre, ou cinq jours et nuits de négociations.

IV. LA STRATEGIE POUR LA PERIODE DE TRANSITION

Ces aspects de la Communauté actuelle doivent être présents à l'esprit de ceux qui souhaitent un Etat fédéral européen. Une stratégie efficace pour la période de transition implique que l'on commence à remédier aux deux défauts principaux, c'est-à-dire qu'on installe progressivement un organe politique de direction en Europe et qu'on établisse un rapport de légitimation direct entre l'organe de décision et les personnes visées par les décisions.

1. Il va de soi que pour ce faire, on doit partir de la Communauté telle qu'elle existe. En tant que bloc commercial, elle constitue une réalité de la politique mondiale. Elle renferme en soit le germe d'un lien politique plus étroit entre les Etats membres. Ses institutions peuvent se développer en dépit d'une bureaucratisation poussée. Elle rassemble en elle et autour d'elle un potentiel humain de loyauté européenne qu'il ne serait pas facile de rassembler de nouveau. Tout cela tend à réfuter

./...

toutes les idées vagues relatives à la possibilité de parvenir au but plus rapidement et avec plus de certitude en prenant un nouvel élan par la création d'institutions entièrement différentes. Rien ne serait au demeurant plus néfaste qu'un tel éparpillement des forces et des espérances. Aussi est-il tout simplement logique que le secrétariat politique que souhaitent certains gouvernements n'ait pas un siège isolé, mais qu'il soit créé à Bruxelles - comme le président de la Commission et d'autres hommes politiques l'ont demandé - et qu'il soit lié aux institutions communautaires. Ce serait également une erreur de croire que les chances de succès seront plus grandes si l'on confie les tâches du centre de décision pour la politique économique réclamé par le rapport Werner à de nouvelles institutions à créer, plutôt qu'aux institutions communautaires réformées.

2. Il convient de distinguer deux phases en ce qui concerne le calendrier et le contenu de l'action à poursuivre dans le sens d'une évolution de la Communauté vers la mise en place d'une structure politique fédérale :

- Les mesures qui sont réalisables sans modification formelle des traités et qui peuvent de ce fait être amorcées immédiatement et être adoptées par exemple en tant que programme d'action immédiat lors de la prochaine conférence au sommet.
- Durant une seconde phase moins rapprochée dans le temps, les modifications dans le jeu des institutions qui doivent être réalisées à moyen terme pour doter la Communauté des moyens nécessaires à l'accomplissement des tâches de l'union économique et monétaire et pour conserver ses chances de se transformer par un acte constitutionnel en un Etat fédéral au cours d'une troisième étape.

A. La première phase

Comment peut-on, au cours d'une première phase, ne comportant pas de modification des traités - exclue pour le moment du fait même de l'adhésion de certains Etats, améliorer la qualité de la direction et les bases de légitimation des institutions communautaires ? Pour rester dans le domaine de ce qui est politiquement réalisable, il faudra tout d'abord porter ses efforts là où les dysfonctions du processus de décision sont les

./...

plus manifestes : c'est-à-dire au niveau du Conseil. S'il pouvait s'engager lui-même à prendre des décisions dans certains délais, d'une façon générale ou sur proposition précise de la Commission sur laquelle le Parlement, puis le Conseil, se prononceraient obligatoirement, unpremier résultat serait déjà acquis. Les engagements personnels ont une place certaine dans les règles de procédure communautaire, même si elles n'empêchent pas parfois l'horloge de s'arrêter.

Il est d'autres propositions qui visent à renforcer les fonctions directrices du Conseil sur le plan politique, telles que la création au sein du Conseil d'un comité de ministres ou de secrétaires d'Etat européens permanents ou l'investiture du président du Conseil par le Parlement européen. Ces propositions soulèvent des problèmes plus ou moins complexes.

1. Les ministres ou les secrétaires d'Etat européens sont des membres des cabinets nationaux dans lesquels ils ne peuvent occuper qu'une faible position. Cela tient à l'impossibilité de leur donner une entière responsabilité pour toutes les questions européennes. Par voie de conséquence, ils ne joueront comme ministres qu'un rôle subordonné de coordinateurs et devront respecter, en tant que secrétaires d'Etat, les instructions du ministre des affaires étrangères. Leur influence dans leur pays sera nécessairement minime. Dans la vie des Communautés, ils joueraient le rôle de représentants permanents de première classe, sans faire preuve du même engagement technique et sans disposer non plus de la marge de manoeuvre politique des ministres spécialisés. On verrait ainsi apparaître selon toute probabilité une nouvelle instance intermédiaire entre la Commission et le Conseil qui aurait inéluctablement tendance à vouloir prendre des décisions. Cela entraînerait des complications inutiles pour les affaires qui étaient traitées jusqu'à présent selon la procédure de décision A, mais il n'en irait pas différemment dans les questions fortement controversées qui ne peuvent pas, en fait, être tranchées sans les responsables des ministères spécialisés. Il ne resterait plus pour accélérer les décisions que le domaine très étroit pour lequel on déplace encore inutilement à l'heure actuelle les ministres spécialisés. C'est pourquoi personne n'attend sérieusement de cette fonction résiduelle qu'elle apporte de la cohérence dans la politique communautaire.

./...

C'est ainsi que le projet de nomination de ministres européens ne vise pas principalement à éliminer les vices structurels dans l'organisation de la Communauté, mais au contraire à donner définitivement à l'intégration une autre orientation institutionnelle, à savoir finalement intergouvernementale. A côté de ministres européens, la Commission n'aurait plus grand chose à dire. Elle ne serait plus la seule institution communautaire permanente, ce qui lui a conféré jusqu'à présent toute une série de compétences, du moins en matière d'exécution. Rien n'empêcherait le Conseil de confier à l'avenir toutes les tâches exécutives au Conseil de ministres européens. Pour déraisonnable que soit l'idée de créer une bureaucratie communautaire parallèle, elle n'en trotte pas moins dans certaines têtes depuis pas mal de temps. La lutte constante au sujet du rattachement de nouveaux comités pourrait ainsi être tranchée définitivement et avec une meilleure justification en faveur du Conseil. En ce qui concerne également ses relations avec les capitales à l'intérieur et à l'extérieur de la Communauté, la Commission serait manifestement perdante en cas de nomination de ministres européens. Elle deviendrait de plus en plus un organe dépolitisé de planification exerçant des fonctions consultatives au niveau supérieur.

C'est pourquoi ce projet ne semble pas heureux dans son ensemble. Si la coordination avec les gouvernements respectifs peut être améliorée grâce à un ministre européen, la Communauté en tant qu'entité agissante n'a rien à attendre de cette institution.

2. Il en va tout autrement de l'idée de faire investir directement le Conseil, ou tout au moins son président, par le Parlement Européen. La constatation du fait que cette légitimation est pratiquement inexistante jusqu'à présent est indéniablement exacte. En tant qu'institution, le Conseil n'est responsable devant personne. La responsabilité individuelle de ses membres n'est pas réelle parce qu'elle s'estompe dans l'intimité des séances du Conseil et dans la responsabilité générale des gouvernements. Pour insatisfaisante que soit cette situation, ce n'est certainement pas en établissant une relation directe entre le président du Conseil et les représentants des électeurs nationaux qu'on y remédiera. Il ne peut en résulter qu'un conflit

./...

d'intérêts et de loyauté qui apparaît chaque fois que différents rapports de légitimation se superposent, c'est-à-dire lorsque quelqu'un est contraint de servir deux maîtres. La présidence du Conseil étant une fonction exercée à titre temporaire, même si on prolonge d'un ou même deux ans la durée du mandat, il ne se trouvera aucun ministre pour quitter pour ce laps de temps les fonctions qu'il exerce au sein du gouvernement en vue de se consacrer uniquement à la cause européenne, sans tenir compte de ses collègues au sein du Conseil et de son gouvernement national. Au demeurant, les pouvoirs restreints du président qui consistent à présider les réunions ne sont pas un instrument susceptible de garantir, même avec la meilleure volonté, une politique du Conseil qui réponde à la confiance exprimée par le Parlement européen. Cette proposition ne paraît donc pas prometteuse.

(Il en va de même, soit dit en passant, de la possibilité d'élire le Conseil au suffrage direct. En dehors du fait que le Conseil ne constitue pas un groupe fixe de personnes, toutes les conditions nécessaires à une telle désignation directe font actuellement défaut. Compte tenu du désintéressement de l'opinion publique à l'égard de la politique européenne, un tel vote ne pourrait - comme les plébiscites risquent souvent de le faire - que donner, dans la meilleure des hypothèses, un semblant de légitimation au système peu satisfaisant existant à l'heure actuelle.)

3. L'idée fait apparaître un inconvénient auquel il est plus facile de remédier d'une autre façon. Le Conseil légigère selon une procédure secrète et à huis clos. Ce que l'opinion publique apprend à ce sujet, elle le doit au besoin informel de communication des membres du Conseil et d'autres participants à la réunion, ainsi qu'à l'expérience et à l'habileté des correspondants de presse à Bruxelles. Cette situation est indéfendable. La discussion publique de solutions et des formules de rechange est, dans le système politique des Etats membres, le préalable de toute législation, et même le principal facteur de contrôle en période de faible opposition parlementaire. Pourquoi devrait-il en être autrement dans la Communauté européenne, d'autant plus que la bénéfique institution qu'est l'opposition y fait totalement défaut ?

./...

4. Ce n'est pas à dire que les réunions du Conseil doivent être ouvertes à n'importe qui. Cela n'aurait nomentanément pour effet que de placer le processus décisionnel dans un demi-jour. Plus utile et à la fois moins contestable paraît l'exigence d'une participation, outre de la Commission, d'une délégation du Parlement européen aux réunions du Conseil avec le droit de prendre part aux discussions. Le Parlement est consulté sur presque toutes les propositions de la Commission. Il émet des avis qui disparaissent en règle générale dans les tirroirs du Conseil, même lorsque la Commission les a repris de bon coeur à son compte. Cette élimination totale de la seule représentation populaire existante dans le processus préparatire aux décisions est à ce point contraire aux conceptions politiques dominantes en ce qui concerne la publicité et la transparence législative qu'elle ne peut résister à une discussion dans l'opinion publique. L'Europe elle aussi ne veut plus être gouvernée aujourd'hui selon les règles de l'absolutisme éclairé.

5. Que gagnerait-on à ce qu'une délégation de parlementaires, par exemple les rapporteurs des commissions, assistent à chaque réunion du Conseil pour défendre le point de vue du Parlement ? On sait qu'il existe des pratiques qui, entre diplomates (qui oserait manquer à la courtoisie de rigueur ?) sont approuvées d'un clin d'oeil mais qui ne pourraient supporter l'éclairage d'une plus large publicité. Cela vaut aussi bien pour les questions de procédure que pour les problèmes de fond. La présence de représentants des peuples, qui ne sont pas tenus de rester loyaux envers leur gouvernement, devrait provoquer de véritables miracles en l'occurrence. Elle introduirait des tendances économiques et sociales contraires dans l'affrontement stérile des positions nationales, elle confronterait directement les membres du Conseil avec leurs mandants nationaux et faciliterait la prise de décisions progressistes grâce à la responsabilité conjointe du Parlement.

6. Ceux qui participent aux réunions du Conseil doivent, pour pouvoir prendre part au débat, connaître la phase préparatoire. De même que les fonctionnaires de la Commission participent aux réunion des représentants permanents et de leurs comités, et qu'ils font entendre le point de vue de leur institution,

./...

les mandataires du Parlement devraient avoir cette faculté chaque fois que ce dernier a émis un avis sur l'objet des discussions. On ne voit pas non plus quelles objections valables on pourrait élever à ce sujet.

7. S'il est possible ainsi d'augmenter la capacité de décision insuffisante du Conseil, il n'en reste pas moins nécessaire de porter en même temps les efforts dans une autre direction. L'organe de direction de la Communauté ne peut être à la longue qu'une institution unitaire qui est responsable devant la collectivité et non devant ses parties et dont la légitimité repose sur un processus communautaire garantissant démocratiquement son loyalisme. Dans le système actuel, seule la Commission peut entrer en ligne de compte pour former le noyau de cette institution (cela doit être dit ouvertement en dépit de toutes les attaques). Sa responsabilité pour l'ensemble de la Communauté peut s'appuyer sur un large consensus populaire aussi peu entamé par le discrédit systématique qui a pesé sur ce collège d' "apatrides" que par le transfert d'influence de plus en plus marqué au bénéfice du Conseil. La Commission garde son renom auprès des peuples européens quand il s'agit de soumettre des solutions objectives pour l'avenir ou d'administrer soigneusement la communauté à son stade actuel. Il s'agit donc d'utiliser ces bonnes dispositions.

8. Ce qui manque à la Commission est tout aussi évident. Elle n'a pas de base politique propre. Ses rapports avec les gouvernement qui la nomment sont confus. Ils vont, suivant les circonstances et les personnalités, d'une réserve embarrassée à un accommodement hésitant. Son rôle directeur ne peut pas se fonder sur cette base ni non plus sur le seul prestige que donne le culte désintéressé de l'idée européenne. Il faut plutôt pour cela que parmi les moyens possibles la Commission acquière son pouvoir politique par un système aussi proche que possible du système électoral. La dépendance politique de la Commission par rapport au Parlement européen, déjà prévue dans les traités, montre bien la direction à suivre : le Parlement doit obtenir une influence affirmée sur la composition de cette institution. Pour cela aussi il n'est pas nécessaire de modifier le Traité mais simplement de réaliser un accord entre les gouvernements qui s'engagent, avant de donner une investiture définitive à

./...

une Commission pressentie, à consulter le Parlement européen. La Commission étant un organe collégial, ce vote de confiance devrait s'étendre également à la Commission dans son ensemble, de même que la révocation qui peut déjà être prononcée par un vote de censure.

Cette méthode garantirait que les membres de la Commission, ce qui jusqu'à présent n'est pas toujours le cas, disposent d'un appui politique auprès des groupes parlementaires et des partis auxquels ceux-ci se rattachent. Non seulement sa dépendance vis-à-vis des gouvernements s'en trouverait réduite mais elle disposerait d'une base de référence lui permettant d'en appeler à l'opinion publique dans les débats politiques.

9. En même temps, le Parlement européen reçoit, avec l'investiture de la Commission, une mission politique importante et la Commission ainsi investie devient pour lui un partenaire véritable. En s'alliant, des faibles pourraient ainsi donner naissance à une communauté d'action de poids, surtout si en même temps est réalisée la participation du Parlement, prévue ci-dessus aux sessions du Conseil.

10. L'élection du Parlement européen au suffrage universel direct telle qu'elle est prévue dans les traités est le plus important pas en avant dans la voie de l'établissement d'un système politique européen autonome, indépendant des Etats, pour sa souveraîneté et sa légitimité. La date de sa mise en application doit être examinée avec soin. Les conditions politiques, notamment la concordance des options européennes des partis politiques des différents pays, sont encore insuffisantes. Ces partis ayant l'habitude d'évoluer dans le cadre étroit de structures politiques nationales, il faudra attendre longtemps, dans l'état actuel des choses, pour voir apparaître spontanément une infrastructure politique de ce type. Dans cette situation, le seul moyen de lancer le processus sera de disposer de droits parlementaires en plus grand nombre.

Mais la position de force d'une institution n'est en aucune façon indépendante de la manière dont celle-ci est désignée, comme sont les derniers à l'oublier ceux qui ont tiré de bonnes leçons de l'élection au suffrage universel direct d'un organe

./...

d'Etat important, légitimé jusque là simplement par une élection au suffrage indirect. Ainsi, l'élection au suffrage direct est une possibilité importante, pour le Parlement européen également, d'améliorer les chances d'un élargissement de son pouvoir. Néanmoins, on peut se poser la question de savoir si ce mode d'élection - mis en place aujourd'hui - n'entraînerait pas le Parlement, en l'absence de presque toutes les conditions "logistiques", vers une usure trop rapide et les électeurs vers une déception dangereuse.

Il faut par conséquent examiner soigneusement dans quel ordre chronologique il faudra décider le changement du mode d'élection et l'élargissement des pouvoirs. Si l'on parvient rapidement à obtenir sur ces deux points un accord entre les gouvernements, les mesures pourraient être prises. Si, comme il faut le craindre, cet accord ne se réalise pas, l'effet d'élargissement des pouvoirs dû au suffrage universel direct ne pourrait être testé que si les Etats désignaient leurs députés au Parlement européen par une élection nationale et allégeaient par des mesures internes la charge que représente le double mandat. En procédant ainsi, on ne s'exposerait ni au désordre ni au risque, car il s'agirait simplement de remplacer une procédure de nomination administrative par une procédure démocratique qui ne pourrait soulever aucune objection. Si à la suite de cette mesure, le Parlement voit sa position renforcée comme on l'escompte généralement, une impulsion sera donnée en faveur de la structure internationale des partis et de l'élargissement à la dimension européenne de la réflexion politique du public. Sur ces bases, la prochaine phase de l'élection au suffrage européen direct pourrait être amorcée avec des perspectives améliorées.

B. La phase de transition

La réalisation de ce programme prévu pour l'immédiat est destinée à permettre à la Communauté de fonctionner dans les conditions de l'adhésion et à lui faciliter l'exécution des tâches courantes, y compris celles de la phase préparatoire de l'union économique et monétaire décidée le 9 février 1971.

1. La Communauté n'en est pas encore pour autant sur le point de devenir un Etat(si l'on fait abstraction d'influences externes imprévues). Elle ne serait même pas suffisamment armée

./...

pour aborder et mener à bien les autres phases décisives de l'union économique et monétaire. En effet, celles-ci comportent - comme le Plan Werner l'a expliqué très clairement - des réformes institutionnelles de grande envergure, principalement le transfert de nombreuses prérogatives nouvelles à la Communauté, ainsi que la mise en place d'un centre de décision pour la politique économique sous contrôle démocratique. A partir de ce rapport il s'agit de tirer les conclusions de droit constitutionnel pour une phase transitoire si l'on ne veut pas que le projet d'union économique et monétaire approuvé bruyamment de toutes part s'oppose irrémédiablement aux possibilités d'actions réelles de la Communauté.

Les mesures prévues pour la phase de transition représentent - étant donné les exigence particulières de l'union économique et monétaire - la prolongation du programme d'action pour l'immédiat décrit au paragraphe A jusqu'à une date à laquelle pourra être créée la fédération européenne par un acte de droit constitutionnel. Le contenu de cette fédération est préfiguré par cet objectif et par les besoins fonctionnels de l'union économique et monétaire. Il ren d nécessaire une modification des Traités.

2. Le Parlement européen devra obtenir des pouvoirs législatifs, notamment dans le domaine des politiques communes actuelles, et surtout dans les cas où la réalisation de l'union économique et monétaire entraîne la disparition des droits parlementaires des Etats. Cela vaut notamment pour les impôts et le budget. Le contrôle communautaire général n'est pas possible sans une influence très étendue exercée sur la politique nationale dans ces domaines. Le fait pour les Etats de ne plus avoir de représentation populaire doit s'accompagner, en raison même du rôle primordial de la législation budgétaire et fiscale pour l'organisation de la société moderne, d'une compensation intégrale au niveau européen. Celle-ci englobe non seulement la décision du Parlement européen sur les engagements ou les restrictions imposés aux Etats membres mais encore la participation du Parlement au processus de planification communautaire préalable.

./...

3. Les pouvoirs du Parlement européen doivent, avec le droit de décision du Conseil, aboutir à un système cohérent, la Commission gardant le monopole de l'initiative. Pour régler les conflits entre les deux institutions, on est amené à trouver en principe une solution, comme celle qui a été envisagée dans la nouvelle version de l'article 203 du Traité instituant la CEE pour la procédure budgétaire.

4. L'élection directe d'une institution parlementaire dotée de pareils droits n'a pas besoin de justification. Le système électoral devrait combiner le système proportionnel et le système majoritaire d'un façon acceptable pour les Etats membres de manière à maintenir des relations aussi directes que possible entre les députés et les électeurs.

5. Le "centre de décision pour la politique économique" prévu par le rapport Werner ressemble par certains aspects à un gouvernement. Il doit assumer une responsabilité étendue - indépendante des gouvernements, uniquement en fonction de l'intérêt communautaire et sous contrôle du Parlement - pour tous les secteurs centralisés de la politique économique et sociale. Etant donné l'ampleur de ces tâches, il ne peut faire de doute qu'il s'agit là d'un organe central de planification et de direction de la Communauté (et ultérieurement d'un Etat européen fédéral). Suivant la conception qui est à la base du rapport cité, cette fonction ne peut échoir qu'à la Commission pendant la période de transition.

6. La nomination de la Commission - avec approbation du Parlement - doit également faire l'objet d'une réglementation dans le traité sur l'Union économique et monétaire dans les mêmes conditions que ses rapports avec le Conseil. La compétence de ce dernier devrait, abstraction faite de cas particulièrement importants, (par exemple : élargissement autonome des pouvoirs, modification de parité, etc...) être réduite à des attributions consultatives différenciées du type de ce qui est prévu pour le Conseil CECA, de manière à permettre à la Commission d'exercer rapidement et efficacement son rôle d'organe de direction.

./...

V. CONCLUSION

1. Un rapport sur les institutions européennes ne peut ni prétendre être complet ni répondre aux attentes sur tous les points. Une série de questions qui reviennent dans les rapports nationaux a été laissée de côté intentionnellement. C'est le cas pour le rôle futur du Comité économique et social (ou encore du Comité consultatif CECA), de même que pour l'insertion d'une part des régions et des communes, d'autre part d'autres formes actuelles de coopération internationale dans l'organisation politique européenne. Le Comité économique et social mène une existence fantôme (on peut le regretter). Quant à savoir si son existence contribuera à l'avenir à donner une forme à un système politique européen, c'est une question à laquelle le rapporteur ne peut pas répondre présentement.

La décentralisation des tâches de caractère public s'effectue dans les Etats membres suivant des voies différentes. Des raisons fonctionnelles militent incontestablement pour que soit accordée aux collectivités territoriales internationales une masse aussi large que possible de responsabilités - et aussi harmonisée que possible dans l'ensemble de la Communauté - . Le perfectionnisme n'est cependant pas utile ni urgent en l'occurrence. Le Mouvement Européen devrait se contenter, en attendant, de soutenir les tendances réformatrices convergentes qui se manifestent dans les Etats membres et de les enrichir par le rappel de l'expérience acquise par d'autres Etats membres.

La possibilité d'inclure d'autres organisations européennes, notamment le Conseil de l'Europe, dans le processus de préparation d'un Etat fédéral européen doit être mise en doute. Les membres, les objectifs et la structure de la coopération sont sensiblement différents de ceux des Communautés. Un rapprochement plus poussé soulèverait de nombreux problèmes qui devraient empêcher le processus d'unification par ailleurs difficile.

2. Le présent rapport visait à présenter dans quelle direction les institutions européennes doivent continuer d'évoluer si l'on veut que se dégage en Europe une entité politique capable de fonctionner. Ce souhait est profondément ancré dans les peuples. Il fait partie du programme de presque toutes les formations politiques.

./...

Le temps approche où les discours devront céder la place aux actes, si l'on ne veut pas que les fondements actuels soient ébranlés. Cependant, toute action ne constitue pas un progrès et ici non plus des propositions inconciliables ne peuvent pas être réalisées en même temps. Le désir d'indépendance nationale ne donnera pas naissance à une Europe digne de ce nom. Ceux qui pensent que cette indépendance ne pourrait être retrouvée qu'à un plan supérieur doivent accepter les structures que cela implique. C'est ainsi que l'unification de l'Europe n'est pas tant à l'heure actuelle affaire de coeur qu'une question de raison et de lucidité. On regrettera leur absence dans de nombreuses discussions sur la conception de la véritable Europe défendue dans la passion et l'irrationnel. Mais on ne les trouve pas non plus chez ceux qui cherchent le salut dans un pragmatisme effacé. Depuis trop longtemps déjà, un esprit d'accommodement embarrassé domine la politique européenne de la plupart des gouvernements. Cet esprit doit finalement laisser la place aux idées méthodiques sur les perspective d'avenir et les conditions de succès qui, mieux que les traditions et les mythes, sont à même de faire comprendre les exigences du présent.

- - - - -

A N N E X E

LES GRANDES LIGNES D'UNE CONSTITUTION FEDERALE EUROPEENNE

1. La transformation de la Communauté en un Etat fédéral est un acte politique d'une très grande portée. Il suppose une décision claire et réfléchie qui débouche sur un processus relevant du droit constitutionnel. L'initiative peut venir du Parlement Européen. Sans l'appui des élites politiques des Etats membres, le succès n'est pas assuré. Pour élaborer un projet de constitution, les gouvernements et le Parlement européen élu au suffrage direct devraient donc travailler en coopération. Le projet de constitution fédérale européenne approuvé par les deux instances - et qui n'est pas un traité relevant du droit international, ce qui n'empêche pas les gouvernements de lui donner la forme d'un traité - devrait selon la tradition européenne être présenté aux peuples des Etats membres qui décideraient ou non de l'adopter.

2. Une constitution fédérale européenne n'est pas un simple statut organique. Le sens de cette création d'Etat et les valeurs auxquelles elle se rattache doivent s'exprimer dans la constitution même. Celle-ci devrait donc présenter clairement les objectifs politiques, économiques et sociaux de cet Etat, ainsi qu'une liste de droits fondamentaux sur lesquels il s'appuie. Pour ces derniers, on pourrait prendre comme modèle la convention européenne des droits de l'homme qui, bien que s'appliquant jusqu'à présent à tous les Etats membres, n'a pas encore partout le rang de constitution.

3. Les Etats fédéraux ont besoin que les systèmes politiques aient une homogénéité interne. Même si certains défauts du système de gouvernement démocratico-parlementaire pratiqué dans presque tous les Etats membres demandent des efforts de réflexion originaux, on n'imagine pas qu'une fédération européenne puisse se gouverner d'une manière sensiblement différente de celle de cette majorité des membres qui la composent. Outre qu'il est plus familier aux peuples européens que le système semi-présidentiel français, le type de gouvernement parlementaire présente par

./...

rapport à ce dernier système une série d'avantages dans la perspective du but recherché.

L'élection des députés à une assemblée parlementaire influente facilite aux citoyens, sans mettre à trop rude épreuve leur sentiment national, le passage de la réflexion politique nationale à la dimension européenne. La constitution de partis européens sans lesquels la volonté populaire ne peut s'ordonner trouve dans le système de gouvernement parlementaire un attrait plus fort que dans le système présidentiel à caractère plébiscitaire. Enfin, dans un système de gouvernement parlementaire, l'équilibre indispensable des intérêts de la fédération est plus facile à institutionnaliser que dans un système présidentiel.

4. Tout système politique fédéral a, comme on le sait, pour mission d'équilibrer les aspirations unitaires et fédérales. L'histoire a montré que le système bicaméral était la solution typique en la matière. A côté d'une assemblée élue au suffrage universel, il existe dans ce système une deuxième chambre chargée de concilier les intérêts des membres de la fédération au niveau de la formation d'une volonté commune. La composition et les prérogatives de la deuxième chambre ne constituent pas, il est vrai, un type fixe mais offrent différentes variantes. Si l'on part de l'idée que la mise en oeuvre du droit fédéral européen incombera dans une large mesure aux administrations des Etats membres, les gouvernements nationaux ont besoin en tout cas d'avoir une participation assurée aux affaires fédérales. Les différences de taille considérables entre les Etats membres montrent bien en outre qu'attribuer à ces Etats une pondération de voix différente dans l'assemblée des Etats est une solution qui est déjà esquissée dans les traités avec la pondération des voix appliquée dans les décisions prises à la majorité qualifiée. Enfin, les fonctions de chef d'Etat, notamment la représentation de l'Etat fédéral dans les relations internationales, pourraient être d'abord assumées par le président de l'assemblée des Etats, ce qui n'exclut pas pour plus tard d'autres solutions. Ce président devrait avoir aussi le droit de participer à la formation du gouvernement.

./...

5. D'après les règles du système parlementaire, le gouvernement a besoin de la confiance de l'assemblée élue. Quant à savoir s'il est élui lui-même par cette assemblée - par exemple sur proposition du président de l'assemblée des Etats - ou si après nomination par cette dernière assemblée il doit obtenir la confiance de la première chambre, c'est là une question d'intérêt secondaire. L'important au contraire c'est de se préoccuper des deux points suivants :

a) Le gouvernement devrait si possible être composé de telle manière que les grandes formations démocratiques de la Communauté y soient représentées. Si l'on ne veut pas fausser le jeu parlementaire de la constitution d'une majorité et par là enlever toute possibilité d'action à une opposition agissante, il faudrait se limiter à prévoir, outre le droit de participation de l'assemblée des Etats, une participation minimale des nationalités telle qu'elle a été pratiquée avec succès depuis la création des Communauté au sein des institutions exécutives.

b) Le deuxième risque qui doit être évité réside dans l'instabilité, défaut de base sans cesse souligné par ceux qui critiquent le parlementarisme. Des crises gouvernementales fréquentes ou des élections répétées ne seraient pas souhaitables en vérité pour un Etat européen . Or, elles ne sont pas les séquelles fatales des régimes parlementaires, et les systèmes semi-présidentiels n'en sont pas nécessairement exempts. Seul le régime présidentiel véritable (modèle des USA) et le gouvernement pour une durée limitée (modèle de la Suisse) garantissent une stabilité totale de l'exécutif. Ces deux formes ne peuvent pas entrer en ligne de compte pour l'organisation d'un Etat fédéral européen, la première à cause du degré élevé d'intégration nationale qu'elle suppose et la deuxième parce qu'elle est étrangère aux traditions des Etats membres et même à la réglementation actuelle contenue dans les Traités de Paris et de Rome. Il importe par conséquent d'éviter au gouvernement parlementaire des bouleversements fréquents venant de changements de majorité et de renversements de coalition, par exemple en rendant sévère la procédure du vote de censure ou en l'associant obligatoirement à la constitution d'un nouveau gouvernement. Comme malgré tout un gouvernement stable sans majorité parlementaire agissante ne peut pas gouverner, il

./...

est proposé, dans le cas d'une impasse entre exécutif et assemblée élue, au lieu de procéder à de nouvelles élections, que l'assemblée des Etats ait la possibilité, et elle seule, de recourir à une sorte de législation de réserve.

6. Dans la réglementation de la procédure législative, il convient de déterminer tout d'abord le domaine du pouvoir législatif. L'Etat fédéral n'étant compétent que pour certaines matières, celles-ci devraient relever intégralement du législatif. La réglementation restrictive prévue dans la constitution de la cinquième République française n'a pas d'équivalent dans les autres Etats membres. Toutefois, il ne faut pas oublier, précisément dans le domaine des compétences d'un futur Etat fédéral européen, que le processus législatif risque de se diluer en une multitude de réglementations techniques de détail apparemment sans rapport. C'est là un problème qui se pose déjà à tous les parlements nationaux et qui contribue sensiblement à aggraver la crise du parlementarisme. Cependant, tant que l'on ne sera pas parvenu à établir entre les décisions importantes et secondaires, politiques et techniques, une distinction conforme à la primauté de l'assemblée élue par rapport à l'exécutif et aux nécessités pratiques, on devra se contenter de quelques correctifs mineurs. Ainsi, les assemblées législatives d'une fédération européenne devraient être associées, assez tôt et de manière décisive, à la planification qui jouera certainement un très grand rôle dans cette structure politique. De plus, il faudrait prévoir que la mise en oeuvre de décisions législatives incombe généralement au gouvernement européen, dans la mesure où elle n'est pas réservée expressément au législatif. Il est concevable d'autre part que l'assemblée d'Etats ait pour certaines matières le droit d'approuver les décisions.

7. Le droit de déposer des projets de loi sera réservé comme toujours au gouvernement. On ne pourra pas le refuser à l'assemblée populaire et à la deuxième chambre conformément aux traditions du régime parlementaire, bien que le monopole d'initiative de la Commission prévu au Traité de Rome vise, comme on le sait, à protéger les minorités : il a pour but d'empêcher que les intérêts de petits Etats membres, qui ne peuvent faire obstacle à une décision à la majorité, mais peuvent s'opposer à la modification d'une proposition de la Commission, soient désavantagés

./...

par des initiatives empruntant d'autres voies. Dans un Etat fédéral constitué sur le mode parlementaire, ce système, qui du reste n'a jamais réellement fonctionné au Conseil à cause de la règle de l'unanimité, serait une anomalie. D'importants intérêts particuliers doivent être sauvegardés autrement que par une limitation du droit d'initiative. Des possibilités à cet égard existent ; elles consistent à garantir dans la constitution certaines règles spéciales nécessaires et surtout à faire participer la deuxième chambre aux travaux législatifs.

8. La façon d'organiser cette participation dépend dans le système bicaméral - sans parler de considérations purement historiques - du degré d'homogénéité politique ou du degré de disparité nationale existant encore. Eu égard à la disparité considérable entre les Etats membres, en ce qui concerne leur passé politique, leur étendue et l'urgence de certains de leurs problèmes d'actualité, la seule chose qui paraisse raisonnable est de faire participer l'assemblée d'Etats au législatif avec égalité de droits. Toute loi adoptée devrait donc supposer un vote à la majorité des deux chambres. Pour que l'assemblée d'Etats puisse se prononcer en connaissant l'avis de la première chambre, il convient que l'assemblée populaire soit toujours saisie la première du texte de loi. Pour éviter les navettes interminables et le blocage réciproque des chambres, il faudrait prévoir une procédure d'arbitrage, analogue par exemple à celle que contient la constitution française. La majorité nécessaire pour une décision définitive de l'assemblée élue au suffrage universel pourrait, en l'occurrence, être encore relevée et portée par exemple aux 2/3 des votants qui, en même temps, représenteraient la majorité absolue des membres.

9. Certains traits complémentaires de cette constitution fédérale européenne esquissée dans ses grandes lignes nécessitent encore quelques brèves explications :

a) Le besoin en crédits d'une fédération européenne rend nécessaire une péréquation financière dite verticale entre elle et les Etats membres. La décision du Conseil du 21 avril 1970 relative au remplacement des contribution financières des Etats membres par des ressources propres des Communautés est déjà une esquisse de ce que pourrait être cette répartition financière:

./...

un certain nombre de recettes qui reposent directement sur la politique communautaire, telles que droits de douane et prélèvements sur les produits agricoles, vont entièrement à la Communauté. D'autres recettes proviennent de la taxe à la valeur ajoutée, qui est une importante ressource des Etats. Ce système de financement mixte devrait également être maintenu dans l'Etat fédéral européen, étant entendu qu'il conviendrait d'harmoniser l'assiette et les taux des impôts servant au financement partiel de la fédération. La fixation des clefs relèverait de la législation fédérale. Il n'y a pas place dans une fédération européenne pour un financement à l'aide de contributions du genre de celles versées par les Etats à l'ancien Reich.

b) La constitution devrait créer une Cour de justice suprême qui se charge de l'arbitrage de litiges constitutionnels entre l'Etat fédéral et les Etats membres, de la protection des droits civils et du contrôle de la constitutionnalité des lois. Bien que le principe de la juridiction constitutionnelle soit étranger à la tradition de certains Etats membres, il existe dans tout Etat fédéral des raisons spécifiques qui militent en faveur de la création d'un tel organe et qui tiennent au partage des compétences entre l'Etat fédéral et les Etats fédérés et à la nécessité d'appliquer uniformément le droit fédéral. La crainte que la juridiction constitutionnelle ne donne naissance à un "gouvernement de juges" entrant en conflit politique avec le pouvoir législatif ne s'est d'ailleurs confirmée même dans des Etats ayant des prérogatives constitutionnelles très étendues. Les tâches de la Cour de justice des Communautés européennes sont déjà devenues pour une large part celles d'une juridiction constitutionnelle, notamment dans les cas où elle examine la conformité au Traité des actes des institutions et des Etats membres. Il ne s'agit donc que d'une évolution logique lorsque la fédération européenne est dotée d'une Cour de justice suprême pour les problèmes constitutionnels.

10. Du reste, dans le domaine de la compétence juridictionnelle également, le principe de la subsidiarité s'appliquera, de sorte qu'une juridiction fédérale plus vaste ne sera pas nécessaire. Le droit fédéral, comme aujourd'hui le droit communautaire, sera appliqué par les tribunaux des Etats membres qui ne

./...

doivent recourir à une décision préjudicielle de la Cour de justice européenne que dans les cas douteux (interprétation et validité). Cette dernière procédure a fait ses preuve et n'a pas besoin d'être modifiée ou complétée sensiblement.

11. La procédure de modification de la constitution dépend enfin étroitement du point de savoir comment sera organisée l'adhésion de nouveaux Etats européen à la fédération. L'admission de nouveaux membres dans la fédération - dont il y aurait lieu en principe de se féliciter - demande toujours une modification de la constitution. Rendre une modification de la constitution par trop difficile n'irait donc pas dans le sens de l'ouverture de la fédération à de nouveaux membres. Ce serait cependant le cas si elle ne pouvait être décidée que par une consultation populaire. La modification de la constitution par la voie du référendum, non seulement demande beaucoup à l'électorat, mais encore n'aboutit pas dans tous les cas à un résultat raisonnable en raison de ses implications de politique intérieure. La modification de la constitution, y compris l'adhésion de nouveaux membres, devrait donc être décidée à la majorité qualifiée des deux Chambres du Parlement. Cette règle devrait également s'appliquer à l'élargissement du domaine des compétences de la fédération au détriment de celles des Etats membres.

- - - - -

PROJET DE RESOLUTION

1. Les espoirs des peuples européens vont vers une forme d'organisation pacifique à l'échelle du Continent, de nature à répondre aux défis politiques et économiques du monde dans lequel ils vivent et à même, sur le plan intérieur, de déboucher sur une politique cohérente de progrès économique et social. Ces résultats ne sont possibles qu'avec un système politique autonome organisé autour d'un Etat fédéral européen.

2. La seule base de départ possible est la Communauté européenne. Les défauts de fonctionnement de ses institutions doivent être corrigés progressivement et leur organisation doit être peu à peu transformée de manière à déboucher sur une législation constitutionnelle européenne dans un avenir proche.

3. La Communauté ne dispose d'aucun rôle de direction politique démocratiquement légitime. Elle est par conséquent incapable d'exprimer une volonté propre et d'en dégager une politique créatrice, indispensable pour passer à l'union économique et monétaire après la suppression des barrières commerciales et d'autres formes de discriminations.

4. La Communauté ne dispose pas non plus d'organes de représentation élus démocratiquement pour régler les conflits politiques de groupe à l'échelle internationale. Les tensions ne pouvant apparaître qu'entre les Etats membres, toute divergence d'opinion sérieuse menace les progrès et l'existence même de la Communauté.

5. La stratégie de la période transitoire comporte deux volets : un programme pour l'immédiat réalisable sans modification du Traité, et un projet à moyen terme en vue de la mise en oeuvre des adaptations du Traité qui sont nécessaires pour réaliser l'union économique et monétaire.

a) Comme programme pour l'immédiat nous proposons ce qui suit :

- La Commission n'est nommée par les gouvernement qu'après un vote de confiance du Parlement européen.
- Une délégation du parlement européen obtient le droit de participer aux sessions du Conseil et de défendre dans les discussions le point de vue du Parlement.

./...

- Des fonctionnaires du Parlement ont accès aux réunions des représentants permanents et de leurs groupes de travail et ils peuvent participer à la discussion selon les avis du Parlement.
- Les gouvernements allègeront autant que possible les tâches des membres du Parlement européen en adoptant des mesures appropriées (par exemple, en augmentant le nombre des membres de leurs assemblées parlementaires).
- Le Parlement européen remanie son projet d'élection directe mis au point en 1960 et le présente à nouveau au Conseil pour que celui-ci se prononce. En attendant qu'une décision soit prise, tout Etat peut désigner ses délégués par élection directe au niveau national.
- La coopération politique entre les Etats membres s'exerce dans le cadre de la Communauté. Le secrétaire général du Conseil assume la direction du secrétariat politique et veille à la coordination.

b) Pour réaliser l'union économique et monétaire, il faudra dans une <u>deuxième phase</u> :

- que la Commission soit élue par le Parlement européen sur proposition du Conseil. Qu'elle remplisse les tâches d'un organe de décisions chargée de la politique économique, après consultation du Conseil.
- Que le Parlement européen, élu au suffrage direct, et le Conseil exercent ensemble, sur proposition de la Commission, le droit de légiférer dans les domaines réservés à la Communauté. Qu'ils coopèrent également à la planification. Pour le cas où des divergences d'opinion naîtraient entre les deux institutions, qu'une procédure de conciliation soit mise en place pour éviter toute carence.
- Que la coopération politique soit incluse dans les tâches de la Communauté.

./...

6. Les gouvernements et le Parlement européen élaboreront, avant 1980, un projet commun de constitution fédérale tenant compte de l'état d'intégration atteint et de la nécessité de mener à une échelle communautaire une politique de sécurité et une politique extérieure non économiques.

7. Les chefs d'Etat et de gouvernement des Etats membres actuels et futurs sont invités à approuver les points 5 et 6 de la présente résolution à l'occasion de la conférence au sommet.

Le Secrétaire Général du Mouvement Européen communiquera le texte de la présente résolution aux gouvernements, aux autres instances nationales suprêmes, aux organisations intéressées et sympathisantes, ainsi qu'à la presse.

- - - - -

MOUVEMENT EUROPEEN

MEMBRES

ORGANISATIONS EUROPEENNES.

Association Européenne des Enseignants (AEDE) : Président : M. André ALERS.
Centre d'Action Européenne Fédéraliste (AEF) : Président : J. H. C. MOLENAAR.
Conseil des Communes d'Europe (CCE) : Président : M. Henri CRAVATTE.
Ligue Européenne de Coopération Economique (LECE) : Président : Comte BOËL.
Mouvement Fédéraliste Européen (MFE) : Président : M. Etienne HIRSCH.
Mouvement Gauche Européenne (MGE) : Président : Sir Geoffrey de FREITAS.
Mouvement Libéral pour l'Europe Unie (MLEU) : Président : M. Jean REY.
Union Européenne des Démocrates Chrétiens (UEDC) : Président : M. Mario RUMOR
Union des Résistants pour une Europe Unie (URPE) : Président : Dr. L. BOUTBIEN.
Groupe Démocrate-Chrétien du Parlement Européen : Président : H. A. LÜCKER.
Groupe Libéral du Parlement Européen : Président : Dr. C. BERKHOUWER.
Groupe Socialiste du Parlement Européen : Président : M. Francis VALS.
Confédération Européenne du Syndicat Libre dans la Communauté (CISL) :
Président : M. A. KLOOS.
Organisation européenne de la C. M. T. (Confédération Mondiale du Travail) :
Président : M. Auguste COOL.
Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la C. E. E. (COPA) :
Président : M. Mathias BERNS.
Association des Journalistes Européens (AJE) : Président : Prof. Enrico SERRA.
Fédération Internationale des Maisons de l'Europe (FIME) :
Président : Dr. Bruno BUCHWIESER.
Association Européenne des Cheminots (AEC) : Président : Dr. W. KNAPPEL.

CONSEILS NATIONAUX.

République Fédérale d'Allemagne (Président : Dr. Ernst MAJONICA).
Autriche (Président : Dr. Otto KRANZLMAYR).
Belgique (Président : M. Theo LEFEVRE).
Danemark (Président : M. Erhard JACOBSEN).
Espagne (Président : Don Salvador de MADARIAGA).
France (Président : M. Pierre SUDREAU).
Grande-Bretagne (Président : The Rt. Hon. Lord HARLECH).
Grèce
Irlande (Président : T. F. O'HIGGINS).
Italie (Président : Prof. Giuseppe PETRILLI).
Luxembourg (Président : M. Arthur CALTEUX).
Malte (Président : Prof. Salvino BUSUTTIL).
Norvège (Président : M. Svenn STRAY).
Pays-Bas (Président : M. J. H. C. MOLENAAR).
Suède (Président : M. Bo MARTINSSON).
Suisse (Président : M. Willi ROHNER).
Turquie (Président : Dr. Muhlis ETE).

95992-472

l'imprimerie PUVREZ
39, av. Fonsny - Bruxelles
Tél. 37.12.00

MOUVEMENT EUROPEEN

RAPPORT INTRODUCTIF
A LA SECTION II

L'Europe Economique et Monétaire

Prof. GIUSEPPE PETRILLI

CONGRES DE L'EUROPE

BONN - BUNDESHAUS
12 - 13 mai 1972

II

MOUVEMENT EUROPEEN

Présidents d'honneur :

† Léon BLUM, † Alcide de GASPERI,
† Robert SCHUMAN, † Sir Winston CHURCHILL,† Konrad ADENAUER,
Harold MACMILLAN, Jean MONNET, Paul-Henri SPAAK.

COMITE EXECUTIF.

Président : Prof. Dr. Walter HALLSTEIN.

Vice-Président : M. Gaston DEFFERRE.

Trésorier : M. Theo LEFEVRE.

Secrétaire général : M. Robert van SCHENDEL.

Membres : MM. The Rt. Hon. Lord HARLECH,
J. H. C. MOLENAAR,
Prof. Giuseppe PETRILLI,
M. Maurice FAURE.

COMITE DIRECTEUR.

MM. André ALERS,
Dr. C. BERKHOUWER,
Dr. Angelo BERNASSOLA,
Mathias BERNS,
P. J. BLAISSE,
Comte BOËL,
Dr. Léon BOUTBIEN,
Pierre CABUY,
Arthur CALTEUX,
Auguste COOL,
Dr. Enzo DALLA CHIESA,
Fernand DEHOUSSE,
Gerhard EICKHORN,
Jacques ENOCK,
Emilio GABAGLIO,
Lord GLADWYN,
Etienne HIRSCH,

MM. Gérard JAQUET,
Otto KRANZLMAYR,
Rodolfo LLOPIS,
Dr. Ernst MAJONICA,
Dr. Karl MOMMER,
Franco NOBILI,
Dr. F. C. von OPPENHEIM,
Alain POHER,
Théo RASSCHAERT,
Jean REY,
Raymond RIFFLET,
The Rt. Hon. Duncan SANDYS,
Prof. Umberto SERAFINI,
Pierre SUDREAU,
Prof. Virgil VENIAMIN,
André VOISIN,
Dr. Max WEISGLAS.

SECRETARIAT GENERAL :
1000 BRUXELLES, rue Duquesnoy, 14.

L'EUROPE ECONOMIQUE ET MONETAIRE.

Prof. Giuseppe PETRILLI.

Toute analyse réaliste des problèmes de l'Europe économique et monétaire doit partir de la donnée, parfois négligée quoique fort connue, en vertu de laquelle l'équilibre institutionnel du Traité de Rome est entièrement et strictement subordonné à l'existence d'un parallélisme entre la libéralisation des échanges de biens et de services, la libre circulation des facteurs de production et l'harmonisation des politiques économiques des Etats membres. Ce parallélisme n'est guère issu, à mon sens, d'un compromis entre les conceptions opposées portant sur les modalités et les buts du processus d'intégration, mais plutôt du calcul objectif des situations d'économie mixte que présentent, à différentes échelles, tous les pays membres dans lesquels au mécanisme de marché vient se joindre un large degré d'intervention publique dans la vie économique.

On sait également que ce parallélisme de principe n'a pas été pratiquement appliqué dans la réalité de l'évolution communautaire. Il est, d'ailleurs, hors de doute qu'une intégration positive touchant l'harmonisation des politiques économiques présentait, de par sa propre nature, de tout autres difficultés que la pure et simple suppression des obstacles à la libre circulation de biens, de services et de facteurs productifs et imposait un processus de coordination dont la marche ne pouvait obéir à un calendrier préétabli. Les mesures de politique économique prévues par le traité se bornent, en effet, à l'harmonisation des politiques conjoncturelles, à l'équilibre de la balance des paiements et aux problèmes portant sur les taux de change, à l'exclusion des questions d'ordre structurel. Aussi l'harmonisation même des politiques conjoncturelles ne consiste-t-elle, à son tour, que dans l'adoption de recommandations de la part du Conseil, sur proposition de la Commission, recommanda-

tions dont l'efficacité apparaît douteuse faute d'instruments d'intervention appropriés. Plus faibles encore se révèlent les résultats obtenus jusqu'ici en matière d'harmonisation des politiques de budget qui n'a abouti, jusqu'à présent, qu'à une confrontation à posteriori, en l'absence notamment de tout progrès vers une harmonisation prorement dite. De même, en ce qui concerne la coopération monétaire, à laquelle le traité avait ouvertement attaché une importance fondamentale pour éviter le danger, dont s'accompagne toujours un processus de ce genre, que les mésures adoptées en vue de parer les crises éventuelles d'un Etat membre en matière de balance des paiements n'entament les résultats de l'intégration, il n'a été question, jusqu'à ce jour, que d'une consultation réciproque avec le concours du Comité monétaire. Par la suite, cette consultation a été rendue obligatoire préalablement aux décisions nationales en matière de dévaluation ou de réévaluation. Quant à la procédure du soutient réciproque, prévue par le traité "en cas de difficulté et de grave danger de difficulté dans la balance des paiements d'un Etat membre" et qui devait comporter pour l'Etat bénéficiaire l'acceptation de contrôles rigoureux de la part de la Commission, il y a lieu de remarquer qu'elle est demeurée presque complètement inopérante. Enfin, en dépit de leut contenu d'importantes orientations indicatives, les programmes de politique économique à moyen terme approuvés jusqu'ici à l'échelon communautaire en sont pratiquement restés à l'état de déclarations d'intention dénuées de toute efficacité impérative vis-à-vis des Etats membres et dépourvues d'instruments d'intervention appropriés.

En fait, alors que l'union douanière entre les pays membres s'était déjà pleinement réalisée, à partir du 1er juillet 1968, avec une avance d'un an et demi sur le terme fixé par le traité, les progrès de l'intégration politique ont

été sensibles surtout dans le secteur agricole, où ils ont, néanmoins, épousé jusqu'ici pour la plupart la forme d'une organisation dirigiste du marché, aux teintes protectionnistes accentuées, sans se traduire par une transformation des structures qui est indispensable pour une exploitation rationnelle des ressources disponibles. Dans tous les autres domaines, faute d'une poussée tout aussi robuste des intérêts constitués, notamment dans les secteurs d'avant-garde, en premier lieu dans l'énergie atomique, les résultats de l'harmonisation politique ont été, en général, décevants. Le déphasage entre libéralisation commerciale et coordination politique n'a pas été sans entraîner, en définitive, de funestes conséquences jusque sur les développements de l'intégration économique, car il a concouru, pour ne citer qu'un des nombreux exemples, à renforcer les facteurs cumulatifs par lesquels il est plus rentable de placer les nouveaux investissements dans les zones les plus développées, quitte à exaspérer, de la sorte, les déséquilibres territoriaux existants.

D'ailleurs, en matière de politique régionale également, le Traité de Rome, tout en indiquant déjà dans son préambule la réduction de l'écart entre les différentes régions et du retard des moins favorisées comme un objectif fondamental - dont la réalisation n'était évidemment pas le fait de l'automatisme du marché - n'envisageait pas d'instruments d'intervention corrspondant à l'importance du problème. En dépit du fait que, dès le tout premier rapport sur la situation économique des pays de la Communauté, l'on eût mis vigoureusement en relief la nécessité d'assurer un rythme de développement plus rapide dans les régions moins développées, avec l'appui de la Banque européenne d'Investissement et d'une politique d'autorisation des aides des Etats conçue dans une optique active et de promotion, l'action communautaire n'a pu, dans ce domaine non plus,

dépasser la simple formulation de recommandations; aussi la préoccupation de supprimer les distorsions en matière de concurrence a-t-elle souvent paru l'emporter sur les exigences d'un développement harmonieux. Une perspective plus générale a fait apparaître nettement les limites mêmes de la "méthode des Communautés", c'est-à-dire de la structure institutionnelle réalisée par le traité, limites relevant, en premier lieu, de l'hypertrophie des tâches du Conseil par rapport à celles du Parlement européen ainsi que du transfert limité de pouvoirs admis jusqu'ici par les gouvernements nationaux en faveur des organismes communautaires. Sans doute l'élargissement du fossé entre libéralisation commerciale et harmonisation politique remonte-t-il aussi, en partie, à l'effort mené progressivement par le Gouvernement français pour ramener les institutions communes dans l'ornière des méthodes traditionnelles de la collaboration intergouvernementale en s'opposant à l'introduction de procédures de vote majoritaire au sein du Conseil des ministres et en bornant à un rôle strictement technique les tâches de l'exécutif supranational, dont l'activité a été de plus en plus influencée par la prolifération de comités intergouvernementaux.

Les conséquences négatives de cette dangereuse involution se manifestèrent nettement à la suite des décisions unilatérales prises en matière monétaire, au cours de 1969, par les autorités françaises et allemandes. On dut admettre, alors, que l'écart survenu entre la création accélérée d'une union douanière des pays membres et les faibles résultats enregistrés, durant la même période, en matière de coordination politique, risquait de compromettre le bon fonctionnement et la stabilité même de l'intégration de marché réalisée. Non seulement la logique de l'automatisme de marché menait, en effet, par elle-même, faute de contre-poids politiques adéquats à une aggravation ultérieure

des écarts économiques et sociaux sévissant dans la zône intégrée, mais encore le manque de coordination politique entravait à son tour jusqu'à la poursuite même des objectifs de stabilisation et d'incitation du développement qui, au niveau national, sont attribués aux autorités économiques et monétaires auxquelles l'intégration de marché ôtait quelques-uns de leurs traditionnels instruments d'intervention. Le "nouveau cours" de la politique européenne ouvert, après la fin du long régime personnel du Général de Gaulle, par la conférence des chefs d'Etat et de Gouvernement des pays membres tenue à La Haye le 2 décembre 1969, parvint sans doute à son expression la plus significative dans la décision de procéder à l'élaboration d'un plan par étapes pour la création d'une union économique et monétaire. L'importance historique de cet acte résidait dans la constatation que le problème de l'harmonisation politique ne jaillissait point d'un souci idéologique abstrait mais représentait une donnée objective dont la solution allait, de toute façon, influencer les développements futurs du processus d'intégration.

Aussi me paît-il indispensable, à ce point de mon exposé, d'esquisser brièvement les grandes lignes du rapport établi, sur mandat du Conseil des Ministres de la Communauté, par l'équipe d'experts présidée par M. Werner, président du Conseil luxembourgeois, car il s'agit d'un document ayant servi maintes fois de modèle aux décisions prises par la suite à l'échelon communautaire, et qui représente, de toute façon, l'effort le plus organique officiellement accompli, jusqu'à présent, pour indiquer les contenus politiques éventuels d'une union économique et monétaire. Une attention particulière est due, dans cette optique, au paragraphe consacré au "Point d'arrivée" de l'Union, dans lequel sont synthétiquement énoncées, entre autres, les principales conséquences de cette dernière.

Il vaut la peine de se pencher sur ces énonciations qui envisagent, notamment, la convertibilité réciproque totale des monnaies communautaires sur la base de parités irréversiblement fixes, c'est-à-dire en substance la création d'une monnaie européenne unique, la centralisation des décisions fondamentales de la politique monétaire et du crédit, l'unification de la politique monétaire vis-à-vis de l'extérieur et des politiques des Etats membres envers le marché des capitaux. Une union monétaire ainsi conçue comporte nécessairement un remarquable degré de centralisation de la politique économique tout entière. Aussi est-il significatif que le document établisse, à ce propos, que les décisions portant sur les données essentielles de l'ensemble des budgets publics doivent être prises au niveau communautaire. En ajoutant à cela une indication, si voilée soit-elle, concernant les politiques régionales et de structure ainsi que la consultation systématique et permanente des partenaires sociaux au niveau communautaire, on comprend comment le rapport lui-même, tout en ne considérant point de son ressort une étude approfondie des implications institutionnelles de ces objectifs, ait pu affirmer explicitement que "la mise en vigueur de l'union économique et monétaire exige des réformes institutionnelles qui présupposent une modification des Traités de Rome". Le rapport mettait, en outre, en vedette les objectifs politiques immédiats d'une réforme de ce genre, en soulignant la nécessité de créer un centre de décision pour la politique économique, capable d'influencer les mesures essentielles concernant la parité de la monnaie européenne unique ou de l'ensemble des monnaies nationales. Au surplus, le document affirmait clairement la nécessité d'une unité au sein du gouvernement économique communautaire, en prêtant à ce centre de pouvoir la responsabilité de tous les secteurs de politique économique et sociale transférés à la Communauté. Et ce n'est pas par hasard qu'il en arrivait à prévoir un synchronisme entre le transfert des

pouvoirs exécutifs à l'organisme communautaire et le renforcement correspondant des pouvoirs de contrôle du Parlement européen.

Les décisions prises le 9 février de l'année dernière par le Conseil des ministres de la Communauté, sur la base du Rapport Werner et d'une proposition de résolution de la Commission, en reflétaient la mise en place politique de fond, notamment en ce qui concerne les lignes essentielles de l'étape finale de l'union à franchir dans l'espace d'une décennie. Une différence substantielle se présenta, néanmoins, après la rénonciation au principe de l'automatisme qui aurait dû présider au passage d'une étape à l'autre dans la réalisation de l'union. On en vint ainsi à un compromis qui, tout en comportant, d'une part, la reconnaissance implicite des sacrifices substantiels de souveraineté nécessaires pour la réalisation de l'union, n'en laissait pas moins intactes, d'autre part, la faculté pour les Etats membres de surseoir à toute décision pratique en la matière pour un délai de trois ans. Dans l'ensemble, les décisions adoptées à Bruxelles s'annonçaient suffisamment rigoureuses quant à l'indication de l'étape finale de l'union (qui gardait toutefois, malgré l'évidente atténuation formelle de certaines données institutionnelles prévues par le Rapport Werner, un caractère assez impératif, notamment en ce qui concerne l'élargissement des pouvoirs attribués, en matière économique et monétaire, aux institutions de la Communauté) et suffisamment détaillées en vue de certaines actions à mettre immédiatement en oeuvre, alors qu'elles laissaient dans l'ombre les problèmes relevant des phases successives et notamment les modifications nécessaires du Traité de Rome en se bornant à esquisser, très vaguement d'ailleurs, les différentes hypothèses possibles. Ainsi a-t-on pu affirmer que les gouvernements des Etats membres avaient signé, à Bruxelles, une déclaration commune d'intention portant sur un ensemble

d'objectifs d'ordre général et qu'ils avaient adopté un ensemble de mesures se situant au niveau du simple renforcement des instruments actuels de coordination politique. Les noeuds politiques essentiels de l'union économique et monétaire avaient été, pour ainsi dire, reconnus de jure en tant que problème réels, alors que, de facto, ils avaient été tout bonnement laissés de côté. Contre la logique la plus élémentaire, la préparation des moyens était, une fois de plus, subordonnée à l'obtention des buts.

La disproportion flagrante entre les buts et les moyens de l'Union économique et monétaire ne tarda pas à sauter aux yeux de tout le monde, trois mois plus tard, par suite des décisions des Gouvernements allemand et hollandais de faire fluctuer le cours de leurs monnaies respectives. L'insuffisance de l'Union économique et monétaire ainsi conçue s'est démontrée de façon encore plus évidente lorsque, face à l'aggravation de la conjoncture monétaire internationale qui déclencha les graves mesures adoptées par le gouvernement américain, le 15 août dernier, elle ne put empêcher les Etats membres d'adopter des lignes de conduite totalement divergentes, avec de lourdes conséquences sur les développements de l'intégration économique. Aussi, en des termes san doute extrêmement simplifiés, mais, à mon sens, assez voisins de la substance des choses, peut-on affirmer, à ce propos, que les décisions du Président Nixon portant suspension de la convertibilité en or du dollar représentaient la ratification d'un état de fait qui situait le dollar au rang de suprême régulateur des échanges internationaux, en l'affranchissant même formellement de n'importe quel lien extérieur. La portée réelle de pareille mesure a été notamment politique, dans le sens où elle a, pour ainsi dire, marqué un "moment de vérité" dans les relations entre les pays industrialisés de l'Occident en affirmant sur un ton explicite leur entière

subordination aux décisions du "pays leader". Comme tout le monde sait, ce sont là des décisions éminemment politiques quant à leurs motivations, car elles visent à parer au déséquilibre de la balance des paiements des Etats-Unis, provoqué lui-même, par l'ampleur des engagements mondiaux de ce pays, c'est-à-dire, en définitive, par des charges de nature politique. Tout aussi évidentes sont les implications politiques de la stratégie mondiale des entreprises multinationales d'obédience américaine, dont les proliférations alimente copieusement le marché de l'eurodollar, c'est-à-dire la devise américaine disponible sur les marchés financiers européens précisément en raison de son rôle de monnaie de réserve affranchie du contrôle des autorités monétaires locales, et représente un autre facteur fondamental du déficit chronique de la balance américaine des paiements. Les mesures américaines d'août dernier n'ont d'ailleurs pas manqué de se qualifier politiquement par le dessein manifeste de faire endosser à leurs principaux partenaires commerciaux les gros frais de l'opération de redressement monétaire, moyennant l'introduction d'une surtaxe jusqu'à 10% sur les importations et par l'adoption de mesures protectionnistes sur les biens de consommation et sur les investissements. Le fait même que l'on ait préféré agir sur la balance commerciale-qui avait été active jusqu'à l'année précédente - plutôt que sur d'autres composantes de la balance des paiements, a dénoncé la présence d'une orientation politique tendant à imposer aux tiers un réalignement général de leurs parités monétaires respectives vis-à-vis du dollar, dans la mesure nécessaire pour améliorer la position concurrentielle de l'industrie américaine par rapport aux industries compétitrices.

L'accord passé àWashington, en décembre dernier, a essentiellement le caractère d'une "solution-pont". Il confirme, en définitive, le rôle du dollar comme étant le seul instrument de

réserve, dans la mesure où il ratifie l'inconvertibilité en or du dollar. La dévaluation même du dollar par rapport à l'or n'est pas sans acquérir, dans ces conditions, une valeur essentiellement formelle, alors que les changements survenus dans les parités monétaires viennent indubitablement renforcer la position concurrentielle nord-américaine tout en rendant moins avantageux pour les entreprises USA l'investissement en Europe. Cela explique la façon dont la récente évolution monétaire a ouvertement renforcé les poussées centrifuges préexistantes dans la situation mondiale et concouru par là à mettre en crise l'équilibre bipolaire hérité de la deuxième guerre mondiale.

La circonstance, sans doute positive, par laquelle, à la suite de l'accord de Washington, de nombreux pays ont décidé, pour la première fois, une série coordonnée de modifications des parités, en franchissant ainsi une étape remarquable vers une approche plus ordonnée des problèmes monétaires, n'amoindrit pas pour autant les graves motifs d'insatisfaction que recèle l'accord. Tout système monétaire efficace doit créer, en effet, les préalables aptes à favoriser le retour, spontané ou non, à l'équilibre de la balance des paiements, ainsi que la formation d'une liquidité internationale ordonnée, permanente et affranchie des politiques économiques intérieures de n'importe quel pays. Or, tout cela n'est nullement assuré lorsque la monnaie de réserve est inconvertible. Aussi constatons-nous aujourd'hui que le Gouvernement américain subordonne l'équilibre de sa propre balance des paiements - et, partant, la création d'une liquidité internationale - à des exigences de politique économique intérieure. Cela fait ressortir les graves responsabilités des pays européens qui se sont présentés désunis à la table des négociations et se sont ainsi placés dans l'impossibilité d'obtenir tout au moins des engagements portant sur une harmonisation des politiques économiques qui

est indispensable pour permettre au système actuel de fonctionner pendant un certain temps avec un minimum d'ordre et sans pénaliser trop lourdement tel ou tel pays.

En ce qui concerne, l'Union économique et monétaire, en particulier, on doit calculer les fâcheux résultats de cet état de choses en tenant compte du fait que les pays membres, avant même de passer à l'exécution de la décision prise, en février 1971, en vue d'une réduction des marges réciproques de fluctuation de leurs monnaies, durent accepter, sous la poussée des événements, une évolution en sens opposé, jusqu'à admettre que la marque maximum d'oscillation fût plus que doublée, et atteignît 9%. Les répercussions de cette évolution ont menacé d'ébranler l'édifice communautaire tout entier, à partir du secteur agricole, où les oscillations réciproques des parités monétaires nationales comportent, par suite de l'impossibilité pratique d'ajuster continuellement les prix intérieurs pour les conformer aux tarifs établis à l'échelon communautaire, la nécessité de recourir à l'introduction de mesures de compensation de nature diverse, au point de vider littéralement de son contenu le marché commun agricole. Paradoxalement, à l'instant même où elle dévoilait la précarité institutionnelle de l'Union, cette situation de crise témoignait également, de la façon la plus convaincante, que sa réalisation jaillissait d'une nécessité intrinsèque de l'intégration de marché elle-même qui serait sans celà à jamais vouée à une condition extrêmement critique.

L'élargissement géographique même de la Communauté, maintenant définitivement acquis, ne manquera certes pas d'accroître le poids contractuel européen dans les futures négociations commerciales et monétaires avec les Etats-Unis, mais assurera également une importance supplémentaire aux intérêts des entreprises américaines dans la Communauté élargie. Si, du point de vue

industriel, ce problème doit être affronté à l'aide de solutions sectorielles, notamment en ce qui concerne les secteurs technologiquement plus avancés, il n'en demandera pas moins, du point de vue financier, des solutions globales, car on ne saurait admettre indéfiniment l'affluence en Europe de capitaux américains dont la contrepartie correspond à un déficit de la balance des paiements USA. La présence de ce déficit oblige, en effet, les banques centrales communautaires à acheter sans arrêt des dollars pour ne pas compromettre le caractère compétitif des productions nationales en cas de chute du dollar, qui sans cela serait inévitable. La thèse d'après laquelle, faute d'une réelle capacité américaine d'obtenir des excédents actifs dans les parties courantes de la balance des paiements, dans une mesure correspondante à l'exportation de capitaux et aux transferts unilatéraux, il faudrait en venir à la création d'un système souple de changes entre la zone européenne et la zone nord-américaine, s'avère inacceptable car on ne voit guère le motif pour lequel l'Europe devrait permettre le passage de ses propres activités économiques sous la houlette américaine et, de surcroît, à ses propres frais par une perte de compétitivité, par un moindre développement, par la dégradation et l'appauvrissement relatif de sa structure économique. Dans cette hypothèse, comme dans n'importe quelle autre, l'obtention d'un degré suffisant d'harmonisation économique et monétaire dans la zone européenne représente, quoi qu'il en soit, la condition de toute solution alternative par rapport à une situation de subordination totale aux USA. En outre, seule une union économique véritable pourra nous amener à la création d'une monnaie européenne commune capable d'aspirer concrètement à se joindre au dollar comme monnaie de réserve et dans les paiements internationaux, vu l'importance de son commerce extérieur, sa stabilité économique et les garanties offertes aux tiers par l'incidence du commerce mondial sur l'économie communautaire, incidence

dépassant nettement celle qu'enregistre l'économie nord-américaine. Aussi peut-on affirmer à bon droit que, dans le nouvel équilibre multipolaire en voie de formation, la réalisation de l'Union économique et monétaire européenne n'en représente pas moins la condition pour que les Européens assument à nouveau leurs responsabilités au niveau mondial, et qu'ils concourrent substantiellement à la création d'un système monétaire plus stable.

Les considérations que nous venons d'exposer ont eu, sans nul doute, un poids déterminant dans les décisions prises à Bruxelles, en mars dernier, par les ministres des Finances de la Communauté, pour la relance de l'Union économique et monétaire. Ces décisions établissent essentiellement, comme chacun sait, que la marge d'oscillation entre les monnaies européennes doit être réduite à 2,25% et ramenée, par la suite, au niveau de 1,50 %, en vigueur avant les événements d'août 1971. Tandis que l'on reprend ainsi, quoique sur des positions en retrait, le chemin vers l'instauration d'un système de changes fixes entre les monnaies des pays membres, on envisage l'adoption d'instruments pratiques menant à ce but et, en premier lieu, des interventions financières à réaliser également en monnaies européennes, ainsi que des directives portant sur une action commune contre la spéculation en matière de transfert de capitaux. A ces mesures vient se joindre, d'autre part, un effort tendant à promouvoir une harmonisation rigoureuse des politiques conjoncturelles, notamment par la création d'un organe de coordination appelé à veiller sur la réalisation pratique des directives établies au niveau communautaire. Cet ensemble de mesures doit être considéré, sous ses côtés positifs, comme étant le premier pas vers la création d'un système européen de changes fixes, fondement irremplaçable d'une "personnalité monétaire européenne". En outre, du fait qu'il restreint dans des limites

convenables le risque de change, il devrait empêcher dans les transactions financières et commerciales un recours généralisé au dollar dont les conséquences auraient pu s'avérer extrêmement graves, même sous l'angle politique. En plus de cela, le fait d'avoir prévu un renforcement global des instruments de coordination économique présents dans la Communauté, situe automatiquement sur une base plus réaliste l'actuelle relance de l'Union économique et monétaire et permet d'affirmer que les leçons de l'expérience n'ont pas été infructueuses. Encore faut-il ajouter, à ce propos, même en passant sur les réserves de principe dictées par le côté extra-communautaire des nouvelles procédures d'harmonisation (et ce sont là les rouages les plus délicats et sensibles, mais en même temps les plus décisifs du système tout entier) que constitue une source de graves préoccupations la persistante remise de toute décision concernant le Fonds européen de Coopération monétaire, dont la création avait été formellement prévue dès la Conférence de La Haye et qui est toujours à l'étude. Ce Fonds qui, suivant la décision adoptée par le Conseil des ministres en février 1971, était appelé à s'intégrer ensuite dans l'organisation communautaire des Banques Centrales, apparaît, capable, en effet, de doter l'Union économique et monétaire d'un instrument d'importance décisive pour les interventions stabilisatrices en vue. Tout aussi importante est, d'autre part, la création d'instruments pour contrôler conjointement le marché des eurodevises, qui échappe, aujourd'hui (à l'opposé des autres marchés financiers) à toute réglementation de la part des autorités monétaires et qui pourrait, vu ses proportions, mettre en crise les politiques économiques de nos pays.

Outre ces réserves concernant l'efficacité du système mis en oeuvre et sa capacité d'avancer rapidement vers un "point de non retour", dans une situation caractérisée par de

continuelles et graves tensions, il en est d'autres au sujet des objectifs politiques de l'Union. Aussi doit-on signaler, à ce propos, le danger que l'harmonisation des politiques économiques, au cas où elle serait confiée à des organismes de nature éminemment ou exclusivement monétaire, ait lieu suivant des critères dictés uniquement par le souci de sauvegarder à tout prix la stabilité monétaire et, partant, dans un esprit fondamentalement déflationniste. Ce dernier pourrait être peu compatible avec les exigences de progrès et de transformation structurelle de l'économie communautaire et risquerait d'amener, en définitive, à sacrifier d'autres objectifs importants, tels le plein emploi et le développement économique de la Communauté. Du point de vue territorial, cela comporterait, en premier lieu, le sacrifice des régions moins développées, en renforçcant ainsi les tendances évolutives issues de l'automatisme du marché, au lieu de les contrecarrer efficacement.

Ces préoccupations paraîtront d'autant plus fondées si l'on songe que les indications contenues dans la résolution du Conseil de la Communauté, du 9 février 1971, et dans le troisième programme de politique économique à moyen terme en matière d'interventions régionales et structurelles, ont été solennellement démenties par les faits lors du passage aux délibérations pratiques. En effet, les ministres compétents en matière de programmation et d'aménagement du territoire n'ont même pas réussi à se mettre d'accord, le 20 octobre dernier, sur des propositions extrêmement souples de consultation entre les Etats membres et de timide essai de coopération financière dans le domaine du développement régional. La résolution même concernant les régimes généraux d'aide régionale, approuvée en cette circonstance, est apparue, en effet, en dépit de ses côtés positifs, comme une donnée portant sur une pure et simple harmonisation des conditions de concurrence

dans l'enceinte communautaire, plutôt que sur une action harmonisée et positive visant la suppression des écarts territoriaux. Si les décisions adoptées en mars dernier par le Conseil des ministres de l'agriculture pour la mise en marche d'une politique efficace de transformation des structures peuvent jouer comme point de départ vers une transformation du secteur dans un sens moderne et productif et réaliser, en présence d'une volonté réelle ainsi orientée, le principe d'une nouvelle mise en place de la politique agricole commune suivant des critères dynamiques et de promotion, il n'en est pas moins vrai qu'un problème tel que celui de la réduction de la population agricole ne saurait être valablement affronté dans une simple optique de secteur, car il implique la création préalable de nouveaux postes de travail dans des activités extra-agricoles ne comportant point la persistance de l'exode rural actuel et par voie de conséquence l'exaspération des écarts territoriaux. A cet égard, il est préoccupant que le Conseil des ministres des Finances, en mars dernier, au moment même où se manifestait la volonté de promouvoir une relance de l'Union économique et monétaire, ne soit pas allé au delà d'une vague promesse de nouvelles interventions en matière de politique régionale, promesse au sujet de laquelle une longue et décevante expérience justifie un scepticisme prononcé.

Le problème écologique, auquel l'opinion publique a été rapidement et universellement sensibilisée, a eu, entre autres, le mérite immédiatement perceptible l'interdépendance des diverses situations de sous-développement et de sur-développement que l'intégration de marché tend automatiquement à exaspérer, dans les conditions politiques actuelles de la Communauté. Il y a lieu de remarquer, à ce sujet, que, sous l'angle strictement économique, la raréfaction de certains biens considérés jusqu'ici comme étrangers à l'économie à cause de leur disponibilité

pratiquement illimitée, tels l'air et l'eau, engendre par elle-même des coûts supplémentaires et croissants pour les implantations industrielles et, plus généralement pour l'urbanisation dans les zones plus développées, surtout quant aux installations indispensables pour assurer la décontamination et la sauvegarde du milieu naturel. Ces coûts additionnels sont d'ailleurs comparables à ceux qui, en marge de l'écologie, relèvent de l'incessante expansion de nouvelles infrastructures physiques et sociales dans les régions concernées par de puissants courants d'immigration par suite d'un processus cumulatif de concentration des investissements industriels. On doit d'ailleurs observer que, d'une part, ces derniers ne sauraient remplacer les investissements que les pouvoirs publics sont tenus de promouvoir dans les aires périphériques, en vertu d'engagements législatifs et du principe de la redistribution du revenu et que, d'autres part, le développement même des infrastructures dans les régions plus avancées, se révèle le plus coûteux par suite des conditions générales de détérioration écologique.

On remarque, en général, dans la situation actuelle et sous ces divers points de vue, un contraste saisissant entre l'action des facteurs cumulatifs par laquelle, il est de plus en plus avantageux, du point de vue industriel, de situer les nouveaux investissements dans les régions plus développées (ce qui détermine, à la limite, un nouveau rapport ville-campagne, opposant les zones périphériques en voie de dépeuplement aux aires d'immigration progressivement transformées en immenses ensembles urbains) et l'avènement, à un niveau macro-économique, du phénomène de la hausse constante des coûts additionnels. Cette contradiction fondamentale explose dans les tensions sociales qui sévissent précisément dans les régions d'immigration, par suite de la détérioration progressive de la

qualité de la vie due non seulement à la crise du logement et à l'insuffisance des services sociaux, mais aussi à des troubles d'ordre écologique. Aussi les pressions qu'exercent, parfois, les pouvoirs locaux des régions en question sur les entreprises concernées, invitées à prendre en charge une part des frais imposés à la collectivité par suite de leur décisions en matière d'investissements, pourraient-elles être à l'origine de nouveaux facteurs capables d'influencer la rentabilité de ces investissements, déclenchant ainsi, à la limite, une inversion de tendance.

Ainsi posé, le problème régional se confond d'ailleurs avec le problème plus général de l'aménagement du territoire, compris dans son acceptation la plus large qui comprend, outre la planification de l'urbanisme proprement dite, les transformations structurelles à réaliser dans le secteur agricole, la programmation territoriale du développement industriel et l'harmonisation des programmes de développement des infrastructures physiques et sociales. La politique régionale doit, en effet, sortir au plus tôt de ses bornes constitutives qui prêtent essentiellement à ses interventions le rôle d'une aide tendant à remédier à la précarité de telle ou telle situation, pour devenir un "modus operandi" de la politique économique tout entière. La nécessité d'une politique régionale communautaire coïncide, en effet, avec celle d'une mise en valeur optimale des ressources disponibles et avec la rationalisation, aussi bien de secteur que territoriale, du développement ultérieur de nos économies. Or, ces objectifs ne pourraient être réalisés à la suite de la pure et simple création d'une union douanière, non seulement en matière de diffusion du développement, mais aussi en ce qui concerne la construction même d'une structure productive intégrée, en particulier dans les secteurs d'avant-garde, vu l'ampleur

des moyens financiers nécessaires et le manque d'instruments communs d'orientation du développement techno-économique et d'intégration entre l'activité des pouvoirs publics et celle des entrepreneurs privés. Politique régionale, politique industrielle et politique écologique, voilà, en réalité, trois aspects complémentaires d'une seule et même action qui tend à prêter à l'expansion diversifiée des activités productives, dans le cadre de la Communauté, des conditions permettant d'harmoniser le progrès du niveau de vie et de travail de la population des pays membres et de réduire au minimum les coûts additionnels dûs aux écarts territoriaux, de manière, finalement, à accroître l'efficacité relative et, partant, le caractère compétitif international de la structure économique intégrée.

Qu'il me soit permis d'insister tout particulièrement sur ce dernier point. Une politique de développement territorial harmonisé qui, refusant de borner sa propre action à un rôle d'aide aux situations précaires, se proposerait d'intervenir globalement sur la croissance communautaire conçue dans sa totalité, doit, en effet, s'allier étroitement à une politique industrielle visant la rationalisation effective de nos structures productives. La politique des structures agricoles et la politique industrielle sont, en effet, les moments essentiels d'un type d'intervention qui ne se propose pas exclusivement de réduire au minimum, a posteriori, les dommages causés par un développement anarchique des activités productives, mais s'efforce, au contraire, de freiner et de réduire les causes du phénomène, en canalisant les nouveaux investissements vers les régions qui présentent encore des disponibilités de main-d'oeuvre en chomage ou sous-employée et en conjugant étroitement les aspects sectoriels et territoriaux du développement. Aussi est-il important, à ce propos, d'équiper les organismes communautaires d'instruments correspondants à l'ampleur des tâches à affronter. J'estime qu'il faut d'urgence donner suite aux recommandations formulées dernièrement par l'équipe d'experts en politique indus-

trielle en ce qui concerne particulièrement les "contrats communautaires de développement" pour la production de matériaux et d'équipement technologiquement avancés, l'organisation à l'échelon communautaire des grands programmes de recherche, de développement et de commandes publiques, et la création d'un bureau communautaire chargé de favoriser, par des consultations juridiques, financières et fiscales, le processus de concentration intereuropéen.

La problématique de l'Union économique et monétaire nous ramène donc nécessairement à celle de l'Europe institutionnelle. A ce propos, qu'il me soit permis d'affirmer clairement, bien qu'une autre Commission de notre Congrès soit saisie du thème institutionnel, que l'évolution confédérale dont on parle fréquemment, aujourd'hui, comme d'une étape historique vers une forme plus organique d'intégration, risque pratiquement de n'être qu'un alibi servant à masquer un retour voilé au bilatéralisme dans les relations entre les principales puissances, au grand détriment de la cohésion même de la construction commune. Une telle perspective est d'autant plus grave qu'elle trahit la présence d'une volonté politique tendant à vider progressivement de leur contenu les institutions de la Communauté moyennant la création de nouvelles structures de type intergouvernemental, et cela jusque dans des domaines du ressort évident de la Communauté, telle l'harmonisation des politiques conjoncturelles. La prolifération de nouvelles institutions qui viendraient se superposer au système communautaire actuel ne manquerait d'ailleurs pas de soulever force conflits de compétence et troublerait cette optique globale des problèmes de l'intégration qui, précisément d'un point de vue pragmatique, représente la condition sine qua non de la ponctualité et de l'efficacité des décisions à prendre. Face à ces dangers qu'aucun

observateur responsable n'oserait sous-estimer, il est bon d'évoquer la pensée d'un parmi les plus éminents techniciens monétaires qui, après avoir déclaré que beaucoup étaient d'avis que l'Union économique et monétaire allait comporter l'élection d'une assemblée constituante et d'un parlement européen à suffrage direct ainsi que la nomination d'un président et d'un gouvernement européens, ajoutait textuellement : "D'autres pensent que ce dessein est utopique, tout au moins dans cette décennie. Je suis parmi ceux qui estiment que, si ce dessein est utopique, l'Union économique et monétaire est un rêve elle aussi".

PROJET DE MOTION.

Le Congrès international du Mouvement européen, réuni à Bonn les 12 et 13 mai 1972

- Rappelle que le défaut de parallélisme entre les progrès dans la libéralisation commerciale et dans l'harmonisation des politiques des Etats membres a entraîné de fâcheuses conséquences sur les développements de l'intégration communautaire, en aggravant les déséquilibres entre des écarts de zônes et entre secteurs et en compromettant jusqu'à la poursuite même des objectifs de stabilité et de développement assignés, dans le cadre national, aux autorités économiques et monétaires;

- Met en évidence la disproportion entre ces objectifs assignés à l'Union économique et monétaire par le Conseil des ministres en février 1971, et la solution constamment ajournée des problèmes institutionnels dont dépend leur réalisation, disproportion qui s'est incontestablement manifestée lorsque, face à l'aggravation de la conjoncture monétaire internationale, l'Union elle-même n'a pu empêcher les Etats membres d'adopter des lignes de conduite fort divergentes, au pur détriment des résultats obtenus jusqu'ici au niveau de l'intégration de marché;

- Dénonce la précarité de la solution obtenue en décembre dernier par l'accord de Washington qui a ratifié l'inconvertibilité de la monnaie de réserve et a reconnu, en fait, que la création de liquidités internationales était subordonnée, de la part du Gouvernement américain, à des exigences de nature intérieure;

- Souligne que la réalisation d'un degré satisfaisant d'harmonisation économique et monétaire au sein de la Communauté européenne élargie est, de toute façon, la condition

indispensable pour surmonter effectivement un rapport de dépendance monétaire trop étroite vis-à-vis des USA et la prémisse de la création d'une monnaie européenne commune qui pourrait aspirer à se joindre au dollar comme monnaie de réserve dans les paiements internationaux, offrant ainsi un apport substantiel à l'instauration d'un système monétaire stable ;

- Considère les décisions prises en mars dernier à Bruxelles par le Conseil des ministres des Finances, comme un premier pas vers la création d'un système européen de changes fixes, fondement irremplaçable d'une "personnalité monétaire" européenne, tout en faisant remarquer que les résultats de la nouvelle tentative dépendront en premier lieu des progrès réellement accomplis en matière d'harmonisation des politiques conjoncturelles, de la prompte institution d'un Fonds européen de Coopération monétaire, ainsi que de la capacité d'établir un contrôle du marché des eurodevises;

- Exprime, néanmoins, sa crainte que l'harmonisation politique inaugurée par ces décisions n'ait lieu selon des critères uniquement inspirés par le souci de sauvegarder la stabilité monétaire et avec une considération insuffisante des nécessités de transformation structurelle et de développement harmonieux de l'économie intégrée, et fait remarquer que l'expérience communautaire tout entière justifie, à ce propos, de sérieuses préoccupations;

- Est d'avis qu'une politique de développement territorial harmonieux étroitement liée à la politique des structures agricoles et à la politique industrielle représente la principale modalité d'une mise en valeur rationnelle des ressources disponibles dans la Communauté, en même temps

uque la condition sine qua non du renforcement politique de cette dernière et attire l'attention des responsables sur la nécessité d'équiper les institutions d'instruments d'intervention correspondant à l'ampleur des tâches à affronter;

- S'oppose à la création de nouvelles structures de type intergouvernemental, également dans les domaines du ressort évident de la Communauté, tels que l'harmonisation des politiques conjoncturelles car elles risquent de compromettre cette optique globale des problèmes de l'intégration qui, précisément d'un point de vue pragmatique, représente la condition irremplaçable de l'efficacité des décisions à prendre;

- Réaffirme, enfin, sa propre conviction que le succès de l'Union économique et monétaire demande un renforcement énergique des institutions communes, notamment en ce qui concerne la tâche de contrôle à confier, en ce domaine également, à un Parlement européen élu au suffrage universel direct.

MOUVEMENT EUROPEEN

MEMBRES

ORGANISATIONS EUROPEENNES.

Association Européenne des Enseignants (AEDE) : Président : M. André ALERS.
Centre d'Action Européenne Fédéraliste (AEF) : Président : J. H. C. MOLENAAR.
Conseil des Communes d'Europe (CCE) : Président : M. Henri CRAVATTE.
Ligue Européenne de Coopération Economique (LECE) : Président : Comte BOËL.
Mouvement Fédéraliste Européen (MFE) : Président : M. Etienne HIRSCH.
Mouvement Gauche Européenne (MGE) : Président : Sir Geoffrey de FREITAS.
Mouvement Libéral pour l'Europe Unie (MLEU) : Président : M. Jean REY.
Union Européenne des Démocrates Chrétiens (UEDC) : Président : M. Mario RUMOR
Union des Résistants pour une Europe Unie (URPE) : Président : Dr. L. BOUTBIEN.
Groupe Démocrate-Chrétien du Parlement Européen : Président : H. A. LÜCKER.
Groupe Libéral du Parlement Européen : Président : Dr. C. BERKHOUWER.
Groupe Socialiste du Parlement Européen : Président : M. Francis VALS.
Confédération Européenne du Syndicat Libre dans la Communauté (CISL) :
Président : M. A. KLOOS.
Organisation européenne de la C. M. T. (Confédération Mondiale du Travail) :
Président : M. Auguste COOL.
Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la C. E. E. (COPA) :
Président : M. Mathias BERNS.
Association des Journalistes Européens (AJE) : Président : Prof. Enrico SERRA.
Fédération Internationale des Maisons de l'Europe (FIME) :
Président : Dr. Bruno BUCHWIESER.
Association Européenne des Cheminots (AEC) : Président : Dr. W. KNAPPEL.

CONSEILS NATIONAUX.

République Fédérale d'Allemagne (Président : Dr. Ernst MAJONICA).
Autriche (Président : Dr. Otto KRANZLMAYR).
Belgique (Président : M. Theo LEFEVRE).
Danemark (Président : M. Erhard JACOBSEN).
Espagne (Président : Don Salvador de MADARIAGA).
France (Président : M. Pierre SUDREAU).
Grande-Bretagne (Président : The Rt. Hon. Lord HARLECH).
Grèce
Irlande (Président : T. F. O'HIGGINS).
Italie (Président : Prof. Giuseppe PETRILLI).
Luxembourg (Président : M. Arthur CALTEUX).
Malte (Président : Prof. Salvino BUSUTTIL).
Norvège (Président : M. Svenn STRAY).
Pays-Bas (Président : M. J. H. C. MOLENAAR).
Suède (Président : M. Bo MARTINSSON).
Suisse (Président : M. Willi ROHNER).
Turquie (Président : Dr. Muhlis ETE).

95992-472

l'imprimerie PUVREZ
59, av. Fonsny - Bruxelles
Tél. 37.12.00

MOUVEMENT EUROPEEN

RAPPORT INTRODUCTIF
A LA SECTION III

Technologie — Recherche — Université

A. P. OELE

CONGRES DE L'EUROPE

BONN - BUNDESHAUS
12 - 13 mai 1972

III

MOUVEMENT EUROPEEN

Présidents d'honneur :

† Léon BLUM, † Alcide de GASPERI,
† Robert SCHUMAN, † Sir Winston CHURCHILL,† Konrad ADENAUER,
Harold MACMILLAN, Jean MONNET, Paul-Henri SPAAK.

COMITE EXECUTIF.

Président : Prof. Dr. Walter HALLSTEIN.

Vice-Président : M. Gaston DEFFERRE.

Trésorier : M. Theo LEFEVRE.

Secrétaire général : M. Robert van SCHENDEL.

Membres : MM. The Rt. Hon. Lord HARLECH,
J. H. C. MOLENAAR,
Prof. Giuseppe PETRILLI,
M. Maurice FAURE.

COMITE DIRECTEUR.

MM. André ALERS,
Dr. C. BERKHOUWER,
Dr. Angelo BERNASSOLA,
Mathias BERNS,
P. J. BLAISSE,
Comte BOËL,
Dr. Léon BOUTBIEN,
Pierre CABUY,
Arthur CALTEUX,
Auguste COOL,
Dr. Enzo DALLA CHIESA,
Fernand DEHOUSSE,
Gerhard EICKHORN,
Jacques ENOCK,
Emilio GABAGLIO,
Lord GLADWYN,
Etienne HIRSCH,
MM. Gérard JAQUET,
Otto KRANZLMAYR,
Rodolfo LLOPIS,
Dr. Ernst MAJONICA,
Dr. Karl MOMMER,
Franco NOBILI,
Dr. F. C. von OPPENHEIM,
Alain POHER,
Théo RASSCHAERT,
Jean REY,
Raymond RIFFLET,
The Rt. Hon. Duncan SANDYS,
Prof. Umberto SERAFINI,
Pierre SUDREAU,
Prof. Virgil VENIAMIN,
André VOISIN,
Dr. Max WEISGLAS.

SECRETARIAT GENERAL :
1000 BRUXELLES, rue Duquesnoy, 14.

LA TECHNOLOGIE ET LA SCIENCE COMME INSTRUMENTS DE LA REALISATION D'UNE EUROPE UNIFIEE; UN PLAN PAR ETAPES

Dr. Ir. A.P. OELE.

1. La technologie, source d'innovation et de croissance

Depuis le milieu de l'année 50, l'Europe occidentale connaît une croissance économique d'une durée et d'une ampleur jusqu'alors inconnues, qui est due à la conjonction favorable de plusieurs secteurs. Un rôle décisif a été joué à cet égard par la stabilité des échanges mondiaux après la guerre et par la création du marché commun de la Communauté européenne. Ce ne sont toutefois pas les seuls facteurs qui ont contribué au bien-être matériel. En effet, l'accélération du développement technique a également eu son importance, qui s'est encore agrandie ces dernières années après que les impulsions initiales nées de l'agrandissement du marché se sont quelque peu atténuées. L'élargissement du marché a favorisé la productivité par la spécialisation et les agrandissements d'échelle.

Il semblerait que dans un certain nombre de secteurs industriels, cette évolution vers la spécialisation et l'agrandissement d'échelle se soit légèrement ralentie. La tendance au gigantisme des unités de production dans les secteurs chimiques et sidérurgiques, par exemple, est enlisée pour l'instant dans les excédents de capacités. Le mouvement de réorganisation observé dans les entreprises et la diminution des opérations de fusion laissent entrevoir que nous entrons dans une nouvelle phase de l'économie européenne. Les experts assurent que la poursuite de la croissance sera encore déterminée davantage par les progrès de la technologie et la mise au point de produits nouveaux. Cela met en lumière l'importance croissante de l'innovation.

2. Les éléments de l'innovation

A la réflexion, le procès d'innovation apparaît assez complexe. Il se déroule dans un système dont les divers éléments doivent être adaptés les uns aux autres pour que le processus d'innovation puisse être optimalisé.

./...

On a entrepris d'étudier ce système au cours des années 60, lorsqu'on éprouvait les appréhensions les plus vives concernant le fossé technologique et l'avance des Etats-Unis dans le domaine des techniques nouvelles. Le débat sur les causes du retard de l'Europe a clairement montré que les divers éléments de l'innovation constituaient les maillons d'une chaîne, dont les principaux sont l'enseignement, les échanges de connaissances, la recherche fondamentale, la qualité de la direction des entreprises et de laboratoires, les techniques de marketing et, enfin, la politique industrielle des pouvoirs publics.

Le système de l'innovation obéit à la loi du minimum. Lorsque l'un de ses facteurs est minimal, le rythme de l'innovation sera déterminé par ce minimum. De même que la croissance d'une plante est limitée, selon la loi de Liebig, par le facteur minimal (p. ex. l'apport de matières nutritives minérales), de même, la naissance d'un nouveau produit technologique peut être entravée par exemple par l'absence d'une recherche orientée dans les entreprises.

3. Coordination insuffisante entre la politique scientifique et la politique industrielle

Les tentatives entreprises pour parvenir au niveau national à une optimisation de l'innovation grâce à une politique mieux orientée en matière de science et de technologie, ne se sont révélées que partiellement efficaces. Dans de nombreux cas, l'aide financière qui devait être accordée par les gouvernements est apparue supérieure aux prévisions. Par définition, les pouvoirs publics n'étaient pas disposés à garantir un financement continu sur base pluriannuelle étant donné les déboires parfois inévitables subis lors de la mise au point de ces projets, de telle sorte qu'on s'est inévitablement heurté à des difficultés.

Il est difficile d'en tenir rigueur aux gouvernements intéressés qui se voient dans l'obligation de fournir également des crédits pour d'autres tâches non moins importantes.

L'OCDE a formulé pendant les années 60 des recommandations très utiles pour faire reconnaître par les gouvernements

./...

l'importance de la recherche scientifique de l'innovation technique en tant qu'objet d'une politique orientée. A la suite de ces recommandations, de nombreux états européens ont lancé une politique en matière de recherche scientifique. Si l'innovation s'est ainsi trouvée encouragée à la base, ses applications industrielles ont donné lieu à des difficultés très grandes, car la politique industrielle nécessaire pour assurer le raccordement de l'innovation à l'industrie faisait défaut ou présentait des lacunes, si bien qu'au cours de la deuxième moitié des années 60, l'accent a été mis davantage sur la politique industrielle nationale.

4. La technologie de pointe pâtit du morcellement existant en Europe et de l'absence d'une politique industrielle européenne

Dès les années 50, on s'est rendu compte en Europe que les crédits à investir dans la "grande" recherche scientifique et la technologie de pointe dépassaient de très loin les possibilités dont disposaient les états européens de petite et moyenne dimensions.

Les organisations intergouvernementales et internationales de recherche et de technologie, qui ont été créées en conséquence, n'ont en fait pas répondu à l'attente. Sans doute ont-elles contribué à alléger les charges par un financement commun, mais elles se sont montrées trop peu adaptables lorsqu'il a fallu opérer des restrictions et des sélections par suite de certains déboires et de changements dans l'optique sociale. Les causes de ces manquements sont maintenant évidentes.

Elles procèdent du cloisonnement et du manque de coordination des missions assignées à ces organisations internationales et à l'absence de précision dans la définition des objectifs dont il est apparu a posteriori que tous les participants ne pouvaient les accepter. Il manquait un cadre de référence pour la gestion sélective indispensable des projets. L'élaboration d'une politique industrielle européenne, qui aurait pu faire fonction d'un tel cadre de référence, reste toujours un voeu pieux. Aussi n'est-il pas surprenant que ce soient précisément les projets axés sur la création de produits nouveaux d'un grand intérêt industriel et commercial

./...

qui aient échoué, alors qu'une entreprise telle que le CERN, dont l'activité se limite à la recherche fondamentale, a pu se maintenir avec succès.

5. L'impasse actuelle est particulièrement nocive à la modernisation du secteur des services collectifs

Ce n'est pas seulement l'absence d'une politique industrielle communautaire qui freine le développement de la technologie européenne, mais aussi la qualité de la gestion des projets.

Il serait injuste de critiquer ceux qui en ont été chargé. En effet, le fait que les états participants déterminent largement l'affectation annuelle des crédits budgétaires et les incertitudes qui en découlent pour l'établissement d'un programme de recherche à long terme, ont fait obstacle à toute action combative et efficace. Dans de telles conditions, il n'est guère étonnant que les états européens ne semblent plus avoir l'énergie nécessaire pour promouvoir en commun de nouvelles technologies, et que ce qui leur reste de dynamisme soit largement consacré à la poursuite des projets déjà mis à exécution.

Des missions urgentes de grande importance sociale, et en particulier dans le secteur des services collectifs, ne reçoivent guère l'attention qu'elles méritent.

6. Les conditions d'une nouvelle conception plus rationnelle

Telle est l'an alyse critique, mais objective, de la situation actuelle. Elle n'a rien de nouveau. Les réponses recueillies lors de l'enquête faite par le mouvement européen sur le rôle de la technologie, de la recherche et de l'université, constituent un matériel intéressant où l'on retrouve beaucoup des points de vue indiqués ci-dessus. On retrouve les mêmes réflexions dans les avis et rapports élaborés en préparation de la troisième conférence parlementaire sur la politique scientifique du Conseil de l'Europe à Lausanne. Ces rapports révèlent une volonté de tirer les enseignements des déboires encourus. Il ne faut pas sousestimer les difficultés qui se dessinent à l'horizon. L'accent est mis sur une meilleure apprécia-tion de l'expérience acquise. Il importe de ne se lancer dans de vastes et coûteux projets technologiques que si l'on est

./...

assuré de disposer des ressources budgétaires nécessaires à long terme, compte tenu d'échecs éventuels. Il y a lieu d'exclure à priori tout projet contraire aux intérêts industriels nationaux. De plus, l'organisation des projets demande qu'une grande liberté soit laissée aux hommes de science chargés de leur exécution et de leur gestion. Cela implique nécessairement un transfert partiel de souveraineté nationale par les gouvernements qui participent à leur financement.

7. Propositions de la Commission Européenne

La Commission des Communautés européennes était déjà parvenue à des conclusions analogues. Dans les propositions qu'elle avait publiées fin 1970 concernant la création d'un centre de coordination pour la recherche et le développement européens, l'accent est mis sur le développement parallèle de la coopération, d'une part, en matière de politique industrielle et, d'autre part, en matière de recherche et de technologie. Un comité européen de la recherche et du développement assurerait la coordination nécessaire à cet effet. Seules les tâches qui ne pourraient être réalisées par la mise en commun d'actions nationales, devraient être exécutées à l'aide de ressources communes au niveau supranational dans le cadre d'une agence européenne pour la recherche et le développement. Ces propositions ménagent également à l'Euratom une nouvelle place en tant que centre de recherche autonome pour la définition de normes en vue de certains travaux de contrôle, et de concours à l'agence communautaire.

8. Pas encore de réponse du Conseil de Ministres

Le Conseil de Ministres européen n'a pas encore examiné ces propositions. Après les quelques progrès réalisés en 1971, on a pris la décision d'entreprendre un certain nombre de petits projets préparés par le groupe COST.

Des gouvernements de pays non membres de la Communauté européenne participent à ces projets, qui seront exécutés dans un cadre intergouvernemental, avec une participation "à la carte". Il s'agit de montants relativement modestes. Cet état de chose prouve une nouvelle fois les réticences qui existent actuellement vis-à-vis d'initiatives décisives sur le plan européen. Par ailleurs, l'incertitude qui persiste

./...

quant au programme de recherche de l'Euratom confirme encore les administrations nationales dans leur refus de faire un pas décisif vers la mise en place de structures politiques supranationales adaptées à la technostructure.

9. Il faut davantage qu'une volonté politique des gouvernements nationaux

Pourquoi ce manque de volonté politique ? Bien qu'il ne faille pas sous-estimer l'inertie et l'instinct de préservation des administrations et des centres de décisions nationaux, il paraît trop simpliste de vouloir l'expliquer par l'absence de toute initiative politique en matière de technologie européenne. Les réticences parfaitement compréhensibles à prendre des engagements fermes avant l'entrée de l'Angleterre ne suffisent pas non plus à l'expliquer. Ce serait de la naïveté que de supposer que, dès le début de 1973, la Communauté des Dix relancerait l'activité technologique. Cela demanderait que bien d'autres conditions encore soient remplies.

10. L'analyse de l'OCDE (M. King)

Il est intéressant de lire à ce propos les réflexions de M. King dans son rapport sur la démocratie parlementaire à l'ère scientifique. (Conseil de l'Europe - Troisième conférence Parlement et Science) :

"There is an increased public and parliamentary disquiet concerning the unwanted and damaging side effects of technology, initially most clearly evident through environmental pollution but also in relation to the mechanisation of work and loss of satisfaction in it, as well as the apparent lowering of the quality of life in the cities. In fact, all the problems of social disquiet, from the apparent irrelevance of education, the increasing alienation of individuals and groups within society, and the increase in crime, drug taking and delinquency, all tend to be blamend indirectly on technology or on the society of consumption and waste which it has made possible - and science as the precursor of technology is equally suspect. It is true that these negative influences are not necessarily inherent in science and technology but rather in the objectives to which science is aimed and the way is which technology is planned (or not planned) and managed (or not managed). Be that as it may, science is no longer accepted as a sacred cow : its claims are challenged, its demands for resources much more carefully (but not always wisely) scrutinised than in the past. Many people resent the apparantly privileged position of scientists as an apparently elitist

./...

group with technocratic leanings. While it is obviously right that science should be questioned and be forced publicly to justify its demands, there is a real danger that this can go too far. Science and technology have been immensely successful and have made possible the rise of man from subsistence level, have created the resources for the building of prosperous societies, have through medicine, contributed greatly to health and longer life, and the promise they hold for the creation of better societies and the abolition of poverty is enormous. The problem is the essentially political one of how to guide and manage technological progress for the well-being of society, a matter as yet seldom explicitly tackled by governments or debated in parliaments".

11. Le climat de méfiance vis-à-vis de la technologie dans l'opinion publique

L'intérêt pour les problèmes de l'environnement et la sauvegarde de l'équilibre écologique s'accompagnent de critiques de plus en plus vives contre la technologie moderne. Le fait que le dogme du progrès technologique soit de plus en plus mis en doute aux Etats-Unis est un signe des temps. On est encore loin de l'équilibre entre les pôles formés par les communautés de Californie et la chambre de contrôle de la NASA. Il faudrait trouver pour l'Europe une conception plus équilibrée. Il sera extrêmement difficile de convaincre l'opinion publique que la technologie est un instrument, un moyen, et non pas un but auquel doit se soumettre la collectivité. Ce n'est que lorsqu'on aura convaincu les électeurs que la technologie peut être maîtrisée et mise au service de la collectivité, qu'il deviendra possible de prendre de nouveaux engagements au niveau européen. Votre rapporteur estime qu'il faudra dans les prochaines années beaucoup faire pour socialiser la science et la technologie avant de pouvoir surmonter les grandes objections que lui oppose l'opinion. Tant que la technologie restera un monstre sacré et que l'amour qu'on lui portait jadis peut se transformer brusquement en haine, il ne faut pas placer des espoirs excessifs dans les efforts d'innovation, nécessaires en soi, qui vont être entrepris à l'échelle européenne.

12. La fonction sociale de la science et de la technologie

Il est possible de formuler en termes plus politiques cette critique de la collectivité. En effet, la maîtrise de l'innovation est synonyme de puissance. Celle-ci peut se manifester de toute sorte de manière sur le plan économique ou militaire. Elle signifie en tout cas la domination de l'avenir. Ce problème de

./...

la puissance soit également être résolu en vue d'une politique commune. Cela ne nécessite pas seulement une conception de la politique industrielle qui soit acceptable pour tous les partenaires, mais les conséquences sociales de cette politique technologique et industrielle doivent elles aussi être acceptables pour tous.

13. Principales conditions d'une politique technologique efficace pour l'Europe

Si l'on considère l'analyse faite ci-dessus des causes de l'impasse où se trouve la politique technologique, il est permis de tirer les conclusions suivantes au sujet des conditions qui doivent être réunies en vue d'une relance de la coopération européenne dans ce domaine.

a) Les projets d'intérêt industriel et social doivent être soumis à un contrôle parlementaire plus rigoureux qu'auparavant avant de pouvoir mener une existence plus ou moins autonome. Aux stades ultérieurs, il doit rester également possible d'exercer un contrôle démocratique sur les résultats de la recherche. C'est là une raison de plus pour développer la Communauté européenne, et surtout pour étendre les compétences du Parlement européen.

b) Il est exclu que les structures nécessaires à l'innovation au niveau européen puissent être mises en place à bref délai. Il convient d'élaborer un plan par étapes pour parvenir au but recherché et il faudra pour ce faire tenter de mettre la coopération technologique européenne au service d'une meilleure compréhension des aspects sociaux positifs de la recherche scientifique et technologique.

c) Le choix des nouveaux projets devra davantage tenir compte des objectifs propres à répondre aux aspirations sociales des masses. Ce n'est qu'au moment où l'on aura montré à l'opinion que les nouvelles technologies ouvrent des possibilités illimitées pour combler toutes sortes de lacunes dans le bien-être, que l'on sera disposé à faire de nouveaux sacrifices pour ces techniques. La gestion du milieu devra inspirer autant le développement technologique que la politique industrielle.

./...

14. La démocratisation : perspectives sociales et politiques

Maintenant que la société ressent de plus en plus l'influence considérable et souvent autonome de la science et de ses applications, on aspire davantage à maîtriser la recherche dans le sens d'une intégration à nos connaissances techniques au profit du progrès social. L'expression anglaise "policy for science and science for policy" résume adéquatement cette aspiration. Les nouveaux développements exigent une politique mieux orientée, mais inversement, la science doit jouer davantage dans l'élaboration de la politique. Si l'on ne veut pas violer les principes fondamentaux de la démocratie, il faudra soumettre à la sanction parlementaire les objectifs formulés pour et par la science et ceux-ci devront pouvoir faire l'objet de débats et d'appréciations publics. Ce ne sera pas facile. En dépit des progrès accomplis ces dernières années dans ce sens, les procédures nécessaires sont encore peu développées. On trouve encore beaucoup de lacunes, aussi bien du point de vue de la démocratisation "sociale", qui intéresse les hommes de science et les technologues eux-mêmes à la signification sociale et aux options sociales de leurs travaux, que dans la démocratisation "politique" par laquelle les représentants démocratiques et les parlementaires prennent position sur les travaux de recherche des projets de développement. Les raisons en sont très diverses.

Les principales tiennent à un manque d'ouverture, à une connaissance insuffisante des conséquences sociales et des coûts de certains projets, et surtout aussi souvent à l'absence d'un budget scientifique qui fixe à long terme les options et les engagements. Il convient de combler ces lacunes si l'on veut parvenir à un contrôle et une prise de décision démocratiques satisfaisants.

15. Insuffisance du contrôle parlementaire des projets transnationaux

Dans plusieurs parlements nationaux, des efforts ont été entrepris avec un succès divers pour parer aux carences indiquées plus haut. Il faut reconnaître que les parlements peuvent eux-mêmes faire beaucoup pour étendre leur influence sur l'activité de la recherche scientifique. Un dialogue régulier avec les chercheurs et les experts sur les projets d'une grande

./...

importance sociale et des débats publics sur les implications à long terme du budget scientifique peuvent largement contribuer à rétablir la confiance entre les citoyens, leurs représentants et les hommes de science et technologues. Bien que la situation soit encore loin d'être parfaite au niveau national, les possibilités d'amélioration existent. Au niveau international en revanche, ces possibilités sont malheureusement extrêmement faibles. Les projets intergouvernementaux échappent pratiquement à tout contrôle. La cogestion est pratiquement inexistante. La situation de l'Euratom en est un exemple frappant. Depuis la fin de 1967, le Parlement européen insiste pour obtenir un budget plus équilibré axé sur un programme de recherche pluriannuel valable. Bien que le traité de Rome exige l'adoption d'un tel programme pour l'Euratom, il n'est toujours pas arrêté à l'heure actuelle. On devine quelles ont été pour cette organisation les conséquences de ce malaise qui persiste depuis cinq années.

16. <u>On demande des analyses prévisionnelles plus nombreuses et plus cohérentes</u>

L'approfondissement de la coopération européenne entreprise maintenant offre en principe la possibilité d'aboutir aussi à une situation plus démocratique sur le plan européen. Pour ce faire, les différents projets doivent être jugés dans le contexte global de l'évolution sociale et de l'influence des facteurs technologiques dans cette évolution. Pour en connaître la trame, il faut disposer des projections nécessaires, lesquelles sont dès à présent effectuées pour un certain nombre de secteurs. Il existe des informations intéressantes sur l'évolution prévisible de la production d'électricité, de l'énergie nucléaire, de l'aéronautique, de la navigation spatiale, de l'informatique et des transports terrestres. Si l'on considère ces diverses études sectorielles séparément, on est conduit à penser qu'elles sont en fait des "self-fulfilling prophesies". Si l'on additionne les différents desiderata et prévisions, il est évident qu'ils imposent des exigences excessives à la collectivité. C'est pourquoi ces études sectorielles doivent être contrôlées à l'aide d'un modèle plus cohérent et plus systématique de l'évolution sociale future. Un tel modèle doit tout d'abord être

./...

cohérent et il doit aussi être compatible avec les aspirations justifiées concernant la qualité du milieu et à la qualité de la vie collective. L'élaboration d'un modèle de ce genre est particulièrement malaisée, mais les techniques modernes peuvent offrir des solutions dans ce domaine. Un pas a récemment été franchi dans la bonne voie sous les auspices du "Club de Rome" lors de la publication des modèles mondiaux de Forrester et Meadows.

17. Un forum européen pour l'appréciation des options et des résultats de la futurologie

Maintenant que les économies des pays d'Europe occidentale évoluent vers une intégration toujours plus poussée, il devient judicieux de faire effectuer ces études prospectives dans un cadre européen. Elles devront évidemment être assurées par des experts qui ne devront pas se limiter à des analyses sectorielles. Une étude prospective plus globale de la collectivité industrielle européenne et de ses options est devenue indispensable. Parmi les diverses institutions européennes existantes, il semble que ce soit le Parlement européen qui soit le mieux placé pour veiller que de telles études soient entreprises. Une telle recherche offre la possibilité dans le choix plus responsable des projets de recherche d'intérêts collectifs. C'est précisément parce que cette appréciation peut être fondée sur une certaine connaissance des limites et des possibilités des ressources européennes communes, qu'il y a lieu de corriger les erreurs commises dans un passé, où l'on avait surestimé l'intérêt et les capacités d'un certain nombre de projets isolés. Un deuxième avantage peut-être encore plus grand de cette approche européenne fondamentale serait de réduire à des proportions raisonnables l'élément de la capacité concurrentielle nationale. Les critères du progrès social peuvent recevoir plus de poids que dans le passé.

18. Un plan par étapes pour la réalisation d'une politique européenne commune

Il s'écoulera évidemment plusieurs années avant que ces études respectives puissent être réalisées efficacement et appliquées au niveau européen. Il s'écoulera encore plus de temps

./...

avant que les projets retenus grâce à ces études puissent être financés par des ressources communautaires. De même que l'union économique et monétaire ne peut être mise en place en deux ou trois ans, de même, il faudra franchir un certain nombre d'étapes avant d'aboutir à une politique européenne de la recherche qui soit plus équilibrée, plus démocratique et plus sociale. Il existe un lien évident entre celle-ci et la réalisation de l'union économique et monétaire. Mais cela n'implique pas que cette union débouche automatiquement sur une communauté européenne de la science et de la technologie.

Il faut cependant prendre certaines initiatives dans le sens d'une communauté technologique si l'on veut ne pas entraver le développement de l'union économique. En effet, cette dernière exige une solidarité européenne très étroite, qui doit s'exprimer par la politique régionale et par l'élimination des retards régionaux. Il faudra, pour ce faire, une politique industrielle commune dans certains secteurs. Des moyens technologiques et scientifiques devront être disponibles pour réaliser des innovations permettant la répartition des implantations industrielles et la modernisation des régions à structure industrielle vieillie. Le contrôle et le rôle du Parlement européen devront être sensiblement renforcés, surtout dans le secteur du développement et de la programmation économiques, si l'on veut que l'union économique soit viable. Le facteur de la recherche et du développement devra être appelé à jouer un rôle grandissant dans cette programmation à moyen terme. Il s'en suit que le parachèvement de l'union économique impliquera aussi le franchissement d'étapes importantes sur la voie conduisant à une politique industrielle et à une politique de la recherche communautaire. Pour que cela devienne possible, il faudra définir un plan par étapes en vue de la réalisation d'une politique commune en matière de recherche et de technologie.

19. La relation avec l'union économique et monétaire

Il est tentant de formuler ici quelques suggestions pour un tel plan par étapes, et un certain nombre de propositions sont formulées dans les trois paragraphes suivants. Elles s'articulent en un plan à trois étapes, chacune de cinq années

./...

années au plus. Ces propositions tiennent compte des organisations transnationales existant dans le secteur de la recherche et de la technologie. La calendrier a été choisi de telle manière que les mesures indiquées pour les deux premières étapes puissent être prises au cours de l'achèvement de l'union économique et monétaire. Ces propositions ne prétendent pas présenter un plan complet par étapes, car celui-ci demanderait davantage de recherches et surtout un débat politique plus approfondi.

20. Première étape :

1.1 Consultations régulières entre les ministres responsables de la politique scientifique sur la répartition des projets nationaux et transnationaux et sur la mise en commun des moyens pratiques et financiers nécessaires pour l'exécution de cette dernière catégorie de projets.

1.2 Création d'un centre chargé de répertorier et d'informer les organismes de recherches intergouvernementaux et transnationaux.

1.3. Création d'un institut d'études prospectives et de construction de modèles pour les systèmes sociaux sous l'égide du Parlement européen et de la Commission européenne.

1.4 Agrandissement du marché et mobilité accrue des hommes de science européens par la promotion des échanges, par l'élimination des obstacles sociaux et autres à l'intention des chercheurs expérimentés travaillant à l'étranger et par la création d'un système de bourses. Ces diverses mesures s'inspiraient des propositions déjà formulées par le Comité Aigrain.

1.5 Adoption d'un programme pluriannuel convenable pour l'Euratom, qui serait chargé aussi de missions ne relevant pas du domaine nucléaire et qui se situeraient, en particulier, dans le domaine de la protection de l'environnement, et reconnaissant à l'Euratom le rôle central d'un institut supranational indépendant de référence pour la fixation des normes en Europe.

./...

21. Deuxième étape :

2.1 Transformation du centre d'inventaire et d'information des organisations de recherches intergouvernementales et transnationales en un centre de coordination assisté d'un comité pour la recherche et le développement qui serait adjoint à la Commission européenne.

2.2 Rationalisation et intégration aussi poussées que possible des différentes organisations chargées des coûteux travaux de recherche dans les secteurs de pointe, tels que les techniques aérospatiales, l'énergie nucléaire et les télécommunications.

2.3 Elaboration d'un budget scientifique européen récapitulatif et descriptif, qui ferait l'objet d'un débat au Parlement Européen.

2.4 Consultations régulières des ministres chargés de la politique en matière de recherche et de la politique industrielle, ces politiques étant contrôlées quant à leur compatibilité avec la politique de l'environnement préconisée par la Commission européenne.

2.5 Création d'un centre européen pour la recherche pédagogique et l'amélioration des systèmes d'enseignement.

2.6 La convocation d'une conférence pour l'utilisation des technologies et l'environnement lors de laquelle les résultats des études futurologiques seraient discutés en présence des parlementaires européens et de nouvelles options formulées compte tenu des développements nouveaux.

22. Troisième étape :

3.1 Création d'un conseil pour la technologie, la consommation et le milieu, composé d'hommes de science, de représentants des organisations de consommateurs et de spécialistes de l'environnement.

3.2 Transformation d'un budget scientifique récapitulatif en un budget scientifique fixant des options pour les projets européens.

./...

3.3 Création d'une agence européenne pour la recherche et le développement chargée de la gestion générale des projets de recherche et de développement incorporés dans le cadre commun, le financement étant à assurer par un fonds qui doit être créé à cet effet.

3.4 Octroi au Parlement européen de tous pouvoirs concernant le contrôle et l'approbation des dépenses à engager sous la gestion de l'agence européenne et dans le cadre du fonds pour la recherche et le développement.

3.5 Définition d'objectifs communs pour la politique économique à moyen terme sur la base des critères de progrès social empruntés aux études futurologiques. Les problèmes du milieu et l'équilibre du développement technologique industriel, notamment, seront particulièrement pris en compte.

23. <u>La technologie et les sciences sociales doivent être indissociables</u>

Votre rapporteur est conscient que ses propositions sont peu pragmatiques et mettent largement l'accent sur certaines mesures administratives et institutionnelles. Cela s'explique par la nécessité d'intégrer toujours davantage la science et la technologie à un contexte social plus large. C'est pourquoi le présent rapport s'attache particulièrement à la nécessité d'effectuer des études prospectives systématiques et sociales cohérentes en vue de l'appréciation des différents projets en matière de recherches et de technologie.

C'est pourquoi la politique de l'environnement a été citée dans un certain nombre de propositions comme condition d'une politique industrielle et technologique responsable. Les temps sont passés où la promotion des applications scientifiques et techniques était un devoir sacro-saint pour la société. Les hommes politiques doivent s'en tenir ici à une certaine sélection et à certaines limites. Tout d'abord, parce que les ressources financières sont limitées, et en second lieu, parce que les impératifs du milieu et les relations sociales à considérer fixent au développement industriel et technologique certaines limites qui ne peuvent ni ne doivent être franchies impunément. Il faut

./...

une approche en quelque sorte multidisciplinaire. Aussi doit-il s'établir des contacts de plus en plus étroits entre les sciences administratives, les sciences économiques et les disciplines exactes de l'analyse de systèmes et de la futurologie. Il est à regretter que l'Université européenne de Florence qui va maintenant être créée sera encore privée dans les premiers temps de ces contacts interdisciplinaires, qui ont une telle importance pour l'avenir. Sans doute est-il utile d'approfondir les richesses de notre héritage commun par l'étude de l'histoire européenne, mais il est encore beaucoup plus utile de conférer à notre avenir communautaire un contenu plus social, et surtout plus humain, en faisant le lien entre les sciences sociales et les disciplines auxquelles fait appel le développement technologique. Aussi l'entreprise de Florence risque-t-elle d'être une nouvelle occasion manquée.

24. Quelques projets de recherche urgents

Pour conclure ce rapport, nous présenterons encore quelques suggestions concernant les domaines de la recherche où la coopération européenne doit encore être intensifiée à bref délai. Il s'agit d'un certain nombre de questions qui n'ont pas reçu l'attention qu'elles méritaient en raison de la confusion qui a sévi sur le front technologique européen. Ce sont avant tout des projets d'un intérêt social immédiat dont la majeur partie relève du secteur public. Nous les citerons ci-après sans observer un ordre particulier.

Dans le secteur des transports publics, il existe un retard considérable en ce qui concerne l'introduction de nouveaux moyens de transport dans les agglomérations urbaines. Les projets de mise en place de trains rapides et ultra-rapides souffrent de l'absence de toute coopération au niveau européen. Dans le secteur des télécommunications, il faut actuellement décider du remplacement des anciennes centrales téléphoniques par des équipements électroniques modernes. Dans ces installations, les ordinateurs et parties d'ordinateurs peuvent être adaptés aux objectifs les plus divers. Il faut une concertation

./...

européenne sur les systèmes à retenir si l'on veut que les communications internationales profitent d'une manière satisfaisante des nouvelles techniques.

Dans le secteur de l'exploitation pacifique de l'énergie nucléaire, on se voit dans la nécessité de parvenir à une réglementation rigoureuse en matière de traitement et de manutention des déchets radioactifs, y compris la surveillance des réacteurs épuisés devenus particulièrement radioactifs. Ce problème ne peut être étudié et résolu de façon satisfaisante qu'à l'échelle européenne. On s'efforce maintenant d'arriver à des accords européens dans le cadre de l'Euratom. On ne peut cependant se garder de penser que cette partie peu attrayante, mais néanmoins vitale, des programmes nucléaires n'a pas reçu l'attention qu'elle mérite du point de vue social.

25. Conclusion

Il serait facile de citer encore des exemples plus nombreux des tâches urgentes qui doivent être entreprises au niveau européen. Ce sont surtout les techniques de sauvegarde de l'environnement qui offrent le plus de points d'attache. Que l'on songe seulement au problème de l'assainissement de nos rivières polluées. Tout cela prouve qu'il importe d'élaborer assez rapidement une politique plus complète et mieux intégrée en vue de l'application de la recherche scientifique et technologique dans la collectivité européenne. Ce n'est que si nous réussissons à mettre nos moyens scientifiques et techniques au service du progrès social que nous permettrons à une nouvelle génération d'Européens de trouver un nouvel équilibre.

- - - - - -

PROJET DE RESOLUTION

Le congrès du Mouvement européen, réuni à Bonn en mai 1972

- ayant entendu les discussions concernant la coopération technologique et la politique en matière de sciences et de recherche ;
- considérant que les moyens manquent surtout au niveau européen de mettre la science et la technologie au service du progrès social ;
- considérant que la réalisation par étapes de l'union économique et monétaire sera gravement entravée si aucun progrès n'est accompli en ce qui concerne la politique industrielle communautaire qui s'y rattache,

demande aux gouvernements et aux parlements des Etats membres d'élaborer un plan pour la réalisation, par étapes, d'une coopération étroite en matière de science et de technologie ;

demande que le plan prévoie essentiellement :

- une coopération plus étoite au profit des équipements collectifs et de l'amélioration du milieu ;
- une extension du "marché commun" de la recherche et des experts ;
- l'appréciation des propositions d'innovation à l'aide d'études prospectives plus générales analysant les conséquences sociales des projets proposés à l'aide de modèles réalisés grâce aux techniques de l'analyse de systèmes ;
- une élaboration aussi démocratique que possible des décisions par l'octroi d'un droit de regard au Parlement européen et la création d'un comité pour la technologie, le milieu et la consommation, composé de représentants des milieux scientifiques et des organisations de consommateurs;
- la création d'un centre européen pour la recherche et le développement et d'une agence européenne pour la recherche et le développement en vue de la gestion des projets communautaires.

et passe à l'ordre du jour.

- - - - - -

MOUVEMENT EUROPEEN

MEMBRES

ORGANISATIONS EUROPEENNES.

Association Européenne des Enseignants (AEDE) : Président : M. André ALERS.
Centre d'Action Européenne Fédéraliste (AEF) : Président : J. H. C. MOLENAAR.
Conseil des Communes d'Europe (CCE) : Président : M. Henri CRAVATTE.
Ligue Européenne de Coopération Economique (LECE) : Président : Comte BOËL.
Mouvement Fédéraliste Européen (MFE) : Président : M. Etienne HIRSCH.
Mouvement Gauche Européenne (MGE) : Président : Sir Geoffrey de FREITAS.
Mouvement Libéral pour l'Europe Unie (MLEU) : Président : M. Jean REY.
Union Européenne des Démocrates Chrétiens (UEDC) : Président : M. Mario RUMOR
Union des Résistants pour une Europe Unie (URPE) : Président : Dr. L. BOUTBIEN.
Groupe Démocrate-Chrétien du Parlement Européen : Président : H. A. LÜCKER.
Groupe Libéral du Parlement Européen : Président : Dr. C. BERKHOUWER.
Groupe Socialiste du Parlement Européen : Président : M. Francis VALS.
Confédération Européenne du Syndicat Libre dans la Communauté (CISL) :
Président : M. A. KLOOS.
Organisation européenne de la C. M. T. (Confédération Mondiale du Travail) :
Président : M. Auguste COOL.
Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la C. E. E. (COPA) :
Président : M. Mathias BERNS.
Association des Journalistes Européens (AJE) : Président : Prof. Enrico SERRA.
Fédération Internationale des Maisons de l'Europe (FIME) :
Président : Dr. Bruno BUCHWIESER.
Association Européenne des Cheminots (AEC) : Président : Dr. W. KNAPPEL.

CONSEILS NATIONAUX.

République Fédérale d'Allemagne (Président : Dr. Ernst MAJONICA).
Autriche (Président : Dr. Otto KRANZLMAYR).
Belgique (Président : M. Theo LEFEVRE).
Danemark (Président : M. Erhard JACOBSEN).
Espagne (Président : Don Salvador de MADARIAGA).
France (Président : M. Pierre SUDREAU).
Grande-Bretagne (Président : The Rt. Hon. Lord HARLECH).
Grèce
Irlande (Président : T. F. O'HIGGINS).
Italie (Président : Prof. Giuseppe PETRILLI).
Luxembourg (Président : M. Arthur CALTEUX).
Malte (Président : Prof. Salvino BUSUTTIL).
Norvège (Président : M. Svenn STRAY).
Pays-Bas (Président : M. J. H. C. MOLENAAR).
Suède (Président : M. Bo MARTINSSON).
Suisse (Président : M. Willi ROHNER).
Turquie (Président : Dr. Muhlis ETE).

95992-472

l'imprimerie PUVREZ
59, av. Fonsny - Bruxelles
Tél. 37.12.00

MOUVEMENT EUROPEEN

RAPPORT INTRODUCTIF
A LA SECTION IV

L'Europe dans le Monde

RICHARD MAYNE

CONGRES DE L'EUROPE

BONN - BUNDESHAUS
12 - 13 mai 1972

IV

MOUVEMENT EUROPEEN

Présidents d'honneur :

† Léon BLUM, † Alcide de GASPERI,
† Robert SCHUMAN, † Sir Winston CHURCHILL,† Konrad ADENAUER,
Harold MACMILLAN, Jean MONNET, Paul-Henri SPAAK.

COMITE EXECUTIF.

Président : Prof. Dr. Walter HALLSTEIN.

Vice-Président : M. Gaston DEFFERRE.

Trésorier : M. Theo LEFEVRE.

Secrétaire général : M. Robert van SCHENDEL.

Membres : MM. The Rt. Hon. Lord HARLECH,
J. H. C. MOLENAAR,
Prof. Giuseppe PETRILLI,
M. Maurice FAURE.

COMITE DIRECTEUR.

MM. André ALERS,
Dr. C. BERKHOUWER,
Dr. Angelo BERNASSOLA,
Mathias BERNS,
P. J. BLAISSE,
Comte BOËL,
Dr. Léon BOUTBIEN,
Pierre CABUY,
Arthur CALTEUX,
Auguste COOL,
Dr. Enzo DALLA CHIESA,
Fernand DEHOUSSE,
Gerhard EICKHORN,
Jacques ENOCK,
Emilio GABAGLIO,
Lord GLADWYN,
Etienne HIRSCH,
MM. Gérard JAQUET,
Otto KRANZLMAYR,
Rodolfo LLOPIS,
Dr. Ernst MAJONICA,
Dr. Karl MOMMER,
Franco NOBILI,
Dr. F. C. von OPPENHEIM,
Alain POHER,
Théo RASSCHAERT,
Jean REY,
Raymond RIFFLET,
The Rt. Hon. Duncan SANDYS,
Prof. Umberto SERAFINI,
Pierre SUDREAU,
Prof. Virgil VENIAMIN,
André VOISIN,
Dr. Max WEISGLAS.

SECRETARIAT GENERAL :
1000 BRUXELLES, rue Duquesnoy, 14.

LA COMMUNAUTE EUROPEENNE DANS LE MONDE

Introduction

Le thème de ce rapport devrait en principe être "L'Europe dans le monde" ; mais il serait excessif, même après l'élargissement de la Communauté économique européenne, de prétendre que celle-ci représente l'Europe toute entière. La Communauté européenne reste dans les limites de l'Europe de l'Ouest : elle ne comprend pas non plus la totalité de cette région. Rompons donc d'abord avec la mauvaise habitude d'identifier notre Communauté et notre continent.

Considérons ensuite l'évolution de nos rapports avec le reste du monde sous trois titres distincts mais étroitement liés : l'économie, la politique et la défense. Ce sont, pour ainsi dire, les trois "étages" de la fusée lancée il y a 22 ans par la Déclaration de M. Robert SCHUMAN et soigneusement préparée par M. Jean MONNET.

Examinons enfin quelles sont et quelles seront les répercussions de notre action sur l'organisation graduelle des rapports entre les peuples du monde, car l'unification de l'Europe, si importante, n'a jamais été un objectif en soi. L'un des buts les plus importants de l'union européenne est la réalisation d'un rêve d'après-guerre trop souvent oublié dans les débats acharnés de Bruxelles et trop souvent tenu pour illusoire : c'est-à-dire l'établissement d'un système mondial de règles et d'institutions garantissant le bien-être, la liberté et la paix.

N'ayons pas peur de ce langage démodé. Le vocabulaire professionnel des Européens en a terriblement soif.

* * *

L'ECONOMIE

Les nouvelles dimensions

La Communauté Européenne des Six était déjà un colosse. Celle des Dix sera plus grande encore. 255 millions d'habitants

./...

- davantage que n'importe quel pays du monde sauf l'Inde et la Chine ; un produit national brut qui vaudra au moins 560 milliards de dollars - une fortune qui n'est dépassée que par les Etats-Unis ; un commerce extérieur de 100 milliards de dollars, si l'on additionne les exportations et les importations - plus d'un tiers des échanges du monde entier.

Même sur le plan géographique, la Communauté des Dix est impressionnante. Son propre territoire est relativement petit : mais elle aura des liens d'association ou d'accord commercial avec près de 80 pays en Europe et ailleurs.

Dans ces conditions, la Communauté européenne aura des responsabilités inéluctables, tant envers les pays en voie de développement que pour le maintien et l'amélioration des rapports avec les états industrialisés.

Une situation nouvelle

Jusqu'ici, les relations extérieures de la Communauté ont évolué en fonction notamment de sa construction intérieure et des demandes des pays tiers. Ainsi, ses grandes réalisations dans le domaine extérieur - la négociation du "Kennedy Round", l'élargissement, l'association des pays africains et malgache, la conclusion des accords avec d'autres états - ont été en quelque sorte secondaires à l'établissement du Marché commun. Le résultat en est que la politique étrangère de la Communauté dans le domaine économique est marquée surtout par un pragmatisme plus propre aux habitudes britanniquesqu'à l'esprit cartésien si cher aux Européens du continent.

Les avantages en sont évidents. La Communauté a procédé par étapes, par nécessité et par prudence. Mais le danger en est également clair : celui de la contradiction, voie de l'incohérence. Actuellement, on assiste à une tension entre deux tendances principales qui risquent d'entrer en conflit : celle du régionalisme croissant et celle d'un multilatéralisme à ranimer.

L'élargissement de la Communauté augmente par elle-même la tendance régionaliste. Les accords à conclure avec les autres pays membres de l'A.E.L.E. (l'Autriche, la Finlande, l'Islande, le Portugal, la Suède et la Suisse) s'ajouteront aux

./...

associations déjà négociées avec la Grèce et la Turquie. L'extension de la Convention de Yaoundé ou l'élaboration d'une autre convention en faveur des pays anglophones d'Afrique augmentera la zone préférentielle constituée par les états africains de langue française. Les arrangements offerts à certains autres membres du Commonwealth élargira encore la discrimination pratiquée à l'encontre du reste du monde.

En même temps, il est vrai, la Communauté a proposé un système multilatéral de "préférences généralisées" à l'égard des pays en voie de développement. La tendance régionaliste se trouve ainsi en partie compensée. Mais les plafonds d'importation préférentielle sont relativement modestes et il est à craindre que celle-ci ne satisfera guère aux souhaits et aux besoins réels des intéressés. En même temps, les divers accords conclus ou à négocier avec des pays développés, en Europe et ailleurs, même s'ils seront compatibles avec le G.A.T.T. sur le plan strictement juridique, auront des effets sur l'opinion et peut-être sur l'économie de leurs concurrents, notamment aux Etats-Unis.

Dans l'état actuel des choses, il est évidemment impensable que la Communauté renonce à ses "liens spéciaux". Mais elle devra tendre vers des solutions multilatérales qui remplaceront graduellement ces accords partiels, afin d'aboutir à la longue à un système de rapports mondiaux plus approprié à une puissance économique aussi vaste que l'Europe des Dix.

Dans l'immédiat, il s'agit notamment des actions suivantes :

1. l'élargissement progressif des "préférences généralisées" ;
2. l'élimination, par les pays africains associés, des préférences accordées à leurs importations en provenance de l'Europe ;
3. l'élaboration d'accords mondiaux pour stabiliser les marchés des produits de base ;
4. La négociation, avec les Etats-Unis et les autres Parties Contractantes du G.A.T.T., de la réduction, voire de la disparition, des droits de douane sur les principaux produits industriels ;

./...

5. l'établissement de procédures permettant de confronter, notamment avec les Etats-Unis, le Canada et le Japon, les pratiques ayant tendance à fausser la concurrence ou à constituer des barrières commerciales dans les domaines non-tarifaires;
6. la constitution sur une base paritaire qualifiée, avec tout pays qui accepte d'y contribuer, d'un Fonds de compensation ayant pour but de faciliter la réadaptation des régions et des secteurs d'industrie touchés par les mesures de libéralisation décidées en commun.

Les domaines nouveaux de l'intégration

Le développement du Marché commun industriel et agricole et sa transformation en union économique et monétaire sont évidemment la condition des actions qui viennent d'être esquissées. Seule une Europe moderne peut être généreuse ; seule une Communauté liée par des politiques économiques et monétaires communes peut se permettre de détendre le lien que constitue actuellement son tarif extérieur. Mais l'extension de l'intégration à des domaines nouveaux - y comprises la lutte contre la pollution et la conservation des ressources et de l'environnement naturels - comportera elle aussi des conséquences en ce qui concerne les pays tiers.

Dans le domaine monétaire, l'adoption progressive du Rapport Werner et surtout du plan proposé au mois de février 1972 par le Federal Trust de Londres (rétrécissement des marges, établissement d'une monnaie commune - l'Europa - qui remplacerait l'Eurodollar) permettra à la Communauté Européenne d'établir une nouvelle relation d'indépendance, d'égalité et de confiance mutuelle avec la zone dollar. Dans la mesure du possible, l'Europe devrait éviter l'utilisation de ses devises comme monnaie de réserve, fonction qui devrait être remplie progressivement par les Droits de tirages spéciaux, gérés sur une base paritaire par les Etats-Unis et la Communauté Européenne, les autres pays y participant à la mesure de leur contribution réelle.

Dans le domaine de la lutte contre la pollution et pour la conservation des ressources et de l'environnement naturels - qui pourrait comprendre également la prévision et le contrôle

./...

du temps, en partie dans le cadre d'un programme spatial commun - une étroite collaboration est à prévoir entre la Communauté Européenne et les Etats-Unis, ainsi qu'éventuellement avec l'U.R.S.S. et dans un avenir plus lointain avec la Chine. Avec les Etats-Unis notamment, la Communauté devrait s'efforcer d'élaborer et de faire adopter un code de bonne conduite qui bannirait certaines pratiques industrielles aptes à créer des nuisances, soit pour les travailleurs, soit pour la population en général. A la longue, on pourrait envisager par exemple l'élimination du travail à la chaîne et du déversement dans les eaux des matières nocives. Toute infraction de ce code appellerait des mesures de protection tarifaires ou autres de la part de l'autre partenaire ; des différends devraient être débattus dans le cadre des procédures de confrontation déjà proposées. Ici encore, une action commune sur le plan européen est la condition de toute action de plus vaste envergure.

* * *

LA POLITIQUE

Toute distinction entre l'économie et la politique appelle des objections d'ordre logique et pratique à la fois. A la longue, il n'est guère possible de distinguer entre les deux. Pour l'instant, toutefois, et dans la situation actuelle de l'unification de l'Europe, l'on peut traiter au titre de la politique les activités poursuivies tant bien que mal par le Comité Davignon. Il s'agit notamment de l'effort de coordination des politiques étrangères des Etats membres, en particulier vis-à-vis de l'U.R.S.S., dans la Méditerranée et le Moyen-Orient, peut-être aussi en ce qui concerne la Chine.

Pour ce qui est des rapports avec l'U.R.S.S. et l'Europe de l'Est en général, le rôle que peuvent jouer les Etats membres de la Communauté, séparément ou en commun, semble assez limité par rapport au dialogue qui s'instaure entre l'Est et les Etats-Unis. La "politique de l'Est" de l'Allemagne, comme celle de la France, peut certes atteindre certains objectifs : mais un règlement d'ensemble des problèmes Est-Ouest en Europe, y compris la réunion pacifique du peuple allemand, dépend d'une part d'une évolution à long terme dont la consolidation de la

./...

Communauté Européenne fait partie intégrale et d'autre part d'une action conjointe de l'Europe et des Etats-Unis, action qui elle aussi ne sera possible et sûre qu'à condition que l'Europe se fasse.

Pour ce qui est des autres régions du monde, la conclusion semble être la même : la condition de toute action valable est l'union des ressources et des moyens de pression. Un exemple d'ordre peut-être secondaire peut illustrer cette constation : il s'agit de l'Afrique du Sud. L'entrée de la Grande-Bretagne au Marché commun et la disparition future de la préférence dont jouit l'Afrique du Sud dans le marché britannique commencent déjà à agiter l'opinion des milieux industriels de Johannesburg. On parle notamment de la possibilité de demander à la Communauté un accord d'association comparable à celle de la Convention de Yaoundé. Mises à part les considérations d'ordre économique, de nombreuses raisons politiques rendent assez invraisemblable une telle solution. Les hommes d'affaires de l'Afrique du Sud comprennent cela parfaitement ; ils ne sont pas loin, actuellement, d'exercer une certaine pression sur leur Gouvernement afin qu'il envisage de modifier les mesures de politique intérieure qui entraîne des conséquences, politiques elles aussi, chez les Dix. Cela ne veut pas dire que la puissance économique de la Communauté élargie peut - elle seule renverser la pratique de l'apartheid ; mais la tendance en est éloquente. C'est dire, enfin, que l'existence même de la Communauté économique européenne peut avoir des répercussions inattendues dans le domaine politique. Un autre exemple, en Europe cette fois, est celui de la Grèce.

Faire de ces exemples de base d'une politique étrangère serait évidemment prématuré dans la situation actuelle de la Communauté Européenne. Mais l'on peut en tirer la conclusion que même la Communauté actuelle, limitée à "l'économie", dispose de moyens politiques qui dépassent sa capacité de les utiliser. Il est possible que les récentes déclarations de M. BREZHNEV soient une première preuve que cette conclusion est partagée à Moscou.

Dans ces conditions, quelle devrait être la ligne de conduite des Dix ? D'ici quelque temps, ils doivent rencontrer

./...

les pays de l'Europe de l'Est dans le cadre de la Conférence Européenne sur la Sécurité. Peut-être que son objectif, aux yeux de Moscou, est de semer la confusion à l'intérieur de la Communauté. Mais il est certain que pour plusieurs pays de l'Europe de l'Est, un des avantages à espérer de la Conférence est une négociation économique avec la Communauté, au besoin par le truchement du Comecom. Voilà une occasion que la Communauté devrait saisir : voilà une raison de plus pour associer la Commission avec cette rencontre.

* * *

LA DEFENSE

L'approche de cette rencontre renforce également la logique d'une extension de l'intégration européenne vers le domaine de la défense. Il est vraisemblable que l'U.R.S.S., méconnaissant toujours la nature et les objectifs de l'unification de l'Europe de l'Ouest, veut surtout s'assurer que la Communauté demeure une Communauté économique et que ses pays membres n'unissent pas leurs efforts militaires. En soi, un tel souhait n'est certainement pas une raison d'agir dans le sens contraire : il n'est pas du tout prouvé que les craintes de Moscou soient un critère valable pour les actions de notre part. Mais si pour d'autres raisons l'unification des efforts de défense de nos pays est nécessaire ou même souhaitable, il serait sage de prévenir toute tentative de l'empêcher.

En effet, une telle unification est certainement souhaitable et pourrait s'avérer nécessaire. Elle est souhaitable pour des raisons d'économie, afin de limiter la croissance fatale des dépenses militaires. Elle est souhaitable pour des raisons d'équilibre, afin de répondre mieux aux menaces qui nous confrontent. Elle est souhaitable pour des raisons d'indépendance, afin de peser de notre poids dans le dialogue permanent avec les Etats-Unis au sein de l'Alliance Atlantique. Elle est souhaitable, finalement, pour des raisons de prudence, afin de démontrer notre résolution de nous défendre au cas où les forces américaines en Europe seraient réduites et notre volonté commune de faire une contribution plus efficace à l'Alliance afin qu'une telle réduction n'ait pas lieu.

./...

Conclusion : Institutions

Les considérations et les suggestions avancées ici sont relativement modestes. Mais la voie qu'elles envisagent est longue. L'Europe ne se fera pas d'un coup, ni dans une construction d'ensemble : l'avertissement est de Robert SCHUMAN. Déjà, cependant, deux conclusions s'imposent dans le domaine institutionnel. La première : que les institutions existantes de la Communauté ne sont toujours pas à la mesure de ses possibilités en ce qui concerne la politique extérieure. La deuxième : que l'existence même de la Communauté tend à susciter entre elle et le reste du monde des institutions comparables mais plus modestes qui pourraient jeter les bases d'une organisation du monde à plusieurs échelons.

Dans ses rapports avec le reste du monde, la Communauté souffre d'une faiblesse qui n'afflige aucune autre entité avec laquelle elle doit traiter : la dispersion des centres de décision. Lorsque le Président des Etats-Unis négocie avec un allié ou un ennemi, il peut discuter de tout ; mais lorsqu'il parle défense, ce sont les pays membres de la Communauté qui doivent répondre, tandis qu'aux sujets économiques c'est la Commission qui devient leur porte-parole. Dans de telles conditions, l'équilibre est difficile à atteindre. Seule la poursuite de l'intégration européenne par l'établissement d'un équivalent à la Commission dans les domaines de la politique étrangère et de la défense peut résoudre ce dilemme.

Mais déjà dans le domaine économique l'on peut constater l'effet mimétique que suscite la Communauté. Il ne s'agit pas seulement de la constitution, en Amérique Latine ou ailleurs, d'unions économiques tirant profit de l'expérience européenne. Il s'agit surtout du dialogue qui commence, avec hésitation peut-être mais petit à petit, entre l'Europe et les Etats-Unis ; il s'agit de la reconnaissance, tardive mais franche, que l'U.R.S.S. semble sur le point d'accorder à la Communauté Européenne. Le pavé européen est jeté dans la mare des relations internationales ; les ondes et les vagues sont théoriquement sans limites.

Richard MAYNE
avril 1972.

- - - - - -

PROJET DE RESOLUTION

Le Congrès du Mouvement Européen, réuni à Bonn, les 12 et 13 mai 1972,

- ayant entendu les débats concernant le rôle de l'Europe dans le monde;
- considérant que l'élargissement de la Communauté Economique Européenne crée, dans ses dimensions mêmes, une situation sans précédent;

APPELLE les peuples et les instances parlementaires et gouvernementales des Communautés européennes à assumer leurs responsabilités nouvelles dans l'organisation progressive d'un monde prospère, libre et pacifique;

DEMANDE à cette fin que la Communauté européenne :

- remplace, par étapes et dans la mesure du possible, le réseau existant d'accords partiels ou préférentiels, avec les pays tiers, par une politique cohérente à l'égard du reste du monde, fondée sur le principe de la non-discrimination;
- procède, en ce qui concerne les pays en voie de développement, à :

a) l'élargissement graduel des "préférences généralisées",
b) l'élimination des préférences qui lui sont accordées par les Etats africains et malgache associés,
c) l'élaboration d'accords mondiaux, afin de stabiliser les marchés des produits de base;

- aboutisse, en ce qui concerne les pays industrialisés, à :

a) la réduction réciproque, voire l'élimination, des droits de douane sur les principaux produits industriels,
b) l'établissement de procédures permettant de s'opposer aux pratiques tendant à fausser la concurrence ou à constituer des barrières non-tarifaires au commerce,
c) la constitution, sur une base paritaire qualifiée, avec tous pays qui acceptent d'y contribuer, d'un fonds de compensation ayant pour objectif de faciliter la réadaptation des régions et des secteurs de l'économie touchés par les mesures de libéralisation décidées en commun;

- se dote de moyens lui permettant d'établir une nouvelle relation d'indépendance et de confiance mutuelle avec la zone dollar;

./..

./..

- entame avec les Etats-Unis et les autres pays industriels, y compris éventuellement l'URSS, et, dans un avenir plus lointain, avec la Chine, une collaboration dans la lutte contre la pollution et dans la conservation des ressources et de l'environnement naturels, comprenant l'adoption d'un code de bonne conduite et de protection contre tout pays qui ne le respecterait pas;
- s'efforce d'améliorer les échanges tant économiques qu'humains, avec les pays de l'Est;
- réaffirme son intention d'assurer la paix en Europe et de contribuer à l'évolution pacifique du monde par la mise en commun progressive, dans le cadre de l'Alliance Atlantique, des moyens de défense actuellement diviés;
- établisse un Secrétariat politique, composé de personnalités indépendantes qui travailleraient en étroite liaison avec la Commission de la Communauté Economique Européenne et qui seraient chargées de faire aux représentants des Etats membres des propositions en matière de politique étrangère commune, politique qui serait administrée par le secrétariat sous le contrôle du Parlement Européen.

MOUVEMENT EUROPEEN

MEMBRES

ORGANISATIONS EUROPEENNES.

Association Européenne des Enseignants (AEDE) : Président : M. André ALERS.
Centre d'Action Européenne Fédéraliste (AEF) : Président : J. H. C. MOLENAAR.
Conseil des Communes d'Europe (CCE) : Président : M. Henri CRAVATTE.
Ligue Européenne de Coopération Economique (LECE) : Président : Comte BOËL.
Mouvement Fédéraliste Européen (MFE) : Président : M. Etienne HIRSCH.
Mouvement Gauche Européenne (MGE) : Président : Sir Geoffrey de FREITAS.
Mouvement Libéral pour l'Europe Unie (MLEU) : Président : M. Jean REY.
Union Européenne des Démocrates Chrétiens (UEDC) : Président : M. Mario RUMOR
Union des Résistants pour une Europe Unie (URPE) : Président : Dr. L. BOUTBIEN.
Groupe Démocrate-Chrétien du Parlement Européen : Président : H. A. LÜCKER.
Groupe Libéral du Parlement Européen : Président : Dr. C. BERKHOUWER.
Groupe Socialiste du Parlement Européen : Président : M. Francis VALS.
Confédération Européenne du Syndicat Libre dans la Communauté (CISL) :
Président : M. A. KLOOS.
Organisation européenne de la C. M. T. (Confédération Mondiale du Travail) :
Président : M. Auguste COOL.
Comité des Organisations Professionnelles Agricoles de la C. E. E. (COPA) :
Président : M. Mathias BERNS.
Association des Journalistes Européens (AJE) : Président : Prof. Enrico SERRA.
Fédération Internationale des Maisons de l'Europe (FIME) :
Président : Dr. Bruno BUCHWIESER.
Association Européenne des Cheminots (AEC) : Président : Dr. W. KNAPPEL.

CONSEILS NATIONAUX.

République Fédérale d'Allemagne (Président : Dr. Ernst MAJONICA).
Autriche (Président : Dr. Otto KRANZLMAYR).
Belgique (Président : M. Theo LEFEVRE).
Danemark (Président : M. Erhard JACOBSEN).
Espagne (Président : Don Salvador de MADARIAGA).
France (Président : M. Pierre SUDREAU).
Grande-Bretagne (Président : The Rt. Hon. Lord HARLECH).
Grèce
Irlande (Président : T. F. O'HIGGINS).
Italie (Président : Prof. Giuseppe PETRILLI).
Luxembourg (Président : M. Arthur CALTEUX).
Malte (Président : Prof. Salvino BUSUTTIL).
Norvège (Président : M. Svenn STRAY).
Pays-Bas (Président : M. J. H. C. MOLENAAR).
Suède (Président : M. Bo MARTINSSON).
Suisse (Président : M. Willi ROHNER).
Turquie (Président : Dr. Muhlis ETE).

95992-472

l'imprimerie PUVREZ
59, av. Fonsny - Bruxelles
Tel. 37.12.00

Ansprache

des

PRÄSIDENTEN DER EUROPÄISCHEN BEWEGUNG

Professor Dr. Dr. h. c. Walter Hallstein, MdB

zur Eröffnung des

KONGRESSES DER INTERNATIONALEN EUROPÄISCHEN BEWEGUNG

in Bonn am 12. und 13. Mai 1972

AUSZUG

Dieser Kongreß unterscheidet sich in vielem von anderen, verwandten Bemühungen.

Er spricht weniger das Gefühl an als den Verstand und den Willen. Der uralte europäische Traum kann nur Wirklichkeit werden, wenn die harten Tatsachen der Traditionen, der Interessen, der Machtstrukturen, der Ideologien fest und unerschrocken ins Auge gefaßt, analysiert und entweder mit ihrem Gefälle in die Planungen eingebaut oder, soweit das nicht möglich ist, kompensiert oder neutralisiert werden - und wenn ein unbeirrbarer Wille zum europäischen Fortschritt erweckt wird.

Auf diesem Kongreß wird also weniger von den allgemeinen Wahrheiten die Rede sein, über die sich so leicht Einigkeit herstellen läßt: daß ein einheitliches Europa schöner, stärker, reicher, harmonischer und sicherer sein wird als ein geteiltes. Und ebensowenig sollen wir uns den behaglichen Freizeitluxus von dogmatischen Kontroversen leisten Wir werden uns vielmehr bemühen, so konkret wie möglich zu sein.

Den Details wollen wir also nicht aus dem Weg gehen, in denen bekanntlich der Teufel ist. Es ist höchste Zeit, vor dem europäischen Bürger und mit ihm über die praktischen Arbeitsthemen der europäischen Politik zu sprechen. Er soll ja bald - so hoffen wir - in einen europäischen Wahlkampf gestellt werden, damit er sich nicht länger als Objekt oder gar als Opfer dieser Politik empfindet, sondern darauf vorbereitet wird, an der Souveränität über die europäische Aktion teilzuhaben.

Dieser Gedanke erklärt eine weitere Besonderheit dieses Kongresses. Er ist von langer Hand vorbereitet worden. Er ist die dritte und letzte Phase eines breit angelegten internationalen und nationalen Gesprächs. Zunächst haben Gruppen hervorragender Sachverständigen aus den Ländern der erweiterten Gemeinschaft die Fragen formuliert, die sich auf den einzelnen Gebieten der Europapolitik stellen und damit die Optionen definiert, die es zu vollziehen gilt. Sodann ist darüber teils in internationalen Veranstaltungen der Europäischen Bewegung, teils in den nationalen Bereichen diskutiert worden. Die Ergebnisse sind - ohne Bindung der Berichterstatter - in den Berichten mit verarbeitet, die Ihnen allen heute in den Sektionen vorliegen.

Um in der knappen Zeit ein Maximum an Ertrag zu erzielen, haben wir vier Sektionen gebildet. Sie sind unabhängig voneinander, in ihren Beratungen und in den Entschließungen, mit denen sie diese beenden. Es handelt sich also hier, wenn Sie das Bild erlauben, um eine "Konföderation" von vier Kongressen. Die Plenarsitzung am Ende wird in einer politischen Erklärung die große gemeinsame Linie präzisieren.

Diese Willensbekundungen sind das normale Aktionsmittel unserer Europäischen Bewegung, der nichtamtlichen, fast das ganze demokratische Europa umspannenden Organisation, die von Anfang an anfeuernd und kritisch die europäische Einigungspolitik begleitet hat und sie fördern will. Diesmal wollen wir damit zu einem Prozeß der Verbesserungen und der Verstärkung der europäischen Strukturen beitragen, den die Verantwortlichen in den Regierungen und den Organen der Gemeinschaft seit einiger Zeit betreiben, besonders seit der Haager Gipfelkonferenz von 1969, unter dem Druck des wachsenden Gewichts der Gemeinschaft und der gewaltigen Zunahme ihrer Aufgaben. Noch verlaufen diese Bemühungen in getrennten Geleisen.

Erstens hat die Gemeinschaft eigene Einnahmen erhalten - im wesentlichen aus den Zoll- und Abschöpfungseinnahmen an ihrer Außengrenze -, und dabei ist eine neuartige fortschrittliche Beteiligung des Europäischen Parlaments am Haushaltsverfahren beschlossen worden. Bei dieser Gelegenheit hat sich die Kommission verpflichtet, Vorschläge zur weiteren Stärkung des Europäischen Parlaments zu machen und der Rat hat sich bereiterklärt, diese zu prüfen. Ein Bericht von angesehenen Sachverständigen hat dafür unter Leitung von Professor Vedell soeben Anregungen gegeben.

Zweitens hat die Kommission Anfang 1971 bei der ersten Ingangsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion angekündigt, daß sie Anfang 1973 einen Bericht über die Verteilung der Verantwortung zwischen den Organen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten auf den einschlägigen Gebieten vorlegen werde.

Drittens sieht der Luxemburger Bericht über die Koordination der Außenpolitik vor, daß die Außenminister den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaftsstaaten einen zweiten Bericht darüber erstatten werden, "wie am besten Fortschritte in der politischen Einigung erzielt werden können".

Viertens schließlich sind die Erörterungen über die Direktwahl zum Europäischen Parlament nach einem Stillstand von mehr als einem Jahrzehnt wieder inganggekommen, nicht zuletzt dank den Initiativen in fast allen Mitgliedstaaten, direkte Wahlen durch die nationale Gesetzgebung einzuführen.

Was in diesen vier Kanälen fließt, sollte bald in ein gemeinsames Bett münden und so zu einer Strömung werden, die stark genug ist, um die grundsätzliche und allgemeine Notwendigkeit einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaft für jeden erkennbar und überzeugend zu machen.

Der Augenblick dafür ist deshalb besonders günstig, weil man sich überall in unserer Gemeinschaft zu einer neuen Gipfelkonferenz rüstet. Sich bei diesen Vorbereitungen zu Gehör zu bringen, entspricht dem legitimen Auftrag der Europäischen Bewegung, die ungebundene europäische volonté générale zu artikulieren.

Was die Substanz unseres Gegenstandes betrifft - die Orientierung der Europapolitik der kommenden Jahre - so will ich die Schlußfolgerungen nicht vorwegnehmen, zu denen Sie, meine Damen und Herren, in der Freiheit Ihrer Beratungen kommen werden. Aber ich darf Ihnen wohl kurz mitteilen, mit welchen Erwartungen wir, die Europäische Bewegung, diesen Kongreß veranstalten.

Die Lage der europäischen Einheit, die die Gestalt der Europäischen Gemeinschaft hat, ist nicht schlecht. Aber sie ist auch nicht gut.

Die Zollunion steht. Der gemeinsame Agrarmarkt ist geschaffen und funktioniert, wenn auch unter Mühen. Die Freizügigkeit ist in großem Umfang hergestellt. Für den freien Wettbewerb bestehen die wesentlichen Bedingungen. Nach außen hat die Gemeinschaft eine bedeutende Herabsetzung der Handelsschranken bewirkt. Sie ist ein Attraktionszentrum erster Ordnung geworden. Die Beitritte und die Assoziationen sind Zeugnis davon. Auf der anderen Seite fehlt noch einiges von dem Aufbauprogramm, besonders die gemeinsame Verkehrspolitik und der europäische Kapitalmarkt. Und die Atomgemeinschaft stagniert.

Aber wichtiger als das, was ist, ist das, was wird. Denn die europäische Einheit ist nicht ein statischer, sondern ein dynamischer Tatbestand. Sachbereiche, die in den Verträgen nur im Ansatz oder undeutlich behandelt sind, entwickeln sich zu neuen Schwerpunkten der Gemeinschaftsarbeit: so die Gemeinsamkeit von Wirtschafts- und Währungspolitik, Regional- und Sozialpolitik, Industrie- und Technologiepolitik, Entwicklungspolitik, vielleicht auch eine Politik des Umweltschutzes.

In vielen dieser Bereiche kündigen sich neue, reformerische Motivationen und Wertakzente an, die man im Deutschen gern mit dem unübersetzbaren Begriff der Gesellschaftspolitik belegt und wozu beispielsweise Einkommensverteilung, Humanisierung der Industriearbeit, verbesserte Leistungen im tertiären Bereich, Partizipationen gehören. Die Gemeinschaft ist ferner im Begriff, sich von sechs auf zehn Mitglieder zu erweitern.

Weitere Assoziationen sind zu erwarten. Die außenpolitische (und sicherheitspolitische) Gemeinsamkeit sucht ihre Form. Im Verhältnis zur Außenwelt stellen sich Fragen von Gewicht, ja von Brisanz, sowohl gegenüber den Vereinigten Staaten, die große Vorleistungen zugunsten einer politischen Einheit Europas erbracht haben, deren Verwirklichung sie nunmehr nicht ganz sicher sind, wie gegenüber der Sowjetunion, die nichts an revolutionärem Elan eingebüßt hat und deren grundsätzliche Gegnerschaft zu Gefährdungen der Gemeinschaft auf einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit zu führen droht.

Es ist eine große und reiche Gemeinschaft, die sich diesen Anforderungen und Herausforderungen gegenüber sieht. Aber ihre Verfassung ist ihren künftigen Aufgaben nicht gemäß. Sie lebt nicht einmal nach der Übergangsverfassung, die sie zu einem so spektakulären Start befähigt hat.
Ihre wichtigsten Organe - und in ihren Organen lebt die Gemeinschaft - haben sich vielmehr zurückentwickelt in der Richtung einer Diplomatisierung, Gouvernementalisierung, Nationalisierung. Die Folge ist, wie unser Freund Jean Rey einmal gesagt hat, daß die Gemeinschaft in Gefahr ist, unregierbar zu werden. Diese Rückentwicklung muß aber angehalten, wieder umgekehrt, und die richtige Richtung verstärkt werden. Dazu werden auch Vertragsergänzungen notwendig sein, die in unseren Beratungen daher eine große Rolle spielen werden.

Zu den sichersten Gemeinsamkeiten unserer Europäischen Bewegung gehört die föderale Zielvorstellung, d. h. in unserer Gemeinschaft muß Staatsgewalt so zusammengefaßt werden, daß ihre Akte sich unmittelbar an den Bürger richten, ohne daß es einer Übersetzung durch die nationale Gewalt bedarf. Diese Zielvorstellung soll in Etappen verwirklicht werden, deren vorletzte wir uns angewöhnt haben, eine Politische Union zu nennen.

Gemeinsam ist auch unsere Überzeugung, daß jeder Schritt auf diesem Weg an zwei Kriterien gemessen werden muß: der Effizienz und der demokratischen Legitimation - Kriterien, die den unbedingten Vorrang vor jeder dogmatischen Voreingenommenheit haben müssen, so wie man beim Werner-Plan für die Wirtschafts- und Währungsunion in einer geradezu klassischen Weise vorgegangen ist.

An beidem fehlt es in bedenklicher Weise. Die Kommission ringt mit politischer Auszehrung; ihre Initiativrolle verliert infolge des undifferenzierten Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat viel von ihrer Bedeutung. Der Rat hat durch eben diese Einstimmigkeitsregel seine Entscheidungsfähigkeit stark beeinträchtigt. Er nimmt - in seiner Kollegialität und Anonymität absolutistische Züge an; als Organ ist er im Grunde niemanden verantwortlich und nähert sich stark einer diplomatischen Konferenz, die sich auf dem niedrigsten Nenner vergleichen muß. Den Mitgliedern des Parlaments fehlt im 15. Jahr der Gemeinschaft immer noch die vertraglich vorgeschriebene Legitimation durch direkte Wahl von europäischen Bürgern, und immer noch kämpft das Parlament auch um die wesentlichen Legislativkompetenzen. Nur der Gerichtshof entspricht in vollendeter Weise seiner hohen Idee.

Demgegenüber wächst die Bedeutung der Gemeinschaft und ihrer politischen und gesetzgeberischen Handlungen- und Unterlassungen! - von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag nach innen und nach außen.

Die Heilung der Gemeinschaft ist demnach eine elementare Notwendigkeit. Die Diagnose ist nicht schwierig. Für die Therapie scheint nicht die Methode, sondern nur der Konsens zu fehlen. Ihn hervorbringen zu helfen, ist das zentrale Ziel dieses Kongresses.

Noch einmal: Daß Sie dabei mittun wollen, meine Damen und Herren, dafür danke ich Ihnen allen aufrichtig im Namen der Europäischen Bewegung.

- - -

EUROPA UNION VERLAG GMBH

europäische gemeinschaft

53 Bonn, Stockenstraße 1-5
Ruf (02221) 631293
Postfach 643, Telex 8-86822

lo. Mai 1972

H i n w e i s !

Ihrer besonderen Beachtung empfehlen wir :

Das Interview mit Professor Dr. Hallstein, dem Präsidenten der Europäischen Bewegung auf den Seiten 13-15 in Heft 5/1972 der Zeitschrift "europäische gemeinschaft".

NEURTITZ BERRIAK URTAIN'I IARRIAK

(Ameriketa'tik bialiak)

Artzik, Urtain, goraintzi
erbeste ontatik,
urtetan urrun dauden
ezpaiñetatik.
Arturik bide dituk
xurigoetatik,
maltzurkeriz biotza
blai dutenetatik
Ez uste, orratik,
loxintzeagatik
txapelduntzagatik
gatozkigula, aatik,
urtetan urrunduok
egiagatik!

Iaunak, ire eskuetan,
iarri dik indarra;
guk, ordea, maitago
biozsugarra;
gizonak ortan ba'lu
bere gai bakarra,
ez laukakek, iñolaz,
ez alderdi txarra!
aski duk manddarra,
naiz izan kaxkarra,
ostiko ta uzkarra
autsiko dik marra;
gizonak onena dik
burua azkarra.

Beste asko lez, i be,
txoratu diruak...
argatik uts egin dik
nunbait buruak.
Euskaldun danok igan
genizkin asmuak,
ludiari ik aitortuz
erri gaitz izuak;
udaize muxuak,
limuri sutuak,
garaitza, kutsuak
mozkortu zentzuak...
el ala atzartuko au
laxter neguak.

Ik gaur iaso ezaken
Euskalikurriña,
ainbat semeen odolez
or duk zutiña;
ikusirik diagu
ik iaso zikiña:
"Giputz idizkoteak"
erderaz egiña.
Galdu duk ekiña,
abagune miña,
eusko seme ziña
izateko diña!
saldu truk artu baituk
zillar likiña!

Euzkadi'k ainbat seme
ba dizkik onenak,
ikurrin ori ziñez
zaintzen dutenak.
Ez al dituk ikusten
artzen kristorenak,
aur, neskatxa ta mutil,
gizon iatorrenak;
apaiz zintzoenak
espetxetan denak;
nun dituk, alenak
ik oien almenak!?
Oien garaipenari
gure omenak!!

Gizon batzuk uzkailliz
zerraldo lurrera,
otsataputza naiko
baituk atera.
Luditxapela artzeko
izan duk aukera,
baiñan kikil auzpez aiz
ukaldi batera,
kuzkur, limurbera,
ioanik gurtzera,
ire enda ukatzera,
Erria saltzera!
Lerde zarkul batek au
bota ankapera!!

Deus gaitik baserria
ez omen salduko...!
Iri, amonak ori
dik sinistuko:
nolaz eu saldu aiz ba
eskatu orduko,
españatarra aizela!...
au nori sartuko!!
Iatorri galduko,
ama duk lekuko; (x)
ez duk trukatuko,
naiz ik egin uko!
Etxe saltzez ez gaituk,
ez, arrituko!

Kezka arrastorik ba'duk
Urtain, biotzean,
itzul adi lenbailen
oan bidean:
Euskalikurriña ar zak
beso zail artean,
Sanson egin au Iaunak
Euzkadi maitean;
Erria oinpean
iltzer ikustean,
ire kemenean
iaso zak aidean...
Iar zak txapel au ire
buru gaiñean!!!

MATXIN

(*) testigo.

5/V/1972 - Llama Gironella porque ha recibido carta de Parera indicandole que Además de Irujo y Nardiz (que ya tienen reservado hotel en Bonn), van a ir a ese Congreso Leizaola y Agesta y, que en consecuencia, les tenga preparado hotel. Gironella dice que aunque se dispone a hacer las gestiones pertinentes, no puede asegurar que encuentre esos hoteles, por lo cual recomienda que se haga la reserva por medio de alguna Agencia.

Por lo que respecta a la entrada al Parlamento dice que espera conseguir las autorizaciones pertinentes.

A todo evento le tomo el número de teléfono de su casa (Gironella) que es el 19-06-53 donde se encontrara mañana puesto que no trabaja en su oficina.